



»Dieses Buch gehört zu jenen
seltenen Werken, die unseren Blick
auf die düsterste und folgenreichste
Periode der deutschen Geschichte neu
schärfen.« Volker Ullrich, **DIE ZEIT**

Götz Aly HITLERS VOLKSSTAAT

Raub,
Rassenkrieg und
nationaler
Sozialismus

Götz Aly

Hitlers Volksstaat

Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus

Mit einem Nachwort:
Antwort auf die Kritik

Inhalt

- Teil I Stimmungspolitiker in Aktion
 - Der Traum vom Volksreich
 - Gigantische Zeiten
 - Der große Ruck
 - Nationale Integration
 - Das Trauma von 1918
 - Hinweise zur Lektüre
 - Fragestellungen
 - Historisches Material
 - Die Gefälligkeitsdiktatur
 - Im Schein des Aufschwungs
 - Arisierung für den Krieg
 - Steuermilde für die Massen
 - Steuerhärte gegen die Bourgeoisie
 - Geldfülle für die Wehrfreude
- Teil II Unterwerfen und ausnutzen
 - Mit straffer Zweckmäßigkeit
 - Kontributionen an die Deutschen
 - Individuelles Bezahlen
 - Kollektives Enteignen
 - Kriegsgewinne für das Volk
 - Hitlers zufriedene Räuber
 - Der Trödelmarkt des Reiches
 - Unbürokratische Soforthilfe
 - Hauptstütze West
 - Schlemmerlokale in Belgien
 - Holland ohne Grenzen
 - In Frankreich stark belastet
 - Italien: Bezahlt wird nicht
 - Ergänzungsraum Ost
 - Sklavenarbeit für das Reich
 - Emissionsbank in Moskau
 - Otto Normalverbraucher
- Teil III Die Enteignung der Juden
 - Das Prinzip Staatsraub
 - Inflation und Arisierung
 - Finanzhilfe für Serbien
 - Anforderungen in Ungarn
 - Emil und Henny Uhlmann
 - Geldwäsche für die Wehrmacht
 - Quisling hier, Verfassung dort
 - Enteignen ohne Enteignungsakt

- Räuberisch vereint in Frankreich
- Subsidien der Verbündeten
 - Slowakische Gerechtigkeit
 - Bulgariens Kriegshaushalt
 - Rumänische Goldpolitik
- Die Spur des Goldes
 - Inflation in Griechenland
 - Die Juden von Saloniki
 - Gold an der Athener Börse
 - Deutsch-griechisches Schweigen
 - Von Rhodos nach Auschwitz
- Teil IV Verbrechen zum Wohle des Volkes
 - Die Früchte des Bösen
 - Der Raubmord an den Juden
 - Kriegseinnahmen 1939–1945
 - Spekulative Politik
 - Geräuschlos und illusionär
 - Sparen und Vertrauen
 - Virtuelle Kriegsschulden
 - Nationaler Sozialismus
 - Sachverstand und Politik
 - Leben wie im Kino
 - Rassen- und klassenbewusst
- Nachwort zur Taschenbuchausgabe
 - Antwort auf die Kritik
 - Vergessene Normalität
 - Akademische Netzwerke
 - Die Scheinwelt der Statistik
 - Das ideologische Abrakadabra der Kritik
- Anhang
 - Umrechnungskurse
 - Abkürzungen
 - Literatur
 - Personenregister

Teil I

Stimmungspolitiker in Aktion

Der Traum vom Volksreich

Gigantische Zeiten

In dem vorliegenden Buch soll die Symbiose von Volksstaat und Verbrechen sichtbar gemacht werden. Dafür gilt es, den immer noch verbreiteten historiographischen Ansatz zu überwinden, der die so offensichtlich grausame Seite des Nationalsozialismus von denjenigen politischen Aktionen isoliert, die dasselbe Regime für die Mehrheit der Deutschen so attraktiv machte. Im Zentrum steht die Absicht, die Verbrechen historisch angemessen in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts einzuordnen. Die Genesis des Holocaust erschließt sich eben nicht allein aus den Schriftstücken, die das Rubrum »Judenfrage« auf dem Aktendeckel tragen. Damit wird die Leistung der weit überwiegend verbrechenszentrierten Geschichtsschreibung zur NS-Zeit nicht geschmälert. Das Fragen nach den Voraussetzungen dieser Verbrechen entspricht meinem Zugang und bildete die innere Feder – auch für dieses Buch.

Die NSDAP stützte sich auf die Lehre von der Ungleichheit der Rassen und versprach den Deutschen im selben Atemzug mehr Chancengleichheit, als es sie während des Kaiserreichs und noch während der Republik in Deutschland gegeben hatte. In der Praxis geschah das

auf Kosten anderer, mit den Mitteln des Raub- und Rassenkrieges. Aus der Innenschau schien sich im Rassenkampf das Ende des Klassenkampfes anzudeuten. So gesehen, propagierte die NSDAP eine der sozial- und nationalrevolutionären Utopien des vergangenen Jahrhunderts. Das machte sie populär. Daraus bezog sie ihre verbrecherischen Energien. Hitler sprach vom »Aufbau des sozialen Volksstaats«, eines »Sozialstaats«, der vorbildlich sein werde und in dem »alle [sozialen] Schranken immer mehr einzureißen« seien.^[1]

Wie alle Revolutionäre erzeugten die überaus jungen Gefolgsleute der NS-Bewegung die Aura des Jetzt-oder-nie. Zum Zeitpunkt der Machtübernahme 1933 war Joseph Goebbels 35 Jahre alt, Reinhard Heydrich 28, Albert Speer 27, Adolf Eichmann 26, Josef Mengele 21, Heinrich Himmler und Hans Frank waren 32. Hermann Göring – einer der Älteren – hatte gerade den 40. Geburtstag gefeiert. Noch mitten im Krieg konnte Goebbels aus Anlass einer statistischen Erhebung feststellen: »Danach beträgt das Durchschnittsalter der führenden Persönlichkeiten auch in der mittleren Schicht der Partei 34 und innerhalb des Staates 44 Jahre. Man kann also in der Tat davon sprechen, dass Deutschland heute von seiner Jugend geführt wird.« Zugleich verlangte er nach »personeller Auffrischung«.^[2]

Für die Mehrzahl der jungen Deutschen bedeutete der Nationalsozialismus nicht Diktatur, Redeverbot und Unterdrückung, sondern Freiheit und Abenteuer. Sie sahen darin eine Verlängerung der Jugendbewegung, ein körperliches und geistiges Anti-aging-Programm. Die

tonangebenden 20- bis 30-Jährigen erhoben sich 1935 verächtlich über die Kleingeister. Sie sahen sich als moderne, antiindividualistische Tatmenschen. Sie belächelten des »Spießers Sorgen – denn uns gehört das große Morgen«. Im Januar 1940 wähten sie sich vor der »großen Schlacht«, von der sie annahmen, »... gleich wer fällt, so wird dieses Land einer glücklichen, großen Zukunft entgegengehen«, um noch Anfang März 1944 – trotz aller mittlerweile erlebten Schrecken – »zum Endspurt dieses Krieges« anzusetzen.^[3]

Ein 33-Jähriger notierte, warum er sich zu einem der binnen Tagen geschaffenen Umsiedlungsstäbe meldete, die 1939 urplötzlich die Auslandsdeutschen aus Ostmitteleuropa »heim ins Reich« holten: »Ich brauche keine Sekunde zu überlegen, um mich zu melden. Die Aufgabe, die gestellt wird, ist eine einzigartige; ich hoffe, dass man mich brauchen kann und meine Meldung angenommen wird. Dass mich dieser Ruf zugleich aus der Enge meines Büros erlösen wird – wie gleichgültig ist das geworden.« 14 Tage später notiert derselbe Tagebuchschreiber: »Über die Größe der Aufgabe bin ich erschrocken: noch niemals zuvor wurde mir eine solche Verantwortung gegeben.«^[4] Über den Studentinneneinsatz zur Betreuung der auslandsdeutschen Umsiedler im eroberten Warthegau und über den improvisierten Aufbau von Schulen und Erntekindergärten schwärmten die jungen Frauen: »Es war ganz gleich, von welcher Fakultät wir kamen, eine große gemeinsame Aufgabe verband uns alle, nämlich die, während der Semesterferien unsere ganze Kraft und

unser, wenn auch noch geringes Wissen, hier im Warthegau einzusetzen. Und, ehrlich gesagt, wir waren richtig stolz darauf, dass wir die Ersten sein durften, die hier als Studenten Pionierarbeit leisten durften.«^[5]

Der 1915 geborene, spätere Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer mokierte sich 1942 – als 27-jähriger Besatzungsfunktionär in Prag – über die Reste der alten, zögerlichen Verwaltungs- und Bildungseliten, die in seinen Augen den Aufbruch in den »wirklichen Nationalsozialismus« störten: »Die uns in jungen Jahren in der Kampfzeit anerzogene Bereitschaft, Aufgaben zu suchen und nicht auf sie zu warten, der ständige Einsatz für die Bewegung auch nach der Machtübernahme haben uns früher als üblich in die Verantwortung gestellt.«^[6]

Hans Schuster, in den 1970er Jahren einer der Chefredakteure der Süddeutschen Zeitung, wurde im Mai 1941 Wirtschaftsattaché an der Deutschen Gesandtschaft in Zagreb (Agram), um dort den Satellitenstaat Kroatien aufzubauen. Zuvor hatte er, prädestiniert durch seine Leipziger Dissertation »Die Judenfrage in Rumänien«, an der Deutschen Botschaft in Bukarest gearbeitet und an konspirativen Unternehmungen teilgenommen. Auch er gehörte dem Jahrgang 1915 an. Von Zagreb aus schrieb der 26-Jährige im Januar 1942 in der Atemlosigkeit des weltanschaulichen Überzeugungstäters an seinen später ebenfalls einflussreichen Freund Hellmut Becker:

»Ich möchte wirklich bald hinaus nun – dies letzte Jahr hat für mich zu viel gebracht hier; fast zu glatt ist vieles gelungen – wenn auch unter großen Anspannungen und wochenlangen Gefahren. Das war der Staatsstreich in

Belgrad und dann der Krieg und unser Staatsstreich hier in Agram. Dann das Glück, unter einem hervorragenden Menschen, wie der Gesandte Kasche (SA-Obergr.-Führer!), an dem mühseligen Aufbau dieses Staates unter großer Eigenverantwortung ein gutes halbes Jahr teilnehmen zu können, unter besonders günstigen Umständen dank der ganz engen Beziehungen zur hiesigen Regierung aus der Zeit vor dem Umbruch.« Schuster erreichte, was er wollte, und zeigte sich als Soldat bald dankbar, dass ihn »die Vielseitigkeit dieses Daseins, die dauernde Anspannung, das Erfordernis eigener, wenn auch kleiner Entschlüsse« und »eines gewissen Maßes an Phantasie und Initiative [...] vor der abstumpfenden Seite des Krieges bewahrt« hatte.^[7]

Die vorgestellten Männer und Frauen fanden alle, was sie wollten, und was man in diesem Alter ohnehin gerne will: Eigenverantwortung, noch ungeregelte Verhältnisse, die den Pionier verlangen, den Zwang zur rastlosen Improvisation, zur ständigen Erprobung der geistigen und körperlichen Kräfte. Sie schufen sich ein Leben, in dem sie den beginnenden Trott immer neu brechen konnten. Sie hassten die Borniertheit des Büroalltags, suchten Selbstprüfung und Spaß, den Kitzel des Unberechenbaren und den letzten Kick im modernen Bewegungskrieg. Sie betrieben die nachpubertäre Identitätssuche im Vollgefühl scheinbarer Omnipotenz.

Im Jahr 1933 ergriffen Studenten und frisch gebackene Hochschulabsolventen die Macht. Zu ihnen gehörten die rebellischen Kinder der alten Eliten und die selbstbewusst gewordenen jungen Männer, die vom sozialdemokratisch

geförderten Aufstieg der Republik profitiert hatten. Die Heterogenität ihrer Herkunft überwandten sie in der sozialromantischen, zugleich technizistisch-modern ausgelegten Utopie vom nationalen Sozialismus. Sie begriffen sich und ihresgleichen als Avantgarde eines »jungen Volkes«. Aus Erfahrung skeptische Alte verspotteten sie als »Friedhofsgemüse«, lang gediente, prinzipienfeste Beamte als »Herrschaften, denen der Kalk aus den Hosen rieselt«.^[8] Gegenwartsfern und zukunftsnahe entwickelten sie ihre Visionen von einem Leben, das sie sich als das Gegenteil von Stagnation dachten. Die Aktivisten und die vielen verhalten-neugierigen Sympathisanten der Bewegung setzten dem beengten Heute das völkische Morgenrot entgegen. Die Last des bald schon gigantischen Alltags, um es mit einem Wort der Zeit zu sagen, wurde leicht im Blick auf das Künftige. Im Sommer 1941 erwog Goebbels, seine Kriegsreden unter dem Titel »Zwischen gestern und morgen« erscheinen zu lassen; tatsächlich hieß das Buch dann »Zeit ohne Beispiel«.^[9] Der Nationalsozialismus kann aus guten Gründen als Jugenddiktatur begriffen werden. Sie entwickelte sich binnen weniger Jahre zu dem im zerstörerischen Sinn erfolgreichsten Generationsprojekt des 20. Jahrhunderts.

Die vielen Anleihen des nationalen Sozialismus aus dem linkssozialistischen Ideenvorrat ergaben sich schon aus den Biographien der Beteiligten. In der Endphase der Weimarer Republik hatten nicht wenige der späteren NS-Aktivisten kommunistisch-sozialistische Erfahrungen

gesammelt. So äußerte Eichmann in seinen Memoiren mehrfach: »Meine gefühlsmäßigen politischen Empfindungen lagen links, das Sozialistische mindestens ebenso betonend wie das Nationalistische.« Er und seine Freunde hätten während der Kampfzeit Nationalsozialismus und Kommunismus als »eine Art Geschwisterkinder« angesehen.^[10] Der Schriftsteller Wolfgang Hillers erkannte plötzlich, »dass dem Ich ein Wir übergeordnet werden musste, und dass eine neue deutsche Kunst nur aus der Quelle des Wir gespeist werden konnte«.^[11] Dieser insoweit repräsentative Mann – man denke auch an Arnolt Bronnen – hatte zuvor mit Bert Brecht und Johannes R. Becher zusammengearbeitet und das Chorwerk »Der große Plan« einstudiert, das die stalinistische Brachialindustrialisierung verherrlichte. Hillers brauchte 1933 nur noch das Wort proletarisch durch deutsch zu ersetzen; den Weg vom Ich zum Wir hatte er bereits zurückgelegt. Seine Erkenntnis, »dass ein neues Wir-Gefühl sich vornehmlich in chorischen Formen« inszenieren lässt, konnte er weiterhin nutzen: Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht ... Das neue Deutschland des nationalen Sozialismus gab denjenigen, die während der Demonstrationen, Gedanken- und Saalschlachten auf der anderen Seite gestanden hatten, vielfach die Chance, mit dem Dritten Reich ihren individuellen Frieden zu schließen.^[12]

Im Folgenden wird noch häufig von Finanzstaatssekretär Fritz Reinhardt und dessen Minister Lutz Graf Schwerin von Krosigk die Rede sein. Die beiden arbeiteten trotz

gegensätzlicher biographischer Hintergründe kongenial zusammen.^[13] Aufs Krankenbett geworfen, schrieb Reinhardt 1940 seinem Chef: »Ich freue mich schon auf die großen Aufgaben, die bald zu lösen sein werden. [...] Wie überglucklich können wir doch sein, in dieser gigantischen Zeit leben und wirken zu dürfen! Paris in deutscher Hand, Frankreich vor der Kapitulation! In so kurzer Zeit! Es ist kaum zu glauben!«^[14]

Der schnelle Sieg war mit der Verletzung der Neutralität Belgiens und Hollands ermöglicht worden. Hitler nannte das schon vorher »bedeutungslos«. Seinen Vertrauten und Stück für Stück auch der deutschen Bevölkerung schärfte er jene Maxime ein, die bald jedes Verbrechen ermöglichte: »Kein Mensch fragt danach, wenn wir gesiegt haben.«^[15]

Die Frage, ob irgendein Plan, eine propagandistisch erklärte Absicht des NS-Regimes einer späteren Wirklichkeit entsprochen oder sich auf Dauer als realitätstauglich erwiesen hätte, kann nicht einmal akademisches Interesse beanspruchen. Sie führt analytisch in die Irre. Das außergewöhnliche Tempo, die jugendhafte, ins Kollektiv-Fiebrige übersteigerte Bedenkenlosigkeit machen die zwölf kurzen NS-Jahre heute so schwer begreiflich. Die deutsche Gesellschaft gewann ihre extremen Energien aus der von der Führung gehaltenen Einheit des Gegensätzlichen: von rationalen und emotionalen politischen Bedürfnissen, von alten und neuen Eliten, von Volk, Partei und Bürokratie. Die außerordentlich hohe Grundspannung baute sich überall dort auf, wo der politische Apparat das Widerstreitende

verband: die Pflege des angeblich Althergebrachten mit der Lust am technisch Machbaren, die antiautoritäre Freude am Umsturz mit der autoritär-utopischen Ausrichtung auf den deutschen Sonnenstaat. Hitler kombinierte die nationale Wiedergeburt mit dem Risiko des Untergangs, die gemeinschaftsselige Klassenharmonie mit arbeitsteiliger Vernichtungsgewalt.

Der große Ruck

Die NS-Führer konnten Juristen, Berufsdiplomaten und Generalstabsoffiziere nur schwer ertragen. Doch zum eigenen Vorteil ließen sie ihnen Zeit zur partiellen Anpassung. Dazu gehörten die in den folgenden Kapiteln immer wieder zu nennenden Beamten der Reichsbank, des Reichsfinanz- und des Reichswirtschaftsministeriums – gewiefte Männer, die ihre fachlich-politischen Erfahrungen noch im Kaiserreich oder als Nachwuchskräfte in den Anfangsjahren der Republik gesammelt und im Ersten Weltkrieg vielfach als Soldaten gekämpft hatten. Die Verschiedenartigkeit und Variationsbreite der Lebensgeschichten lassen sich für sämtliche Fachministerien nachweisen, für die meisten Universitätsinstitute wie für die privat oder (halb-)staatlich organisierten Braintrusts in den Wirtschaftsforschungsinstituten, wissenschaftlichen Gesellschaften, Zeitungsredaktionen oder für die volkswirtschaftlichen Abteilungen großer Banken.

Die Beamten der Abteilung III des Reichswirtschaftsministeriums beuteten Europa 1939 bis

1945 unter Führung des Ministerialdirigenten Gustav Schlotterer mit kaum vorstellbarem Rigorismus aus. Die Abteilung war 1920 gegründet worden, um den Versailler Vertrag zu erfüllen. Als wehrlose Adressaten französischer, belgischer und britischer Forderungen lernten die damals jungen Beamten das Einmaleins des Unterwerfens, Ausplünderns und Erpressens. Später drehten sie ihr passiv erworbenes Know-how gegen die Erfinder, reicherten es mit deutscher Verwaltungsintelligenz gründlich an und verstanden ihre tausendfachen Handreichungen für das Gelingen der Raubzüge als Kompensation für vorangegangene Demütigungen.

Die Nürnberger Gesetze wurden im Herbst 1935 auf dem Reichsparteitag im Hoppla-hopp-Verfahren proklamiert, aber nicht etwa im Reichsgesetzblatt verkündet. Erst nachdem hervorragende Verwaltungsjuristen in den folgenden Wochen die Ideen vom Blutschutz und vom »Ausmenden« angeblicher Rassenmerkmale in bürokratisch praktikable Normen verwandelt hatten, erschien die Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz mit den Festlegungen, wer Volljude, Halbjude oder Geltungsjude sei, wer in Mischehe oder privilegierter Mischehe lebe. Als Grundlage für viele Hunderttausend Einzelfallentscheidungen nahmen die Juristen nicht irgendwelche erbbiologischen, ewig strittigen Messungen, wie sie sich die Rassenforscher mit akademischer Gründlichkeit ausgedacht hatten, sondern die unkompliziert feststellbare, vielfach dokumentierte Religionszugehörigkeit der vier Großeltern. Das ermöglichte das »automatische Verfahren« des Aussortierens.

Ähnliches lässt sich für die »Judenbuße« von 1938 sagen, die Göring im antisemitischen Furor auf eine Milliarde Reichsmark festgesetzt hatte. Erst das Finanzministerium gestaltete sie zur Vermögensabgabe von 20 Prozent aus, streckte die Bezahlung über vier Termine im Laufe eines Jahrs und trieb schließlich deutlich mehr Geld ein, als Göring gefordert hatte.

Erst infolge solcher korrigierender Feinarbeiten konnten die antisemitischen Sondermaßnahmen, die im Rückblick Vorstufen zum Mord an den europäischen Juden bildeten, die notwendige Wirksamkeit entfalten. In diesem Sinne kontrollierte der Rechnungshof des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg die Enteignung der Juden von Belgrad und die Verwaltung der beiden Abschiebelager für niederländische Juden ebenso^[16] wie – im Auftrag des Reichsfinanzministers – die (mangelhafte) Effizienz der Ghettoverwaltung in Lodz-Litzmannstadt. In Warschau beauftragte die Wirtschaftsverwaltung das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (heute: Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft) mit einer betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung für das Ghetto. Die in umfänglichen Revisionsberichten niedergelegten Ergebnisse sprachen gegen die Existenz solcher gefängnisähnlichen, aber völlig unwirtschaftlichen »jüdischen Wohnbezirke«.^[17]

Auf solche Weise fanden die expressionistisch-massenwirksamen, nicht selten improvisierten Aktionen der nationalsozialistischen Bewegung ihr Widerlager in einer routinierten Bürokratie. Bei aller Bereitschaft, der nationalen Sache zu dienen, gaben die Beamten keines

ihrer hergebrachten Steuerungs- und Kontrollinstrumente auf. Der Rechnungshof und die Zivilgerichte arbeiteten weiter; die Federführung, das Mitzeichnungs- und Anhörungsrecht, der mehrgliedrige Verwaltungsaufbau, all das funktionierte mit beachtlicher Effizienz. Die Gauleiter, die das Unbürokratische und die Volksnähe wollten, arbeiteten sich an Finanzbeamten ab, die auf den Buchstaben der Reichshaushaltsordnung bestanden. Das erzeugte Reibung, Ärger, Streit, vor allem jedoch das sachkundige Austarieren sonst halsbrecherischer politischer oder militärischer Manöver. Die polykratische Organisationsstruktur des NS-Staates führte eben nicht – wie oft behauptet – ins Chaos. Im Gegenteil. Aus der fortwährenden Möglichkeit, Interessengegensätze auszutragen und die Frage nach dem besten Weg zu stellen, erklärt sich die freilich stets prekäre Stärke des Regimes: So ließen sich (radikalere) Alternativen entwickeln, administrative Pleiten vermeiden und eine hohe Praktikabilität der nach oft ideologisierten Vorgaben beschlossenen Maßnahmen erreichen; so entstand das schließlich mörderische Gemisch aus politischem Voluntarismus und funktionaler Rationalität.

Das Zusammenspiel zwischen Experten, Politikern und Bevölkerungsmehrheit fand seine Basis auch in der Bereitschaft der Regierung Hitler, lang erwünschte Reformgesetze zu verwirklichen, die im Interessenstreit der Republik stecken geblieben waren. Tatendurstig warf die nationalsozialistische Verwaltung vieles über Bord, das lange schon als unnütz und vorgestrig galt. So erfüllte sie 1941 eine Forderung von Jacob Grimm, der die deutsche

Schrift 1854 als »unförmlich und das Auge beleidigend« bezeichnet hatte,^[18] und schaffte per »Schriftbefehl« die Sütterlin wie die Fraktur zugunsten der lateinischen Normalschrift ab. Artikel 155 der Weimarer Verfassung legte fest, dass die feudale, in Nordostdeutschland noch weit verbreitete, den modernen Kapitalismus hemmende Eigentumsform der Fideikomnisse aufzulösen sei. Jedoch war die Republik nicht im Stande die – schon im Paulskirchenparlament 1849 geforderte – Verfassungsnorm durchzusetzen. Das entsprechende Reichsgesetz trägt die Unterschrift »6. Juli 1938, Berchtesgaden, Adolf Hitler«.

Die NS-Führung vermittelte einen ersten Vorgeschmack auf die Volksmotorisierung, sie führte den bis dahin fast unbekannten Begriff Urlaub ein, verdoppelte die Zahl der freien Tage und begann, den heute vertrauten Massentourismus zu entwickeln. Der in Berlin zuständige Gauwart der Deutschen Arbeitsfront warb dafür mit aller Energie: »Wir wollen 1938 in immer stärkerem Maße alle die Volksgenossen erfassen, die auch heute noch glauben, eine Urlaubsfahrt sei nichts für den Arbeiter. Diese Zaghaftigkeit muss endlich überwunden werden.« Eine Reise von 14 Tagen innerhalb Deutschlands kostete komplett zwischen 40 und 80 Reichsmark.^[19]

Von Anfang an förderte der NS-Staat die Familien, stellte Unverheiratete wie Kinderlose schlechter und schützte die Bauern vor den Unwägbarkeiten des Weltmarkts und des Wetters. Die Grundlagen der EU-Agrarordnung, das Ehegattensplitting, die Straßenverkehrsordnung, die obligatorische

Haftpflichtversicherung für Autos, das Kindergeld, die Steuerklassen oder auch die Grundlagen des Naturschutzes stammen aus jenen Jahren.

Nationalsozialistische Sozialpolitiker entwickelten die Konturen des seit 1957 in der Bundesrepublik selbstverständlichen Rentenkonzepts, in dem alt und arm nicht länger gleichbedeutend sein sollten, in dem vielmehr »die Lebenshaltung der Arbeitsveteranen nicht allzu stark von der der arbeitenden Volksgenossen abstechen« dürfe.

[20]

Da viele NSDAP-Führer aus Verhältnissen stammten, in denen sie selbst mit dem Gerichtsvollzieher Bekanntschaft gemacht hatten, sorgten sie sich schon in den ersten Regierungswochen darum, die – zumal in der Krisenzeit – für die Mehrheit der damaligen Deutschen bedrohlichen Plagen des Pfändens und der Wohnungsexmittierung zu lindern. Zu den ersten NS-Gesetzen gehörten solche, mit denen die Rechte der Gläubiger zugunsten der Schuldner beschränkt wurden. Sie sollten der »Verelendung des Volkes« entgegenwirken. Das 1938 ergangene »Gesetz zur Bereinigung alter Schulden« erklärte schon erwirkte Rechtstitel zum Beitreiben von Schulden hunderttausendfach für ungültig. Das »Gesetz zur Verhütung des Missbrauchs von Vollstreckungsmöglichkeiten« von Ende 1934 richtete sich gegen die »fast unbeschränkte Gläubigerfreiheit« der Vergangenheit.^[21] Insgesamt erlaubten die Reformen, und das kennzeichnet die nationalsozialistische Herrschaftsweise insgesamt, dem einzelnen Gerichtsvollzieher erhebliche eigenverantwortliche und

fallbezogene Entscheidungsfreiheit.^[22]

Das Zentralorgan der Gerichtsvollzieher [GV], die Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung, schlug sofort einen neuen Ton an: »Ein sozial empfindender GV wird es nicht vermögen, die Ärmsten seiner Volksgenossen dem völligen Elend preiszugeben, ihnen mit ihrer letzten Habe zugleich das Vertrauen zu einem schützenden Staat und die Liebe zu einem Vaterland zu nehmen, in dem auch sie sich berechtigt glaubten, wenigstens auskömmlich leben zu dürfen.« Im »wahren Volksstaat« hatte selbst der Gerichtsvollzieher »ein echt soziales Empfinden« zu entwickeln, »das Härten auf jeden Fall vermeidet«. Er sollte in der Nazizeit »weder Mühe noch eventuell eigenen Nachteil scheuen, um dem sozialen Gedanken gerecht werden zu können«. Schließlich erfülle er »bei der engen Verflochtenheit des sozialen und nationalen Gedankens« immer auch eine völkische Pflicht.

Dementsprechend hatte Hitler (»unser Volkskanzler«) früh die Maxime ausgegeben: »Deutschland wird dann am größten sein, wenn seine ärmsten seine treuesten Bürger sind.«^[23] Göring sekundierte: »Der Hauseigentümer, der unbarmherzig und skrupellos arme Volksgenossen um Nichtigkeiten willen obdachlos macht, hat den Schutz des Staates in diesem seinem Treiben verwirkt.« Das gelte auch dann, wenn er bei seinem Verstoß gegen die »Grundgesetze der Volksgemeinschaft« den »Schein eines Gesetzesparagraphen« auf seiner Seite habe.^[24]

Selbstverständlich blieben die Gerichtsvollzieher aufgefordert, die »böswilligen Schuldner«, gelegentlich auch als »Schädlinge des deutschen Volkes« bezeichnet,

»mit aller Schärfe zu treffen«.[25]

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs durfte bei Einberufenen und deren Familien nicht mehr gepfändet werden: »Sämtliche Verfahren zum Zwecke der Zwangsversteigerung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens waren ohne Rücksicht darauf, ob die Zwangsversteigerung vor oder nach dem In-Kraft-Treten der Verordnung [vom 1. September 1939] angeordnet war, kraft Gesetzes eingestellt bzw. aufgeschoben.« Ebenso verbesserte die NS-Regierung den Mieterschutz für die Einberufenen. Auch wenn später wieder härter verfahren wurde, so blieb der Schuldnerschutz doch zentrale Aufgabe jedes einzelnen Gerichtsvollziehers, um auf diese Weise »zum Siege unseres schwer um seine Existenz kämpfenden Volkes sein gewichtig Teil beizutragen«.[26]

Auf derselben Linie lag die Lohnpfändungsverordnung vom 30. Oktober 1940, die den Schutz der Deutschen vor der Zwangsvollstreckung weiter verbesserte. Sie stellte einen Teil des Lohns für Überstunden pfändungsfrei, außerdem Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Kinderbeihilfen und Versehrtenrenten. Sie legte hohe, erstmals auf den Netto- statt auf den Bruttolohn bezogene pfändungsfreie Grundbeträge pro Person und Familienmitglied fest. Im Sinne eines höheren Maßes an Gleichheit zwischen den Deutschen annullierte das Gesetz jenes aus frühbürgerlichen Zeiten überkommene Privileg, das Beamte und Geistliche vor Pfändungen in besonderer Weise geschützt hatte.[27] Es waren solche Gesetze, die den nationalen Sozialismus populär machten und in denen

auch Konturen der späteren Bundesrepublik Deutschland durchscheinen.

Die Institutionen des Geistes und selbst des Staates bewahrten sich im Nationalsozialismus ein beachtliches Maß an innerer Pluralität. Vielen Intellektuellen, Beamten oder Ingenieuren schien es so, als würden institutionelle Selbstblockaden gebrochen, als nahe endlich die Stunde des großen Rucks, des weder von Parteien noch von sozialem Statusdenken beengten Sachverstandes. In der Spannung zwischen Bruch und Kontinuität, fachlicher Prinzipienfestigkeit und massiv erweiterten Karrierechancen wurden Fachleute jeder Art zu sehr verschiedenen, verschiedenartig nützlichen Werkzeugen der NS-Herrschaft. Ihre privaten Überzeugungen mussten sie deshalb nicht preisgeben. Im Gegensatz zum Kommunismus forderte der Nationalsozialismus nie die absolute Gefolgschaft, wohl aber die anti-elitäre, für die europäischen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts vielfach verlockende Volksnähe.

Dies führte zu der eigentümlichen Verbindung von populistischer Stimmungspolitik, intelligenter Intervention und kalkulierten Morden. Die allgemeinen Erklärungen für den Aufstieg der NS-Bewegung, die den deutschen Bürokratismus bemühen oder den preußischen Untertanengeist, weisen in die Irre. Denn mehr als die Republik und in deutlichem Gegensatz zum Selbstbild des Führerstaats schränkte der Nationalsozialismus die vertikale Entscheidungsbildung zugunsten der moderneren horizontalen ein. In den bestehenden, erst

recht in den neu geschaffenen Institutionen setzte er Initiative frei. Er löste die Starre herkömmlicher Hierarchien. Wo vorher Dienst nach Vorschrift geschoben wurde, erwachte Arbeitsfreude, nicht selten vorausseilendes Mitdenken.

So setzte Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk im Sommer 1935 unter seinen Beamten einen Ideenwettbewerb in Gang, der die steuerliche Ausplünderung der deutschen Juden bezweckte. Gemäß einer mündlich erteilten allgemeinen Weisung unterschieden die Referenten zwischen »empfehlenswerten«, »möglichen, aber nicht empfehlenswerten« und »keinesfalls empfehlenswerten« Maßnahmen. Sie schlugen vor, Dutzende Vergünstigungen stillschweigend zu streichen, sofern sie Juden zugute kamen. Im Hinblick auf noch gültige Gesetze vertraten sie die Auffassung, dass im Falle von Juden »eine Handhabung contra legem schon heute möglich wäre«.[28]

Im April 1938 wiederholte der Finanzminister das antisemitische Brainstorming, um die gesammelten Vorschläge an seinen Kollegen Innenminister weiterzuleiten. Aus der Steuerabteilung regten zwei Beamte an, die Frage zu diskutieren, ob man für Juden die Vermögensteuer-Freibeträge insgesamt oder nur für die minderjährigen Kinder der Steuerpflichtigen streichen solle. Außerdem gaben sie zu bedenken, ob die Blindenhunde kriegsblinder Juden weiterhin von der gemeindlichen Hundesteuer befreit bleiben sollten. Ein anderer Referent hatte bereits einen unterschriftsreifen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der einen Sonderzuschlag

für Juden zur Einkommen- und Vermögensteuer vorsah, und zwar mit folgender Finesse: Die Höhe des Zuschlags sollte »beweglich sein, um bei gegebenem Anlass (volksschädigendes Verhalten einzelner Juden) erhöht werden zu können«.[29] Den berühmten, angeblich deutschen Kadavergehorsam stellt man sich anders vor.

Wie der Umkreis Hitlers Repräsentanten der alten Elite beurteilte, die sich im Sinne des Regimes konstruktiv verhielten, lässt sich in Goebbels' Tagebuch nicht zufällig am Beispiel des Reichsfinanzministers Schwerin von Krosigk nachlesen: Er sei zwar vor Beginn jeder neuen Zuspitzung »etwas klapprig«, bewähre sich aber dann zuverlässig. Dem Typ nach gehöre er zu den »Beamten, die wir in unserem Staat sehr gut gebrauchen können«.[30]

1937 verlieh Hitler dem Grafen mit dem Goldenen Parteiabzeichen die Ehrenmitgliedschaft in der NSDAR. Hinfort verwandte Schwerin von Krosigk in schwierigen Fällen die Anrede »lieber Parteigenosse« und ließ sie sich selbst gefallen. Für das Jahr 1939 platzierte der zum Ehrennazi Geadelte 450000 Reichsmark für seine standesgemäße Ministerwohnung in den Reichshaushalt.[31]

Der zunächst parteilose Karrierebeamte Lutz Graf Schwerin von Krosigk (1887–1977) stammte aus dem preußischen Landadel, den Grafentitel erwarb er auf dem Wege der Adoption. Er wurde in Anhalt geboren, studierte 1905 bis 1907 in Lausanne und in Oxford; in Halle schloss er sein staatswissenschaftliches Studium mit der juristischen Staatsprüfung ab. Den Ersten Weltkrieg beendete er als hoch dekoriertes Oberstleutnant. 1919 trat er in das neu geschaffene Reichsfinanzministerium ein,

wurde zehn Jahre später Chef der Haushaltsabteilung, 1932 berief ihn Reichskanzler von Papen zum Minister. Reichskanzler Schleicher und bald darauf Hitler übernahmen ihn als ausgezeichneten Fachmann. Schwerin von Krosigk, der dem engeren NS-Führungskreis bis in die letzten Stunden die Treue hielt, wurde noch am 2. Mai 1945 von Hitlers Nachfolger Dönitz zum Leiter der Geschäftsführenden Reichsregierung ernannt. Im Wilhelmstraßenprozess, dem Fall XI, zu zehn Jahren Haft verurteilt, saß er bis 1951 im Gefängnis.^[32] Als Fachminister verstand er seine Sache glänzend. Er war jederzeit in der Lage, seinen Kontrahenten die Finanzprobleme des Zweiten Weltkriegs in frei diktierten, seitenlangen Briefen plausibel auseinander zu setzen.

Anders als Schwerin von Krosigk wurde dessen Staatssekretär Fritz Reinhardt (1895–1980) als Sohn eines thüringischen Buchbinders nicht mit dem silbernen Löffel im Mund geboren. Er besuchte die Bürger- und Handelsschule in Ilmenau, wurde Kaufmann, 1914 in Riga als feindlicher Ausländer festgesetzt und in Sibirien interniert. 1924 gründete er in Herrsching am Ammersee eine Fernhandelsschule. Sie war der neuen Idee des Zweiten Bildungsweges verpflichtet und fand in der Weimarer Bildungsbürokratie keinerlei Echo, wohl aber in der NSDAP, der Reinhardt zwei Jahre später beiträt. Im Geiste des Fernschulgedankens gründete er den Rednerdienst der Partei. Inhaltlich konzentrierte er sich auf die Haushaltspolitik, wurde finanzpolitischer Sprecher und 1930 Reichstagsabgeordneter.

Als Staatssekretär amtierte er von 1933 bis 1945.

Bienenfleißig und sachkundig propagierte er die Ziele seiner Politik in Hunderten von Reden, Broschüren und Artikeln. Mit seinem sozialpolitischen Veränderungswillen setzte Reinhardt zahllose steuerrechtliche Privilegien für Unter- und Mittelschichten durch, die nach 1945 gültig blieben. Einen 1941/42 formulierten Vorschlag des Reichsarbeitsministers zur Angleichung der damals noch sehr unterschiedlichen Arbeiter- und Angestelltenrenten kommentierte er mit einem begeisterten »Gut!«.[33]

Reinhardt senkte die Eingangskriterien für die verschiedenen Dienstlaufbahnen und führte parallel dazu die obligatorische Fortbildung für alle Beamten seines Ministeriums ein. Deshalb gründete er, was es vorher nicht gegeben hatte, eine Reichsfinanzschule nach der anderen.

[34] Goebbels bemerkte über ihn: »Reinhardt ist zwar ein kleiner Schulmeister, der mit einer auf die Nerven fallenden Pedanterie an die Probleme herangeht, aber immerhin im Großen und Ganzen löst er sie.«[35]

Im Spitzen-Duo des Finanzministeriums zeigt sich eine für den Nationalsozialismus charakteristische Mischung: der glänzend ausgebildete, adelige Minister und der aus kleinen Verhältnissen aufgestiegene Staatssekretär, der sich seine Kenntnisse als politisierter Autodidakt hart erarbeitet hatte. Reinhardt sah sich als Mann des sozialstaatlichen Aufbruchs. Schwerin von Krosigk dagegen stand für Tausende Beamte, Offiziere, Wissenschaftler und andere Intellektuelle, denen es gelang, die unbestimmte, in sich widersprüchliche NS-Ideologie von innen heraus zu rationalisieren.

Nationale Integration

Bei aller Unduldsamkeit gegenüber Sozialisten, Juden und Abweichlern empfanden die Deutschen Hitler nicht – wie sich im Rückblick leicht vermuten ließe – als unerbittlichen Ausgrenzer, sondern als großen Integrator. Die Friedensverträge von Versailles und St. Germain hatten das staatliche Zusammengehen von Österreich und Deutschland strikt untersagt. Die Mehrheit sah darin eine tiefe Ungerechtigkeit. Doch dann erfüllte sich 1938 mit dem Anschluss Österreichs – ausgerechnet im März – der nationalromantische Traum von 1848. Freilich formte sich der großdeutsche Nationalstaat nicht als Republik, doch unter dem Jubel des Volkes. Wird die deutsche Geschichte heute als an Abirrungen reiche Verwestlichung interpretiert, so damals – ebenso konsensuell – als gewundener, oft genug kaum mehr erkennbarer Weg zur Einheit von Kulturnation und Staat.

In dieser Stimmung wurde 1938 zum Beispiel in Berlin-Spandau die Judenstraße nach Carl Schurz umbenannt, eine weitere Straße nach Gottfried Kinkel, und damit ehrte man zwei herausragende Revolutionäre von 1848/49 – bis in die Gegenwart hinein. Am 15. März 1938 hatte Hitler, der sich nie allein als Kanzler des Deutschen Reiches verstand, sondern immer auch als Führer des deutschen Volkes und damit aller Auslandsdeutschen, auf dem Wiener Heldenplatz ausgerufen: »Als Führer und Reichskanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich.« Wenig später präsentierte er sich in Frankfurt am Main, in der Stadt des

Paulskirchenparlaments, als Vollender der Sehnsucht von 1848: »Das Werk, für das vor 90 Jahren unsere Vorfahren kämpften und bluteten, kann nunmehr als vollbracht angesehen werden.«^[36]

Die Nation steigerte sich in ein Hochgefühl, das mit den Erfolgen der beiden Blitzkriegsjahre noch praller wurde. Hätten die Habsburger und die Hohenzollern 1918 gewonnen, dann hätte sich eine überlebte Herrschaft auf den Knochen von Millionen Kriegstoten restauriert; Hitler sprach gern vom »habsburgischen Staatskadaver«.^[37] Nun aber errang das neue, das junge, nationalrevolutionäre Großdeutschland den Sieg. Geführt von einem Repräsentanten des sozialen Aufstiegs fand die Katastrophe von 1918 ein unerwartetes, als glücklich gefeiertes Ende. Plötzlich schienen die unendlichen menschlichen Opfer, die Leiden des Weltkriegs und der Jahre danach nicht länger vergeblich gewesen zu sein. Die Niederlage wurde in das Vorspiel für einen grandiosen Sieg umgewertet. Als Hitler die Wehrmachtführung im November 1939 auf einen schnellen Angriff gegen Frankreich einschwor, tat er das mit dem Argument: »Das Ganze bedeutet den Abschluss des Weltkrieges, nicht eine Einzelaktion.«^[38]

Der – später in der DDR zu hohen Ehren gelangte – Anatomieprofessor Hermann Voss schrieb am 15. März 1939, dem Tag des Einmarsches deutscher Truppen in Prag, in sein Tagebuch: »Die älteste deutsche Universität von Prag, die Mutter der Leipziger Universität, wieder unter deutschem Besitz! Es ist nicht auszudenken. Welch schwerer Schlag für das Slawentum und welches Plus für

uns. Man lebt doch in einer großen Zeit und muss glücklich sein, dass man diese Dinge miterleben kann. Was macht es da schon aus, ob es mal nicht so viel Butter gibt, wie man haben möchte, dass es mal keinen Kaffee gibt, dass man dieses oder jenes tun muss, was einem nicht recht passt usw. Das ist doch gegenüber all diesen Fortschritten ein lächerliches Nichts. «^[39]

Der ununterbrochene Siegeszug, begleitet vom Schein des wirtschaftlichen Aufschwungs, schwächte die Pragmatiker in Deutschland dauerhaft. Die Freunde der realistischen, wenig glanzvollen Kompromisse blieben auf der Strecke (landeten nicht etwa im KZ), ob sie nun Schacht hießen, Beck oder Goerdeler. Sie störten Hitlers volkstümliche Politik des großen Rucks, der klaren Alternativen, des Alles-oder-Nichts. Komplementär dazu entwickelte die NS-Führung früh eine fast ängstliche Sensibilität gegenüber dem genau beobachteten Stimmungsbarometer, weswegen sie die Konsumbedürfnisse immer wieder stützte – oft im Gegensatz zu ihren rüstungswirtschaftlichen Prioritäten.^[40]

Die spätere DDR setzte zur Kontrolle ihrer 17 Millionen Bürger 190000 hauptamtliche und ebenso viele nebenberufliche Stasi-Spitzel ein, die Gestapo zählte 1937 einschließlich der Sekretärinnen und Verwaltungskräfte knapp 7000 Mitarbeiter, der SD deutlich weniger. Sie reichten, um 60 Millionen im Auge zu behalten. Die allermeisten bedurften keiner Überwachung. Das bestätigt auch der Blick auf die Konzentrationslager. Nach dem Anfangsterror waren dort am Jahresende 1936, also nach knapp vier Jahren des Konsolidierens, nur noch 4761

Häftlinge eingesperrt – einschließlich der Alkoholkranken und Kriminellen.

Weil Hitler seine Erfolge leicht und spielerisch errang und obgleich er den Aufschwung unseriös finanzierte, wuchs seine Popularität. Sie reichte bald weit über die engere Parteigefolgschaft hinaus und entzog der innerdeutschen Opposition die Grundlage. Bis 1938 festigte sich ein politischer Zustand, den Mussolini treffend als *democrazia totalitaria* bezeichnete. Nach den Jahren des Bürgerkriegs, des Klassenhasses und der parteipolitischen Blockaden einte die Deutschen das Bedürfnis nach Volksgemeinschaft.

Mein Großvater beschreibt in seinen Lebenserinnerungen ausführlich seine Jahre im Ersten Weltkrieg. Der promovierte Altphilologe, dem der Vater verboten hatte, Mathematiker zu werden, diente als Batteriechef an der Westfront. 1917 stützte er sich dort auf einen »prächtigen« Feldwebel: »Furcht kannte er nicht. Ich wollte ihn zum Offizier machen und forderte ihn auf, sich zu melden. Er antwortete mir: ›Mein Vater ist Schneidermeister. Ich möchte Unteroffizier bleiben. Ich passe nicht in diese Gesellschaft.« Aber das EK I hat er bekommen.«^[41] Das ist die soziale Dynamik, die im Ersten Weltkrieg in Gang kam. Die NSDAP nahm sie mit großem Effekt auf. Sie zog Tausende Gebildete an, die ihren Klassendünkel im Dreck des Stellungskriegs gelassen hatten. Sie integrierte sozialistisch geprägte Arbeiter, kleine Handwerker und Angestellte, die sich soziale Anerkennung und bessere Lebenschancen für ihre Kinder erhofften. Dazu stießen jene, die bereits von der

Bildungsreform der Weimarer Republik profitiert hatten und den sozialen Aufstieg fortsetzen wollten. Sie alle verband nicht der Wunsch nach einer neuen Klassenherrschaft, sondern – heute fast selbstverständlich – nach einem politischen Zustand, in dem die soziale Position zum Zeitpunkt der Geburt den Lebensweg, den späteren Beruf und das gesellschaftliche Ansehen eines Menschen möglichst wenig festlegen sollte.

Im Nachhinein wird die Rassenlehre des Nationalsozialismus als pure Anleitung zu Hass, Mord und Totschlag verstanden. Doch für Millionen Deutsche lag das Attraktive in dem an sie adressierten völkischen Gleichheitsversprechen. Die NS-Ideologie betonte die Unterschiede nach außen und nivellierte sie nach innen. Um es mit einem Ausruf Hitlers zu sagen: »Innerhalb des deutschen Volkes höchste Volksgemeinschaft und Möglichkeit der Bildung für jedermann, nach außen aber absoluter Herrenstandpunkt!«^[42] Für diejenigen, die zu der als rassistisch einheitlich definierten Großgruppe zählten – das waren 95 Prozent der Deutschen –, verringerten sich die Unterschiede im Binnenverhältnis. Für viele wurde das staatspolitisch gewollte Einebnen der Standesdifferenzen in der Staatsjugend fühlbar, im Reichsarbeitsdienst, in den Großorganisationen der Partei und langsam selbst in der Wehrmacht. Auch das Uniforme der NS-Gesellschaft wird heute einseitig als Militarisierung gesehen. Denkt man an die Schuluniformen, die in manchen Ländern noch heute getragen werden, an die Pfadfinderkluft oder an die Einheitstrikots der Sportvereine, dann dient die Uniform

auch dem Anspruch, die Unterschiede zwischen den Bemittelten und den weniger Bemittelten zurücktreten zu lassen.

Dasselbe Konzept galt für den gesamten, zwischen 1939 und 1942 immer ausgreifender gedachten Generalsiedlungsplan Ost, der den Deutschen mehr Raum, Rohstoffe und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten bieten sollte. In seiner äußersten, 1942 festgelegten Form sah der Plan vor, 50 Millionen Slawen in Richtung Sibirien zu vertreiben. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft förderte jahrelang das technokratisch durchdachte Großverbrechen, das den Tod von vielen Millionen Menschen zum Ziel hatte; noch im Haushaltsplan für 1945/46 waren dafür Forschungsgelder eingestellt. Nach innen muss derselbe Generalsiedlungsplan Ost als Treibsatz für eine aufsteigende Klassenbewegung in Deutschland verstanden werden. Himmler sprach vom »Sozialismus des guten Blutes«. Hitler schwärmte: »Aus Thüringen und aus dem Erzgebirge zum Beispiel können wir unsere armen Arbeiterfamilien herausnehmen, um ihnen große Räume zu geben.« Die Deutsche Arbeitsfront wollte auf diese Weise »mindestens 700000 landwirtschaftliche Klein- und Kümmerbetriebe beseitigt« sehen.^[43] Sämtliche wissenschaftlichen Untersuchungen über die so genannten Siedlerreserven des deutschen Volkes wiesen auf die Marx'sche Reservearmee. Anders gesagt, es ging um diejenigen Schichten, die 30 oder 60 Jahre zuvor, von Armut getrieben, nach Amerika ausgewandert wären.

1942 spielten deutsche Kinder »Wehrbauer im

Schwarzerdegebiet«, Soldatenbräute träumten zu Hunderttausenden von Rittergütern in der Ukraine und selbst der brave Soldat Heinrich Böll, der gewiss kein williger Vollstrecker gewesen ist, schrieb noch am 31. Dezember 1943 aus dem Lazarett an seine Eltern: »Ich sehne mich sehr nach dem Rhein, nach Deutschland, und doch denke ich oft an die Möglichkeit eines kolonialen Daseins hier im Osten nach einem gewonnenen Krieg.«^[44] Die Kinderbuchautorinnen Thea Haupt und Ilse Mau dachten sich eine Fibel »für ganz niedrige Altersstufen« aus. Sie sollte »den Gedanken der Ostsiedlung dem kleinen Kinde nahe bringen und darüber hinaus versuchen, die Indianerromantik unserer Kinder auf den Wehrbauern im Osten zu verlagern«. Das führte zu Entwürfen wie diesem: »Wir wollen uns nun einmal die Siebenmeilenstiefel vom Däumling ausleihen und zusammen durch das fremde Land streifen; die brauchen wir schon, sonst werden wir nicht so schnell fertig damit. [...] Nun sind wir im fruchtbaren Gebiet der Schwarzen Erde. [...] Neben Weizen und Roggen raschelt der Mais.«^[45]

Das alles wurde nicht zum Vorteil von Junkern und Monopolisten geplant, sondern als konkrete Utopie für jedermann.

Das Trauma von 1918

Im politischen Gefühlshaushalt der Deutschen hinterließ der Erste Weltkrieg drei schwere Traumata: die Hungersnot, die infolge der britischen Seeblockade entstand, die Entwertung des Geldes und das Aufflammen

des Bürgerkrieges. Im Krieg verhungerten mehr als 400000 Menschen. Hinzu kamen jene, die wegen des Mangels unheilbar tuberkulosekrank oder für andere Infektionskrankheiten anfällig wurden und vor ihrer Zeit starben.^[46] Zu den Schreckensbildern der Zeit gehörte die rapide Teuerung. Schon während des Kriegs stiegen die Lebensmittelpreise um gut 100 Prozent, an einzelnen Orten weit mehr.^[47] Die staatlich kaum kontrollierte Preistreiberei verschob das materielle Elend zu Lasten der einfachen Leute, die damals über keinerlei materielle Reserven verfügten. Die Hyperinflation von 1923 führte zur faktischen Enteignung des national gesonnenen Mittelstandes.

In der Rückschau auf die letzten beiden Jahre des Ersten Weltkrieges verbanden sich für viele Deutsche mit dem Gefühl vom nationalen Niedergang die Hassbilder von den feigen Nutznießern der Not. Nach weit verbreiteter Meinung hatten sie das vaterlandstreue Volk in selbstzersetzende Unzufriedenheit gestürzt. Erst so habe Deutschland – nach den beiden komfortablen Friedensschlüssen im Osten, dem von Brest-Litowsk (3. März 1918) und dem von Bukarest (7. Mai 1918) – den schon greifbaren Sieg im Westen verspielt. Erst nach dem Zerbrechen der inneren Geschlossenheit sei das Vaterland militärisch zu Boden gegangen und geradewegs in den Hinterhalt des blutrünstigen Bolschewismus geraten. Unter Punkt 12 des Partei-Programms der NSDAP hieß es deshalb: »Im Hinblick auf die ungeheueren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muss die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen

am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher die restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.«

Die komplementären Ängste vor Kriegsgewinnlern und Revolutionären ließen sich leicht in ein Propagandaphantom projizieren. Es war der »plutokratische Jude«, der in seiner Gewinnsucht dem gleichfalls raffgierigen »jüdischen Bolschewisten« in die Hände spielte. Während der eine angeblich den Mittelstand vernichtete und die bauerlichen wie die proletarischen Unterschichten in die Knechtschaft des großen Geldes stieß, wurde dem anderen die Kommune zugeschrieben – die Zerstörung alles Gewordenen, das Ende von Anstand, Sitte und Religion, von Gesetz und rechtschaffen erworbenem Eigentum, »die Auflösung jeder Ordnung«.^[48]

Auf dem Boden solcher Propaganda begründeten die späteren Akteure antisemitischer Staatspolitik ihre Maßnahmen gegen »die Juden« stets als Abwehr. Das Schlusskapitel von »Mein Kampf« heißt »Notwehr als Recht«. Dieselbe Botschaft findet sich im Titel des Gesetzes »zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«, mit dem der Reichstag im April 1933 den Schlussstein der Judenemanzipation demontierte. Die Gesetzesvorlage zur Teilenteignung der Juden, die Beamte des Reichsfinanzministeriums im Sommer 1937 ersannen, trug den Titel »Gesetz über den Ausgleich von Schäden, die dem Deutschen Reich durch Juden zugefügt werden«.^[49] Je länger der Krieg dauerte, desto konsequenter wurde er in der deutschen Propaganda als »arischer Widerstand« gegen das angreifende »Weltjudentum« dargestellt, das in »dreifacher Gestalt« nach der Weltherrschaft strebe:

»erstens als Jude, zweitens als jüdisch versippter Plutokrat und drittens als jüdischer Bolschewist«.[50]

In das Schema fügte sich die Lehre vom Herrenmenschen zwanglos ein. Sie umfasste neben dem allgemeinen Überlegenheitsgetue die von Wissenschaftlern genährte Furcht vor der Bedrohung des menschlich Höherwertigen, das sich gegen den Ansturm des Minderwertigen notfalls mit Gewalt schützen müsse. Auch die sozialistische Weltanschauung enthielt ein solches Element, die Lehre vom historisch siegreichen Proletariat und von der Bourgeoisie als nichtswürdiger, sterbender Klasse. Individuell erleichterte das den Übergang von der einen zur anderen politischen Heilslehre, zumal der Nationalsozialismus sich als die offeneren, pragmatisch angelegte Ideologie empfahl und sehr unterschiedliche Gruppen der deutschen Gesellschaft anzog. Nachdem Bürgerkrieg und Klassenkampf die Republik ruiniert hatten, lockte die NS-Bewegung mit dem Traum vom Dritten Weg: Ihre Politiker versprachen ausgleichende Gerechtigkeit und den Kampf gegen jede Art von »Zersetzung«, sei sie nun liberal-kapitalistischer oder doktrinär-bolschewistischer Natur.

Anders als 1939 blickte Deutschland im Jahr 1914 auf die drei siegreichen Kriege Bismarcks und auf einen mehr als vierzigjährigen Frieden zurück, auf Gründerzeit, Aufschwung und bürgerlichen Wohlstand. Die Magazine und Speicher der Privatwirtschaft waren gut gefüllt, sie repräsentierten zu Beginn des Ersten Weltkriegs Werte von rund 40 Milliarden Mark. 1940 konnte das Reich nur

auf Lagerbestände von gut fünf Milliarden Reichsmark zurückgreifen. Wobei eine Mark 1940 einen deutlich geringeren Warenwert repräsentierte als 1914. Für Einkäufe im neutralen Ausland verfügte die Reichsbank am Vorabend des Ersten Weltkriegs über Goldreserven im Wert von 1,4 Milliarden Mark, der Wert der umlaufenden Goldmünzen belief sich auf weitere 2,5 Milliarden Mark. Demgegenüber betrugen die ausgewiesenen und geheim gehaltenen deutschen Goldreserven am 1. September 1939 etwa 0,5 Milliarden Reichsmark.^[51]

Insgesamt kostete der Erste Weltkrieg das Deutsche Reich 160 Milliarden Mark. Trotz der sehr viel besseren Ausgangslage wurde er im Vergleich zum Zweiten Weltkrieg sehr viel ungünstiger finanziert. Während vom September 1939 bis zum September 1944 an die 50 Prozent der Kosten aus laufenden Einnahmen gedeckt werden konnten – man sprach von einer goldenen Deckungsquote –, waren es 1914–18 nur 13,1 Prozent gewesen. 24,8 Prozent mussten damals als »schwebende Schulden« – genauer: durch das Drucken von Geld – bezahlt, der Rest von 62,1 Prozent musste mittels langfristiger, vom deutschen Bürgertum zu zeichnender Anleihen aufgebracht werden. Die neun Kriegsanleihen zwischen 1914 und 1918 erbrachten 98,2 Milliarden Mark. Demgegenüber bestritt Großbritannien den Ersten Weltkrieg schon zu immerhin 28 Prozent aus laufenden Steuereinnahmen.^[52]

Die geringe deutsche Steuerkraft in den Jahren 1914–18 ging nicht einfach auf ein Versagen der Politiker zurück.

Sie resultierte in erster Linie aus der noch bestehenden Steuerhoheit der einzelnen Bundesstaaten. Dem Reich fehlte eine eigene Finanzverwaltung. Bei einem Volkseinkommen von 40 Milliarden Mark verfügte es 1913 über ordentliche Einnahmen von nur 2,3 Milliarden. Davon beanspruchte das Militär 75 Prozent. Im Vergleich zu heute muss die Staatsquote als lächerlich gering bezeichnet werden. Von einem zentralistisch organisierten wilhelminischen Machtkoloss kann insoweit nicht gesprochen werden.^[53]

Der politische Burgfrieden, den die Parteien des Reichstages 1914 schlossen, verhinderte in den folgenden vier Jahren jede ernsthafte Debatte über eine Verbesserung der Steuergrundlage. Allein die Sozialdemokraten forderten erfolglos, Kriegsgewinne abzuschöpfen. Deshalb blieb nur der Weg der langfristigen Verschuldung – in Form der Kriegsanleihe. Erst die Republik schuf mit der Finanzreform von Matthias Erzberger das heute vertraute zentralstaatliche Steuersystem, erst sie erhöhte seit 1919 – kontinuierlich und mit langsamem Eingewöhnen verbunden – den Staatsanteil am Bruttosozialprodukt. Der Republik verdankte sich die Grundlage, auf der Hitler-Deutschland im Zweiten Weltkrieg Steuern in einem Ausmaß erheben konnte, das 1914 als »völlig untragbar angesprochen worden wäre«.^[54]

Neben den im Haushalt bilanzierten Ausgaben verschlissen beide Kriege zu einem erheblichen Teil auch die wirtschaftliche Sachsubstanz: Die Vorratslager wurden aufgebraucht, die Maschinen, Gebäude, Industrieanlagen,

Verkehrsmittel und die gesamte Infrastruktur vernutzt, die Wälder und Felder auf das eben noch erträgliche Maß heruntergewirtschaftet.

1914–18 sank der deutsche Lebensstandard um durchschnittlich fast 65 Prozent, und die Mehrheit der Bevölkerung geriet an den Rand des Existenzminimums. Die Finanzstrategen des Dritten Reiches analysierten dies als »sehr bedenklich«. So schrieb ein junger Finanzwissenschaftler 1941: »Wie die Tatsachen denn auch lehren, scheint damit allerdings die Grenze der noch tragbaren Einschränkungen damals bereits überschritten worden zu sein. Der Zusammenbruch der inneren Front war der Preis für diese unmittelbare Stärkung der äußeren Front.« Demgegenüber sei im Dritten Reich ein derartiges »Abgleiten des Lebensniveaus nicht zu befürchten«.^[55]

Hinweise zur Lektüre

Fragestellungen

Im Folgenden geht es um die einfach gestellte, noch immer unbeantwortete Frage: Wie konnte das geschehen? Wie konnten die Deutschen aus ihrer Mitte heraus beispiellose Massenverbrechen zulassen und begehen – insbesondere den Mord an den europäischen Juden? Der staatlich forcierte Hass gegen alles »Minderwertige«, gegen »Polacken«, »Bolschewiken« und »Juden« gehörte gewiss zu den Voraussetzungen. Doch ergibt sich daraus keine Antwort. Die Deutschen waren in den Jahrzehnten vor der Regierung Hitler nicht ressentimentbeladener als die übrigen Europäer, ihr Nationalismus nicht rassistischer als der anderer Nationen. Es gab keinen deutschen Sonderweg, der sich in eine plausible Beziehung zu Auschwitz setzen ließe. Der Meinung, in Deutschland habe sich ein spezieller, ein exterminatorischer Antisemitismus und Fremdenhass früh entwickelt, fehlt jede empirische Basis. Es ist irrig anzunehmen, für eine besonders folgenschwere Fehlentwicklung müssten sich spezielle, langfristig angelegte Gründe finden. Die NSDAP eroberte und konsolidierte ihre Macht aufgrund der situativen Konstellationen. Die wichtigsten Faktoren dafür finden sich in den Jahren nach 1914, nicht davor.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung steht das Spannungsverhältnis zwischen Volk und Führung im

Nationalsozialismus. Dass das Herrschaftsgebäude Hitlers vom ersten Tag an höchst labil gefügt war, ist bewiesen. Zu fragen ist, wie es stabilisiert wurde – notdürftig zwar, doch ausreichend für zwölf fulminante, zerstörerische Jahre. Deswegen fasse ich die eingangs gestellte allgemeine Frage »Wie konnte das geschehen?«, präziser: Wie konnte ein im Nachhinein so offenkundig betrügerisches, größenwahnsinniges und verbrecherisches Unternehmen wie der Nationalsozialismus ein derart hohes, den Heutigen kaum erklärbares Maß an innenpolitischer Integration erreichen?

Um zu einer überzeugenden Antwort beizutragen, betrachte ich die NS-Herrschaft aus einem Blickwinkel, der sie als Gefälligkeitsdiktatur zeigt. Die insoweit wichtigen Fragen lassen sich am besten für die Zeit des Krieges beantworten, in der auch die anderen Charakteristika des Nationalsozialismus besonders deutlich hervortreten. Hitler, die Gauleiter der NSDAP, ein Gutteil der Minister, Staatssekretäre und Berater agierten als klassische Stimmungspolitiker. Sie fragten sich fast stündlich, wie sie die allgemeine Zufriedenheit sicherstellen und verbessern könnten. Sie erkaufen sich den öffentlichen Zuspruch oder wenigstens die Gleichgültigkeit jeden Tag neu. Auf der Basis von Geben und Nehmen errichteten sie eine jederzeit mehrheitsfähige Zustimmungsdiktatur. Die kritischen Punkte, an denen sich ihre Politik der volksnahen Wohltaten zu bewähren hatte, ergaben sich aus der Analyse des inneren Zusammenbruchs am Ende des Ersten Weltkriegs.

Folglich versuchte die NS-Führung im Zweiten Weltkrieg, erstens die Lebensmittel möglichst so zu

verteilen, dass die Vergabe namentlich von den einfachen Leuten als gerecht empfunden wurde. Zweitens tat sie alles, um die Reichsmark wenigstens äußerlich stabil zu halten. So sollte skeptischen Hinweisen auf die Kriegsinflation von 1914 bis 1918 wie auf den Zusammenbruch der deutschen Währung im Jahr 1923 der Boden entzogen werden. Drittens ging es darum, die Familien der Soldaten – im klaren Gegensatz zum Ersten Weltkrieg – mit genug Geld zu versorgen. Sie erhielten an die 85 Prozent dessen, was der eingezogene Soldat zuletzt netto verdient hatte. Die entsprechenden britischen und amerikanischen Familien bekamen im Vergleich weniger als die Hälfte. Die Ehefrauen und die Familien deutscher Soldaten verfügten nicht selten über mehr Geld als im Frieden, sie freuten sich über die nicht nur ausnahmsweise zentnerschweren Mitbringsel der Heimaturlauber und über die Feldpostpäckchen aus den besetzten Ländern.

Um die Illusion von einem gesicherten, allenfalls noch zu verbessernden Besitzstand weiter zu stärken, erwirkte Hitler, dass weder die Bauern noch die Arbeiter, noch die kleinen und mittleren Angestellten und Beamten in nennenswertem Maß mit Kriegssteuern belastet wurden. Auch das bildete einen wesentlichen Unterschied zu Großbritannien und den USA. Parallel zur Schonung der großen Mehrheit der deutschen Steuerzahler stieg jedoch die Steuerlast für den gut und sehr gut verdienenden Teil der deutschen Gesellschaft erheblich. Ein markantes Beispiel für die vom Dritten Reich betriebene und zur Schau gestellte Politik der sozialen Gerechtigkeit findet sich in der einmaligen Steuerzahlung von acht Milliarden Reichsmark, die die deutschen Hausbesitzer Ende 1942 zu

entrichten hatten. Ein entgegengesetztes Beispiel kann in der Steuerfreiheit für Zuschläge auf Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit gesehen werden, die nach dem Sieg über Frankreich verfügt wurde und den Deutschen bis in die jüngste Zeit als soziale Errungenschaft erhalten blieb.

So rigoros die NS-Führung im Fall von Juden, so genannten Minderwertigen oder Fremdvölkischen vom Rassenstandpunkt aus entschied, so klassenbewusst verteilte sie innenpolitisch die Lasten zum Vorteil der sozial Schwächeren. Davon handelt Teil I des Buches.

Selbstverständlich konnten die Wohlhabenden – damals verdienten vier Prozent aller deutschen Steuerzahler mehr als 6000 Reichsmark im Jahr – nicht die für den Zweiten Weltkrieg notwendigen Gelder aus ihren Steuern aufbringen. Wie aber wurde der kostspieligste Krieg der Weltgeschichte bezahlt, wenn die Mehrheit davon so wenig wie nur möglich spüren sollte? Die Antwort liegt auf der Hand: Hitler schonte den Durchschnittsarier auf Kosten der Lebensgrundlagen anderer. Um das eigene Volk bei Laune zu halten, ruinierte die Reichsregierung die Währungen Europas, indem sie ständig höhere Kontributionen erzwang. Zur Sicherung des nationalen Lebensstandards ließ sie viele Millionen Tonnen Lebensmittel zur Versorgung deutscher Soldaten rauben und das dann noch Greifbare nach Deutschland verfrachten. So wie sich die deutschen Armeen aus dem besetzten Land ernähren sollten und weitgehend ernährten, so sollten sie ihre laufenden Kosten mit dem jeweils landeseigenen Geld begleichen. Auch das gelang weitgehend.

Die im Ausland eingesetzten deutschen Soldaten, also

fast alle, und sämtliche im Ausland erbrachten Dienstleistungen für die Wehrmacht, im Ausland aufgekauften Rohstoffe, Industrieprodukte und Lebensmittel, die an die Wehrmacht oder nach Deutschland gingen, wurden in nicht-deutscher Währung bezahlt. Die Verantwortlichen handelten ausdrücklich nach den Maximen: Wenn in diesem Krieg jemand hungert, dann die anderen; wenn sich die Kriegsinflation schon nicht vermeiden lässt, dann soll sie überall stattfinden, nur nicht in Deutschland. Von den Techniken, die dafür ersonnen wurden, handelt Teil II. In die deutsche Kriegskasse flossen auch die Milliardenbeträge, die aus der Enteignung der Juden Europas gewonnen wurden. Davon handelt Teil III.

Im Folgenden wird also gezeigt, wie Juden zuerst in Deutschland enteignet wurden, später in Staaten, die mit Deutschland verbündet waren, und in solchen, die von der Wehrmacht besetzt wurden. Das geschieht in exemplarischer, nicht in enzyklopädischer Weise. Ebenso verfare ich in den Kapiteln, in denen die Methoden beschrieben werden, die Deutsche im Zweiten Weltkrieg einsetzten, um andere auszurauben. Auch hier konzentriere ich mich auf das jeweils Spezifische oder beispielhaft auf das auch andernorts Typische.

Auf der Basis eines umfassenden Raub- und Rassenkrieges sorgte der nationale Sozialismus für ein in Deutschland bis dahin nicht gekanntes Maß an Gleichheit und sozialer Aufwärtsmobilisierung. Das machte ihn populär und verbrecherisch. Das materiell üppige Sein, der indirekte, nicht persönlich verantwortete, doch gern genommene Vorteil aus den Großverbrechen bestimmte

das Bewusstsein der meisten Deutschen von der Fürsorglichkeit ihres Regimes. Umgekehrt bezog die Politik der Vernichtung daraus ihre Energie: Sie orientierte sich am Volkswohl. Das Ausbleiben eines nennenswerten inneren Widerstands und der Mangel an späterem Schuldbewusstsein erklärt sich aus derselben historischen Konstellation. Davon handelt Teil IV.

Eine solche Antwort auf die Frage »Wie konnte das geschehen?« verspermt sich der nationalpädagogischen Reduktion auf einfache antifaschistische Merksätze. Sie lässt sich schwer auf Ausstellungswände kleben und kaum von den volksgemeinschaftlichen Nachgeschichten der Deutschen in der DDR, in der Bundesrepublik und in Österreich scheiden. Doch erscheint es notwendig, die NS-Herrschaft als nationalen Sozialismus in den Blick zu nehmen, um die immer neu sich belebende Projektion der Schuld auf einzelne Personen und genau umrissene Gruppen wenigstens zu stören: Mal werden als Hauptverantwortliche der wahnsinnige, gar kranke, angeblich charismatische Diktator und seine Paladine gebrandmarkt, mal die Rassenideologen (einer kurzlebigen Mode zufolge möglichst solche aus einer ähnlich sozialisierten Alterskohorte), für andere sind es – wahlweise oder in Kombination – Bankmanager, Konzernherren, Generäle oder dem Blutrausch ergebene Killereinheiten. In der DDR, in Österreich und in der Bundesrepublik pflegte man die unterschiedlichsten Abwehrstrategien. Doch bewirkten sie stets das Gleiche: Sie verschafften der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung eine ungestörte Gegenwart und ein ruhiges Gewissen.

Historisches Material

Die vorhandene Literatur zu den hier aufgeworfenen Fragen ist begrenzt. Zu nennen ist die grundlegende Arbeit von Marie-Luise Recker »Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg« (1985). Als hilfreich erwiesen sich empirisch vorbildlich gearbeitete sozialgeschichtliche Untersuchungen wie die von Birthe Kundrus »Kriegerfrauen« (1995) und Christoph Rass »Menschenmaterial« (2003). Über den Hungerkrieg gegen die Sowjetunion liegen eine Reihe älterer Untersuchungen vor. Daher waren für das Kapitel »Otto Normalverbraucher«, auch wenn sich einige neue Quellen fanden, keine wesentlichen Forschungsanstrengungen notwendig. Es stützt sich auf das von Susanne Heim und mir verfasste Buch »Vordenker der Vernichtung« (1991) und in einigen Punkten auf die Studien von Christian Gerlach »Krieg, Ernährung, Völkermord« (1998) und »Kalkulierte Morde« (2000). Für zahlreiche Einzelfragen bildet das vielbändige, von Elke Fröhlich sorgfältig edierte Goebbels-Tagebuch ein unentbehrliches Dokument aus dem Zentrum nationalsozialistischer Macht.

Während das rücksichtslose, dem deutschen Volkswohl verpflichtete Lebensmittelmanagement im Zweiten Weltkrieg einigermaßen bekannt ist, lässt sich das für die Methoden, mit denen der Geldwert stabilisiert und die Kriegsgewinne begrenzt wurden, nicht sagen. Hitler, seine Berater und Mitarbeiter befürchteten mit Recht das Aufkommen unliebsamer Erinnerungen an die Jahre 1914–18. So bemerkte Goebbels im September 1941: »Eine neue Inflation würden wir ja nur sehr schwer

überstehen können.«^[56] In diesen Kontext gehört auch die Enteignung der Juden.

Ich bin auf diesen Zusammenhang von antiinflationärer Politik, Arisierung und deutschem Volkswohl gestoßen, als ich gemeinsam mit Christian Gerlach an der Studie über den Mord an den ungarischen Juden arbeitete. An dem zeitlich späten Beispiel Ungarn ließ sich erkennen, wie das Eigentum der dortigen Juden magyarisiert wurde. Das hieß konkret, die Schlafzimmereinrichtung einer deportierten jüdischen Familie wurde von magyarischen Nachbarn gekauft. Der Geldertrag aus solchen, in den letzten Kriegsmonaten hunderttausendfach durchgeführten Geschäften, zudem die Bankguthaben, Aktien und Depositen wanderten in den ungarischen Staatshaushalt und von dort in den Etat, aus dem die Besatzungskosten für die Wehrmacht, sämtliche Lieferungen nach Deutschland und der Sold jedes einzelnen deutschen Soldaten bezahlt wurden. Es handelte sich um einen Fall groß angelegter staatlicher Geldwäsche, in dem die Ungarn den schmutzigen Teil zu übernehmen hatten. Diese Erkenntnis bildete den Ausgangspunkt für die vorliegende Studie: Ich wollte wissen, ob das für Ungarn Entdeckte auch im übrigen besetzten Europa praktiziert wurde. Deshalb mussten die zivilen Finanzverwaltungen und die Nationalbanken in Deutschland, in den verbündeten und besetzten Ländern untersucht werden. Ferner galt es, die Tätigkeit derjenigen zu erkunden, die in der Wehrmacht für die Kriegsfinanzierung verantwortlich zeichneten. Schließlich folgte die Analyse, wie das Eigentum von Juden zu Geld gemacht wurde, wie sich dieses Geld mit anderen

Geldströmen mischte und wohin es zuletzt gelenkt wurde.

In diese Richtung dachte früh der niederländische Gelehrte A.J. van der Leeuw. Seine Gutachten für deutsche Gerichte analysierten schon in den 1950er-Jahren den Zusammenhang zwischen Kriegsvorbereitung, Krieg und Verstaatlichung des Vermögens der Juden. Was die »unbürokratische Soforthilfe« für deutsche Bombenopfer mit Hilfe des Wohnungsinventars vertriebener und deportierter Juden angeht, so sind in letzter Zeit einige wichtige Studien erschienen. Hervorgehoben werden muss die Pionierarbeit von Wolfgang Dreßen »Betrifft ›Aktion 3‹. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn« (1998).

Die Untersuchungen über die deutschen Besatzungsregime in Serbien (Schlarp, 1986), in Italien (Klinkhammer, 1996) oder in Norwegen (Bohn, 2000) sind gründlich gearbeitet, verlieren sich jedoch im Lokalen, in der angeblichen oder tatsächlichen Dienststellenkonkurrenz. Da die militärischen und administrativen Herrschaftsleistungen in den genannten Arbeiten vorzugsweise unter den Gesichtspunkten »Reibungsverluste«, »Ämterkonkurrenz«, »Ineffizienz« und »Scheitern« analytisch gefasst werden, fragt sich der Leser am Ende verwirrt: Warum konnte sich das verfluchte Nazi-Regime dennoch so lange halten? Spezieller angelegte Studien, wie die von Gerhard Aalders über die deutschen Raubzüge in den Niederlanden oder die von Jean-Marc Dreyfus über die Ausplünderung der französischen Juden (Pillages sur ordonnance), vermeiden das akademisch-selbstgenügsame Herumgestochere in gewöhnlichen Institutionskonflikten.

Zum zentralen Thema, der Kriegsfinanzpolitik des

Deutschen Reiches zwischen 1939 und 1945, fehlen zureichende Untersuchungen. Die ältere Arbeit von Fritz Federau kann als affirmativ beiseite gelegt werden. Der Autor wusste aus der Nazizeit, wovon er sprach und was er verdeckte. Die oft umfangreichen neueren Studien zu einzelnen Industrieunternehmen, Banken und Versicherungen sind im günstigsten Fall hochspezialisiert, zur historischen Kontextualisierung tragen sie wenig bei. Die Studie von Manfred Oertel in Eichholtz' großer Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft gibt einige wichtige Einblicke, ebenso seine Rostocker Dissertation über die Reichsbank. Doch reduziert sich der mögliche Ertrag der beiden thematisch interessant angelegten Arbeiten, weil Oertel in der Faschismusinterpretation der DDR befangen bleibt und dort scheitert, wo sich die Frage nach den Nutznießern der finanzwirtschaftlichen Ausbeutung Europas stellt.

Demgegenüber lehnt es die Forschungsgruppe, die im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr mittlerweile seit Jahrzehnten an dem vielbändigen, mit vielen Millionen geförderten und immer steriler gewordenen Werk »Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg« arbeitet, rundweg ab, die Finanzierung des Krieges zum Thema eines Bandes oder eines größeren Abschnitts zu machen. Wichtige Ausbeutungsinstrumente wie zum Beispiel der Reichskreditkassenschein gelten deutschen Militärhistorikern als zu kompliziert. Auch den umfangreichen Apparat der Wehrmachtfinanzoffiziere (»Intendanten«) lassen sie im Dunkel der deutschen Kriegsgeschichte verschwinden. Die für das Verständnis von Hitlers Volksstaat wichtige Auflösung des angeblich

schwierigen Rätsels Reichskreditkassenschein findet sich in Teil II dieses Buches unter den Kapitelüberschriften »Individuelles Bezahlen« und »Kollektives Enteignen«.

Zu der Erfahrung mit den Kollegen vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt passt eine Episode, die ich wenig später im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg erlebte. Nachdem ich dort die (höchst mangelhafte) Findkartei für den Bestand »RW 7, OKW/Wehrmachtintendant z.b.V.« bestellt hatte, rief mich der zuständige Archivar im Lesesaal an und meinte: »Herr Aly, Sie kennen sich doch aus, aber Sie scheinen sich geirrt zu haben, diese Akten bestellt normalerweise niemand.« Die Intendanten waren die Finanzoffiziere der Wehrmacht, die meisten Dokumente über ihre Tätigkeit verschwanden spurlos. Das wenige Erhaltene wird offenbar nicht fachgerecht erschlossen und nicht zur Benutzung vorgeschlagen. In der gedruckten Bestandsübersicht sind die hochinteressanten Quellen irreführend beschrieben («... hauptsächlich listenmäßige Zusammenstellungen und Buchungen«); in der Bestandsübersicht, die das Bundesarchiv im Internet bereithält, fehlt jeder Hinweis auf den Wehrmachtintendanten z.b.V. Dort, wo die Akten über Finanz- und Währungsangelegenheiten vorhanden sind, wurden sie in die einschlägigen Dokumentationen oft nicht aufgenommen.

Als Beispiel dafür steht die Aktenedition »Das Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945«, die Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer 1975 im Auftrag des Münchner Instituts für Zeitgeschichte herausgaben. Die in den Quellen umfangreich protokollierte Tätigkeit des

Reichsbankdirektors und Chefs der Emissionsbank im besetzten Polen, Fritz Paersch, wurde dort fast regelmäßig in die Kurzregesten (»Bankfragen u.a.«) verbannt. An derselben Blindheit gegenüber finanz- und währungspolitischen Fragen krankt das aus der Endphase der DDR stammende editorische Großprojekt »Europa unterm Hakenkreuz«.

Als außerordentlich hilfreich erwies es sich, dass das Bundesarchiv die umfangreichen Personalakten der Reichsbank und eine Fülle anderer personenbezogener Unterlagen, die bis 1990 im Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR versteckt wurden, inzwischen über eine Datei erschlossen hat. In die Reihe derartiger Erschließungsfortschritte gehört das vor kurzem vollendete – vom Bundesarchiv, den Archives Nationales und dem Deutschen Historischen Institut Paris gemeinsam erarbeitete – zweibändige Findhilfsmittel für die Bestände »Militärbefehlshaber in Frankreich« und »Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich«. Von dem Bestand »Archiv für Wiedergutmachung beim Landgericht Berlin« (B Rep. 032), der im Landesarchiv Berlin seit einigen Jahren zugänglich ist, profitierte die vorliegende Arbeit erheblich. Er enthält, nach Ländern geordnet, kopierte Quellen aus den Archiven vieler europäischer Staaten, ebenso Urkunden, die Überlebende den Gerichten vorlegten. Aus dem Schriftgut des Reichsfinanzministeriums erhielten sich zwar viele Zehntausend Akten, doch sind dazu weder in dem großen Bestand der alten Bundesrepublik noch in dem ebenfalls umfangreichen Bestand der einstigen DDR zureichende Findhilfsmittel angelegt worden. Erst im Jahr 2004, fast

60 Jahre nach Kriegsende, erschien der erste Band eines auf zehn Bände angelegten Repertoriums für die erhaltenen Akten des Reichsfinanzministeriums.

Dennoch bilden diese Unterlagen die wichtigste Stütze meiner Studie. Mit Hilfe grober Orientierungen anhand alter Karteien und dank der zuständigen Archivreferentin Karola Wagner gelang es, viele bisher niemals in der wissenschaftlichen Literatur zitierte Quellen aufzuspüren. Dabei zeigte sich, dass jene Unterlagen, die in großer Zahl über den außerordentlichen Kriegshaushalt des Deutschen Reiches angelegt und in denen einst die meisten Einnahmen in den besetzten Ländern minutiös verbucht wurden, mit offenkundigem Vorsatz vernichtet wurden. Das gilt auch für Akten, die Auskunft über die Verwertung von feindlichem und jüdischem Vermögen hätten geben können, und für Unterlagen, mit deren Hilfe sich der exorbitant anwachsende Haushaltsposten »Allgemeine Verwaltungseinnahmen« genauer hätte aufschlüsseln lassen. Die dort verbuchten Milliardenbeträge stammten in erster Linie aus Quellen, über die geschwiegen werden sollte. Dennoch versuche ich im Teil IV, anhand der erhaltenen Aktensplitter, die Kriegseinnahmen des Deutschen Reiches in ihrer Grundstruktur zu rekonstruieren. Dabei akzentuiere ich zum einen, wie sich die Lasten zwischen den sozialen Klassen in Deutschland verteilten. Zum anderen untersuche ich den bis 1944 ständig wachsenden Anteil des Kriegskostenhaushalts, der dem besetzten (und verbündeten) Ausland abgepresst und aus dem Eigentum wie der Arbeitskraft besonders verfolgter Menschengruppen beigeschrieben wurde.

Auf vielfältige Weise befasste sich die Reichsbank mit

dem Ausrauben der besetzten Länder und der Juden Europas. Sie vereinnahmte nicht nur das (Zahn-)Gold, die Juwelen, einen Teil der Aktien und die Devisen der Ermordeten, sondern sie installierte bei jeder Nationalbank der eroberten Staaten einen deutschen Kommissar. Der hatte für den Geldnachschub der Wehrmacht zu sorgen, für den Einzug der Kontributionen und – kompensatorisch dazu – für innere Maßnahmen zur Währungsstabilisierung. Zu diesem Zweck wurde systematisch auch das in Geld verwandelte Eigentum der Juden eingesetzt. Im Teil III wird das am Beispiel Griechenlands gezeigt.

Das Archiv der Banque de France konnte ich ohne weiteres benutzen, wobei sich die Arbeit wegen der fehlenden Register schwierig gestaltete. Glänzend sind die Findhilfsmittel und Arbeitsbedingungen im Archiv der Banca d'Italia. Zwei Versuche, in die Geheimnisse europäischer Nationalbanken während des Zweiten Weltkriegs einzudringen, scheiterten: Die Ungarische Nationalbank lehnte definitiv ab, die Bank von Griechenland ließ mehrere Anfragen unbeantwortet.

Die 1945 noch zu Tausenden vorhandenen Reichsbankakten sind – von unbedeutenden Resten abgesehen – im Lauf der Zeit beseitigt worden. Das geschah sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR. Auf internationalen Druck hin legte das Bundesarchiv 1998 einen Recherchebericht zum Verbleib der Reichsbankakten vor. Dort heißt es: »Dem unbefangenen Beobachter wird es unverständlich erscheinen, dass Dokumente, die so eng mit Verbrechen der Nationalsozialisten verknüpft waren, später achtlos aufgeteilt wurden und schließlich verloren gehen

konnten.« In dem Bericht wird bemerkt, die Aktenvernichtung sei heute nicht mehr »nachvollziehbar«. Darin zeigt sich ein weiterer Vernebelungsversuch; tatsächlich liegen die Gründe auf der Hand. Sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik bestand aus Gründen der Staatsraison ein einheitliches Interesse, alle jene Unterlagen verschwinden zu lassen, aus denen sich mühelos Restitutionsansprüche hätten ableiten lassen. Das geschah hüben wie drüben zum Vorteil aller Deutschen.

In Ost-Berlin registrierte die aus deutschen Fachleuten und Politikern zusammengesetzte Bankenkommission am 4. September 1947 gelegentlich einer »Besprechung betr. Übernahme der Reichsbank« noch eine »Judenkartei«, die Angaben über die Juden »abgenommenen Effekten« enthielt. Sie verschwand später spurlos. Immerhin erhielt sich in und, wie man wohl sagen kann, dank der DDR der zentrale Teil des für Kriegsfinanzfragen bedeutsamen Bestands »Hauptverwaltung der Reichskreditkassen«. Dasselbe gilt für die Archive deutscher Privatbanken. Für die Fragen dieses Buches erwiesen sich die zeitgenössischen Expertisen der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichskredit Gesellschaft AG als nützlich.

Ulrich Benkert, der als Reichsbankabwickler jahrzehntelang in Frankfurt a.M. residierte, schrieb 1978: »Ich habe im Laufe der Jahre einige Tausend Ordner durch die [Bundes-]Bank vernichten lassen, ohne jemals Rechenschaft über den Inhalt zu geben.« Von einem zögerlichen Beamten der Landeszentralbank in (West-)Berlin erwartete er im Hinblick auf die dort verwahrten Reichsbankakten eine ebensolche »Gefälligkeit«. Benkerts Drängen blieb nicht ungehört. In Frankfurt beseitigte er

mittels der Notenverbrennungsanlage der Deutschen Bundesbank in den Jahren 1976/78 die letzten wichtigen Geschäftsakten der Reichsbank. Er tat das, vom Bundesfinanzministerium ausdrücklich ermutigt, zur Zeit des Bundeskanzlers Helmut Schmidt und des Finanzministers Hans Apel.^[57]

Trotz des vorsätzlichen Auslöschens vieler Quellen erscheint es mir möglich, den Raubzug durch Europa nachzuzeichnen. Zu den verschiedenen Fragenkomplexen, die hier aus Gründen der Balance zwischen den einzelnen Kapiteln und im Hinblick auf das Gesamtthema »Hitlers Volksstaat« nur angeschnitten werden konnten, wird sich noch eine Fülle von Material finden. Wichtige Dokumente zur Kriegswirtschafts-, -finanz- und -währungspolitik des Dritten Reichs liegen in dem von mir nicht genutzten, umfangreichen Moskauer Bestand »Reichswirtschaftsministerium«,^[58] daneben auch in den dortigen Beständen »Reichsfinanzministerium« und »Beauftragter für den Vierjahresplan«.

Leichter greifbar sind Schriftstücke, die vom systematischen und gewollten Ausplündern der besetzten Länder handeln, vom Inhalt der Millionen Feldpostpäckchen von der Front Richtung Heimat, von kleinen und größeren Schiebereien. Ich konnte sie nicht annähernd auswerten. Jedenfalls wird es sich lohnen, die Unterlagen der deutschen Zollverwaltung, insbesondere auch bei den regional zuständigen Oberfinanzpräsidenten, noch sehr viel gründlicher durchzusehen, als das in dem Kapitel »Hitlers zufriedene Räuber« geschehen konnte. Die Zollakten bilden eine in der Historiographie kaum

genutzte Quellengattung, doch könnten sie nach meinem Eindruck für vielerlei sozialgeschichtliche Fragen als ausgezeichnete Fundus genutzt werden. Die bereits kursorisch erwähnten NS-Gesetze, mit denen die Pfändung bei säumigen deutschen Kleinverdienern oder der Verlust der Wohnung wegen Mietschulden zwischen 1933 und 1945 mehrfach erschwert wurde, verdienen wie einige andere, im Folgenden nur angedeutete Themen eine genaue Untersuchung.

Die aus den Nürnberger Dokumenten zitierten Schriftstücke (NG-, PS-, NOKW-, NID-) werden mit den jeweiligen Nummern als Quellen ohne spezielles Archiv angegeben, da sie in den verschiedensten Formen an vielen Orten eingesehen werden können. Dasselbe gilt für die Akten des Eichmann-Prozesses (ET) und für die Lesefilme des umfänglichen Regierungstagebuchs von Hans Frank (Frank-Tagebuch). Ich habe die Unterlagen in den National Archives nahe Washington, im United States Holocaust Memorial Museum, Washington, und im Münchner Institut für Zeitgeschichte benutzt.

Die Orthographie in den Zitaten wird im Allgemeinen angeglichen. Mit gelegentlicher Inkonsequenz verzichte ich darauf, zeitgenössisch übliche (Nazi-)Wörter in Anführungszeichen zu setzen. Ich handhabe sie als geschichtliche Termini technici. Das gelingt mir im Fall der Begriffe Führer, Arisierung, Volksgenosse, Volksgemeinschaft oder Endsieg. Auch Unwörter wie Judenbuße müssen nicht in Anführungszeichen gesetzt werden, schließlich wird aus dem Kontext klar, dass es sich hier um einen Willkürakt handelt. Im Fall des Begriffs

»Endlösung« geht mir die eigentlich gebotene historiographische Kühle zu weit, dasselbe gilt für »Entjudung«, obwohl das Jüdische Lexikon von 1927 das dazugehörige Verb entjuden ganz selbstverständlich verwendet. Andere mögen die Grenzen anders ziehen. Es gibt kein »jüdisches Eigentum«, keine »jüdischen Aktien« und kein »jüdisches Gold«. All das sind Verkürzungen eines kollektivistischen Zeitalters, in denen die Tendenz zum Großgruppenhass steckt. Vermeiden lassen sie sich nur um den Preis einer erheblich umständlicheren Ausdrucksweise (Aktien, die sich zuvor im Besitz von Juden befanden ...). Deshalb formuliere ich auch in diesem Fall uneinheitlich.

Wenn ich von »den Deutschen« spreche, dann gehört das ebenfalls in die Kategorie kollektivistischer Verallgemeinerungen. Ich gebrauche die Wendung dennoch häufig. Bei aller Mangelhaftigkeit erscheint sie mir ungleich treffender als der stark einengende Kollektivbegriff »die Nazis«. Hitler gelang es immer wieder, die Zustimmungsbasis weit über seine unmittelbaren Parteigänger und Wähler hinaus auszudehnen. Selbstverständlich leisteten deutsche Männer und Frauen Widerstand, litten und starben dafür; deutsche Juden waren Deutsche und verstanden sich als solche, häufig nicht ohne Stolz. Dennoch profitierten eben die Deutschen einschließlich der Österreicher – gemeint sind 95 Prozent derselben – von den Arisierungen. Wer so tut, als seien es nur die erklärten Nazis gewesen, weicht dem historischen Problem aus.

In den folgenden Kapiteln müssen nicht wenige Zahlen

genannt werden: Haushaltsziffern, Enteignungserlöse, Steuerprozentsätze, monatliche Kontributionen an die Besatzungsmacht, Wechselkurse usw. Die numerisch genauen Angaben sind notwendig, weil sie zum Kern der Frage gehören. Für die ausländischen Währungen findet sich auf Seite 365 die Tabelle mit den amtlichen deutschen Wechselkursen. Für die Umrechnung in heutiges Geld empfiehlt sich als Faustregel: Eine Reichsmark entspricht zehn Euro.^[59] Um die Größenverhältnisse besser einzuordnen, sollten sich die Leserinnen und Leser von Zeit zu Zeit vergegenwärtigen, dass ein Monatslohn von 200 Reichsmark brutto 1939 überdurchschnittlich und eine Rente von 40 Mark monatlich nicht schlecht waren. Als der Preis für einen Zentner Kartoffeln im Herbst 1942 auf 75 Reichspfennige angehoben wurde, führte das zu »teilweiser Verstimmung« der Volksgenossen.^[60]

Gemessen an der allgemeinen Lebenshaltung erreichten die Kriegskosten schwindelerregende Höhen. Doch möge man sich gelegentlich daran erinnern, was in den Milliardensummen, von denen die Rede sein wird, fehlt. Sie handeln immer nur von den Ausgaben für Waffen, Bunker, Transporte und Lebensmittel, für den Sold und den Familienunterhalt der deutschen Seite. Sie enthalten nicht eine Mark für die gerechte Gegenwehr der Angegriffenen, für die Kriegsversehrten und Hinterbliebenen, keinen Pfennig für den Wiederaufbau von Warschau, Rotterdam oder Charkow und Zehntausenden anderen Städten und Dörfern. Desgleichen fehlen die Kosten für den Wiederaufbau zerbombter oder gesprengter Brücken, Industrieanlagen und Bahnstrecken, für in ihrer Substanz

ruinierte Straßen, Äcker, Dämme und Wälder. Für Tote kennt die materielle Kriegsbilanz keinen Platz.

Die Gefälligkeitsdiktatur

Im Schein des Aufschwungs

Angesichts von sechs Millionen Erwerbslosen versprach Hitler 1933 »Arbeit, Arbeit, Arbeit«. Er konnte sein innenpolitisches Nahziel binnen fünf Jahren erreichen. Immerhin meldete die Reichsanstalt für Arbeit Ende Februar 1936 mehr als 2,5 Millionen Arbeitslose, ein Jahr später 1610000.^[61] Löhne und Renten stagnierten auf dem tiefen Niveau der Weltwirtschaftskrise. 1928, im besten Jahr der Weimarer Republik, hatte sich die Gesamtheit aller Arbeitseinkommen auf 42,6 Milliarden Reichsmark addiert, 1935 betrug sie 31,8 Milliarden. Erst drei Jahre später stieg die Lohnsumme auf jene Höhe, die sie zehn Jahre zuvor erreicht hatte.^[62] Die Stundenlöhne, Gehälter, Renten und Pensionen lagen noch immer deutlich darunter. Die Erzeugerpreise der Landwirtschaft blieben bis 1945 erheblich unter dem Niveau von 1928/29.^[63]

Doch genügte das Gefühl von ökonomischer Erholung und autoritärer Entschlossenheit, um die Loyalität der großen Mehrheit für den nationalsozialistischen Staat zu wahren. Nach einigen Monaten des Abwartens setzte sich Ende 1933 in weiten bürgerlichen Kreisen die Meinung durch, »man bekommt doch mehr und mehr die Zuversicht und den Glauben, dass es unter dieser Regierung wieder aufwärts gehen wird mit Deutschland«, so notierte es der bereits zitierte Leipziger Anatom Voss.^[64] Als illegal

eingereister Verbindungsmann der Sozialistischen Arbeiter-Partei schilderte Willy Brandt im Sommer 1936 die Laune der Berliner Arbeiter als »nicht überschwänglich, auch nicht betont regimefreundlich«, aber als »erst recht nicht regimefeindlich«.[65]

Nach der freien und – gegen alle antifaschistische Agitationsmühe – überwältigend eindeutigen Volksabstimmung im Januar 1935 kehrte das Saargebiet in den Reichsverband zurück. Bald folgten die allgemeine Wehrpflicht und der Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland. Gleichzeitig begann die schnelle Aufrüstung der Wehrmacht mit überaus modernen Waffen. Die Reichsregierung brach damit den Versailler Vertrag, sie verließ den Völkerbund – das machte sie populär. In den Augen der übergroßen Mehrheit zeigte sie es denjenigen, die Deutschland mit »Kriegsschuldlüge« und »Schmachfrieden«, mit ungezählten Schikanen und Erniedrigungen überzogen hatten. Hitler bedeutete in den ersten Jahren Satisfaktion für ein verstörtes, aggressives und selbstaggressives Volk.

Als er die Regierungsgeschäfte übernahm, war der wirtschaftliche Niedergang bereits zum Stillstand gelangt. Seine Finanzpolitiker förderten den beginnenden Aufschwung im rechten Moment: Sie erhöhten die kurzfristige Staatsverschuldung, um die Arbeitslosigkeit zu verringern und um zusätzliche Binnenkaufkraft zu schaffen. Das entlastete den Staat von unproduktiven Sozialausgaben, zeitversetzt versprach das Verfahren wachsende Staatseinnahmen.

Tatsächlich erhöhte sich das Steueraufkommen von 1933

bis 1935 um 25 Prozent, in absoluten Zahlen: um knapp zwei Milliarden Reichsmark. Parallel dazu sanken die Ausgaben für Arbeitslosigkeit um 1,8 Milliarden. So gesehen, refinanzierten sich die Staatskredite in Höhe von 3,8 Milliarden Reichsmark nach einer verhältnismäßig kurzen Laufzeit von selbst. Die Politik des Vorgriffs auf eine günstigere Zukunft schien sich buchstäblich bezahlt zu machen. Die Propaganda prägte die Formel vom deutschen Finanzwunder,^[66] und der anerkannte Ökonom Günter Schmolders publizierte Aufsätze wie »Höchstleistungsepochen der Reichsfinanzwirtschaft« oder »Totale Preispolitik«.^[67]

Weil jedoch die Regierung ihre Zusatzeinnahmen auf der Ausgabenseite um fast 300 Prozent überschritt, stieg die öffentliche Verschuldung in den beiden ersten NS-Jahren um 10,3 Milliarden Reichsmark.^[68] Die einzige wichtige Steuer, die zur Deckung des bald immer rascher anschwellenden Defizits zwischen 1933 und dem Beginn des Krieges angehoben wurde, war die 1920 von der Weimarer Republik reichseinheitlich eingeführte Körperschaftsteuer. Das geschah in vier Schritten zwischen August 1936 und Juli 1939 und verdoppelte diese Unternehmensteuer von 20 auf 40 Prozent mit dem Ziel, insbesondere diejenigen Kapitalgesellschaften zu treffen, die am Rüstungsboom verdienten. Zugleich verbreiterte der Staat die Besteuerungsgrundlage für die Unternehmen, das heißt, er engte die Abschreibungsmöglichkeiten erheblich ein.^[69] Betrug die Staatseinnahmen aus der Körperschaftsteuer 1935 noch 600 Millionen Reichsmark, so beliefen sie sich 1938

auf 2,4 Milliarden; ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen machte 1935 sieben, 1938 bereits 14 Prozent aus.^[70] Die deutsche Führung registrierte den politischen Profit solcher sozial ausgleichenden Maßnahmen genau. Der Jahresbericht des Sicherheitshauptamts für 1938 vermerkte: »Besonders auf die Arbeiterschaft macht die Erhöhung der Körperschaftsteuer einen günstigen Eindruck.« Sie werde als Zeichen dafür verstanden, dass die Kosten für die Wiederbewaffnung »durch eine gerechte Lastenverteilung« aufgebracht und »die hohen Gewinne der großen Gesellschaften entsprechend herangezogen« würden.^[71]

Die breitenwirksame Sozial- und Steuerpolitik entlastete die Familien, das Einkommensteuergesetz vom Oktober 1934 erhöhte den steuerfreien Grundbetrag erheblich, verschaffte also den Geringverdienenden einen Vorteil. Die Reform war so ausgelegt, dass die Staatseinnahmen insgesamt nicht geschmälert wurden. Daher galt es, die Differenz »durch eine entsprechende Mehrbelastung der Ledigen, der kinderlos Verheirateten und ab bestimmten Einkommenshöhen auch der Verheirateten mit einem Kind und zwei Kindern« hereinzuholen. Zu dem aus bevölkerungspolitischen Gründen eingeführten Familienlastenausgleich gehörten zudem Ehestandsdarlehen, Einrichtungszuschüsse, Ausbildungsbeihilfen und Kindergeld. In absoluten Zahlen wandte das Reich dafür bis 1941 den relativ geringen Betrag von insgesamt etwas mehr als drei Milliarden Reichsmark auf.^[72]

Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, die bis 1934 von den Lohnempfängern aufzubringen war, wurde etwas gesenkt und zum Ausgleich über einen erhöhten Steuertarif von allen Einkommensteuerpflichtigen eingezogen. In diesem vom Egalitätsgedanken geleiteten Umbau steckte zugleich eine Steuererhöhung: Die Arbeitslosigkeit ging bald zurück, jedoch blieb die Abgabe an die Arbeitslosenversicherung, genannt Reichsstock für Arbeit, in voller Höhe bestehen.^[73]

Von 1933 bis Mitte 1939 gab das Deutsche Reich etwa 45 Milliarden Reichsmark für die Aufrüstung aus. Die nach damaligen Begriffen astronomische Summe betrug mehr als das Dreifache der Reichseinnahmen im Haushaltsjahr 1937. Folglich belief sich die Schuld Ende August 1939 bereits auf 37,4 Milliarden Reichsmark.^[74]

Vollbeschäftigung und Rüstung waren mit riesenhaften Krediten finanziert worden. Selbst Goebbels, der die Finanzfachleute gerne als »kleine Spießer« verspottete, sprach in seinem Tagebuch vom »rasenden Defizit«.^[75]

Im Januar 1939 intervenierte das Reichsbankdirektorium deshalb bei Hitler: »Das unbegrenzte Anschwellen der Staatsausgaben sprengt jeden Versuch eines geordneten Etats, bringt trotz ungeheurer Anspannung der Steuerschraube die Staatsfinanzen an den Rand des Zusammenbruchs und zerrüttet von hier aus die Notenbank und die Währung. Es gibt kein noch so geniales und ausgeklügeltes Rezept oder System der Finanz- und Geldtechnik, keine Organisation und keine Kontrollmaßnahmen, die wirksam genug wären, die

verheerenden Wirkungen einer uferlosen Ausgabenwirtschaft auf die Währung hintan zu halten. Keine Notenbank ist imstande, die Währung aufrechtzuerhalten gegen eine inflationistische Ausgabenpolitik des Staates.«^[76]

Die Verfasser des Briefes hatten die Schuldenpolitik überlang mit allerlei trickreichen Finanzmanipulationen gefördert, doch führte der Protest zur Abberufung des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht und eines Teils des Direktoriums. Stattdessen wurde Walther Funk, der zuvor schon die Funktion des Reichswirtschaftsministers von dem nicht hinlänglich anpassungsbereiten Schacht übernommen hatte, in Personalunion zum Reichsbankpräsidenten berufen. Emil Puhl, ein gediegener, politisch unprofilierter Währungsfachmann, besorgte hinfort als Geschäftsführender Vizepräsident, assistiert von Hunderten hoch qualifizierten Fachbeamten, die Tagesgeschäfte der Reichsbank. Sie erstreckten sich bald auf das gesamte besetzte Europa. Puhl war für seine gelegentlich sarkastisch-deutlichen Sentenzen über die Fähigkeiten der Reichsregierung bekannt, doch funktionierte er bis 1945 in deren Sinn. Aus professionellen Gründen war ihm jedes Mittel zum Schutz der deutschen Währung recht. Er bunkerte das Raubgold aus allen erdenklichen Quellen. Den weit unbedeutenderen Posten des Zweiten Stellvertretenden Reichsbankpräsidenten besetzte Kurt Lange, der seinen Aufstieg allein der NSDAP verdankte.

Auf das Jahr 1939 bezogen, summierte sich der Finanzbedarf der Zivilressorts auf 16,3 und der Bedarf der

Wehrmacht auf 20,5 Milliarden Reichsmark. Bei regulären Staatseinnahmen von allenfalls 17 bis 18 Milliarden Mark verschlang bereits der Schuldendienst 3,3 Milliarden.^[77] Carl Friedrich Goerdeler, der später zu einer der zentralen Figuren des deutschen Widerstands aufsteigen sollte, bezeichnete dieses Ausgabengebaren früh als »finanziellen Wahnsinn«. In seiner Denkschrift vom 1. Juli 1940 – verfasst in den Tagen des scheinbar größten militärischen Erfolgs, des Siegs über Frankreich – bemerkte er trocken: »Die Finanzen des Reiches sind zerrüttet.« Bei einer Fortdauer des Krieges würden bis Ende 1941 »bereits $\frac{3}{5}$ der Jahreseinnahmen [...] für Schulden der Vergangenheit zu entrichten« sein: »Das heißt also, dass die Schuldenmacherei des Reiches bereits zu dem Ergebnis geführt hat, dass nunmehr der Schuldendienst nicht mehr aus laufenden Einnahmen bestritten werden kann, sondern die Schulden allein durch ihr Dasein sich immer mehr erhöhen.«^[78]

Hitler überspielte die ihm und seiner Führungsmannschaft bekannte prekäre Finanzlage des Reiches mit sprunghaften Kriegsaktionen zu Lasten von Millionen Menschen. Enteignungen, Deportationen und Massenmorde wurden, wie im Folgenden gezeigt wird, zur wichtigen Quelle der deutschen Staatsfinanzen. Im Jahr 1942 verlangte Finanzstaatssekretär Reinhardt kategorisch: »Die Beiträge, die laufend zur Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld erforderlich sind, müssen durch die Erträge gedeckt werden, die sich *laufend* aus der Bewirtschaftung und Ausbeutung der Ostgebiete ergeben.«^[79] Das Regime brauchte die ständige

kriegerische Destabilisierung der Peripherie, um im Inneren den Anschein von Stabilität vorzutäuschen. »Schon werden riesige Rüstungs- und Baupläne vorbereitet«, schrieb Goerdeler 1940 und fuhr fort: »Dem deutschen Volke ist eine totale Altersversorgung zugesichert. Man wird mit der Vergrößerung des beherrschten Gebietes sich in noch größere Bau- und Umgestaltungspläne hineinsteigern.«^[80]

Arisierung für den Krieg

Ende 1937 stieß die Schuldenmacherei an eine erste Grenze. Von nun an operierten die verantwortlichen Beamten im Finanzministerium ständig am Rande des Kreditspielraums. Sie mussten fortlaufend überlegen, wie die Staatsschulden refinanziert werden könnten. In dieser Lage fiel ihr Blick auf das Eigentum der Juden, das sie kurzerhand dem so genannten Volksvermögen zuschlugen. Dabei handelte es sich um einen hoch ideologisierten, nicht nur in Deutschland gebräuchlichen Begriff der Epoche, in dem die Möglichkeit zur Enteignung von »Volksfremden« und »Volksfeinden« definitiv mitschwang.

Bis 1937 wurden jüdische Beamte, Geschäftsleute, Ärzte und Angestellte Opfer von Sondergesetzen. Viele verloren ihre Arbeitsplätze, Karrieren brachen ab, eben noch blühende Unternehmen kamen zum Notverkauf. Darüber hinaus unterlag jede wirtschaftliche Tätigkeit von Juden zahllosen, örtlich verschiedenen Spezialschikanen. Insgesamt sollten die Bedrängten zu dem Entschluss genötigt werden: Weg hier! Koste es, was es wolle! Die

Finanzbehörden und Devisenstellen nützten die staatspolitisch geschaffene Zwangslage nach Kräften aus. Mit Hilfe der Reichsfluchtsteuer und immer restriktiveren Ausfuhrvorschriften für Devisen, Aktien, Briefmarken, Schmuck, Gold, Edelsteine und Silber, Kunstwerke und Antiquitäten versuchte sich der deutsche Staat nach Kräften zu bereichern. Doch waren es bis dahin Privatleute, die Unternehmen oder Liegenschaften im manchmal halb freiwilligen, manchmal durch staatlichen und gesellschaftlichen Terror erpressten Übereinkommen mit den jüdischen Besitzern arisierten. Juden konnten noch über ihre Lebensversicherungen und Aktien verfügen, sie konnten sich aussuchen, wie sie ihr Vermögen anlegten. Man kann bis Ende 1937 nicht von systematischer Enteignung sprechen, sondern von einer immer besser organisierten Teilkonfiskation und von gleichzeitiger privater Vorteilsnahme, an der sich viele Zehntausend nicht-jüdischer Deutscher beteiligten.

Regelrecht verstaatlicht wurde jüdisches Eigentum erst von 1938 an, dann allerdings mit Wucht. Den Auftakt bildete der Anschluss Österreichs. Am 19. März 1938 wurde Hitlers Sondergesandter für komplizierte wirtschaftliche Fragen, Wilhelm Keppler, zum Reichsbeauftragten für Österreich ernannt. Noch am selben Tag übertrug ihm Göring drei Aufgaben. Er sollte sich erstens um die österreichischen Bodenschätze kümmern, zweitens um das Lohn- und Preisniveau und drittens um jene Unternehmen, die Juden gehörten: »Die Arisierung der Wirtschaftsbetriebe wird in Österreich voraussichtlich in noch größerem Umfang nötig werden als

im alten Reich.« Sie »beschleunigt und sachgemäß« durchzuführen, sei für den »reibungslosen« Ablauf der Rüstungsprogramme besonders bedeutsam.^[81]

Wirft man einen Blick auf die allgemeine Haushaltslage des Reiches zu Beginn des Jahres 1938, so war das Aufrüsten bis dahin zu einem erheblichen Teil mit Wechseln in Höhe von zwölf Milliarden Reichsmark finanziert worden, die nicht auf den Staat, sondern auf ein fiktives privatrechtliches Unternehmen, die Mefo (Metallurgische Forschungsgesellschaft) lauteten.^[82] Das Verfahren hatte Hjalmar Schacht in seinen Eigenschaften als Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident erfunden. Im Jahr 1939 wurden diese Wechsel erstmals fällig. Es waren also Haushalts- und Anleihemittel für die Tilgung kurzfristig aufgenommenen Schulden bereitzustellen. Gleichzeitig veranschlagte die Wehrmacht für das laufende Haushaltsjahr volle elf Milliarden für ihre Zwecke. Das überforderte den Kapitalmarkt. Eilig begann der Reichsfinanzminister damit, zur Deckung laufender Ausgaben Schatzanweisungen aufzulegen, die ihrerseits schon nach einem halben Jahr fällig werden würden.^[83]

In dieser selbst geschaffenen Notlage erging die Verordnung vom 26. April 1938. Sie zwang die Juden, ihr gesamtes Vermögen detailliert gegenüber den Finanzämtern zu deklarieren, sofern es 5000 Reichsmark überschritt. Das sollte innerhalb von sechs Wochen bis zum 30. Juni geschehen, wobei die Frist wegen der langsamen Auslieferung der Formulare bis zum 31. Juli verlängert werden musste. Von nun an war anzuzeigen, wenn das

Vermögen sich veränderte oder umgeschichtet wurde. Der im Reichswirtschaftsministerium verantwortliche Beamte und Gesetzeskommentator, Alf Krüger, bezeichnete das Verfahren wenig später als »Wegbereiter zu der völligen und endgültigen Entjudung der deutschen Wirtschaft«.^[84] Die angemeldeten Werte teilte Krüger in verschiedene Kategorien auf: Als »nichtantastbar« galt ihm das Vermögen ausländischer Juden in Deutschland, als »nichtangreifbar« dasjenige nichtjüdischer Gatten deutscher und staatenloser Juden, doch als »angreifbar« blieben am Ende der Rechnung 7,123 Milliarden Reichsmark. Krüger gab an, dass die deutschen und österreichischen Juden im Sommer 1938 »nach amtlicher Erhebung über Vermögenswerte von rund acht Milliarden Reichsmark verfügten«.^[85] Offenbar rechnete er das »nichtangreifbare« Vermögen mit oder auch den nicht meldepflichtigen Besitz unter 5000 Reichsmark. Bei all dem sollte man sich hüten, auf einen generellen Reichtum der deutschen Juden zu schließen. Beispielsweise mussten in Hamburg nur 16 Prozent der steuerpflichtigen Juden ihr Vermögen anmelden.

Im Hinblick auf die weniger wohlhabenden Juden ist anzumerken: Wie viele andere Deutsche hatten sie in Renten-, Gesundheits-, Sterbe- und Invalidenkassen einbezahlt. Rechnet man für die Hälfte der einst 700000 deutschen und österreichischen Juden pro Person eine Anwartschaft in Höhe von insgesamt 1500 Reichsmark, ergibt das bei der damaligen Lebenserwartung und Rentenhöhe etwas mehr als eine halbe Milliarde. Infolge der erzwungenen Emigration oder Deportation fiel dieser

Betrag der nunmehr rein arischen Solidargemeinschaft in die Hände. Entsprechend konnte der Staatszuschuss gesenkt oder das Leistungsniveau gehoben werden.

Nur zwei von vielen Paragraphen der Vermögensverordnung beschäftigten sich nicht mit den Anmeldeformalien. In dem einen wurde Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan ermächtigt, »den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen«. Der folgende Paragraph drohte den Juden Strafe an, falls sie versuchen würden, ihre materiellen Verhältnisse zu verschleiern. In diesem Fall konnte das Vermögen eingezogen und Zuchthaus bis zu zehn Jahren verhängt werden.^[86] Entsprechend der neuen Rechtslage mussten von nun an »freiwillige« Arisierungen den Finanzbehörden gemeldet werden. Gleichzeitig verschickte das Reichswirtschaftsministerium im Mai 1938 den folgenden Erlass: »Die Entwicklung der Judengesetzgebung hat zur Folge, dass die Juden in verstärktem Umfang bestrebt sind, aus Deutschland auszuwandern.« Deshalb gelte es hinsichtlich aller jüdischen Vermögen »rechtzeitige Sicherungsanordnungen zu treffen«, wenn die Ämter Anhaltspunkte für eine beabsichtigte Auswanderung gewännen.^[87] Damit waren, wie van der Leeuw früh feststellte, »die Weichen gestellt für die Strecke, auf der der größtmögliche Teil des Judenvermögens schließlich in die Kasse des Reichs einfahren sollte«. ^[88]

Drei Tage, nachdem die Anmeldepflicht verkündet worden war, fand am 29. April 1938 eine

Ministerbesprechung unter dem Vorsitz Görings statt. Zu erörtern war die »endgültige Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben« mit dem Ziel »der Umwandlung des jüdischen Vermögens in Deutschland in Werte, die keinen wirtschaftlichen Einfluss mehr gestatten«. Die letztere, etwas kryptische Aussage bedeutete im Klartext den zwangsweisen Eintausch von Vermögensbeständen aller Art in Staatspapiere. Die Beteiligten sahen darin auch einen außenpolitischen Vorzug, schließlich würden die Juden entschädigt. Das geschah »zweckmäßigerweise in der Aushändigung von Anleihetiteln«. [89]

Für den Zwangsumtausch des jüdischen Vermögens in Staatspapiere sprach aus Sicht der Reichsfinanzverwaltung einiges. Mitte Juli 1938 musste das Reich seine eigenen Anleihen im Wert von immerhin 465 Millionen Reichsmark aufkaufen, um ein Abrutschen des Kurses zu verhindern. Mit solchen Notinterventionen, die nichts anderes bedeuteten, als die exorbitanten Staatsschulden mit Hilfe der Notenpresse zu finanzieren, versuchte das Reichsfinanzministerium zweierlei zu erreichen: Zum einen sollten die Finanzschwierigkeiten an den Börsen mit allen Mitteln kaschiert werden; zum anderen sollten die Rückkäufe der eigenen Anleihen nach den Worten des Finanzministers verhindern, dass die künftige Emission »von Anleihen des Reiches erschwert oder unmöglich gemacht« werde. In seinem Brandbrief vom 1. September 1938 schrieb Schwerin von Krosigk an Hitler: »Im Laufe des September gehen die Kassenbestände« zu Ende, eine neuerliche Anleihe könne derzeit nicht untergebracht werden, da die Vermögenden Sachwerte bevorzugten.

Weiter teilte der Minister seinem Führer »in unverbrüchlicher Treue« mit, »dass wir in eine schwere finanzielle Krise hineinsteuern, deren Anzeichen bereits im Ausland zu eingehenden Erörterungen dieser schwachen Stelle unserer Wirtschaftsrüstung und im Inland zu einem Besorgnis erregenden Vertrauensschwund geführt haben«. [90]

Führt man sich diese Lage vor Augen, wird klar, warum die deutsche Politik außenpolitisch zur Zerschlagung der Tschechoslowakei und im Inneren zum Pogrom gegen die Juden drängte. Der deutsche Fiskus brauchte Geld. Die Regierung mogelte sich um jeden Preis am Staatsbankrott vorbei; jeder Stillstand hätte die Probleme sofort offenbart. Als Ausweg bot sich unentwegter Aktionismus.

In der Rückblende erinnerte Göring unmittelbar nach dem Novemberpogrom an die »Besprechung, in der wir den Beschluss fassten, die deutsche Wirtschaft zu arisieren, den Juden aus der Wirtschaft heraus und in das Schuldbuch hineinzubringen und auf die Rente zu setzen«. Erläuternd fügte er hinzu: »Der Jude wird aus der Wirtschaft ausgeschieden und tritt seine Wirtschaftsgüter an den Staat ab. Er wird dafür entschädigt. Die Entschädigung wird im Schuldbuch vermerkt und zu einem bestimmten Prozentsatz verzinst. Davon hat er zu leben.« [91] Das bedeutete nichts anderes als die Umwandlung des gesamten Vermögens der deutschen Juden in Staatsanleihen, also einen Spielraum von mehreren Milliarden Reichsmark für die Kriegskasse. In der Sprachregelung »Die Judenfrage als Faktor der

Außenpolitik im Jahr 1938«, mit der das Auswärtige Amt die deutschen Vertretungen im Ausland auf eine einheitliche Linie brachte, hieß es dazu erklärend: Anders als mit den Kirchengütern während der Französischen Revolution verfahren worden sei, handle es sich nicht etwa um eine entschädigungslose Beschlagnahme. Vielmehr erhalte »der enteignete Jude für seinen Besitz Reichsschuldverschreibungen, deren Zinsen ihm zustehen«. [92]

In seiner Rede vom 6. Dezember 1938 kam Göring vor den Gauleitern eindringlich auf den Zusammenhang zu sprechen, der zwischen dem Aufrüsten und der Verstaatlichung des Eigentums der deutschen Juden bestand. Die einzelnen Geschäfte, Lagerbestände, Möbel oder auch Kunstwerke sollten an Ort und Stelle verkauft werden. Ein Ölgemälde, das einem Juden zum Beispiel in Stuttgart abgenommen werde, sollte demnach bevorzugt einem Stuttgarter Museum zum Kauf angeboten werden. Entsprechend sei im Fall von Autos zu verfahren, die selbstverständlich auf dem lokalen Markt zum Listenpreis anzubieten seien. Aber der Nutzen aus dem Verkauf der Geschäfte, Gemälde oder Autos, »in München, in Nürnberg, in Stuttgart, Karlsruhe, Hamburg gehört«, so fuhr Göring fort, »nicht den Städten, nicht den Ländern, nicht den Gauen, sondern einzig und allein dem Reich«.

Abschließend erklärte Göring, warum gerade er sich führend mit der »Judenfrage« beschäftige, obwohl er damit am liebsten nichts zu tun haben würde: »Aber dann weiß ich natürlich nicht, wie ich meinen Vierjahresplan, also die deutsche Wirtschaft, in Ordnung halten soll.« Den an allen

möglichen jüdischen Besitztümern interessierten Gauleitern schärfte er ein: »Der Nutzen aus der Arisierung kommt ausschließlich und einzig und allein dem Reich zu, d.h. hier dem Verwalter, dem Reichsfinanzminister, sonst niemandem im ganzen Reich; denn nur dann ist es möglich, das Rüstungsprogramm des Führers durchzuführen.« Ebenso deutlich trat Innenminister Frick den Bedürfnissen nach persönlicher und lokaler Bereicherung entgegen: »Das z.Zt. in jüdischen Händen befindliche Vermögen ist als deutsches Volksvermögen anzusehen. Jede Entwertung oder Verminderung dieses Vermögens bedeutet daher eine Verminderung des deutschen Volksvermögens.«^[93] Um es mit Görings Erlass vom Dezember 1938 zu sagen: »Der Nutzen aus der Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben kommt allein dem Reiche zu.«^[94] Mit dem Pogrom vom 9./10. November ließ sich die schon vorher formulierte Absicht erheblich schneller verwirklichen. Erst jetzt konnte das von den Fachleuten in der Vierjahresplanbehörde, von der Reichsfinanzverwaltung, dem Wirtschaftsministerium und der Reichsbank entwickelte Konzept durchgesetzt werden, erhebliche Anteile des Vermögens der deutschen Juden in Zwangsanleihen umzuwandeln.

Das Verfahren wurde später zum Muster für die Arisierer in ganz Europa. Statt um die Verkäufe von jüdischem Besitz in Stuttgart und statt um Kauflust der Stuttgarter ging es bald um Paris, Amsterdam oder Szeged – um die Interessen der Szegeder, Amsterdamer und Pariser. Das meiste, an vielen Orten fast alles, wurde von den lokalen Behörden an lokale Interessenten verkauft,

also an die Einheimischen. Doch die Erträge aus solchen Geschäften lenkten die Deutschen, nach den seit 1938 erprobten Grundsätzen und so gut es ging, in die Reichskasse. Im Reichsfinanzministerium war dafür Walter Maedel verantwortlich, und zwar deshalb, weil er in allgemeiner Weise dafür zuständig war, wie die unterschiedlichsten Vermögensbestandteile – gleichgültig, wem sie gehörten – steuerlich zu bemessen seien. Er war der Verfasser des Kommentars zum Reichsbewertungsgesetz.

Wie energisch die NS-Finanzexperten die Transformation des jüdischen Vermögens in Staatsanleihen verfolgten, zeigte sich, als den Juden nach dem Pogrom die »Sühneleistung« auferlegt wurde. Sie betrug eine Milliarde Reichsmark. Um diese Summe aufzubringen, waren die Diskriminierten gezwungen, Häuser, Aktien und eben auch Reichsanleihen zu verkaufen. Dagegen wandte der Vertreter der Reichsbank, Karl Blessing (später Präsident der Bundesbank), auf der Sitzung vom 12. November 1938 ein, er befürchte, »dass die Juden in den nächsten Tagen ab Montag für Hunderttausende Reichsanleihen verkaufen, um sich die Mittel zu beschaffen«. Da aber der Kurs der Reichsanleihe laufend »im Hinblick darauf, dass wir weitere Reichsanleihen begeben wollen«, gestützt werde, bedeute ein solch plötzlicher Verkauf für den Reichsfinanzminister den Zwang, die Anleihen von Staats wegen zurückzukaufen. Folglich wurde den Juden verboten, deutsche Staatspapiere zu veräußern.^[95]

Neben möglichst langfristigen Krediten benötigte Göring 1938 für den Import dringend Devisen. Nur damit konnten die für die Aufrüstung notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel gekauft werden, und zwar sowohl für den laufenden Bedarf als auch für die im Hinblick auf den Krieg anzulegende Reichsgetreidereserve. Deshalb forderte er am 25. Juli, also sechs Tage vor der Abgabefrist, die Vermögensdeklarationen der Juden »mit größter Beschleunigung« auf ausländische Wertpapiere durchzusehen. Den Besitzern war demnach mitzuteilen, dass sie die entsprechenden Effekten »binnen einer Woche« der Reichsbank »anzubieten und auf deren Erfordern zu verkaufen« hätten.^[96] Auch dafür erhielten die jüdischen Zwangsverkäufer im Gegenzug Reichsschatzanweisungen. Wenige Tage später forderte der für wirtschaftliche Fragen im ehemaligen Österreich zuständige Minister Fischböck einen leitenden Reichsbankbeamten an, der in der von Eichmann errichteten »Judenauswanderungsstelle« die Devisenabteilung übernehmen sollte.^[97]

Die »Judenbuße« von einer Milliarde Reichsmark, die die Reichsregierung am 12. November 1938 verhängte, erhöhte die laufenden Reichseinnahmen mit einem Schlag um gut sechs Prozent. Damit sollte das akute Kassendefizit überbrückt werden. Schwerin von Krosigk hatte im Jahr 1938 vor allem mit Haushaltssperren, mit dem Verbot öffentlicher Neubauten und mit dem Kürzen schon bewilligter Etatansätze regiert, um die Staatsfinanzen nicht völlig außer Kontrolle geraten zu lassen. Die Adressaten seiner geheimen Sparbeschlüsse tröstete er mit einem

Göring-Wort: »Die Lösung der verbleibenden Aufgaben wird später umso sicherer gelingen, je rascher und vollkommener jetzt erst einmal die Arbeiten durchgeführt werden, die den Bestand der Nation gegen alle Eventualitäten gewährleisten sollen.«

Im Jahresbericht für 1938, den Walther Bayrhoffer, der Vertreter des Reichsfinanzministeriums im Reichsbankdirektorium, formulierte, stellte sich die öffentliche Finanzlage bezeichnenderweise ausgerechnet Mitte November 1938 als »katastrophal« dar: »Es bestand kassenmäßig ein Defizit von etwa RM 2 Milliarden; die Möglichkeit, dass das Reich zahlungsunfähig wurde, stand unmittelbar bevor.«^[98] Das war der Moment, in dem die »Judenbuße« verhängt wurde. Deswegen verlangte die Reichsregierung von den Banken, die sich um den »sachgerechten« Verkauf der Aktien aus dem Besitz von Juden bemühten, kategorisch einen Überbrückungskredit. Und deswegen wies der Judenreferent im Reichswirtschaftsministerium, Alf Krüger, in seiner Gesamtrechnung über die angemeldeten jüdischen Vermögen den liquiden Bestandteil besonders aus. Er verstand darunter alle Werte, die nicht als Hausbesitz oder Betriebsvermögen gebunden waren: insgesamt 4,8 Milliarden Reichsmark.^[99] Auf sie konnte umstandslos zugegriffen werden. Am 18. November 1938 notierte sich der Vertreter des Auswärtigen Amts aus einer intern gehaltenen Göring-Rede diese Stichwörter: »Sehr kritische Lage der Reichsfinanzen. Abhilfe zunächst durch die der Judenschaft auferlegte Milliarde und durch die Reichsgewinne bei Arierisierung jüdischer

Unternehmungen.«^[100]

Mit seiner Durchführungsverordnung vom 21. November 1938 gestaltete der Reichsfinanzminister die »Sühneleistung« zu einer Vermögensabgabe von 20 Prozent aus. Betroffen waren alle Juden, die eine Vermögenserklärung hatten abgeben müssen, also mehr als 5000 Reichsmark besaßen. Sie mussten die fällige Geldsumme in vier Teilbeträgen an das zuständige Finanzamt entrichten, und zwar »ohne besondere Aufforderung« am 15. Dezember 1938, am 15. Februar, 15. Mai und 15. August 1939.^[101] Auf diese Weise trieb der Fiskus gut 1,1 Milliarden Reichsmark ein und verbuchte sie als »Sonstige Einnahmen« im Haushalt. Die regulären Reichseinnahmen beliefen sich im Haushaltsjahr 1938/39 auf etwa 17 Milliarden Reichsmark. Hinzu gerechnet werden müssen die Einnahmen aus der Reichsfluchtsteuer und sonstige Erlöse aus der Diskriminierung der Juden im Haushaltsjahr 1938/39, die – zurückhaltend kalkuliert – mindestens 500 Millionen Reichsmark ausmachten. Insgesamt stammten also mindestens neun Prozent der laufenden Reichseinnahmen im letzten Vorkriegshaushalt aus Arisierungserlösen. Dazu kam der nicht verbuchte Zwangsumtausch der Devisen und eines Teils des Aktienbesitzes der Juden in Staatspapiere. (Schon die Reichsfluchtsteuer brachte zwischen 1933 und 1945 knapp eine Milliarde, davon im Haushaltsjahr 1938/39, dem wegen des Terrors ertragreichsten Zeitabschnitt, 342621000,00 Reichsmark.^[102])

Wenn man sich einen Moment lang vorstellt, irgendein

Finanzminister, Stadtkämmerer oder Parteischatzmeister in Deutschland oder irgendwo sonst auf der Welt könnte heute über plötzliche Mehreinnahmen von neun Prozent verfügen, ohne die eigenen Leute zu belasten, dann offenbart sich sofort, wie entspannend die »Judenbuße« und die darüber hinausgehenden Enteignungen der Juden damals für die Haushälter des Reiches gewirkt haben müssen. Die Deutsche Steuer-Zeitung merkte an: »Das Aufkommen aus der Judenvermögensabgabe fließt ausschließlich dem Reiche zu, das es für seine allgemeinen Aufgaben und damit zum Wohl des gesamten Deutschen Volkes verwenden wird.«^[103] Der SD notierte in möglicherweise übertriebener Verallgemeinerung: Anders als das Pogrom selbst hätten die »Sühne Gesetze in der Bevölkerung überall Anklang gefunden«.^[104]

Schwerin von Krosigk verbreitete nach dem Krieg in seinen Memoiren: »Ich deckte die Auferlegung der Buße auch mit meinem Namen. Doch bei mir war damit die Grenze erreicht.«^[105] Wie wenig das der Wirklichkeit entsprach, zeigt schon die Zweite Durchführungsverordnung über die Sühneleistung der Juden, die bald nach Kriegsbeginn bestimmte: »Die Judenvermögensabgabe wird zur Erreichung des Betrags von einer Milliarde Reichsmark von 20 von Hundert auf 25 von Hundert des Vermögens erhöht.« Das Dokument trägt die Unterschrift Schwerin von Krosigk.

Die Zusatzabgabe war binnen vier Wochen fällig und führte dazu, dass die Reichskasse insgesamt 1126 612495,00 Reichsmark aus der »Judenbuße« vereinnahmte, nach anderen Quellen etwas mehr, nämlich

rund 1,2 Milliarden.^[106]

Die tausendfachen personellen und geistigen Kontinuitäten, die aus der Zeit des Dritten Reiches in die Bundesrepublik führen, sind unstreitig; darüber muss nicht ständig gesprochen werden. Verfolgte man die späteren Karrieren der in diesem Buch genannten Reichsbank- und Ministerialbeamten, ließe sich leicht die Hälfte des Platzes mit postfaschistischen Anekdoten und unglaublich wahren Geschichten füllen. Nur um das anzudeuten sei hier die Art geschildert, in der ein Beamter des Bundesfinanzministeriums, ein gewisser Dr. Siegert, im Sommer 1951 die Erhöhung der Judenvermögensabgabe von 20 auf 25 Prozent erläuterte, und zwar in einem offiziellen Brief, mit dem er eine entsprechende Anfrage von amerikanischer Seite beantwortete: »Grundsätzlich wurde angeordnet, dass die Judenvermögensabgabe so lange erhoben werden sollte, bis der volle Betrag der Kontribution von einer Milliarde Mark erreicht war. Wenn daher der *einzelne* Jude sich durch unrichtige Anmeldung seines Vermögens oder durch Nichtzahlung ganz oder teilweise seiner Abgabepflicht entzogen hatte, so ging das nicht zu Lasten des Deutschen Volkes, sondern *zu Lasten der Juden untereinander*.«^[107] (Die Hervorhebungen entsprechen dem Original, ebenso die Großschreibung des »Deutschen Volkes«.)

In welcher finanziellen Klemme sich der deutsche Staat im November 1938 befand, erschließt sich auch aus der Art, in der die »Judenbuße« mit Hilfe deutscher Großbanken

zwischenfinanziert wurde. Am 14. November 1938 lud die Abteilung für Kreditwesen des Reichswirtschaftsministeriums (IV Kred) die Vorstände der fünf Berliner Großbanken zu einer Sitzung am 23. November vormittags ein. Das waren Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, Reichskredit-Gesellschaft und Berliner Handels-Gesellschaft. Laut Protokoll sprachen die Beteiligten auch über die von Göring »beschlossene Überführung des gesamten Grundstücks- und Effekten-Vermögens aus jüdischem Besitz in zunächst staatliche und später vielleicht private Hände«.

In Aussicht standen – je nachdem, wie man die Verwertungsmöglichkeiten beurteilte –, weitere drei bis fünf Milliarden Reichsmark, also eine Verstetigung der Zusatzeinnahmen für die nächsten Jahre. Die deutschen Banken gewährten Juden keine Darlehen mehr, weil sie infolge der politischen Diskriminierung zu – kredittechnisch gesprochen – »schlechten Risiken« geworden waren. Um die Zwangsabgabe zu bezahlen, mussten die Tributpflichtigen daher Wertpapiere, Schmuck und Grundstücke veräußern. Das aber machte die Banker nervös, da sie »überstürzte und unsachkundige Verkäufe« von Aktien und damit die Gefahr einer »Déroute am Effektenmarkt« befürchteten. Schließlich ging es um den für damalige Begriffe »ungeheuren Effektenblock« von 1,5 Milliarden Reichsmark. Die Banker wollten, dass die Aktienpakete »langsam und unter entsprechender Marktpflege« verkauft würden, mit der Einschränkung allerdings, »dass ein Kursrisiko irgendwelcher Art den Banken nicht aufgebürdet werden« dürfe. Zum technischen Vorgehen beabsichtigten sie, »die so

anfallenden Effekten zur Vermeidung unnötiger Arbeit bei den Hinterlegungsstellen, bei denen sie zurzeit deponiert sind, zu Gunsten des Reichsfinanzministeriums zu sperren und sie dann je nach Lage des Kapitalmarktes sachlich und pfleglich zu Gunsten der Reichsfinanzverwaltung zu veräußern«.

Aber das Deutsche Reich war bankrott. In dieser Situation erboten sich die Banken, »der Reichsfinanzverwaltung auf die abzuliefernden Effekten [der Juden] einen angemessenen Kassenvorschuss zu gewähren, über dessen Bedingungen eine Verständigung wohl unschwer erfolgen könnte«. So wurde verfahren.^[108] Im Ergebnis führte die Besprechung mit den Spitzen des deutschen Bankwesens zur Depotpflicht für alle Wertpapiere in jüdischem Besitz.^[109] Damit waren Marktpflege und vollständige Kontrolle gesichert, und es war garantiert, dass keinerlei Schuldtitel des Deutschen Reiches in den Börsenhandel gelangen würden.

Die Spitzen der deutschen Großbanken betätigten sich in diesem Fall nicht als Räuber, wohl aber als Gehilfen, als konstruktive Mitorganisatoren, die das effektivste Enteignungsverfahren gewährleisteten. Ferner machten sie sich zu Hehlern. Sie verwandelten das Enteignete in bares Geld. Für den Kundenverrat berechnete zum Beispiel die Deutsche Bank ein halbes Prozent Verkaufsprovision zuzüglich Umschreibungsspesen zu Lasten ihrer jüdischen Kunden. In gepflegtem Bankdeutsch klang das so: »Für unsere Arbeitsleistungen im Zusammenhang mit derartigen Kontributionszahlungen durch Wertpapierhergabe wollen wir unseren

Auftraggebern, d.h. den jüdischen Depotinhabern, $\frac{1}{2}\%$ Provision vom ausmachenden Betrag, mind. RM 1,- pro Wertpapierposten, in Rechnung stellen.«^[110] Auch belebte der weitere Handel mit den vorübergehend verstaatlichten Wertpapieren das Geschäft und eröffnete den Banken die Möglichkeit des privilegierten Zugriffs. In der Hauptsache jedoch floss der Erlös in die deutsche Staatskasse und minderte die Lasten für die Allgemeinheit. Dasselbe galt auch für Lebensversicherungen, die in der weit überwiegenden Zahl der Fälle zum vertraglich festgelegten Rückkaufswert an den Reichsfiskus ausbezahlt wurden.

Die Effekten verkaufte die Bank, die das Zwangsdepot in staatlichem Auftrag und zum Nachteil der ehemaligen Kunden verwaltete, zugunsten des Reiches oder gab sie an die Preußische Staatsbank (Seehandlung) ab. In anderen Fällen wurden sie an die Wertpapierabteilung der Reichsbank übergeben und von dort aus vermarktet. Die Institute rechneten auf einem Vordruck »Inzahlungnahme von Wertpapieren für die Judenvermögensabgabe« mit Oberregierungsrat Dr. Bußmann vom Reichsfinanzministerium ab und überwiesen die Erträge auf das Vorschusskonto »Judenvermögensabgabe, Abschnitt Wertpapiere« der Reichshauptkasse. Das geschah fortlaufend, bis zum Ende der NS-Herrschaft.^[111] Da die Aktienkurse bis zum Herbst 1941 stark stiegen, stiegen auch die Einnahmen für das Reich – gelegentlich um mehr als 200 Prozent.^[112] Offenbar verkaufte die Reichsbank solche Wertpapiere später auch an den Börsenplätzen in den besetzten Ländern, etwa in Paris.^[113]

Oberregierungsrat Dr. Walter Bußmann war derjenige

leitende Beamte, der vom 1. September 1939 bis 1945 zusammen mit seinem Vorgesetzten, Ministerialdirigent Walther Bayrhofer, die Kriegsfinanzen managte. Letzterer leitete seit 1939 das Generalbüro für Allgemeine Finanzierungs- und Kreditfragen im Reichsfinanzministerium. Am 1. Februar 1939 wurde er zudem als Vertreter des Finanzministers in das Direktorium der Reichsbank berufen. Dort zeichnete er für allgemeine Rechts- und volkswirtschaftliche Fragen verantwortlich, für den baren Zahlungsverkehr und öffentliche Finanzwirtschaft.^[114]

Steuermilde für die Massen

Ende 1937 schlug ein Mitarbeiter Görings für den Fall eines Krieges die folgenden Zuschläge auf die bestehenden Steuern vor: 50 Prozent auf die Einkommen- und Lohnsteuer, $66\frac{2}{3}$ Prozent auf die Körperschaftsteuer, 8 Prozent auf das Mehreinkommen aus Lohn, 30–100 Prozent auf sonstige Mehreinkommen, 200 Prozent auf die Vermögensteuer.^[115] Zu diesem Zeitpunkt gingen diejenigen, die sich seit 1936 mit solchen Fragen beschäftigten, davon aus, dass »die starke Heranziehung der Arbeiterschaft durch die 50%ige Erhöhung der Lohnsteuer zumutbar erscheine«, zumal ja »alle Bevölkerungsschichten ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend belastet werden« sollten.^[116]

Im Frühjahr 1939 trat die finanzwirtschaftliche Vorbereitung des Krieges in ein konkretes Stadium. Am 30. Mai standen bereits allerhand Vorschläge zur

Diskussion, und das Reichsfinanzministerium versprach, seine Referentenentwürfe innerhalb der nächsten zehn Tage zu überarbeiten und zu bündeln. Für den weiteren Verlauf ist der Vorschlag des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft, Staatssekretär Posse, von Interesse.

Demnach kam es darauf an, »den Gedanken einer Finanzierung der Kriegsausgaben durch Vorgriffe auf künftige, nach dem Krieg zu erwartende Einnahmen des Reiches in die Kriegsfinanzgesetzgebung einzuführen«. In einem beigegefügt Papier wurde erläutert, warum die Deckung der Reichsschuld während der Kriegszeit nicht notwendig sei. Das Reichsfinanzministerium schlug vor, einen Wehrbeitrag von 25 Prozent auf die Einkommen sämtlicher natürlicher Personen und auf die Gewinne von Kapitalgesellschaften zu erheben. Das hätte fünf Milliarden Reichsmark mehr aus der Lohn- und Einkommensteuer erbracht und 1,7 Milliarden aus der Besteuerung von Unternehmen. Die Reichsbank pflichtete dem Vorschlag bei.^[117] Doch die politische Führung favorisierte schon Ende Mai 1939 den Weg, den sie später immer wieder durchsetzte: »Zur Deckung des Bedarfs der Wehrmacht muss die Wirtschaftskraft des Protektorats [Böhmen und Mähren] und der im Laufe des Feldzuges zu erobernden Gebiete herangezogen werden.«^[118]

Am 30. August 1939 konstituierte sich der Ministerrat für Reichsverteidigung; am 4. September stand die bei dieser Gelegenheit verabschiedete Kriegswirtschaftsverordnung (KWVO) im Reichsgesetzblatt. Präambel und Paragraph 1 erklärten das Horten von Bargeld zur volksschädlichen Straftat, ohne

allerdings bis 1942 Strafen festzulegen.^[119] Paragraph 22 sah eine nicht näher bestimmte, zunächst wenig wirksame Abführung der Unternehmensgewinne vor und einen Kriegszuschlag von 50 Prozent auf die Lohn- und Einkommensteuer. Diese konkrete Maßnahme galt allerdings nur für Jahreseinkommen von mehr als 2400 Reichsmark – eine extrem hohe Freigrenze, die nach der Statistik von 1943 immerhin 70 Prozent aller deutschen Einkommensbezieher von jeder direkten Kriegssteuerlast freistellte und für weitere 26 Prozent, nämlich für die Bezieher von Jahreseinkommen bis 6000 Reichsmark, nur eine geringe Erhöhung bedeutete.^[120] So unterwarf die KWVO lediglich vier Prozent aller Einkommensteuerpflichtigen dem deutlich spürbaren Kriegszuschlag von 50 Prozent.^[121]

Die Sozialstatistik für das Jahr 1937 ergibt einen ähnlichen Befund. Demnach blieben fast sämtliche Arbeiter im Deutschen Reich unter der 2400-Mark-Grenze, von den 3,7 Millionen Angestellten immerhin 53 Prozent.^[122]

Nimmt man die kleinen Beamten hinzu, damals noch bei Post und Bahn zahlreich beschäftigt, dann kann man ohne weiteres sagen, dass die deutschen Arbeiter wie große Teile der Angestellten und Beamten bis zum 8. Mai 1945 nicht einen Pfennig direkter Kriegssteuer bezahlten.

Vergleicht man die KWVO mit den Vorschlägen aus der Planungsphase, dann fällt auf, dass der ursprünglich vorgesehene, alle Einkommensbezieher belastende Zuschlag von zunächst 50, dann 25 Prozent auf sämtliche Löhne, Gehälter und Privateinkünfte nicht verwirklicht wurde. Die breitenwirksame Steuer war durch ein

Verfahren ersetzt worden, das voll nur die Spitzenverdiener und mäßig nur das obere Viertel der Einkommensbezieher belastete. Das entsprach einer Grundvorstellung, die Hitler schon 1935 geäußert haben soll. »Auf Befehl des Führers« sollten demnach »die höheren Einkommen im Kriege beschränkt werden«, und zwar »entweder durch eine Zwangsanleihe oder durch eine progressiv gestaffelte Gewinnsteuer«.[123]

Mit der KWVO versuchte der NS-Staat zu erreichen, dass »die Last des Krieges möglichst gerecht verteilt und die Kaufkraft beschränkt wird«.[124] Die deutsche Führung schuf und garantierte einen Kriegssozialismus, der auf die Loyalität der kleinen Leute zielte. »Es muss vermieden werden«, so der Ökonom Jens Jessen, »dass Einzelne verdienen, während andere ihr Leben zum Opfer bringen müssen.«[125] Hitler formulierte ähnlich: »Wenn der Soldat an der Front kämpft, soll niemand am Krieg gewinnen. Wenn der Soldat an der Front fällt, soll niemand in der Heimat sich seiner Pflicht entziehen.«[126]

Weil die KWVO die Zuschläge für Überstunden, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit vorübergehend strich, sanken zu Beginn des Krieges die realen Arbeitereinkommen.[127] Die Unternehmer zogen daraus keinen Vorteil; sie mussten die nicht ausbezahlten Lohnanteile in voller Höhe an den Staat abführen. Insgesamt vereinnahmte der Fiskus auf diese Weise zu Lasten der deutschen Arbeiter den wenig bedeutsamen Betrag von 270 Millionen Reichsmark.[128] Auch der am 4. September 1939 verkündete zwanzigprozentige

Zuschlag auf den Verkaufspreis von Tabakwaren und eine ähnliche Erhöhung für Bier, Brannt- und Schaumwein traf weite Teile der Bevölkerung, belastete sie jedoch nicht schwer.^[129] Diese indirekten Kriegsteuern – die einzigen erhöhten Verbrauchssteuern überhaupt – wurden im November 1941 abermals heraufgesetzt, und zwar auf 50 Prozent.^[130] Die volksverbundene Vorsicht des Regimes zeigt sich allerdings in einem Detail. »Im südostdeutschen Verbrauchergebiet« machte die Biersteuer »50 RM je hl, im übrigen Verbrauchergebiet 70 RM« aus. Das heißt, der Zuschlag für einen Liter Vollbier (»positives Stimmungselement«, Goebbels) betrug 1940 in Hamburg oder Dresden 14, in München oder Wien jedoch nur 10 Reichspfennige, also knapp 30 Prozent weniger. Auf die Weinsteuern verzichtete man, weil sie »mittelbar auch den Winzerstand treffen würde, dessen wirtschaftliche Lage im Allgemeinen nicht günstig ist«.^[131]

Insbesondere jedoch verdarb der Verlust der Überstundenzulagen die Laune der deutschen Arbeiterschaft. Deshalb führte der Reichsverteidigungsrat schon am 15. November 1939 Zuschläge für die über zehn Stunden hinaus geleistete Tagesarbeit sowie für die gesamte Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit wieder ein.^[132] Außerdem fiel die allgemeine Urlaubssperre. Das Zuschlagsverbot für die neunte und zehnte Arbeitsstunde blieb (noch) bestehen.^[133] Im Übrigen wurden diese Zulagen steuerlich nicht auf die Freigrenze für den Kriegszuschlag angerechnet, allerdings unterlagen sie – wie bis dahin in Deutschland üblich – der normalen Steuer.

In derselben Sitzung schlugen die Finanzfachleute vor,

im Gegenzug die Freigrenze für den Kriegszuschlag von 2400 Reichsmark Jahreseinkommen auf 1800 zu senken, um aus Gründen der Haushalts- und Konsumbalance die Massenkaufkraft zu mindern. Der Vorschlag scheiterte »aus politischen Gründen«.^[134] Die für die Währungspolitik Verantwortlichen waren sich darüber im Klaren, dass »das einzige wirklich erfolgreiche Mittel zur Absaugung der Kaufkraft immer nur in der verstärkten Heranziehung des Volkseinkommens zum politischen Konsum, d.h. in der erhöhten Besteuerung liegen« könne. Schwerin von Krosigk schrieb dazu: »Darüber wird geschimpft werden; es wird aber auch verstanden werden.«^[135] Sofort ereiferte sich Goebbels über die »sterilen Bürokraten« im Finanzministerium, die es »auf den letzten Rest an Substanz« abgesehen hätten. Sie seien nun mal »keine schöpferischen Staatsmänner«. »Ein wahres Elend!«^[136]

Im Juni 1940 herrschte unter den Finanzfachleuten die Meinung vor, zurzeit bestehe »überhaupt keine Aussicht« darauf, »irgendwelche steuerlichen Dinge beim Generalfeldmarschall [Göring] und dem Führer durchzubringen«.^[137] Im Gegenteil. Gegen jede kriegswirtschaftliche Vernunft, ohne jeden Zwang, sondern aus purem Populismus hob die Führung im August 1940 auch noch das Verbot von Zuschlägen für die neunte und zehnte Arbeitsstunde auf. Nicht genug damit: Auf Vorschlag von Rüstungsminister Fritz Todt wurde vom Dezember 1940 an jegliches Einkommen, das aus den Zuschlägen für Überstunden-, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit herrührte, von Steuern und Sozialabgaben befreit.^[138] Damit stiegen die Löhne deutlich. Pünktlich

zum Fest kam der Beschluss, die Weihnachtszuwendungen von der Kriegssteuer auszunehmen.

Anders als sonst gaukelten sich zu dieser Zeit selbst die gewöhnlich einigermaßen realistisch gestimmten Spitzen des Finanzministeriums vor, sie könnten sich nach dem siegreichen Ende des Frankreichfeldzuges solche Großzügigkeiten leisten – »vorausgesetzt natürlich, dass der Krieg im Jahr 1940 zu Ende geht«. Staatssekretär Reinhardt schrieb damals seinem Minister: »Auf die deutsche Öffentlichkeit und auf das Ausland wird es bestimmt einen sehr starken Eindruck machen, wenn in diesem gigantischen Krieg durchgreifende Kriegssteuermaßnahmen bei uns tatsächlich ausbleiben.«^[139]

Einer ähnlich einfühlsamen Rücksicht konnten sich auch die deutschen Bauern sicher sein. Die Landwirtschaft bildete nach der Meinung von Bernhard Benning, dem Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichskredit Gesellschaft, »eine besondere Steuer-Oase« und sei der einzige Wirtschaftszweig, der den ganzen Krieg über »sowohl in der Preis- als auch in der Steuerpolitik außerordentlich begünstigt wurde«. Ihre gesamte Steuerleistung erreichte während der Kriegsjahre konstant 700 bis 800 Millionen Mark jährlich, »während gleichzeitig der Staat (d.h. die Summe aller Steuerzahler)«, so Benning, »Milliardenbeträge an Preissubventionen aufzubringen hat«. Tatsächlich waren die Erzeugerpreise für Milch und Kartoffeln im Krieg um 25 bis 35 Prozent erhöht worden. Im Jahr 1943 besaßen die deutschen Bauern flüssige Bankguthaben von mehr als zehn

Milliarden Mark und zudem hohe Bargeldbestände.^[140]

Das war eine gewollte Folge der Kriegswirtschaftsverordnung. Schon Ende 1939 beklagte ein leitender Finanzbeamter, die Privilegien für Landwirte seien »in vielen Fällen so grotesk, dass es der übrigen Bevölkerung, die zum Teil wirkliche Opfer zu bringen gezwungen ist, nicht verborgen bleibt und Verärgerung hervorruft, um keine schärferen Ausdrücke zu gebrauchen«.^[141]

Aus ähnlichen Beweggründen, die zu Steuererleichterungen in der Landwirtschaft geführt hatten, wurden im Jahr 1941 die Renten erhöht. Das kompensierte zum einen den geringfügigen Anstieg der Lebenshaltungskosten im Krieg und korrigierte zum anderen die Kürzungen aus der Notverordnungszeit 1930/32, ohne sie vollständig auszugleichen. Den größeren Vorteil hatten die Kleinrentner, weil – wie jeder Radikalsozialist das gerne fordert – nicht prozentual, sondern pauschal angehoben wurde. Jeder erhielt sechs Reichsmark pro Monat mehr, die Renten der Witwen erhöhten sich um fünf, die der Waisen um vier Reichsmark. Durchschnittlich stieg die Rente um 15 Prozent. Gleichzeitig bewirkte das Gesetz eine großzügige Bemessung der Anwartschaften. Insbesondere entfielen die Einzelnachweise für die Beitragszahlungen in der wirtschaftlich chaotischen Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Unter den deutschen Senioren löste die Rentenreform wenigstens für einen Moment »sichtbare Befriedigung und große Freude aus«. Es gab zunächst eine Nachzahlung für

drei Monate. Sie förderte das Vertrauen solcher Kreise zum Führer, in denen bis dahin »häufig geäußert wurde, dass der Nationalsozialismus für die alten und schwachen Volksgenossen nichts übrig hat und ihre schnelle Vernichtung wünscht«.^[142]

Die Rentenreform von 1941 tilgte einen weiteren sozialpolitischen »Mangel, der von jeher der Versorgung der Sozialrentner anhaftete«: Die obligatorische Krankenversicherung wurde eingeführt. Der monatliche Pflichtbeitrag betrug eine Reichsmark, Witwen und Waisen blieben beitragsfrei.^[143] Bis dahin hatten sich die Rentner entweder an die Fürsorge wenden oder sich privat versichern müssen, was sie nur ausnahmsweise taten. Die Gesetze traten im August und im November 1941 in Kraft.

Die nächste Rentenerhöhung, die das Reichsarbeitsministerium 1942 vorschlug und die deutlich über die von 1941 hinausgehen sollte, scheiterte am Widerstand des Finanzministers. Ebenso prallte ein Vorstoß von Goebbels im Herbst 1944 am Finanzministerium ab, gelegentlich einer Verwaltungskräfte sparenden Pauschalrente die Leistungen deutlich zu erhöhen.^[144] Auch eine gleich zu Kriegsbeginn von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) formulierte Radikalreform der Rentenversicherung, das so bezeichnete Versorgungswerk des deutschen Volkes, ließ sich nicht durchsetzen. Das Projekt sollte die Renten mit einem Schlag mehr als verdoppeln, sie an den steigenden Lebensstandard binden und die erst 1957 in der Bundesrepublik verwirklichte Dynamisierung der Altersbezüge vorwegnehmen. Da die Reform erheblich

höhere Beiträge erfordert hätte, befürchtete die NS-Führung zu tiefe Eingriffe in die Budgets der Durchschnittsverdiener. Die DAF wollte auf diese Weise im Krieg Kaufkraft abschöpfen und die öffentliche Akzeptanz mit dem Versprechen auf auskömmliche Seniorenjahre erhöhen. Auch das stieß auf die Gegnerschaft des Reichsfinanzministers. Er plädierte für ein Kriegsoffer, das nicht mit »Versprechungen« verbunden werde, »von denen keiner weiß, ob sie einmal eingehalten werden können«. Davon abgesehen, würden sie »im Volk eher als ›Stimmungsmittel‹ denn als ernsthafte Zusagen angesehen werden«.[145]

Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang, dass der soziale Veränderungswillen derjenigen Führer des Dritten Reichs besonders stark ausgeprägt war, die sich gleichzeitig aktiv hervortaten, wenn es galt, die Politik des Massenmords durchzusetzen. So entspann sich noch im Herbst 1944 ein Streit um die rasche Erhöhung der Renten. Finanzwirtschaftlich war das blanker Wahnsinn. Doch warben die Befürworter mit den erwünschten »psychologischen Rückwirkungen bei den schaffenden deutschen Volksgenossen« für ihre Ideen. Sie forderten die schnelle »Gleichstellung von Angestellten und Arbeitern«, um einen Vorgeschmack auf die Friedens Zukunft zu geben, für die eine »großzügige, den Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerecht werdende Reform der Sozialversicherung« versprochen war. Der Reichsfinanzminister lehnte ab, ebenso der Reichswirtschaftsminister, der Chef der Reichskanzlei und

der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz. Für die haushaltspolitisch haltlose Reform votierten jedoch: Bormann, Speer, Himmler und Backe.^[146] (Goebbels, Göring, Hitler und die Gauleiter hatten keine Gelegenheit, sich an der noch internen Diskussion zu beteiligen.)

Umgekehrt scheiterte die 1943 erwogene dritte Erhöhung der Tabaksteuer am Widerstand der Deutschen Arbeitsfront, die gleichzeitig erfreut zur Kenntnis nahm, dass ein weiterer Aufschlag auf die Biersteuer und eine neue Mineralwasser- und Kohlesteuer bereits abgelehnt worden seien.^[147] Im Frühjahr 1943 schlug der Versuch des Reichsfinanzministeriums fehl, die dank der Zuteilungspolitik gut versorgten unteren Einkommensschichten mit einem generellen Lohnsteuerzuschlag von 25 Prozent zu belasten. Göring lehnte das grundsätzlich ab, und Hitler wich der Entscheidung unter Hinweis auf seine »Inanspruchnahme mit vordringlichen militärischen Angelegenheiten« aus.^[148]

Intern vermerkte Hitlers Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann, am 3. März 1943: »Der Führer betonte: 1. an sich wäre es das Beste, wenn während des Kriegs von Steuererhöhungen abgesehen würde!

Abschöpfung aller Kriegsgewinne nach dem Kriege mit einem Schlage wäre das Beste! 2. Will man während des Krieges besteuern, dann nur Erhöhung der *Einkommensteuer*! Dabei erst Besteuerung ab 6000 Mk. 3. Kaufkraft-Abschöpfung. Der Führer betonte mehrfach, die Großeinnahmen belasteten die Kaufkraft nur wenig. Da zögen lediglich die Preise der Kunstgegenstände u. dergl. an, und das sei völlig ungefährlich. Die Kaufkraft der

breiten Massen sei das Wesentliche! Sie wende sich an die Dinge des täglichen Lebens, suche sie zu ergattern – Lebensmittel, Kleidung etc.«^[149] Zwei Wochen nach Hitlers Diktum, am 18. März, bezog Fritz Nonnenbruch im Leitartikel des Völkischen Beobachters gegen den vom Finanzminister beabsichtigten Steuerzuschlag auch zugunsten der recht ordentlich verdienenden Mittelschicht Stellung, weil sich »gerade vom nationalsozialistischen Standpunkt aus« Bedenken »gegen die zusätzliche Besteuerung der kleineren Einkommen bis zur Höhe von 5000 bis 6000 RM« erhöhen.

Die so ausgerichtete Politik zeigte die gewünschten Erfolge. So beschrieb zum Beispiel der Oberlandesgerichtspräsident von Frankfurt am Main die volksgemeinschaftliche Idylle im März 1943: »Die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung ist gut. Die Leute zahlen ihre Schulden, Hypotheken werden zurückgezahlt und gelöscht, Zwangsvollstreckungen sind ganz zurückgegangen. Die Zivilabteilungen der Amtsgerichte haben sich immer mehr mit Prozessen zwischen Mietern und Vermietern und mit Unterhaltsklagen zu befassen. Die Gerichtsvollzieher werden in großem Umfang mit der Abschätzung von Hausrat betraut.«^[150] Der Berichterstatter sprach vom Hausrat deportierter Juden, der zugunsten des Reiches verwertet und dann bevorzugt an die schon mit Geld entschädigten Ausgebombten verkauft wurde. Umgekehrt mussten auch die Verluste der Menschen grob geschätzt werden, deren Hausrat bei den Luftangriffen zerstört worden war.

Vor einer Fachöffentlichkeit stellte Bernhard Benning resigniert fest, offenbar könne man sich »hinsichtlich der unteren Einkommensschichten, die gerade vom Abschöpfungsgesichtspunkt aus besonders interessant wären, zu keinen energischen Maßnahmen entschließen«. [151] Die Finanzexperten des Reiches versuchten, den Lauf der Dinge zu korrigieren, um die riesigen Kaufkraftüberschüsse, also die Inflationsgefahr, zu mindern und um die infolge des Krieges schnell wachsende Staatsverschuldung wenigstens zu verlangsamen. Schwerin von Krosigk beschrieb seine fachlich begründeten Absichten selbst sarkastisch als unumgänglichen »Steuerbolschewismus«. [152] Doch hielten ihm Hitler und dessen engste Vertraute regelmäßig entgegen, dass es für Steuererhöhungen »nun leider zu spät sei«. Hätte man solche Maßnahmen »gleich bei Ausbruch des Krieges oder spätestens nach dem Sieg über Frankreich ergriffen, dann wäre alles gut; diesen günstigen Zeitpunkt habe man nun endgültig verpasst«, beteuerten sie scheinheilig. [153]

Im Mai 1943 notierte Goebbels zufrieden: »Die neuen Steuergesetze sind ad calendas graecas vertagt worden.« [154] Wenig später drängte er zur Vorsicht dennoch darauf, »dem Führer [gemeinsam mit dem Chef der Deutschen Arbeitsfront, Ley] über die volkpsychologische Seite der Steuerpläne gelegentlich Vortrag [zu] halten«. Schließlich sei »der Bevölkerung jetzt eine neue Belastung (Stalingrad – Tunis – Fleischkürzung – Bombenangriffe – Evakuierung) nicht zuzumuten«. Unter solchem Druck fiel Staatssekretär Reinhardt seinem

Minister in den Rücken und verlangte, selbst die Diskussion über Steuererhöhungen müsse »unterbleiben, weil sie Unruhe in der Bevölkerung schafft!« Angesichts der »gegenwärtigen Stimmungsflaute« sei alles zu vermeiden, »was die Stimmung noch stärker beeinträchtigen könnte«. [155]

Wenig später, nach dem Seitenwechsel Italiens, forderte Goebbels zur Abwehr eines ähnlichen Umschwungs in Deutschland: »Der Nationalsozialismus muss eine Erneuerung durchmachen. Noch sozialistischer als früher haben wir uns an das Volk anzuschließen. Das Volk muss auch immer wissen, dass wir seine gerechten und großzügigen Sachwalter sind.« [156] So geschah es. Ende September teilte der Chef der Reichskanzlei, Lammers, dem Finanzminister mit, Hitler und Göring verträten die Meinung, dass eine Steuererhöhung »im Hinblick auf die gegenwärtige Lage besser unterbleibe«. [157] Ende 1943 kommentierte Schwerin von Krosigk ernüchtert: »Es lassen sich zu allen Zeiten Gründe dafür vorbringen, dass Steuererhöhungen nicht zeitgemäß seien, im Frühjahr oder beim Siegen, dass man den durch die Jahreszeit oder die Siegesfreude verursachten Stimmungsaufschwung nicht verderben, im Herbst oder bei Rückschlägen, dass man die infolge des kommenden Winters oder der Frontnachrichten gedrückte Stimmung nicht noch verschlechtern dürfe.« [158] Benning rief 1944 frustriert in die Runde der Finanzexperten: »Ich darf daran erinnern, dass die [Jahres-] Einkommen bis 3000 RM seit Kriegsbeginn überhaupt nicht zusätzlich erfasst worden sind!«

Tatsächlich überzeugte der Reichsfinanzminister Mitte 1944 Hitler grundsätzlich, wenigstens der seit eineinhalb Jahren vorgesehenen Erhöhung einiger indirekter Steuern zuzustimmen. Zur Debatte standen wieder Aufschläge auf Tabakwaren und Branntwein, zudem eine neue Steuer auf Kinokarten und Eisenbahnfahrten. Aber die Waren des täglichen Bedarfs sollten ausdrücklich ausgenommen bleiben.^[159] Lammers forderte den Minister auf, die Vorlage einzureichen; es ging um ein Steuervolumen von 3,4 Milliarden Reichsmark. Hitler verzögerte dann die Entscheidung um mehrere Wochen, um schließlich abermals mitzuteilen, in Anbetracht der militärischen Lage verböten sich solche Gesetze. Obwohl sich die Finanzlage des Reiches in der zweiten Jahreshälfte 1944 rasant verschlechterte, pokerte Goebbels mit dem Reichsfinanzministerium noch im November 1944 um einen merklichen Zuschlag auf die Invalidenrenten. Einen von Schwerin von Krosigk zur Gegenfinanzierung vorgeschlagenen allgemeinen Solidarbeitrag, den er mit der Fürsorge für die Kriegsoffer begründen wollte, lehnte der Propagandaminister ab.^[160]

Im Februar 1945, nachdem fast alle Auslandseinnahmen weggebrochen waren, setzte Schwerin von Krosigk ein letztes Mal an. Nun meinte selbst Goebbels wohlwollend: »Wir müssen in der Geldfrage wieder festen Boden unter den Füßen bekommen« und wich dann doch zurück. Als die Rote Armee längst die Oder überschritten hatte und amerikanische Truppen auf Würzburg vorrückten, gab er Ende März 1945 die gesammelte Unfähigkeit der NS-Führung, dem deutschen Volk etwas zuzumuten, zu

Protokoll: »Krosigk hat nunmehr seinen Entwurf zur Steuerreform ausgearbeitet. Dieser Entwurf ist mir zu unsozial. Er basiert in der Hauptsache auf Verbrauchsteuern; dagegen sind die Einkommensteuern nicht in Betracht gezogen worden.

Verbrauchsteuern aber treffen fast nur die breiten Massen und sind deswegen bei ihnen außerordentlich unbeliebt. Sie stellen ja auch eine starke Ungerechtigkeit dar, die wir uns im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht leisten können.«^[161]

Steuerhärte gegen die Bourgeoisie

Offiziell hatten die deutschen Unternehmen ihre kriegsbedingten Mehrgewinne ab September 1939 an den Fiskus abzuführen, auch das sah die Kriegswirtschaftsverordnung vor. Doch blieb der entsprechende Paragraph – wegen der verschiedensten Möglichkeiten, die Steuer zu umgehen – bis 1941 faktisch unwirksam. Das lässt sich schon daran erkennen, dass die Unternehmen bis dahin keinerlei Kreditbedarf für den Ausbau ihrer kriegswirtschaftlichen Produktion entwickelten.

Um die Effizienz zu steigern, ging die Zuständigkeit für die Gewinnabschöpfung am 1. Januar 1941 vom Amt des Preiskommissars auf das Reichsfinanzministerium über. Die dort Verantwortlichen senkten die Mindest- und Bemessungsgrenzen für die Mehrgewinnberechnung stark ab mit dem eindeutigen Ziel, »die schärfere Heranziehung des sog. anonymen Kapitals und der wirklich hohen, im

Kriege stark gestiegenen Einkommen« zu erreichen. Das machte sich von 1942 an in der wachsenden Kreditnachfrage der Unternehmen bemerkbar.

Auch die Volkswirtschaftliche Abteilung der Deutschen Bank führte sie auf die »immer weiter ausgebauten Beschlagnahmung der Kriegsgewinne zurück«. Zudem zahlte die Wehrmacht für Rüstungskäufe weniger an und beglich ihre Rechnungen zögerlich.^[162] Im Jahr 1941/42 erreichte die Gewinnabführung 750 Millionen, 1942/43 mehr als 1,3 Milliarden Reichsmark, im folgenden Haushaltsjahr ging sie geringfügig um einige Prozente zurück.^[163] Weil zumindest gelegentlich eine Überbesteuerung eingetreten war, musste die Gesamtlast für das einzelne Unternehmen von 1943 an begrenzt werden: Sie durfte 80 Prozent der gewerblichen Einkünfte nicht übersteigen.^[164]

Für die Unternehmen gravierender war der Mitte 1941 erstmalig erhobene Kriegszuschlag auf die Körperschaftsteuer. Er betraf alle Körperschaften mit mehr als 50000 Reichsmark Jahresertrag^[165] und belief sich – nachdem diese Steuer vor dem Krieg bereits auf 40 Prozent erhöht worden war – nun auf 50 Prozent des Unternehmensgewinns. Vom 1. Januar 1942 an wurde die Körperschaftsteuer für Kapitalgesellschaften mit einem Jahresertrag von mehr als 500000 Reichsmark auf 55 Prozent festgesetzt.^[166] Das führte zur sofortigen, zum Teil auch rückwirkend geltenden »scharfen Beschneidung der unternehmerischen Einkommen«. ^[167] Tatsächlich nahm der Staat mit Hilfe dieser Unternehmensteuer in den drei Haushaltsjahren 1941/42 bis 1943/44 deutlich mehr als

vier Milliarden zusätzlich ein.^[168]

So klagte zum Beispiel der mittelständische Eigentümer des auf medizinische, kolonial- und rassepolitische Titel spezialisierten J.F. Lehmanns Verlags 1942: »Die hohen Umsätze haben auch sehr ihre zwei Seiten, sie bedeuten schließlich doch eine Vermögensminderung, denn alles, was über einen gewissen Gewinnsatz aus Friedenszeiten hinausgeht, muss ›abgeschöpft‹ werden und die Lager sind allmählich vollständig ausverkauft.«^[169] Das Unternehmen Hotel und Weingroßhandlung Lorenz Adlon in Berlin zahlte 1942 rund 40 Prozent nicht etwa des Gewinns, sondern des Jahresumsatzes von 5,7 Millionen Reichsmark an Steuern.^[170]

Zwischen September 1939 und März 1942 verzeichnete die Reichskasse zwölf Milliarden Reichsmark an Einnahmen aus Kriegssteuern aller Art. Betrachtet man die Verteilung zwischen den sozialen Schichten, dann belastete nur die Zusatzsteuer auf Tabak, Branntwein und Bier, die vom September 1939 bis Anfang 1942 insgesamt 2,5 Milliarden Reichsmark erbrachte, die große Mehrheit der Einkommen. Die vorübergehende Streichung der Zuschläge erbrachte 0,25 Milliarden Reichsmark, während die restlichen neun Milliarden Reichsmark – also 75 Prozent der innerdeutschen Kriegslasten – auf Unternehmen und Bezieher hoher Einkommen entfielen. Dazu äußerte Görings finanzpolitischer Berater Otto Donner: »Die steile Progression der Einkommensteuer [sorgt] in Verbindung mit der Körperschaftsteuer für einen verhältnismäßig großen Beitrag der Großeinkommen zum Staatsbedarf.«^[171] Zugleich blieb jede Art von Miet- und

sonstigen Preissteigerungen in Deutschland strikt verboten.

Im Haushaltsjahr 1942/43 verstärkte sich der Trend. Das überproportionale Plus der inländischen deutschen Steuereinnahmen in diesem Jahr ging vor allem auf die so genannte Ablösung der Hauszinssteuer zurück, die Ende 1942 erhoben wurde. Diese Steuer bestand seit 1926, um die von der Inflation verschonten Eigentümer von Immobilien im Sinne eines Lastenausgleichs heranzuziehen. Die Einnahmen pendelten sich nach drei Jahren bei 850 Millionen Reichsmark pro Jahr ein und deckten eine »wesentliche Quote« der für den beachtenswerten öffentlichen Wohnungsneubau der Weimarer Republik erforderlichen Finanzen. Deswegen unterlagen nur die zum Zeitpunkt der Einführung schon vorhandenen Bauten der neuen Steuer, die ihrem gemeinnützigen Zweck entsprechend auch Gebäudeentschuldungssteuer genannt wurde.^[172] Die Erträge gingen unmittelbar an die Gebietskörperschaften.

Bereits mit der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 war den Hausbesitzern eine Vorauszahlung auf die fragliche Steuer abverlangt worden, um die Staatsfinanzen zu stabilisieren. Das damit gegebene Versprechen der Republik, die Sondersteuer in absehbarer Zeit fallen zu lassen, nahm die NS-Regierung durch ein Gesetz vom 1. Dezember 1936 wieder zurück.^[173] Die Ablösung von 1942 bedeutete nichts anderes als eine Steuervorauszahlung für die nächsten zehn Jahre. Wegen des rigorosen Mietpreisstopps traf sie allein die

Hausbesitzer. Außerdem bemächtigte sich der Reichsfiskus damit einer Ländersteuer und erzielte eine einmalige Einnahme von stattlichen 8,1 Milliarden Reichsmark, das wären heute 80 Milliarden Euro. Die Zeitschrift Bankwirtschaft freute sich über »ein befriedigendes Ergebnis sowohl was die Kaufkraftbindung als auch was die Wirkung auf den Staatshaushalt anbelangt«. [174]

Da die Betroffenen 4,5 Milliarden in bar aufbrachten, ließ sich die kriegsbedingte Zunahme des Geldumlaufs kurzfristig drosseln. [175] Die Vertreter der Hausbesitzerverbände stimmten zu, weil die Ablösezahlung das Ende dieser Steuer verhieß. Allerdings, so befürchteten sie, könnten sie durch staatlich verordnete Mietpreise, durch Zwangsrücklagen oder durch höhere Grundsteuern »geleimt werden«. [176] Tatsächlich kündigte Reichswirtschaftsminister Funk schon wenige Monate später an: »Die so genannten Substanzwerte werden für den Staat nach dem Kriege eine besonders ergiebige Steuerquelle darstellen.« In politisch inspirierten Fachkreisen fanden Anfang 1944 Diskussionen statt, die »der stärkeren Heranziehung des Immobilienbesitzes zur staatlichen Schuldenabdeckung« das Wort redeten. [177] Der gegen Vermieter gerichtete Kampagnenjournalismus blieb populär. So veröffentlichte die SS-Zeitung Schwarzes Korps einschlägige Artikel unter Überschriften wie »Verschnupfte Volksgemeinschaft« (12. 11. 1942). Unter Hinweis darauf forderte der Oberlandesgerichtspräsident von Kassel: Die »Einführung eines Strafschutzes anständiger und schutzwürdiger Mieter gegen vorsätzliche Drangsalierungen« von Seiten gemeinschaftsvergessener

Hauswirte rufe »gebieterisch nach einer Lösung«.[178]

Vor der Erhebung der Hausbesitzersteuer hatte die Führungsriege der NSDAP intensiv debattiert, was mit den ungerechtfertigten Mieteinnahmen geschehen solle, die deshalb entstünden, weil die Hausbesitzer während des Krieges ihre Häuser nicht sanieren durften und damit die dafür vorgesehenen Mietanteile nicht verausgaben konnten. Mehrere Gauleiter schlugen eine populäre Mietsenkung vor und lancierten die Idee sogar in die Presse. Einen solchen Schritt aber lehnte der Finanzminister mit dem Argument ab, er vermehre den in der Tendenz inflationär wirkenden Kaufkraftüberhang. Schließlich verfiel man auf den Einfall, den Hausbesitzern die beschriebene Sondersteuer abzuverlangen.[179]

Interessant für die Beantwortung der Frage nach dem sozialen Charakter des NS-Staates ist die Diskussion darüber, wie hoch die Sondersteuer für Hausbesitzer ausfallen sollte. Ursprünglich, im Dezember 1941, brachten Beamte des Reichsfinanzministeriums einen einmaligen Abgeltungsbetrag in Höhe der fünffachen Jahressteuer ins Gespräch. Das wären etwa vier Milliarden Reichsmark gewesen. Auf einer ressortübergreifenden Sitzung plädierte der Vertreter des Reichsinnenministeriums für eine »etwas« höhere Ablösesumme, das Preußische Finanzministerium schlug das »Achtfache des Jahresbetrags« vor, der Reichskommissar für Preisbildung bezeichnete die vom Finanzministerium vorgeschlagene Quote als unerwünscht »großes Geschenk an die Hausbesitzer«. Die Vertreter des

Reichsarbeitsministeriums und der Wehrmacht warnten vor einer zu hohen Last. Im Januar 1942 steigerten die zuständigen Beamten im Reichsfinanzministerium den Abgeltungsbetrag auf das Siebenfache einer Jahressteuer, wobei der Vertreter der Deutschen Arbeitsfront, Paul Fleischmann von der Bank der Deutschen Arbeit, bereits den neunfachen Satz für gerechtfertigt hielt. In einer späteren Sitzung warnte vor allem der Vertreter der Parteikanzlei Hitlers vor der Gefahr, dass »dem Hausbesitzer ein Geschenk gemacht wird«. Ende März schlug der Preußische Finanzminister Popitz den zwölfwachen Betrag vor. Schließlich teilte Ministerialdirigent Klopfer für die Parteikanzlei mit, Bormann »werde mit dem Zehnfachen wohl einverstanden sein«. Daraufhin stellte Schwerin von Krosigk fest: »Der Vorschlag wird angenommen.«^[180] Auf diese Weise bezahlten die Hausbesitzer im Haushaltsjahr 1942/43 gut 18 Prozent der inländischen Einnahmen aus Kriegssteuern.

Der geschilderte Entscheidungsprozess kann als Beispiel für die von Hans Mommsen so bezeichnete kumulative Radikalisierung im NS-Staat gelten. Die politische Spitze definierte in erster Linie, was sie nicht wünschte, trieb zur Eile an und verlangte maximale Ergebnisse. Damit blieben nur noch wenige Lösungsmöglichkeiten offen. Die Beamten ließen ihre administrative Phantasie spielen, weder brauchten sie, noch erhielten sie dafür Befehle. Für den geschilderten Fall gilt: Zu keinem Zeitpunkt der NS-Herrschaft fand eine Gesetzesdebatte statt, die zu einer nur annähernd vergleichbaren Belastung der

Arbeiterschaft geführt hätte. Vielmehr dokumentiert sich in der Diskussion um die Hauszinssteuer anschaulich das Prinzip, den materiell besser Gestellten auch einen deutlich höheren Anteil der Kriegslasten aufzubürden. Sie folgte dem programmatischen Vorschlag Görings, der bereits im November 1938 angeregt hatte, die Rüstung mit Hilfe »einer einmaligen Abgabe vom Vermögen« wohlhabender Deutscher zu bezahlen.^[181]

Ein ähnliches Zusammenspiel zeigt sich im Umgang mit Börsengewinnen. Zum 1. Januar 1941 wurden Erträge aus Aktiengeschäften wieder der Spekulationssteuer unterworfen^[182], wenig später wurde die jährliche Dividende (und jede andere Art von Gewinnausschüttung) auf sechs Prozent begrenzt, vor allem wegen der »propagandistischen Bedeutung, die doch die Maßnahme im Wesentlichen haben soll«.^[183] Da die Aktienkurse in den ersten beiden Kriegsjahren um durchschnittlich 50 Prozent zugelegt hatten, für zahlreiche Werte sehr viel mehr, wandten sich die Verantwortlichen der NSDAP, einschließlich des Parteiführers, immer wieder gegen diese Form des »mühelosen« Einkommens.^[184] Am 4. Dezember 1941 wurde der Reichswirtschaftsminister ermächtigt, eine allgemeine Meldepflicht für den Besitz von Wertpapieren einzuführen und Vorschriften über den Verkauf und die Anlage der dabei erzielten Erlöse zu erlassen. Auf gut Deutsch ging es darum, ähnlich wie zuvor die Juden, nun auch die arischen Wertpapierbesitzer zu zwingen, Aktien gegebenenfalls in solche Staatsanleihen einzutauschen, die bis auf weiteres nicht gehandelt werden durften. Schließlich galt es zu verhindern, dass an den Börsen –

öffentlich sichtbar – das möglicherweise sinkende Vertrauen in die Staats- und Parteiführung notiert würde.

Bereits am 2. Januar 1942 erging die Durchführungsverordnung. Zu melden waren alle seit dem 1. September 1939 gekauften Aktien, Kuxe und Kolonialanteile, und zwar bis zum 30. April an die örtlich zuständigen Reichsbankfilialen. (Kuxe waren prozentuale Anteilscheine an Unternehmen, die Bodenschätze ausbeuteten oder die Rechte dafür erwerben wollten.) Desgleichen waren solche Papiere anzugeben, die in den vorangegangenen sechs Monaten, also in der Zeit, als die Verordnung vorbereitet und diskutiert worden war, an Verwandte, Verlobte und Verschwägte, an andere Konzernunternehmen oder an Angestellte übertragen worden waren. Die Meldepflicht richtete sich gegen das »große Geld«, sie entfiel für Bestände unter 100000 Reichsmark und bezweckte die »Sterilisierung der großen Käufer«.^[185] Zudem verfügte das Reichsaufsichtsamt für das Kreditwesen – von Bank zu Bank variable – Höchstgrenzen für die Gesamtbestände an Aktien in den Depots deutscher Geldinstitute.

Der Anmeldepflicht folgte die zweite Durchführungsverordnung am 9. Juni 1942. Sie verbot den weiteren Handel mit den gemeldeten Papieren und unterwarf sie der Verkaufspflicht an eine vom Reichswirtschaftsminister zu bestimmende Stelle. Dabei handelte es sich um ein Konsortium, das aus der Deutschen Reichsbank und der Preußischen Staatsbank gebildet wurde und binnen weniger Wochen Aktien im Wert von 150 Millionen Reichsmark einzog. Angemeldet hatten die

Aktienbesitzer Werte in Höhe von etwa einer Milliarde Mark. Der Staat griff also nur fallweise ein, und zwar in disziplinierender, nicht in enteignender Absicht, und die Verantwortlichen wollten sich die Möglichkeit bewahren, eine neuerliche unerwünschte Hausse »durch erneute Abforderungen abzubremesen«.^[186] (Zu der Politik, den Kapitalmarkt möglichst weitgehend einzufrieren, gehörte eine Vorschrift, nach der Gemeinden 75 Prozent ihrer Rücklagen in Reichsanleihen oder Reichsschatzanweisungen zu verwandeln hatten.^[187])

Im Verlauf des Jahres 1943 gingen noch einmal Aktien im Wert von 140 Millionen Reichsmark in Staatsbesitz über. Da die Aktien von dem Konsortium zum Kurs vom 31. Dezember 1941 zu übernehmen waren, erschienen nicht wenige Papiere überbewertet und der Ankauf daher nicht vertretbar. Kurz entschlossen veränderten die Fachleute der Reichsbank und der Ministerien für Finanzen und Wirtschaft die Bestimmung derart, dass die Aktien gegebenenfalls auch zum Anschaffungspreis aufgekauft werden konnten.^[188] Ende 1943 wurden offenbar verstärkt Aktien eingezogen. Wie zuerst die deutschen Juden, »entschädigte« man nun auch nicht-jüdische Aktienbesitzer mit gesperrten, also nicht handelbaren Reichsschatzanweisungen.

Ursprünglich war die gesetzliche Maßnahme zeitlich begrenzt; doch wurde die Frist regelmäßig verlängert. Anfang 1943 halbierte das Reichswirtschaftsministerium – allerdings nicht rückwirkend – den Freibetrag für die seit 1939 erworbenen Aktien auf 50000 Reichsmark. Das Verfahren sollte Großaktionäre und solche

Aktienspekulanten einschüchtern, die aus gesunder Vorsicht danach trachteten, möglichst wenig deutsche Kriegsanleihen in ihr Portefeuille zu nehmen. Darin sah Reichswirtschaftsminister Funk das unerwünschte »Aufkommen einer Sachwertpsychose«, die er für »psychologisch gefährlich« hielt. Sein Ziel bestand darin, »die Aktienkurse zu drosseln«, »das Anlage suchende Geld von der Aktienbörse abzudrängen und es den Reichspapieren zuzuführen«, sprich: der Kriegsfinanzierung. Folglich war das Anwachsen des börsengängigen Aktienbestandes zu unterbinden. Die zwangsweise an die Reichsbank abgeführten Aktien dienten als »Interventionsfonds zur Kurspflege«, sie wurden also eingesetzt, um den Kursanstieg zu dämpfen. Zu diesem Fonds gehörten ausdrücklich auch die noch nicht reprivatisierten »Juden-Effekten«; im Protektorat Böhmen und Mähren wurden sie eigens »zu Kursregulierungszwecken an der [deutschen] Börse« eingezogen und der Preußischen Staatsbank überstellt.^[189]

Natürlich trachteten die Firmen danach, Ausnahmen zu erwirken und die zwangsweise zugeteilten Staatspapiere zu verkaufen – meist ohne Erfolg.^[190] Insgesamt konnte das Ansteigen der Aktienkurse mit solchen Staatsinterventionen kurzfristig abgebremst, aber nicht dauerhaft reguliert werden; wegen der Art der deutschen Kriegsfinanzierung entstand ein Kaufkraftüberhang, der selbstverständlich an die Börse drängte. Die Reichsbank war sich darüber im Klaren, dass ihr zwar kosmetische Möglichkeiten blieben, jedoch »die Ursachen für die eingetretene Entwicklung nicht beseitigt werden«

könnten.^[191]

Zweifellos befeuerte zu Beginn des Krieges die Spekulation auf den deutschen Sieg die Börsenkurse. Doch wandelte sich das spätestens im Herbst 1941. Äußerlich änderte sich nichts. Die Kauflust blieb ungebrochen. Doch verkehrte sich das Motiv: Jetzt kauften die Leute Aktien, um der immer fragwürdigeren Alternative, nämlich der Anlage ihres Geldes in Reichsschatzanweisungen, auszuweichen. So wurden aus Skepsis gegenüber der politischen Führung immer weniger Aktien gehandelt – die Zeitgenossen sprachen vom »Materialmangel an den Börsen« – und gleichzeitig zog die Nachfrage täglich an. Der Grund lag darin, dass trotz steigender Kurse kaum jemand die Gewinne realisieren wollte.^[192] Schließlich erschienen – bei allen Risiken, die der Krieg barg – Industrieaktien im Vergleich zu deutschen Staatspapieren als ungleich sicherere Geldanlage.

Ähnlich verhielt es sich im Immobiliengeschäft. Unter der Überschrift »Unerfreuliche Verhältnisse auf dem Grundstücksmarkt« registrierte der SD auch hier die »Flucht in die Sachwerte«. Im Jahr 1942 stand der wachsenden Nachfrage nach bebauten und unbebauten Grundstücken kein »nennenswertes Angebot« gegenüber.^[193] Um den Erwerb von Sachwerten möglichst zu unterbinden und stattdessen das flüssige Geld in Richtung Staatsanleihen zu kanalisieren, verhängte Reinhardt im April 1942 eine Verkaufssperre für verstaatlichte Grundstücke aus dem Besitz von Juden.^[194]

Anfang 1943 erging ein allgemeiner Kursstopp für Aktien, nachdem die Börsen auf »die wiederholt

ausgesprochenen Warnungen« nur mit vorübergehenden Kursdellen reagiert hatten.^[195] Die Börse blieb geöffnet, doch hatte sie ihre Funktion eingebüßt. Jetzt kauften die Börsianer »mangels sonstigen Angebots in der Hauptsache Reichswerte«.^[196]

Wegen der erwähnten dezidierten Vorgaben Hitlers fasste der Reichsfinanzminister 1943 vor allem eine weitere Erhöhung solcher Steuern ins Auge, die nur vier Prozent der Steuerpflichtigen, also die Spitzenverdiener, getroffen hätte. In seinem Kommentar zu einem solchen Gesetzentwurf wandte der Reichswirtschaftsminister ein, das vorgesehene Gesetz demütige die Wohlhabenden und führe »zu schwer tragbaren Spannungen im Verhältnis der Belastung dieser Bevölkerungskreise zu der übrigen Bevölkerung«.^[197] Der Nationalökonom Günter Schmolders erklärte die Akzentsetzung aus dem Streben des Staates nach »steuerlicher Gerechtigkeit«. Allerdings sah er im starken Beschneiden der Gewinnchancen die Gefahr, »dass unternehmerische Trägheit steuerlich prämiert, Rationalisierung, Kostenersparnis und Erfolg dagegen bestraft« würden.^[198]

1943 konnten – nach industrienahen Schätzungen – etwa 80 bis 90 Prozent der Unternehmensgewinne zugunsten der Staatskasse abgeschöpft werden.^[199] Die Angaben sind eindeutig übertrieben, doch beschreiben sie zutreffend die steuerpolitische Tendenz des NS-Staats: Nachdem mit Hilfe der Körperschaftsteuer, der Gewinnabführung und der sich verschlechternden staatlichen Zahlungsmoral die Gewinne schon deutlich reduziert worden waren, erhob

der Fiskus auf die ausgeschütteten Gewinne noch eine Steuer von 65 Prozent. So machte zum Beispiel eine Firma, die ihren seit 1939 erworbenen Aktienbesitz im Geschäftsjahr 1941/42 nach dem schon angeführten Gesetz an die Reichsbank veräußern und in nicht handelbare Kriegsanleihen umtauschen musste, dabei einen nominellen Gewinn von 120000 Reichsmark. Darauf waren fällig: »55% Körperschaftsteuer zuzüglich 30% Gewinnabführung + ca. 13% Gewerbesteuer«, insgesamt also 98 Prozent des Gewinns.^[200] Für das Jahr 1945 sah die Regierung eine drastisch erhöhte Vermögensteuer vor, die rückwirkend auch für 1943 und 1944 erhoben werden sollte.^[201]

Geldfülle für die Wehrfreude

Im Ersten Weltkrieg vernachlässigte die Reichsleitung das Wohl der Soldatenfamilien in skandalöser Weise. Millionen Arbeiterfrauen und -kinder, die bis dahin ärmlich, doch hinreichend und aus eigener Kraft hatten leben können, stürzten, kaum war der Ernährer eingezogen, in materielle Not. Die Beamten des wilhelminischen Deutschland degradierten sie zu Almosenempfängern. Obwohl die Männer an den Fronten für das Vaterland bluteten, mangelte es den Ihren in der Heimat am Nötigsten. Der Staat gab ihnen zum Leben zu wenig, zum Sterben nur knapp zu viel. Das dafür vorhandene Gesetz »Betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften« stammte aus dem Jahr 1888 und blieb trotz zahlreicher Korrekturen hinter den Notwendigkeiten des

»modernen Volkskriege« zurück.^[202]

In der Ignoranz der Regierenden zeigte sich der Mangel an Einfühlungsvermögen in die wirtschaftliche Lage der proletarischen Schichten. Den Verantwortlichen des Kaiserreichs fehlte nicht das Geld, ihnen fehlte ein Minimum an sozialpolitischer Geistesgegenwart. Jede Vorstellung von Verteilungsgerechtigkeit und von den sozialpsychologischen Notwendigkeiten moderner Massenkriege blieb ihnen fremd. Eine veraltete Klassenherrschaft scheiterte an sich selbst. In volksferner Gedankenlosigkeit und ohne böse Absicht verspielte sie die Reste ihrer Legitimität. Im September 1918, als längst alles zu spät war, fiel auch dem Pressechef beim Reichskanzler auf, »Wohnungsnot, Kleidernot und vor allem Hunger spotten jeder Belehrung«.^[203]

Eingedenk der Erfahrung von 1914–18, die noch 21 Jahre später einem Großteil der Deutschen in den Knochen saß, erging am 28. August 1939 das Einsatz-Wehrmachtgebührgesetz. Es regelte in Paragraph 9: »Bei der Bemessung des Familienunterhalts sind die bisherigen Lebensverhältnisse und das im Frieden bezogene Einkommen der Angehörigen der Wehrmacht zu berücksichtigen.« Die Vorschrift bezweckte »die Erhaltung des Besitzstandes«, in der »bisherigen wirtschaftlichen Schichtlage« und »die Erfüllung übernommener Verpflichtungen«. Dazu zählten nicht zuletzt Beihilfen für bestehende Zeitungsabonnements und Lebensversicherungen, für das Abzahlen früher getätigter Rateneinkäufe oder für die Verzinsung und Tilgung von Bauspardarlehen und Hypotheken.^[204] In ihrer Gesamtheit

diente die Fülle öffentlicher Beihilfen »der Erhaltung von Wehrwillen und Wehrfreudigkeit und der Sicherung der inneren Front«.

Für die übergroße Mehrheit der Deutschen bedeutete das die täglich spürbare Gegenerfahrung zum Ersten Weltkrieg. Vater Staat erniedrigte die Antragsteller nicht, er kümmerte sich, er verabreichte materielle Streicheleinheiten. Die politische Führung hielt die Beamten dezidiert dazu an, »ihrer besonderen Verantwortung gegenüber der Volksgesamtheit entsprechend mit größtem Verständnis für die Sorgen und Nöte von Familienangehörigen der an der Front kämpfenden Soldaten zu handeln«.^[205] Es galt als »Pflicht und Ehrensache jeder Behörde, für einen möglichst schnellen und reibungslosen Vollzug der Familienunterhaltsbestimmungen besorgt zu sein«.^[206] Im Zweifelsfall war stets zugunsten der Antragstellerinnen zu entscheiden. Sämtliche Ausführungserlasse, die nach den ersten Kriegswochen in dichter Folge ergingen, vermehrten die Ansprüche.^[207] Im Oktober 1939 hieß es in den Zeitungen, der Familienunterhalt sei auf Drängen Görings gesetzlich erweitert worden: »Die nationalsozialistische Staatsführung befreit den deutschen Soldaten an der Front von jeder Sorge um den Unterhalt seiner Familie.« Von nun an wurden die Mietkosten in jedem Fall voll erstattet und Extras aller Art gewährt.^[208] Ziel all dieser Gefälligkeiten war es, das »Herz des Soldaten« durch »ausdauernde Fürsorge« zu gewinnen.

[209]

Nach ersten Erfahrungen und unter dem Eindruck des Sieges über Frankreich erging ein Gesetz für den so genannten Einsatz-Familienunterhalt, das EFUG.^[210] Dieses fasste die vorangegangenen Einzelwohltaten zusammen; auffällig ist die zeitliche Parallele zur Steuerfreiheit für Überstunden-, Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge. Nach dem EFUG galt der Unterhalt ausdrücklich nicht als fürsorgerische Unterstützung, sondern als eine »vom Staat zu erfüllende Ehrenpflicht der Volksgemeinschaft«. Es handelte sich nicht um sozialrechtliche Beihilfen, die gegebenenfalls wieder zurückgefordert werden konnten; weder das Vermögen noch das sonstige in der Familie vorhandene Einkommen minderten die Ansprüche. Ein wichtiger Unterschied zum Normallohn bestand für Millionen Deutsche darin, dass die Leistungen aus dem Familienunterhalt nicht gepfändet werden konnten. Eine solche Bestimmung belastete nicht den Staat, wohl aber private Gläubiger. Paragraph 1, Abs. 2 des EFUG lautete kurz und knapp: »Der Familienunterhalt ist keine Leistung der Fürsorge. Er ist nicht zurückzuerstatten. Er unterliegt nicht der Pfändung.«

Die Zusatzleistungen für Miete, Sozialversicherung, Kohlen- und Kartoffelvorrat und anderes wurden ohne bürokratisches Hin und Her freigiebig gewährt. Kinderreichen Familien bezahlte die öffentliche Hand eine Haushaltshilfe; dasselbe galt für besondere Auslagen, ob sie nun wegen eines Zahnleidens oder wegen der ungewöhnlich kostspieligen Ausbildung eines Kindes entstanden. In der täglichen Praxis versuchten die Verantwortlichen, den Wunsch »nach Ausgleich

besonderer Verhältnisse und nach Individualisierung« durchzusetzen.^[211] Selbstverständlich mussten die Empfängerinnen den Familienunterhalt nicht versteuern, in der Krankenversicherung waren sie von der Krankenscheingebühr freigestellt.^[212] Arbeiterfrauen konnten es sich plötzlich leisten, nicht mehr in die Fabrik zu gehen.

Bald musste sogar eine Kappungsgrenze festgelegt werden, damit der Familienunterhalt das vor dem Kriegsdienst des Ernährers verfügbare Nettoeinkommen nicht überschritt.^[213] Dabei wurden für den als Soldat großzügig versorgten Ernährer der Familie lediglich 15 Prozent vom letzten Nettoverdienst abgezogen. Das heißt, die Frauen verfügten nicht selten über 85 Prozent des Normaleinkommens, oft konnten sie zum ersten Mal in ihrem Leben jenseits der Launenhaftigkeit und Willkür des Ehemanns wirtschaften. Auch wenn der Durchschnittswert etwas niedriger lag, ließ sich bei weitgehender Preisstabilität, bei vollkommenem Mietstopp und Pfändungsverbot gut leben.^[214] Rechnet man Sold und Verpflegung des Eingezogenen dazu, dann verfügten nicht wenige deutsche Familien im Krieg über höhere Einkünfte als im Frieden.^[215]

Nach einer zeitgenössischen Studie war die Maßnahme darauf gerichtet, »die Stimmung des Volkes, in erster Linie die Haltung der breiten Massen zu festigen«.^[216] Das komfortabel dimensionierte Versorgungssystem produzierte eigene Widersprüchlichkeiten, etwa den sozialneidischen Blick auf die Nachbarin, die Begierde nach Zusatzleistungen, die Lust am sozialbetrügerischen

Mitnahmeeffekt oder die Frustration über den zunehmenden Warenmangel. Dennoch erfüllte es insgesamt seinen Zweck, die Heimat, und das waren in erster Linie die Frauen, in politisch ungefährlicher Weise zu neutralisieren.

In der Summe brachte das Reich während des Zweiten Weltkriegs die unter damaligen Verhältnissen sagenhafte Summe von 27,5 Milliarden Reichsmark für den Familienunterhalt auf.^[217] Gemessen am letzten Friedenseinkommen erhielten die deutschen Familienangehörigen im Durchschnitt 72,8 Prozent an Familienunterhalt. Das war fast doppelt so viel wie den US-amerikanischen (36,7) und den britischen (38,1) Soldatenfamilien zustand.^[218]

Parallel dazu stiegen zwischen 1939 und 1941 die Haushaltsposten, aus denen Familien unter dem Rubrum »Bevölkerungspolitische Maßnahmen« Zuschüsse erhielten, von 250 auf 500 Millionen Reichsmark. Im Krisenjahr 1942 wurden diese Familienvergünstigungen kurzerhand verdoppelt und betrugen dann bis Kriegsende jährlich knapp eine Milliarde Reichsmark. Betrachtet man die Steigerungskurve des Kindergelds und der Familienbeihilfen (1938 = 100%), dann stiegen sie 1939 um 25, 1940 um 28 Prozent, 1941 um 56 Prozent und 1942 um 96 Prozent.^[219] Kontinuierliche sozialpolitische Bestechung bildete die Grundlage des innenpolitischen Zusammenhalts in Hitlers Volksstaat.

Um die Kriegskasse aufzufüllen, schlug Reichswirtschaftsminister Funk im April 1943 vor: »Die bisherige Steuerfreiheit des Familienunterhalts und

ähnlicher sozialer Ausgleichszahlungen soll wegfallen.« Er scheiterte damit am Triumvirat der Stimmungspolitiker Hitler, Göring und Goebbels, die sich mit den Gauleitern der NSDAP als oberste Hüter der innerdeutschen Zufriedenheit verstanden. »Wir haben im Krieg zu opulent gewirtschaftet«, bemerkte Funk dazu trocken, »aus dieser Entwicklung ist schwer herauszukommen.«^[220]

Teil II

Unterwerfen und ausnutzen

Mit straffer Zweckmäßigkeit

Kontributionen an die Deutschen

Das Grundproblem der deutschen Kriegsfinanzpolitik lässt sich leicht beschreiben. Infolge des Rüstungsbooms und der Vollbeschäftigung wuchsen Lohnsumme und Unternehmergewinne bereits vor dem Krieg stark an. Die Steuereinnahmen des Reiches stiegen auf Rekordhöhe, aber auch die privat verfügbare Kaufkraft. Mit Kriegsbeginn nahmen die Gewinne wie die allgemeine Kaufkraft trotz des Lohn- und Preisstopps sofort zu: wegen der Überstunden, der steigenden Beschäftigungsquote und der vielen Sonderschichten. Außerdem wurden alle Lohnersatzleistungen an die Soldaten (Sold, Löhnung) und an deren Familien (Einsatz-Familienunterhalt) alles andere als kleinlich bemessen.

Parallel dazu ging das Angebot von Gütern des zivilen Bedarfs wegen der verstärkten militärischen Produktion erst mäßig, dann stark zurück. Das führte zur schnellen Öffnung der Schere zwischen Kaufkraft und Konsummöglichkeiten und tendenziell zu Unzufriedenheit, Schwarzmarkt, Flucht in Sachwerte und Inflationsdruck. Im Herbst 1939 zeigten sich typische Symptome einer partiellen Mangelwirtschaft. Zunächst stiegen die Umsätze jener Geschäfte, die Wäsche und Bettzeug verkauften, um

45 Prozent gegenüber dem Vorjahr, die für Möbel um gut 30 Prozent, für Geschirr- und Glaswaren um 35 Prozent.

[221] Nachdem die langlebigen Konsumgüter bald ausverkauft waren, konnte der Kaufkraftüberhang im Inland nicht mehr gebunden, also weder in Waren noch Dienstleistungen umgesetzt werden.

Da breitenwirksame Steuern aus den geschilderten politischen Gründen nicht erhoben wurden, stiegen die privaten Einkommen zwischen 1939 und 1941 – vor allem wegen der ausgeweiteten Arbeitszeit – um 21 Prozent. Folglich erhöhte sich die überschüssige Massenkaukraft auf mehr als das Doppelte, von 14 auf 31 Milliarden Reichsmark.[222] Einen wichtigen Ausweg, den Geldüberhang im Inland zu mindern und gleichzeitig die Reichseinnahmen zu erhöhen, bot das besetzte europäische Ausland. »Wenn schon eine Inflation, dann lieber dort als in Deutschland«, so sahen es nicht nur die politischen Führer, sondern auch die Beamten im Reichsfinanzministerium wie in der Reichsbank.[223]

Mit krimineller Energie taten sie alles, was dieser Devise entsprach. Hundertfach wiesen sie deutsche Besatzungsverwalter zurecht, die sich um ein Minimum an Stabilität sorgten oder für eine gewisse Fairness in den unterworfenen Regionen eintraten: »Sie kennen unseren grundsätzlichen Standpunkt, wonach die gesamten Wehrmachtskosten in einem Gebiet von diesem Gebiet zu tragen sind.«[224] In Serbien zeigte sich ein enger Vertrauter Görings »besonders dankbar dafür, dass die Reichsbank ihm so sachkundige Herren zur Verfügung gestellt« habe.[225] Diese Herren gründeten in den ersten

Wochen ihrer Tätigkeit eine serbische Nationalbank, die alsbald eine neue Währung, den Serbischen Dinar, emittierte.^[226] Indem der Barumtausch einfach verweigert wurde, gelang es nebenbei, gehortetes Bargeld den Banken zuzuführen und dort in der neuen Währung gutschreiben zu lassen. So ließ sich der Geldumlauf zunächst bremsen und die Gefahr der Kriegsinflation mindern.

Wie überall stieg auch im besetzten Polen der dort so genannte Wehrbeitrag, auch bezeichnet als »Beitrag des Generalgouvernements für seinen militärischen Schutz«, von Jahr zu Jahr an.^[227] Da die für 1941 beigetriebenen Gelder dem Reichsfinanzminister nicht ausreichten, erhöhte er die Zwangsabgabe im Frühjahr 1942 rückwirkend von 150 auf 500 Millionen Zloty und setzte sie für das Jahr 1942 später auf 1,3 Milliarden Zloty fest. Für 1943 verlangte der Reichsfinanzminister drei Milliarden.^[228] Staatssekretär Reinhardt befeuerte seine Beamten, die sich gegen die »Verzögerungstaktik« des Generalgouvernements wehrten, mit der Randglosse: »Wir dürfen nicht nachlassen!«^[229] Zusätzlich berechnete die Wehrmacht Besatzungskosten; dabei veranschlagte sie für 1942 eine Truppenstärke von 400000 Soldaten und dafür rund 100 Millionen Zloty pro Monat, obwohl nur noch 80000 im Land stationiert waren.^[230] Sie nutzte die um das Fünffache überhöhten Einnahmen »zur Deckung ihres Bedarfs an Lebensmitteln und anderen Waren«, mit der Konsequenz, dass die Bevölkerung unter akutem Mangel an Getreide, Kartoffeln, Fleisch und anderen Dingen des

täglichen Bedarfs litt.^[231] Einen Teil dieser und anderer Lasten schrieb das Reich dem Generalgouvernement gut, bis Ende 1942 immerhin 3,5 Milliarden Reichsmark. Allerdings konnte von einem realen Guthaben nicht gesprochen werden, und die Reichsbank bemerkte nonchalant, »die endgültige Auseinandersetzung mit dem Generalgouvernement könne unbedenklich bis nach Beendigung des Krieges vertagt werden«.^[232]

Im Zweiten Weltkrieg erlegte Deutschland Europa beispiellose Besatzungskosten und Kontributionen auf, dazu Zwangskredite sowie so genannte Matrikularbeiträge. Die Kriegslasten überstiegen den letzten Friedenshaushalt eines besetzten Landes sehr schnell und in aller Regel um mehr als 100, in der zweiten Kriegshälfte oft um mehr als 200 Prozent. So forderte der Reichsfinanzminister im Januar 1943, es sollten »zwei Drittel des Haushalts des Generalgouvernements an das Reich abgeliefert werden«. Prompt beschwerten sich die Spitzen der deutschen Verwaltung im besetzten Polen, solche Tribute würden »jede weitere Entwicklung selbst in geordneten Zeiten unmöglich machen«. Doch beharrte das Reichsfinanzministerium darauf: Ein Wehrkostenbeitrag in dieser Höhe sei »vorläufig als angemessen« zu betrachten.^[233] Als wegen der zunehmenden Bombardements auf deutsche Fabriken im Frühjahr 1944 immer mehr Rüstungswerke ins besetzte Polen verlegt wurden, mussten dort sämtliche Bau- und Produktionskosten aufgebracht werden, weil der Reichsfinanzminister nicht bereit war, »von seinem bisher vertretenen Grundsatz«

abzugehen, »dass alle im GG [Generalgouvernement] entstehenden Kosten auch dortselbst aufzubringen sind«.

[234] Die deutschen Finanzfachleute sprachen von der »wachsenden finanzwirtschaftlichen Ergiebigkeit« der besetzten Länder »im Zuge der Ankurbelung der dortigen Wirtschaft und der Anwendung neuer steuerpolitischer Methoden«.[235]

So verschlangen die Einkäufe deutscher Rüstungsunternehmen und Lebensmittelimporteure fast ein Viertel der laufenden Besatzungskosten in Frankreich, hinzu kamen die privaten Besorgungen der Soldaten, die der Leitende Heeresintendant in Paris im Juni 1943 auf ein weiteres Viertel veranschlagte. Zu den weniger auffälligen, doch in der Summe merklichen Ausbeutungstechniken gehörten auch Einzelerlasse wie diese: Nach dem Willen des Chefintendanten der Wehrmacht war der Zahnersatz für Wehrmachtangehörige, inklusive Goldkronen und -brücken, ausnahmslos aus den Mitteln der jeweiligen Länder zu erstatten.[236] Die Deutschen manipulierten die Währung, bezahlten Luftangriffe auf England von französischem Boden aus möglichst weitgehend mit Francs, bauten mit französischem Geld U-Boot-Häfen und riesige Bunker am Atlantik. Das alles hatte nichts mit der militärischen Kontrolle Frankreichs zu tun: Etwa 75 Prozent der Besatzungskosten müssen als Kontributionen gekennzeichnet werden, die besatzungsfremden Zwecken dienten.[237] Ende 1941 monierte der französische Verhandlungsführer ohne jeden Erfolg: »Übrigens dienen die zur Regelung der Besatzungskosten bezahlten Summen oft und in hohem Maß dazu, Ausgaben zu

begleichen, die nichts mit dem Unterhalt der Truppe zu tun haben.«^[238]

Im ersten Halbjahr 1944 betrugen die Besatzungskosten in Dänemark monatlich etwa 86 Millionen Reichsmark – mehr als das Dreifache des Aufkommens von 1941.^[239] Etwa ein Viertel des Betrages wurde für Personalkosten, der Rest für »sächliche Ausgaben« verwendet, insbesondere für »Bauvorhaben und Lebensmittelbeschaffungen im Lande«.^[240] Dänemark diente der Wehrmacht als Lebensmittelbasis für ihre Truppen in Norwegen und teilweise auch in Deutschland. So wurden 1942 an das Armeeoberkommando Norwegen mehr als 22000 Rinder geliefert, 17500 Schweine, 2870 Tonnen Butter, knapp 500 Tonnen Marmelade, 800000 Eier, 3000 Tonnen Obst und Gemüse, um nur die wichtigsten Posten zu nennen. Zudem wurden »neben der Versorgung der im Lande befindlichen deutschen Truppen noch erhebliche Mengen an lebend Vieh (Rindern, Schweinen), Butter, Käse, Eiern und Seefischen nach Deutschland ausgeführt«.^[241]

In Dänemark und gewiss auch anderswo wurde zum Beispiel der Unterhalt für diejenigen Kinder, die aus den Beziehungen zwischen deutschen Soldaten und dänischen Frauen geboren wurden, aus dem Besatzungsetat bezahlt.^[242] In die Niederlande verlagerten die Deutschen 1940/41 systematisch Aufträge, um das deutsch-sowjetische Wirtschaftsabkommen zu erfüllen. Das Volumen betrug 60 Millionen Reichsmark und entsprach 350000 Tonnen Getreide, die aus der Sowjetunion an Deutschland geliefert wurden. Da die Aufträge in Holland aus dem Haushalt des

besetzten Landes beglichen werden mussten und der Reichsfinanzminister das ukrainische Getreide zugunsten der Reichskasse verkaufen ließ, konnte er auf diese Weise 60 Millionen Reichsmark als Allgemeine Verwaltungseinnahme auf der Habenseite des Kriegshaushalts verbuchen und dafür neue Panzer, Gewehre und Flugzeuge kaufen.^[243]

Die Emissionsbank in Polen hatte alles irgendwie auffindbare Gold an die Reichsbank in Berlin abzuliefern. Der Gegenwert wurde dem Generalgouvernement pro forma gutgeschrieben. Dasselbe geschah mit sämtlichen Devisen.^[244] Um die laufenden Abgaben an das Reich zu decken, erhöhte die Besatzungsregierung in Krakau die Grundsteuer, führte eine neue Bürgersteuer ein, ließ die Einkommensteuern stark ansteigen und verwertete Besitztümer von Juden sowie von Polen, die zu Staatsfeinden erklärt worden waren. Allerdings geschah das niemals auch zu Lasten der Deutschen, die im besetzten Polen lebten. Die Steuererhöhungen galten allein für Polen; Deutsche zahlten bis zu einem Jahreseinkommen von 8400 Zloty keinerlei Einkommensteuer.^[245] Sie lebten – auch steuerlich gesehen – wesentlich vorteilhafter als im Reich.

Die Haager Landkriegsordnung erlaubt es, besetzten Ländern die Okkupationskosten aufzubürden und entsprechende Kontributionen zu fordern. Doch entsprach die von den Deutschen festgesetzte Höhe nicht entfernt dem in Artikel 52 kodifizierten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, und deshalb schoben sie die lästige

Völkerrechtsregel bald »als zu eng und überholt« beiseite.
[246] Hinzu kamen die Subsidien der Verbündeten, genannt Kriegskostenbeiträge, die zum Beispiel Bulgarien, die Slowakei oder Rumänien zu leisten hatten. Die Haushaltsbeamten des Deutschen Reichs verbuchten diese Beiträge ohne Zögern unter der Rubrik Besatzungskosten.
[247] 1943 setzten sich die Kriegseinnahmen des Reiches, wie in Teil IV dargestellt werden wird, weit überwiegend aus Geldern zusammen, die im Ausland hereingeholt, im Inland von ausländischen Zwangsarbeitern abgepresst oder den zu Juden und Staatsfeinden Erklärten genommen wurden. Das verbesserte die deutsche Kriegsfinanzierung grundlegend. Bis zum Sommer 1944 konnten, wie schon gesagt, 50 Prozent aus laufenden Einnahmen gedeckt werden, während im Ersten Weltkrieg 87 Prozent der Kriegsausgaben auf Kreditbasis finanziert worden waren. Zustande gebracht hatten die »gewaltige Verbesserung der Deckungsrelationen« deutsche Finanzfachleute auf Kosten anderer.

Bernhard Benning, der die Volkswirtschaftliche Abteilung der Reichskredit-Gesellschaft leitete, maß den Einnahmen aus den Besatzungskosten 1944 erhebliches Gewicht zu. Er feierte sie als den »eigentlich dynamischen Faktor« der deutschen Kriegsfinanzen: »Zu den Steuereingängen kommen als in ihrer Bedeutung ständig erhöhter Posten die sog. ›sonstigen Einnahmen‹«, schwärmte Benning. Hierüber gäbe »es zwar keine laufenden jährlichen Angaben«, doch ließen sich »die fehlenden Zahlen schätzen«. »Sensationell« sei die kürzlich von Staatssekretär Reinhardt »mitgeteilte neueste Ziffer

von 26 Mrd. RM!« gewesen.

Anschließend führte Benning aus, was in dem Sammelposten »Sonstige Einnahmen« enthalten war: »a) Die sog. Verwaltungseinnahmen, die Reinhardt für 1942 auf 5 Mrd. RM beziffert und die sich aus einer Reihe von Posten zusammensetzen, darunter Ablieferungen von Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank, Rückzahlungen aus alten Darlehen, ferner Einnahmen aus dem Reichsstock für Arbeitseinsatz (früher Arbeitslosenversicherung), b) Als zweiter Posten ist der Kriegsbeitrag der Gemeinden zu erwähnen, der nach seiner ersten Festsetzung rd. 1,5 Mrd. RM erbrachte, dann aber zweimal erhöht wurde und gegenwärtig vielleicht auf etwa 2 ¹/₂ bis 3 Mrd. RM veranschlagt werden kann. Der überwiegende Rest [also 18 Milliarden RM] entfällt auf das Ausland: Wehrbeitrag des Generalgouvernements, Matrikularbeitrag des Protektorats, insbesondere aber auch die Besatzungskosten der besetzten Gebiete. Die Beiträge sind im Einzelnen nicht bekannt; immerhin kann eine interessante Zahl für Frankreich mitgeteilt werden. Frankreich hatte 1943 rd. 190 Mrd. ffrs, d.h. umgerechnet in Reichsmark 9,5 Mrd. RM, aufzubringen (man sieht daraus, dass es uns durch Besatzung und Auftragsverlagerung gelungen ist, die französische Volkswirtschaft stärkstens für die Volkswirtschaft einzuschalten).«^[248] Obwohl die Kriegskosten im Laufe des Jahres 1943 enorm anstiegen, resümierte die Zeitschrift Bankwirtschaft Anfang 1944 mit Zufriedenheit: »Der Anteil der Kreditfinanzierung an den Gesamtaufwendungen des Reiches hat sich dagegen dank der starken Steigerung der

›sonstigen‹ Einnahmen nicht erhöht und konnte sogar immer wieder unter den angestrebten Normsatz von 50% hinunter gedrückt werden.«^[249]

Ein wichtiges Verfahren bildeten von Anfang an die manipulativ festgelegten Wechselkurse. So wurde nach der Besetzung Frankreichs der Franc, dessen Kurs zuvor 100 ffrs zu 6,60 RM betragen hatte, auf 100 zu 5 festgesetzt, also um knapp 25 Prozent abgewertet. Das erhöhte Sold und Löhnung deutscher Soldaten automatisch. Die Beträge wurden in Francs ausbezahlt, jedoch auf Reichsmarkgrundlage berechnet. (Notwendigerweise wurde der Franc unter der Last der deutschen Besetzung weicher, aber selbst noch Ende 1942 lag er in Zürich um 16 Prozent über dem deutschen Zwangskurs.) Ebenso verfuhrten die Deutschen nach der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren. Die tschechische Krone blieb gesetzliches Zahlungsmittel, nur eben um ein Drittel abgewertet.^[250] Ähnliches geschah 1939 im besetzten Polen und im 1943 besetzten Italien. Dort senkten die Deutschen den Lira-Kurs von zuvor 100 zu 13,10 auf 100 zu 10 Reichsmark. Unübertroffen blieb allerdings die Abwertung des Rubels 1941 um 470 Prozent.^[251]

Selbstverständlich wussten die Verantwortlichen, was sie taten, und äußerten intern, die Reichsmark stehe »viel zu hoch gegenüber den europäischen Währungen«.^[252]

Die Währungsmanipulationen begünstigten all diejenigen, die in den besetzten Ländern als Käufer auftraten – das waren die gesamte deutsche Wirtschaft und jeder einzelne Wehrmachtsoldat. Gleichzeitig verteuerten

sich die Exporte aus Deutschland in diese infolge des Krieges in vielerlei Hinsicht abhängig gewordenen Länder – andererseits wurden auf diese Weise die Einfuhren nach Deutschland billiger. Da im Verlauf des Krieges immer mehr Aufträge ins Ausland verlagert wurden und Deutschland immer mehr Rohstoffe und Fertigwaren importierte, entstand daraus ein Problem der Handelsbilanz. Allerdings nur theoretisch. Ein erheblicher Teil der Waren, die ein besetztes Land nach Deutschland zu liefern hatte, wurde nämlich in eindeutig völkerrechtswidriger Weise aus den Besatzungskostenhaushalten bezahlt; der andere Teil wurde auf dem Clearingkonto in Berlin gutgeschrieben, genauer gesagt: nicht bezahlt.

Unter Clearing verstand man im Zeitalter der Devisenbewirtschaftung die zentrale Verrechnung der Im- und Exporte. Nach diesem System erhielten die Exporteure in den einzelnen Ländern ihr Geld in Landeswährung von einer staatlichen Stelle, die Empfänger bezahlten ebenfalls in Landeswährung an eine entsprechende Kasse ihres Staates. Die wechselseitigen Geschäfte zwischen privaten Exporteuren und Importeuren wurden also auf dem Clearingkonto verbucht und die Differenz in bestimmten Zeitabständen von Staats wegen ausgeglichen. Im Zweiten Weltkrieg nutzte die deutsche Regierung dieses eingespielte System, um die Gläubigerländer zu zinslosen Milliardenkrediten zu zwingen. Fachleute bezeichneten sie nüchtern als »einseitige Zwangsanleihen« zugunsten Deutschlands.^[253]

Nach Angaben der Reichskreditkasse vom 10. Juli 1944 betrug die Nettoverschuldung gegenüber den besetzten, verbündeten, befreundeten oder neutralen Staaten am 30. Juni 1944 fast 29 Milliarden Reichsmark. Allein gegenüber Frankreich, Belgien und Dänemark waren an die 14 Milliarden Schulden aufgelaufen. Holland, das Generalgouvernement, das Protektorat Böhmen und Mähren und selbst das formell verbündete Bulgarien hatten bis dahin deutsche Kriegsanleihen im Wert von fast 13 Milliarden Reichsmark übernehmen müssen. Weiter heißt es in dem Protokoll: »Die gesamte Leistung der besetzten Gebiete an Diensten und Waren sind, wie [Reichsbank-]Vizepräsident Puhl in der Sitzung vom 10. Juli 1944 ergänzend ausführte, nach einer Schätzung der ›Forschungsstelle für Wehrwirtschaft‹ in den ersten vier Kriegsjahren mit etwa 70 bis 80 Milliarden RM, für fünf Kriegsjahre also mit etwa 90 bis 100 Milliarden RM anzusetzen. Die über den Clearingverkehr hereingeholten Leistungen machten demnach fast $\frac{1}{3}$ des Gesamtleistungsbetrags aus. Daraus erhelle [sich], wie wichtig die möglichst ungestörte Aufrechterhaltung des Leistungswillens der besetzten Länder für die letzte Kriegsphase sei.« (Siehe das Kapitel »Kriegseinnahmen 1939–1945«, S. 318–327.)

Zu diesem Zeitpunkt konnte nicht mehr ernsthaft an das Leerrauben der Sowjetunion gedacht werden, um die deutschen Kriegsschulden zu tilgen. Dieser 1941 entworfene Plan (siehe S. 339ff.) war längst gescheitert. Stattdessen dachte das Direktorium der Reichsbank 1944 daran, wie die Auslandsschulden mit einigen Tricks auf die Gläubiger abgewälzt werden könnten: So erfanden sie

»noch erhebliche Forderungen«, die das Reich als äußere Besatzungskosten – angeblich vorschussweise – aufgebracht habe und die bei einem Friedensschluss »gegen die besetzten Gebiete« geltend gemacht werden sollten.^[254] Schon länger stellte man sich im Reichsfinanzministerium den Abbau deutscher Auslandsschulden ähnlich vor. Demnach sollten die in Deutschland vergüteten Kriegskostenanteile wie »Heimatgehälter, Familienunterhalt, Sachaufwendungen wie Eisenbahnwagen, Kraftwagen, Uniformen, Waffen usw.« nach dem Krieg mit dem besiegten Europa »verrechnet« werden.^[255] Um die Gläubiger bei Laune zu halten, bezeichnete Reichsbankpräsident Funk die exorbitanten Auslandsschulden des Reiches öffentlich als »wertbeständige Anlage«.^[256]

Mit Bedacht wurde der Sold jedes deutschen Soldaten in der Währung des Landes ausbezahlt, in dem er gerade eingesetzt war. Zur Reduktion des Inflationsdrucks in Deutschland waren die Soldempfänger gehalten, ihr Geld im Ausland auszugeben. Aus demselben Grund wurde es gefördert, dass sich die Soldaten von zu Hause Geld nachsenden oder durch die Feldpost überweisen ließen, um einzukaufen, was sich nur einkaufen ließ, und recht viel davon nach Hause zu schicken. Die Möglichkeiten gestalteten sich je nach Land verschieden.

Manche Truppenteile, insbesondere solche an den russischen Fronten, konnten ihre Rubel nur begrenzt ausgeben. Sie überwiesen den Rest deshalb in die Heimat. Darin sahen die Spitzenbeamten der Reichsbank einen

höchst unerwünschten Vorgang, »weil die im Osten nicht betätigte Kaufkraft der Soldaten durch die Überweisung nach der Heimat nun im Reich als zusätzliche Kaufkraft auftritt«.^[257]

Doch erfanden die für die Kriegsfinanzen Verantwortlichen bald ein Gegenmittel. Zur Truppenauffrischung verlegten sie die Soldaten von der Ostfront in möglichst regelmäßigen Abständen nach Westeuropa, insbesondere nach Frankreich. Dort sollte den Männern Gelegenheit gegeben werden, »zum Ausgleich für die überstandenen Strapazen etwas üppiger zu leben«,^[258] und deshalb sorgten die Truppenkassen dafür, dass die Soldaten ihre überschüssigen Rubel in westeuropäische Währungen umtauschen konnten. So berichtete einer der Leitenden Sanitätsoffiziere, der auch für das Bordellwesen der Wehrmacht in Frankreich zuständig war, im Herbst 1942: Die vom Osten kommenden Truppen hätten ebenso wie die Angehörigen der Kriegsmarine »beim Verkehr mit Bordellmädchen und freien Prostituierten in geradezu unvorstellbarer Weise mit Geld um sich geworfen«. Ein anderer Wehrmachtmediziner berichtete im Januar 1943 ebenfalls aus Frankreich: Im Fall der aus dem Osten eintreffenden Divisionen führe »deren reichliche Ausstattung mit ersparten Geldmitteln häufig zu Einwanderung von Dirnen aus der näheren und weiteren Umgebung in den Unterkunftsbereich«.^[259] Mit solchen Methoden wurde die überschüssige Kaufkraft im Osten statt nach Deutschland, nach Frankreich umgeleitet. Wie im Folgenden gezeigt wird, manipulierten die deutschen Kriegsfinanziers den Rubelumtausch in Francs so, dass am

Ende Frankreich für die Bordellbesuche der Ostkämpfer aufzukommen hatte und die Rubel in der Kriegskasse des Reiches verschwanden.

Individuelles Bezahlen

In der Regel setzten die einrückenden deutschen Truppen zunächst so genannte Reichskreditkassenscheine (RKK-Scheine) als Zahlungsmittel ein, später die jeweilige landeseigene Währung. Die RKK-Scheine sahen wie Papiergeld aus, entsprachen gestückelt dem Gegenwert von 0,50 bis 50 Reichsmark und lauteten auf Reichsmark. Mittels des militärischen Hilfgeldes konnte beim Einmarsch weitgehend auf die Beschlagnahme und das umständliche Ausstellen von Requisitionsquittungen gemäß Haager Landkriegsordnung verzichtet werden. Das machte die Truppe beweglicher, kam dem Gewinnstreben der Bevölkerung entgegen und vermied die »nachteiligen Wirkungen der Requisition auf die Manneszucht«.^[260] Zwar wurde der RKK-Schein in Deutschland emittiert und von der Reichsdruckerei hergestellt, durfte aber in Deutschland nicht umlaufen.^[261] Im Grunde stellte er nichts weiter dar als einen typisierten Requisitionsschein; der geschäftsführende Vizepräsident der Reichsbank, Puhl, sprach von einem »in Geldform gekleideten Requisitionsschein«.^[262] Das galt in volkswirtschaftlicher Hinsicht, nicht jedoch für den Empfänger, und darin lag der große Vorteil.

Nimmt man das Beispiel Frankreich, dann akzeptierten dort Handel und Privatleute die RKK-Scheine deshalb ohne

Schwierigkeiten, weil die Banken und Sparkassen unverzüglich per Dekret gezwungen wurden, die RKK-Scheine in französische Francs einzutauschen.^[263] Die Geldinstitute lösten sodann das deutsche Besatzungsgeld bei der Banque de France gegen Francs ein. Diese musste die RKK-Scheine anschließend an die Reichskreditkasse in Paris, die sofort errichtete deutsche Finanzzentrale im besetzten Frankreich, weiterreichen. Dafür aber erhielt die französische Notenbank keinen Gegenwert. Vielmehr musste sie Geld drucken lassen oder im Verein mit der staatlichen Finanzverwaltung solches beschaffen, um den Gegenwert der von ihr zwangsweise aufgekauften RKK-Scheine zu decken. An diesem Punkt der Zirkulation materialisierte sich die monetäre Ausplünderung der besetzten Länder Europas und begannen die Probleme der von Deutschland bewusst exportierten Kriegsinflation.

TABLEAU

des

Monnaies Allemandes

ayant cours



20 Reichsmark = 400 Francs



50 Reichspfennig = 10 Francs

AVIS à la Population

L'autorité allemande fait connaître que, seuls, les billets allemands libellés en **Reichsmarks** émis par la **Reichskreditkassen**, dont les modèles sont reproduits ci-contre en agrandissement, doivent être acceptés en paiement, tant par les particuliers que par les caisses publiques.

Tous les autres billets allemands doivent être à l'avenir, strictement refusés.

Il est rappelé que le taux du change est fixé comme suit :

20 Reichsmark	=	400	francs français
5 Reichsmark	=	100	francs français
2 Reichsmark	=	40	francs français
1 Reichsmark	=	20	francs français
0,50 Reichsmark	= 50 Reichspfennig	=	10	francs français
0,10 Reichsmark	= 10 Reichspfennig	=	2	francs français
0,05 Reichsmark	= 5 Reichspfennig	=	1	franc français



1 Reichsmark = 20 Francs



2 Reichsmark = 40 Francs



5 Reichsmark = 100 Francs

Cette affiche est en vente chez les Concierges de l'Hôtel-de-Ville et des Mairies de Paris au prix de 0 fr. 50 l'exemplaire.

Öffentlicher Anschlag zur Einführung der RKK-Scheine in Frankreich, Mai 1940
(Historisches Archiv der Banque du France 1065/998801/45)

Von der Banque de France gelangten die RKK-Scheine wieder in die Zahlmeistereien der Wehrmacht und konnten abermals in Waren zugunsten der Besatzungsmacht verwandelt werden. Sie zirkulierten also ständig von

neuem und hinterließen – auch das ein deutlicher Unterschied zum Requisitionsschein – keine greifbaren Tatbestände der Enteignung.^[264]

Der Vorteil des Verfahrens lag in der einfachen Handhabung für die militärischen Dienststellen und darin, dass diejenigen Franzosen, denen Pferde, Lebensmittel oder Treibstoff genommen oder denen Arbeiten für die Wehrmacht abverlangt wurden, dafür über den kurzen und sicheren Umweg des RKK-Scheins altvertrautes Geld erhielten. Ihnen entstand kein persönlicher Schaden, vielmehr wurde das kriegsbedingte, individuelle Enteignen mit dem allgemeinen Geldkreislauf des Landes verkoppelt.

Damit erreichten die in der Reichsbank verantwortlichen Währungsstrategen auf kaum sichtbare und raffinierte Weise, dass sich die Last der Requisitionen »über die Einfügung des Reichskreditkassenscheins in den Geldumlauf des Landes auf die Allgemeinheit verteilte«.^[265] Vermittelt über den von deutschen Bajonetten durchgesetzten Umtauschanspruch des Geldzeichens Reichskreditkassenschein in die landeseigene Primärwährung entstand ein zunächst kaum fassbarer Verlust für die gesamte französische Volkswirtschaft, dem ein entsprechender Gewinn zum Vorteil der deutschen Volkswirtschaft gegenüberstand.

Normalerweise beendete die deutsche Besatzungsverwaltung die Zirkulation der RKK-Scheine bald nach dem Waffenstillstand. Von da an galt bis auf weiteres die Landeswährung als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel, so zum Beispiel in Dänemark. Nicht jedoch

in Frankreich, obwohl auch dort »der an sich begreifliche Wunsch« der Banque de France bestand, »die gewissermaßen als zweite Notenbank im eigenen Währungsbereich arbeitenden Reichskreditkassen in nicht zu ferner Zeit wieder aufgelöst zu sehen«.[266] Die Besonderheit erklärt sich aus der Gier von Deutschen, alle erdenklichen französischen Waren zusammenzukaufen.

Praktisch konnten alle Reichsstellen, zu deren Aufgaben der Nachschub von Lebensmitteln, Waffen, Rohstoffen oder sonstigem wichtigen Material gehörte, »Beschaffungen in Frankreich durchführen«, ohne sich dafür Mittel aus dem Besatzungskostenetat zuweisen zu lassen. Sie mussten sich lediglich in den Besitz von RKK-Scheinen bringen und diese nur mäßig verdeckt einführen. Im Juli 1943 forderte der Leitende Intendant beim Militärbefehlshaber in Frankreich, dass »der unkontrollierbaren Einfuhr von RKK-Scheinen Einhalt geboten« werden müsse, da sie »eine geregelte Bewirtschaftung und Lenkung der Besatzungskostenmittel« vereitele. Die Wehrmachtintendantur konstatierte, »dass der größte Teil sämtlicher in Frankreich eingesetzter Wehrmachtangehöriger auf allen nur denkbaren Wegen den Versuch unternimmt, RKK-Scheine nach Frankreich einzuführen«.[267] Schließlich wurden auf Druck französischer wie deutscher Finanzexperten die RKK-Scheine Anfang Dezember 1943 weitgehend aus dem Verkehr gezogen, um den Franc notdürftig zu stabilisieren.[268]

Die theoretischen, in der Praxis bald bewährten Grundzüge hatte der Finanzwissenschaftler Georg Holzhauer im Mai 1939 »auf dem von ihm bearbeiteten, fast unbekannten Felde« formuliert: »Aber nicht nur zur besseren Erfassung und Erlangung der vorhandenen Vorräte und für deren ökonomische Verwendung ist die Barzahlung das beste Mittel, sondern auch für einen Ausgleich und die Verteilung der Belastungen durch die besetzende Armee.« Würden die Lasten gleichmäßig verteilt, ließe sich »sehr leicht ein Vielfaches von dem herausziehen«, was sich durch das zufällige Wegnehmen beim Einzelnen herausholen lasse. Zwingend dafür seien: der sofortige Einsatz von Bargeld und »strengste Vermeidung aller Naturalleistungen«. Überall müsse sichergestellt sein, »dass man jederzeit für kriegswirtschaftlich wichtige Leistungen Geldzeichen bekommen kann«. Folglich empfahl Holzhauer den Einsatz geeigneter Zahlungsmittel, um »die Erträge des besetzten Gebietes und damit die Überschüsse zu heben«.[269]

Tatsächlich löste der Einsatz von RKK-Scheinen während des Kriegsverlaufs in den okkupierten Ländern immer wieder »ein Gefühl der Befriedigung aus«. Das »Bewusstsein des erhaltenen Gegenwertes« ließ den Unterworfenen »die Tatsache, dass der Käufer im Grunde ein Feind ist, nicht in Erscheinung treten«. Als weitere Vorteile nannte Helmut Kasten in seiner 1941 bei dem renommierten Nationalökonom und späteren Widerstandskämpfer Jens Jessen geschriebenen Dissertation: »Durch Requisition dagegen – die stets als Ausplünderung empfunden wird, da ein greifbarer

Gegenwert nicht in Erscheinung tritt – werden die nationalen Gefühle des Hasses durch den erlittenen wirtschaftlichen Nachteil noch verstärkt und führen zu offenen und versteckten Schädigungen des Gegners. Von der Vernichtung der vorhandenen Vorräte bis zur Vergeltung durch Sabotageakte, Kleinkrieg oder offenen Aufstand reichen die Gegenwirkungen der durch Requisition geschädigten und aufgereizten Bevölkerung.«

Um Derartiges zu verhindern, eigne sich das wirtschaftliche Interesse und die Aussicht auf Gewinn ausgezeichnet. Weiter heißt es in Kastens Studie, die sich bereits auf die seit dem Sommer 1940 in Frankreich gewonnenen Erfahrungen stützte: »Vor allem regt der Barkauf durch Aussicht auf weiteren Absatz und Gewinn auch die Produktion und die Ersatzbeschaffung für die abgegebenen Güter an. Die Letztere geschieht teilweise durch Heranführung der Ware aus entfernten Gebieten und erschließt Vorräte, die dem unmittelbaren Zugriff der Truppe sonst entzogen geblieben wären. Das Gleiche gilt für versteckte Vorräte, die jetzt durch die Aussicht auf gewinnbringende Verwertung entdeckt werden.«^[270]

Kollektives Enteignen

Die Technik der Barzahlung für militärisch erforderliche Güter und Dienste in besetzten Ländern wurde schon von den Unionisten im Amerikanischen Bürgerkrieg benutzt, von deutschen Truppen 1870/71 und von russischen Truppen im Balkan-Krieg von 1877/78.^[271] Auch im Ersten Weltkrieg erzielte die deutsche Heeresleitung »damit

beste Erfolge«.^[272] Zudem harmoniert das Prinzip mit Artikel 52 der Haager Landkriegsordnung, der grundsätzlich Barzahlung und nur im Notfall das Beitreiben vorsieht. Allerdings wurde das Verfahren im Ersten Weltkrieg nicht konsequent angewandt, vielmehr herrschte »Währungswirrwarr«, es fehlten »jeder einheitliche Plan« und ein »straff gelenkter Bankenapparat«.^[273] Eine Ausnahme bildete damals das besetzte Belgien, wo sich die deutsche Währungs- und Kontributionspolitik – im rückblickenden Vergleich – zum milden Vorläufer jener Methoden entwickelte, die im Zweiten Weltkrieg von deutscher Seite generell und sehr viel systematischer angewandt wurden.^[274]

Der Hauptunterschied bestand jedoch darin: 1914 bis 1918 setzte das Kaiserliche Feldheer zunächst die deutsche Währung und von der Reichsbank aufgekaufte Devisen ein; demgegenüber repräsentierten die RKK-Scheine 1939 bis 1945, obwohl sie auf Reichsmark lauteten, immer die Währung des besetzten Landes zu einem von der Besatzungsmacht – im Eigeninteresse – festgesetzten Wechselkurs. Hatten sich die Besatzer erst einmal etabliert und durchgesetzt, dass die Okkupationskosten und Kontributionen in der jeweiligen Landeswährung aufzubringen waren, konnte auf die RKK-Scheine theoretisch verzichtet werden. Allerdings sahen die Feldintendanten darin eine jederzeit einsetzbare Zweitwährung, die sie als finanzpolitisches Druckmittel in der Hinterhand behalten wollten. Im Volksmund hießen die Reichskreditkassen in den besetzten Ländern einfach Soldatenbanken.^[275]

Zwar lagerten die RKK-Scheine schon zu Kriegsbeginn in den Tresorkellern der Reichsbank, doch für einen völlig anderen Zweck. Ursprünglich sollten sie im Inland eingesetzt werden, um im Kriegsfall möglichst schnell Silber-, Kupfer- und Nickelmünzen aus dem Verkehr zu ziehen und die Metalle für die Kriegsproduktion zu nutzen. Doch bewährten sich die RKK-Scheine in der ihnen während des Polen-Feldzuges offenbar spontan zugedachten Funktion des Besatzungsgeldes sofort. So entwickelte die Reichsbank »aus der ursprünglichen Augenblickslösung ein wohlerwogenes und allen Anforderungen gewachsenes Instrument der Wirtschaftskriegsführung«.[276]

Dem Begriff Reichskreditkasse fehlte jeder tiefere Sinn. Er entstand nur deshalb, weil auf den schon vorhandenen Geldzeichen das Wort Reichskreditkassenschein aufgedruckt war. Daher musste das Institut, das solche Scheine ausgab, »notwendig als Reichskreditkasse bezeichnet werden«.[277] Im September 1939 wurden die Reichskreditkassen im besetzten Polen gegründet.[278] Im Verwaltungsrat saßen die Vertreter von Reichsbank, Wirtschafts-, Finanzministerium und Wehrmacht. Sie regelten laut Gesetz den Zahlungs- und Kreditverkehr in den besetzten Gebieten und übernahmen damit faktisch die Rechte und Pflichten der Notenbanken. Unverfroren pries Reichsbankdirektor Kretzschmann den Einsatz der RKK-Scheine als »deutsche Währungshilfe in den besetzten Gebieten«, als Mittel zur »Wiedererlangung normaler Lebensmöglichkeiten«.[279]

Vom Sommer 1940 bis Juni 1941 residierte die

Hauptverwaltung der Reichskreditkassen, geleitet von Reichsbankdirektor Ernst Scholz, in Brüssel. Danach zog sie nach Berlin um, weil ihre wichtigste Aufgabe nun im Osten läge.^[280] An der Spitze des Verwaltungsrats der Reichskreditkassen stand Emil Puhl. Neben ihm dirigierte Reichsbankdirektor Max Kretzschmann – gestützt auf einen Stab hoch qualifizierter Fachbeamter der Reichsbank – bis 1945 die Geschäfte der Reichskreditkassen. Gleichzeitig sorgte die Reichsbank dafür, dass zur Kontrolle der jeweiligen National- oder Emissionsbanken in die besetzten Länder ebenfalls erfahrene Beamte der Reichsbank entsandt wurden, die dann mit den Kollegen von den Reichskreditkassen »bestens zusammenarbeiten konnten«.^[281] So steuerte die Reichsbank auf doppeltem Geleise die Währungspolitik im besetzten Europa.

Damit all das funktionieren konnte, galt es, »die aufmerksame Überwachung der Notenbank des besetzten Gebietes« zu sichern. Dabei sei auf eine »vertrauensvolle Zusammenarbeit« zu achten, um die Landeskunde der Nationalbank zu nutzen und um damit sonst »unvermeidbare« wirtschafts- und währungspolitische Fehler der »im Lande unbekannten Besatzungsbehörden« zu verhindern. Zu dieser milden, jedoch zielstrebigem Aufsicht gehörte auch die Kontrolle des übrigen Bankgewerbes.^[282] Selbstverständlich erschien der Einsatz der jeweiligen landeseigenen Währung noch vorteilhafter als der Einsatz von RKK-Scheinen: »Sämtliche psychologischen Motive der Annahmeverweigerung«, so Holzhauer, »fallen weg, weil die Zahlungsmittel bekannt

sind und meistens jedes Misstrauen fehlt.«^[283]

Der derart veränderte Gebrauch des landesüblichen Geldes veränderte dessen Charakter allerdings grundlegend. Hatte es sich bis dahin um Währungen gehandelt, die an den ausländischen Devisenbörsen notiert wurden und deren Kurse durch eine zweckdienliche Politik der Notenbanken und der nationalen Wirtschaftsministerien dort verteidigt werden konnten, so degenerierten sie nun zu Zahlungsmitteln, die nur noch territoriale Gültigkeit besaßen. »Irgendwelche Aufgaben außerhalb der eigenen Volkswirtschaft, insbesondere die Verbindungen mit anderen Volkswirtschaften«, wurden ihnen genommen. Die von den deutschen Bankkommissaren eingeführten Devisenordnungen verboten es den Nationalbanken der besetzten Länder ausdrücklich, ihre Währungen in Deutschland oder in anderen (besetzten oder mit dem Reich verbündeten) Staaten einzusetzen.^[284]

Seit dem Krieg gegen Frankreich, Holland, Luxemburg und Belgien verfügten die Reichskreditkassen auch über das Recht, Wertgegenstände und Wertpapiere zu verwahren und zu verwalten.^[285] Unmittelbar nach dem Ende der Kämpfe richtete das Devisenschutzkommando (DSK) Frankreich ein verbindliches Rundschreiben an alle Banken. Es legte die Meldepflicht für Devisen, Gold, Edelsteine, ausländische und für inländische (auf ausländische Währungen lautende) Wertpapiere fest. Über all dies durfte »bis auf weiteres nicht verfügt werden«. Dementsprechend sperrte die Besatzungsmacht die

Schließfächer sämtlicher Bankkunden. Sie konnten zunächst nur in Gegenwart eines DSK-Beamten geöffnet werden.^[286] Die Devisenschutzkommandos bestanden in der Regel aus Angehörigen des deutschen Zolls und damit der Reichsfinanzverwaltung.

Von sich aus beschlagnahmten die DSK-Männer die Werte in den Tresoren von »Reichsfeinden«. Nach Angaben der Reichskreditkasse Paris hatten die Devisenschutzkommandos bis Ende August 1940 Gold, Devisen, Wertpapiere und noch offene Forderungen an ausländische Gläubiger im Wert von einer halben Milliarde Reichsmark erbeutet – darunter eine knappe Tonne Gold, 389000 Schweizer Franken, 850000 Dollar und 800000 Stück Wertpapiere. Liest man eine Liste des Devisenschutzkommandos Bordeaux vom 30. Juni 1940, dann gehörten hauptsächlich jüdische Eigentümer zu den Opfern. Sie hießen zum Beispiel Lichtenstern, Leibowitz, Gutwerth, Leibl, Beck oder erhielten einfach die Bezeichnung »Unbekannt« verpasst. Eingeliefert wurden die Werte bei der Reichskreditkasse in Paris.^[287] Nach der »Erfolgsübersicht« des Devisenschutzkommandos Frankreich, die bis zum 30. April 1941 reicht, belief sich die Beute jetzt auf ein Vielfaches. Mittlerweile waren 2,4 Tonnen Gold »gesichert und beschlagnahmt« worden, zudem große Mengen an gemünztem Gold und Diamanten. Der Gesamtwert wurde mit 2,85 Milliarden Reichsmark angegeben.^[288] Hinzu kamen noch ausländische Effekten von erheblichem Wert. Allein in Belgien, Frankreich und Holland wurden auf diese Weise insgesamt 53,6 Tonnen Gold mit Hilfe der Devisenschutzkommandos erbeutet und

»von den verschiedenen Reichskreditkassen nach Berlin überführt«.[289]

Auch verwalteten die Reichskreditkassen von Fall zu Fall enteignete jüdische Vermögen. Beispielsweise erging 1942 im Reichskommissariat Ostland (RKO) eine Richtlinie zur »Versendung von Wertgegenständen aus nichtgewerblichem beweglichem jüdischem, staatsfeindlichem und herrenlosem Vermögen«. Sie waren demnach der Reichskreditkasse in Riga zu überstellen und dort zu Gunsten des RKO, Abteilung Finanzen, zu hinterlegen.[290] Die im Eingangsbuch des Goldkellers der Reichsbank verzeichneten Abgaben von den Reichskreditkassen Brüssel, Antwerpen, Stanislaw sprechen für einen ähnlichen Hintergrund. Jonathan Steinberg irrt, wenn er meint, die Vermutung, die Reichskreditkassen hätten »Gold von Opfern der NS-Verfolgung« geliefert, lasse sich »weder verneinen noch behaupten«.[291]

Für Judentransporte aus Deutschland in die Vernichtungslager wurden dem Transportführer nicht etwa kostbare Reichsmark ausgehändigt, um unterwegs für die Deportierten Lebensmittel und am Ende die Rückfahrkarten der Begleitmannschaft zu kaufen. Vielmehr findet sich in dem Fernschreiben zur Bestätigung des Abtransports von 941 Juden aus Düsseldorf und Umgebung, die die Fahrt nach Ost-Polen antreten mussten, der Passus: »An Zahlungsmitteln wurden dem Transportführer insgesamt 4703,- RM in Reichskreditkassenscheinen mitgegeben.«[292] Auch derartige Ausgaben wälzte das Deutsche Reich auf die

besetzten Länder ab.

Bis zum August 1941 hatte die Reichsdruckerei RKK-Scheine im Wert von insgesamt 5,4 Milliarden RM ausgeliefert.^[293] Wie viele in der Folgezeit noch gedruckt wurden, ließ sich nicht feststellen. Weil sich das System so gut bewährte, informierte Kretzschmann im Oktober 1941 die japanischen Verbündeten ausführlich über die deutsche Finanztechnik in besetzten Gebieten. Kurz darauf erhielten auch japanische Truppen ihr eigenes Soldatengeld, ein »dem Reichskreditkassenschein nachgebildeter Military Yen«. In Tokio wurde die Bank für die Entwicklung südlicher Gebiete gegründet, die sich mit den Währungsangelegenheiten im besetzten Teil Chinas, in Korea und Indochina sowie auf den Philippinen befasste und die »wirtschaftliche Erschließung in die Wege leiten« sollte.^[294] Wenige Wochen nach der japanischen Delegation erkundigte sich eine Gruppe von Indern, »weil sie sich von diesem beweglichen Währungsinstrument etwas für ihre Vorbereitung zur Befreiung Indiens und Schaffung eines unabhängigen indischen Großraumes versprachen«.^[295]

Nachdem Reichsbankvizepräsident Puhl die Reichskreditkassen im Frühjahr 1941 »als schnelle Truppe der Deutschen Reichsbank«^[296] verherrlicht hatte, gab er ein Jahr später im Hochgefühl der »im vergangenen Jahr gewonnenen Erfahrungen« folgende Richtlinie aus: »Die Ausgabe von Reichskreditkassenscheinen erzwingt beim Einmarsch in fremde Gebiete sofort die Finanzierung des Geldbedarfs der deutschen Truppen im besetzten Gebiet selbst. Die Reichskreditkassen nehmen außerdem sofort

die behelfsweise Finanzierung des Clearingverkehrs zwischen dem Reich und dem besetzten Land auf. Auf diese Weise wird die Landesnotenbank währungsmäßig in die Zange genommen, bis sie sich fügt und ihrerseits den Geldbedarf der deutschen Truppen und die Clearingvorschüsse über die eigene Landeswährung zur Verfügung stellt. Weigert sich die Landesnotenbank oder ist sie nicht wieder arbeitsfähig zu machen, so wird eine neue Emissionsbank gegründet, die dann ihrerseits einspringt.« Wo die Beamten der Landesnotenbanken flohen, die Goldbestände ins Ausland schafften oder die Druckstöcke der Banknoten zerstörten und jede Mitarbeit verweigerten, wurden – wie in Polen und Belgien – kurzerhand neue Emissionsbanken gegründet.^[297]

Weiter heißt es in dem Resümee Puhls: »Indem die Reichskreditkassen die erwähnte Finanzierung des deutschen Bedarfs in das besetzte Gebiet verlagern, ersparen sie zugleich einen entsprechenden Finanzbedarf auf dem Rücken der Reichsmark und nützen der deutschen Währung. Die geräuschlosen bankmäßigen Mittel und Methoden, mit denen sie in ein Land eindringen und es auch kriegswirtschaftlich für uns aufschließen, haben sich in der Praxis als sehr wirksam erwiesen.«^[298] Nach dem Krieg gab sich Puhl stets als unpolitischer Fachbeamter, als Herzenswiderständler, der das Schlimmste verhütet habe.^[299]

Insgesamt galten die RKK-Scheine als Mittel »zur wirtschaftlichen Auswertung des Sieges«. Die Führung der Reichsbank lobte die Reichskreditkassen als Währungsinstrument, »wie es in seiner zugleich auf straffe

Zweckmäßigkeit und unbeengte Beweglichkeit eingestellten Organisation noch niemals in einem Krieg Verwendung gefunden hat«. [300] Damit hatte das Reichsbankdirektorium eine Technik des individuellen Bezahlens entwickelt, die das schleichende kollektive Enteignen ermöglichte. Die Reichsbank garantierte die Stabilität der Reichsmark, indem sie die Währungen im besetzten Europa aufweichte.

Auf französischer Seite erkannten die Fachleute sehr bald, wohin die deutsche Praxis führen werde, nämlich »zur Erschöpfung unserer wirtschaftlichen Substanz und zum Ruin unserer Währung«. [301] Carl Friedrich Goerdeler analysierte im Juli 1940 die Wirkungsweise des RKK-Scheins mit dem Ergebnis: »Dieses System der hemmungslosen Ausbeutung durch eine hemmungslose Finanzwirtschaft schafft mit eherner Notwendigkeit Entbehrung und Hunger, erst in den Deutschland umgebenden Staaten Europas, dann in Deutschland selbst.« Seinen Landsleuten kündigte er an, sie würden »ihre Leichtgläubigkeit eines Tages bitter bereuen und bezahlen«. Ein gutes Jahr später beklagte derselbe Autor die rücksichtslose »wirtschaftliche Aussaugung« des verbündeten und besetzten Europas, in dem alle Volkswirtschaften (»vielleicht mit Ausnahme von Dänemark«) bereits vollkommen ruiniert seien. Als Motiv führte Goerdeler an: »Die Gier, die eigene Macht zu erhalten und dem Volke die Möglichkeit eines Gewinns des Krieges vorzutäuschen, hat es offenbar zu vernünftigen Überlegungen gar nicht kommen lassen. Irgendeine Bremse, die durch ein sittliches

Verantwortungsbewusstsein, durch Bindung an moralische Grundsätze errichtet worden wäre, war nicht vorhanden.«^[302]

Kriegsgewinne für das Volk

Hitlers zufriedene Räuber

Am 3. September 1939 konnte sich der Kölner Germanistikstudent und Soldat Heinrich Böll noch kaum vorstellen, was er mit seiner »phantastischen Löhnung von 25 Mark« überhaupt anfangen sollte. In Rotterdam ergatterte er bald ein halbes Pfund Kaffee »für ganze fünfzig Pfennige« für die Lieben zu Hause. Zu diesem Zeitpunkt durfte unser Soldat zu seinem Bedauern »ja nur 500 Gramm« pro Päckchen schicken, und das nur einmal pro Woche. »Für Mutters Kaffeehoffnungen sehe ich sehr schwarz«, schrieb er einige Zeit später von der französischen Kanalküste und fuhr fort: »Schickt mir bitte das Geld, das Ihr noch habt; vielleicht kann ich damit meinen Kaffeebemühungen etwas einheizen; es kann auch ruhig deutsch sein; ich werde es hier in der Kantine umwechseln.«^[303]

Offiziell konnte sich damals jeder deutsche Soldat monatlich zusätzlich 50 Reichsmark per Feldpost überweisen lassen, bald 100. Zu Weihnachten konnten 200 Reichsmark geschickt werden, um »den Soldaten wenigstens Gelegenheit zu geben, die üblichen Weihnachtsgeschenke zu kaufen«. »Es muss dabei allerdings erwähnt werden«, so berichtete der für Belgien zuständige Wehrmachtintendant, »dass durch diese Maßnahme der Ausverkauf des Landes stark gefördert wurde.«^[304] Für die Niederlande galt ein Zusatzbetrag von

1000 Reichsmark (heute 10000 Euro) im Monat, den sich, so er verfügbar war, jeder Soldat als Einkaufsgeld nachschicken lassen konnte. Der deutsche Bankkommissar klagte: Durch die Angehörigen der Wehrmacht flösse »ohne Zweifel der größte Teil« an deutschem Geld in die Niederlande, was zu »schädlichen währungspolitischen Rückwirkungen« führen müsse.^[305] In Belgien empörten sich die für die Finanzen zuständigen deutschen Beamten, dass im ersten Jahr der Besatzung rund 34 Millionen Reichsmark an die Soldaten von zu Hause überwiesen worden waren (wobei die Geldtransfers an Angehörige der 15. und der 16. Armee nicht erfasst werden konnten). Sie beklagten die »unmöglichen Folgen«, die entstünden, wenn selbst diese Feldpostüberweisungen für rein private Zwecke »zu Lasten der Besatzungskosten ausgeahlt« werden müssten. Doch das Reichsfinanzministerium stellte sich taub.^[306]

So weit die offiziellen Regelungen. Inoffiziell durfte jeder Soldat bei der Einreise oder bei der Rückkehr aus den häufigen Urlauben an Geld mitnehmen, was er wollte. Im Herbst 1940 berichtete das Reichsbankdirektorium über die Zustände in der Wechselstelle auf dem Bahnhof Herzogenrath (westlich von Aachen): Die Kasse sei »von durchreisenden Wehrmachtangehörigen außerordentlich stark belastet«, und die Beamten hätten »Weisung, an der Grenze jeden geforderten Betrag umzutauschen«.^[307] Vom Januar 1941 an verzichteten die Zollgrenzbehörden auch offiziell auf »eine Devisennachschau von Wehrmachtangehörigen«. Sie hatte zuvor – wenigstens gelegentlich – die Einreise verzögert und die Soldaten

»verärgert«. [308]

In Belgien wurde der Betrag, den jeder Soldat bei der Einreise (legal) umtauschen konnte, 1941 auf 300 Reichsmark erhöht. Das war weit mehr als der durchschnittliche Monatslohn eines deutschen Arbeiters. Bald forderten diejenigen Offiziere, die nicht das Truppenwohl, sondern die Finanzen im Lot halten mussten, händeringend die Herabsetzung der Umtauschgrenze auf 50 Reichsmark pro Mann. Sie taten das aus Gründen des »Währungsschutzes«, um »die inflationistische Geldausweitung zu hemmen«. [309] Dagegen erhob der Generalquartiermeister Einspruch, indem er »auf das besondere Fürsorgebedürfnis der Osttruppen hinwies«, die zur Auffrischung nach Belgien verlegt wurden. [310] Das OKW lehnte »aus allgemeinen Gründen der Truppenbetreuung« ab. [311] Der Armeefeldpostmeister berichtete regelmäßig über die in seinem »Bereich sehr zahlreich aufkommenden Feldpostpäckchen nach der Heimat«. [312]

Deutsche Soldaten kauften die Länder Europas buchstäblich leer. Sie verschickten Millionen Feldpostpäckchen von der Front in die Heimat. Adressaten waren hauptsächlich Frauen. Spricht man die betagten Zeitzeuginnen auf diese Päckchen an, bekommen sie noch heute leuchtende Augen: Schuhe aus Nordafrika, aus Frankreich Samt und Seide, Likör und Kaffee, Tabak aus Griechenland, Honig und Speck aus Russland, Heringe en masse aus Norwegen, von den Gaben aus Rumänien, Ungarn und zuletzt Italien nicht zu reden. [313]



Deutsche Soldaten in Frankreich fahren nach Hause, Dezember 1940 (BA, Bild 183/L 24567)



Deutsche Heimaturlauber, Dezember 1941 (BA, Bild 183/B 14051)

Natürlich war das Glück unterschiedlich verteilt. »Ich erinnere mich an viele schöne Dinge«, so schrieb eine Zeitzeugin 2003 an den Autor, »die Verwandte und Freundinnen – stolz – herzeigten aus Paketen und Päckchen von ›draußen‹. [...] Das Ansehen der Absender erhöhte sich sichtbar und wurde mit denjenigen verglichen, die nichts mitbrachten.« Mit den Kostbarkeiten wurde »angegeben und geprahlt gegenüber denen, die

›nur‹ Post-Feldpost erhielten«. [314] (Wie in einer Reihe anderer, im Folgenden zitierter Briefe folgte die Schreiberin einer Aufforderung des Autors an die älteren Leserinnen und Leser der Wochenzeitung Die Zeit, sich an die Feldpostpäckchen Front – Heimat zu erinnern. Während die Frauen wirklichkeitsnah erzählten, bestritten die Männer ausnahmslos, jemals auch nur ein Feldpostpäckchen versandt zu haben.)

Nachdem am 1. Oktober 1940 zwischen dem Reich und dem Protektorat Böhmen und Mähren die Zollgrenze aufgehoben worden war, beklagte der Reichsprotector die »hemmungslose« Kaufwut der Deutschen. »Die Gepäcknetze der Schnellzüge nach dem Reich sind jetzt ständig bis zur Decke gefüllt mit schweren Koffern, unförmigen Paketen und prallen Taschen«, berichtete ein deutscher Beamter. Man finde selbst im Gepäck von Offizieren und hohen Beamten die »erstaunlichsten Handelswaren – Pelze, Uhren, Medikamente, Schuhe – in geradezu unvorstellbarer Menge«. [315]

Wolf Goette, damals Jungschauspieler am Deutschen Theater in Prag, später in der DDR erfolgreich, schrieb: »Bitte, Ihr Lieben, schreibt mir, was ich ev. noch mitbringen soll. Ich werde mein Möglichstes tun.« »Gestern haben wir einen tollen Schreibtisch erstanden. Zwischendurch überfällt einen immer wieder der Kollege Wiesner, der ein wahrer Altertumshändler geworden ist. Gestern kaufte er einen großartigen Stich aus der Empirezeit, heute eine spanisch-gotische Madonna. Immerhin ist es nicht das Schlechteste, in solchen überaus

realen Werten sein Geld anzulegen.« Für einen Freund dichtete Goette: »Bringe drum als Weihnachtsfreude / Für dich neue Bücherbeute / Möcht' sie sagen – so anbei – / Was mir deine Freundschaft sei.« Und wieder an die Familie: »Die diversen Wünsche sind vorgemerkt. Gestern kaufte ich vier Kilo Kakao für euch (RM 7,- pro Kilo).« »Rolli« erhielt »eine Ladung Parfüm und Kölnischwasser, sowie helle Lederhandschuhe für seine Donna«. Einen Jürgen Müller versorgte Goette, nach entsprechenden Geldsendungen, mit »Kochplatte, nebst Topf, Pfanne und elektrischer Platte«, und dann gingen die Bestell- und Kontrollbriefe wieder an die Familie: »Wie viele Bogen Japonpapier sollen angeschafft werden. Der Bogen kostet RM –, 50? Ist mein Paket mit Saatgut angekommen? Heute habe ich das avisierte 5. Bücherpaket weggeschickt. Eine Restsendung muss im Schlusstransport erfolgen.«^[316]

Aus Frankreich berichtete der Unteroffizier Fritz Boas in einem von der Zensur unterdrückten Artikel für die Wormser Tageszeitung: »Zunächst ›stürmt‹ man die Warenhäuser [...]. Jeder hat etwas zu kaufen für die Lieben in der Heimat. Stand doch heute gerade im Brief von ›Mutti‹, der angekommen ist, dass man Kleiderstoff, einen Kostümstoff (möglichst braun mit dünnen Streifen), einen hübschen Schlafanzug und 2-3 Paar Strümpfe besorgen soll, ein Fensterleder und – wenn es geht – auch ein paar Stück Toilettenseife und ein bisschen Bohnenkaffee. Mit dem kannst du es für heute sein lassen, mein Liebling. Nächstens schreibe ich dir, was ich noch gerne hätte. Halt, beinahe hätte ich es vergessen. Gibt es bei euch noch

Mandeln und weißen Durchziehgummi?«^[317]

»Ich will schnell die Butter noch einpacken und auch die Seife (4 große Stücke), damit sie mit der Post am Mittag weggeht«, schrieb der insoweit typische Soldat Böll. Dann folgt die bald habituelle Bitte nach offiziell verbotenen verdeckten Geldsendungen für neue Einkäufe (»... am besten in einem gut verpackten Kuchenpaket«) und ein paar Tage später die aktuelle Zwischenbilanz: »Ich habe gestern wieder ein Pfund Butter abgeschickt, jetzt sind im Ganzen vier Butterpakete unterwegs und ein Paket mit einem Riesenstück Seife zu 400 Gramm für Mutter zum Namenstag. Ich habe zwar jetzt 40 Mark Schulden, aber ich erwarte das Paket mit den Überraschungen.« Sie ließen nicht lange auf sich warten: »Das Buch ›Barbara Naderer‹ mit Einlage habe ich bekommen. Im Ganzen jetzt 60,- Mk. (10 von dir, 50 von den Eltern). [...] Wenn ihr den Nachschub laufend regelt, so wie es jetzt läuft, brauche ich die Herrlichkeiten des ›schwarzen Marktes‹ nicht vorüberziehen zu lassen ... ich bin wirklich glücklich, wenn ich etwas schicken kann.«^[318]

Mal schickte Böll einen »schönen Stich aus Paris«, mal Kosmetikzeug, mal drei Pfund Zwiebeln für die Mutter, mal ein Paar Damenschuhe, eine Nagelschere, oder er kündigt für den nächsten Tag eine »anstrengende Butterreise« an, verbunden mit der Hoffnung, dass auch für Annemarie »etwas abfällt dabei; für uns überhaupt ...«^[319] Einige Wochen später: »Nach dem Essen habe ich mich auf meine Gemächer zurückgezogen und habe im Schweiß meines Angesichts gepackt, gepackt, elf Pakete, wirklich 11 Pakete: 2 für einen Kameraden, eines für den Feldwebel

und 8 für mich, ja zwei für dich, eins mit Butter und eins mit viel Schreibpapier, 2 für Alois' Familie und 4 für zu Hause; die Eier habe ich in dieser Woche in ein Paket gepackt, weil ich für zwei nicht ausreichend hatte, du wirst dann von zu Hause welche bekommen.« Kaum war das erledigt, findet sich unser Soldat schon wieder auf dem Weg ins Glück: »In Paris könnte ich dann überhaupt noch manches Schöne kaufen, ganz gewiss Schuhe für dich, und auch Stoff.«^[320]

Der französische Volksmund bezeichnete solche Soldaten, die wie Heinrich Böll zu Zehntausenden durchs Land zogen, als »Doryphores« (Kartoffelkäfer). Der Historiker Henri Michel schreibt dazu: »Bepackt mit schweren Paketen führen die deutschen Soldaten vom gare de l'Est in den Heimaturlaub, ihr Gepäck war mit Damenwäsche gefüllt, mit Pariser Spezialitäten aller Art und mit Luxusgütern. Zwar handelte es sich um viele kleine Einkäufe, doch schadeten sie der französischen Volkswirtschaft erheblich. Deshalb entwickelten sich Schwarzmarkt und Inflation, deshalb wurde es für die einfachen Franzosen immer schwieriger, das Lebensnotwendige einzukaufen.«^[321]

Liselotte S., deren Vater in Frankreich als Sanitäter eingesetzt war, berichtete 2003: »Ich weiß, dass meine Mutter jeden Monat Geld an meinen Vater schickte. Davon kaufte er ein, woran es uns daheim mangelte: Kaffee, Kakao, Käse, Schokolade in verschiedenen Ausführungen, Schuhe für meine Mutter, für mich, für unsere Lehrlinge, Lederhandschuhe gefüttert und ungefüttert, einmal sogar Motorradhandschuhe. [...] Fast täglich brachte die Post

Päckchen aus Frankreich ins Haus. Meine Mutter schickte nämlich auch Geld an Vaters Kameraden, deren Frauen die zulässigen Höchstbeträge nicht ausschöpfen konnten. Er beteiligte sie an diesem ›Geschäft‹. In den Urlaub kam er voll bepackt, mehr als er allein tragen konnte. Einmal war je ein Pelzmantel dabei für meine Mutter und mich inzwischen Zwölfjährige, die da erst noch hineinwachsen musste. Mengenbeschränkungen umging er, indem er bei den benachbarten Wehrmachteinheiten Sendungen aufgab. Als Fahrer eines Oberstabsarztes nutzte er diese Möglichkeit. So brachte die Post einmal zehn Päckchen aneinandergebunden. Was wir in unserem Zweipersonenhaushalt nicht verwenden oder verbrauchen konnten, diente uns als willkommene Tauschobjekte. Handwerker für Reparaturen an Haus und Garten profitierten davon.«^[322]

Ähnlich wie in Frankreich verfahren deutsche Soldaten in allen anderen besetzten Ländern, auch wenn das Begehrte mancherorts schwieriger zu beschaffen war. Als Beispiel seien Briefe angeführt, die ein Soldat in der ersten Kriegshälfte aus Polen an Frau und Kind schickte und aus denen die deutsche Zollfahndung einschlägige Stellen protokollierte: »Die Pakete für dich an Vater und Frieda sind vorgestern abgegangen. Sei also auf dem Posten, wenn sie ankommen. [...] Die Schuhe sind schon unterwegs. [...] Für Otto habe ich Stoff für ein Paar Hosen bekommen.« Und vor der Heimreise die obligatorischen Ankündigungen: »Um die Füllung für Ilse's Ostertüte brauchst du dir keine Sorgen zu machen. Ich habe mich

eingedeckt und bringe es Ostern mit. Es sind sehr schöne Sachen, die Ihr in Deutschland bestimmt nicht mehr bekommt. An alles denke ich, alles schaffe ich für euch ran und als Dank dafür schreibst du nicht. Kannst du das verantworten? Den Kaffee, den ich mitgeschickt habe, könnt Ihr ruhig trinken, für Ostern bringe ich welchen mit. Von dem Kakao, den du zu Hause hast, kannst du Ida welchen versprechen. Auch davon habe ich für euch genug.«^[323]

Im Baltikum wurden nach den Beobachtungen von Reichskommissar Lohse erhebliche Mengen Geld eingeführt und umgetauscht. Davon wurde eingekauft, was sich nur einkaufen ließ, und »die aufgekauften Waren dann aus dem Gebiet herausgeschafft«.^[324] Die Grundlage dafür schuf der für die deutschen Besatzer extrem günstige, ausschließlich in räuberischer Absicht festgelegte Umtauschkurs des Rubels, der die Kaufkraft der Reichsmark um mehr als 400 Prozent erhöhte. Mehr noch als in die besetzten westeuropäischen Länder durften ohne jeden »Formularkram« Barmittel in die besetzten Teile der Sowjetunion eingeführt, umgetauscht und dort ausgegeben werden: RKK-Scheine, Rubelnoten und Reichsmarkbeträge im Gesamtwert von 1 100 RM, zudem 600 Zloty (= 300 RM) für die Reise durch das Generalgouvernement. Während der Besprechung im Reichswirtschaftsministerium, auf der all das beschlossen wurde, widersprach nur Oberregierungsrat Hoffmann vom Wirtschaftsstab Ost »dieser Regelung, weil sie zum Ausverkauf des Ostlands führen würde«.^[325] Erst später musste die Einfuhr deutschen Geldes auf dringenden Wunsch der

Okkupationsbehörden beschränkt werden.[326]

In einem 1954 veröffentlichten Bericht von Otto Bräutigam, einst Abteilungsleiter im Ministerium für die besetzten Ostgebiete, heißt es: »Für das deutsche Militär und die nachfolgenden deutschen Zivilisten« seien »die baltischen Staaten wegen der unglaublich niedrigen Preise ein wahres Eldorado« gewesen. »So setzte ein gewaltiger Ausverkauf ein«. Bräutigam wusste, wovon er sprach. »Einige Einkäufe im ›Kaufhaus der Wehrmacht‹«, notierte er am 6. August 1941, dem ersten Tag nach seinem Eintreffen in Riga, in sein Tagebuch und fuhr fort: »Viel gab es nicht. Aber mein Fahrer hatte 25 kg Butter besorgt, die wir uns redlich teilten.«[327]

Die 1934 geborene Tochter eines Soldaten berichtet: »Zu den erfreulichen Dingen gehörten die Päckchen, die mein Vater ab und zu vom Osten schickte, als da waren: von einem Zwischenstopp der Kompanie in Riga, Blechdosen mit herrlicher Butter, köstlicher schwarzer Tee. Besonders sind mir die zwar groben und zunächst viel zu großen blauen Schuhe u. Schnürstiefel in Erinnerung, die mir bis nach dem Kriege gute Dienste getan und trockene Füße beschert haben. Eine wunderbare Juchtenaktentasche habe ich stolz als Schultasche genutzt. Diverse Kleinlederwaren hat mein Vater ebenfalls ›organisiert‹ – so war der übliche Ausdruck für solche Sachen. Eine dicke grüne Wolldecke hat mich durch viele Stationen von KLV-Lagern begleitet, ebenso eine dunkelblaue Strickjacke mit blau-weißem Kragen.«[328]

Im Oktober 1943 wurde Heinrich Böll von Frankreich auf die Krim abkommandiert, noch einmal schickte er »als

letzten Tribut der ›douce France‹ Butter nach Hause«. Während schwerster Kämpfe erlitt er schon Anfang Dezember eine leichte, vermutlich lebensrettende Verwundung am Kopf. Er landete im Lazarett in Odessa (»Auf dem Bazar kannst du alles kaufen, was du willst ...«) und wurde anschließend als Rekonvaleszent ins ostgalizische Stanislau verlegt. Sofort ging wieder ein Päckchen mit Schokolade und eines mit Seife ab. Und dann, kurz vor dem Heimaturlaub: »Ich überlege ständig, was ich dir von hier Schönes mitbringen kann. Mein Traum von den Stiefeletten, diesen wirklich hübschen und warmen Polinnen-Stiefelchen, ist ja nun ausgeträumt, weil die Preise zu gewaltig sind ...«^[329]

Selbst noch während der extrem unwirtschaftlichen Monate Januar, Februar und März 1943 schafften es die Soldaten der 18. Armee nach der Statistik des zuständigen Feldpostamtes, von der Leningradfront mehr als drei Millionen Feldpostpäckchen in die Heimat zu schicken – gefüllt mit Beutestücken, Schnäppchen und überschüssigen Lebensmittelzuteilungen. Entgegen allen Erwartungen und gewiss auch weil die Zahl der Päckchen in diese Richtung stets beschränkt war, wurde von der Heimat an die winterliche Front deutlich weniger versandt. Welchen Umfang das exorbitante Selbstbereichern annahm, sollte möglichst geheim bleiben. Nach Angaben des Heeresfeldpostmeisters, Karl Ziegler, hat das bei seiner Dienststelle »ständig geführte statistische Werk für den Gesamtbereich der Feldpost am Schluss durch Feuer vernichtet werden müssen«.^[330]

Obwohl Norwegen auf regelmäßige Lebensmittelimporte angewiesen war, kauften deutsche Soldaten auch dieses Land nach Kräften leer. Zwar blieb die Zahl der Feldpostpäckchen hier begrenzt, doch durften die Angehörigen des deutschen Besatzungsapparats legal bald bis zu 2,5 Kilogramm pro Monat in die Heimat versenden. [331] Die Päckchen enthielten insbesondere Fisch. Daneben entstand ein schwunghafter Handel und Versand mit Silberfuchspelzen.[332] Zu Weihnachten 1942 weitete das OKW die offiziellen Spielräume abermals aus und richtete zum Zweck des Fischversands eine »Heringsweiterleitungsstelle« ein, um die von den »Urlaubern privat gekauften Heringsfässer« per plombiertem Eilgüterwagen nach Güstrow zu bringen und von dort weiterzuverschicken.[333]

Erst angesichts der drohenden militärischen Niederlage und einer eminenten Unzufriedenheit der norwegischen Bevölkerung versuchte Reichskommissar Josef Terboven 1944, das private Ausrauben des Landes pro Soldat auf offizielle sieben bis acht Kilo Hering pro Jahr zu beschränken. Wie zum Hohn berichtete der Chefintendant im April 1944, wie er sich bemühte, das Kontingent auf 10 bis 12 Kilogramm hochzuverhandeln. Bedauerlicherweise habe das »noch zu keinem Abschluss geführt«.[334]

Wenn man bedenkt, dass die wöchentliche Fleisch- oder Fischration für den deutschen Normalverbraucher damals 350 Gramm betrug, so verbesserte eine Soldatenbraut ihre Ration um rund 50 Prozent. Dabei sind nur die offiziell zugelassenen Mengen zugrunde gelegt, nicht die zusätzlichen – offiziell illegalen, inoffiziell geduldeten –

Sendungen und die umfangreichen Transporte in den Urlaubszügen. Im Sommer 1944 begannen die Verantwortlichen schließlich damit, wegen »illegaler Heringsausfuhr« einige deutsche Soldaten disziplinarisch zu belangen.^[335] Noch im Dezember 1943 hatte der Chefintendant zum Ansinnen des Reichskommissars, wenigstens die heimliche Ausfuhr von Heringen zu unterbinden, kühl protokolliert: »... wurde abgelehnt«.^[336] Zugleich stand für die Verantwortlichen des deutschen Besatzungsregiments seit dem Sommer 1942 fest, dass die Norweger »in breitem Umfang unterernährt« seien.^[337]

Die bald habituelle Raffsucht deutscher Soldaten bedienten die für das Truppenwohl verantwortlichen Offiziere auch noch dort, wo die militärische Lage aussichtslos erscheinen musste. Das geschah zuletzt auch virtuell, wie sich in deutschen Briefmarkenkatalogen zeigt. Die abgeschnittene Kuban-Armee ließ im April 1943 sage und schreibe eine Million Päckchen-Zulassungsmarken herstellen, die den Aufdruck trugen »1 Päckchen/Front – Heimat«. Eine ähnliche philatelistische Kostbarkeit wurde im Januar 1944 auf der völlig isolierten Krim gedruckt »1 Päckchen Richtung Heimat«.^[338] Im Winter 1944/45 verteilte der Kommandant auf der von der britischen Übermacht eingekreisten Insel Rhodos an seine 6000 Soldaten 25000 Zulassungsmarken für Heimatpäckchen.^[339] Noch im Oktober 1944 erlaubte das OKW jedem einzelnen Deutschen, der in das noch besetzte Norditalien einreiste, 100 Reichsmark offiziell in RKK-Scheine umzutauschen und in Italien auszugeben. Das Reichsfinanzministerium

protestierte wegen der labilen Währungs- und Versorgungslage energisch und erreichte sechs Wochen später die Rücknahme des Erlasses.^[340]

Für den Monat Juli 1943 addierten sich die privaten Einkäufe im besetzten Frankreich auf 125 Millionen Reichsmark.^[341] Das trieb die Inflation an, störte die besatzungspolitische Ordnung und untergrub jede volkswirtschaftliche Stabilität. Diese aber war notwendig, wenn das besetzte Land geordnet und dauerhaft ausgebeutet werden sollte. So versuchten diejenigen Besatzungsfunktionäre, die in den besetzten Ländern für die Volkswirtschaft verantwortlich waren, immer wieder, das Verschicken von Feldpostpäckchen einzuschränken, die deutschen Soldaten der Zoll- und Devisenkontrolle zu unterwerfen. Bei den Grenzbeamten galten solche Kontrollen »als recht prekär«.^[342] Sie führten zu »unerfreulichen Zwischenfällen«, zu »Widersetzlichkeiten und Beleidigungen«, und die ausnahmsweise Beschlagnahme der Waren rief »bei der Truppe eine allgemeine Erbitterung hervor«.^[343]

Aus solchen Beweggründen hob Göring die fortlaufend lockerer gehandhabten Einkaufslimits im Oktober 1940 vollends auf.^[344] Er halte »die von verschiedenen Seiten erhobenen Bedenken wegen eines drohenden Ausverkaufs der besetzten Gebiete für unbeachtlich«. Im selben Atemzug verdamnte er die »zur Kontrolle der Einkaufs- und Versandbeschränkungen getroffenen Maßnahmen« als »psychologisch untragbar«. Stattdessen ordnete er an, die deutschen Soldaten »sollen in Feindesland im Rahmen

dessen, was sie bezahlen können, alles in gleicher Weise, aber auch mit den gleichen Einschränkungen wie die Einheimischen kaufen dürfen«. Die bestehenden »Einkaufsverbote für Pelze, Schmuck, Teppiche, Seidenstoffe und für Luxusgüter« waren nach Görings Willen »sofort« zu beseitigen. Ähnliches galt für die bis dahin limitierte Zahl von Feldpostpäckchen von der Front in die Heimat. (In umgekehrter Richtung bestanden immer enge Grenzen.)

Weiter formulierte Göring bei dieser Gelegenheit, was bald unter dem Begriff Schlepperlass berühmt wurde: »Die Beschränkungen für die Mitnahme von gekauften Gegenständen durch Urlauber usw. sind grundsätzlich aufzuheben. Was der Soldat tragen kann und was zu seinem persönlichen Gebrauch oder für seine Angehörigen bestimmt ist, soll er mitnehmen dürfen.« Zudem setzte Göring durch, dass das ohnehin gebührenfreie Schicken von Feldpostpäckchen bis zu tausend Gramm (200 Gramm mehr wurden akzeptiert) »ohne Beschränkung der Zahl« erlaubt wurde.^[345] Am 14. Juli 1942 hoben die Zolldienststellen die Kontrolle selbst für die Päckchen stillschweigend auf, deren Gewicht über der Toleranzmarge lag.^[346]

Im Gleichklang mit seinen Landsern feierte Hitler die Wehrmacht als den »natürlichsten Vermittlerapparat, den es gibt, wenn jeder Soldat seiner Frau oder seinen Kindern etwas schickt«. Im Sommer 1942 schärfte er Großadmiral Raeder ein: »Wenn von der Ostfront der Soldat etwas mitbringt«, dann sei das »ein Zuschuss, der der Heimat sehr zustatten« komme.^[347] Wo sich einzelne Offiziere und

Zollbeamte dem hemmungslosen Abräumen entgegenstellten, wütete er zugunsten des gesunden Soldatenempfindens: »Ich werde jetzt barbarisch vorgehen. Was kann ich vom Osten mitnehmen? Kunstschatze? Das gibt es nicht! Bleibt also nur das bisschen Fressen! Es kann damit nichts Besseres geschehen, als dass es der Familie des Soldaten in der Heimat zukommt.«^[348] Zur selben Zeit äußerte Hitler in der Abendrunde: Man müsse »den Urlauber als ideales und einfachstes Transportmittel ansehen und ihm für seine Angehörigen so viel Lebensmittel mitgeben, als er nur schleppen könne«.^[349]

Umgehend machte Keitel daraus einen Führerbefehl. Demnach waren »mit sofortiger Wirkung Lebens- und Genussmittel und Tabakwaren, welche Wehrmachtangehörige und Wehrmachtgefolge als Urlauber oder auf Dienstreise aus den besetzten Gebieten in das Reichsgebiet mit sich führen, soweit sie es selbst tragen können, von jeder Kontrolle und Beschlagnahme befreit«.^[350] Auf einer großen Sitzung, in deren Mittelpunkt die Ernährungslage stand, kam Göring Anfang August 1942 auf das Thema zurück. Laut Wortprotokoll rief er unvermittelt in den Saal:

»Ist übrigens der Reichsfinanzminister vertreten? – (Zuruf: Jawohl, Reinhardt!) – Herr Reinhardt, geben Sie Ihre Zölle auf. Die interessieren mich nicht mehr. [...] Es ist mir lieber, es kommen ungeheure Massen geschmuggelt herein, als dass verzollt nichts hereinkommt.«

In derselben Runde äußerte sich Göring im Namen des deutschen Volkswohls noch drastischer. Sein Zorn richtete

sich gegen diejenigen Besatzungspolitiker, die Frankreichs Währung leidlich stabil halten wollten, um das Land auch mittelfristig ausbeuten zu können. Ihnen hielt er das Prinzip Selbstbereicherung entgegen: »Es wurde auch gesagt, man dürfe den Soldaten um Gottes willen nicht ihren Wehrsold usw. auszahlen, sonst käme in Frankreich eine Inflation. Ich wünsche mir nichts anderes. Es soll eine kommen, dass es nur so kracht. Der Franken soll nicht mehr wert sein als ein gewisses Papier für gewisse Zwecke. Dann erst ist Frankreich so getroffen, wie wir Frankreich treffen wollen.«^[351]

In der Autobiographie einer Bibliothekarin, die damals in Hamburg arbeitete, liest sich die Konsequenz so: »Wir hatten noch keine Versorgungsnöte. [...] Noch wurden ja unsere Lebensmittelkarten, Kleiderkarten, Schuhbezugsscheine korrekt eingelöst. Noch brachten die Männer auf Urlaub aus den besetzten Gebieten Fleisch, Wein, Textilien, Tabak nach Hause.« Als dieselbe Zeitzeugin sich im Sommer 1943 um das zerbombte Elternhaus in Köln kümmerte, sah sie auf dem Bahnhof die Soldaten von der Ostfront, die wegen der Zerstörung ihrer Wohnungen Heimurlaub erhalten hatten: »Hier standen sie nun, nachdem sie Tag und Nacht gefahren waren, beladen mit Tornister und Paketen.« Noch zu Weihnachten 1944 zog der Bruder der Autorin, der in letzter Minute Urlaub bekommen hatte, »eine vollständige Gans, ein halbes Ferkel und eine große Speckseite aus dem Koffer«. Dazu gab es, angeblich aus der Wehrmachtverpflegung, »Kaffee, Tee, Schnaps, Zigaretten«.^[352]

Wie sich der von Hitler angeordnete Verzicht auf jede Kontrolle etwa an der deutsch-dänischen Grenze auswirkte, beschrieben die Beamten der Zollfahndungsstelle Kiel mit aller Eindringlichkeit, nachdem der Befehl Keitels ergangen war: »Es kann nicht zweifelhaft sein, dass die unter der Tarnung ›Kameradengepäck‹ durch Wehrmachtangehörige in das deutsche Wirtschaftsgebiet eingeführten Waren in erster Linie gewerbsmäßig im Schleichhandel zu außerordentlich überhöhten Preisen verkauft werden. Es steht auch einwandfrei fest, dass Wehrmachtangehörige, insbesondere Angehörige der Kriegsmarine oder der Luftwaffe, derartige Schiebergeschäfte in erheblichem Umfange für eigene Rechnungen tätigen.«^[353] Um solche Beschwerden zu unterbinden, verfügte Reinhardt in einem Streitfall, der sich an der ostpreußischen Grenze abgespielt hatte: »Es ist der Wille des Führers, dass möglichst viele Lebensmittel aus den besetzten Ostgebieten in die Heimat gebracht werden und dass seitens der Zolldienststellen großzügig verfahren wird.«^[354]

So ermunterten Hitler und Göring zum organisierten, vergnüglichen und höchst beliebten privaten Beutezug quer durch Europa und fegten damit die Restriktionen der Wehrmachtintendanten weg. Zu Beginn des Krieges war von ihnen – noch vergleichsweise zurückhaltend – festgelegt worden, dass in Deutschland knappe Erzeugnisse »in einer Menge bis zu 5 kg Reingewicht« zollfrei eingeführt werden durften.^[355] Nach den Berichten aller beteiligten Behörden wurde das Limit ständig illegal

überschritten, doch es bestand. Auf politischen Druck hin verdoppelte das OKH das zulässige Gewicht vom Sommer 1940 an.^[356]

Görings Schlepperlass dagegen legalisierte den fast unbegrenzten Abtransport mit politischer Absicht. Gemessen am Aufkommen vom September 1940, verfünffachte sich der Versand von Feldpostpäckchen aus Frankreich nach Deutschland schlagartig und pendelte sich bei zunächst etwa 3,1 Millionen pro Monat ein.^[357]

Zugleich wurde der Sold zum 1. November 1940 erhöht: im Generalgouvernement, in Norwegen und Holland um 50 Prozent, in Frankreich und Dänemark um 20 und in Belgien um 25 Prozent. Auf diese Weise sollten »die Angehörigen der Wehrmacht in die Lage versetzt werden, ihre Kaufbedürfnisse in erhöhtem Umfang zu befriedigen«.

^[358] Für die Generalität stimmten Generalquartiermeister Wagner, Generalfeldmarschall von Brauchitsch und Generalleutnant Reinecke dem Schlepperlass zu.

Der korrumpierende Effekt der neuen, stark erweiterten Möglichkeiten zum Anschaffen lässt sich in Briefen Bölls ablesen. Vor dem Wirksamwerden des Schlepperlasses notierte er noch halb selbstkritisch: »Die Läden werden jetzt natürlich von den Soldaten leergekauft [...]; ich kann mich aber nur schwer dazu entschließen, nun auch zu hamstern; mir kommt es, obwohl ja alles bezahlt wird, fast wie Leichenfledderei vor; das Einzige, wo ich mein Augenmerk drauf richte, ist Kaffee.« Tatsächlich kaufte er dann auch ein Polohemd für zwei Mark und ein Frotteehandtuch für 80 Pfennige. Aber noch hielt er sich

zurück und bemerkte zur Schnäppchenjagd seiner Kameraden, sie würde »allmählich in eine wüste Hamsterei ausarten«. An anderer Stelle räsionierte er über seine unbezwingbare Kauflust: »Der Teufel ist wirklich ein Teufel, überall sitzt er!« Ihm fiel Böll recht rasch: »Ach«, kündigte er vor einem seiner Kölnbesuche an, »ich habe ein halbes Schweinchen für euch.« Später erinnerte er sich mit Wehmut an den Freudentag: »Ach, ich möchte so gern wieder ein Schwein oder etwas Ähnliches mitbringen.«^[359]

In seinem 1958 verfassten »Brief an einen jungen Katholiken« ließ Böll einiges von seinen Frankreicherfahrungen aufscheinen. Etwa die biedere Schulmeistersfrau, die sich auf der Terrasse hatte knipsen lassen, wohl um dem Herrn Leutnantsgatten zu zeigen, welch schöne Bluse sie sich aus französischer Seide hatte schneidern lassen. Auch schilderte Böll in angewidertem Ton, wie Angehörige seiner Einheit Bettwäsche, Decken, Spielzeug aus leer stehenden Häusern raubten, päckchengerecht zerlegten und nach Hause verschickten. Er selbst besichtigte dem Text zufolge Kathedralen, debattierte über praktizierten Katholizismus, kaufte sich in Paris allenfalls das Buch eines Deutschenhassers und hielt dessen Tiraden die allnächtliche Todesangst seiner Familie im Kölner Bombenkeller entgegen.^[360]

Bald nach Görings Schlepperlass entspann sich Streit darüber, »was ein Soldat tragen kann«. Nach einer amtlichen Interpretation des OKW durfte der Soldat »nur so viel Gepäck mitnehmen, wie er ohne Zuhilfenahme von

Tragriemen oder Tragevorrichtungen in beiden Händen tragen« konnte.^[361] Das provozierte den Gerechtigkeitssinn der für die Zollverwaltung zuständigen Beamten im Reichsfinanzministerium. Nach ihrer Handreichung für die tägliche zollamtliche Praxis war die »zur Mitnahme zugelassene Warenmenge nicht jeweils nach der Körperkraft der einreisenden Personen abzustufen«, sondern ein »ungefährer, allgemein gültiger, von der Tragfähigkeit der einzelnen Reisenden unabhängiger Maßstab« anzuwenden. Als die Frage, »Was der Einzelne selbst tragen kann?«, schließlich Eingang in das Reichszollblatt fand, riss der politischen Führung abermals der Geduldsfaden.^[362]

Im August 1942 wettete Göring gegen den »Quatsch«, mit dem führende Militärs den Schlepperlass eingeschränkt und verfügt hatten, die Soldaten dürften nur so viel tragen, dass sie jederzeit der militärischen Grußpflicht genügen könnten. Damit sei sein »wiederholt« bekundeter Wille unterlaufen worden: »Soldaten können einkaufen, so viel sie wollen, was sie wollen, was sie schleppen können.« Im Resümee insistierte Görings Mitarbeiter Fritz Klare, der in der Vierjahresplanbehörde für die Lebensmittelversorgung der Deutschen zuständig war: Es müsse jedem einzelnen Wehrmachtangehörigen »nach wie vor ermöglicht werden, aus den besetzten Gebieten so viel Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände in die Heimat mitzunehmen, wie der Einzelne bezahlen und tragen kann. Auf etwaige inflationistische Folgeerscheinungen in den besetzten Gebieten braucht dabei keine Rücksicht genommen zu werden.« Im Übrigen

seien »behindernde« deutsche Zollvorschriften aufzuheben.^[363] Als die Berliner Zollbehörden kurze Zeit nach dieser Sitzung im August 1942 doch eine Razzia bei einem Luftwaffenoberst durchführten und erhebliche Mengen an unverzollten edlen Weinen und Bränden fanden, beschwerte sich Göring: »Der Erwerb von Wein, Cognak und ähnlichen, auch bezugsscheinpflichtigen Dingen wird im beschränkten Umfang nicht nur erlaubt, sondern von mir gewünscht und gefördert – ist also keine Zollhinterziehung.«^[364]

Es dauerte zwei Monate und bedurfte noch eines Wutausbruchs Hitlers, bis Finanzstaatssekretär Fritz Reinhardt einen – ausdrücklich gegen die bestehenden Vorschriften gerichteten – Ukas an die Zollbehörden des Reiches verschickte: »Der Wehrmachtangehörige darf sehr wohl Tragriemen und Tragvorrichtungen benutzen. Er braucht sich beim Überschreiten der Grenze nicht in ›militärischer Haltung‹ zu befinden.« Soldaten und Soldatenpakete seien »so großzügig wie irgend möglich« abzufertigen, insbesondere sei »jede Beschlagnahme von Lebensmittelpaketen, die Soldaten mit sich führen, zu unterlassen«. »Oberfinanzpräsidenten«, so fügte Reinhardt drohend hinzu, »in deren Bezirk durch irgendwelche ihnen unterstellten Männer gegen dieses Verbot verstoßen wird, sind in Zukunft der Gefahr ausgesetzt, dass der Führer sie unmittelbar zur Verantwortung zieht«. Begründend verwies Reinhardt auf den Paragraphen 1 des Steueranpassungsgesetzes von 1934, der besagte: Finanzbeamte, die steuerliche Tatbestände beurteilten, hätten »die Entwicklung der Verhältnisse und die

Volksanschauung zu berücksichtigen«, ferner seien sie verpflichtet, jeden einzelnen Passus des Gesetzes »nach nationalsozialistischer Weltanschauung auszulegen«.[365]

Als die Besatzungsverwaltung wegen der akuten Inflationsgefahr in Frankreich Ende 1943 die illegale, doch lange gewollte Einfuhr von RKK-Scheinen im Wert von vielen hundert Millionen Reichsmark stoppte, verlangte Göring: »Des weiteren bitte ich dafür Sorge zu tragen, dass durch die zu treffenden Maßnahmen nicht etwa die bestehenden legalen Einkaufsmöglichkeiten der in den Westen verlegten Truppen, insbesondere der Soldaten, die von der Ostfront kommen, verringert werden.«[366] Erst im Zeichen der drohenden Niederlage sah sich selbst Göring gezwungen, die private Beutejagd nicht länger zu begünstigen. Am 15. Mai 1944 entschloss er sich – auf Druck des Finanz- und des Ernährungsministeriums – zum Verbot der privaten »Einfuhr von Mehl, Fett und Fleisch aus den besetzten Gebieten«. Wirksam wurde die Anweisung nie, und zwar aus Furcht vor Volkes Laune. Im Oktober vermerkte das Reichsfinanzministerium, infolge der veränderten militärischen Lage seien »die Ausführungsbestimmungen zu dem Verbotserlass nicht in Kraft getreten«.[367]

Wer die Feldpostbriefe Bölls als historische Quelle liest, spürt darin zwischen den Zeilen auch die Konflikte zwischen besatzungspolitischer Minimalvernunft und dem von Hitler und Göring immer wieder animierten Kahlfraß. Selbstverständlich trieb auch Böll mit RKK-Scheinen Schindluder und forderte von seiner Familie, »wenn Ihr ein

paar Kreditkassenscheine in einem Brief schmuggeln könntet, das wäre auch schön, dann könnte ich meine Schulden bezahlen«. An anderer Stelle bat er seine Frau: »Und sag denen zu Hause doch, sie sollen Kreditscheine sammeln, denn ich habe viel Geld von Kameraden und auch für mich umzutauschen ...« Nicht oft, aber doch gelegentlich misslang ihm ein Geldschmuggel oder Schnäppchen (»Mit den Kreditscheinen, das war wirklich Pech; ich hätte euch noch manches schicken können an Schokolade und Seife.«) Auf's Ganze gesehen und unter dem wohlwollenden Schutz der Paten Göring und Hitler kaufte der Soldat Böll jedoch, zielstrebig und mit Elan, und expedierte alles nach Köln. Wieder vor dem Urlaub verlangte er aus der Heimat: »Schick mir nur, wenn es geht, in Briefen noch Geld, damit ich noch etwas von den Kostbarkeiten des Landes mitbringen kann; damit wir auch ein kleines Fest feiern können, ach, jeder, jeder Tag wird ein Fest sein ...«

Die Umtriebigkeit ganzer Divisionen von Schnäppchenjägern, mitdenkenden Familienvätern und unersättlichen Abzockern milderte die Härten des Krieges erheblich. Sie förderte den Kontakt zwischen Front und Heimat in sinnlicher Weise. Die wohlkalkulierte, höchst individuelle Bereicherung zum Schaden anderer Völker ließ ein Gefühl von höherer Fürsorge entstehen, das Gefühl des kleinen Glücks im großen Krieg. »Ach«, schrieb Böll an seine Frau, »glaubst du, dass ich glücklich bin, dir etwas schicken zu können?« Oder: »Ach, es hat mir wirklich unsagbare Freude gemacht, euch mit Butter zu versorgen.«^[368] So entstand millionenfache, im Fall Böll

zweifelloso passive Loyalität. Mehr brauchte die Diktatur für ihre politische Funktionsfähigkeit nicht. Die katholische, politisch naziferne Familie Böll zeigte sich zufrieden. Ihr Geld lag nicht zwecklos herum – in Frankreich verwandelte es sich, wenn auch zu steigenden Preisen, in Nützliches und Angenehmes.

Der Trödelmarkt des Reiches

Neben dem individuellen Ausplündern fremder Länder gediehen Formen des organisierten, mal eher kollegialen, mal vor allem gewinnorientierten Raubes. Im Jahr 1940/41 übergaben Bahnpostbeamte aus Nürnberg ihren Bahnpostwagen regelmäßig im Grenzbahnhof Metz an deutsche Kollegen, die für die Weiterfahrt nach Paris zuständig waren. Dabei steckten sie ihnen RKK-Scheine im Wert von mehreren zehntausend Reichsmark zu und ließen sich dafür »in Paris Mangelwaren wie Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Kognak, Sekt, Weine, Liköre, Kleider, Strümpfe usw.« kaufen. Die Ladung ging mit demselben Zug retour nach Metz. Dort »übernahmen die Nürnberger Bahnpostbeamten die Waren, verbrachten sie im Bahnpostwagen nach Nürnberg und setzten sie dort größtenteils an Postbeamte ab«.[369]

Im Kleinen schickten Soldaten unter »missbräuchlicher Benutzung der Feldpost« 600 bis 800 Zigaretten pro Päckchen aus Rumänien, Bulgarien oder Griechenland nach Hause, im Großen hängten sie ganze Wagenladungen an die rücklaufenden Wehrmachtzüge an. Auf solche Weise leiteten deutsche Soldaten beispielsweise einen

Güterwagen mit 13070 Kilogramm Apfelsinen nach Rosenheim und verschickten sie von dort per Spedition als »Liebesgaben« an ihre Angehörigen. Ein im KZ Auschwitz angestellter Dentist wurde im Protektorat mit einem schweren Batzen Zahngold aufgegriffen und weigerte sich – unter Hinweis auf seine Geheimhaltungspflicht – über die Herkunft des Schatzes Auskunft zu geben.

Der Oberfinanzpräsident von Köln betrachtete die Korruptionssuche resigniert als Kriegsfolge, die nicht wirkungsvoll bekämpft werden könne: »Bei den körperlich und seelisch stark mitgenommenen Menschen tritt verständlicherweise ein großes Verlangen nach Genussmitteln auf, das abgesehen von Tabakwaren bekanntlich auch nicht in bescheidenen Grenzen befriedigt werden kann. [...] Besonders Volksgenossen aus den einfachen Volksschichten zahlen heute jeden Preis für Waren, deren Besitz sie erstreben.« Im Bereich der Zollfahndungsstelle Frankfurt am Main verhökerte ein Luftwaffensoldat französische Spirituosen an einen Gastwirt in Kassel; ein anderer schickte 170 Kilogramm Lebensmittel aus der Ukraine an seine Frau, zudem Teppiche und Ölgemälde und erhielt dafür, nachdem die Sache aufgefliegen war, drei Wochen geschärften Stubenarrest wegen Schwarzhandels. In Baden-Baden verkaufte man »in großen Mengen« französische Parfums zu Überpreisen. Das für private Zwecke Zusammengekaufte deklarierten Firmen als »kriegswichtiges Verlagerungsgut«, Soldaten als »Wehrmachtfrachtgut«. Hier erschlich sich ein Luftwaffeninspektor RKK-Scheine im Wert von 16000 Reichsmark, um damit in Frankreich einkaufen zu gehen,

dort verschob ein Soldat Schmuck aus Frankreich im Wert von 155800 Reichsmark.^[370]

Die immer größer angelegten, auf Gewinn gerichteten Raubzüge bewogen die Militärverwaltung (MV) in Belgien, Sondergerichte gegen die pandemische Korruption zu fordern. Doch scheiterte der Vorschlag schon deshalb, weil ihn seine Erfinder ausgerechnet Göring unterbreiteten. Im Abschlussbericht über die Besetzung Belgiens heißt es dazu: »Die wiederholten Anträge der MV« auf ein Sondergericht zur Aburteilung von Soldaten, die beim Schwarzhandel erwischt worden waren, seien bis zum Verlassen Belgiens »nicht positiv entschieden« worden. Man habe ein solches Sondergericht deshalb verlangt, »weil die Gerichte der einzelnen Wehrmachtteile immer wieder geneigt waren, Verstöße der Angehörigen ihres Wehrmachtteiles zu entschuldigen oder gar zu billigen. Insbesondere war dies im Bereich der Luftwaffe der Fall«. ^[371] Den Oberbefehl über diese Waffengattung führte Göring.

Wegen seiner besonderen Ausdruckskraft soll auf den folgenden Seiten ein Schriftstück ausführlich zitiert werden. Es stammt von der deutschen Briefzensur, genauer: von der A.B.P., der Abwehrstelle Briefpost, in der Ukraine. Die Beamten werteten tausende von Deutschen verfasste Briefe aus, die zwischen der Heimat und dem Besatzungsgebiet hin und her gingen. Ihre Analyse bietet einen präzisen Einblick in ein expandierendes Betätigungsfeld von deutschen Männern und Frauen aus allen möglichen Berufen und sozialen Schichten. Sie trägt

den etwas barocken Titel: »Bericht A über Zustände in der Ukraine auf Grund der Prüfung der ›Deutschen Dienstpost‹ Ukraine, d.h. der Privatpost der im Reichskommissariat eingesetzten deutschen Firmen und ihrer Angestellten aus der Ukraine nach dem Reichsgebiet.« Die Dienstpost transportierte die Sendungen, die von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der deutschen Zivilverwaltung im Reichskommissariat Ukraine abgeschickt und empfangen wurden, und eben auch die Post von Angehörigen der Privatfirmen, die an der »Erschließung des wirtschaftlichen Ergänzungsraums Ukraine« arbeiteten. Das folgende Dokument ist als zeitgenössische, allerdings undatierte Abschrift überliefert. Nach dem Inhalt hier nicht abgedruckter Teile zu schließen, wird es nach der Schlacht von Stalingrad geschrieben worden sein, vermutlich im Sommer 1943, da an einer Stelle »von der Krise im Anfang des Jahres«, von »Zweifelssucht und Verzagtheit« berichtet wird. Die kursiv gesetzten Passagen entsprechen den Unterstreichungen des Originals.

»Die A.B.P. hat im letzten halben Jahr tausende von Briefen der in der Ukraine eingesetzten Reichsdeutschen geprüft. Die Briefe zeigen auf der einen Seite, dass unter den Reichsdeutschen in der Ukraine ein großer Teil einsatzfreudig und aufbauwillig an den großen Aufgaben mitwirkt, und spiegeln ein gewaltiges Aufbauwerk im europäischen Osten wider. Sie lassen aber auch sehr ernste und bedenkliche *Zersetzungerscheinungen* erkennen. Die Kritik und das Negative mögen in den Briefen besonders in die Augen springen, und die Schäden in der Ukraine mögen daher vielleicht vergrößert

erscheinen. Der Inhalt der Briefe lässt jedoch keinen Zweifel am Bestehen von Schäden zu, die dazu angetan sind, das Interesse des Reiches auf das Ernsthafteste zu gefährden und große Aufbauarbeiten zu untergraben.

Unter den Zersetzungserscheinungen in der Ukraine steht der *Tausch- und Schwarzhandel* an erster Stelle. Ein Großteil der Briefe aus der Ukraine handelt vom Tausch; das Tauschgeschäft ist das Einzige, was einen Großteil der Schreiber an der Ukraine überhaupt interessiert. Es wird alles Mögliche und Unmögliche gegen die ukrainischen Landesprodukte (Eier, Öl, Speck, Schinken und mehr) eingetauscht. In den Briefen werden u.a. als Tauschgegenstände genannt: Salz, Streichhölzer, Feuersteine, Hefe, alte Kleider, Hausrat, Damenunterwäsche, Handtaschen, Reibeisen, Gurkenhobel, Strumpfhalter, Sacharin, Hautcreme, Natron, Fingernagellack, Backpulver, Lippenstifte, Zahnbürsten. Man hat den Eindruck, wie viele Briefschreiber erklären, dass die Ukraine zum ›Trödelmarkt des Reiches‹ geworden sei, und dass Deutschland seinen ganzen Ausschuss an Waren auf die Ukraine entleere. Hier wird alles ›verkümmelt‹, heißt es in einem Brief. Billigster Talmischmuck, Medaillons, wertlose Kettchen werden an ukrainische Bäuerinnen verschleißt. Alte und unmoderne Kleider in schreienden Farben sollen einen glänzenden Absatz haben. In einem Fall bestellt sich einer ›ganz billigen Glasschmuck‹, mit dem die leeren, zurückgehenden Kisten für eine Lieferung von 2000 Eiern gefüllt werden sollten‹. Das Ganze erinnert, schreibt ein Beobachter in der Ukraine, an den ›Handel‹ mit Negerstämmen und den ›Tausch‹ von Glasperlen gegen

Elfenbein.

Das Leitmotiv in allen Briefen von der Ukraine nach Hause ist daher: Kratzt zusammen, was ihr auftreiben könnt. ›Kauft alles auf‹, so oder ähnlich heißt es in den Briefen, ›Geld spielt keine Rolle‹. ›Seht nicht auf Geld, kauft was ihr könnt.‹ Die Frauen zu Hause werden ermahnt, das ganze Haus zu entrümpeln. Es geht so weit, dass der Ehefrau befohlen wird, unter keinen Umständen etwas zur Spinnstoffsammlung zu geben. ›Ich brauche hier alles selber.‹ Die Empfänger werden aufgefordert, ›Verwandte und Bekannte abzuklappern‹, ›um alte Klamotten‹, Kleider, alten Hausrat usw. zusammenzubringen. Man pumpt sich das Geld für die nötigen Einkäufe. Einkaufsgemeinschaften bilden sich. Ganze Sippen tun sich zusammen, um Sendungen von Tauschgut nach der Ukraine zu organisieren. Unverwertbare Punkte der Kleiderkarte 1942 werden von Bekannten und Verwandten zusammengehamstert. ›Ich verstehe sehr gut, dass die Verwandten dir die Punkte nicht umsonst geben wollen, das hast du gar nicht nötig.‹ ›Besorgungsgelder‹ in beträchtlicher Höhe werden für die Beschaffung von Tauschware angeboten. Ein Ketten- und Ringtausch wird betrieben. Der Großvater soll – so wird es in einem Brief drastisch geschildert – seine neuen Stiefel nach der Ukraine schicken. Dafür werde er 8 Liter Öl bekommen und damit solle er sich einen neuen Mantel eintauschen. ›Den können wir dann vielleicht auch wieder verhökern.‹ In einem anderen Fall erhebt sich der Schreiber erst von einem befreundeten Schuhmacher gegen Öl unmodern gewordene Damenschuhe, um damit das Tauschgeschäft ›groß aufzuziehen‹. Der Tausch wird so

schließlich in der Ukraine und im Reich ›organisiert‹.

Der Tausch findet *in allen Größenordnungen* und in jedem Stile statt. Die einen lassen sich Salz pfundweise schicken und senden ihrer Familie vierzehntägig als Ernährungszuschuss 5-10 Eier nach Hause. Andere schicken auf einmal oder rasch hintereinander 10, 20, 30, 40 Pakete in die Heimat. Wieder andere bringen es fertig, sich bis zu 10 Zentner Salz (!) in die Ukraine kommen zu lassen. (Der Zentner Salz hat in der Ukraine einen Tauschwert von RM 1000,-; für ein Pfd. Salz gibt es ein Huhn, für 10 Pfd. Salz einen Hammel.) Sendungen von 2-3000 Eier an einzelne Familien im Reich sind keine Seltenheit. Ein Briefschreiber berichtet voller Stolz, dass er seiner Frau zu Weihnachten 1^{1/2} Zentner Ware nach Hause gesandt hat. In einem anderen Falle wird erwähnt, dass ein Angestellter einer Osthandelsgesellschaft in der Ukraine mehr Butter zu Bestechungszwecken verteilt habe, als die gesamte Jahresration an Butter im Reich beträgt. Folgende Sendungen sind u.a. in der Korrespondenz aus der Ukraine avisiert worden. ›Eine Kiste mit Spirituosen und Karakulfellen, 2300 Eier‹ (eine Sendung). ›Eine Kiste mit Spirituosen, zwei Fass Honig‹ (eine Sendung). ›Paket No. 1‹: Zwei Hühner und Honig; No. 3-4: Hühner; No. 5: Eier; No 6: Nudeln; No. 7: Grieß; No. 8: Erbsen; No. 9: Graupen; No. 10: Speck; No. 11 und 12: Bohnen; No. 15-16: Fleisch und Speck; No. 17-19: Eier, Speck, Mehl; No. 20-22: Eier, Zucker, Butter; No. 23: Wurst und Cakes. (Die 23 Pakete sind an 2 aufeinander folgenden Tagen abgesandt worden!)

Es bleibt auch nicht beim einfachen Tausch. Die Durchführung des Tauschhandels im großen Stil ist nur

durch *Bestechung, Korruption und grobe Unregelmäßigkeiten* möglich. Die ›großen Sendungen‹ werden in dienstliche Transporte hineingeschmuggelt. Ganze Waggonen werden ins Reich mit Hilfe von Transportgesellschaften und korrupten Eisenbahnangestellten verschoben. Transportbegleiter sind begehrte ›Beziehungen‹ und werden im großen Stile ›geschmiert‹. (Die Briefe berichten darüber zuweilen ganz offen.) Sehr viel wird auch mit Flugzeugen – zum Teil mit Unterstützung der Flugzeugbesatzungen – weggeschafft. Die Schiebercliquen organisieren sich einen eigenen Postdienst. Briefe und Päckchen werden in einem hohen Maße durch Urlauber mitgenommen. So wird mitgeteilt, dass ein ›Goldfasan‹, d.h. ein Mann in brauner Uniform, bei einer Urlaubsreise ›einen ganzen Sack Briefe‹ mitgenommen habe. Es ist daher wahrscheinlich, dass viele schwere Korruptionsfälle der hiesigen Dienststelle gar nicht zu Gesicht gekommen sind. Die ›Tauschware‹ und die Sendungen ins Reich stammen oft genug aus Veruntreuungen. Von der ›Hilfe‹ eines Bekannten bei der ›Kartenstelle‹ [gemeint sind Lebensmittelkarten] ist die Rede, und der Leiter eines Fleischereibetriebes berichtet ganz naiv, dass er noch einen zu kleinen Umsatz habe, ›um viel auf die Seite bringen zu können‹. Lieferungen aus dem Reich zur Versorgung der deutschen Verwaltung in der Ukraine (Einrichtungsgegenstände, Wein usw.) fließen ins Reich zurück und werden dorthin verschoben. Nicht wieder gutzumachende Eingriffe in die Wirtschaftssubstanz der Ukraine kommen vor. So wird berichtet, dass unersetzliche Karakulzuchtschafe geschlachtet und ihre Felle ins Reich verschoben worden

seien.

Es bleibt auch nicht beim Tausch für persönliche Familienbedürfnisse allein. Der Tausch wird ›Geschäft‹ und wird schließlich auf kommerzieller Basis betrieben. Man will spekulieren und Geld verdienen. Die Briefe versichern, dass in der Ukraine das Geld auf der Straße liege, und dass man sich in kürzester Zeit Vermögen erwerben könne. ›Du kannst über Nacht eine reiche Frau werden.‹ Einfache Leute können nach Hause schreiben, dass sie sich schon Tausende ›verdient‹ hätten. Andere wollen sich aus ihren Erlösen in der Ukraine in der Heimat Autos und Grundstücke erwerben. Im Stile der Neureichen werden für die Frauen Juwelen und kostbare Pelze angeschafft. Die Briefschreiber erzählen von Riesenprofiten in der Ukraine. Den Talmischmuck verkauft man mit 1000% Gewinn. Für Streichhölzer gebe es, heißt es, ›6 Meter‹ (= Mark) und alte Anzüge werde man für über 600,- RM los. In den Briefen macht sich zum Teil ein übler Schieberjargon bemerkbar. Man versichert, dass man ›gut organisieren‹ könne. Erzählt, wie man wieder ›ein Ding gedreht‹ habe und rühmt sein ›Köpfchen‹ bei der Durchführung all dieser faulen Geschäfte. In einem Brief wird der Eindruck all dieser Dinge folgendermaßen wiedergegeben:

›Als wesentlichste Aufgabe scheinen aber alle nur zu sehen, wie sie sich selber das Leben bequem gestalten und wie sie möglichst viele Lebensmittel hamstern und in die Heimat schicken können. Jedenfalls wird auf diesem Gebiete wirklich Überdimensionales geleistet. Tausch- und Schleichhandel stehen in höchster Blüte, und was früher die Juden machten, wird in entschieden vollkommenerer Form heute von ›Ariern‹ betrieben.‹

Die Korruption strahlt auch von der Ukraine nach dem Reiche aus. Die Warenlieferungen aus der Ukraine dienen als Basis für neuen Schleichhandel im Reich. Man tauscht, wie in zahlreichen Briefen berichtet wird, die von einer Familie oft gar nicht verwertbaren Eiersendungen gegen andere rationierte und Mangelwaren aus. Man unternimmt mit dem aus der Ukraine stammenden Öl Hamsterfahrten auf das Land. Man ersteht sich auf ungesetzlichem Wege mit der ukrainischen Schleichware Anzugstoffe. Ja selbst zur Bestechung werden die seltenen Schätze verwendet. Bei einer Eiersendung von 500 Stück wird die offenbar einsatzpflichtige Empfängerin ermahnt, einem Angestellten des Arbeitsamtes 100 Eier abzugeben.

Alledem entspricht das harte Gesamturteil, das oft in den Briefen gefällt wird: Die Ukraine sei ein Schieberparadies. Die Deutschen in der Wirtschaft und der Zivilverwaltung der Ukraine nennt man die ›Osthyänen‹.^{«[372]}

Die Einzelheiten des Berichts führen unmittelbar in die kolonialpolitische Vorstellungswelt des Führers all dieser Deutschen. In seinen Tischgesprächen malte Hitler mehr als einmal aus, wie mit den »Eingeborenen« im Osten umzuspringen sei: »Den Ukrainern liefern wir Kopftücher, Glasperlen als Schmuck und was sonst Kolonialvölkern so gefällt.«^[373] Gegenüber dem Gesandten des mit Deutschland verbündeten Schwellenlandes Kroatien beschrieb er die Absatzmöglichkeiten für industriellen Ramsch in den sowjetischen Gebieten: Die Leute dort besäßen »nicht einmal das einfachste Kochgeschirr, die einfachsten Geräte«.^[374] Im Sommer 1942 malte Hitler als

Zukunftsvision aus, was seine Leute, wenn auch überwiegend zum privaten Vorteil, schon energisch praktizierten: »Zur Erntezeit wird man in jedem größeren Flecken einen Markt errichten, wohin wir unsere Ramschwaren bringen. Auf dem gleichen Markt werden Getreide und Früchte verkauft. Hat einer was verkauft, so kann er gleich einkaufen. [...] Der billigste und bunteste Kattun ist hier wunderbar.«^[375] Nach einem Gespräch mit Hitler erklärte der Reichskommissar für die Ukraine, Gauleiter Koch, über die deutsche Handelspolitik: »... der gewöhnlichste Kitsch ist gut genug für diese Bevölkerung.«^[376] In solchen Äußerungen verdichtete Hitler nach Art eines Räuberhäuptlings die wenig geheimen Wünsche seiner ausschweifenden Soldaten und Besatzungsfunktionäre.

Unbürokratische Soforthilfe

Während die Leute im Osten noch von einem Tausch- und Kauf-Eldorado träumten, bekamen die deutschen Zivilisten in den nordwestlichen Städten des Reichs die britische Luftüberlegenheit täglich deutlicher zu spüren. In der Innenpolitik gewann die schnelle Hilfe für die Bombengeschädigten binnen weniger Wochen erhebliches Gewicht. Rückblickend brüstete sich Hamburgs Gauleiter, Karl Kaufmann, er sei im September 1941 »nach einem schweren Luftangriff an den Führer herangetreten mit der Bitte, die Juden evakuieren zu lassen, um zu ermöglichen, dass wenigstens zu einem gewissen Teil den Bombengeschädigten wieder eine Wohnung zugewiesen

werden könnte«.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck solcher Argumente entschloss sich Hitler im Herbst 1941, die deutschen Juden schon während des Krieges zu deportieren und nicht erst – wie bis dahin beabsichtigt – nach dem Sieg. In den Worten Kaufmanns: »Der Führer hat unverzüglich meiner Anregung entsprochen und die entsprechenden Befehle zum Abtransport der Juden erteilt.«^[377] Auf der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 erwähnte Reinhard Heydrich im Hinblick auf besonders vordringliche Deportationen die »Wohnungsfrage und sonstige sozialpolitische Notwendigkeiten« ausdrücklich.

Am 4. November 1941 stellte der Oberfinanzpräsident von Köln fest, in seinem Bezirk habe »die Aussiedlung der Juden am 21. Oktober begonnen«, und zwar »zwecks Freimachung von Wohnungen für Fliegergeschädigte in den Städten Köln und Trier«. Die Aktion werde »nach und nach weitergeführt«.^[378] Tatsächlich bildete der Wohnort ein wichtiges Kriterium für die Abfolge der im Oktober 1941 beginnenden Großdeportationen deutscher Juden. Abtransportiert wurden zuerst diejenigen, die in den vom Luftkrieg hauptsächlich heimgesuchten nord- und westdeutschen Städten lebten. So wurden im Oktober 8000 Juden aus Berlin, Köln, Frankfurt a.M., Hamburg und Düsseldorf in das Ghetto Lodz (Litzmannstadt) verschleppt. Zehn Tage später folgte die zweite Welle, die abermals und hauptsächlich die Juden aus den bombengeschädigten und -bedrohten Städten erfasste – insgesamt 13000 Menschen aus Bremen, Hamburg, Berlin, Bielefeld, Münster, Hannover, Düsseldorf, Köln, Kassel und Frankfurt a.M. Sie

wurden nach Riga, Kowno und Minsk transportiert.^[379]

Unmittelbar nach den ersten Deportationen aus Köln verfügte der Oberfinanzpräsident, dass nicht allein der Wohnraum, sondern auch »der Hausrat der ausgesiedelten Juden [...] in erster Linie den Fliegergeschädigten zugute kommen« sollte.^[380] Der Oberfinanzpräsident von Westfalen, der im stark bombardierten Münster saß, verlangte von seinen Beamten ebenfalls, darauf zu achten, »dass die Sachen, insbesondere Textilien und Wohnungseinrichtungen in die richtigen Hände, wie der Bombengeschädigten, der Jungverheirateten, der Kriegshinterbliebenen usw. kommen« würden.^[381] Auf ausdrücklichen Wunsch des im Nebenamt als Berliner Gauleiter tätigen Joseph Goebbels horteten die kommunalen Ämter der Reichshauptstadt das Inventar der Deportierten »zur Ausstattung bombengeschädigter Volksgenossen und als Reserve für etwa später eintretende Schäden«.^[382]

Nachdem der Reichsfinanzminister Anfang November 1941 noch den sofortigen, bestmöglichen Verkauf der »Judenvermögen« angeordnet, die Luftkriegsprobleme nur gestreift und im Übrigen auf schnelle Zusatzeinnahmen spekuliert hatte, änderte sich das im Sommer 1942. Von nun an galt generell, dass »bei der Verwertung der Wohnungseinrichtungen« deportierter Juden »Fliegergeschädigte bevorzugt zu berücksichtigen sind«. Die Oberbürgermeister wurden aufgefordert, den enteigneten Hausrat für alle Eventualitäten einzulagern. Zuvor mussten sie den Taxwert an den Reichsfiskus abführen.^[383] Neben den Bombengeschädigten mühten

sich die verschiedensten Institutionen um Anteile an der Beute: Das städtische Waisenhaus Köln kaufte für 1860,50 Reichsmark das Mobiliar aus dem jüdischen Kinderheim, das Diakonissenheim, das St.-Marien-Hospital, die Musikhochschule oder die Volksbücherei waren mit von der Partie. Privatleute erwarben je nach Schichtzugehörigkeit mal Rilkes Gedichte, die Partitur von Mozarts Requiem oder schlicht ein Paar Schuhe, einen Schulranzen oder Bettwäsche.[384]

Im Dezember 1941 schlug der Parteiideologe Alfred Rosenberg vor, den Hausrat »der geflohenen oder noch abreisenden Juden« in Paris und »überhaupt in den westlichen besetzten Gebieten« zu beschlagnahmen. Er meinte die Wohnungseinrichtungen der Juden in Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg. Wegen der »furchtbaren Wohnungszustände« sollte das Mobiliar den deutschen Beamten in den neu eroberten Ostgebieten angemessenen Komfort bieten. Rosenberg nutzte für den geplanten Möbeldiebstahl seine Doppelfunktion. Einerseits hatte ihn Hitler mittlerweile zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ernannt, andererseits leitete er schon länger den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg. Dessen Angehörige stahlen Kunstgegenstände im besetzten Europa und inspizierten dabei routinemäßig die Wohnungen verhafteter oder geflohener Juden zur »Sicherstellung des jüdischen kulturellen Besitzes«.

Hitler erklärte sich mit dem Vorschlag nach einigen Wochen einverstanden. Allerdings wies er, vermutlich nach Rücksprache mit dem Reichsfinanzminister, darauf hin,

»dass die beschlagnahmten Gegenstände Reichseigentum würden«. Vor allem aber veränderte er den Zweck des neuerlichen Großenteignens: Da es wegen der vordringlichen Militärtransporte gegenwärtig unmöglich sei, das Mobiliar in die Sowjetunion zu fahren, sei es »für das Reich« zu nutzen.^[385] Gedacht war an die unbürokratische Soforthilfe für deutsche Bombenopfer. Schließlich ließen sich deren Bedürfnisse – das schien infolge der täglich spürbaren britischen Luftüberlegenheit klar – schon bald nicht mehr allein aus den Hinterlassenschaften der deportierten deutschen Juden befriedigen.

Am 14. Januar 1942 beauftragte Rosenberg seinen Einsatzstab, nunmehr »über die gesamten Wohnungseinrichtungen der geflohenen und noch abreisenden Juden in den besetzten westlichen Gebieten« zu verfügen, und ernannte den zuvor im Kunstraub tätigen Oberführer des Deutschen Roten Kreuzes, Kurt von Behr, zum Leiter der Dienststelle Westen. Von Behr rühmte sich später, der eigentliche Erfinder der »Möbelaktion« gewesen zu sein, die dann von Rosenberg Hitler vorgetragen und von diesem gebilligt worden sei.^[386]

Jenseits der Frage, wer nun den Einfall hatte, die Möbel der Geflohenen und Deportierten so praktisch nutzbar zu machen, steht allerdings fest, wer dem Raub die Befehlsgrundlage verschaffte. Es war weder Hitler noch Rosenberg, sondern das Oberkommando des Heeres. Wie der zuständige Referent im Reichsfinanzministerium feststellte, hatte Hitler der »Maßnahme zugestimmt«, das OKH »habe sie angeordnet«.^[387]

Für den deutschen Handel lieferte von Behr bald Mangelwaren wie Bett-, Tisch- und Leibwäsche, Porzellan, Küchengeschirr, Besteck und Hausgerät. Schon in der ersten Phase wurden die folgenden Städte mit Ersatzhausrat bedacht: Oberhausen, Bottrop, Recklinghausen, Münster, Düsseldorf, Köln, Osnabrück, Hamburg, Lübeck und Karlsruhe.^[388] Die Hilfsaktion lief gut an, weswegen sich von Behr bald von seinen sonstigen Aufgaben als Spitzendieb in Rosenbergs Einsatzstab, genauer: von »der Leitung der Arbeitsgruppe Louvre«, freistellen ließ. Rot-Kreuz-Mann, der er war, wollte er sich »der Erfassung der jüdischen Wohnungseinrichtungen für Bombengeschädigte« uneingeschränkt widmen.^[389]





Glühbirnen, Kinderspielzeug, Bett- und Tischwäsche, Möbel und Einrichtungsgegenstände jeder Art wurden von jüdischen Zwangsarbeitern in Paris sortiert, zusammengestellt und für den Versand in die bombardierten deutschen Städte vorbereitet; September 1943, Paris (BA B 323/311/66, 50, 73, 75, 21 und 24)







Der deutsche Botschafter in Paris empfahl, die französische Regierung von dem Mobilienraub nicht vorab zu unterrichten; schließlich sei »formal-juristisch keine Rechtsgrundlage für die Aktion vorhanden«. Stattdessen solle man sich notfalls auf die »geschichtliche Berechtigung der Maßnahme« berufen.^[390] Sie wurde im gemeinsamen, von Deutschland angeführten europäischen Kampf gegen den Bolschewismus gesehen. Möglicherweise verstanden zumindest manche der Beteiligten die angebliche Absicht, die Möbel in die besetzte Sowjetunion zu transferieren, von Anfang an als Vorwand, um die völkerrechtswidrigen Enteignungsakte zu tarnen. Göring jedoch quälten solche Gedanken nicht. Für ihn stand fest, dass die »Wohnungsausstattungen für Bombengeschädigte im Reich von den besetzten Gebieten zur Verfügung gestellt werden« müssten.^[391] Die Vichy-Regierung forderte

mehrfach »die Abgeltung« der angeblich »nach Russland verbrachten Einrichtungsgegenstände«, weil sie das Mobiliar der enteigneten Juden zum »französischen Volksvermögen« rechnete.^[392] Es ging ihr nicht um Rückgabe, sondern um die Gutschrift des Gegenwerts auf dem Besatzungskostenkonto zugunsten Frankreichs.

Am 17. November 1943 erschien Rosenberg zum Vortrag bei Hitler. Zum Stand der »M-Aktion«, wie man den Möbelraub aus praktischen Gründen abkürzte, notierte er sich damals: »Mit Genehmigung des Führers sind in Frankreich bislang 250000 jüdische Wohnungen [gemeint sind die Einrichtungen] beschlagnahmt worden, davon wurden bereits 47000 ins Reich geliefert und den Gauleitern für Bombengeschädigte zur Verfügung gestellt. Der Transport ins Reich läuft weiter. Ebenso werden in Frankreich noch weitere Beschlagnahmungen durchgeführt.«^[393] Zwei Monate später hatten von Behrs freiwillige und unfreiwillige Helfer – genauer gesagt: französische Spediteure und jüdische Zwangsarbeiter – 10000 weitere Wohnungseinrichtungen nach Deutschland verfrachtet. Die Zwangsarbeiter erhielten den – in der Tat – »billigen Tageslohn von 5 Fr. je Kopf«.^[394] Insgesamt umfasste der Raub bis Ende 1943 fast eine Million Kubikmeter Möbel, für die mehr als 24000 Güterwaggons abgefertigt wurden. (Über die mit Binnenschiffen beförderte Möbeltonnage lässt sich nur sagen, dass sie erheblich gewesen sein muss.)

Wie gut der Nachschub funktionierte, wird in einem Streit zwischen dem Kölner Oberfinanzpräsidenten und dem ihm nachgeordneten Vorsteher des Finanzamts Trier

erkennbar. Der Oberfinanzpräsident forderte für das fortlaufend bombardierte Köln aus der noch verschonten Provinz die Möbel deportierter Juden an. Die Verantwortlichen in Trier begannen jedoch ein auf lokalen Eigennutz bedachtes Hin und Her. Nach vier Wochen lenkte der Oberfinanzpräsident ein, und zwar: »wegen reichlicher Anlieferung von Hausrat von auswärts«, die ihm zudem Transportkosten erspare.^[395] Im Abschlussbericht über die Folgen des so bezeichneten 1000-Bomber-Angriffs vom 31. Mai 1942 auf Köln stellt der zuständige Gauleiter, Josef Grohé, vage fest: »Im Benehmen mit dem Militärbefehlshaber von Belgien und Nordfrankreich ist es gelungen, große Mengen bezugsscheinfreier Textilwaren auf den Weg nach Köln zu bringen. Entsprechende Maßnahmen wurden hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung mit Möbeln, Hausrat und Gebrauchsgegenständen des täglichen Bedarfs getroffen.«^[396]

In Belgien räumte die Dienststelle Westen während des ersten Jahres des Möbelraubs 3868 Wohnungen von Juden. Ein gewisser Prozentsatz der Beute ging direkt an militärische Dienststellen, der größte Teil an Bombenopfer in Düsseldorf, Mainz, Holzminden, Oberhausen, Köln, Münster, Wanne-Eickel, Königs Wusterhausen, Berlin, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop, Aachen, Bremen, Hamburg, Soltau, Uelzen, Winsen, Celle. Nach Aachen lenkte die Dienststelle Westen im Sommer 1943 binnen drei Wochen 28 Güterwagen. »Hausrat und Wäsche aus früherem Besitz ausländischer Juden« wurden an ausgebombte Familien ausgegeben und »dankbar

begrüßt«. Zu den Begünstigten zählten daneben Kinderreiche und Kriegsversehrte, deren Wünsche schon seit längerem anerkannt worden, aber unerfüllt geblieben waren.

Nach einer Liste vom Sommer 1944 waren bis dahin – um nur die Großempfänger zu nennen – nach Karlsruhe 481 Waggons mit Möbeln enteigneter westeuropäischer Juden gegangen, nach Mannheim 508, Berlin 528, Düsseldorf 488, Essen 518, Duisburg 693, Oberhausen 605, Hamburg 2699, Köln 1269, Rostock 703, Oldenburg 884, Osnabrück 1269, Wilhelmshaven 441, Delmenhorst 3260, Münster 523, Bochum 555, Kleve 310. Gleichzeitig wurden 8191 Waggons mit ihrer Fracht in zentrale Lagerschuppen dirigiert, von wo aus die Möbel im Bedarfsfall möglichst schnell an die Bombenopfer weitertransportiert werden konnten. 1576 Waggons gingen an die Familien von Reichsbahnern, die in den besonders gefährdeten Betriebswohnungen nahe dem Bahngelände lebten. Gut 500 Waggons beanspruchte die SS.^[397]

Bedient wurden auch zahlreiche Einzelpersonen mit jeweils einem – besonders ausgesucht bestückten – Waggon, um eine entweder standesgemäße Ausstattung wiederherzustellen oder zu ermöglichen. So finden sich als Einzeladressaten »Obersturmführer Tychsen (Eichenlaubträger)«, »Hptm. Ninnemann«, »Hptm. Adamy«, »Sturmbannf. Brehmer (Ritterkreuzträger)«, »Reichspost (Postscheckamt), Leiter, Berlin, Guillaume«; ebenso erhielt Pg. von Ingram »wie alle anderen Ritterkreuzträger Zuwendungen aus der M-Aktion«.^[398] In

diesen Kontext gehört auch die Versorgung von »einigen besonders verdienten und würdigen Kriegsteilnehmern und Parteigenossen« mit Eigenheimen und mit Unternehmen »aus früherem jüdischen Besitz«, um »sie beim Aufbau einer wirtschaftlichen Existenz zu unterstützen«.[399]

Die Möbelbeschaffer hielten engen Kontakt mit denjenigen Dienststellen, in denen die Abschiebung der Juden vorbereitet wurde. Dabei mussten die Männer der Sicherheitspolizei die ungeduldig wartenden Akteure des Möbelraubs gelegentlich zügeln, um die zur Deportation vorgesehenen Juden nicht zu beunruhigen. Ende 1943 beschwerte sich der Leiter der Dienststelle Westen, der SD in Lüttich verhafte kaum mehr Juden, und meinte: »Da aufgrund der letzten großen Bombenschäden im Reich die Anforderungen an meine Dienststelle wesentlich erhöht worden sind, bitte ich zu erwägen, evtl. baldmöglichst die Judenaktion in Lüttich weiterzuführen, damit eine Erfassung der Judenmöbel und Abtransport ins Reich erfolgen kann.« Als ein halbes Jahr später, am 13. Juni 1944, immer noch nichts geschehen war, wandte sich der für das Wohl der Volksgenossen zuständige Mann abermals an die Sicherheitspolizei. »Im Interesse der deutschen Bombengeschädigten« forderte er, die 60 jüdischen Familien, die damals noch in Lüttich lebten, schleunigst zu verhaften.[400]

Zur Möbelaktion gehörte auch die Beschlagnahme von großen Containern mit dem Umzugsgut von emigrierten Juden, so genannte Liftvans, kurz: Lifts, die wegen des

Kriegsbeginns in den Häfen von Antwerpen, Rotterdam oder Marseille hängen geblieben waren. Nach einem schweren Bombenangriff auf Köln im Sommer 1942 überließ das Reichsfinanzministerium, das die Güter als Staatseigentum betrachtete, der Stadtverwaltung von Köln 1000 Lifts aus Antwerpen.^[401] Parallel dazu trafen solche Lifts aus Rotterdam im Kölner Hafen ein; von dort aus wurden Münster, Mannheim und Lübeck in gleicher Weise beliefert; wo sie nicht sofort gebraucht wurden, legte man im Benehmen mit dem Reichsfinanzministerium eine »Katastrophenreserve« an.^[402] Vorzugsweise nach Berlin gelangten diejenigen Lifts, die nach dem Seitenwechsel Italiens in Triest und Genua in deutsche Hände fielen.^[403] Die im Hamburger Freihafen eingelagerten Lifts wurden bereits im Frühjahr 1941 teils versteigert und zum erheblichen Teil von der Sozialverwaltung aufgekauft. Diese deponierte die Vorräte in verschiedenen Speichern im gesamten Stadtgebiet als »eine gute Reserve für Katastrophenfälle«.^[404] Ähnlich wurde in ganz Deutschland mit Auswanderergut verfahren, das noch bei Speditionen eingelagert war.^[405]

Offizielle Adressaten all dieser Hilfsgüter waren die zuständigen Oberfinanzpräsidenten. Ihnen oblag es, das von Staats wegen Geraubte zu reprivatisieren. Das geschah nach dem immer gleichen Muster: Die Gemeindeverwaltungen entschädigten die Ausgebombten mit Geld und Bezugsscheinen für den verlorenen Hausrat, für Kleidung usw., und zwar auf Reichskosten. Zudem erhielten die Antragsteller einen speziellen Ausweis für

Bombengeschädigte, der ihnen bevorzugte Einkaufsmöglichkeiten sicherte. So ausgestattet, konnten sie das Ersatzmobiliar kaufen oder ersteigern. Der Ertrag floss bei dieser Gelegenheit an die Reichskasse zurück. Haushaltstechnisch gesehen veranstaltete die Finanzverwaltung ein Nullsummenspiel zu Lasten der enteigneten – und zu einem erheblichen Teil ermordeten – Vorbesitzer. Folgt man einer Anzeige, die sich in der Oldenburger Staatszeitung vom 24. Juli 1943 unter der Rubrik Amtliches findet, dann spielte sich das so ab:

»Verkauf von Porzellan, Emaillewaren, Betten und Wäsche gegen Barzahlung in Hatterwüstring, Gastwirt Strangmann, am Sonntag, dem 25. Juli 1943, um 16 Uhr für Bombengeschädigte, soweit noch nicht berücksichtigt, um 16. 30 für Kinderreiche und Neuvermählte und um 17 Uhr für jedermann. Der Bürgermeister: Schnitker.« Aus solcherlei Verkäufen erzielte die Stadt Oldenburg zwischen 1942 und 1944 genau 466617,39 Reichsmark. Der Stadtkämmerer überwies den Ertrag laufend an die Reichskasse – zu verbuchen als Allgemeine Verwaltungseinnahme.^[406]

Da die meisten Partien im Nordwesten aus den aufgelösten Wohnungen der niederländischen Juden stammten, sprach man in Oldenburg allgemein von »Hollandmöbeln«. Bis zum Sommer 1944 transportierten die deutschen Katastrophenhelfer unter Mitarbeit der Amsterdamer Spedition A. Puls das Inventar von 29000 Wohnungen in das Reich. Die M-Aktion begann in den Niederlanden mit einer förmlichen Anordnung der vom Sicherheitsdienst errichteten Zentralstelle für jüdische

Auswanderung, die am 20. März 1942 im Joodsche Weekblad abgedruckt werden musste: »Jeder Jude, der in einer eigenen, gemieteten oder anderweitig zur Verfügung gestellten Wohnung lebt, muss für die Entfernung von Mobiliar, Gegenständen, die zur Einrichtung der Wohnung gehören, Hausrat oder anderem Besitz gemäß Par. 3 der Anordnung des Generalkommissars für Sicherheitswesen vom 15. September 1941 beim Jüdischen Rat von Amsterdam schriftlich Genehmigung beantragen.« Wer sich nicht daran hielt, wurde mit strengen Strafen bedroht.

[407]

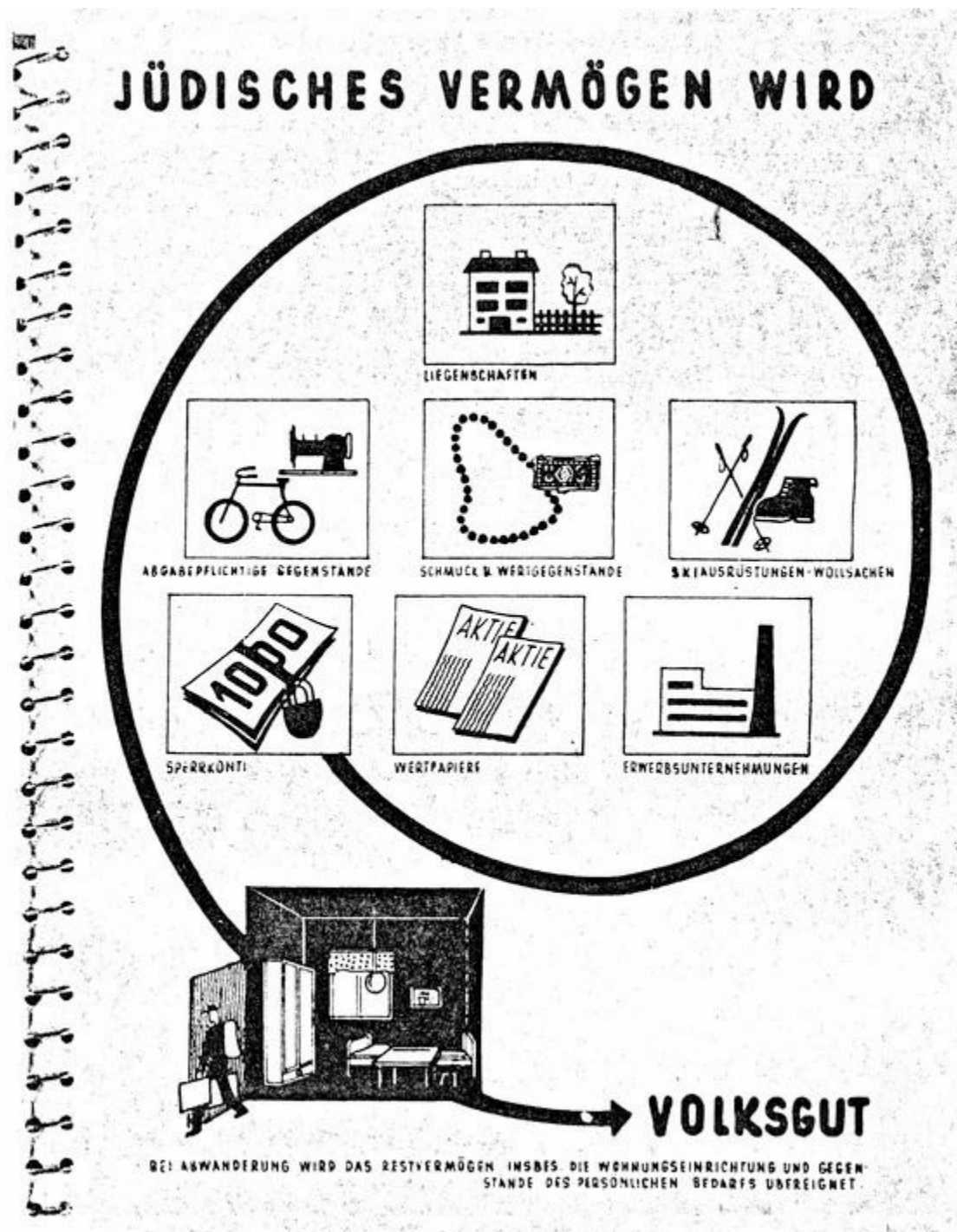
Im Ruhrgebiet trafen im Sommer 1943 aus Prag Möbelladungen ein, in Köln »gebrauchte Kleider und Wäsche« aus derselben Quelle. In einem reich bebilderten Bericht brüstete sich der Leiter der Treuhandstelle Prag, wie unter seiner Aufsicht der Inhalt der Wohnungen Tausender Deportierter sorgfältig sortiert, repariert und eingelagert worden sei. Der Berichterstatter prägte das Motto »Jüdisches Vermögen wird Volksgut«. Ende Februar 1943 stapelten sich in Prager Möbelspeichern, nach Kategorien geordnet, die örtlichen Restbestände der Arierisierung: 4817 Schlafzimmer, 3907 Küchen, 18267 Schränke, 25640 Sessel, 1321 741 Haus- und Küchengeräte, 778195 Bücher, 34568 Paar Schuhe, 1264 999 Stück Wäsche und Kleidung und viele Dinge mehr. Die Güter stellten in den Augen der Treuhand-Männer eine gerade im Krieg »unersetzliche Reserve« dar.[408]

Die deutschen Juden durften pro Person 50 Kilogramm zur Deportation mitnehmen. Natürlich wählten sie die guten und warmen Sachen aus. In vielen Fällen blieben die

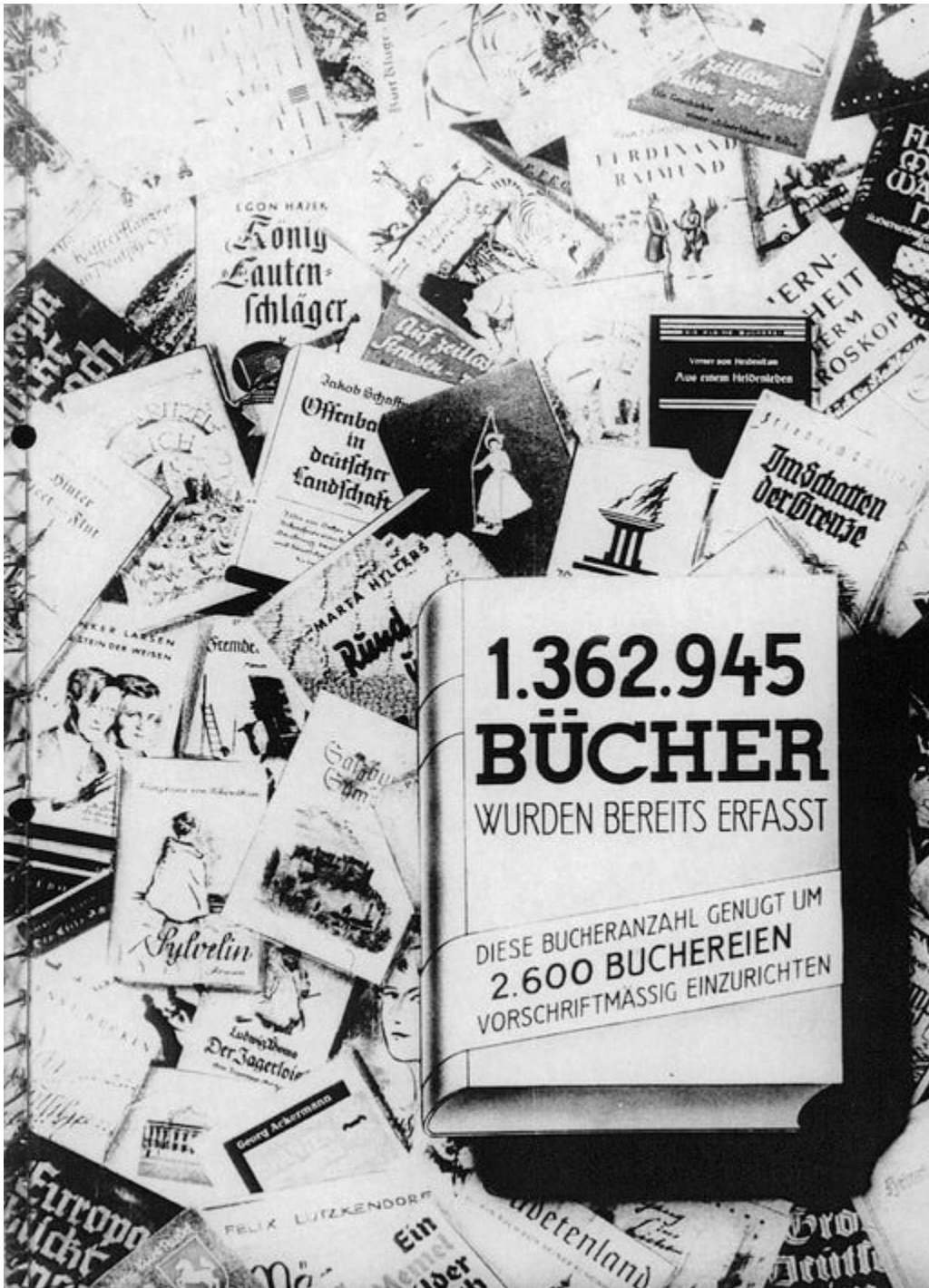
Koffer und Kisten an Ort und Stelle, sie wurden nur scheinbar verladen. So ließ man den Packwagen des Zuges, der die Königsberger Juden am 24. Juni 1942 zu der Vernichtungsstation Mali Trostinez bei Minsk beförderte, einfach auf dem Bahnhof stehen. Ähnliches spielte sich am 22. April 1942 in Düsseldorf ab, wo das sortierte Gepäck – Wärmflaschen, Wollsachen, Strümpfe, Mäntel, Anzüge, Schuhe – fünf Tage später an die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt übergeben wurde. Einen Teil der dort aus dem Gepäck der Deportierten geraubten Sachen – Verbandmull und Binden, Seifenpulver, feste und flüssige Seife, Rasierklingen, Rasiercreme, Shampoo, Haarwasser, Trockenspiritus, Streichhölzer, Kölnischwasser, Salben, Schuhcreme, Nähzeug, Zahnbürsten, Tabak und Kautabak, Zigaretten, Zigarren, Tee, Kaffee, Kakao, Süßigkeiten, Wurst, Apfelsinen und Zitronen sowie andere Lebensmittel – erhielten die folgenden Adressaten: die Kreisstelle des Deutschen Roten Kreuzes, ein Soldatenheim, ein Reservelazarett sowie die Truppen-Erfrischungs- und -Verpflegungsstelle im Düsseldorfer Hauptbahnhof.^[409]

Einen besonderen Fall stellt das vielfach und schwer getroffene Hamburg dar. Im Februar 1941 beschlagnahmte die Gestapo im Auftrag des Gauleiters die 3000 bis 4000 Lifts im Freihafen und ließ den Inhalt mit Hilfe hanseatischer Auktionshäuser sofort versteigern. Das geschah nach ähnlichen Bedürftigkeitskriterien wie in Oldenburg oder Aachen, doch floss der Nachschub nach Hamburg besonders reichlich. Neben den schon

erwähnten 2699 Güterwagen mit Möbeln von westeuropäischen Juden verfrachteten 45 Schiffe weitere 27227 Tonnen »Judengut« in die Stadt. Es kam aus Holland und Belgien. Insgesamt ersteigerten sage und schreibe 100000 Bieter aus Hamburg und der näheren Umgebung Stücke aus dem Geraubten. Genauer: Es handelte sich hauptsächlich um Bieterinnen, denn die Männer standen im Krieg. Rund 100000 Haushalte aus dem Raum Hamburg profitierten vom Verkauf der Möbel, der Kleidungsstücke und der tausend im täglichen Leben nützlichen Kleinigkeiten. Sie hatten zuvor etwa 30000 jüdischen Familien gehört.^[410]



Deckblatt eines Berichts der Treuhandstelle Prag, 1942 (Landesarchiv Berlin B Rep. 039-01/314)



Private Bibliotheken tschechischer Juden werden zum Nutzen deutscher Bildung verwertet; Treuhandstelle Prag, 1942 (Landesarchiv Berlin B Rep. 039-01/317)

Wie es bei den Auktionen – namentlich in den proletarischen Vierteln – zugeing, berichtete die Bibliothekarin Gertrud Seydelmann nach dem Krieg: »Die

einfachen Hausfrauen auf der Veddel trugen plötzlich Pelzmäntel, handelten mit Kaffee und Schmuck, hatten alte Möbel und Teppiche aus dem Hafen, aus Holland, aus Frankreich. [...] Einige meiner Leser forderten auch mich auf, mich im Hafen mit Teppichen, Möbeln, Schmuck und Pelzen einzudecken. Es war das geraubte Eigentum holländischer Juden, die – wie ich nach dem Kriege erfahren sollte – schon in die Gaskammern abtransportiert waren. Ich wollte damit nichts zu tun haben. Auch in meiner Ablehnung musste ich bei diesen sich raffgierig bereichernden Menschen, insbesondere bei den Frauen, vorsichtig sein. Ich durfte meine wahren Gedanken nicht ausdrücken. Nur einige nicht so euphorische Frauen, von denen ich wusste, dass ihre Männer gestandene Sozialdemokraten waren, konnte ich vorsichtig beeinflussen, indem ich sie aufklärte, woher diese Schiffsladungen voll bester Haushaltsgegenstände kamen, und ihnen das alte Sprichwort sagte: ›Unrecht Gut gedeihet nicht.‹ Und sie richteten sich danach.«^[411]

Allein in Frankreich wurden im ersten Jahr der M-Aktion Werte von – niedrig geschätzt – 100 Millionen Reichsmark gestohlen, das wären heute eine Milliarde Euro. Einen ähnlichen Gesamtwert erreichte die holländische Möbelbeute.^[412] Allerdings wurden die Preise für die Käufer in Deutschland sehr viel günstiger gestaltet, da die M-Aktion nur sekundär auf den Vorteil des Fiskus zielte. In ihrem Bericht prahlten die Organisatoren: »Die von der Dienststelle Westen durchgeführte M-Aktion steht voll und ganz im Dienste der Versorgung schwer Bombengeschädigter. Durch diese Tatsache erfährt der

deutscher Möbelhandel eine erhebliche Erleichterung. Dabei dürfte noch die rein psychologische Wirkung auf die betreffenden Volksgenossen durch rascheste Versorgung mit Wohnungseinrichtungen nicht zu unterschätzen sein. Wenn, wie es z.B. vorgekommen ist, schon einige Stunden nach einem Großangriff schwer betroffene Familien wieder in eine komplett eingerichtete Wohnung gesetzt werden können, so kann dies als maßgeblicher Faktor unserer Kriegsmoral gesehen werden.«

Dankschreiben von Möbelempfängern »aller Berufsschichten« bestätigten die sozialpsychologische Wirksamkeit »schnellster Hilfe immer wieder eindrucklichst«. Glaubt man den Sonderhelfern, dann erwarb sich »die Dienststelle Westen bei allen Bevölkerungskreisen eine große Popularität«. Ihre Tätigkeit galt bald nicht nur als »kriegswichtig«, sondern als »siegwichtige Arbeit für die Not leidenden Volksgenossen«. Trotz zunehmender Verkehrsprobleme »rangierte« die mit geraubtem Hausrat voll gestopften Güterzüge und Kähne stets an »erster Stelle«, wenn es um Transportraum und rasche Durchfahrt ging.^[413]

Ergänzend zur M-Aktion versuchte die politische Führung, die Einwohner der niedergebrannten Städte mit Sonderzulagen zu besänftigen. Gemeinsam mit Goebbels und dem Reichskommissar Ukraine, Erich Koch, organisierten Rosenberg und Göring die »Zuführung von Lebensmittelzügen oder -waggons in das Reichsgebiet aus besonderem Anlass und zu besonderen Zwecken«. Geliefert wurde aus der Ukraine, wo die städtische

Bevölkerung litt. Offiziell bezeichnet wurde die Hilfsaktion als »Lebensmittelspende aus dem Osten«.[414]

Parallel dazu gründete Oberstleutnant Hencke, ein persönlicher Freund Görings, die Außenstelle Westen (A.W.). Seine Mitarbeiter kauften Kleidungsstücke ebenso wie Stoffe und vergaben Aufträge an holländische, belgische und französische Konfektionsfirmen. In diesem Zusammenhang überwies der Militärbefehlshaber im Herbst 1942 monatlich etwa acht Millionen Reichsmark, um dafür Textilien auf dem französischen Schwarzmarkt aufzukaufen. Bezahlt wurde aus dem Besatzungskostenetat; zugute kommen sollten die Waren dem »besonders bedürftigen Teil der deutschen Bevölkerung, insbesondere den Bombengeschädigten«.

[415] Die Zustellung der fertig geschneiderten, zusammengekauften und aus den Haushalten von Juden entnommenen Textilien »erfolgte durch die A.W. zum weitaus größten Teil durch Hilfszüge (Lastkraftwagenzüge) unmittelbar an die betroffenen Städte«. Nach dem Willen der Verantwortlichen hatten die LKW-Kolonnen fertig ausgerüstet bereitzustehen, »so dass sie bei einem Bombenangriff ohne Verzögerung zur Stelle waren«. Neben den Kleidungsstücken hatten sie »Stärkungsmittel, wie Weine und Cognac«, geladen.[416]

Gleichzeitig ersann Göring die »Weihnachtsaktion«, sprich den schon im Sommer 1942 anlaufenden Aufkauf von (Spiel-)Waren im besetzten Westeuropa für die Bescherungen unter deutschen Tannenbäumen. Bis zum 20. Dezember ließ Göring in Frankreich »Kosmetika,

Spielzeug und allgemeine Geschenkartikel« anschaffen. In 2306 Güterwagen und in einigen Binnenschiffen verstaut, gelangte die Beute in »erster Linie in die bombengeschädigten Gebiete«. In zweiter Linie gingen die Gaben in solche Städte und Regionen, in denen die Kriegsstimmung zu sinken drohte: nach Wien, Breslau, Königsberg und in die schlesischen Industriegebiete.^[417] In Holland ließ Göring mit derselben Absicht für 176 Millionen Reichsmark einkaufen.^[418]

Obwohl es nicht an Versuchen fehlte, solche besatzungsfremden Ausgaben wenigstens zu reduzieren, befahl das Oberkommando der Wehrmacht bereits im Juni 1942, für die reichsdeutschen Aufkäufer 200 Mio. RM in Francs bereitzuhalten. Im August folgte eine Tranche von 100 Millionen, am 9. September wurden 200 Millionen, im Oktober wiederum 200 Millionen verlangt. Am 20. November wies das OKW an, »244500000 RM in ffrs« bereitzustellen, um, wie es Göring verlangte, »die Beschaffungsaktion auf dem Schwarzen Markt nicht ins Stocken geraten zu lassen«.^[419] Im zweiten Halbjahr 1942 konnten die deutschen Staatshamsterer 18,5 Milliarden Francs für die Weihnachtsaktion ausgeben, die ihnen das OKW überwiesen hatte. Die Beamten im Reichsfinanzministerium sprachen von der »S-Waren-Aktion« [S = Schwarzmarkt], billigten sie und informierten guten Gewissens den Rechnungshof des Deutschen Reiches.^[420] Nach Angaben der Reichsbank wurden im Jahr 1942 in Frankreich »etwa 3 Milliarden RM Besatzungskosten aufgewandt« zum Zweck der »Einfuhr von Mangelgütern nach Deutschland«.^[421]

Intern kündigte Göring die Weihnachtsaktion am 6. August 1942 an. Im Hermann-Göring-Saal des Reichsluftfahrtministeriums verlangte er von den zuständigen Ministerien und den besetzten Gebieten zusammengerufenen Führungspersonal, aus dem eroberten Europa »das Äußerste herauszuholen, damit das deutsche Volk leben kann«. Nachdem er beklagt hatte, dass das Plündern nicht mehr zu den Selbstverständlichkeiten des Krieges gehörte, erklärte er den Versammelten: »Ich gedenke trotzdem zu plündern, und zwar ausgiebig, in der Form, dass ich eine Reihe von Aufkäufern mit außerordentlichen Vollmachten, angefangen in Holland und Belgien, auch nach Frankreich schicke, die nun bis Weihnachten Zeit haben, mehr oder weniger alles einzukaufen, was es dort überhaupt nur in den schönsten Läden und Lagern gibt, und das werde ich dem deutschen Volk zu Weihnachten hier in die Fensterläden [Ladenfenster] hängen, das kann das deutsche Volk kaufen.« Nach Görings Vorstellungen sollten seine Beschaffer »Kleider, Schuhe usw., alles, was es überhaupt gibt« erwerben.^[422]

Anfang November 1942 gaben die Ernährungsämter bereits Zusatzmarken für Weihnachten aus. Sofort honorierten die Beschenkten das eingehaltene Versprechen. »Besonders begrüßt wurde auch die angekündigte Zuteilung von Spirituosen und die Ausgabe von Wein für Lang- und Schwerarbeiter. [...] Alles in allem hat gerade die Weihnachts-Sonderzuteilung bei vielen Volksgenossen die drückenden Alltagssorgen vergessen lassen.«^[423]

Das Geld für den Erwerb der Gaben floss wie üblich aus den Besatzungskostenhaushalten. Die begünstigten Deutschen zahlten ein zweites Mal, gleichgültig, ob es sich um spezielle Deputate oder Bonifikationen für bestimmte Personengruppen handelte oder um Einkäufe aus dem zusammengeraubten Zusatzangebot in den Läden. Die Leute taten das leichten Herzens, froh, ihr vieles Geld in Geschenke, Wein, Schnaps, Kaffee, Butter und Zucker umzusetzen. Das schöpfte – währungspolitisch gewollt – inländische Kaufkraft ab und brachte dem Reichsfiskus neue Allgemeine Verwaltungseinnahmen.

Am ersten Weihnachtsfeiertag 1942 notierte Goebbels über den durchschlagenden Erfolg der Leitlinie Erst-kommt-das-Fressen: »Die Sonderzuweisungen an Lebensmitteln haben sich weiter günstig ausgewirkt. Dazu haben auch meine Extra-Gaben an alte Leute und kinderreiche Familien wahre Wunder getätigt.«^[424] Am selben Tag sehnte Hitler schon das nächste Wunder herbei, da sich abzeichnete, dass die für den 30. Januar gedachten Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag der Machtergreifung mit der dann nicht länger zu verheimlichenden Niederlage von Stalingrad zusammenfallen würden. Sein Vertrauter Bormann notierte: »Der Führer betonte wiederholt, das Wirkungsvollste wäre, wenn wir dem deutschen Volk an diesem Tag erneut eine Erhöhung seiner Lebensmittelrationen und sonstigen Zuteilungen mitteilen könnten.« Wieder wollte er das Volk im Wortsinn anfüttern, musste jedoch frustriert einsehen, dies sei – so kurz nach der pompösen Weihnachtsaktion – »nun leider nicht

möglich«.^[425] Allerdings verlangte er die »Beibehaltung« der Rationen in »ihrer bisherigen Höhe durch stärkere Heranziehung der besetzten Gebiete«.^[426]

Bereits im Sommer 1943 wurde die kommende Weihnachtsaktion vorbereitet. Die Juden waren enteignet, die Währungen der besetzten Länder bis zum Ruin belastet. In dieser Lage entschloss sich Göring, auf Feindvermögen zurückzugreifen, um »für Sonderzwecke«, wie »den Ankauf von freien Devisen und Kaffee auf dem schwarzen Markt in Frankreich und Belgien« über ausreichende Mittel verfügen zu können.^[427] Bis dahin war ein solcher Schritt abgelehnt worden, um entsprechende Enteignungsschritte gegen deutsche Vermögensbestände im Ausland zu vermeiden. Doch nun, im Sommer 1943, entfiel die Rücksichtnahme auf jene Volksgenossen, die Reichtümer im Ausland besaßen, weil die materielle Pflege der Massenseele Vorrang genoss.

Hauptstütze West

Schlemmerlokale in Belgien

Im Herbst 1941 wurde Heinrich Böll vorübergehend von Frankreich in die Nähe von Köln abgestellt. Dort bewachte er sowjetische Kriegsgefangene. Deren Anblick machte ihn trübsinnig. Für den Wächter spiegelte sich im Schicksal der Häftlinge der Stumpfsinn der eigenen, zunächst vom Arbeitsdienst, dann von der Wehrmacht bestimmten Existenz. Bölls Tagträume richteten sich auf Belgien, das er 1940 im Durchmarsch kennen gelernt hatte: »Meine einzige große Sorge ist vorläufig nur, ob ich nach Antwerpen komme oder nicht; alle die schönen Dinge, die ich mitbringen muss und will, Kaffee, Zigarren und Tuche, ach, wenn das alles noch sein könnte.« Es konnte sein, und seine Braut, Annemarie Czech, bekam »einen ärmellosen kurzen Pullover«.[428]

Um seinen Soldaten, deren Frauen und Freundinnen solche Annehmlichkeiten zu erhalten, verlangte Hermann Göring im Frühjahr 1943, dass »in Belgien das optische Bild der Einzelhandelsgeschäfte und Vergnügungslokale auf einer nahezu friedensmäßigen Stufe belassen werde«.[429] Demnach waren »Schlemmerlokale, Bars und sonstige Vergnügungsstätten« im besetzten Westeuropa dann nicht zu schließen, »wenn sie von deutschen Soldaten zur Ablenkung und Auffrischung besucht werden oder werden können«. Dasselbe galt für Geschäfte, »in denen andere als lebenswichtige Waren verkauft werden«. Sie sollten

geöffnet bleiben, »damit die deutschen Soldaten bis zum Ausverkauf aller Lagervorräte [...] alles kaufen können, was ihnen begehrenswert erscheint. Die Preise müssen auf angemessener Höhe gehalten werden.« In den Niederlanden sollten geeignete Geschäfte und Lokale, die entgegen der Intention Görings als »kriegsunwichtig« schon geschlossen worden waren, »unauffällig wieder geöffnet werden«.^[430] Die Soldaten prassten dort mit dem Geld der Holländer und Belgier.

Nach welchen Kriterien die Deutschen über die Höhe der Kontributionen in Belgien zunächst entschieden, fasste der verantwortliche Wehrmachtintendant Ende 1940 so zusammen: »Da aus politischen und wirtschaftlichen Gründen die Finanzwirtschaft des belg. Staates wenigstens im Großen und Ganzen in Ordnung gehalten werden musste, kam man überein, vom belg. Staat als Teilzahlung auf die Besatzungskosten die Summe zu verlangen, die er gerade noch unter größten Opfern aufbringen könnte.«^[431] Darüber hinaus mussten sowohl Frankreich als auch Belgien für Quartierdienste einen über die Kontribution hinausgehenden Betrag auf sich nehmen.^[432] Die derart festgelegte Monatsrate überstieg die regulären belgischen Steuereinnahmen um weit mehr als 100 Prozent.^[433] Sie betrug zu Anfang etwa 80 Millionen Reichsmark, im ersten Quartal 1941 bereits 120 Millionen monatlich.^[434] Daraufhin reduzierten die Deutschen ihre Ansprüche aus Gründen der Währungsstabilität äußerlich auf 80 Millionen Reichsmark pro Monat^[435], tatsächlich verlangte die Wehrmacht jedoch 20 bis 30 Millionen mehr. Bereits im September 1941 pendelten sich die monatlichen

Forderungen wieder auf 120 Millionen ein.

Die Last musste ein Land erwirtschaften, das 8,3 Millionen Einwohner zählte. Das belgische Steuer- und Abgabenaufkommen hatte 1938 rund elf Milliarden Belgische Francs betragen, die jährliche Kreditaufnahme des noch von der Weltwirtschaftskrise geschwächten Landes drei Milliarden. Und nun verlangte die Besatzungsmacht an die 18 Milliarden zusätzlich und bald schon deutlich mehr.^[436] In einem anonymen belgischen Flugblatt vom Januar 1941 hieß es dazu gut informiert: »Wenn das Aufkommen an Steuern und Zöllen von 11 Milliarden [Belgischen Francs] auf 16 Milliarden erhöht werden muss, wie dies Deutschland verlangt, so müssten wir immer noch im Jahre 1941 25 ¹/₂ Milliarden Frs. leihen – und bei wem? –, um das Diktat Deutschlands zu erfüllen. Wenn man zu den genauen vorstehenden Zahlenangaben noch hinzufügt, was die Deutschen unseren Vorräten an Rohstoffen und Lebensmittelreserven entnommen haben (wir hatten für etwa zwei Jahre Lebensmittelreserven), dann gewinnt man ein ziemlich genaues Bild über die vom 3. Reich unserem Land gegenüber befolgte Politik der Ausplünderung und der Aushungerung. Ja, Deutschland opfert unser Land völlig seinen imperialistischen Zielen. Es behandelt uns wie ein Sklavenvolk, das lediglich zum Nutzen des Reiches da ist.«^[437] Im Sommer 1941 erhielten viele deutsche Verbände den Marschbefehl an die Ostfront, dennoch minderte das die Besatzungskosten nicht, da der Militärbefehlshaber gleichzeitig den Bau von Flughäfen und großen Befestigungsanlagen am Atlantik vorantrieb.

Für ihn stand fest, »dass alles, was hier im Lande für die Kriegsführung gegen England gebraucht wird, auch hier im Lande aufgebracht werden muss«.[438]

Ende Oktober 1941 wies der deutsche Bankkommissar Hans von Becker auf die Labilität der belgischen Währung hin. Ebenso verlangte der Chefintendant »die Anpassung der Besatzungskosten an die Leistungsfähigkeit des Landes«, dem »ungewöhnlich hohe Kriegslasten aufgebürdet« worden seien und das »ohne Rücksicht auf die Erhaltung seiner Währung von allen Seiten ausgeplündert« werde.[439] Schon im August 1942, also bevor die Aufkäufer von Göring und bald auch von Rüstungsminister Albert Speer das Land im großen Stil heimsuchten, berichtete die Reichskreditkasse in Brüssel alarmiert, dass von den Besatzungskosten etwa ein Drittel für private und kriegswirtschaftlich begründete »Lieferungen nach außerhalb Belgiens« aufgewandt werde.[440]

Nach einer Übersicht des Militärbefehlshabers für 1941 »kauften« die Deutschen – mit belgischem Geld – allein in diesem Jahr 18500 Kraftfahrzeuge in Belgien. Die Reichsbahn beschaffte sich dort in derselben Zeit 1086 Lokomotiven und 22120 Güterwagen. Hinzu kamen raue Mengen an Kohle, Zement, Walzstahl, Schrott, Kupfer, Blei, Textilien und Industrieprodukten fast jeder Art. Insgesamt entsprachen die Werte, die das Land vom Beginn der Okkupation bis zum 28. Februar 1942 dem Reich erbrachte, 2,6 Milliarden Reichsmark. Die Militärverwalter berichteten voller Räuberstolz, wie effizient sie Belgien bis zur »Ausschöpfung der letzten Reserven« drängen und

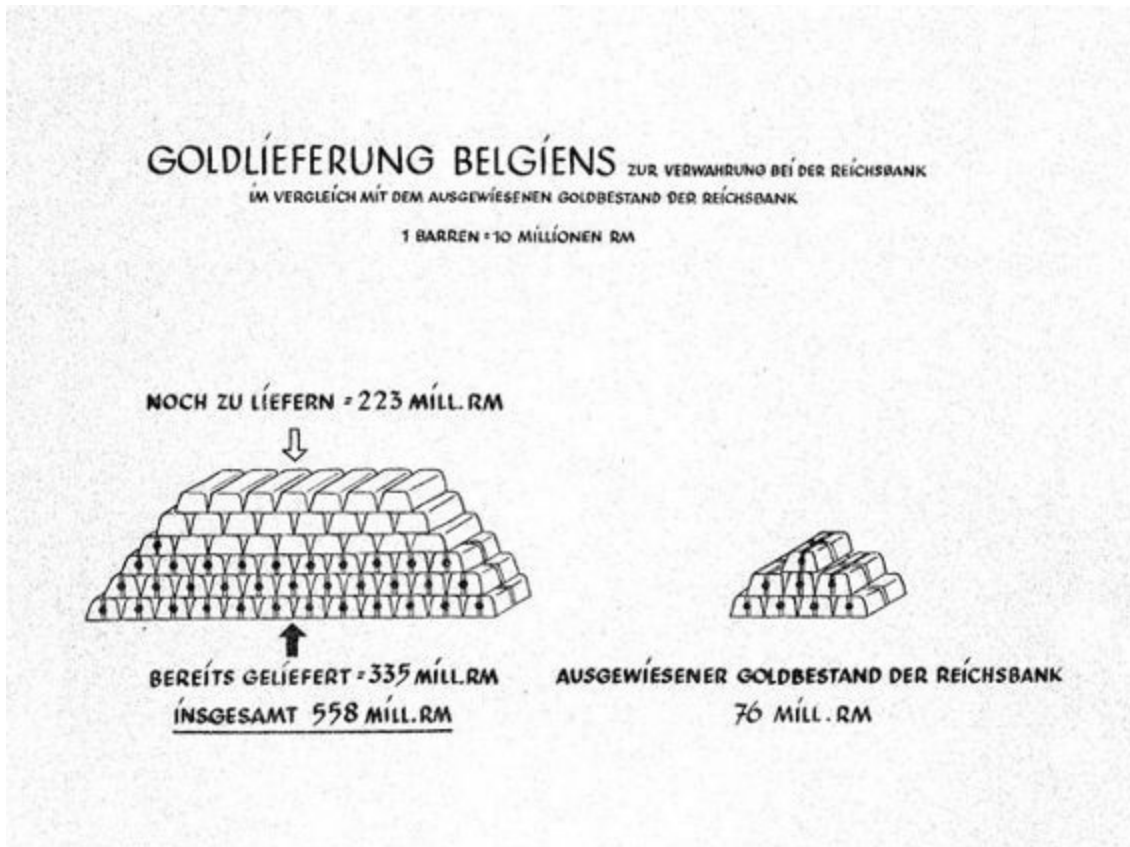
dabei – gemessen an der Einwohnerzahl – wesentlich ergiebiger arbeiten würden als die Kollegen in Frankreich und in Holland.^[441]

Doch war das erst der Anfang. Als der Krieg 1942 auch für die Deutschen bedrohlich wurde, trieben sie die Ausbeutung ins Bodenlose. Im ersten Halbjahr 1942 betrugen die monatlichen Lasten acht Millionen Reichsmark für Einquartierungen, 120 Millionen für Besatzungskosten und 72 Millionen Clearing-»Vorschuss« für Exporte nach Deutschland. Das bedeutete etwa 2,4 Milliarden Reichsmark pro Jahr.^[442] 1943 überstiegen die Clearingzahlungen sogar die Besatzungskosten.^[443]

Sowohl private als auch von deutschen Firmen oder Behörden beauftragte Käufer bedienten sich auf dem belgischen Markt. Für das Jahr 1942 kalkulierte die Militärverwaltung allein die Schwarzkäufe auf 30 Prozent des gesamten, von den Deutschen mit belgischem Geld aufgekauften Warenwerts. Sie vollzogen sich teils in »wilder«, teils in erlaubter Form. Letzteres bedeutete, dass die so genannte Überwachungsstelle des Militärbefehlshabers zuvor bestimmten Interessenten die Erlaubnis erteilt hatte, auf dem Schwarzmarkt einzukaufen. Da trat zum Beispiel eine »Arbeitsgemeinschaft Schmidt« auf, deren Geschäftszweck im »Ankauf von Waren aller Art« bestand; ebenso bedienten sich das Rüstungsministerium, der Reichsführer SS, die Kraftfahrzeugstelle des Heeres (Zentralkraft West) und der Heeressanitätspark.^[444]

Zu alldem kam der Raub des belgischen Goldes. Das

kollaborierende Frankreich gab sich 1941 dazu her, 41 Tonnen Gold, die von der legitimen belgischen Regierung ins nordwestafrikanische Dakar gerettet worden waren, nach Marseille zu transportieren und sie dort einem Vertreter der Reichsbank auszuhändigen.^[445] Nun stellte sich die Frage, wie das Gold in deutsches Eigentum zu überführen wäre. Nach einer Besprechung mit Görings Staatssekretär Neumann wurden im Februar 1941 für Belgien »äußere Besatzungskosten« erfunden, die damit von Belgien »bezahlt« werden könnten. Die Begründung für einen solchen Schritt lautete, »dass offene Wegnahme besser ist als verkappte«.^[446] Am 3. Juli 1941 beschloss der Verwaltungsrat der Reichskreditkassen: »Als Abschlagzahlungen auf die äußeren Besatzungskosten hat Belgien den in Berlin liegenden Teil seiner Goldreserve zu übereignen. Diese Forderung wird den Belgiern jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt eröffnet.«^[447] Die 41 Tonnen Gold entsprachen mehr als einer halben Milliarde Reichsmark. Jedoch lag der Nutzwert für die deutsche Kriegswirtschaft deutlich höher, da nur so bestimmte Mangelgüter in Spanien, Portugal (Wolfram) oder Schweden (Stahl, Kugellager), in der Schweiz (Waffen, Lastwagen) oder der Türkei (Chrom) gekauft werden konnten.



Graphiken aus dem Geheimbericht des deutschen Militärverwaltungschefs in Belgien über »Belgiens Leistungen für die deutsche Kriegswirtschaft«, Stand: 1. März 1942 (BA-MA RW 36/250)

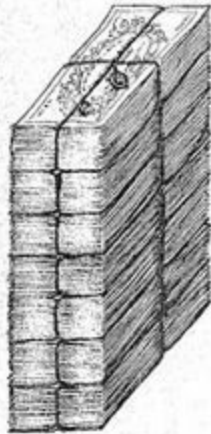
WERT DER FEIND - UND JUDENVERMÖGEN

DIE INNERHALB DES BEFEHLSBEREICHES ÜBERWACHT WERDEN
UND MINDESTENS DEN WERT EINES FAUSTPFANDES HABEN

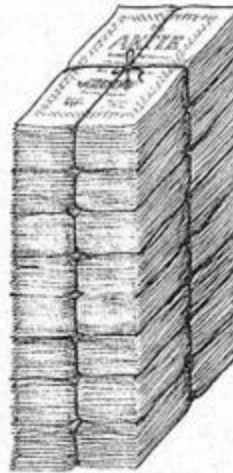
IM VERGLEICH ZUM AKTIENKAPITAL DER I.G. FARBENINDUSTRIE AG

ca. 700 MILL. RM

ca. 800 MILL. RM



FEIND- U. JUDENVERMÖGEN



AKTIENKAPITAL DER I.G.
FARBENINDUSTRIE A.G.

BELGIENS LEISTUNGEN AUF DEM GEBIETE DES VERKEHRSWESENS IM JAHRE 1941

MONATSDURCHSCHNITT DER MEHRLEISTUNG BELGIENS

IM WAGGONAUSTAUSCH	=	13 000	GÜTERWAGEN
NEULIEFERUNG VON GÜTERWAGEN	=	9 120	"
		<u>22 120</u>	"

DIESE ANZAHL ENTSPRICHT EINEM GÜTERZUG VON 210 KM LÄNGE
ODER DER ENTFERNUNG KÖLN - FRANKFURT/MAIN

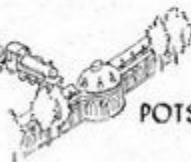


KÖLN



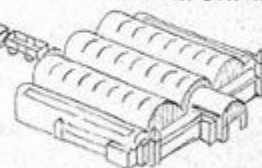
BERLIN

DIE IM JAHRE 1941 AN DAS REICH
ABGEGEBENEN 1080 LOKOMOTIVEN
ERGEBEN ANEINANDERGEREIHT DIE
ENTFERNUNG VON BERLIN NACH POTSDAM



POTSDAM

FRANKFURT A.M.



LEIPZIG

DIE FÜR DIE DEUTSCHE WEHRMACHT USW. IM JAHRE 1941 ANGEKAUFENEN 18 500 KRAFT-
FAHRZEUGE ERGEBEN HINTEREINANDERGEIHT EINE LÄNGE VON 100 KILOMETERN
ODER DIE ENTFERNUNG VON LEIPZIG NACH DRESDEN



DRESDEN

Darstellung: Götterling
1942



Als das belgische Gold ein Jahr später offiziell in deutsches Eigentum umgewandelt werden sollte, widersprach die Reichsbankführung aus währungspolitischen Gründen. Sie wollte den Anschein wahren, als sei der belgische Franc noch goldgedeckt. Das Auswärtige Amt jedoch befürwortete den Diebstahl.^[448] Insgesamt ging man, wie in fast jedem besetzten Land, davon aus, die äußeren Besatzungskosten – dazu gehörten beispielsweise die Waffenproduktion in Deutschland und der Unterhalt für die Soldatenfamilien – nach dem Krieg geltend zu machen. Im Fall Belgien sollten sie gegen das Gold und die deutschen Clearingschulden »verrechnet« werden.^[449] Zu einem derart umständlichen Diktat kam es nicht. Stattdessen zog der Oberfinanzpräsident von Berlin-Brandenburg das mit französischer Hilfe geraubte

belgische Gold am 9. Oktober 1942 kurzerhand zugunsten des Deutschen Reiches ein. Als angebliche Rechtsgrundlage diente das Reichsleistungsgesetz vom 1. September 1939, das den Zwangsumtausch von Gold und Devisen in Reichsmark vorsah. Dem Gesetz entsprechend vergütete die Deutsche Reichsbank der Nationalbank von Belgien eine halbe Milliarde Reichsmark – hinterlegte sie allerdings auf einem Sperrkonto, auf das zwar die deutsche, nicht jedoch die angeblich begünstigte belgische Seite zugreifen konnte. [450] Die Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts meldete an Staatssekretär von Weizsäcker und Außenminister Ribbentrop: »Hiermit ist durch die Bemühungen des Auswärtigen Amts und des Gesandten Hemmen Gold im Werte von 550 Mio. RM endgültig in den Reichsbesitz übergegangen.«[451]

Derweil schonte Frankreich seine Bestände. Von den im Land verbliebenen Goldreserven transferierte die Banque de France mehrfach Teile in die Schweiz, um sie dem deutschen Zugriff zu entziehen.[452] Die in Berlin zuständigen Mitarbeiter Görings sahen gelassen zu: »Im Notfall« könne auf die schweizerischen Bestände »für Zwecke des Reiches verhältnismäßig leicht zurückgegriffen werden«.[453]

Nach deutschen Berechnungen gab Belgien für den Zivilbedarf während der deutschen Besatzung 83,3 Milliarden Belgische Francs aus. In derselben Zeit eigneten sich die Okkupanten 133,6 Milliarden an – einschließlich der so genannten Vorschüsse im

Handelsclearing. Hinzu kamen der Raub des Goldes, des jüdischen Eigentums und andere, nicht genau zu beziffernde Beutegüter. Am Ende hinterließen die Deutschen ein wirtschaftlich zerrüttetes Land.^[454]

Holland ohne Grenzen

Die Niederlande zählten etwas mehr Einwohner als Belgien, nämlich 8,8 Millionen. Die Besatzungskosten betrugen dort 1940, 1941 und 1942 pro Monat 100 Millionen Gulden, die dem Wehrmachtbefehlshaber zu überweisen waren. Darüber hinaus gingen drei Millionen Gulden an den Reichskommissar, der die niederländische Verwaltung mit einem kleinen Stab von Mitarbeitern beaufsichtigte.^[455] Der Wechselkurs zwischen Gulden und Mark wurde auf eins zu 1,33 festgelegt. Tatsächlich überschritt die Wehrmacht das offiziell mitgeteilte Besatzungskostenlimit zum Teil um mehr als 20 Prozent.^[456] Die holländischen Staatsausgaben beliefen sich 1939 auf 1,4 Milliarden Gulden;^[457] die Staatsschuld betrug Ende 1941 bereits 4,46 Milliarden,^[458] ein Jahr später acht Milliarden Gulden.^[459]

Seit dem Einmarsch im Mai 1940 verfolgten die Eroberer die Idee einer für sie vorteilhaften Wirtschaftsunion. In gehobenem Nazideutsch gesagt, beabsichtigten sie, »eine wirtschaftliche Verschmelzung mit Deutschland herbeizuführen«. Schon am 1. April 1941 war es so weit, und die Wirtschaftsgrenze wurde aufgehoben. Die rabiate Öffnung der niederländischen

Märkte zum Ausverkauf an Deutschland nahmen die Verantwortlichen vor, obwohl die Einkäufe bereits im ersten halben Jahr der Okkupation einen derartigen Umfang erreicht hatten, dass »zur Entlastung« der Niederländischen Notenbank »eine Staatsanleihe über 500 Mill. fl. aufgelegt werden« musste, was 665 Millionen Reichsmark entsprach.^[460] Die Notenbanker mussten das tun, weil sie die Besatzungsmacht zwang, die »großen Reichsmarksummen« der deutschen Aufkäufer einzulösen.

Die für Wirtschaftsfragen zuständigen Beamten versuchten durchzusetzen, dass nicht sämtliche Schwarzkäufe einfach als Besatzungskosten dem holländischen Staat aufgebürdet wurden. Das misslang. »So ist bekannt«, schrieb der deutsche Finanzpräsident in Den Haag, »dass die früher noch reichlichen Vorräte« von Deutschen »in größtem Umfange mit Reichskreditkassenscheinen« aufgekauft würden. Die Waren »gingen dann auf bekannte Weise unter dem Schutz irgendeines Uniformierten über die Grenze«.^[461] Aber statt das unterworfenen Land für solche Hamsterei zu entschädigen, taten die für die Kriegsfinanzen des Reiches Verantwortlichen das Gegenteil. Im Frühjahr 1941 verrechneten sie das Clearingguthaben der Niederlande mit fiktiven äußeren Besatzungskosten. Die niederländische Finanzverwaltung musste dafür 400 Millionen Reichsmark deutscher Schulden streichen und Gold im Wert von 100 Millionen Reichsmark liefern.^[462] Erst 1944 wurde die Devisengrenze wieder geschlossen, um den Kollaps des Gulden wenigstens aufzuschieben.^[463]

Im März 1944 resümierte das

Reichswirtschaftsministerium, die Niederlande hätten bis dahin insgesamt etwa 8,3 Milliarden Reichsmark an Besatzungskosten bezahlt.^[464] Wenn man danebenhält, dass bis zum März des Vorjahrs deutsche Privatpersonen, Behörden und Unternehmen 4,5 Milliarden Reichsmark für Aufkäufe aller Art ausgegeben hatten,^[465] dann führt das zu dem Schluss: Rund drei Fünftel der angeblichen Besatzungskosten dienten in Holland unmittelbar der deutschen Bereicherung. Die Einzelheiten des Milliardencoups ließen sich anhand der Quellen farbig ausmalen. Doch darauf kann hier verzichtet werden.

Die vorangegangenen Beispiele erlauben es, das dürre Zahlengerüst gedanklich zu vervollständigen und sich vorzustellen, wie sich die Bölls und Goettes, die Luftwaffenmajore, Göringbeauftragten und zivilen Dienstreisenden im sprichwörtlich reichen Holland aufgeführt haben werden. (Wer Genaueres darüber wissen will, findet in den Berichten der nordwestdeutschen Zollfahndungsämter die Spuren Tausendender abtransportierter Teppiche, Antiquitäten, Käseräder und all der guten, begehrenswerten Dinge. Da die Beamten des Zolls allgemein gegen Kriegskorruption vorzugehen hatten, behielten sie das deutsch-holländische Grenzgebiet auch dann noch im Auge, als der Zoll längst abgeschafft war.)

Die Betrieb-, Gesellschaft- und Vermögensteuern passten die Besatzungsverwalter mehr und mehr dem deutschen System an. Schon in den ersten Tagen erhoben sie eine Kriegsgewinnsteuer von zehn Prozent, dann von 25

Prozent und – bereits nach drei Monaten – von 35 Prozent.
[466] Das führte nach der Modellrechnung einer holländischen Zeitung dazu, »dass im ungünstigsten Fall 83^{1/3}% des Gewinnes dem Fiskus verfallen«.[467] Anders als in Deutschland wurde die Lohnsteuer zum 1. Juli 1942 generell um zehn Prozent erhöht. Zur Refinanzierung eines speziellen, noch zu erörternden niederländischen Kriegskostenbeitrags für »den antibolschewistischen Kampf« plante die Besatzungsverwaltung, auch die Umsatzsteuer zu erhöhen. Im Sinne der sozialen Balance dachte man im Frühjahr 1942 an »eine empfindliche Vermögensabgabe, insbesondere für die großen Vermögen (Industrie, ›Plutokraten‹)«. Letztere würde unter den holländischen Nazis der Mussert-Bewegung »sicherlich sehr populär werden«.[468] Nachdem die neuen Steuern in Kraft getreten waren, errechnete die holländische Tageszeitung Nieuwe Rotterdamsche Courant für bestimmte Unternehmen die konfiskatorische Besteuerung von 112 Prozent.[469]

Am 9. Februar 1942 entwickelte der für die Ausbeutung der Niederlande zuständige Hans Fischböck gegenüber dem Reichsfinanzminister den »Plan, neben den bisherigen Leistungen einen laufenden Beitrag für ›äußere Besatzungskosten‹ rückwirkend vom 1. Juli 1941 an von den Niederländern zu verlangen, und zwar 50 Mio. RM monatlich, davon 10 Mio. RM in Gold.« Fischböck hatte darüber mit dem extrem nazifreundlichen, von der Besatzungsmacht zum Chef der Staatsbank beförderten M. M. Rost van Tonningen schon länger gesprochen. Demnach sollten die Niederlande »den geforderten Beitrag

unter dem Titel ›Beitragsleistung zur gemeinsamen Kriegsführung‹ gegen den Bolschewismus aufbringen. Der Plan traf beim Reichsfinanzminister auf offene Ohren (»keine sachlichen Einwendungen«). Am 2. Mai 1942 bat Reichskommissar Seyß-Inquart van Tonnigen, die Summe an die Reichshauptkasse zu überweisen und das Gold in die Berliner Depots der Reichsbank zu transferieren. »Besonders dankbar« zeigte sich Göring für »die Erleichterung unserer Gold- und Devisennöte«.[470]

In Frankreich stark belastet

Nach der Niederlage im Juni 1940 teilte die deutsche Besatzungsmacht Frankreich in fünf Zonen auf: Elsass-Lothringen wurde faktisch dem Reich einverleibt, jedoch nicht förmlich annektiert; die beiden nördlichen Departements wurden dem Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich unterstellt; die Italiener erhielten ein kleines, der gemeinsamen Staatsgrenze vorgelagertes Herrschaftsgebiet; der Hauptteil des Landes wurde in die besetzte und eine unbesetzte Zone zergliedert, letztere wurde im November 1942 ebenfalls okkupiert. Im unbesetzten Teil bildete sich die Kollaborationsregierung in Vichy; im besetzten Teil installierten die Deutschen den Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers mit Sitz in Paris. Er bestand aus den beiden Abteilungen Verwaltung und Wirtschaft. Erstere leitete bis Mitte 1942 Werner Best.[471]

Die Wirtschaftsabteilung, die alle Finanzfragen einschloss, führte vom Anfang bis zum Ende der Besatzung Dr. Elmar Michel, ein Karrierebeamter aus dem

Reichswirtschaftsministerium.^[472] Er erhielt im Herbst 1940 zudem die Ämter des Deutschen Kommissars für den Außenhandel und des Deutschen Devisenkommissars mit Zuständigkeit für das gesamte französische Staatsgebiet.^[473] Innerhalb von Michels Abteilung zeichnete zunächst Reichsbankdirektor Leopold Scheffler für die Amtsgruppe »Währung, Kredit, Versicherung« verantwortlich. Ihm oblag die Kontrolle des französischen Finanzministeriums, die Banken- und Versicherungsaufsicht.^[474] Die Banque de France kontrollierte Carl Schaefer, der bis 1939 Präsident der Bank von Danzig gewesen war und dann die Reichskreditkasse im besetzten Polen mit aufgebaut hatte.

Neben dem Apparat der Militärverwaltung arbeitete als zweites Machtzentrum die Waffenstillstandskommission in Wiesbaden, die der Gesandte Hans Richard Hemmen leitete. Sie verhandelte bis zum Ende der Besatzungszeit für das gesamte Frankreich mit der Vichy-Regierung. Auch in Wiesbaden etablierte sich die Reichsbank in der Person von Reichsbankdirektor Heinrich Hartlieb. Daneben bestand weiterhin die Deutsche Botschaft in Paris. Sie symbolisierte eine gewisse Bestandsgarantie für die französische Souveränität und funktionierte als Frühwarnsystem; ihre Beamten betätigten sich als Hitlers nützliche Schlichter und Vermittler. Im Machtgefüge der Besatzungsgewalten kam ihr jedoch wenig Gewicht zu.

Mit dem Waffenstillstandsvertrag erlegten die Sieger den Besiegten einen täglichen Tribut von 20 Millionen Reichsmark auf – wobei das Reichsfinanzministerium den für damalige Begriffe ungeheuren Betrag als zu niedrig erachtete und eine Erhöhung anregte. Die Ministerialelite

begründete das in dem ihr eigenen, vornehmen Ton: Es gelte unbedingt zu vermeiden, dass ein späterer Friedensvertrag »unnötigerweise mit finanziellen und transferpolitischen Auflagen belastet« würde.^[475] Im Januar und Februar 1943 beliefen sich die täglichen Anforderungen der Wehrmacht auf 29 Millionen Reichsmark. Hinzu kamen die Einkaufstouren der Beauftragten von Göring und Speer. Wie der Verwaltungsrat der Reichskreditkassen feststellte, summierte sich all das auf »einen Francsbedarf von ca. 35 Millionen RM täglich oder rd. 1 Mrd. RM monatlich«.^[476]

Die zügellose Habsucht der Besatzer trieb die umlaufende Geldmenge rasch in die Höhe. In Frankreich betrugen die zivilen Staatsausgaben zwischen 1941 und 1943 jährlich rund 130 Milliarden Francs. Nachdem sich die Besatzungskosten zunächst auf etwa derselben Höhe gehalten, also den Staatshaushalt verdoppelt hatten, stiegen sie in den letzten beiden Jahren rasant an. Die starke Zunahme im Jahr 1943 erklärt sich als unmittelbare Folge der Niederlagen im Osten und der verstärkten Waffenproduktion. Sie findet in allen anderen deutsch besetzten Ländern Parallelen. So bemängelte Göring am 28. April 1943 gelegentlich eines Treffens in Berchtesgaden: »Die finanziellen Leistungen Frankreichs sind unzureichend.« Es fehle an einem »brauchbaren Steuerapparat für die Einziehung direkter Steuern«. Das gelte es zu verändern.^[477]

Neben den täglichen Besatzungsleistungen hatte Frankreich bald gewaltige Kredite für den Güterverkehr nach Deutschland (Clearingvorschüsse) einzuräumen. Sie

erhöhten sich zwischen 1941 und 1943 von 20 auf insgesamt 45 Milliarden Francs und wurden im Haushaltsentwurf für 1944 mit knapp 90 Milliarden veranschlagt. Außerdem bezahlte Frankreich für die Quartiere und die laufenden Kosten der italienischen Besatzungstruppen im Südosten. Damit nicht genug, beschaffte sich die Wehrmacht Geld, indem sie Kollektivstrafen gegen einzelne Städte verhängte. So hatte Nantes in den ersten neun Monaten der Besatzung bereits zehn, Cherbourg sechs, Bordeaux zwei Millionen Francs zu bezahlen.^[478] Zum Gesamtbild gehört auch die Beute, die der Wehrmacht während des überraschend schnellen Feldzuges in die Hände gefallen war.

Zwar stiegen die französischen Steuereinnahmen auf deutschen Druck hin zwischen 1941 und 1943 beträchtlich – von 68,2 auf 101 Milliarden Francs. Dennoch wuchs rasch ein Defizit, das sich auf 160 bis 220 Milliarden Francs pro Jahr addierte und im Haushaltsentwurf für 1944 auf 317 Milliarden prognostiziert wurde. Infolge der deutschen Habgier überschritten die Ausgaben die regulären Staatseinnahmen schließlich um mehr als das Dreifache.^[479]

Nach dem amtlichen Bericht der Reichsbank vom Frühjahr 1944 betrugen die Besatzungskosten bis dahin insgesamt 680 Milliarden Francs. Hinzu kamen noch die Exporte von Waren und Dienstleistungen nach Deutschland im Gegenwert von 120 Milliarden Francs – etwa die Hälfte davon auf Kreditbasis.^[480] Da die Besetzung noch gut vier Monate andauerte, ist für diese Zeit noch ein Aufschlag von mindestens zehn Prozent

anzusetzen. Nach der Befreiung Frankreichs stellte der neue französische Finanzminister Aimé Lepercq fest, Deutschland habe insgesamt 900 Milliarden Francs aus dem Land herausgeholt.^[481] Die französischen Staatsschulden stiegen in der Besatzungszeit um 1050 Milliarden Francs.^[482] Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich kalkulierte die Frankreich auferlegten Besatzungskosten 1944 mit 35,25 Milliarden Reichsmark, das wären 705 Milliarden Francs plus Clearingschulden. In dieser Zahl nicht enthalten sind die Leistungen des einverleibten Elsass-Lothringen und jene an die italienische Besatzungsmacht in Südostfrankreich.

Die verhältnismäßig einheitlichen Angaben lassen die Feststellung zu, dass die unmittelbaren deutschen Entnahmen aus Frankreich gewiss über 800 Milliarden Francs oder 40 Milliarden Reichsmark lagen. Insgesamt bewirkte die Ausplünderung nach dem nüchternen Urteil von Reichsbankdirektor Hartlieb »eine wirksame Entlastung des Reichsetats und damit in ihrer letzten Auswirkung auch eine verringerte Inanspruchnahme des Notenbankkredits [in Deutschland], für Frankreich dagegen eine starke Belastung des Haushalts und der Währung«.^[483] Pierre Arnoult resümierte 1959 über die nach außen hin so überaus korrekte deutsche Technik des Raubens, die darin bestand, alles und jedes stets zu bezahlen – allerdings mit dem Geld des unterworfenen Landes: »[Les Allemands] ne nous ont rien enlevé de vive force; ils nous ont tout acheté correctement; mais ils ont tout payé avec l'argent qu'ils nous avaient pris.«^[484]

Der französische Finanzminister hatte die Besatzungskosten stets auf das Konto der Reichskreditkasse in Paris zu überweisen. Neben dem schon beschriebenen Privatraub etablierte sich der – im Zusammenhang mit Görings Weihnachtseinkäufen schon gestreifte – hoch entwickelte Staatsraub. Beispielsweise verlangte der Militärbefehlshaber in der Periode vom Januar bis Oktober 1942 6,5 Milliarden Reichsmark, also 21,3 Millionen täglich. Von diesem Betrag wurden in der fraglichen Zeit von Behörden des Deutschen Reichs 720 Millionen Reichsmark für den Erwerb »von Pferden, Lebens- und Genussmitteln f[ür] Osttruppen«, also für die deutschen Armeen in der Sowjetunion, aufgewandt. 840 Millionen Reichsmark flossen in (offizielle) »Schwarzkäufe, Wertpapiere und Kunstwerke«.^[485]

Eingespielt hatten sich solche Praktiken schon in den ersten Wochen nach dem Einmarsch in Paris. Während das Konto Besatzungskosten Frankreich B den laufenden, erheblich überhöhten Ausgaben der Wehrmacht und ihrer Soldaten diente, wurde das Konto Besatzungskosten Frankreich A von vornherein zur deutschen Selbstbedienung angelegt. Von dort wurden schon im ersten halben Jahr die folgenden Beträge, wie es wörtlich heißt, »abgezweigt«: 536 Millionen Reichsmark für die Familien »in Deutschland angesetzter französischer Arbeiter«. 250 Millionen Reichsmark wurden dem Reichswirtschaftsministerium »für Rohstoffbezüge und für den Ankauf von Beteiligungen zur Verfügung gestellt«; neun Millionen erhielt das Reichsernährungsministerium »für den Ankauf von Vieh«; fünf Millionen das

Reichsverkehrsministerium zum Erwerb eines großen, in Frankreich deponierten Postens von Aktien der Internationalen Schlafwagengesellschaft Brüssel.^[486] Die Grundsatzabteilung des Reichsfinanzministeriums führte die in Frankreich erzielten Einnahmen auf Konto A ausdrücklich als Mittel »zur Verfügung des RfinMin«.^[487]

Zudem erleichterte der im Interesse deutscher Aufkäufer möglichst günstig festgelegte Umtauschkurs verschiedene Formen des Raubes: Eine Reichsmark entsprach 20 Francs, was eine 25-prozentige Abwertung bedeutete. Für ältere deutsche Außenstände wurde allerdings der dafür günstigere Vorkriegskurs beibehalten. Wie im besetzten Polen machte das Reichsfinanzministerium auch mit jedem aus dem Elsass oder aus Lothringen vertriebenen Franzosen sein Geschäft zum Vorteil der deutschen Staatskasse und vereinnahmte dabei rund fünf Millionen Reichsmark. Reichten die Gelder auf dem Besatzungskostenkonto A nicht aus, so wurden sie rasch von B nach A verschoben. Beispielhaft für das Jonglieren mögen die Umbuchungen von 600 und 900 Millionen Francs am 3. März und am 9. Oktober 1941 stehen, die das Reichswirtschaftsministerium veranlasste.

[488]

Der für Rohstoffkäufe gegründeten Firma Roges (Rohstoff-Handelsgesellschaft m.b.H.) wurden allein zwischen dem 16. Mai und dem 14. Oktober 1942 für Wareneinkäufe in Frankreich 700 Millionen angewiesen. Allerdings nicht von Konto A, sondern von Konto B, das angeblich ausschließlich den laufenden Besatzungsausgaben diente.^[489]

Daneben lösten private und öffentliche Aufkäufer RKK-Scheine im Wert von insgesamt 2,5 Milliarden Reichsmark ein, davon 1,3 Milliarden im Jahr 1943, die nicht auf dem Besatzungskostenkonto A verbucht wurden.^[490] Auch die RKK-Scheine fielen für die Einkäufer nicht vom Himmel: Sie mussten zuvor mit Reichsmark bezahlt werden und erzeugten dabei Einnahmen für die Reichskasse.

Im September 1943 begann Rüstungsminister Albert Speer mittels der neu gegründeten Firma Primetex in Frankreich Werkzeugmaschinen für die deutschen Fabriken aufzukaufen. Heimlich wurde das Geschäft mit 300 Millionen Francs aus dem Besatzungskostenetat begonnen.^[491] Daneben agierte die schon genannte Roges.^[492] Sie war im Dezember 1940 von Göring gegründet worden und befand sich zu 100 Prozent in Reichsbesitz. Im Verwaltungsrat übte Ministerialdirigent Bender vom Reichsfinanzministerium den Vorsitz aus. Die solcherart beaufsichtigte Gesellschaft verfolgte als Geschäftszweck die »Erfassung und Verwertung der Beute in allen besetzten Gebieten sowie Einkauf, Lagerung und Wiederverkauf von kriegswichtigen Rohstoffen«.^[493]

Blättert man in den Unterlagen für die Jahre 1940 bis 1943, die sich im Pariser Nationalarchiv für das Besatzungskostenkonto A erhalten haben, dann fällt sofort auf, was die dort verbuchten Transaktionen kennzeichnete: Sowohl Behörden als auch Unternehmen und Privatpersonen aus Deutschland, die sich für ihre Großeinkäufe in Frankreich mit der Landeswährung ausstatten ließen, bezahlten den jeweiligen Gegenwert zunächst in Reichsmark an die Reichshauptkasse.

Das Verfahren wurde allerdings verdeckt gehandhabt. Dazwischengeschaltet war die so genannte Allgemeine Warenhandelsgesellschaft, Berlin, die jedoch einzig und allein als Tarnadresse (ähnlich wie die noch zu beschreibenden Briefkastenfirmen Deutsche Verrechnungskasse oder Berliner Büro der Zentralwirtschaftsbank Ukraine) für die Kreisläufe der vom Reichsfinanzministerium betriebenen Geldwäsche diente. Von dort waren die Überweisungen der einzelnen deutschen Unternehmen an die Reichshauptkasse weiterzuleiten und »beim Einzelplan XVII Teil XV des außerordentlichen Haushalts als Haushaltseinnahme zu buchen«. Der schon aus der Enteignung von Juden bekannte Einzelplan XVII gehörte zum außerordentlichen Kriegshaushalt des Deutschen Reiches.

Der deutsche Unternehmer, der französische Rohstoffe und Erzeugnisse einkaufte oder Zulieferaufträge nach Frankreich vergab, mochte seinen Gewinn machen, doch er bezahlte das Erworbene ordnungsgemäß in Reichsmark. Dasselbe galt für den Erwerb von Unternehmensanteilen in Frankreich. Auch in diesen Fällen wurden die französischen Aktien, die deutsche Anleger, Unternehmen und Banken kauften, zum Tageskurs in Reichsmark bezahlt. Jedes Mal landete das Geld also in der Reichskasse, während die französischen Verkäufer ihr Geld aus Mitteln des Besatzungskostenhaushalts erhielten.^[494]

Die AEG in Berlin-Oberschöneweide ließ sich am 9. und am 13. November 1940 mit Francs im Gegenwert von 4,3 Millionen Reichsmark ausstatten, um in Frankreich einzukaufen. Im November besorgte sich die Deutsche

Bank Francs im Gegenwert von 20,25 Millionen. Am 23. Oktober 1940 beantragte die Cautio Treuhandgesellschaft in Berlin Francs im Wert von drei Millionen Reichsmark, am 20. November abermals eine Million, am 5. Dezember 1,5 Millionen, am 27. Dezember zwei Millionen. Am 11. Dezember stieg die Dresdner Bank mit zwei Millionen Reichsmark in die Frankreich-Geschäfte ein, am 23. Januar 1941 folgte die nächste Tranche von drei Millionen. Am 20. Januar 1941 zog die Berliner Handelsgesellschaft mit 1,3 Millionen nach, am 11. Februar legte sie eine weitere Million dazu.

Die großen Unternehmen und einzelne Handelsfirmen kauften für ihren laufenden Bedarf in Frankreich ein oder hatten es auf Aktienpakete abgesehen. Banken und Treuhandgesellschaften akquirierten für anonyme Auftraggeber Wertpapiere. Sie bedienten sich dabei der zwangsverwalteten Westminster Foreign-Bank in Paris, der Banque de Paris et des Pays Bas, der Crédit Lyonnais und der Lloyds & National Provincial Foreign Bank Ltd. Bevorzugte Adresse war zunächst jedenfalls die Westminster Foreign-Bank.^[495] Einen erheblichen Betrag wandte die Preußische Staatsbank (Seehandlung) auf, um die in Frankreich greifbaren Aktien der Mines de Bor in deutschen Besitz zu bringen.^[496] Die Anträge waren über den Deutschen Kommissar bei der Banque de France an den deutschen Kommissar der Westminster Foreign-Bank zu richten. Sowohl das Devisenschutzkommando Frankreich als auch die Wirtschaftsabteilung des Militärbefehlshabers gaben zu solchen Käufen jeweils ihr Einverständnis und notierten auch, dass es dabei um

Aktien »aus französischer, zum Teil jüdischer Hand« gehe.

[497]

Auf demselben Weg wurden die Lieferungen französischer Firmen an das Reich »bezahlt«. Da fielen zum Beispiel am 11. November 1940 in Dortmund 720000 Reichsmark an, überwiesen für französischen Schrott, der in den Hochöfen an der Ruhr verhüttet wurde. Ob Carl Zeiss Jena, die Allianz, Friedrich Krupp, die Goldschmiedekunstwerkstätten Kurt Herrmann Berlin oder der Lifestyle-Ausstatter Meisterräume (Gesellschaft für repräsentative Wohnkultur) Waren, Rohstoffe oder Firmenanteile in Frankreich kauften – es war überall das Gleiche: Die Empfänger bezahlten, das Reich kassierte und die Franzosen zahlten von Staats wegen ein zweites Mal.

Das Oberkommando des Heeres ließ sich am 5. Dezember 1940 mit Francs im Gegenwert von 20 Millionen Reichsmark zu Lasten des Besatzungskontos A ausstatten, um für den allgemeinen Wehrmachtbedarf einzukaufen.

Die leitenden Beamten des Propagandaministeriums gingen kurz vor Weihnachten 1940 mit Francs im Gegenwert von 750000 Reichsmark auf Tour, und die Deutschen Goldschmiedekunstwerkstätten, Berlin, Unter den Linden, deckten sich für 500000 Reichsmark ein.^[498]

Aber ebenso tauchten am 17. Dezember 1940 die Oberbürgermeister der Städte Düsseldorf, Essen und Wuppertal als Kaufinteressenten auf. Am 20. Januar 1941 folgte der Frankfurter Oberbürgermeister, am 21. Januar der Oberpräsident der Rheinprovinz. Am 12. Februar 1941 schickte der Berliner Oberbürgermeister seine Einkäufer,

ausgestattet mit 701000 Reichsmark, nach Frankreich.^[499] Der Feinschmeckergrossist Riensch & Held oder die Emil Köster AG, Berlin, kauften Delikatessen für den gehobenen Kriegsalltag. Am 17. Oktober 1940 ließ sich Hitlers Kunstaukäufer Karl Haberstock mit 1,5 Millionen Francs zu Lasten des Besatzungskostenkontos A versehen. Zuvor hatte das Reichswirtschaftsministerium den entsprechenden Betrag von 75000 Reichsmark an die Reichshauptkasse (alias Allgemeine Warenhandelsgesellschaft Berlin) überwiesen.^[500]

Es stimmt also nicht, wenn es in der offiziellen, insgesamt kritisch gehaltenen Kriegsgeschichte des Militärgeschichtlichen Forschungsamts heißt: »Bezahlt wurden die Verflechtungsgeschäfte insgesamt mit Hilfe von Krediten aus den Besatzungskosten.«^[501] Abgesehen davon, dass nicht ein Kredit aus den Besatzungskosten gewährt wurde, sondern eine Zahlung à fonds perdu, beglichen die Auftraggeber ihre Rechnungen sehr wohl, nur verhinderte das Reichsfinanzministerium die Weitergabe des Geldes. Diese »Verrechnungsregelung« galt für die Dauer des Waffenstillstandsvertrages und war für das besetzte Land unkündbar.

Zu den wirtschaftlichen Folgen dieses Diktats merkte der für die Finanzen in Frankreich zuständige Beauftragte bei der Waffenstillstandskommission an: »Im gleichen Umfang, wie Waren von Frankreich nach Deutschland ausgeführt und die dafür aufgewendete Kaufkraft zur Deutschen Verrechnungskasse und damit zur Reichsbank zurückfloss, war das französische Finanzministerium gezwungen, bei ständigem Güterentzug die

entsprechenden Frankenbeträge den französischen Gläubigern aus Staatskrediten [gemeint sind Staatsanleihen] zur Verfügung zu stellen. Den günstigen Rückwirkungen auf den Wert der Reichsmark standen also entsprechend ungünstige Rückwirkungen auf den Wert des französischen Franken gegenüber.«^[502]

Die Deutsche Verrechnungskasse teilte die Adresse, die Telefonnummer und die Formulare mit der Reichsbank. Es handelte sich schlicht um eine Abteilung derselben.

Italien: Beahlt wird nicht

Nachdem deutsche Truppen im September 1943 in das abtrünnige Italien eingerückt waren, stellte das Auswärtige Amt schriftlich klar, wie es um das Verhältnis zwischen Besatzungskosten und Clearing-Verrechnung bestellt sei. Die Diplomaten hielten ihre Pläne offenbar für völkerrechtswidrig und verfügten deshalb, ihr Schreiben dürfe »unter keinen Umständen im Original weitergegeben werden«. Darin hieß es: »Die militärische Lage zwingt uns, aus dem italienischen Raum Fertigwaren und Rohstoffe in so großem Umfang nach Deutschland auszuführen oder dorthin zu verlagern, dass ihre Verrechnung über Clearing praktisch unmöglich ist. Die Bezahlung dieser Güter wird also im Wesentlichen aus dem von der italienischen Regierung laufend zur Verfügung gestellten Kriegslastenbeitrag zu decken sein, so dass die Wiederaufnahme des Clearings [wie es in der Achsenzeit bestand] den Charakter eines zusätzlichen wirtschaftlichen Ausgleichs- und Tarnungssystems erhält, das nach innen

und außen der von der Feindpropaganda vertretenen These von der ›Ausplünderung‹ Italiens entgegenzuwirken vermag.«

Um den Lieferwillen wichtiger Firmen zu wahren, mussten zunächst einmal die alten Schulden bezahlt werden, die aus den Jahren der deutsch-italienischen Allianz noch offen standen. Dabei handelte es sich um »einen erheblichen Saldo zugunsten der Italiener«. Zum Ausgleich dafür musste nach Ansicht des Auswärtigen Amts »ein fester Monatsbetrag von etwa 100 Mio. Lire« aus den italienischen Besatzungskostenzahlungen »abgezweigt« und nach Möglichkeit »von Fall zu Fall erhöht« werden. So bezahlten die Italiener in ihrer Gesamtheit jene Schulden, die deutsche Auftraggeber in den Jahren zuvor bei einzelnen Lieferanten gemacht hatten. (Soweit es sich dabei um deutsche Privatfirmen handelte, hatten diese in Reichsmark bezahlt.) Genau dieselbe Technik wollten die Autoren des zitierten Papiers angewandt wissen, um an die Ersparnisse heranzukommen, die italienische Zwangsarbeiter und zur Zwangsarbeit eingesetzte italienische Kriegsgefangene für ihre Familien überweisen würden. Von Anfang an sollte dafür »aus dem Kriegslastenbeitrag« des Landes ein »Betrag von monatlich 200-250 Mill. Lire« vorgesehen werden.^[503]

Insgesamt entnahmen die Deutschen aus Italien Werte von mindestens 10 Milliarden Reichsmark. Pro Monat waren zunächst sieben Milliarden Lire zu bezahlen. Zwar befreiten die alliierten Truppen während der 18 folgenden Kriegsmonate immer größere Teile des Landes, doch blieb der reiche Norden bis fast zum Schluss unter deutscher

Kontrolle. Da das Land äußerlich schon bald wieder als verbündet galt und der in einem kühnen Coup befreite Mussolini in Salò am Gardasee die Repubblica Sociale Italiana begründete, zahlte Italien keine Besatzungskosten, sondern einen – euphemistisch so bezeichneten – Kriegskostenbeitrag.^[504]

Wie anderswo auch legten die Deutschen die Besatzungskosten nicht nach dem tatsächlichen Aufwand der Wehrmacht fest, sondern orientierten sich zunächst an den Rahmendaten des letzten Staatshaushalts. In Italien hatte der Voranschlag für 1942/43 rund 81 Milliarden Lire betragen.^[505] Der alte Haushaltsansatz hatte noch einen erheblichen Einnahmeanteil enthalten, den das faschistische Italien in den bis zum August 1943 besetzten Gebieten seinerseits betreiben wollte; im Übrigen umfasste er Einnahmen aus den Teilen des Landes, die die Alliierten Schritt für Schritt eroberten. Dennoch erklärten die Deutschen den gewissermaßen großitalienischen Haushalt 1942/43 zum Ausgangspunkt für die Höhe des Kriegskostenbeitrags.

Im März 1944 schlüsselte der für die Finanzen verantwortliche Referent beim Bevollmächtigten General in Italien die volkswirtschaftliche Situation genauer auf. Demnach stand einem jährlichen Volkseinkommen von 130 Milliarden Lire ein an die Deutschen zu zahlender Kriegskostenbeitrag von 84 Milliarden gegenüber. Es blieben also 46 Milliarden für den privaten und öffentlichen Konsum. So das rein rechnerische Bild. Das reale stellte sich noch bedrückender dar: »Dabei ist zu berücksichtigen«, so hieß es weiter, »dass Italien außer

dem Kriegslastenbeitrag noch die Quartierleistungen, die Requisitionen, die Wehrmachtschäden und die Kriegsschäden für Deutsche vorschussweise bezahlen und bis zu einem gewissen Maße auch im Verrechnungsverkehr in Vorlage treten soll. Es kommen außerdem noch die eigenen italienischen Kriegslasten (Kriegsschäden, Pensionen usw.) in Betracht.«^[506]

Obendrein stand dem fortlaufenden Anwachsen all dieser »Beiträge« nach dem Vertragsdiktat vom 23. Oktober 1943 nichts im Wege. Die entscheidende Passage lautete: Dem Großdeutschen Reich sei von Italien »ein dem wirtschaftlichen Bedarf der deutschen Organisationen entsprechender Kriegslastenbeitrag zur Verfügung zu stellen«. Hatte man sich 1940 in Frankreich noch Umstände mit den Konten A und B gemacht, um den besatzungsfremden Aufwand gesondert zu verbuchen, so hieß es jetzt vom Reichsfinanzministerium: Was man auf deutscher Seite mit den Geldern mache, sei »allein unsere Sache«; »soweit die Lire zu Käufen für den Bedarf außerhalb Italiens eingesetzt« würden, entstünde »in Gestalt des aufkommenden Reichsmark-Gegenwerts ein Beitrag Italiens zu den äußeren Besatzungskosten«.^[507]

Wie nicht anders zu erwarten, ließen sich das Reichsernährungsministerium, Göring, Röge wie der Generalbeauftragte von Speers Rüstungsministerium hohe Lire-Beträge bereitstellen, um in Norditalien einzukaufen. Für Rüstungszwecke wurde ein Drittel der Kontributionen aufgewandt, der Rest für die Löhnung der Soldaten und des Wehrmachtgefolges, für sonstige Einkäufe und erhebliche Beträge für Befestigungsbauten.^[508]

Eine solche Politik heizte die Inflation an, verknappte Güter und bewirkte Not. Das provozierte – gestärkt durch die militärischen Erfolge der Alliierten – den Zulauf zu den Partisanen und das Anwachsen des zivilen Protests. Als 70000 Arbeiter in Mailand und 50000 in Turin streikten, sinnierte der Abgesandte des Reichsfinanzministeriums, Dr. Hubert Schmidt, im Juni 1944: »Eine Lösung dieser Frage wird wohl nur in der Weise möglich sein, dass Streikende in größerer Anzahl in deutsche Konzentrationslager gebracht werden.« Demselben Finanzbeamten, der solche Lösungen mit Leichtigkeit bereithielt, fiel zu seinem ureigenen Aufgabengebiet nichts ein: »Die Verschuldung des ital[ienischen] Staates ist in unaufhaltsamem Wachsen« begriffen, fasste er im August 1944 zusammen, »die ordentlichen Einnahmen im Haushaltsjahr 1943/44 [sind] um etwa 30 v.H. gegenüber dem Vorjahr abgesunken und decken nur noch knapp 14 v.H. der Ausgaben.«^[509]

Ergänzungsraum Ost

Sklavenarbeit für das Reich

Von 1940 an benutzte das Reichsfinanzministerium beharrlich jede Möglichkeit, um wesentliche Lohnanteile der in Deutschland eingesetzten ausländischen Arbeiter zugunsten der Reichskasse einzustreichen. So wanderten die von deutschen Firmen überwiesenen Lohnanteile für etwa 250000 belgische Arbeiter, die für deren Familien bestimmt waren, auf ein Sammelkonto des deutschen Staates. Von dort flossen die Reichsmarkbeträge an die Reichshauptkasse, während die Angehörigen der Arbeiter ihr Geld in Belgischen Francs aus dem Besatzungskostenhaushalt erhielten. Das heißt, die deutschen Unternehmer kamen für den vollen Tariflohn auf; anschließend nahm die Reichskasse – neben den Lohnsteuern – jenen Teil ein, den die Arbeiter als Unterhalt überwiesen, und ließ das Geld in belgischer Währung allein zu Lasten der belgischen Volkswirtschaft den Arbeiterfamilien zukommen.^[510]

Das staatliche Unterschlagen von Lohngeldern ausländischer Arbeiter wurde gegenüber Holland, Frankreich, Kroatien, Serbien, Böhmen und Mähren oder der Slowakei praktiziert, später auch gegenüber Italien. Wobei es insoweit keine Rolle spielte, ob der einzelne Arbeiter freiwillig oder unfreiwillig in Deutschland arbeitete. Für die deutsche Finanzverwaltung bedeuteten diese und – wie schon gezeigt wurde – viele ähnliche

Transaktionen ein kräftiges Plus für die Reichseinnahmen. Man verbuchte die Geldzuflüsse unter dem bald in vielfacher Hinsicht anrühigen Rubrum Allgemeine Verwaltungseinnahmen. Dazu bemerkte Rafael Lemkin bereits 1944 treffend: »Thus the occupied countries not only finance the exports to Germany, but also pay their own people working in Germany.«^[511] Auch in Frankreich spielte sich die geschilderte Form des Großraubes sofort ein. Bereits im ersten halben Jahr wurde mehr als eine halbe Milliarde Reichsmark für die Familien »in Deutschland angesetzter französischer Arbeiter« abgerufen und in Francs an die Berechtigten ausbezahlt.^[512] Allerdings sank die Zahl französischer (Zwangs-)Arbeiter später erheblich. Im Fall Belgiens wurden, wie im Fall der verbündeten Länder, die für die Familien vorgesehenen Lohnanteile zwar auf dem Clearingkonto gutgeschrieben, doch im Ergebnis bedeutete das keinen Unterschied. Der Ausgleich solcher Clearingschulden wurde zu keinem Zeitpunkt ernsthaft erwogen.^[513]

Als schließlich das zuvor verbündete Italien im September 1943 besetzt wurde, verschleppten die Deutschen mehr als eine halbe Million Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit. Wieder blieb das Geld in Deutschland hängen. Da sich das System des staatlichen Lohnbetrugs mittlerweile eingespielt hatte, wurde, wie schon dargelegt, für die italienischen Familienangehörigen von Anfang an ein Betrag vorgesehen, der »aus dem Kriegslastenbeitrag« des Landes aufzubringen war. Die Firmen, die italienische Zwangsarbeiter beschäftigten, hatten das Geld auf ein

Konto der Deutschen Bank zu überweisen. Von dort gelangte es, wie im Fall der anderen ausländischen Arbeiter auch, auf ein »Lohnersparniskonto« der Deutschen Verrechnungskasse. Nach Italien wurden die eingegangenen Gelder jedoch nicht überwiesen, vielmehr veranlasste der Reichswirtschaftsminister: »Sie bleiben hier in Berlin zur Verfügung der italienischen Regierung. Über die Verwendung der angefallenen Reichsmarkbeträge wird später eine Entscheidung herbeizuführen sein.« Das bedeutete im Klartext das laufende Umwandeln des Guthabens in Reichsschatzanweisungen. Im Fall eines Sieges wären sie zum angeblichen Ausgleich äußerer Besatzungskosten verrechnet worden. Die Unterlagen über die Überweisungen für einzelne italienische Arbeiter auf das Sammelkonto der Deutschen Bank bildeten für die Banca del Lavoro in Italien die Grundlage zur Auszahlung an die Familien. Dafür hatte der italienische Finanzminister der Bank »einen entsprechenden Kredit zu eröffnen«.[514]

Das Procedere für polnische und sowjetische Zwangsarbeitskräfte gestaltete sich deutlich härter. Verschleppten deutsche Greiftrupps einen Arbeiter oder eine junge Frau zum Beispiel aus der Ukraine nach Deutschland, so sollte 1942 – zumindest nach der entsprechenden Anordnung – mit dem bescheidenen Besitz der Deportierten Folgendes geschehen: »Zurückbleibendes Hab und Gut sowie Bargeld« mussten dem Dorfältesten zu treuen Händen übergeben werden, der die Sachwerte zu veräußern hatte. »Das lebende

Inventar (Pferde, Kühe, Schweine, Schafe, Hühner, Gänse usw.), Heu, Stroh und Feldfrüchte«, waren »sofort« dem örtlich zuständigen Wirtschaftskommando der Wehrmacht »zum Kauf anzubieten«. Den Erlös aus den Verkäufen und das Bargeld musste der Dorfälteste auf ein angebliches Sperrkonto bei der Reichskreditkasse abliefern. Sie sollte das Geld später, so wurde vorgespiegelt, wenn »der Landarbeiter in seine Heimat zurückbefördert« würde, diesem aushändigen, damit er »dann das Geld zum Wiedererwerb von Vieh und Saatgut verwenden« könne. Was auch immer mit einem sowjetischen Zwangsarbeiter nach einem deutschen Sieg geschehen wäre, jedenfalls wurde sein gesamter Besitz zunächst in Geld verwandelt und der Kriegskasse des Reiches direkt einverleibt.^[515]

In Deutschland angekommen, wurden die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen den einzelnen Betrieben zugewiesen. Diese mussten auch die aus Osteuropa verschleppten Arbeitskräfte nach Tarif entlohnen, zumeist in den Billiglohngruppen der Ungelernten. Am 5. August 1940 erließ der Reichsverteidigungsrat eine Verordnung, wonach in Deutschland beschäftigte Polen »eine Sozialausgleichsabgabe als Zuschlag zur Einkommensteuer zu entrichten« hatten. (Die Entwürfe für diese Verordnung gehen auf das Jahr 1936 zurück, als man im Reichsfinanzministerium unter dem einfallsreichen Namen »Leistungsausgleichsteuer« über eine Sondersteuer auf die laufenden Arbeitseinkommen der deutschen Juden nachdachte.)^[516] Die Erträge der 1940 dann zunächst für Polen geschaffenen Sozialausgleichsabgabe flossen

ausschließlich dem Reich zu. Zugleich verschaffte sich der Reichsfinanzminister die Ermächtigung, die Vorschriften auf andere, besonders diskriminierte Gruppen von Zwangsarbeitern auszudehnen. Bald schon musste auch für Juden und Zigeuner die Zusatzabgabe entrichtet werden.

[517]

Gemäß der Ersten Durchführungsverordnung war die Sondersteuer grundsätzlich von allen Polen im Reich zu leisten, also auch von denjenigen, die freiwillig in Deutschland arbeiteten, und von denjenigen, die in den von Deutschland annektierten Teilen lebten.

Ausgenommen wurden die in der Landwirtschaft tätigen polnischen (Zwangs-)Arbeiter, für die eine – gemessen am deutschen Normallohn – besonders ungünstige Tarifordnung erlassen worden war. Sie erhielten Kost und Logis sowie ein Taschengeld zwischen 8,50 und 26,50 Reichsmark monatlich.[518] Das bedeutete einen massiven Steuerverzicht des Reiches und subventionierte indirekt die Bauern, die Großagrарier und die Lebensmittelpreise.

Die Sozialausgleichsabgabe betrug 15 Prozent des Bruttolohns und wurde damit begründet, dass die polnischen Arbeiter weder Arbeits- oder Wehrdienst leisteten, noch zu Beiträgen an die deutsche Arbeitsfront oder zu Zwangsspenden an das Winterhilfswerk herangezogen werden würden.[519] Darüber hinaus veranlagte man einen Zwangsarbeiter (und auch in freier Arbeit eingesetzte Polen) zur Lohnsteuer ausnahmslos nach den ungünstigen Steuerklassen I oder II. Die aus familienpolitischen Gründen eingeführten Gruppen III und IV »kamen von vornherein für polnische Steuerpflichtige

nicht in Betracht«. Genauso hatte man schon vorher, seit dem 17. Februar 1939, die Juden lohnsteuerrechtlich diskriminiert. Auch sie wurden in die schlechteste Steuergruppe I eingestuft, nachdem ihnen der Reichsfinanzminister schon ein Jahr vorher die Kinderfreibeträge genommen hatte.^[520] Für sowjetische Arbeiter modifizierten die Behörden das Verfahren später mehrfach, ohne dass für die Arbeitgeber oder Zwangsarbeitnehmer nennenswerte finanzielle Veränderungen eingetreten wären.

Ein jüdischer Mann mit Frau und einem Kind, der 1942 als Zwangsarbeiter bei Daimler-Benz (einschließlich aller Schichtzulagen) 234 Reichsmark monatlich verdiente, hatte davon 108 Reichsmark an Steuern und – de facto ohne Ansprüche aufzubauen – an Sozialversicherungsbeiträgen zu entrichten. Sein arischer Arbeitskollege erhielt unter Umständen den gleichen Lohn, doch hatte dieser lediglich 9,62 Reichsmark an Steuern und 20,59 an Sozialversicherungsbeiträgen abzuführen. Juden, Zigeuner und osteuropäische Zwangsarbeiter bezahlten also mehr als das Dreifache an Steuern und Sozialabgaben.^[521] Eben deshalb – und ausschließlich auf dem Rücken der in der deutschen Industrie beschäftigten Zwangsarbeiter und der freien polnischen Arbeiter in den annektierten Gebieten – verdoppelten sich die Lohnsteuereinnahmen in der zweiten Kriegshälfte. Was den Polen dann noch blieb, sollten sie im Wesentlichen als Familienunterhalt in das Generalgouvernement transferieren. Darum hatten die Arbeitgeber die entsprechenden Lohnanteile auf ein Sammelkonto des

Reiches zu überweisen, wo sie einfach als außerordentliche Staatseinnahmen verbucht wurden. Der Familienunterhalt musste dann von der Regierung des Generalgouvernements zu Lasten Polens aufgebracht werden.

Diese Form des Betrugs ging maßgeblich auf die Initiative des Reichsfinanzministers zurück. Deswegen beschwerten sich diejenigen, die im Generalgouvernement aus purem Eigeninteresse für einigermaßen erträgliche Verhältnisse sorgen wollten, schon im Herbst 1940.

Generalgouverneur Hans Frank kritisierte vehement, dass man den polnischen Fremdarbeitern im Reich »den Lohn kürze und, wenn wirklich ein Überschuss vorhanden sei, die Finanzkasse des Reiches diesen Überschuss in Gestalt der Sozialabgabe auch noch für sich beanspruche«.

Folglich müsse das Generalgouvernement »aus staatlichen Mitteln die Fürsorge für die Familien übernehmen, deren Ernährer im Reich arbeiten«.

Angeblich zeigte sich selbst Hitler »über diese Entwicklung sehr erstaunt« und soll geäußert haben: »Wenn z.B. die Finanzverwaltungsbehörden des Reiches die Beträge, die die polnischen Arbeiter im Reich verdienen, nicht an das Generalgouvernement abführen, sondern unter einem Decknamen im Reich selbst verwenden, so ist das ein absolut unmöglicher Zustand.«^[522] Auch protestierten einzelne Firmen und beispielsweise die Gauleitung Ostpreußen gegen die zu starke finanzielle Benachteiligung polnischer Arbeiter. Schließlich könne auf solche Weise jeder Anreiz zu intensiver und gewissenhafter Arbeit verloren gehen.^[523]

1943 forderte das Reichssicherheitshauptamt, »dass zurzeit jede Schlechterstellung für Polen vermieden« werden solle, weil »die Widerstandsbewegung in Polen sich sehr versteift habe«. [524]

Nach allen steuerlichen Abzügen wurden den aus Polen und der Sowjetunion stammenden Arbeitern für die Lebenshaltungskosten im Lager 1,50 Reichsmark pro Tag vom Lohn abgezogen. Nach einer zeitgenössischen Modellrechnung sah das Ergebnis der Abzüge so aus: Bei einem Wochenlohn von 40 Reichsmark blieben den russischen oder polnischen Zwangsarbeitern nach dem Abzug der erhöhten Lohnsteuer, der Sondersteuer (Sozialausgleichsabgabe), der Sozialversicherungsbeiträge und der Lebenshaltungskosten im Lager noch ein Rest von rund zehn Mark übrig. Der aber sollte »angesichts der knappen Konsumgüterversorgung im Reich möglichst auch nicht voll verausgabt werden«. [525]

Hier setzte das »Ostarbeiter-Sparen« an, das in einem vom Reichswirtschaftsministerium entwickelten, »so einfach wie möglich gehaltenen Sparmarkenv erfahren« bestand. Die Lohnbuchhaltung eines jeden Betriebs erhielt so genannte Ostarbeiter-Sparkarten und klebte dort eigens entwickelte Ostarbeiter-Sparmarken ein – »mit erhabener Trockenprägung, die Wertangabe in arabischen Ziffern«. Den Gegenwert führten die Betriebe direkt an die Reichshauptkasse ab. Der einzelne Arbeiter sollte das angeblich Gesparte bei seiner Rückkehr in die Heimat voll und mit zwei Prozent verzinst auf die Hand bekommen. Im Reichsgesetzblatt hieß es dazu vage: »Der ersparte Betrag« sei »dem Sparer oder dessen Familienangehörigen

nach näheren Vorschriften des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete oder des Oberkommandos der Wehrmacht« zu überlassen.^[526]

Als vorgeblicher Aussteller der Sparkarte firmierte für alle sowjetischen Zwangsarbeiter einheitlich die Zentralwirtschaftsbank Ukraine. Die Gelder waren von den Betrieben pauschal an deren fiktives, so genanntes Berliner Büro abzuführen. Die einzelnen Eingänge wurden dort erklärtermaßen nicht individuell verbucht. Die – vorgespiegelte – spätere Auszahlung sollte dereinst in der »jeweiligen Heimatwährung des Sparerers erfolgen«. In Deutschland durften die Gelder nicht abgehoben werden, als frühester Zeitpunkt dafür war die Rückkehr des Zwangsarbeiters in die Heimat vorgesehen.

Nach allem ist klar, was unter dem Berliner Büro der Zentralwirtschaftsbank Ukraine zu verstehen war: einer von vielen Decknamen für die Hauptkasse des Deutschen Reiches.^[527] Wenn man bedenkt, wie sich die Deutschen die Behandlung der so bezeichneten Fremdvölkischen nach einem siegreichen Krieg vorstellten, und sich klar macht, dass die verschleppten osteuropäischen Arbeiterinnen und Arbeiter möglichst kinderlos, unter sklavischen Lebensbedingungen schuftend, »verschrottet« werden sollten, dann bedeutete das behördliche Brimborium um das Ostarbeiter-Sparen nichts als eine weitere Variante der Sozialisierung fremden Eigentums. »In der Konsequenz waren alle Steuern, Abgaben und »Ersparnisse« aus der Zwangsarbeit polnischer und sowjetischer Arbeitskräfte in Deutschland eine spezifische Form des Tributs« an die Kriegskasse des Deutschen

Reiches.^[528] Dasselbe gilt für die Überweisung der Lohnanteile westeuropäischer und italienischer Arbeiter in die Heimat.

Aus dem Vorangegangenen erklärt sich der finanzwirtschaftliche Vorteil des Zwangsarbeitereinsatzes. Er erlaubte das volle Abschöpfen des Lohns zugunsten der Staatskasse. Das stabilisierte die Kriegsfinanzen, schonte die deutschen Steuerzahler und entlastete – als hoch willkommener Nebeneffekt – den knappen Konsumgütermarkt vom Ansturm zusätzlicher Kaufkraft. Hätte man statt der Zwangsarbeiter mehr deutsche Frauen dienstverpflichtet und die Arbeitszeit für Deutsche stärker verlängert, wären mehrere Milliarden Reichsmark in Umlauf gesetzt worden, mit denen die Frauen keinerlei Waren hätten erwerben, keinerlei Kaufgelüste hätten befriedigen können. Das hätte die Reichsmark destabilisiert und die öffentliche Stimmung möglicherweise stark beeinträchtigt.

Betrachtet man die inländischen Lohnsteuereinnahmen der Jahre 1941 bis 1945, so ging davon ein wesentlicher Anteil auf ausländische Quellen zurück. Der Profit von Daimler-Benz oder Krupp an einem einzelnen Zwangsarbeiter wird nicht gering gewesen sein – immerhin entlohnten die Unternehmen polnische und sowjetische Arbeiter 15 bis 40 Prozent schlechter als deutsche. Demgegenüber lag der Gewinn, den die deutsche Volksgemeinschaft, vertreten durch ihren Staat, aus einem einzelnen osteuropäischen Zwangsarbeiter zog, deutlich höher: Sie eignete sich etwa 60 bis 70 Prozent des von den

Firmen bezahlten Lohnes an.

Nach einer groben Minimalrechnung (siehe unten) handelte es sich dabei um Lohnsteuereinnahmen von 6,5 Milliarden Reichsmark. Im Fall der Landwirtschaft wurde der Lohn, wie gesagt, stattdessen stark gedrückt und die Bauernschaft beziehungsweise die Lebensmittelproduktion damit indirekt subventioniert. Man wird hier von mindestens 3,5 Milliarden Reichsmark ausgehen dürfen. Kalkuliert man die Einkünfte aus der staatlichen Unterschlagung von Überweisungen an Familienangehörige mit durchschnittlich einer halben Milliarde im Jahr, dann kommen weitere 2,5 Milliarden hinzu, die das Reich als Allgemeine Verwaltungseinnahme verbuchte.^[529] Geht man davon aus, dass das so genannte Ostarbeiter-Sparen vielleicht eine halbe Milliarde erbrachte, so betrug der finanzielle Nutzen, den der deutsche Staat aus der Zwangsarbeit zog, mindestens 13 Milliarden Reichsmark – das entspräche heute rund 130 Milliarden Euro. In der Höhe dieses Betrages muss von staatlicher und von gesellschaftlicher, nicht jedoch von privatwirtschaftlicher Ausbeutung und Vorteilsnahme gesprochen werden. Die Milliardenereinnahmen aus der Zwangsarbeit senkten die Lasten für jeden einzelnen Deutschen wesentlich, doch bildeten sie nur einen Teil der Vorteile, die jeder einzelne Deutsche aus dem insoweit populären Raubkrieg zog.

Im deutschen Bundesarchiv finden sich über den Lohn- und Sozialraub an den Zwangsarbeitern und über die

Vorteile, welche die deutsche Volksgemeinschaft daraus stillschweigend gewann, nur noch wenige Dokumente. Interessant erscheinen die Zuschüsse des Reiches an die im Krieg besonders strapazierten Sozialversicherungskassen. Dabei zeigt sich – berechnet mit Hilfe von Albert Müller (Wien) – folgendes Bild:

	Zuschüsse (in Mio. RM)	Index	Veränderung (in Prozent)
1938	640,4	100	
1939	748,6	116	16
1940	940,4	146	26
1941	1395,3	217	48
1942	963,1	150	-31
1943	1119,2	174	16

Besonders bemerkenswert ist der Wachstumseinbruch im Rechnungsjahr 1942. Er lässt sich ohne weiteres mit der Etablierung der Zwangsarbeitswirtschaft begründen, die den Zuschussbedarf des Reiches an die Sozialversicherungsträger deutlich senkte. Man sieht hier, dass es – von 1938 aus gerechnet – gerade dreier Haushaltsjahre bedurfte, um die Zuschüsse für die Sozialversicherungsträger auf mehr als das Doppelte ansteigen zu lassen (der Faktor beträgt 2,17). Schreibt man diese Steigerung linear fort, so wäre nach drei weiteren Rechnungsjahren eine Jahresausgabe von ca. 2,14 Mrd. RM (für 1944) erreicht. Bis Ende April 1945 wäre sie auf ca. 2,35 Mrd. RM angestiegen.

Die Unterstellung des (durchschnittlich) linearen Wachstums geht von einer jährlichen Steigerung um ca. 37,5 Indexpunkte aus (1942 wären somit 250 Indexpunkte

erreicht, 1943287,5, 1944325 und 1945362,5).

Berücksichtigt man nun den empirischen Rückgang auf 150 Indexpunkte im Jahr 1942 und schreibt sodann das gleiche Wachstum fort, so werden 1943187,5 Indexpunkte erreicht, 1944225 und 1945262,5. Stellt man die beiden hypothetischen linearen Verläufe einander gegenüber und »übersetzt« die Differenz in Geld, so kann von einer grob geschätzten »Ersparnis« von 2,2 Milliarden Reichsmark von 1942 bis Mai 1945 gesprochen werden, die auf die Sozialleistungen von Zwangsarbeitern und auf den Massenmord an jüdischen Anspruchsberechtigten zurückgeht.

Wie nicht anders zu erwarten, spiegelt sich der massierte Zwangsarbeitereinsatz seit 1942 auch in den Lohnsteuereinnahmen des Reiches.

	Lohnsteuer (in Mio. RM)	Index	Steigerung (in Prozent)
1938	2090,8	100	
1939	2645,7	126	26
1940	2979,3	142	11
1941	4223,4	209	42
1942	4539,2	217	7
1943	5001,2	239	10

Die Daten zeigen zunächst, dass sich die Einnahmen aus der Lohnsteuer von 1938 bis 1943 nahezu verzweieinhalbfacht haben. Die Steigerungsraten weisen zwei beachtliche Sprünge auf, von 1938 auf 1939 um 26 Prozent und von 1940 auf 1941 um 42 Prozent. Der erste Sprung spiegelt die Eingliederung Österreichs und des

Sudetenlandes und das Ausdehnen der Arbeitszeit insbesondere seit Kriegsbeginn, der zweite den massenhaften Einsatz von Zwangsarbeitern in der Industrie. Hier wird hypothetisch davon ausgegangen, dass sich die Steigerungsraten ohne den Sprung von 1940 auf 1941 ab 1940 (eher) verflachend einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von nicht mehr als fünf Prozent angenähert hätten. In Geld umgerechnet ergibt dies ein hypothetisches Steueraufkommen von 17,3 Milliarden Reichsmark für den Zeitraum von 1940 bis zum ersten Quartal 1945. Den empirischen Daten unterstellen wir für 1944 und 1945 ein weiteres Wachstum von 10 Prozent, da die Zwangsarbeit weiter intensiviert wurde. Unter der Maßgabe dieser Fortschreibung lässt sich ein hypothetisches Lohnsteueraufkommen von 23,8 Milliarden Reichsmark für den Zeitraum von 1940 bis zum ersten Quartal 1945 errechnen. Demnach wären 6,5 Milliarden Reichsmark – mehr als ein Viertel des gesamten Lohnsteueraufkommens – der mutmaßliche Mindestgewinn, den die Gemeinschaft der deutschen Steuerzahler aus den Lohnsteuereinnahmen aus industrieller Zwangsarbeit zog.

[1]

Emissionsbank in Moskau

Sieht man von den chaotischen Wochen des Abzugs in der allerletzten Kriegsphase ab, dann »bezahlte« die Wehrmacht in Nord-, West- und Südeuropa praktisch alles nach der beschriebenen Methode mit Reichskreditkassenscheinen oder in Landeswährung.

Folglich lässt sich der dort begangene Großraub ungefähr an den verausgabten Geldbeträgen messen. Für die besetzten Gebiete der Sowjetunion gilt das nicht. Geld setzten die Deutschen dort nur teilweise ein, einen wesentlichen Teil des Raubes vollzogen sie mittels obskurer »Quittungen« oder völlig formlos. Nach den Befehlen der Wehrmachtintendanz war »alles nichtmilitärische und private Eigentum im Wert bis zu RM 1000,- bar zu bezahlen«. Für höhere Werte waren dagegen vorgedruckte Empfangsbescheinigungen auszustellen, ebenso für Verpflegungs- und Futtermittel, die in »keinem Falle bar zu bezahlen« waren.^[530] Was war schon in den Kolchosen und Staatsbetrieben »privat«? Anders als für die anderen besetzten Länder spiegelt sich im Fall Sowjetunion das Maß der Ausplünderung nicht annähernd in der umgesetzten Geldmenge.^[531] Das ist im folgenden Abschnitt zu bedenken.

Am 9. Juni 1941 informierte Reichsbankdirektor Max Kretzschmann den Verwaltungsrat der Reichskreditkassen streng geheim über die bevorstehenden Aufgaben. Einzelne Mitarbeiter der Reichsbank hatten bereits sechs motorisierte Reichskreditkassen für den unmittelbaren Truppenbedarf bereitgestellt.^[532] Am 12. Juni 1941 erging die Anordnung, »für die geplanten militärischen Operationen im Osten« einen der Reichsdruckerei schon erteilten Druckauftrag für RKK-Scheine »um 1 Milliarde auf 1^{1/2} Milliarden RM zu erhöhen«, und das »mit größter Beschleunigung«.^[533] Zehn Tage später begann das Unternehmen Barbarossa. Als der Vormarsch Ende Juli an Tempo verlor, produzierte die Reichsdruckerei – für alle

Fälle – gefälschte Rubelnoten im Wert von zehn Milliarden, die allerdings nicht eingesetzt wurden.^[534] Kaum hatten die kämpfenden Verbände ein Gebiet durchquert, ließen die RKK-Männer die Kopekenmünzen »im Rahmen der europäischen Metallmobilisierung« einziehen.^[535]

Schon in der Sitzung vom 9. Juni hatte sich der Verwaltungsrat mit der Frage beschäftigt, wie dem russischen Bankenapparat in etwa drei Monaten »eine neue Emissionsbank – ›Emissionsbank in Moskau‹ – aufgepfropft werden« könne. Für den Fall, dass am vorgesehenen Standort keine Rubelnoten oder wenigstens Druckstöcke erbeutet werden würden, beabsichtigte man, sehr schnell neue Rubel herzustellen, zunächst im Buchdruckverfahren. Ferner dachte Kretzschmann schon vor dem Überfall daran, demnächst unterschiedliche Währungen einzuführen: »Sollte das besetzte Gebiet Russlands in verschiedene staatsrechtlich getrennte Gebiete zerlegt werden, so wäre die Gründung mehrerer Emissionsbanken vorzusehen.«^[536]

Einen Tag später, am 10. Juni 1941, fand auch im Reichsfinanzministerium eine gleichfalls hoch geheime Besprechung statt. Sie drehte sich um den »bevorstehenden Osteinsatz«. Die Versammelten erörterten die Vergabe von Krediten an deutsche Firmen, die bestimmte, aus deutscher Sicht wichtige Produktionsanlagen und Agrarbetriebe sofort wieder in Gang setzen sollten und dafür selbstverständlich Geld benötigten. In der – zwölf Tage vor dem Einmarsch – noch virtuellen Diskussion unterstellten die Beteiligten, die Produktionsmittel würden »weitgehend zerstört in

deutsche Hand fallen«. Das führte sie zu der Frage, wie die »normalerweise erforderlichen« Sicherheiten für die Kredite gestellt werden könnten, wenn erstens die Anlagen zerstört oder demontiert seien, und zweitens die Vorräte deshalb nicht beliehen werden könnten, »weil Erdöl, verschiedene Bergbauprodukte und landwirtschaftliche Produkte befehlsgemäß sofort nach Deutschland abtransportiert werden sollen«. Dementsprechend erging an die schon bestellten Leiter der künftigen Reichskreditkassen in der Sowjetunion der Auftrag, direkte, unbesicherte Reichskredite zu gewähren. Schließlich sei dort nur auf diese Weise »das denkbar Mögliche herauszuholen«.^[537] Anschließend vergaben die örtlichen Kassen solche Kredite in Höhe von vielen zehn Millionen Reichsmark.

Im Spätherbst 1941 sprach sich der Verwaltungsrat der Reichskreditkassen »für die Einführung einer Ostlandkrone im Verhältnis 2 Ostlandkronen = 1 RM aus«. Für den Aufbau der neuen Zentralbank hatte man bereits Reichsbankdirektor Maximilian Bernhuber auserkoren. Doch das Projekt scheiterte. Zuerst opponierten die Spitzen der deutschen Zivilverwaltung im Baltikum, weil sie die Bevölkerung nicht beunruhigen wollten. Später bestimmte das Näherrücken der Front die Prioritäten.^[538]

Dagegen gelang das parallel begonnene Projekt, eine eigene Währung – den Karbowanez – in der Ukraine zu schaffen. Das Gesetz zur Gründung der Zentralnotenbank Ukraine (ZNU) trat am 1. Juni 1942 in Kraft. In ihrer rechtlichen Konstruktion lehnte sich diese weitgehend an die Emissionsbank des Generalgouvernements an. Der

währungspolitische Einfluss der Besatzungsmacht war »dadurch gesichert, dass die beiden Leiter der Notenbank von der Reichsbank gestellt werden«.^[539] Wie in sämtlichen anderen Fällen regionaler Währungsreformen verlangte der Reichsfinanzminister, dass die in der Ukraine gegen die neuen Geldzeichen umgetauschten Rubel »zugunsten des Reiches entschädigungslos an die Hauptverwaltung der Reichskreditkassen abgeliefert werden«. In ähnlicher Weise hatte sich das Finanzministerium der französischen Francs in Elsass-Lothringen bemächtigt und 1941 jener Rubel, »die nach der Einverleibung Ostgaliziens in das Generalgouvernement in Zloty umgetauscht werden mussten«.^[540] Im letzteren Fall handelte es sich um 340 Millionen Rubel, die die Emissionsbank in Polen der Reichsbank »zur Verwertung« übergab.^[541] Nach dem Bericht von Reichsbankdirektor Kretzschmann über den Umtausch von 660 Millionen Zloty in Reichsmark, der 1940 in den von Deutschland annektierten, zuvor polnischen Gebieten stattfand, verfuhr die deutschen Staatsbanker dort nach demselben Motto. Das Geld wurde »in voller Höhe über die Reichskreditkassen in Polen und die Emissionsbank Krakau verwertet«. Nicht ohne Stolz fügte der Vertreter der Reichsbank hinzu: »Es ist also für das Reich ein Beitrag von über 300 Mill. RM herausgeholt worden, den das Reich zunächst à fond perdu für die Einlösung der polnischen Geldzeichen in den eingegliederten Ostgauen aufzuwenden hatte und der sich als eine Art Beitrag zu den Kriegskosten im Osten auf das restpolnische Gebiet hat umlegen lassen.«^[542] Als die

Reichskreditkassen im besetzten Polen im April 1940 ihre Geschäfte an die neu gegründete Emissionsbank übergaben, nahmen sie 306 Millionen Zloty (= 153 Millionen Reichsmark = 1,5 Milliarden Euro) mit, die sie nicht verausgabt hatten. Schwerin von Krosigk kommentierte den für die Praxis der folgenden Jahre typischen Vorgang auf seine Weise: »Ich übersehe nicht, dass die von mir gewünschte Verwertung des Zloty-Guthabens eine nur dem Sachkenner erkennbare und verhältnismäßig wenig fühlbare Kontribution zu Lasten der polnischen Volkswirtschaft darstellt.«^[543]

Mit solchen Beträgen kauften Beauftragte des Deutschen Reiches anschließend in den noch bestehenden Francs-, Zloty- oder Rubelzonen Waren, ohne dass die Käufe je auf einem Besatzungskostenkonto verbucht worden wären.

Die neue Währung in der Ukraine vermehrte die lokalen Zahlungsmittel im besetzten Teil der Sowjetunion, ohne mit gefälschtem Geld arbeiten zu müssen. Zudem entwertete sie schlagartig die in der Ukraine gehorteten Rubel. Angeblich sollte die Maßnahme »zu gesunden Preis- und Währungsverhältnissen« führen.^[544] Das Land litt jedoch nicht unter verstecktem Geld, sondern unter der Habgier der Okkupanten. Deren Ausbeutungschancen verbesserten sich mit den neuen Geldzeichen wesentlich, und deshalb vergrößerten sich die Probleme, die vorgeblich bekämpft werden sollten. Sofern die Ukrainer hohe Rubelnoten gegen Karbowane eintauschen wollten, zahlten ihnen die Filialen der Zentralnotenbank dafür kein Bargeld aus.

Vielmehr schrieben sie Beträge auf einem individuellen Konto gut, das allerdings für den nominellen Kontoinhaber gesperrt blieb.

Der behauptete Zweck war, »die überschüssige Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung abzuschöpfen«.

[545] In Wirklichkeit flossen die vereinnahmten Beträge über die Reichskreditkassen und Wehrmachtintendanten in die Taschen deutscher Soldaten und Schieber in der Rubelzone der sowjetischen Besatzungsgebiete. Zugleich kauften die Deutschen riesige Mengen von Lebensmitteln auf, die 1942 und 1943 nur zum kleineren Teil nach Deutschland gingen. Die Masse wurde in außerukrainische Operationsgebiete der Wehrmacht verfrachtet. Der Appell des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete an das Reichsfinanzministerium, das Gelieferte zu bezahlen, verhallte ungehört.[546]

So musste fortwährend Geld gedruckt werden. Die neue Währung bestand seit gerade sieben Monaten, als die Abteilung Finanzen des Reichskommissariats Ukraine im Februar 1943 erklärte, die Lage sei »höchst kritisch«, da sich der Notenumlauf binnen weniger Monate um 80 Prozent gesteigert habe. Wobei das viele, bald wertlose Geld »insbesondere aus den Taschen der Wehrmachtangehörigen« in die Hände »der einheimischen Bevölkerung« gelangt sei.[547] Im Jahr 1942 »mussten die Besatzungskosten zu 90% durch Begebung von Schatzanweisungen bei der ZNU [Zentralnotenbank Ukraine] aufgebracht«, sprich: mit Hilfe der Notenpresse bezahlt werden.[548]

Otto Normalverbraucher

Weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg konnten sich die Deutschen aus den Erträgen der eigenen Landwirtschaft zureichend ernähren. Auch mit äußerstem Kräfteaufwand gelang es der NS-Führung allenfalls, 83 Prozent der notwendigen Lebensmittel im Inland produzieren zu lassen. In jedem Fall blieben Einfuhren – insbesondere von Pflanzenfett und Futtergetreide – notwendig, um die Bevölkerung ausreichend zu versorgen. Diese Grundsituation kennzeichnete die Lebensmittelbilanz der meisten west- und mitteleuropäischen Länder. So hatte es die britische Schlachtflotte abermals in der Hand, Deutschland mit Hilfe der Seeblockade existentiell zu bedrängen, zumal die Kriegsfolgen die Erträge zurückgehen lassen und damit die Basis für die Selbstversorgung schmälern würden. Die Mobilisierung der Streitkräfte führte zwangsläufig zum Mangel an Kunstdünger, für den derselbe Stickstoff gebraucht wurde wie für die Pulverproduktion; ferner fehlte es bald an Männern, Pferden, Traktoren, neuen Maschinen und Treibstoff; das rechtzeitige Herbeischaffen des Saatguts, die schnelle Ernte im rechten Moment wurden erschwert. Deshalb entschied sich die NS-Führung nach Kriegsbeginn rasch für den Einsatz polnischer Arbeiter, speziell in der Landwirtschaft.

Davon abgesehen hatte sich das Reichsernährungsministerium auf die vorhersehbaren Probleme eingestellt. Seit 1936 kümmerten sich die Verantwortlichen um das Aufhäufen der Reichsgetreidereserve und ließen – mit Zuschüssen und

steuerlichen Anreizen gefördert – flächendeckend Silos und Hallen errichten.^[549] Göring betrachtete die Bauten »als zur mittelbaren Rüstung gehörig«. Um Tempo zu machen, ernannte er im Sommer 1938 den tatkräftigen Staatssekretär im Ernährungsministerium, Herbert Backe, »zum Sonderbeauftragten für den Bau von Getreidelagerräumen«.^[550] Die Vorräte umfassten am 30. Juni 1939 immerhin 5,5 Millionen Tonnen, ein Jahr später fast ebenso viele. Zum 30. Juni 1941 sanken die Reserven auf zwei Millionen Tonnen und zum 30. Juni 1942 auf magere 670000. In einer dramatischen Sitzung bei Göring fiel im August 1942 der Beschluss, von nun an noch rücksichtsloser als zuvor Lebensmittel aus den besetzten Ländern heranzuholen. Daraufhin konnte Backe die Reichsgetreidereserve bis zum Sommer 1943 wieder auf 1,2 und bis zum 30. Juni 1944 sogar auf 1,7 Millionen Tonnen erhöhen.^[551]

Anders als 1914 setzte das Ernährungsministerium bereits in der Phase der Mobilisierung, Ende August 1939, ein hoch differenziertes Rationierungssystem in Kraft und ließ die Lebensmittelkarten einige Tage vor dem Einmarsch in Polen ausgeben. Friedenssüchtig, von Sartres Situationsanalyse beeinflusst, schrieb Simone de Beauvoir am 28. August 1939 über die deutschen Kriegsvorbereitungen: »Man beginnt keinen Krieg mit Brotrationskarten.«^[552] So setzte mit dem 1. September eine ausgeklügelte, von langer Hand vorbereitete Zuteilungspolitik ein, die fast bis zum letzten Kriegstag funktionierte.

Backes Mitarbeiter und Berater senkten 1939 die

ernährungswirtschaftlich uneffektive Fleisch- und Eierzeugung auf ein für die Volkslaune und die menschliche Physiologie notwendiges Mindestmaß. Da für die Produktion von einem Kilogramm Fleisch Futtermittel verbraucht werden müssen, die etwa fünf Kilogramm Getreide entsprechen, konnte so die agrarische Basis sehr viel besser ausgenutzt werden. Weitgehend stabile Preise und drakonische Strafen gegen Schwarzhändler und Schwarzschlächter vervollständigten das zunächst großzügige Lebensmittelregime. Das Rationierungssystem wurde als gerecht empfunden, zumal es von Anfang an zwischen einzelnen Kategorien von Zuteilungsempfängern unterschied: Schwerarbeiter, Schwerstarbeiter, werdende und stillende Mütter, Kinder, Kranke und eben Normalverbraucher. Selbstverständlich wurden auch regionale Ernährungsweisen berücksichtigt.

Obwohl die Lebensmittel zweckmäßig rationiert und die Essgewohnheiten dem Krieg angepasst wurden, blieb eine Lücke. Doch anders als im Ersten Weltkrieg verlagerte die deutsche Führung diesmal den objektiv vorhandenen Mangel auf die Menschen besetzter Länder, auf verfolgte Minderheiten und sowjetische Kriegsgefangene. Das bedeutete Hunger in Polen oder in Griechenland, besonders in der Sowjetunion; das lenkte den Hungertod in die psychiatrischen Kliniken, Ghettos, KZs und Kriegsgefangenenlager. Im Sinn einer solchen Politik erklärte Göring mehr als einmal: »Wenn gehungert wird, dann hungert nicht der Deutsche, sondern andere.«^[553]

Aus dieser Grundüberlegung leitete sich eine der

zentralen Richtlinien für die Herrschaft in der Sowjetunion ab: »Es kommt also unter keinen Umständen auf die Erhaltung des Bisherigen an, sondern auf die bewusste Abkehr vom Gewordenen und die Einbeziehung der Ernährungswirtschaft Russlands in den europäischen Rahmen. Daraus erfolgt zwangsläufig ein Absterben sowohl der Industrie wie eines großen Teils der Menschen.« An anderer Stelle heißt es in demselben Dokument: »Viele 10 Millionen Menschen werden in diesen [russischen] Gebieten überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen.« Gedacht war an Fußmärsche.^[554]

Während der Generalquartiermeister des Heeres, Eduard Wagner, noch am 13. November 1941 sagte: »Nicht arbeitende Kriegsgefangene in den Gefangenenerlagern haben zu verhungern«, veränderten sich die politischen Vorgaben im Dezember. Von nun an galt es, »möglichst viele Kr.Gef. wieder arbeitseinsatzfähig zu machen und zu erhalten«. Bewirkt hatte den Wandel die deutsche Niederlage vor Moskau, die Umstellung der deutschen Strategie und Kriegswirtschaft auf einen längeren, durchaus ungewissen Krieg. Jetzt sollten möglichst alle geeigneten Gefangenen als Zwangsarbeiter eingesetzt werden. Allerdings kam die Entscheidung für viele der schon völlig Ausgezehrten zu spät, auch setzte sie sich erst langsam durch.

Ein Ende der generellen Hungerpolitik, insbesondere gegen die Städter, war damit nicht verbunden. Wagner untersagte »jede Abgabe von Truppenverpflegungsmitteln an die Bevölkerung der besetzten Gebiete«. Das Drei-

Millionen-Heer hatte sich zur Schonung der Heimat »aus dem Lande« zu ernähren; die Versorgungsoffiziere waren gehalten, rücksichtslos zu requirieren. Diese Praxis verband sich mit einem gezielten Lieferstopp von Lebensmitteln aus dem agrarischen Süden der Sowjetunion in die nördlichen Regionen und in die städtischen Zentren. Sie hinterließ entlang der Vormarschrouten ganze Landstriche, aus denen deutsche Soldaten und Landwirtschaftsführer alles Essbare geraubt hatten. Im Dezember 1942 sprachen die Leiter der deutschen Agrarverwaltung Südrussland von »einer Kahlfraßzone von 800–1000 km Tiefe«, in der alles erfasst werden müsse.^[555]

»Aus wirtschaftlichen Gründen«, so hatte die deutsche Führung früh festgelegt, »ist die Eroberung großer Städte unerwünscht. Ihre Einschließung ist vorteilhafter.« Am 10. September 1941 schrieb der Ernährungsexperte des Oberkommandos der Wehrmacht, Professor Wilhelm Ziegelmayer, in sein Tagebuch: »Wir werden uns auch künftig nicht mit Forderungen nach einer Kapitulation Leningrads belasten. Es muss durch eine wissenschaftlich begründete Methode vernichtet werden.« Am 27. November notierte der Hamburger Oberbürgermeister Carl Vincent Krogmann in seiner Chronik, nachdem ihm ein Mitglied seiner Hauptverwaltung über eine Dienstreise an die Front um Leningrad berichtet hatte: »Man nimmt an, dass der größte Teil der Menschen in Leningrad, ca. 5^{1/2} Mill., verhungern wird.« Der Minister für die besetzten Ostgebiete sprach von einer »harten Notwendigkeit, die außerhalb jeden Gefühls steht«.^[556] Zur selben Zeit prognostizierte Göring »das größte Sterben seit dem

Dreißigjährigen Krieg«.

Eduard Wagner kündigte an, »dass insbesondere Leningrad verhungern muss«. Schon zwei Monate zuvor hatte er seiner Frau geschrieben: »Zunächst muss man sie in Petersburg schmoren lassen.« Schließlich könne man sich nicht mehrere Millionen Menschen »auf unser Verpflegungsportemonnaie« legen. »Sentimentalitäten gibt's dabei nicht.«^[557] In Leningrad-St. Petersburg verhungerten während der zweieinhalbjährigen deutschen Belagerung mindestens eine Million Menschen.

Der Kommandant von Charkow erließ die Richtlinie: »Die deutsche Wehrmacht hat am Unterhalt der Stadtbevölkerung Charkows keinerlei Interesse.« Die Stadt war von der 6. Armee besetzt worden, deren Oberbefehlshaber, Generalfeldmarschall von Reichenau, zum »Verhalten der Truppe im Ostraum« festgelegt hatte: »Das Verpflegen von Landeseinwohnern [...] ist eine ebenso missverstandene Menschlichkeit wie das Verschenken von Zigaretten und Brot.« Aus dem besetzten Kertsch auf der Krim wurde gemeldet: »Die Liquidation der Juden wird wegen der gefährdeten Ernährungslage der Stadt beschleunigt durchgeführt.«^[558]

Die Sorgen um den gut gedeckten Tisch in der Heimat spiegeln sich in einem Erlass des OKW. Im Mai 1942 durften die an der Ostfront eingesetzten Soldaten – neben ihren üblichen Feldpostpäckchen – je ein Paket mit 20 Kilogramm Gewicht nach Hause schicken. Das diente offiziell »zur Freimachung der Truppe von überflüssigem Gepäck«, allerdings legte das Oberkommando des Heeres

größten Wert darauf, »zu verhüten, dass durch den Zollfahndungsdienst wegen dieser Pakete Nachprüfungen bei den Empfängern in der Heimat angestellt werden«.[559] Wurde ein solches »Wäschepaket« doch einmal kontrolliert, so bestand der Inhalt »ausschließlich aus geräuchertem Schweinefleisch«.[560] Im Dezember 1942 organisierte die Wehrmacht im Einvernehmen mit Göring eine zusätzliche »Paketaktion für Fronturlauber« zugunsten sämtlicher in Afrika, auf U-Boten und an der Ostfront eingesetzten Soldaten.[561] Im Reichskommissariat Ukraine wurden für diesen speziellen Zweck Lebensmittel im Wert von 37 Millionen Reichsmark aufgekauft.[562]

Auf der Sitzung vom 6. August 1942 verlangte Göring von den versammelten Reichskommissaren und Militärbefehlshabern drastisch gesteigerte Bezüge aus den besetzten Gebieten an das Reich. »Es ist mir dabei gleichgültig«, fuhr er die Zögerlichen an, »ob Sie sagen, dass Ihre Leute wegen Hungers umfallen. Mögen sie das tun, solange nur ein Deutscher nicht wegen Hungers umfällt.«[563] Dem kleinen Serbien, dem man die fruchtbarsten Gebiete genommen hatte, wurde die Zusatzlieferung von 100000 Tonnen Weizen und Mais auferlegt.[564] Das Gleiche geschah zum Beispiel in Frankreich und Belgien unter Hinweis auf den antibolschewistischen Krieg, in dem Deutschland für Europa blute. So stiegen die Lebensmittelimporte aus Frankreich zwischen 1942 und Ende 1943 um 50 Prozent.[565] Ebenfalls im August 1942 erklärte der für die Ukraine als Reichskommissar zuständige Erich Koch nach einem Gespräch mit Hitler die ernährungspolitischen

Grundlinien. Gemäß einem zusammenfassenden Protokoll sagte er: »Die Ukraine hat das zu liefern, was Deutschland fehlt. Diese Aufgabe muss ohne Rücksicht auf Verluste durchgeführt werden. [...] Die Erhöhung der Brottration ist eine politische Notwendigkeit, um den Krieg siegreich fortzuführen. Die fehlenden Mengen an Getreide müssen aus der Ukraine beschafft werden. Die Ernährung der Zivilbevölkerung ist angesichts dieser Aufgabe gänzlich gleichgültig.«^[566]

Wie Christian Gerlach nachgewiesen hat, beschleunigten die Schwierigkeiten, die Deutschen auf hohem Niveau zu ernähren, den Mord an den europäischen Juden. Als Backe für das hungernde Generalgouvernement, das zunächst noch einige Lebensmittel aus Deutschland erhalten hatte, im Sommer 1942 hohe Abgabequoten für Getreide und Fleisch festlegte, protestierte der dortige Leiter der Hauptabteilung Ernährung, Karl Naumann, energisch. Er verwies auf die mangelhafte Ernährung der Polen. Darauf entgegnete Backe vielsagend: »Im G.G. befinden sich noch 3,5 Mill. Juden. Polen soll noch in diesem Jahr saniert werden.«^[567] Die Zahl war stark übertrieben oder sie wurde falsch getippt, doch stimmt der Zusammenhang. Am 24. August 1942 stellte derselbe Naumann in der Regierungssitzung des Generalgouvernements vor der versammelten Verwaltungselite fest: »Die Versorgung der bisher mit 1,5 Millionen Juden angenommenen Bevölkerungsmenge fällt weg, und zwar bis zu einer angenommenen Menge von 300000 Juden, die noch im deutschen Interesse als Handwerker oder sonstwie

arbeiten. [...] Die anderen Juden, insgesamt 1,2 Millionen werden nicht mehr mit Lebensmitteln versorgt.«^[568]

Tatsächlich wurden bis zum 31. Dezember des Jahres 1942 deutlich mehr als eine Million polnische Juden in den Gaskammern des Generalgouvernements ermordet.^[569]

In einer ähnlichen Konstellation hatte die deutsche Führung, wie Christian Gerlach ebenfalls herausgearbeitet hat, ein dreiviertel Jahr zuvor, nämlich im September 1941, die Hungerpolitik gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen verschärft. Zu diesem Zeitpunkt wurde den Verantwortlichen klar, dass es nicht mehr gelingen würde, Russland vor dem Einbruch des Winters niederzuwerfen. Am 4. September wies Backe die Forderungen der Wehrmacht nach 2,1 Millionen Tonnen Getreide und 652000 Tonnen Fleisch zurück und verlangte, die Soldaten seien aus den besetzten sowjetischen Gebieten zu ernähren. Unter ausdrücklichem Verweis auf die Hungerrevolten im Deutschland des Jahres 1918 und die Unmöglichkeit, die deutschen Rationen zu senken, gab Göring am 16. September 1941 die Order aus: »Grundsätzlich sollen in den besetzten Gebieten nur diejenigen in der entsprechenden Ernährung gesichert werden, die für uns arbeiten.« Im Interesse des Lebensmittelnachschubs für Deutschland befahl Göring »rücksichtslose Sparmaßnahmen«. Wenig später notierte sich Goebbels nach einem Gespräch mit Backe über die Situation in den Lagern der gefangenen Rotarmisten: »Es spielen sich dort Hungerkatastrophen ab, die jeder Beschreibung spotten.« Im Kasino in Riga unterhielten sich Wehrmachtoffiziere über ihren »Auftrag, die russischen

Kriegsgefangenen verhungern und erfrieren zu lassen«.

[570]

Bis zum 1. Februar 1942 waren von 3,3 Millionen gefangenen Soldaten der Roten Armee bereits zwei Millionen in deutschen Lagern und während der Transporte umgekommen, also 60 Prozent. Das entsprach, wenn man die ersten drei Kriegswochen abzieht, in denen die ersten Gefangenen noch von ihren körperlichen Reserven zehren konnten, einer durchschnittlichen Sterbequote von zehntausend Mann pro Tag. Im Ersten Weltkrieg hatte Deutschland an Hunger gelitten, damals starben von 1,4 Millionen russischen Kriegsgefangenen 5,4 Prozent. Bedenkt man, dass ein Teil der Männer verwundet oder schon erschöpft in Gefangenschaft geraten war, dann beweist die Sterbequote, wie peinlich genau sich die Reichsleitung damals an die Haager Landkriegsordnung gehalten hat.

Nachdem die rigorose Hungerpolitik gegen sowjetische Kriegsgefangene, Juden und die Bevölkerung sowjetischer Städte durchgesetzt war, hielt Göring am 4. Oktober 1942, einem Sonntag, im Berliner Sportpalast eine Rede »zum Erntedank«. Vor allem sprach er über die Ernte nicht-deutscher Bauern. So teilte er mit, dass »wir unsere gesamten Truppen aus den besetzten Gebieten ernähren«. »Ein kleiner Fauxpas«, wie Goebbels fand. Hauptsächlich kündigte Göring an, die Lebensmittelrationen noch im laufenden Monat zu erhöhen, insbesondere in luftgefährdeten Gebieten. Für Weihnachten versprach er eine »Sonderzuteilung«. Wörtlich sagte er über den eroberten Ostraum: »Von heute ab wird es dauernd besser werden; denn die Gebiete fruchtbarster Erde besitzen wir.

Eier, Butter, Mehl, das gibt es dort in einem Ausmaß, wie Sie es sich nicht vorstellen können.« Wenige Tage vorher hatte Hitler zur Eröffnung des Kriegs-Winterhilfswerks gesprochen. Auch er ließ unter den Millionen Zuhörern die Hoffnung aufkommen, die von ihm angekündigte »Erschließung des Ostraums« führe schon bald wieder zu »friedensmäßigen Zuständen«. Ja, sie ermögliche es, »den Krieg ohne größere Einschränkungen bis zu seinem siegreichen Ende durchzustehen«.

So vom Führer vorbereitet, förderten Görings konkret gehaltene Ankündigungen wenige Tage darauf das Vertrauen erst recht. Der SD meldete aus der Bevölkerung Kommentare der Art: »Göring sprach zum Herzen und zum Magen« oder: »Die ausführliche Darstellung der immer besser werdenden Ernährungslage des Reiches« habe »allgemein die Vorstellung verdichtet, dass wir in unseren Ernährungsschwierigkeiten ›über den Berg‹« seien; zumal die Arbeiter sähen darin »etwas Greifbares«. Ferner mache man sich in weiten Kreisen »über die militärische Lage, z.B. die Dauer der Kämpfe um Stalingrad, nicht mehr so viel Gedanken«. Im SD-Bericht vom 12. Oktober 1942 hieß es, »dass die Stimmung unter den Frauen wesentlich besser geworden ist, bei denen naturgemäß das Versprechen einer ständig verbesserten Ernährungs- und Versorgungslage die größte Rolle spielt.« Goebbels bemerkte »geradezu eine Stimmungshausse im deutschen Volke«.^[571]

Nach Angaben des Statistischen Reichsamts holte die Besatzungsmacht aus den eroberten Teilen der

Sowjetunion in den beiden Kriegsernährungsjahren 1941/42 und 1942/43 die folgenden agrarischen Hauptgüter heraus. (Ein Ernährungsjahr reicht von der einen Ernte zur nächsten; in der Tabelle werden Futter- und Brotgetreide als Getreide zusammengefasst; Ölsaaten, Streichfette, Speiseöle werden als Speiseöle und Fette rubriziert.)^[572]

Sowjetische Lebensmittel für	Wehrmacht (in Tonnen)	Deutschland (in Tonnen)	Summe (in Tonnen)
Getreide	3385 021	988 318	4373 339
Fleisch	435 058	60 585	495 643
Speiseöle u. Fette	90 732	632 618	723 450
Kartoffeln	1880 240	15 535	1895 775

Nach Auffassung der zeitgenössischen Statistiker mussten zu diesen Zahlen noch »die unmittelbar von der Truppe gewonnenen oder erbeuteten Erzeugnisse« gerechnet werden, »die zwar geringer, aber doch recht beachtlich sind, allein bei Getreide mehrere 100000 t. Schließlich ist noch die Versorgung der im Osten eingesetzten deutschen Reichsangehörigen zu erwähnen (Beamte, Gefolgschaftsmitglieder der Ostfirmen).« Hinzu kamen die privaten Einkaufstouren vieler Millionen deutscher Soldaten im Laufe der zwei Jahre, die von den Reichsstatistikern nicht berücksichtigt wurden. Dennoch gelangten sie zu dem Schluss, der nicht erfasste Teil der »Lebensmittelentnahme« sei »zwar geringer« als der erfasste, »aber doch recht beachtlich«. Ich schlage daher im Folgenden 15 Prozent auf den Wehrmachtverbrauch auf, eine Minimalquote, die gewiss hinter der Realität

zurückbleibt.

Setzt man das Gesamtergebnis ins Verhältnis zur deutschen Getreideerzeugung, dann brachte das Ausräumen der sowjetischen Gebiete ein Plus von gut 10 Prozent, für Pflanzenöl einen zusätzlichen Ertrag von mehr als 60 Prozent, für Fleisch von etwa 12 Prozent.^[573]

Bezieht man nun die gesamte Ausbeute auf den jährlichen, zum Überleben knapp ausreichenden Mindestverbrauch eines Landeseinwohners, der damals mit 2,5 Getreideeinheiten (GE) angegeben wurde, dann wird klar, warum in den besetzten sowjetischen Gebieten Hunger herrschen musste. Die Umrechnung der unterschiedlichen Nahrungsmittel geschieht mit Hilfe des in den 1940er-Jahren entwickelten GE-Schlüssels, den das Reichsernährungsministerium benutzte. Eine Getreideeinheit entspricht einem Doppelzentner Getreide. Die anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurden von Backes akademischen Beratern, den renommierten Agrarwissenschaftlern Emil Woermann und Georg Blohm, auf der Basis ihres in Energie umgerechneten Nährstoffgehalts in Getreideeinheiten bewertet. Damit lieferten sie das naturwissenschaftliche Fundament der Lebensmittelrationierung im Krieg; heute sind solche Grundlagen für die effiziente Hilfe im Fall von Hungerkatastrophen nützlich. Demnach werden Kartoffeln mit dem Energiefaktor 0,20 umgerechnet, Hülsenfrüchte mit 1, eine Kuh zum Lebendgewicht mit 5,7, ein Schwein mit 4,2, Eier mit 4,2, Fett mit 3,4. (Im Folgenden wird Fleisch mit dem Wert 5, der zwischen Schweine- und Rindfleisch liegt, gewichtet.)

Für ein Urteil über die katastrophalen Folgen des Raubes ist ein weiterer Rechenschritt erforderlich: Mit Hilfe der genannten Relationen lassen sich die Lebensmittel, die von Deutschen binnen zwei Jahren in der Sowjetunion geraubt wurden, auf den gemeinsamen Nenner Getreideeinheiten bringen. Wählt man die wichtigsten Nahrungsgüter aus, dann führt das auf der Basis der vom Statistischen Reichsamt erfassten Daten zu dem folgenden Ergebnis:

	Wehrmacht	Deutschland
	GE	GE
Getreide	33 850 210	9 883 180
Fleisch	21 752 900	3 029 250
Speiseöle u. Fette	3 084 890	21 509 010
Kartoffeln	3 760 480	31 070
Zusammen	62 448 480	<u>34 452 510</u>
zzgl. 15 % Wehr-		
machtverbrauch	9 367 272	
	<u>71 815 752</u>	
Summe		106 268 262

Wie schon gesagt, benötigt ein Mensch durchschnittlich 2,5 Getreideeinheiten pro Jahr, um knapp zu überleben. Demnach muss nun die in Getreideeinheiten umgerechnete Mindestausbeute der »im Osten« von der deutschen Wehrmacht und für die Versorgung der deutschen Zivilisten im Lauf von zwei Jahren geraubten Lebensmittel durch fünf geteilt werden, um herauszufinden, wie vielen Menschen damit der Grundbedarf an Lebensmitteln entzogen wurde. Dass es sich tatsächlich um das Mindeste handelte, geht aus den deutschen Angaben über den

»Nahrungsraum Europa« hervor. Demnach betrug die Selbstversorgungsquote der Sowjetunion im Frieden 101 Prozent. Sie musste also im Krieg – allein wegen der Zerstörungen und des Chaos – auch ohne deutsche Ausplünderung unter das Minimum von 100 Prozent fallen.

[574] Nach allem bewirkte der deutsche Lebensmittelraub eine Hungerkatastrophe für viele Zehnmillionen Menschen oder – rein rechnerisch gesprochen – den vollständigen Entzug der Ernährungsgrundlage für mehr als 21,2 Millionen Menschen.

Vor einem solchen gedanklich vorweggenommenen und vermutlich noch radikaler ausgelegten Szenario beschloss die Staatssekretärskonferenz vom 21. Mai 1941: »Der Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im dritten Kriegsjahr aus Russland ernährt wird. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.«[575]

Über die Praxis des Lebensmittelplünderns gibt der im Sommer 1942 geschriebene Brief eines deutschen Angestellten Auskunft, der in Kirowgrad (Ukraine) beschäftigt war. Der Mann arbeitete für die Reichsmonopolgesellschaft für die besetzten Gebiete der UdSSR und hatte die Aufgabe, »sämtl. Produktionen, und zwar sowohl in der Landwirtschaft, als auch in der gesamten Industrie sofort zu erfassen und sicherzustellen und in erster Linie unsere Süd-Ostfront mit allen nur erdenklichen Lebens- und Genussmitteln zu versorgen«. Nachdem der Briefschreiber nebenher bemerkte, »Juden,

Fehlanzeige!«, nannte er als Hauptziel seiner Arbeit, »die Heimat vom Nachschub so weit als irgend möglich« zu entlasten. Dennoch blieb Einiges übrig, das »die Wehrmacht im Augenblick nicht verarzten« konnte und das er folglich nach Deutschland leitete: »Ins Reich kommen in rauen Mengen Weizen, Sonnenblumenkerne, Sonnenblumenöl und Eier zur Verfrachtung. Wenn also in der kommenden Lebensmittel-Dekade im Reich, wie mir meine Frau schreibt, Sonnenblumenkernöl zur Ausgabe gelangt, so kann ich mit einigem Stolz sagen, dass ich maßgeblich an dieser Aktion beteiligt bin.«^[576]

Die Lebensmittel aus den besetzten Ländern kamen in erster Linie deutschen Soldaten zugute. Sie schickten davon einen nicht geringen Teil nach Hause. Ein weiterer, 1942 stark ansteigender Teil wurde abtransportiert – für deutsche Schwerarbeiter, Schwangere, arische Senioren und Säuglinge und nicht zuletzt zur dauerhaften Zufriedenheit des seither sprichwörtlichen Otto Normalverbrauchers. Gemeint war damit der Bezieher der Normalverbraucher-Lebensmittelkarte, die zu keinerlei Zulagen berechnete.

Die Höhe der Versorgungsrationen und die für Deutsche relativ gerechte Binnenverteilung festigten das Vertrauen des Volkes in seine Führung täglich aufs Neue. In Berlin beschwerten sich die Mütter im Februar 1945, dass sie – erstmals – »nicht regelmäßig Vollmilch erhalten« könnten.^[577] Genauso erinnerten sich die deutschen Frauen nach 1945 noch jahrzehntelang mit anklagendem Unterton: »Im Krieg haben wir nicht gehungert, da funktionierte alles!

Erst danach wurde es schlimm.«

Dazu gehört die komplementäre Erinnerung aus dem eingeschlossenen Leningrad. Im Januar 1942 starben dort täglich zwischen 3500 und 4000 Menschen: »Es war nahezu unmöglich, einen Sarg aufzutreiben. Hunderte von Leichen wurden auf den Friedhöfen oder in deren Umgebung einfach liegen gelassen, nur in ein Tuch eingeschlagen. Die Behörden beerdigten die ausgesetzten Leichen in Gemeinschaftsgräbern, die von den zivilen Verteidigungstruppen mittels Sprengladung ausgehoben wurden. Man hatte nicht die Kraft, in der gefrorenen Erde normale Gräber zu schaufeln.«^[578]

Teil III

Die Enteignung der Juden

Das Prinzip Staatsraub

Inflation und Arisierung

Gewöhnlich verbindet sich die Vorstellung von Arisierungsgewinnlern schnell mit Konzernmanagern und Bankdirektoren. Die in den späten 1990er-Jahren in vielen europäischen Staaten und Großunternehmen eingesetzten, aus Fachhistorikern gebildeten

Untersuchungskommissionen zur NS-Zeit verstärkten den in der Gesamtschau falschen Eindruck. In der etwas differenzierteren Fachliteratur werden daneben kleinere und größere Nazi-Funktionäre gerne zu den Absahnern der Arisierung gezählt. Seit einigen Jahren geraten zudem gewöhnliche deutsche Nachbarn ins Blickfeld, ebenso polnische, tschechische oder ungarische Nutznießer – Leute, die sich ihre schmutzigen Dienste für die Besatzungsmacht nicht selten aus »entjudetem« Eigentum vergelten ließen. Doch führt jede Konzeption, die sich allein auf die privaten Profiteure konzentriert, in die Irre. Sie verfehlt den Kern der Sache, wenn die Frage beantwortet werden soll, wo das Eigentum der exproprierten und ermordeten Juden Europas geblieben ist.

Wer das wissen will, muss sich zuallererst klar machen, wie die Deutschen den Zweiten Weltkrieg finanzierten.

Fast überall, wo in Europa arisiert wurde, liquidierte der jeweilige Staats- oder Besatzungsapparat die jüdischen Vermögenswerte. Selbstverständlich blühten dabei, wie im Fall jeder sozialrevolutionären Umwälzung von Eigentumsverhältnissen, alle nur erdenklichen Spielarten der Korruption, des Unterschleifs und der privaten Bereicherung. Selbstverständlich verlief das Arisieren in Berlin preußischer als das Romanisieren jüdischen Eigentums in Bukarest. Doch hier wie dort bezahlten die privaten Erwerber in aller Regel für die Aktien, die Häuser oder für die Möbel- und Kleidungsstücke enteigneter Juden, wenn auch unter den Verkehrswerten der vom Krieg aufgeheizten Märkte. Überall wurde der Besitz vor der Privatisierung nationalisiert, »verfiel« dem Staat, wie deutsche Finanzbeamte zu sagen pflegten.

Auch wenn manches verramscht wurde, so gelangten doch erhebliche Verkaufserlöse in die europäischen Staatskassen. Das Enteignen und Verwerten des jüdischen Eigentums bildete in der fiskalpolitischen Zielsetzung nicht nur im Deutschland des Jahres 1938 eine haushälterische Notmaßnahme – das Verfahren wurde zum Modell und anschließend in die Länder und Regionen des unterworfenen Europas exportiert. Nur so lässt sich die Arisierung angemessen einordnen. Zu beschreiben ist ein groß angelegter, gesamteuropäischer Geldwäschevorgang zum Vorteil Deutschlands, der sich in jedem Land etwas anders gestaltete. Einige der Enteignungsverfahren sollen dargestellt werden – und ihr immer wieder gleiches Ziel: die deutsche Kriegskasse. So konnten gewisse Spitzenlasten gedeckt werden. Genaue Zahlenangaben bleiben schwierig, weil die Deutschen das Verstaatlichen

jüdischer Vermögen vielerorts mit umfassenden, gegen andere Menschengruppen gerichteten Enteignungsakten verbanden.

Die allgemeine Enteignungstechnik kann an dem Teil Polens erläutert werden, den die Deutschen als Generalgouvernement bezeichneten. Dort lebten etwa zwei Millionen Juden. Schon kurz nach der Besetzung des Landes sperrten die Deutschen sämtliche Konten, Schließfächer und Depots, die auf den Namen eines Juden lauteten. Per Verordnung zwangen sie die Besitzer, alle ihre Bankguthaben und Safes bei einer Bank zusammenzulegen. Barbeträge von mehr als 2000 Zloty mussten auf Konten einbezahlt werden, für den eigenen Lebensunterhalt konnten dort 250 Zloty wöchentlich abgehoben werden. Waren bereits Treuhänder eingesetzt, so hatten sie entsprechend zu verfahren.^[579] Im November 1939 wurde die Treuhandstelle der Regierung des Generalgouvernements gegründet. Sie hatte das einstige Staatseigentum sicherzustellen, durch den Krieg herrenlos gewordenen Vermögen zu beschlagnahmen, Staatsfeinden und Juden die Vermögen zu entziehen.^[580] Die Erträge flossen, wie die Finanzabteilung in Krakau unermüdlich forderte und durchsetzte, »der Hauptkasse des Generalgouvernements zu«.^[581]

Im Generalgouvernement übernahm die Treuhand ungefähr 3600 Betriebe, die mehrheitlich aus jüdischem Besitz stammten. Davon galten gut 1000 als »namhaft«. Das Grundvermögen in Warschau umfasste 50000 Objekte, die einen Wert von mindestens zwei Milliarden Zloty

repräsentierten. Die Liegenschaften sollten verkauft werden, »sobald das irgendwie möglich sei«. Für den Verkauf der riesenhaften Mengen an beweglichem Vermögen gründete der Leiter der Treuhandverwaltung, Plodeck, die Treuhand-Verwertungs-GmbH. Sie verkaufte den Hausrat und die Kleidungsstücke ghettoisierter Juden wie auch von geflohenen oder zu Staatsfeinden erklärten christlichen Polen. Die Arbeit dieser privatrechtlich organisierten Firma konnte Plodeck bereits im Lauf des Jahres 1942 abschließen und ein Ergebnis von etwa 50 Millionen Zloty vorweisen.^[582]

Auch wenn Ausnahmen die Regel bestätigten, so galten alle lokalen Begehrlichkeiten ausdrücklich als unzulässig. Im Allgemeinen flossen die Überschüsse aus den angeblich treuhänderisch verwalteten Grundstücken, Kapitalien und Betrieben der Hauptkasse des Generalgouvernements zu. Zunächst konnten aus derartigen Vermögen noch eng begrenzte Unterstützungen an die einstigen Eigentümer bezahlt werden, auch verkündete die Treuhandverwaltung: Das »Eigentumsrecht selbst bleibt zunächst unberührt«. Erst wenn die Juden deportiert und ermordet waren, verfielen die bereits zu staatlichem Nutzen verwalteten und de facto längst enteigneten Werte als »herrenlose Vermögensobjekte« auch de jure dem »Eigentum des Generalgouvernements«.^[583]

Wie das Reichsfinanzministerium im Oktober 1941 angab, machten die Besatzungskosten in Belgien 125 Prozent der ordentlichen Staatseinnahmen aus, in den Niederlanden 131 Prozent, in Serbien 100 Prozent.^[584] Nach einer

methodisch und zeitlich etwas anders angelegten Untersuchung der Reichsbank beliefen sich diese Kosten im ersten Jahr der Besatzung für Frankreich auf 211 Prozent der ordentlichen Staatseinnahmen, für Belgien auf 200, für die Niederlande einschließlich äußerer Besatzungskosten auf ca. 180 Prozent. Für Norwegen betrugen sie damals 242 Prozent^[585], Ende 1942 umfassten »die Wehrmachtsentnahmen mit ca. 240 Mill. norwegischen Kronen 339% der Steuereinnahmen und 95% des Volkseinkommens«.^[586]

Nun konnten die Besatzungsverwaltungen und Kollaborationsregierungen zwar eine kontrollierte Inflation in Kauf nehmen, nicht jedoch eine galoppierende. Die Deutschen wollten das vermeiden, weil eine solche Inflation, wie sie sich im besetzten Griechenland rasch entwickelte, das gründliche Ausbeuten und eine möglichst kooperative Besatzungsverwaltung sofort erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht hätte. Das jeweilige Landesgeld musste seine Funktion als Zahlungsmittel unbedingt behalten. An dieser Stelle der Kriegsfinanzpolitik kamen – unter höchster Geheimhaltung – die Vermögen der europäischen Juden ins Spiel.

Deren Liquidierung bildete eine von mehreren Maßnahmen, die Kriegsinflation im besetzten und verbündeten Europa zu bremsen. Anders gesagt: Die Deutschen lenkten die Erlöse aus dem Verkauf jüdischen Besitztums in die nationalen Staatskassen. Von dort flossen sie – gemischt mit dem Geldstrom, der sich hauptsächlich aus der Notenpresse speiste – in den Besatzungskostenhaushalt. Dieses – je nach politischer

Ausgangssituation – in jedem Land etwas anders ausgestaltete System der Umwandlung von jüdischem in staatlichen Besitz soll in den folgenden Abschnitten an einzelnen Beispielen erläutert werden.

Die Hauptschwierigkeit für die geschichtliche Rekonstruktion liegt in der außerordentlich hohen Geheimhaltungsstufe. Das wird am Beispiel der belgischen Juden erkennbar, die wegen fehlender Kooperationsbereitschaft der landeseigenen Verwaltung ausnahmsweise vom deutschen Militärbefehlshaber enteignet werden mussten. Die Beschlüsse dazu wurden von den leitenden Besatzungsoffizieren offensichtlich am 16. Mai 1941 zusammen mit Görings Staatssekretär Neumann und hohen Beamten des Reichsfinanzministeriums in Brüssel gefasst. Laut Tagesordnung standen dabei allein »Besatzungskostenfragen« zur Diskussion. Diese Kosten mussten »aus Gründen der Währungsstabilität« gedrückt werden.^[587] Deshalb befahl der Militärbefehlshaber 14 Tage später, dass die Juden ihre Vermögen anzumelden hätten. Bei dem Treffen am 16. Mai forderte einer der nach Brüssel entsandten Beamten des Finanzministeriums vermutlich, ein spezielles Expropriationsamt einzurichten. Im Protokoll fand das folgenden Niederschlag: »Ergänzend bitten wir um die Einsetzung eines Sonderbevollmächtigten. (Staatssekretär Neumann unterbricht: ›Darüber ist keine Erörterung nötig.<‹)^[588] Nachdem die italienische Seite im besetzten Norditalien Schwierigkeiten gemacht hatte, schrieb der deutsche Kommissar bei der Banca d'Italia im November 1944, dass

in Venetien und Friaul von nun an die »Anweisungen bezüglich der Einziehung von beschlagnahmten Bankguthaben von einzelnen Juden unmittelbar an die zuständige Bank gegeben« würden. Für die Enteignungsakte bediente sich der deutsche Bankkommissar, Maximilian Bernhuber, des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD.^[589]

Die Expropriation fremder Staatsangehöriger zugunsten der Kriegskasse sollte auf keinen Fall dokumentiert, sondern nur im kleinsten Kreis besprochen werden. Offensichtlich legten es die deutschen Beamten darauf an, die völkerrechtswidrige Enteignung der Juden in einzelnen Ländern, so gut es irgend ging, als Maßnahme des jeweiligen Staats, also als innere Angelegenheit des besetzten Landes, zu tarnen. Solche Verfahrensweisen hat Gerhard Aalders auch für die Niederlande festgestellt. Die Besatzungsmacht »buchte um«, »überwies« auf Sammelkonten usw. und erreichte in »der Verhüllung der eigentlichen Motive ein hohes Maß an Perfektion«.^[590]

Finanzhilfe für Serbien

In wünschenswerter Klarheit konnte ich den Entscheidungsprozess nur für das Militärverwaltungsgebiet Serbien aus den Akten rekonstruieren. Dort ermordeten die Deutschen die Juden ungewöhnlich schnell. Bereits ein Jahr nach dem Überfall resümierte der Militärverwaltungschef Mitte April 1942: »Schon vor Monaten habe ich alles an Juden im hiesigen Lande Greifbare erschießen und sämtliche Judenfrauen

und Kinder in einem Lager konzentrieren lassen und zugleich mit Hilfe des SD einen ›Entlausungswagen‹ angeschafft, der nun in etwa 14 Tagen bis 4 Wochen auch die Räumung des Lagers endgültig durchgeführt haben wird.« (Unter »Entlausungswagen« verstand der Chef der Militärverwaltung einen Gaswagen, in dem die jüdischen Frauen, Kinder und Alten mit Hilfe von einströmendem Motorgas erstickt wurden.) Wenige Wochen später waren von den etwa 22000 serbischen Juden die allermeisten tot. Am 23. Mai stellte der Judenreferent des Auswärtigen Amts fest: »Die Judenfrage ist in Serbien nicht mehr akut. Es handelt sich dort nur noch um die Regelung vermögensrechtlicher Fragen.«^[591]

Für das Konfiszieren der Vermögen war das Referat 17 (später 12) des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien zuständig. Es wurde von dem Reichsbankbeamten Hans Gurski geleitet, der vorher im Stab des in den folgenden Abschnitten noch bedeutsamen Hermann Neubacher in Bukarest gearbeitet hatte. Kaum hatten Einheiten der Wehrmacht und der SS die serbischen Juden im Frühjahr 1942 ermordet, beratschlagten die Fachleute der Besatzungsverwaltung und der Vierjahresplanbehörde die endgültige Verwendung der materiellen Hinterlassenschaften.^[592]

Noch am 23. Mai 1942 ging das Auswärtige Amt davon aus, das Vermögen würde, sobald die Ansprüche der Volks- und Reichsdeutschen bedient seien, »in einer Art Stiftung vom Reich verwaltet werden«.^[593] Auch in der Kommissarischen Verwaltung des jüdischen Haus- und Grundbesitzes rechnete man »mit der Möglichkeit eines späteren

Verfalles des Judenvermögens in Serbien zugunsten des Reiches«.[594] Die meisten Beamten sahen in den potenziellen Arisierungserträgen einen Vorschuss auf die später noch im Einzelnen festzulegende »Kriegsentschädigung« Serbiens an den Aggressor Deutschland.

Auch die Vierjahresplanbehörde engagierte sich am 21. März 1942 noch für die »Verwertung zugunsten des Reichs«.[595] Dagegen opponierte das Reichsfinanzministerium. Dessen Vertreter Christian Breyhan regte im Mai 1942 an, die Erlöse müssten »der Ordnung halber durch den serbischen Haushalt laufen«. Anschließend habe es der Militärbefehlshaber durchaus »in der Hand, den Verwendungszweck festzulegen und die serbische Verwaltung entsprechend anzuweisen«.[596]

Einen Monat später fand eine weitere Zusammenkunft zu derselben Frage statt. Darüber berichtete der Vertreter des Auswärtigen Amtes: »Bei der Besprechung über die Liquidierung des serbischen Judenvermögens am 19. Juni im Hause des Vierjahresplans wurde auf Grund verschiedener Vorbesprechungen Folgendes beschlossen: Das Vermögen der Juden in Serbien ist zugunsten Serbiens einzuziehen. [...] Die Einziehung soll zugunsten Serbiens erfolgen, weil eine Einziehung zugunsten des Reiches der Haager Landkriegsordnung widersprechen würde. Der Erlös kommt aber mittelbar uns [den Deutschen] zugute ...«[597] In der Haager Landkriegsordnung heißt es in Artikel 46 glasklar: »Das Privateigentum darf nicht entzogen werden.« Die Vorschrift gilt allerdings nur für die Besatzungsmacht, nicht für die nationale Verwaltung des

besetzten Landes.

Wenige Tage nach dem Berliner Treffen schloss sich Göring den Einwänden der Finanzfachleute an und verfügte: Hinfort sei »das jüdische Vermögen in Serbien [...] zugunsten Serbiens einzuziehen«, um damit, so begründete er, »eine finanzielle Hilfe für den durch die Last der Besatzungskosten ohnehin stark beanspruchten serbischen Staatshaushalt zu ermöglichen«.^[598] Nun hatte der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft »die Übergabe der von ihm verwalteten Judenvermögen südlich der Donau zu beschleunigen, damit Serbien so rasch wie möglich mit der Verwertung anfangen kann«. (Nördlich der Donau bedienten sich die in der Batschka ansässigen Deutschen mit rabiaten Methoden.) Im Übrigen wurde festgelegt: »Die serbische Regierung muss eine Verordnung des in Serbien gelegenen Vermögens von Juden, die am 15. 4. 1941 jugoslawische Staatsbürger waren, zugunsten des serbischen Staates herausbringen.«^[599] Der serbische Ministerrat erließ diese am 26. August 1942. Neben den schon genannten Hauptmotiven für den Entschluss – den Dinar zu stärken und so zu tun, als würde die Haager Landkriegsordnung respektiert – lag der Besatzungsmacht auch daran, »das Ansehen der serbischen Regierung Nedić [...] durch die Freigabe des Judenvermögens zugunsten Serbiens zu stabilisieren«.^[600]

Tatsächlich machten in der zweiten Jahreshälfte 1941 »die Kriegslasten etwa das Doppelte der bereits nicht gedeckten Normalauslagen im serbischen Staatshaushalt aus«, woraus sich – auch aus deutscher Sicht – sofort »eine

äußerst ernsthafte Gefährdung der Währung« ergab.^[601] Bis dahin hatten die Besatzungskosten monatlich etwa 500 Millionen Dinar betragen. Das Gesamtvermögen der serbischen Juden schätzte man im Dezember 1944 auf drei bis vier Milliarden Dinar.^[602] Zum Zeitpunkt der Berliner Entscheidung reichte es also, um die Besatzungskosten für ein gutes halbes Jahr zu decken, beziehungsweise dafür, über einen längeren Zeitraum den Inflationsdruck auf die serbische Währung zu mindern.^[603] Folglich meldete der Vertreter des Auswärtigen Amtes im September 1942 zu dem in den Monatsberichten regelmäßig behandelten Punkt »Begrenzung der Besatzungskosten«: Das Thema bedürfe »zurzeit keiner Erörterung«.^[604]

Solche Sätze, wie sie sich für Serbien dokumentieren lassen, verweisen auf die genererell angewandte, hoch geheime Enteignungsmethode, mit der sich die Deutschen im ganzen von ihnen beherrschten Europa des jüdischen Eigentums bemächtigten. Nur anderswo verwischten sie selbst – später auch die kollaborierenden Finanzverwaltungen und (National-)Banken der unterworfenen Länder – die Spuren gründlich. Die deutschen Besatzer machten nationale Institutionen, möglichst auf der Basis eigens erlassener nationaler Gesetze, zu Hehlern, ließen das Geld in das Sammelbecken Staatshaushalt fließen, um es sich dort in nunmehr von den Spuren der Herkunft gereinigter Form anzueignen.

Anforderungen in Ungarn

Auch wenn das Verhältnis zwischen dem ungarischen

Reichsverweser Miklós von Horthy und Hitler stets angespannt blieb, so gingen doch beide Staaten ein Bündnis ein, das sich zwischen 1938 bis 1941 immer enger gestaltete. Deutschland brauchte das Land wegen seiner geostrategischen Interessen im Südosten; Ungarn brauchte Deutschland, um einige der territorialen Folgen des Friedensdiktats von Trianon zu revidieren: 1938 erhielt es im Ersten Wiener Schiedsspruch Teile der Slowakei zurück, wenige Monate später die Karpato-Ukraine, 1940 im Zweiten Wiener Schiedsspruch Nordsiebenbürgen, 1941 die Batschka, die Baranya und das an die Steiermark angrenzende Prekmurje (Übermurgebiet). Wie die mit Deutschland verbündeten Staaten Slowakei und Rumänien zog auch Ungarn im Sommer 1941 in den Krieg gegen die Sowjetunion.

Von 1943 an versuchte die Regierung, das von Deutschland umklammerte Land aus dem Krieg herauszuführen und zu einem Sonderfrieden mit den Westalliierten zu gelangen. Deshalb marschierte die Wehrmacht am 19. März 1944 ein, installierte einen Reichsbevollmächtigten und eine kooperative ungarische Regierung, die über einigen Spielraum verfügte. Mittlerweile war die Rote Armee schon fast bis an die Ostgrenze des Landes herangerückt, und es war absehbar, wann die Karpaten zur Kampfzone würden. Obwohl die Deutschen Ungarn besetzt hielten, bestand doch mit der reaktionär-konservativen Führungsschicht darüber Einigkeit, das Land gemeinsam gegen den »Ansturm der Steppe« zu verteidigen. Gemessen an der Möglichkeit, unter sowjetische Herrschaft zu geraten, galt Nazi-

Deutschland als das mit Abstand kleinere Übel.^[605]

Seit 1938 hatte die ungarische Regierung Gesetze erlassen, die Juden diskriminierten und enteigneten. Für die ungarische Kriegsfinanzierung besonders wichtig war ein Gesetz vom Juli 1942, das sämtliche Kriegsanleihen aus dem Ersten Weltkrieg annullierte, sofern sie von Juden gezeichnet worden waren. Damit verschaffte sich der Staat Spielraum für neue Schulden im nun doch langwierig gewordenen Krieg gegen Russland. Rein äußerlich erfolgte die Konfiskation zugunsten eines »Fonds für jüdische Auswanderung«.^[606] Tatsächlich handelte es sich jedoch um eine Form der Kriegsfinanzierung, wie sie unter demselben Vorwand im Protektorat Böhmen und Mähren, in der Slowakei und auch in Deutschland betrieben wurde.

Umgekehrt bezahlte das Deutsche Reich 1943/44 einen kleinen Teil seiner Clearingschulden mit der von Ungarn vehement geforderten »Repatriierung« von Wertpapieren ungarischer Unternehmen von deutlich mehr als 100 Millionen Reichsmark.^[607] Auch die dafür benötigten Aktien stammten zumindest zum erheblichen Teil aus den Depots enteigneter Juden. So wurden zum Beispiel im September 1941 die Wertpapiere des Brünner Juden Julius Zwicker dem Staat einverleibt. Darunter befanden sich ungarische Pfandbriefe, die mit sieben Prozent zu verzinsen waren und, da die Anleihe in Dollar aufgelegt worden war, einen Wert von 96000 Dollar hatten. Für die Wertpapiere bezahlte der Fiskus des Deutschen Reichs im Februar 1944 genau 182898,75 Reichsmark an den »Auswanderungsfonds Prag«, der vorgeblich der Emigration von Juden diene. Dort wurde die Zahlung in

langfristige Reichskriegsanleihen angelegt. Da der Eigentümer schon ermordet oder ins Ausland geflohen war, konnte der Reichsfiskus davon ausgehen, dass diese Anleihen niemals zurückbezahlt werden müssten. Es handelte sich also um nichts weiter als eine Umbuchung innerhalb derselben deutschen Kriegskasse. In Wirklichkeit tilgte das Deutsche Reich mit dem Pfandbriefpaket Zwickers solche Schulden, die gegenüber Ungarn aufgelaufen waren, das für den Gegenwert längst schon Erdöl und Lebensmittel geliefert hatte.^[608] (Ungarn war damals nach Rumänien der zweitgrößte Erdölproduzent im deutschen Machtbereich.)

Am 20. März 1944, einen Tag nach dem Einrücken in Ungarn, schloss die Wehrmachtführung in der südlich von Berlin gelegenen Garnisonsstadt Jüterbog ein freundschaftlich-entgegenkommendes Abkommen mit den Vertretern der ungarischen Generalität. Demzufolge sollten die Besatzungskosten in Ungarn von Deutschland getragen werden.^[609] Das Motiv der Deutschen lag auf der Hand: Wegen der bedrängten militärischen Lage versuchten sie, den Aufwand an Menschen und Material für das neu besetzte Land gering zu halten und ein möglichst hohes Maß an Einvernehmen mit den Generälen und den rechtsnationalistischen Kräften zu erzielen. Tatsächlich entließen sie Ungarn schon nach wenigen Tagen in die Teilsouveränität und betrachteten die neue Staatsführung wie die Armee wieder als Verbündete.

Doch intervenierte Schwerin von Krosigk sofort gegen das Abkommen von Jüterbog. Schließlich sei er dafür verantwortlich, »dass die Reichsschuld nicht unnötig steigt

und das Reich sich nicht später unerfüllbaren Forderungen gegenüber sieht«. Außerdem gehe es darum, die Lasten und Opfer »im europäischen Großkampf« gleichmäßig zu verteilen. Ferner, führte der Minister aus, bilde die »Übernahme der Kosten durch Ungarn das sicherste Mittel dafür, dass Ungarn die durch den Einmarsch der Truppen bedingten Ausgaben durch zusätzliche eigene finanzpolitische Maßnahmen ausgleicht und so schon während des Krieges den mit den Ausgaben zwangsläufig verbundenen Inflationsgefahren – im Interesse Ungarns selbst, aber auch des Reiches – energisch entgegentritt«.

[610] Zu diesen Maßnahmen gehörte gewöhnlich die Liquidierung des jüdischen Eigentums. Statt die ursprünglich vereinbarte finanzielle Rücksichtnahme zu wahren, erlegte der nach Ungarn entsandte Vertreter des Reichsfinanzministeriums dem Land nun die üblichen drastischen Besatzungskosten auf.

Im April und Mai 1944 konfiszierte die neue ungarische Regierung das Eigentum der Juden. Deren Deportation organisierte Adolf Eichmann mit Hilfe der ungarischen Gendarmerie. Einer der deutschen Beamten, die sofort nach dem 19. März in Budapest eintrafen, war Leopold Scheffler von der Deutschen Reichsbank. Er hatte in Paris die Aufsicht über die Finanzverwaltung geführt und dann – nach einem Praktikum im besetzten Polen – die Zentralnotenbank der Ukraine mitgegründet. Nun trat er seinen Dienst in Budapest an. Als Erstes entließ er am 23. April den amtierenden Präsidenten der Nationalbank und setzte an dessen Stelle den kooperationswilligen István Belatiny (»Hat stets gut mit uns zusammengearbeitet.«).

Der Neuernannte veranlasste am 26. April, dass sämtliche Wertsachen und -papiere, die in den Banksafes lagen und Juden gehörten, in die Verfügungsgewalt der Nationalbank übergingen. Am 28. April erkundigte sich Scheffler bereits nach dem Stand der Gold- und Devisenreserven sowie nach Berichten und Expertisen – insbesondere der Volkswirtschaftlichen Abteilung.^[611] [An dieser Stelle untersagte im Januar 2004 ein leitender Mitarbeiter des Ungarischen Staatsarchivs, kaum dass ich mit der Arbeit begonnen hatte, die weitere Durchsicht des Bestands »Ungarische Nationalbank«.]

Aus anderen Quellen lässt sich zumindest skizzieren, wie die Geschichte weiterging. Am 23. Mai 1944 stellten die Beamten im Reichswirtschaftsministerium gelegentlich einer Ungarn-Sitzung mit Zufriedenheit fest: »Die ungarische Judengesetzgebung ist inzwischen weiter vervollständigt worden. Die ungarische Regierung rechnet damit, dass die großen finanziellen Anstrengungen, die im Rahmen der gemeinsamen Kriegsführung notwendig werden, weitgehend aus der Enteignung der Judenvermögen bestritten werden können. Diese Vermögen sollen mindestens $\frac{1}{3}$ des gesamten Nationalvermögens betragen. Man rechnet mit einer erheblichen Liquidierungsmöglichkeit von Judenvermögen.«^[612] Der für Ungarn zuständige Berichterstatter und Protokollant dieser Sitzung führte im Juni aus: Die »radikale Lösung der Judenfrage« schreite voran. Die Juden verlören »beim Verlassen des ungarischen Staatsgebiets die ungarische

Staatsbürgerschaft; ihr Vermögen verfällt dem ungarischen Staat«. So könnten »die erhöhten Finanzanforderungen an den ungarischen Staat bisher aus beschlagnahmten Judengeldern bestritten werden«, weswegen auch der Notenumlauf »nicht wesentlich gesteigert« werden müsse und sich die Inflation vorläufig vermeiden lasse. Allerdings sei die Situation »durch umfangreiche Käufe der deutschen Wehrmacht« gefährdet.^[613]

Die Expropriation der Juden betrieb in Ungarn derjenige Spitzenbeamte, der auch das Branntweinmonopol leitete. Das Monopol war 1941 eingerichtet und die Branntweinsteuer ständig erhöht worden, um Geldmittel für die ungarischen Truppen aufzubringen, die gemeinsam mit den deutschen gegen die Sowjetunion Krieg führten. In der Doppelfunktion, die der Leiter der Monopolverwaltung 1944 erhielt, wird die Rolle der Magyarisierung jüdischen Eigentums für die Kriegsfinanzierung in Ungarn auch personalpolitisch greifbar.

In der Praxis gestaltete sich der konfiskatorische Erfolg so kurz vor Kriegsende schwieriger. Anfang Oktober begutachtete Görings Finanzberater Otto Donner die Lage in Budapest. Auf mittlere Sicht prognostizierte er erhebliche Chancen, das Vermögen der Juden für den ungarischen Kriegshaushalt nutzbar zu machen. Da aber für den kurzfristigen Haushaltsausgleich »nur die leicht realisierbaren Vermögensteile in Betracht« kämen, sei der akute Nutzen »weit geringer«.^[614] Doch handelte es sich bis zum Ende der deutschen Besatzung sicherlich um mehrere hundert Millionen Pengö. Das dafür verwertete »Judengut« wurde von Ungarn an Ungarn verkauft. Doch

der Erlös floss in der abstrakten Form des Geldes aus der ungarischen Staatskasse direkt in den deutschen Besatzungskostenetat, und von dort ging der Transfer weiter an jeden einzelnen deutschen Soldaten. Außerdem wurden die umfangreichen Lebensmittel-, Erdöl- und Bauxitexporte nach Deutschland damit teilweise bezahlt.

Emil und Henny Uhlmann

Mit der so genannten Judenbuße hatte der NS-Staat 1938/39 etwa ein Viertel des noch greifbaren Vermögens der deutschen und österreichischen Juden enteignet. Der Rest blieb – äußerlich gesehen – zunächst unangetastet. Da er unter Treuhandverwaltung gestellt war, wurden die Werte allerdings nicht selten verkauft und – rein formal – zugunsten des alten Eigentümers in Reichsschatzanweisungen verwandelt. Die Transformation der Vermögen in deutsche Staatspapiere entlastete die Kriegsfinanzwirtschaft merklich. Über den genauen Umfang solcher Zwangsanleihen ließen sich keine Urkunden finden, doch wies der Reichspressechef am 28. August 1941 ausdrücklich darauf hin, dass »der Umtausch von Aktien aus jüdischem Besitz in 3 ¹/₂% Reichsschatzanweisungen nicht erwähnt werden soll«. [615] Diese auch in verschiedenen besetzten Ländern – etwa in Holland und Frankreich – angewandte Technik der von diskreten Treuhändern vollzogenen Umwandlung von Grundstücken, Aktien, Gold, Silber und anderen Kapitalien in flüssiges Geld, das staatlich verausgabt und dann wieder in Gestalt von Kriegsanleihen gutgeschrieben wurde,

bedeutete nichts weiter als eine Totalenteignung ohne formellen Rechtsakt: Entweder wurde die Expropriation später nachgeholt oder das Vermögen ging im Staatsbankrott unter. Daher blieb es für die mit der Kriegsfinanzierung befassten Beamten gleichgültig, ob sie nur die Anlageart der Vermögen bestimmten oder in aller Form enteigneten.

Letzteres vollzogen sie in Deutschland mit der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941. In einem Entwurf, den die Fachreferenten am 15. März 1941 erörterten, hieß es recht neutral, das Einziehen der Vermögen diene »der Förderung der Judenauswanderung«. In dem erklärenden Zusatz wurde allerdings vermerkt, die Formulierung gehe auf eine Intervention des Auswärtigen Amtes zurück, und es solle damit »der Eindruck vermieden werden, als handle es sich bei der Vermögenseinziehung um eine Maßnahme zur Finanzierung des Krieges«.^[616] Nun konnten auch die ganz oder teilweise in Staatstitel umgewandelten Vermögen von deutschen Juden als endgültig enteignet an die Reichsschuldenverwaltung abgeliefert und die entsprechende Position im Reichsschuldbuch als bezahlt gelöscht werden. Dabei sollten die damit betrauten Beamten möglichst geringe Spuren hinterlassen. Deshalb hatten sie die Position »ohne Angabe des Namens des Juden, der die Papiere in Zahlung gegeben hat« zu streichen.^[617]

Das deutsche Haushaltsgebaren orientierte sich damals an der für Kriegszeiten ziemlich günstigen Formel, dass nicht mehr als 50 Prozent der für den Krieg notwendigen

Mittel auf Kreditbasis beschafft werden sollten. Deshalb schuf das entschädigungslose Streichen von Altschulden neuen Kreditspielraum für den Krieg. Man wird das Ergebnis dieser Form des Raubens – allein in Deutschland – auf einen Betrag von mindestens zwei Milliarden Reichsmark schätzen dürfen.

In speziellen Fällen vereinnahmte das Deutsche Reich nicht die zu Geld verwandelten Hinterlassenschaften der Verfolgten und Ermordeten, sondern sozialisierte bestimmte Liegenschaften in ihrer ursprünglichen materiellen Gestalt. Dafür kamen nach einem Erlass Hitlers vom Mai 1941 insbesondere solche »Vermögen und Vermögensteile« in Frage, die »ihrer Natur nach der Erfüllung der Aufgaben der gebietlichen Selbstverwaltungskörperschaften dienlich« seien. Wie aus den Ausführungsbestimmungen hervorgeht, waren damit Grundstücke gemeint, sofern sie sich für die Verbreiterung von Straßenzügen oder für geplante Straßendurchbrüche eigneten, »für Plätze, Grünflächen und Sportanlagen« oder ähnliche gemeinnützige Zwecke. Geeignete Häuser waren »beispielsweise für die Unterbringung von gemeindlichen Dienststellen, Schulen, HJ-Heimen, Kinderheimen, Altenheimen, Rot-Kreuz-Einrichtungen« zu nutzen, später wurden unbebaute Grundstücke auch »zur Errichtung von Behelfsheimen für Luftkriegsbetroffene« verwendet. Im böhmischen Hammer am See sollten zum Beispiel »die Besitzungen der Jüdin Ginzkey« in ein Erholungsheim für Kriegsbeschädigte umgewidmet werden. Aus dem beweglichen Vermögen konnten solche Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände entnommen werden, die »für

Behörden, Anstalten, Heime, Krankenhäuser usw.« nützlich sein konnten.[618]

Am 16. September 1942 forderte Walter Bayrhofer die Finanzbehörden der Länder auf, sämtliche Wertpapiere oder deren Verkaufserlös »sogleich an die Reichshauptkasse, Berlin, abzuliefern«. Ähnlich wurde mit dem Grundbesitz verfahren. Im Mai 1942 stellte das Reichsfinanzministerium fest, aufgrund des Paragraphen 3 der Elften Verordnung sei »dem Reich sehr viel jüdischer Grundbesitz zugefallen«.[619] Vermerkt wurden die Eingänge im Einzelplan XVII des außerordentlichen Haushalts, der für »besondere Kriegseinnahmen und -ausgaben« geschaffen worden war. Die Zuflüsse aus der Verwertung des Vermögens deutscher Juden wurden dort unter Kapitel 7, Titel 1 verbucht. Das galt für Wertpapiere aus jüdischem Besitz. Waren Wertpapiere »aus sonstigem Anlass zugunsten des Reiches eingezogen« worden, war Titel 2 desselben Kapitels zu benutzen. Titel 3 war in allgemeiner Form für »Einnahmen aus Verwaltung und Verwertung« bestimmt.[620] Anfang Januar 1944 verfügte Schwerin von Krosigk, »dass die bei der Reichshauptkasse vorhandenen Beutegegenstände verwertet werden sollten«, um den Reichshaushalt abzugleichen.[621]

Im Jahr 1942 trafen Reichsbankpräsident Funk und Himmler ein Abkommen, demgemäß Gold, Juwelen und Barmittel der ermordeten Juden Europas an die Reichsbank abzuliefern seien. Die Reichsbank bezahlte den Gegenwert des Goldes, der Goldmünzen und Devisen auf ein Sonderkonto der Reichshauptkasse, dem die

Finanzbeamten den verächtlich gemeinten Tarnnamen »Max Heiliger« verpasst hatten. Auf diesem Weg wurde auch der Restbesitz verstaatlicht, den die in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor, Treblinka, Majdanek und Auschwitz ermordeten Juden hinterließen. Dazu gehörte das aus Gebissen der Toten herausgebrochene Zahngold. In dem Rundschreiben »Verwertung des Besitzes anlässlich der An- und Aussiedlung der Juden« hieß es am 22. September 1942: Alle Barbeträge seien auf das Konto der SS-Lagerverwaltung bei der Reichsbankfiliale Berlin-Schöneberg einzuzahlen. Devisen, Edelmetalle, Schmuckstücke, Edelsteine, Perlen, Zahngold und Bruchgold waren einzusammeln. Die KZ-Verwaltung in Berlin war »für die sofortige Weiterleitung an die Reichsbank verantwortlich«. Uhren, Taschenmesser, Füllfederhalter, Portemonnaies usw. waren nach festgesetzten Preisen über die Marktendereien an Frontsoldaten zu verkaufen. Am Ende der Kette stand dann wieder die Maßgabe: »Die Gesamterlöse werden dem Reiche zugeführt.« Gute Kleidungsstücke und Schuhe konnten volksdeutsche Umsiedler kaufen. Auch hier dasselbe: »In jedem Falle ist der Erlös dem Reich zuzuführen.«^[622]

Über die direkten Abgaben von Gold, Juwelen, Zahngold und Wertpapieren gab der Reichsbankbeamte Albert Thoms 1946 zu Protokoll, er sei im Sommer 1942 vom Geschäftsführenden Vizepräsidenten der Reichsbank, Puhl, über die bevorstehenden Lieferungen der SS informiert worden. Sie wurden dann bis Ende 1944 zumeist von dem SS-Mann Bruno Melmer bei der Reichsbank kistenweise

vorgefahren und von Thoms quittiert. Anschließend verteilte dieser das Gelieferte an »die entsprechenden Abteilungen der Reichsbank zur Behandlung«. »Die Aktien, Wertpapiere und Anleihen wurden der Wertpapierabteilung überwiesen. Münzen und Gold behielt ich in der Edelmetallabteilung.« Die Juwelen gingen »mit der Bitte um bestmögliche Verwertung« an das Städtische Berliner Pfandhaus. Die Reichsmark-Erlöse aus all diesen Geschäften flossen auf das Tarnkonto »Max Heiliger«. Von dort wurden die Beträge »von Zeit zu Zeit« auf den ebenfalls schon erwähnten Einzelplan XVII des Kriegshaushalts umgebucht.^[623]

Nach demselben Schema wurde mit den von der Haupttreuhandstelle Ost eingelieferten Werten verfahren. Sie waren den Juden im annektierten Teil Polens in ihrer Gesamtheit abgenommen worden, ebenso Hunderttausenden einzelnen Polen, die zu Staatsfeinden erklärt oder zur Umsiedlung gezwungen wurden.^[624] Das Verfahren funktionierte im Großen und Ganzen. Insofern stimmt es, wenn Himmler am 4. Oktober 1943 in Posen behauptete, »die Reichtümer« der Juden seien »selbstverständlich restlos an das Reich abgeführt« worden.

Ausnahmen, nicht nur zur persönlichen Bereicherung, sondern auch zur unkontrolliert opulenten Selbstfinanzierung des Mordapparats, bestätigen die Regel. Zum Beispiel wollte das Reichsfinanzministerium einige Zeit nach der Zerstörung des Warschauer Ghettos wissen, was mit den dort aufgefundenen Werten geschehen

sei. Während die SS behauptete, alles sei ordnungsgemäß an die Reichshauptkasse gegangen, konnten dort keine »Wertgegenstände mit der Herkunftsbezeichnung ›Warschau‹« festgestellt werden.^[625] Anders verhielt es sich im Fall des Mordes an den Juden von Simferopol. Im Februar 1942 meldete der Chef der Sicherheitspolizei an das zuständige Armeeoberkommando: »Bei der Judenaktion beschlagnahmte Uhren [...] sind weisungsgemäß an die Staatskasse nach Berlin abgeführt worden.«^[626]

Die Technik, jüdische Vermögenswerte aller Art auf die beschriebene Weise zu verwerten, ging auf die Zuständigkeits-Verordnung für jüdisches Vermögen vom Januar 1939 zurück. Damals erlegte Göring den deutschen Juden die Pflicht auf, Gold, Juwelen, Platin und Perlen dem Staat zum »Aufkauf anzubieten«. Deshalb bildete das Reichswirtschaftsministerium die Zentralstelle für den Ankauf und die Verwertung von Juwelen und Gegenständen aus Edelmetallen. Den erforderlichen Verwaltungsapparat stellte die Stadt Berlin in Gestalt von Angestellten der Städtischen Pfandleihanstalt, Abt. III, die nun treuhänderisch, fachlich vom Wirtschaftsministerium beaufsichtigt, für das Reich tätig wurden. Den bürokratischen Aufwand abgeltend, flossen der Stadt Berlin zehn Prozent des stark gedrückten Reichsmarkpreises der eingezogenen Juwelen, Schmuckstücke und Edelmetalle zu, wobei diese Courtage von den Zwangsverkäufern zu bezahlen war. Das Ziel der Zentralstelle bestand darin, »die aus Judenbesitz

stammenden Juwelen und Gegenstände aus Gold, Platin und Silber zu erfassen und durch deren Verwertung zur Beschaffung der für staatspolitische und kriegswichtige Aufgaben notwendigen Devisen und Goldreserven beizutragen«.

Während zum Beispiel Golduhren hauptsächlich im Inland verkauft und Edelmetallschmuckstücke von geringem Wert den Scheideanstalten zum Einschmelzen geschickt wurden, waren besonders wertvolle Schmuckstücke, Edelsteine und Perlen zum Verkauf im Ausland bestimmt, um so Devisen für Kriegszwecke herauszuschlagen. Soweit die Steine zum besseren Verkauf aus den Fassungen herausgebrochen und umgeschliffen werden mussten, besorgte das die Diamanten-Kontor GmbH in Berlin und Idar-Oberstein. Das Reichsfinanzministerium begründete sein Vorgehen 1941 mit dem Zusatzargument: »Diese Bearbeitung ist auch deshalb erforderlich und wichtig, weil damit die Edelsteinschleifereien eine bestimmte Beschäftigungsquote für ihre Facharbeiter sicherstellen können.« Nach dem Umschleifen lieferte die Diamanten-Kontor GmbH die Steine, nach Größe und Wert geordnet, in »verkaufsfertigen ›lots‹« ab, versehen mit einer Schätzung des Devisenwerts.

Die Angebote gingen vorzugsweise in die Schweiz. Doch konnte wegen der offensichtlichen Unlust potenzieller Käufer, solche Edelsteine dubiosen Ursprungs zu erwerben, »nur ein kleiner Teil der bei der Zentralstelle abgelieferten Diamanten und Perlen gegen Devisen im Ausland verwertet werden«. Den abgelieferungspflichtigen Juden wurden zwischen 1939 und Ende 1941 zehn Prozent

des Inlandspreises erstattet und davon zehn Prozent Verwaltungskosten abgezogen.^[627] Wie wichtig diese Art des Zahlungsmittelbeschaffens war, zeigt sich in einem Erlass Görings vom Sommer 1943. Er zielte auf die Beschlagnahme der Briefmarkensammlungen von »Feinden« und Juden, damit »durch den Verkauf in möglichst großem Umfang Devisen hereingeholt« würden. Die einleitende Begründung lautet: »Die Devisenlage macht es notwendig, alle Möglichkeiten zur Devisenbeschaffung auszunutzen, auch wenn das Ergebnis im Einzelfall nicht allzu sehr zu Buche schlägt.«^[628] Im März 1941 übernahm Schwerin von Krosigk nach einem Gespräch mit Göring zwei Kisten mit Gold und Juwelen aus dem Besitz der Pariser Familie Rothschild. Der Minister tat das widerwillig und suchte Ausflüchte, zumal er die Preziosen zugunsten eines »besonderen Fonds« verkaufen lassen sollte. Darauf entgegnete Göring, das Reichsfinanzministerium habe doch hinsichtlich des günstigen Verkaufs »der Judenjuwelen Erfahrung über die zweckmäßigste Art der Verwertung«.^[629]

Da neben der zentral zuständigen Städtischen Pfandleihanstalt Berlin sich auch örtliche Pfandhäuser mit dem Verschern der Schmuckstücke von Juden beschäftigten, existiert ein Bericht des Leiters der Städtischen Leihanstalt Dortmund vom August 1941: »Irgendwelche Einwände über die Höhe der Kaufpreise durften von den Juden nicht gemacht werden. Sie mussten mit dem zufrieden sein, was sie von uns bekamen.« Zu seinem künftigen Platz in der deutschen

Nationalgeschichte führte der Beamte in aller Bescheidenheit aus: »Wenn in späteren Jahren einmal ein Forscher, der die Juden nur vom Hörensagen kennt, die Akten im Stadtarchiv Dortmund durchwühlt, wird er die Erkenntnis gewinnen, dass auch die deutschen städtischen Pfandleihanstalten zu ihrem geringen Teil an der Lösung der Judenfrage mitgearbeitet haben.«^[630] Die Pfandleihanstalt Dortmund war als zentrale Ankaufsstelle für die Schmucksachen der westfälischen Juden bestimmt worden.

Für die Stadt Münster veranschaulichten Gisela Möllenhoff und Rita Schlautmann-Overmeyer eindrucksvoll, wie das Vermögen der Juden dort verstaatlicht wurde. Beispielsweise zeigen die beiden Historikerinnen am Fall der gut situierten Eheleute Emil und Henny Uhlmann das Zusammenwirken von Reichsfluchtsteuer, Judenvermögensabgabe und völligem Offenlegen der Vermögensverhältnisse zum Nutzen der Staatskasse: »Der Wert ihrer Aktien und Bankguthaben belief sich auf 12500 Reichsmark, das Hausgrundstück wurde mit 34700 Reichsmark in Anschlag gebracht. Nach Abzug von ›Reichsfluchtsteuer‹ und ›Sühneleistung‹ blieben von den 47200 noch 21350 Reichsmark übrig, von denen sie nur die jeweils erlaubten 10 Mark bei ihrer Flucht nach Luxemburg mitnehmen durften. Da ein vom Staat beauftragter Vermögensverwalter die Mieteinnahmen ihres Eigentums in Münster einzog, waren sie von der Unterstützung eines Bruders abhängig. Im Grundbuch wurde ihr Haus am 18. Februar 1941 auf das Deutsche

Reich überschrieben. Das letzte Restvermögen zog der Staat entweder mit der Ausbürgerung der Emigranten oder mit der Deportation der Verbliebenen [Verwandten] aufgrund der 11. Verordnung zum ›Reichsbürgergesetz‹ vom 25. November 1941 ein.«^[631]

Auf solche Weise ersparte sich die deutsche Volksgemeinschaft 47180 Reichsmark an Steuern. Mit einem derartigen Betrag ließ sich damals vermeiden, was aus finanzwirtschaftlichen Gründen zwingend nötig gewesen wäre: Ein 50-prozentiges Anheben der jährlichen Lohnsteuer für 800 Arbeiter (mit zwei Kindern). Zugleich konnte man damit mitten im Krieg einen Teil der überschüssigen Kaufkraft binden und einzelne Stücke aus dem Besitz der Uhlmanns meistbietend oder auch zu Festpreisen verkaufen.

Im April 1940 wichen die Eheleute Uhlmann nach Luxemburg aus, wo sie deutsche Soldaten wenige Wochen später einholten. Am 16. Oktober 1941 wurden Henny und Emil Uhlmann aus dem mittlerweile besetzten, zur Germanisierung vorgesehenen Luxemburg in das Ghetto Lodz (Litzmannstadt) verschleppt. Emil Uhlmann starb dort am 7. November 1942 an Entkräftung, Henny Uhlmann musste am 17. September 1942 die Fahrt in die Vernichtungsstätte Chelmno antreten. Dort wurde sie am selben Tag in einem Gaswagen ermordet.^[632]

Geldwäsche für die Wehrmacht

Quisling hier, Verfassung dort

Obwohl in Norwegen nur etwas mehr als 2000 Juden lebten, verloren sie selbst dort ihr komplettes Eigentum zugunsten der Wehrmacht. Wenige Tage nach einem Arisierungsbeschluss des norwegischen Kabinetts erging im Oktober 1942 der folgende, als Geheime Staatssache deklarierte Erlass des Ministerpräsidenten Vidkun Quisling: »1. Die bei der Einziehung jüdischen Vermögens gemäß Gesetz vom 26. 10. 1942 beschlagnahmten Taschen- und Armbanduhren werden der Wehrmacht für Kriegszwecke übertragen und der deutschen Sicherheitspolizei unmittelbar zugestellt. 2. Die beschlagnahmten Gold-, Silber- und Schmucksachen sollen als Beitrag zur Deckung der Kriegskosten verwendet und der deutschen Regierung durch die deutsche Sicherheitspolizei unmittelbar zur Verfügung gestellt werden.«^[633] Aus dem Brief entstand die Instruktion Nr. 2 des Liquidationsamts für eingezogene jüdische Vermögen. Insgesamt verwertete Quislings Amt Vermögensbestände von 2173 jüdischen Bürgern, die auf einen Gesamtwert von 23 Millionen norwegischen Kronen geschätzt werden. Wertpapiere und Ähnliches zog das Amt zum Vorteil der norwegischen Staatskasse ein.^[634]

So unbedeutend das Gesamtergebnis auch gewesen sein mochte, so gelangte der Ertrag doch in den norwegischen Staatshaushalt, dann auf das Besatzungskostenkonto und

von dort unmittelbar in die Taschen deutscher Soldaten, in die Einkaufskassen der Versorgungsoffiziere oder in Lohntüten norwegischer Arbeiter, die Befestigungsbauten errichteten. All das wurde, wenn auch zu einem winzigen Teil, aus dem Enteigneten bezahlt.^[635]

Im November 1943 kontrollierten die Revisoren des Reichsrechnungshofs ein »Depot von Gold- und Silberwaren« der deutschen Zivilverwaltung in Oslo. Es bestand im Wesentlichen aus den vom Liquidationsamt übergebenen Wertsachen. Bereits zu Weihnachten 1942 waren davon 337 goldene und andere Uhren unentgeltlich an die kommandierenden Generale (Windisch-Graetz, Dietl und Schoerner) der in Norwegen stationierten Wehrmachteinheiten abgegeben worden. Besonders verdiente Männer hatten sie am 24. Dezember als kleine Aufmerksamkeit des Dienstvorgesetzten unter dem Lichterbaum vorgefunden.^[636] Nach einer später ergangenen Anordnung waren auch »Spiele jeglicher Art« sowie »Flügel und Pianos« für die vergnügliche deutsche Truppenbetreuung abzuliefern.^[637] Ferner wurden sämtliche Textilwaren für die deutsche Heimat aufgekauft und dem Liquidationsamt (mit norwegischen Kronen) bezahlt.^[638]

Ganz anders in Belgien. Dort lag die antijüdische Politik ausschließlich in den Händen der deutschen Militärverwaltung. Sie – und nicht die belgische Administration – erließ alle diskriminierenden Vorschriften. Wenige Monate nach der Besetzung des Landes, am 28. Oktober 1940, verhängte der Militärbefehlshaber

gegen die Juden »solche Maßnahmen, die ihm unter sicherheitspolizeilichen Gesichtspunkten absolut notwendig erschienen«. Dazu gehörte das Erstellen eines Judenregisters und eines Verzeichnisses jüdisch beeinflusster Unternehmen; außerdem führte die Wehrmacht die Genehmigungspflicht für Verfügungen über jüdische Unternehmen und Grundstücke ein und veranlasste »das Ausscheiden von Juden aus Ämtern und Stellungen«.

Drei Wochen später beschlossen die Militärs den nächsten Schritt. In seinem Erlass vom 16. November 1940 teilte der Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, mit, dass »größter Wert darauf zu legen sei, auch in Belgien die völlige Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft mit Beschleunigung durchzuführen; vorhandene Warenbestände jüdischer Geschäfte sollten zugunsten der Truppe oder des Reiches verwertet werden«. Doch der Versuch, »die wirtschaftliche Entjudung ähnlich wie in Frankreich im Wege der landeseigenen Gesetzgebung zu regeln«, lief ins Leere. Die belgischen Generalsekretäre der einzelnen Ministerien, die an Stelle der geflohenen Regierung ein Verwaltungskabinett bildeten, verweigerten »die Mitarbeit mit Rücksicht auf Verfassungsschwierigkeiten«.^[639] Ihre Haltung hob sich von der sonst in fast allen Ländern Europas üblichen Kollaboration deutlich ab.

Der Vergleich mit Belgien lässt das in Norwegen einigermaßen verborgene Interesse der Militärs an der »Entjudung« besonders hervortreten. Auch zeigt sich, wie

der Erfolg der deutschen Enteignungspolitik dort abnahm, wo das antisemitische Wohlwollen landeseigener Beamten und Bankangestellter ausblieb. Während in Oslo alles wie geölt und nach Wunsch verlief, beklagten sich die deutschen Generäle in Brüssel über höchst hinderliche »Kreise der belgischen Justiz«. So hatte der Procureur du Roi den Notaren des Landes schlicht untersagt, Verträge zu beurkunden, mit denen Liegenschaften von Juden veräußert werden sollten. Die Besatzungsgewaltigen – immer Wehrmachtoffiziere, niemals die SS – zwangen den Mann zum Rücktritt. »Seine Anordnung blieb jedoch wirksam«, weil sich niemand in der belgischen Justiz bereit fand, sie zu annullieren.

So sah sich der Militärbefehlshaber am 21. Dezember 1943 gezwungen, eine Verordnung herauszugeben, mit der die Beurkundungen belgischer Verträge vor einem deutschen Notar für rechtswirksam erklärt wurden. Doch fehlten 1944 die Kunden, sei es aus Solidarität mit den Verfolgten oder im Blick auf die kriegserischen Misserfolge der Deutschen. In ähnlicher Weise betrieben die Registergerichte des Landes Obstruktion. Sie weigerten sich beharrlich und bis zum Schluss, jene 6057 jüdischen Unternehmen, die von den Deutschen liquidiert worden waren, aus dem Handelsregister zu tilgen. Daraufhin sollte das belgische Justizministerium die Streichung von Amts wegen vornehmen. Auch das misslang.^[640]

Am 31. Mai 1941 erließ die Militärverwaltung die »Verordnung über wirtschaftliche Maßnahmen gegen die Juden«. Damit verfügte sie die Anmeldepflicht für Grundstücke, den Depotzwang für Wertpapiere und die

Einzahlung von Bargeld auf Bankkonten. Insgesamt gaben die belgischen Juden 28100 Vermögenserklärungen ab: davon 7700 Unternehmen, 3000 geschäftlich genutzte Grundstücke und 17400 private Gesamtvermögen.^[641] Im Februar 1941 konstatierte der Militärbefehlshaber zum Stichwort »Judenvermögen«: »Dieses ist erfasst.«^[642] Doch konnten sich viele belgische Juden der Preisgabe ihrer liquiden Mittel, Schließfächer, Konten und Aktiendepots entziehen, weil sich die Direktoren wie die Angestellten belgischer Banken nicht um die Identifizierung ihrer jüdischen Einleger kümmerten. Selbst auf den ersten Blick erkennbare Konten von Juden blieben unberührt. Registriert wurden im Allgemeinen nur diejenigen, deren Besitzer sich nach dem entsprechenden deutschen Militärbefehl »spontan« meldeten.^[643]

Am 2. April 1942 erging die Verordnung des Militärbefehlshabers »über den Verfall des Vermögens von Juden zugunsten des Deutschen Reiches«. Sie legitimierte, was die Brüsseler Treuhandgesellschaft m.b.H. (B.T.) schon seit ihrer Gründung im Oktober 1940 betrieb. Sie verwaltete und liquidierte die jüdischen Vermögen wie auch beschlagnahmtes Feindvermögen. Die Aufnahme der B.T. ins Handelsregister hatten zwei Angehörige der Militärverwaltung besorgt, die ihrerseits als Treuhänder des Chefs der Militärverwaltung (MV) auftraten. Einer der beiden Gesellschafter arbeitete zugleich als Geschäftsführer. »Durch diese enge Verbindung bestand die Gewähr, dass die besondere Aufgabenstellung der MV in der B.T. zur Geltung kam. Der später geschaffene Aufsichtsrat der B.T. setzte sich gleichfalls überwiegend

aus Angehörigen der MV, darunter dem Leiter der Wirtschaftsabteilung als Vorsitzendem, zusammen.«

Die B.T. verwaltete auch »Bargelder, Diamanten, Schmucksachen usw.«, die den zur Deportation bestimmten Juden von der deutschen Sicherheitspolizei im Sammellager Kaserne Mecheln abgenommen wurden. Der Einfachheit halber stellte die im hundertprozentigen Besitz der Wehrmacht befindliche B.T. ständig einen Mitarbeiter in das Lager ab. Aktienpakete und Depots, ebenso die Erlöse aus Arisierungserkäufen wurden weit überwiegend an die Société Française de Banque et de Dépôts überführt, die von der B.T. zwangsverwaltet wurde.^[644]

Ihren Abschlussbericht über Währung und Finanzen schrieben die deutschen Militärbeamten im Winter 1944/45, nachdem sie, die baldige Niederlage vor Augen, Belgien verlassen hatten. Das führte selbstverständlich zu Auslassungen. Eine ist in dem hier erörterten Zusammenhang wichtig. Neben den offiziell überwiesenen Besatzungskosten seien »der Besatzungsmacht weitere belgische Franken als Verwaltungseinnahmen« zugeflossen, so heißt es in dem Bericht. Es habe sich dabei »insbesondere um Sühnegelder [...], Ordnungsstrafen, Erlöse aus der Veräußerung beschlagnahmter Schmuggel- und Schleichhandelswaren u.Ä.« gehandelt. Allerdings hätten sich die Unterlagen darüber nur noch seit dem 1. Oktober 1943 und bis zum 31. März 1944 erhalten, führte der Berichterstatter aus. In dieser Zeit fielen nur wenige Millionen Reichsmark an, zu denen allerdings angemerkt wurde: Sie »minderten im Ergebnis den Verbrauch an echten Besatzungskosten«.^[645]

In dem im Abschlussbericht der Militärverwaltung zum Großteil unterschlagenen Posten Verwaltungseinnahmen steckt jedoch das enteignete Vermögen der belgischen Juden. Um wie viel Geld es sich dabei etwa handelte, lässt sich nicht sagen. Jedenfalls war es nicht besonders viel, auch gemessen am ohnehin relativ kleinen Gesamtvermögen der belgischen Juden. Nach den überlieferten Dokumenten wurden von Zeit zu Zeit Werte in der Größenordnung von drei, zwölf oder zehn Millionen Reichsmark vereinnahmt.^[646] Im Herbst 1944 vermerkte ein Beamter des Reichsfinanzministeriums auf einem Arbeitszettel zu den »Restaufgaben des Reichskommissars Belgien«: »Die Treuhandgesellschaft (wegen des Judenvermögens)«, »Feind- und Judenvermögen (die übersandten Wertpapiere)«, »Forderungen des Reiches gegen das Ostministerium wegen der Räumung jüdischen Mobiliars«, »vom Einsatzstab Rosenberg weggeführte Kunstwerke«.^[647] Der Beamte mischte sich in die Angelegenheiten deshalb ein, weil es hier um Gelder ging, die für den Kriegshaushalt zu verbuchen oder noch beizutreiben waren. Überliefert sind die Ergebnisse der Restaufgaben nicht.

Enteignen ohne Enteignungsakt

In Holland errichteten die Deutschen eine kleine zivile Aufsichtsverwaltung. Anders als in Belgien oder Norwegen erging dort niemals ein landeseigenes oder deutsches Gesetz, das die Juden enteignete – und dennoch war die Ausbeute hier besonders hoch. Zunächst befahl der

Reichskommissar am 22. Oktober 1940, bestimmte Unternehmen anzumelden, und konkretisierte das Vorgehen am 12. März 1941 in der »Verordnung über die Behandlung anmeldepflichtiger Unternehmen«. So neutral der Titel klang, so deutlich war der letzte Paragraph: »Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft. Sie wird als ›Wirtschaftsentjudungsverordnung‹ zitiert.«

Am 10. Januar 1941 war den Juden bereits die für das deutsche Vorgehen fast überall charakteristische »Buße« auferlegt worden. Am 26. März folgte die Kontrolle des Devisen- und Goldverkehrs, am 27. Mai wurde verfügt, dass Juden ihre landwirtschaftlich genutzten Grundstücke anzugeben hätten; am 8. August kam das Kapitalvermögen an die Reihe, drei Tage später der gesamte jüdische Grundbesitz.

Allerdings hob die entscheidende Verordnung vom 8. August nicht auf Enteignung ab oder auf den »Verfall« des Vermögens der »ablieferungspflichtigen« Juden zugunsten der deutschen oder niederländischen Staatskasse, sondern – eher allgemein – auf »die Behandlung jüdischen Vermögens«. Es ging, wie der SD vermerkte, »um die Hortung des gesamten jüdischen Vermögens«, womit angeblich die spätere Emigration bezahlt werden sollte. Wie in Deutschland, in der Slowakei, in Ungarn oder im Protektorat Böhmen und Mähren sollte der unmittelbare Nutzen für die Kriegskasse hinter der Leerformel von der »Errichtung eines Auswanderungsfonds« verschwinden.^[648]

In der Folge waren sämtliche Barvermögen und Schecks

auf ein Konto des zur Arisierungszentrale umgewandelten Bankhauses Lippmann, Rosenthal & Co einzuzahlen. Wertpapiere waren dort zu hinterlegen oder von der depotführenden Bank dorthin zu melden. »Sammlungen jeder Art, Kunstgegenstände, Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie verarbeitete oder nicht verarbeitete Edelsteine, Halbedelsteine und Perlen« waren ebenfalls dort »abzuliefern«.^[649] Am 21. Mai 1942 wurden die Juden zudem gezwungen, sämtliche privaten Forderungen und Ansprüche anzumelden.^[650] Hinter dem jüdischen Namen des Bankhauses verbargen sich deutsche Chefs, die das Eigentum von Juden liquidierten.^[651]

Mit Hilfe der von Niederländern verwalteten Amsterdamer Börse konnten rund 80 Prozent des vormals jüdischen Aktienbesitzes dort verkauft werden. Auf ähnliche Weise wurden auch die anderen Vermögensanteile veräußert. Dabei entspann sich ein Disput, ob die Vermögenstransaktionen dem Enteignungsverbot der Haager Landkriegsordnung genügten. Auf den ersten Blick schien alles korrekt, weil es formal nicht um Enteignung, sondern um das Umschichten des Vermögens ging. Die Erlöse aus den Liquidationsverkäufen durften zunächst in Form von Staats- und Industrieobligationen sowie Pfandbriefen angelegt werden, aber schon nach sehr kurzer Zeit nur noch in niederländischen Staatsobligationen. Zu den Besonderheiten in den Niederlanden gehörte, dass ein Teil des aus dem jüdischen Eigentum gewonnenen Geldes unmittelbar in Schatzbriefe des Deutschen Reiches verwandelt wurde. Da jedoch auch

die niederländischen Staatsobligationen ausschließlich für den Geldbedarf der Besatzungsmacht emittiert wurden, konnte es dabei bleiben. Der holländische Fiskus oder auch das Deutsche Reich zahlten reguläre Zinsen an das Bankhaus Lippmann, Rosenthal & Co, die dann sofort wieder in Staatsobligationen angelegt wurden, also in den Staatsrespektive in den Besatzungskostenhaushalt zurückflossen. Abgewickelt wurden die Geschäfte über ein Sammelkonto. Das hatte zur Folge, dass sich das Eigentum Einzelner bestenfalls als Promilleanteil am Gesamtvolumen der enteigneten Werte hätte ermitteln lassen können.

Das hier angewandte System bedurfte keines formellen Enteignungsaktes. Das konnte fünf, zehn oder zwanzig Jahre später nachgeholt werden. Dementsprechend verwandelte der Reichskommissar in den Niederlanden das in Staatspapiere transformierte jüdische Eigentum in ein Sondervermögen, das er der dafür kreierten Vermögens- und Rentenanstalt in Den Haag übertrug. Damit konnte alles sein Bewenden haben und hatte es auch. Denn für den Fall, dass sich zum Fälligkeitsdatum der Staatsanleihen und der aufgelaufenen Zinsen niemand melden würde, mussten die Schulden nicht getilgt werden – dann erloschen die Ansprüche sang- und klanglos. (Betrachtet man die deutsche, vorzugsweise gegen Juden gerichtete Enteignungspolitik so, dann ist es falsch, einfach die Menge der verkauften »Wertpapiere« zum Maßstab für das Ausmaß der Arisierung zu nehmen. Zu unterscheiden ist zuallererst zwischen zwangsweise und zuvor schon freiwillig erworbenen Staatsanleihen einerseits und Aktien privater Unternehmen andererseits. Während Aktien verkauft werden mussten, um sie der staatlichen

Finanzpolitik nutzbar zu machen, bedurfte es im Fall der Staatsanleihen keines weiteren Aktes, da der Staat über das Geld bereits verfügte. Auch spielte es für den währungspolitischen Erfolg keinerlei Rolle, ob das in Staatsanleihen umgewandelte Vermögen weiterhin auf die Namen der zwangsverwalteten Besitzer lautete oder Teile anonymer Fonds wurden.^[652])

So wurden zum Beispiel auch die Vermögen feindlicher Ausländer oder geflohener Holländer in den Niederlanden – nach völkerrechtlich generell nicht zu beanstandenden Verfahrensweisen – unter Zwangsverwaltung gestellt. Das war umgekehrt auch in Großbritannien und in den USA so üblich. Doch sofern das Vermögen Juden gehörte, veräußerte es die deutsche Feindvermögensverwaltung 1942/43 komplett und zahlte es auf das dafür eröffnete Konto der Deutschen Revisions- und Treuhand AG in Amsterdam ein. Dort verwandelte sich auch dieses Geld, in diesem Fall auf den Namen des abwesenden jüdischen Eigentümers feindlicher Staatsangehörigkeit lautend, in niederländische Staatsanleihen – und diente damit zu hundert Prozent der deutschen Kriegsfinanzierung.^[653]

Erst nachdem der Vermögenstransfer abgeschlossen war, erklärte der Höhere SS- und Polizeiführer in Den Haag: »Am 15. Oktober [1942] wird das Judentum in Holland für vogelfrei erklärt, d.h. es beginnt eine große Polizeiaktion, an der nicht nur deutsche und niederländische Polizeiorgane, sondern darüber hinaus der Arbeitsbereich der NSDAP, die Gliederungen der Partei, der NSB [...], die Wehrmacht usw. mit herangezogen werden. [...]

Gleichzeitig beginne ich mit Veröffentlichungen, wonach Ariern, die Juden versteckt gehalten oder Juden über die Grenze verschoben oder Ausweispapiere gefälscht haben, das Vermögen beschlagnahmt und die Täter in ein KZ überführt werden, das alles, um die Flucht der Juden, die in großem Maße eingesetzt hat, zu unterbinden.«^[654]

Das flüssige Vermögen, das den Juden geraubt wurde, betrug nach vorsichtigen, öffentlich angestellten Schätzungen 150 Millionen Gulden. Aus arisierten Unternehmen kamen »weit über 200 Millionen« hinzu, aus jüdischem Haus- und Grundbesitz rund 150 Millionen. Alles in allem addierten sich die Werte nach zeitgenössischer niederländischer Meinung auf den »runden Betrag von mehr als einer halben Milliarde Gulden«, also auf »eine Summe, an der«, so agitierte die Besatzungsmacht in der Öffentlichkeit, »das niederländische Wirtschaftsleben doch interessiert sein müsse«.^[655] Die Beamten der deutschen Raubbehörde gingen Ende 1943 von einem Gesamtwert von 600 bis 700 Millionen Gulden aus. Wobei zur pauschalen Abgeltung des Besitzes von deutschen Juden in den Niederlanden zehn Prozent der Gesamtsumme an den Reichsfinanzminister zu überweisen waren.^[656]

Das sind zeitgenössische Schätzungen. Nach niederländischen Nachkriegsangaben wurden den holländischen Juden insgesamt Werte von 1,1 bis 1,5 Milliarden Gulden geraubt. Daneben gilt es zu bedenken, dass die deutschen Behörden die Minderung des jüdischen Vermögens infolge unmittelbarer Korruption nicht einrechneten und einen gewissen Anteil als feindliches,

also nicht explizit als jüdisches Vermögen in niederländische Staatsobligationen umwandelten. Konservativ gerechnet, verwandelte die Besatzungsmacht in Zusammenarbeit mit der Niederländischen Staatsbank jüdische Besitztümer im Gegenwert von mindestens 1,5 Milliarden Reichsmark in niederländische Staatsobligationen. Da die Deutschen während des Krieges den acht Millionen Niederländern ungefähr Güter und Dienstleistungen im Wert von 14,5 Milliarden Reichsmark entzogen, lässt sich der Anteil, der davon auf 140000 Juden entfiel, mit mindestens zehn Prozent ansetzen.^[657]

Räuberisch vereint in Frankreich

Um das vielfach verschleierte System des Arisierens in Frankreich besser zu begreifen, in dem die veräußerten Teile jüdischer Vermögen in Schatzanweisungen des französischen Staats und damit in bares Geld für den deutschen Besatzungskostenetat transformiert wurden, empfiehlt sich zunächst der Blick auf den weniger geheimnisvollen Umgang mit feindlichem Vermögen. Was mit den Betrieben, Häusern und Aktien zu geschehen hatte, die Feinden gehörten und im Zweiten Weltkrieg – sei es in Deutschland oder in den Staaten der Kriegsgegner – der Feindvermögensverwaltung unterworfen wurden, ist im Artikel 46 der Haager Landkriegsordnung in allgemeiner Weise geregelt. Neben den Besitztümern von Angehörigen der so genannten Feindstaaten zählten die Deutschen auch die materiellen Hinterlassenschaften geflohener Franzosen dazu, ebenso die von Angehörigen

neutraler Staaten, die im feindlichen Ausland lebten. (Man nannte sie »Aufenthaltsfeinde« und meinte damit beispielsweise einen schweizerischen Staatsbürger, der in Frankreich eine Fabrik besaß und in England wohnte.)

Nach herrschender Meinung waren die Bestände und die Erlöse durch das Krieg führende Deutschland »treuhänderisch für den Berechtigten zu verwahren«.^[658]

Dem Anschein nach hielt sich der dafür zuständige deutsche Kommissar peinlich genau an diesen Rechtsgrundsatz, faktisch verschob er jedoch erhebliche Teile der Vermögenswerte in die Fonds zur Finanzierung des Krieges. Der Schlüssel dafür findet sich in der Generalvollmacht für die einzelnen Treuhänder, »zur Sicherung und Erhaltung gewisse verwaltende Maßnahmen durchzuführen«.

Insgesamt ging es in Frankreich um Werte von 2,5 Milliarden Reichsmark.^[659] Die »verwaltenden Maßnahmen« bewegten sich zwischen dem ausdrücklichen Vorbehalt der Reichsregierung, die fraglichen Werte später einmal einzuziehen, und dem zumindest vorläufigen Zwang, die Bestände »zu erhalten«.^[660] Außerdem unterlagen die Feindvermögen allen devisenrechtlichen Bestimmungen. Gold, Devisen und ausländische Wertpapiere waren also abzuliefern. Sie mussten der Reichskreditkasse Paris zum Kauf angeboten werden. Die erwarb und überwies den Gegenwert – in französischen Francs vom Besatzungskostenkonto – an die Treuhandstelle. Ähnliches galt für den Zwangsverkauf von Kraftfahrzeugen.^[661] Für all diese Werte erhielten die Verwalter der Feindvermögen einen nominell

angemessenen Ausgleich, nämlich Schatzanweisungen des französischen Staats. Damit lohnte sich die Transaktion für die Deutschen in doppelter Weise: Einmal versetzten sie sich so in die Lage, Gold, Devisen und Aktien für ihre Einkäufe im neutralen Ausland zu verwenden, anschließend konnten sie die Schatzanweisungen, die den Feindvermögensverwaltern ersatzweise ausgehändigt wurden, sofort sperren lassen. Damit war ein Beitrag zur Stabilität des französischen Francs geleistet. Denselben Wandel erfuhren auch die flüssigen Mittel von Feindbetrieben. Sie »wurden an die Treuhand abgeführt« und dort in Schatzanweisungen »angelegt«, ebenso Dividenden und andere Kapitaleinkünfte oder die Erlöse, wenn einzelne Firmen in feindlichem Besitz von den Treuhändern ausnahmsweise verkauft wurden.^[662]

Wegen der von der Besatzungsmacht ausgelösten Inflation ergriff der Deutsche Kommissar bei der Banque de France (BdF) von Anfang an Maßnahmen zur Dämpfung des Geldumlaufs, wie sie auch für andere besetzte Länder typisch waren. Dazu gehörte der bargeldlose Zahlungsverkehr, der im November 1940 zwischen der Hauptverwaltung der Reichskreditkassen und der BdF verabredet wurde. Fortan erhielten französische Unternehmer ihr Geld für sämtliche Lieferungen und Dienstleistungen zugunsten der Besatzungsmacht in aller Regel per Überweisung, ausgeführt von der BdF im Auftrag der Reichskreditkasse Paris.^[663] Ebenso forcierten die Deutschen den Scheckverkehr, verminderten den Umlauf großer Geldscheine, gaben Handelswechsel mit

neunmonatiger Laufzeit aus oder regten an, staatliche Subventionen mit Hilfe von Schatzwechseln zu bezahlen, die erst nach vier Jahren eingelöst werden konnten. So sollte das wegen der massiven Besatzungskosten aufgeblähte Geldvolumen gebändigt werden.^[664]

Gleichzeitig setzte die Besatzungsmacht die Politik des niedrigen Zinses fort, die Frankreich wie Deutschland im Herbst 1939 begonnen hatten, um die jeweiligen Staatskassen zu entlasten. Zum Bündel solcher währungspolitischen Maßnahmen zählte – wie in vielen Ländern Europas – auch der Griff nach dem Vermögen der Juden.

Im November 1941 verfügte das Devisenschutzkommando Frankreich, dass Obligationen, die der französische Staat in früheren Jahren ausgegeben hatte und die nun das Fälligkeitsdatum erreichten, nur noch dann ausbezahlt werden sollten, wenn der Verfügungsberechtigte das wünschte. Im Falle zwangsverwalteter Staatspapiere, und dazu gehörten sämtliche aus jüdischem Besitz, blieben die Stücke blockiert, ebenso wenn sie zum Feindvermögen zählten.

^[665] Die Maßnahme entlastete die Notenpresse unmittelbar.

Das geschilderte Verfahren, den Krieg zu finanzieren, dürfte von allen deutschen Kommissaren bei den Notenbanken der besetzten Länder zumindest versucht worden sein. In Deutschland, Ungarn und Rumänien wurden die Staatsanleihen, die Juden in früheren Jahren erworben hatten oder – später – erwerben mussten, 1941/42 offiziell kassiert, das heißt: entschädigungslos

enteignet. Jedoch spielte der Rechtsakt nur eine geringe Rolle. Ob mit oder ohne Expropriation, in jedem Fall erweiterte die Blockade fälliger Anleihen den Schuldenspielraum der kriegführenden Mächte sofort.

Eine andere Technik, um schneller zu Geld zu kommen, wandte die Wehrmacht in Tunesien an. Als die Westalliierten Anfang November 1942 in Marokko und Algerien landeten, reagierten Deutschland und Italien mit dem Einmarsch in Vichy-Frankreich und in der französischen Kolonie Tunesien. Wenige Wochen später forderten die Deutschen drei Milliarden Francs monatlich »zum Schutze Tunesiens«.[666] Doch reichte das Geld aus der französischen Staatskasse nicht entfernt.

Kaum gelandet, verhafteten sie einige jüdische Honoratioren einschließlich des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde von Tunis, Moïse Borgel. Nachdem sie die Gefangenen bald wieder freigelassen hatten, wurde die Führung der Jüdischen Gemeinde zu einer Art Judenrat umgebildet. Dieser hatte Zwangsarbeitskräfte für Bauarbeiten auf Stützpunkten der Luftwaffe bereitzustellen. Für deren Unterhalt hatte die Gemeinde sofort mehr als 31 Millionen Francs aufzubringen. Nach Angaben von Michael Laskier entwickelte sich in Tunesien rasch die folgende, nicht untypische Situation: »In order to meet the various German demands, the Jewish leadership was compelled to mortgage real estate and use the property of affluent Jews as guarantee for bank loans. Thus, the terror organized against the Jews had a significant financial aspect.«[667]

Die in dem Zitat angesprochene Praxis, Juden zu zwingen, Hypotheken auf ihre Häuser aufzunehmen, von Treuhändern eintragen zu lassen oder andere Besitztümer als Bankgarantien für Kriegskredite einzusetzen, gehörte offensichtlich zum Raubinstrumentarium deutscher Armeeintendanten. Es kann hier nicht genauer untersucht werden, was daraus wurde, jedenfalls entwickelte der Leitende Intendant im besetzten Belgien im Gespräch mit dem Judenreferenten des Reichsfinanzministeriums ähnliche Ideen. Nachdem in Belgien der Verkauf jüdischer Grundstücke am Widerstand der Verwaltung gescheitert war, aber auch daran, dass die Einheimischen »eine Abneigung« zeigten, »ehemals jüdischen Grundbesitz vom Militärbefehlshaber zu erwerben«, schlug der Wehrmachtoffizier vor: Um dennoch an das Geld heranzukommen, solle man versuchen, auf die Grundstücke »zu Lasten des jüdischen Eigentümers möglichst hohe Hypotheken eintragen zu lassen«. Schließlich seien genügend Geldgeber vorhanden und »die aufgenommenen Gelder könnten dann eingezogen werden. Das Reich würde auf diese Weise schnell einen Teil des Grundstückswerts realisieren können, ohne das Grundstück selbst unter seinem Wert verkaufen zu müssen.«^[668] Auch in Deutschland stand die Beleihung des Grundvermögens der Juden »im Interesse der Kriegsfinanzierung« zur Debatte.

[669]

Wie fast überall im besetzten Europa vollzog sich die Enteignung der Juden auch in Frankreich in einer Abfolge einzelner Maßnahmen, die bezweckten, die Werte genau

zu erfassen, die Verfügungsmöglichkeiten des Eigentümers zu beschränken und kommissarische Verwalter einzusetzen, die dann den Verkauf möglichst rasch durchführen sollten. Am 16. Oktober 1940 besprachen sich deshalb der damalige Oberkommandierende der Wehrmacht, von Brauchitsch, der Chef der Wirtschaftsabteilung des Militärbefehlshabers, Michel, der Chef der Verwaltungsabteilung, Werner Best, und der einstige österreichische Minister Guido Schmidt. Das Treffen fand im Pariser Hotel Ritz statt; laut Protokoll einigten sich die Beteiligten auf folgendes Vorgehen: »Ministerialdirigent Michel berichtet über den Stand der unsererseits gegen die jüdischen Geschäfte im franz. besetzten Gebiet geplanten Maßnahmen anhand des bereits ausgearbeiteten Verordnungsentwurfs.« Von Brauchitsch begrüßte die Vorschläge »auf der ganzen Linie«, bat allerdings »um eine Beschleunigung der Maßnahmen, da man nicht wisse, ob wir Deutsche in einigen Monaten noch in der Lage seien, die von uns für richtig gehaltenen Maßnahmen gegen die Juden hier in Frankreich durchzuführen oder durchzudrücken«. Ferner forderte er, »dass es schon jetzt möglich sein müsse, für die bis zur Stunde noch nicht wieder eröffneten jüdischen Geschäfte Treuhänder zu bestimmen und einzusetzen«. Auf eine Zwischenfrage »erklärt[e] er sich ausdrücklich damit einverstanden, dass als Treuhänder im Wesentlichen Franzosen bestellt werden«.

Bei so viel Engagement der Wehrmachtgeneralität und des führenden Wirtschaftsfachmanns der Militärverwaltung hielt es der profilierte SS-Offizier Werner Best offenbar für überflüssig, sich zur Judenfrage auch nur zu äußern. Er

gab einige Hinweise zum französischen Kraftverkehr zu Protokoll.^[670] Allerdings hatte Best schon zuvor im Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Paris einschlägige »Anregungen« entwickelt, darunter diejenige zu »prüfen, ob das jüdische Eigentum im besetzten Gebiete enteignet werden kann«.^[671]

Elf Tage nach dem Treffen im Hotel Ritz, am 27. Oktober 1940, ordnete der Militärbefehlshaber die Anmelde- und Kennzeichnungspflicht für solche Unternehmen an, die jüdischen Eigentümern gehörten. Die in dem Gespräch mit von Brauchitsch angekündigte, von Michel entworfene Verordnung sah die Registrierung sämtlicher jüdischer Geschäfte, Banken, Handels- und Industrieunternehmen vor, einschließlich eventueller jüdischer Anteile. Die erfassten Firmen sollten dann so schnell wie möglich von kommissarischen Verwaltern geleitet werden. Die deutschen Militärverwalter wünschten, »Frankreich von jüdischem Einfluss zu reinigen« und die »in den Geschäften vorhandenen Vorräte der Heimat, der Wehrmacht und der französischen Bevölkerung« zur Verfügung zu stellen. Mit dem Wort »Heimat« meinte Michel den Abtransport der Raubgüter nach Deutschland.

Nach außen hin war zu diesem Zeitpunkt nur von einer »Meldepflicht« die Rede. Doch verstanden die Verantwortlichen darunter eine »Inventur« und sahen in den gleichzeitig berufenen Verwaltern eine genügend elastische Grundlage für »die schnelle Durchführung der Arisierung«.^[672] Die endgültige Expropriation der jüdischen Vermögen setzte nach den deutschen Plänen allerdings französische Gesetze und Exekutionsorgane

voraus. Das erwies sich zunächst als problematisch. Erst »nach und nach«, und zweifellos nicht ohne Druck, konnte die französische Regierung »zum Erlass eigener Landesgesetze angeregt werden«.^[673] Alle diese Repressalien gegen die französischen Juden betrieben deutsche Offiziere und der Wehrmacht angehörende Kriegsverwaltungsräte im Interesse der eigenen, möglichst umfassenden Zahlungsmittelversorgung. Gelegentlich bat der Militärbefehlshaber die Sicherheitspolizei, bestimmte Juden festzunehmen, um den Zugriff auf einzelne Betriebe zu erleichtern. Mehr noch: Der ständige Vertreter des in Paris verantwortlichen Eichmann-Mitarbeiters Theodor Dannecker war von Juni 1942 an Kriegsverwaltungsrat Heinz Röthke. Ihn ordnete der Militärbefehlshaber zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Frankreich ab. Nachdem Dannecker Paris im August 1942 schon wieder verließ, wurde der Militärverwaltungsbeamte Röthke dessen Nachfolger.^[674]

Im Oktober 1940 berichtete Michel: »Die Ausschaltung der Juden aus der französischen Wirtschaft ist im besetzten Gebiet in Angriff genommen worden. [...] Überflüssige jüdische Betriebe werden liquidiert und ihre Vorräte anderen Firmen zur Verfügung gestellt werden. Wirtschaftlich notwendige Betriebe werden von den kommissarischen Verwaltern arisiert werden.« Man lege die Maßnahmen so an, dass »die Franzosen daran selbst in erster Linie interessiert werden«, und man rechne deshalb damit, dass die französische Regierung auch im unbesetzten Gebiet bald entsprechende Maßnahmen treffe.^[675] Nur in Ausnahmefällen wurden deutsche

Verwalter eingesetzt, nämlich dann, wenn der Einfluss auf ein solches Unternehmen gesichert werden sollte.^[676]

Auch Göring hatte angeordnet, »die wirtschaftliche Beteiligung französischer Erwerber in den Vordergrund zu stellen«.^[677]

Die Partizipation der Franzosen gehörte ins politische Konzept. Nach den Worten des deutschen Botschafters in Paris sollte damit erreicht werden, »Frankreich von der jüdischen Welt zu trennen«; gemeint waren damit die Bindungen zum Liberalismus und zu den westlichen Demokratien.^[678] Von Anfang an sollte auch der Erlös aus der Arisierung jüdischer Betriebe »dem französischen Fiskus zufließen«, was das »Befremden« einzelner deutscher Besatzungsfunktionäre hervorrief.^[679]

Außerdem konnte, solange das Enteignungsgeschehen zwischen Franzosen vonstatten ging, der Haager Landkriegsordnung wenigstens zum Schein genügt werden. Schließlich hatte die Justizabteilung des Militärbefehlshabers im August 1940 zu bedenken gegeben, die geplanten Arisierungen müssten »nach außen hin den Formen privatrechtlicher Übereignung folgen«.^[680]

Wie sich deutsche und französische Interessen im Fall der »Entjudung« verbanden, mögen zwei Beispiele illustrieren. Am 6. März 1941 wandte sich ein gewisser A. Labbé, der frühere, nun arbeitslose Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie in Cherbourg, an den sehr geehrten Herrn Gerstner in der Deutschen Botschaft Paris. Er bedankte sich für dessen Aktivitäten »bezüglich meiner Verwendung als Komm[issarischer] Verwalter oder ähnlicher Tätigkeit«. Es

ging ihm darum, wie die Botschaft dem Militärbefehlshaber antrag, »eine treuhänderische Verwaltung von jüdischem oder Feindvermögen zu übernehmen.« Nach einigem Mahnen klappte es: Im September 1941 erhielt Labbé dank der Fürsorge Gerstners die kommissarische Verwaltung des Hotels Ayoun Mireille in Boulogne s/Seine.

Am 9. August 1941 fragte derselbe Dr. Karl-Heinz Gerstner beim Militärbefehlshaber nach, ob nicht der Franzose Lucien Léontard wegen seiner guten wirtschaftlichen Kenntnisse, sprachlichen Gewandtheit und Deutschfreundlichkeit »als Kommissar für ein jüdisches Unternehmen eingesetzt werden könnte«. Sofort erhielt der Kollaborateur den Vermerk »Von der Deutschen Botschaft empfohlen«.^[681]

Ein anderes Beispiel dafür, wie man einen Teil der Franzosen für den Raub des jüdischen Eigentums interessierte, zeigt sich in der Pariser Variante der Judenbuße. Am 14. Dezember 1941 erlegte der deutsche Militärbefehlshaber den Pariser Juden eine kollektive Strafe von einer Milliarde Francs auf.^[682] Der zum Beitreiben verpflichtete französische Staatsapparat griff in hohem Maße auf die Aktienvermögen der außerordentlich wohlhabenden Familien de Gunzburg und Javal zurück, die nach Amerika geflohen waren.^[683] So erübrigte sich das Angebot des Reichsfinanzministeriums zur »Entsendung von Fachkräften zur Durchführung der Verordnung bei Weigerung der Zahlung«.

Um das deutsch-französische Klima aufzuhellen, wollte der Militärbefehlshaber 25 Prozent der Zwangszahlung an die Secours national und andere französische

Wohltätigkeitsorganisationen abgeben, doch das Reichsfinanzministerium bestand darauf, dass der volle Betrag als Reichseinnahme verbucht werde. Schließlich einigte man sich auf einen Anteil von zehn Prozent. So gingen 100 Millionen Francs von der Judenbuße an Franzosen, die durch britische Luftangriffe auf Paris zu Schaden gekommen waren. Verteilt wurden die Mittel von dem eigens gebildeten Comité ouvrier du secours immédiat.^[684]

Ähnlich verfuhr die deutsche Besatzungsverwaltung während der kurzen Zeit des Afrikakrieges in der französischen Kolonie Tunesien. Im Dezember 1942 schilderte der Sonderbotschafter des Auswärtigen Amts, Rudolf Rahn, die chaotischen Zustände in Tunis. Die Stadt und der Hafen waren schweren britischen Bombenangriffen ausgesetzt. Rahn berichtete über das Entstehen landeseigener Polizeieinheiten und von Bürgerkomitees zur Linderung der akuten Not und zur Organisation der Ersten Hilfe. Dann fuhr er in seinem Telegramm fort: »Da internationales Judentum für anglo-amerikanischen Angriff gegen Nordafrika verantwortlich, wurde durch Einsatzkommandos Sicherheitspolizei und SD von jüdischem Vermögen Summe von zwanzig Millionen erhoben und gemischtem arabisch-italienisch-französischem Komitee zur Sofortunterstützung Bombengeschädigter übergeben. Falls feindliche Bombardierung Zivilbevölkerung fortführt, werden weitere Beiträge erhoben.«^[685] Gut drei Monate später telegrafierte Rahn, das auf sein Betreiben gegründete Hilfskomitee habe »bisher aus der tunesischen Juden

auferlegten Vermögensabgabe fünfzig Millionen Franzfranken an bombengeschädigte Familien – hauptsächlich Muselmanen – ausgezahlt«.^[686] Die Soforthilfe für Bombenopfer förderten die Deutschen während der letzten Kriegsmonate auch in Italien und Ungarn aus jüdischem Vermögen.^[687] Im ukrainischen Kriwoj-Rog ließ der Ortskommandant die Wohnungen der ermordeten Juden nach sozialpolitischen Gesichtspunkten vergeben. Nach seinem Bericht hatte die Stadtverwaltung »die von den Juden verlassenen Wohnungen beschlagnahmt und an bedürftige Einwohner verkauft«.^[688]

Auch wenn der Militärbefehlshaber in Frankreich im Jahr 1942 noch ein nächtliches Ausgehverbot für Juden verhängte und das Tragen des gelben Sterns befahl, so hatte er im Juni 1941 doch sein wichtigstes judenpolitisches Ziel erreicht: Die Vichy-Regierung übernahm es, eine Serie antijüdischer Gesetze zu dekretieren. Sie erließ das Judenstatut. Sie schuf das für die Exekution der Maßnahmen zuständige Judenkommissariat (Commissariat général aux questions juifs). Eng am deutschen Vorbild von 1938/39 orientiert, folgte am 29. November 1941 das Gesetz über die Gründung der Union générale des Israélites, der alle Juden beitreten mussten. Gleichzeitig löste Frankreich sämtliche anderen jüdischen Vereinigungen auf.^[689]

So wurde es für die Deutschen möglich, den Raub mit geringem eigenen Personaleinsatz zu beaufsichtigen. Der dafür zuständigen Wirtschaftsabteilung (Wi I/1) des Militärbefehlshabers gehörten fünf Militärverwaltungsräte

an, ein Oberinspektor, ein Sekretär und drei Stabshelferinnen. Davon arbeiteten in der speziell gebildeten Unterabteilung »Der Beauftragte des Militärbefehlshabers beim [französischen] Generalkommissariat für Judenfragen« drei Räte, ein Oberinspektor, eine Stabshelferin und drei von der Treuhand überlassene Schreibkräfte.^[690] Diese wenigen Leute und eine Hand voll nicht allein mit dem Arisieren beschäftigte Revisoren lenkten die »Entjudung« in Frankreich.

Exekutiv betrieben wurde sie vom Commissariat général, das für die Enteignung die Section IX – Direction générale de l'Aryanisation économique – unterhielt. Die beschlagnahmten Aktien verwaltete das französische Finanzministerium mit Hilfe der im Mai 1941 gegründeten Caisse centrale de dépôts et de virements de titres (Zentralkasse für die Verwahrung und Übertragung von Wertpapieren). Dort wurden die Aktien nach Kräften verkauft und dann in Schatzanweisungen und Anleihen des französischen Staats verwandelt. Die Kasse diente dazu, die deutsche Kriegs- und Ausplünderungsmaschine mit Bargeld zu schmieren.

Aus Sicht der meisten verfolgten Juden verantworteten Franzosen und französische Spezialbehörden die alltägliche Arisierung. Ausnahmen bildeten allerdings die Vermögen jüdischer Emigranten aus Deutschland und Österreich, vom Herbst 1942 an auch der zugewanderten, noch nicht naturalisierten Juden aus Polen, Böhmen und Mähren sowie solcher Juden, die Staatsangehörige von

Feindstaaten waren oder sich in Feindstaaten aufhielten^[691] – mindestens 50000 von 330000 in Frankreich lebenden Juden. Für sie bestellte das Referat Wi I/2 des Militärbefehlshabers in Frankreich Ferdinand Niedermeyer zum kommissarischen Generalverwalter. Er liquidierte oder verkaufte die Unternehmen und sorgte dafür, dass die Erlöse »zugunsten des Reiches sichergestellt« wurden.^[692] Niedermeyer trat sein Amt im August 1941 an, »einerseits als Generalkommissar und andererseits als Sonderbeauftragter der Partei zwecks Einschaltung von Deutschen in lebensfähige [jüdische] Betriebe«.^[693]

Die Dienststelle arbeitete unter dem Briefkopf »Der Militärbefehlshaber in Frankreich, Abteilung Finanzen, Deutsche Juden«^[694], und das Reichsfinanzministerium verfügte, »dass die Erträge der Reichshauptkasse zugeführt werden müssen«.^[695] Noch nach der Befreiung Frankreichs lieferte Niedermeyer der Reichshauptkasse beschlagnahmte Wertpapiere, Schmucksachen und Briefmarken im Wert von 60 Millionen Reichsmark ab.^[696]

Für die Nutzung des Feindvermögens, zu dem auch große Besitztümer von Juden zählten, richtete die Militärverwaltung schon im Dezember 1940 die »Treuhand- und Revisionsstelle im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich« ein. Den Aufbau der schnell wachsenden Dienststelle übernahm ein Leutnant Kadelbach, der im Februar 1941 vorschlug, den ganzen Komplex feindlicher und jüdischer Vermögen durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft »Treuverkehr Deutsche

Treuhand AG« in Berlin betreiben zu lassen. Kadelbach gehörte dem Vorstand des Unternehmens an, das im Übrigen der Deutschen Bank nahe stand.^[697] Der Auftrag an eine solche Firma, hoheitliche Aufgaben zu übernehmen, bildete einen der vielen, für den NS-Staat bezeichnenden Fälle von privatwirtschaftlichem Outsourcing.

Mit ihrem Personal besetzte die Treuverkehr auch noch eine nicht genau definierte und niemals offiziell gegründete Treuhandstelle. Die Beteiligten betrachteten sie als »eine fiskalische Einrichtung«, als Geldsammelstelle »zeitlich begrenzter Natur« und »ohne feste rechtliche Form«.^[698] Tatsächlich handelte es sich um nichts weiter als eine weitere Briefkastenfirma zum Zweck der Geldwäsche. Zum Tätigkeitsfeld der privatwirtschaftlich organisierten, im öffentlichen Auftrag tätigen Treuhandstelle gehörte der »Sektor Juden«. Insoweit übernahm sie nach Michels Anweisung vom Mai 1942 die folgenden Aufgaben:

»a) Führung einer Kartei, in welcher jüdische Unternehmungen und ihre kommissarischen Verwalter sowie sonstige Einzelheiten erfasst und laufend nachgetragen werden.

b) Einziehung der von meinem Beauftragten für die Entjudung der Wirtschaft beim Generalkommissar für Judenfragen festgesetzten Judenabgaben, laufende Berichterstattung über deren Eingänge und ständige Abstimmung des Einziehungs-Solls mit meinem Beauftragten für die Entjudung der Wirtschaft beim

Generalkommissar für Judenfragen.

c) Mitwirkung beim Genehmigungsverfahren vorgelegter Arisierungsvorgänge in der Weise, dass sie den von mir beauftragten Stellen eine kurze gutachterliche Stellungnahme (so genannte ›Aktenprüfung‹) zuleiten.«^[699]

Die Treuverkehr lag der Militärverwaltung deshalb als »kriegswichtig« am Herzen, weil sie »Juden- und Feindvermögen im Werte von mehreren Milliarden Frs. verwaltet[e]«.^[700] Zwar lenkten französische Köpfe und Hände das Generalkommissariat für Judenfragen, doch unterhielt die Wehrmacht dort die Dienststelle eines Beauftragten des Militärbefehlshabers für die Entjudung der Wirtschaft, verschleiert bezeichnet als Beauftragter beim Service du contrôle [des administrateurs provisoires] (S.d.C.). Auch dieser Beauftragte des Militärbefehlshabers wurde von der Treuverkehr gestellt. Er geistert später als nicht näher bezeichnetes, scheinbar französischer Service du contrôle durch die Abschlussberichte.^[701] Wie von Michel angeordnet, führte die Treuverkehr über die Arisierung der französischen Wirtschaft eine Kartei. Sie war in den Zimmern 649 und 649a des Hotel Majestic in Paris untergebracht und ständig »mit einem Herrn und zwei bis drei Damen besetzt«. Nach dem Bericht der Treuverkehr wurden dort mehr als 10000 Karteikarten für Firmen angelegt und ständig aktualisiert sowie solche für mehr als 1500 Verwalter. (Insgesamt bezifferte das Commissariat général »die Anzahl jüdischer Unternehmungen im besetzten Gebiet Frankreichs mit etwa 22000«.)

Die Arbeitsteilung zwischen der Wirtschaftsabteilung

des Militärbefehlshabers, der Treuverkehr und dem Commissariat général folgte festen Regeln: Die französische Seite legte die Arisierungsjunkte zur Genehmigung dem von der Treuverkehr gestellten deutschen Beauftragten für die Entjudung (Service de contrôle) vor, der leitete sie offiziell an einen Betriebsprüfer der Treuverkehr weiter und genehmigte dann – gegebenenfalls unter Auflagen – den Verkauf.^[702] Dabei achtete die Militärverwaltung darauf, »dass die französischen Behörden bei der Anwendung der deutschen Verordnungen innerhalb der ihnen gegebenen Ermächtigungen selbständig und unter eigener Verantwortung arbeiten«. Deshalb bestätigten die deutschen Kontrolleure eine Arisierung mit dem Stempel »Verfügung hat vorgelegen« und nicht mit »Genehmigt«.^[703]

Am 21. Juni 1941 wurde angeordnet, dass Juden ausschließlich mit der Zustimmung des Service du contrôle, also der deutschen Besatzungsverwaltung, ihre Bankschließfächer öffnen durften. Der in der Militärverwaltung für das Überwachen des französischen Finanz- und Kreditwesens zuständige Mann, Reichsbankdirektor Scheffler, drohte: »Ich werde die in Frage kommenden Bankleiter persönlich haftbar machen, sofern irgendwelche Verstöße gegen diese Anordnung festgestellt werden.«^[704] Anders als ihre belgischen Kollegen hielten sich die Direktoren französischer Banken »in der überwiegenden Mehrheit ängstlich an die deutschen Vorschriften«.^[705]

Einen Monat später, am 22. Juli 1941, erließ die Vichy-Regierung das Gesetz No. 3086 »aux entreprises, biens et valeurs appartenant aux juifs«.^[706] Das Gesetz trat am 26. August in Kraft. Im Kern folgte es den deutschen Enteignungspraktiken zwischen 1938 und 1941. Das bedeutete: Sämtliche Vermögenswerte der Juden wurden einem Treuhänder (Administrateur provisoire) übertragen, verkauft und in bares Geld oder in Staatspapiere umgewandelt. Ein formales Enteignen der Juden Frankreichs fand also nicht statt. Offiziell ging es nach Artikel 1, Absatz 1 darum, »jeglichen Einfluss der Juden auf die nationale Wirtschaft zu tilgen«. Doch gelang es auf diesem Weg, fast das gesamte Vermögen der französischen Juden für die deutsche Kriegskasse nutzbar zu machen. Sofern auch die Juden in Vichy-Frankreich und in den nordafrikanischen Kolonien Frankreichs ihre Vermögen an den Staat verloren, gelangten auch diese Gelder – da es sich um eine einheitliche Währung handelte, die mit Hilfe der Arisierung gestützt wurde – letztlich in deutsche Taschen.

Schon im Artikel 1 schloss das Gesetz sämtliche französischen Staatsanleihen, Obligationen französischer Kommunen oder Staatsbetriebe von der Treuhänderschaft aus. Das war logisch, da das Gesetz, getreu dem deutschen Vorbild, darauf zielte, einen möglichst hohen Anteil des jüdischen Vermögens in Staatsanleihen zu verwandeln. Um das genannte, im Gesetz nicht erwähnte Ziel zu erreichen, verfügten die eingesetzten Treuhänder nach Artikel 12 vor allem über das umfassende Recht, die ihnen anvertrauten Güter zu verkaufen. Das traf selbst für solche Werte zu, auf

denen das Pfandrecht eines Dritten lastete. Dass die Liquidierung der Vermögen den Hauptzweck bildete, zeigt sich in Artikel 18: Beeilte sich der Treuhänder nicht mit dem Verkauf, dann konnte der Präsident des zuständigen Handelsgerichts einen Liquidator einsetzen, um den gesetzlich unbedingt gewünschten Verkauf durchzusetzen.

Die kompromisslose Klarheit der legislativen Absicht kontrastiert auf den ersten Blick merkwürdig mit dem in Artikel 7 niedergelegten Grundsatz, dem gemäß die Treuhänder das ihnen anvertraute Vermögen nach den Grundsätzen eines guten Familienvaters verwalten sollten. »L'administrateur provisoire doit gérer en bon père de famille«, heißt es dort wörtlich. Die väterliche Fürsorge orientierte sich jedoch nicht am Wohl der Juden, sondern allein an den Interessen des französischen Finanzministers.

Dafür war entscheidend, was mit den Erlösen aus der massenhaften Vermögensliquidierung geschah. Das wiederum regelte Artikel 24 des Gesetzes. Demnach waren sämtliche Verkaufserlöse auf den Namen des zwangsweise unter angebliche Treuhänderschaft gestellten Juden bei der staatlichen Depositenkasse (Caisse des dépôts et consignation) einzubezahlen. Dort verwandelten sich die Beträge umgehend in französische Staatspapiere und damit in einen Teil der deutschen Kriegsfinanzen.

Macht man sich die finanzwirtschaftlichen Zusammenhänge klar, dann findet sich ein möglicher Grund dafür, warum das Juden-Kommissariat an der place des Petits-Pères Nr. 1 residierte. Es lag 50 Meter entfernt vom Haupteingang der Banque de France. Da die Käufer nach Artikel 17 so weit als möglich bar zu bezahlen hatten, was der Arisierungspraxis in Deutschland und später in

Ungarn entsprach, konnte das Geld auf kurzem Weg in die Banque de France getragen und dort – eigentumsrechtlich scheinbar untadelig – in Staatspapiere verwandelt werden.

[707]

Die Liquidierung jüdischen Vermögens in Frankreich erreichte 1942 den Höhepunkt und ging 1943 auf weniger als die Hälfte zurück.^[708] Die (deutsche) Treuverkehr nahm für ihre Prüftätigkeit beachtliche Gebühren, außerdem vereinnahmte sie die Gewinne aus den von Treuhändern weitergeführten Betrieben, bestimmte die Höhe der Verkaufserlöse usw. Diese verwandelte sie bezeichnenderweise ebenfalls in französische Schatzwechsel (Bons du Trésor). Die deutsche Feindvermögensverwaltung formulierte das später so: »Sie legte die Beträge daher – den Weisungen der Militärverwaltung entsprechend – bei den unter deutscher Verwaltung stehenden Niederlassungen feindlicher Großbanken als mittelfristiges Geld an und kaufte regelmäßig, wenn größere Beträge aufgelaufen waren, französische Schatzbons.« Dasselbe geschah mit den Forderungen feindlicher Gläubiger. Auch sie verwandelten sich in Bons du Trésor.^[709] Die Art der Anlage geht zweifellos auf das Drängen des Deutschen Kommissars bei der Banque de France zurück, der damit das Vertrauensverhältnis zum Gouverneur der Bank pflegte.

Soweit also Einnahmen aus der Verwertung des jüdischen Eigentums auf die Konten der Treuverkehr gelangten, blieben sie grosso modo in Frankreich. Die deutschen Verantwortlichen wählten solche Anlageformen

aus, die den Inflationsdruck in Frankreich minderten und die Bezahlung der horrenden Besatzungskosten erleichterten. (Ein vergleichsweise kleiner Betrag von 22,5 Millionen Reichsmark der Treuhandeinnahmen wurde 1943 direkt an die Reichshauptkasse in Berlin überwiesen.)^[710]

Subsidien der Verbündeten

Slowakische Gerechtigkeit

Die Slowakei zählte 2,65 Millionen Einwohner und verdankte ihre staatliche Selbständigkeit Hitler-Deutschland, das die Herauslösung des Landes aus der Tschechoslowakei 1938/39 durchsetzte. Die antisemitische Propaganda der tonangebenden Slowakischen Volkspartei lässt sich in ihrer klassenkämpferischen Ausrichtung beispielhaft an einer Rede von Alexander Mach demonstrieren. Der spätere Innenminister, der immer auch Kontakt zu kommunistischen Funktionären hielt, erklärte in der Gründungsphase des neuen Staates: »Mit den Juden, die Gold, Juwelen und Reichtümer besitzen, hat man überall aufgeräumt, und auch wir werden es tun. Die Stärke der Slowakei ist die Arbeit, und wer hier nicht arbeitet, wird hier auch nicht essen. Wer sich hier Reichtum zusammengestohlen hat, dem wird er abgenommen! Das ist die praktische Lösung der ganzen Judenfrage.«^[711] Ähnlich argumentierte die Zeitung Slovenska Politika im Juli 1940: »Vor allem geht es hier um die jüdische Frage. Ohne radikale Lösung derselben können sich unsere sozialen Verhältnisse nicht grundlegend bessern.«^[712]

Die Regierungsverordnung vom 18. April 1939 legte fest, wer als Jude zu betrachten sei, wobei sie – anders als in Deutschland – erhebliche Ausnahmen zuließ. Generell sprach sie den so Definierten das Recht auf öffentliche

Ämter ab und beschränkte deren Zugang zu bestimmten akademischen Berufen teilweise oder vollständig.^[713] Da sich die slowakische Regierung vorgenommen hatte, die elende Lage des Landproletariats zu bessern, verfügte sie ebenfalls schon 1939 die Anmeldung des land- und forstwirtschaftlich genutzten Besitzes der Juden. Wenige Monate später folgte ein Gesetz, das die Nationalisierung solcher Bodenflächen vorsah und vorschrieb, wie sie sozial »gerecht« parzelliert und verteilt werden sollten. Tatsächlich betrafen die damit verbundenen Enteignungen fast ausschließlich diejenigen 101423 Hektar Land, die Juden gehörten. (Die Fläche mag gering erscheinen, doch reichte sie rechnerisch, um 20000 Fünf-Hektar-Höfe für landlose Familien zu gründen. Mit Kindern mögen das 120000 Menschen gewesen sein, knapp fünf Prozent der slowakischen Bevölkerung.) Am 25. April 1940 erging das Gesetz zur Slowakisierung jüdischer Unternehmen, das dem ausdrücklichen Ziel verpflichtet war, »einen starken slowakischen Mittelstand« zu schaffen.^[714]

Nach den Gesetzen zur Enteignung der jüdischen Landbesitzer, Handel- und Gewerbetreibenden folgte im Sommer 1940 der Plan, auch die slowakischen Juden nach Madagaskar zu deportieren. Die Regierung in Bratislava schloss sich diesem Projekt als Einzige unter den Verbündeten Deutschlands an. Das hängt sicherlich mit dem Wirken von Dieter Wisliceny zusammen, den Eichmann im August 1940 als Judenberater nach Bratislava entsandt hatte. Vorab ging es um den Ausschluss der Juden aus der slowakischen Wirtschaft, weswegen Wisliceny gelegentlich auch als Berater für Arierungsfragen

bezeichnet wurde. Jedenfalls machte er sich sofort daran, die Enteignungsgesetze nach deutschem Muster zu effektivieren. So entstand nach dem Vorbild der in Wien und Prag aufgebauten Raub- und Abschiebeagenturen in Bratislava ebenfalls eine spezielle Slowakisierungsbehörde – das Zentralwirtschaftsamt – und damit verbunden ein Fonds, mit dem angeblich die Emigration von Juden gefördert werden sollte. Dieser, auch von den deutschen Bürokraten gerne gebrauchte Euphemismus, umschrieb ein Konto, auf das die Erlöse aus dem massenhaften Verkauf des jüdischen Eigentums eingezahlt wurden. Der Name des Fonds erfüllte Tarnwünsche, über den Inhalt verfügte allein der slowakische Finanzminister. Der verordnete am 2. September 1940, mit der ausdrücklichen Absicht der »Fixierung«, dass die Juden ihr Vermögen anmelden mussten.

Bis Anfang 1942 liquidierte die slowakische Regierung von insgesamt knapp 12000 angemeldeten jüdischen Betrieben 9987 und arisierte 1910.^[715] Selbstverständlich nützte nicht nur die direkte Vermögensübertragung dem interessierten slowakischen Mittelstand. Auch das Verschwinden von Konkurrenzunternehmen und der damit verbundene rassistisch abgefederte Konzentrationsprozess war für den einzelnen nationalslowakischen Unternehmer von Vorteil.^[716]

Mit der Bilanz des Raubens beschäftigten sich sowohl das Statistische Amt als auch die Judenzentrale, wie die Zwangsvereinigung der slowakischen Juden bezeichnet wurde. Nach den Angaben des slowakischen Antisemiten Anton Vasek, der das Judenreferat des Innenministeriums

leitete, repräsentierte das jüdische Vermögen einen Wert von 4,5 Milliarden Kronen. Nach den Erhebungen des Statistischen Amtes und der Judenzentrale fiel zumindest das Nettovermögen deutlich geringer aus: Es lag etwa zwischen 2,5 und 3 Milliarden Kronen.^[717] Allerdings erbrachte auch die vorsichtigere Schätzung einen Betrag, der dem Finanzminister in Bratislava begehrenswert schien. Man muss bedenken, dass der reguläre slowakische Staatshaushalt für 1941 sich auf knapp drei Milliarden Kronen (etwa 250 Millionen Reichsmark) belief, der darin enthaltene Wehretat auf gut eine halbe Milliarde.^[718]

Als die Slowakei Ende Juni 1941 mit Deutschland in den Krieg gegen die Sowjetunion eintrat, führte das sofort zu erheblichen finanziellen Lasten. Wie sie bewältigt wurden, lässt sich bei Ladislav Lipscher nachlesen: »Auf einer vom Regierungsvorsitzenden am 25. August einberufenen Beratung im Beisein der höchsten zuständigen Regierungsvertreter wurden ernste Bedenken über die weitere Finanzlage des Staates laut, die sich seit dem Eintritt des Krieges gegen die Sowjetunion rapide verschlechterte. Der Finanzminister führte an, dass das Defizit des Budgetvorschlages bis Ende 1941 fast 600 Millionen Kronen betragen würde. Um einer Inflation vorzubeugen, beschloss man, die fehlenden Finanzmittel zum Großteil – 500 Millionen Kronen – durch eine fünfzehnprozentige Abgabe vom jüdischen Vermögen zu beschaffen.«

Wenige Tage später, am 9. September 1941, erließ die Regierung das entsprechende Gesetz. Es erhöhte die Zwangsabgabe auf 20 Prozent des Vermögens und nahm –

wie schon 1938/39 in Deutschland – alle Juden des Landes in Gesamthaft. Der offizielle Grund lautete: Die nicht-jüdische Bevölkerung mit 500 Millionen Kronen zu belasten, sei »ein himmelschreiendes Unrecht«, weil sie an diesem Krieg keine Schuld trage. (Aus der Annahme, 500 Millionen slowakische Kronen entsprächen 15 Prozent des Judenvermögens, ergibt sich, dass das Finanzministerium mittlerweile von einem Vermögen von etwa 3,3 Milliarden Kronen ausging.) Lipscher meint, die Vermögensabgabe sei faktisch gescheitert, da die Juden nicht mehr über die notwendigen Werte verfügten. Tatsächlich ließ sich die Abgabe ohne weiteres aus den bereits gesperrten, jedoch noch nicht konfiszierten Sparguthaben, Aktien und Depots in die Staatskasse lenken.^[719]

In seinem Jahresbericht für 1942 bemerkte der Gouverneur der Slowakischen Nationalbank verschwommen, aber deutlich genug: Der Banknotenumlauf habe sich wegen der deutschen Forderungen in unguter Weise stark gesteigert. Allerdings wäre die Zunahme noch wesentlich deutlicher ausgefallen, hätte »die Slowakische Nationalbank nicht neutralisierende Maßnahmen getroffen«.^[720] Dazu gehörte an erster Stelle die Enteignung der Juden, die über den Verkauf von Habseligkeiten Geld in die Kassen brachte und es damit für eine gewisse Zeit erlaubte, den Banknotenumlauf nicht noch stärker aufzublähen.

Weil es zu wenige Wohnungen gab, erhielten die 11518 Juden von Bratislava im Winter 1941/42 Aussiedlungsverfügungen. Bis zum März 1942 mussten

6720 Menschen die Stadt verlassen und sich an vorbestimmten Orten einquartieren. Unmittelbar danach, am 26. März, begannen die Deportationen nach Auschwitz und Lublin-Majdanek. Binnen 13 Wochen ließ die slowakische Regierung von 89000 Juden 53000 deportieren. In dieser Phase verkündete sie am 25. Mai 1942 jenes Gesetz, das den Abschub der Juden und die Verstaatlichung des Vermögens vorsah. Nach Interventionen der katholischen Kirche weigerte sich die slowakische Regierung später, die Deportationen fortzusetzen.

Für jeden deportierten Juden hatte die Slowakei eine Gebühr von 500 Reichsmark an das Reich zu entrichten, insgesamt 26,1 Millionen. Verrechnet wurde der Betrag über das deutsch-slowakische Clearing, wodurch sich der Einkaufs- und Kreditspielraum deutscher Interessenten sofort erhöhte. Den Reichsmark-Gegenwert stellte das Reichsfinanzministerium »dem Reichsführer SS zur Verfügung«.[721]

Slowakischen Schätzungen zufolge zwangen die Deutschen der verbündeten Slowakei im Verlauf des Zweiten Weltkriegs Güter und Dienste im Wert von mindestens sieben Milliarden Kronen ab.[722] Davon konnten nahezu 40 Prozent aus Arisierungserlösen kompensiert werden. Um die durch den Krieg gegen die Sowjetunion und die deutschen Forderungen verursachte Inflation zu bremsen, stabilisierte die Slowakische Nationalbank die Krone zunächst, indem der Staat das jüdische Vermögen zu seinen Gunsten liquidierte. Aber das reichte nicht aus.[723] Schon 1942 übergab das Reich der

Slowakischen Nationalbank (Raub-)Gold und (Raub-)Devisen im Wert von einer Million, 1944 noch einmal in Höhe von zehn Millionen Reichsmark. Schließlich stellte die Reichsregierung den Verbündeten in Bratislava auch »Edelsteine und Diamanten zu Abschöpfungszwecken zur Verfügung«, die zumindest teilweise von holländischen Juden stammten.^[724]

Ähnlich verfuhr die Regierung des 1941 gebildeten Unabhängigen Staates Kroatien. Am 10. April 1941 besetzte die Wehrmacht Zagreb, und noch am selben Tag proklamierte die von den Deutschen massiv geförderte Ustascha den neuen Staat, der Bosnien-Herzegowina einschloss. Vier Tage später blockierte die kroatische Regierung sämtliche Konten und Depositen, die sich im Besitz der etwa 30000 Juden befanden. Weitere 16 Tage später verpflichtete ein spezielles Gesetz die jüdische Minderheit des Landes, ihren Besitz zu deklarieren und penible Vermögensverzeichnisse einzureichen. Kaum war das geschehen, wurde den kroatischen Juden eine »jüdische Abgabe für die Bedürfnisse des Staates« abgepresst.^[725]

Zum größeren Teil wurden die Juden dann in kroatische Lager gesperrt und dort zu Tode gequält. Zum kleineren Teil gingen sie in den Untergrund oder wurden im Sommer 1942 nach Auschwitz deportiert. Erst dann konfiszierte der Ustascha-Staat am 30. Oktober 1942 das jüdische Eigentum endgültig.^[726] Der Staatshaushalt für 1943 sah ungedeckte Ausgaben in Höhe von 1,25 Milliarden Kuna vor. Davon sollte nach einem Bericht der Frankfurter

Zeitung ein größerer Teil durch »Schuldverschreibungen gedeckt werden sowie durch die Einnahmen aus den verstaatlichten jüdischen Vermögen, die man auf etwa 1,25 Mrd. schätzt«.^[727] Allerdings war auch hier ein – im Vergleich zur Slowakei – kleiner Betrag den Deutschen gutzuschreiben. Sie verlangten für jeden der 1942 nach Auschwitz Deportierten, insgesamt 4927 Menschen, eine Gutschrift von 30 Reichsmark auf dem Clearingkonto.^[728]

Bulgariens Kriegshaushalt

Bereits vor dem Balkanfeldzug berieten deutsche Spezialisten die bulgarische Regierung intensiv. Vom 23. Januar bis zum 1. Februar 1941 hielt sich – streng geheim – eine Expertenkommission in Sofia auf, um die finanzielle Seite des bevorstehenden Krieges gegen Griechenland vorzubereiten. Hitlers Sondergesandter Neubacher leitete die Delegation aus zivilen wie militärischen Wirtschafts- und Finanzexperten.^[729] Am letzten Verhandlungstag schlossen Deutschland und Bulgarien ein Abkommen, das eine als Kredit bezeichnete Bargeldtranche von 500 Millionen Lewa zugunsten der deutschen Wehrmacht vorsah.^[730] Zugleich rüstete Bulgarien auf.

Bereits am 3. März prognostizierte die Reichsbank: »Es erscheint eine Erhöhung des Kredits auf 900 Mill. Lewa notwendig zu werden.«^[731] Das geschah am 25. März. Im April, während des Krieges gegen Jugoslawien und Griechenland, presste die Reichskreditkasse Sofia dem verbündeten Land abermals 500 Millionen Lewa ab –

insgesamt also 1,4 Milliarden.^[732] Die nächste Erhöhungsrage von 500 Millionen Lewa folgte gut zwei Monate später, und so ging es bis zum August 1944 weiter.^[733] Nachdem die Wehrmacht im April und Mai 1941 Jugoslawien und Griechenland überrannt hatte, annektierte das mit den Achsenmächten verbündete Bulgarien Teile von Thrazien und Mazedonien. Im Gegenzug musste das Land sämtliche Kriegskosten übernehmen, die den Deutschen auf dem gesamten bulgarischen Staatsgebiet entstanden waren und weiter entstehen würden.

Der Staatshaushalt des Landes belief sich 1940 auf 8,4 Milliarden Lewa, der Anstieg gegenüber dem Vorjahr betrug zehn Prozent. Finanziert wurden die Mehrausgaben aus allgemeinen Steuererhöhungen, aus einer einmaligen Sicherheitsabgabe und insbesondere »durch eine wesentlich höhere Besteuerung der größeren Einkommen sowie der größeren Kapitalien und Umsätze«. Der Ansatz für das Jahr 1941 betrug bereits 10,1 Milliarden Lewa, überstieg also den Vorjahresetat um 20 Prozent. In der Budgetdebatte des Parlaments erklärte Finanzminister Bojiloff das gewaltige Anwachsen aus dem europäischen Krieg und versprach, von der dringend gebotenen Vermehrung der Staatseinnahmen solle »der minderbemittelte Teil« der Landesbürger nicht betroffen werden.^[734]

De facto stiegen die Staatsausgaben 1941 wegen der Einverleibung einst jugoslawischer und griechischer Gebiete und der deutschen Ansprüche auf 17 Milliarden. Sie verdoppelten sich gegenüber 1940, während die

Wirtschaftskraft weit weniger zunahm. Im Jahr 1942 sollten die bulgarischen Staatsausgaben deshalb deutlich gekürzt werden. Das misslang, zumal sich bald ein Nachtragshaushalt als notwendig erwies, um vielerlei deutsche Wünsche zu erfüllen. Dazu gehörten die »Bezahlung der von den kämpfenden deutschen Truppen« in den als neu annektiert betrachteten (»befreiten«) Gebieten vorgenommenen Requisitionen, den Straßen- und Bahnbauten für den Wehrmachtstransit von und nach Griechenland und von dort an die nordafrikanische Front, dazu gehörten unentgeltliche Exporte in das Militärverwaltungsgebiet Serbien usw. Die Deutschen wandten das bereits in anderen, jedoch besetzten Ländern erfolgreiche System an und vereinbarten mit der bulgarischen Regierung, dass die Nationalbank in Sofia die von der Wehrmacht in Umlauf gebrachten »Reichskreditkassenscheine bei der Reichskreditkasse in Sofia entschädigungslos« abliefern müsse. Die Berliner Verantwortlichen protokollierten: »Das Verfahren hat sich gut eingespielt und bewährt.«^[735]

Hinzu kamen erhebliche Lebensmittel- und Tabakexporte an das Reich. Im Gegensatz zum Vorgehen in anderen Ländern »bezahlte« Deutschland für einen Teil der Waren, allerdings auf eine Weise, die sich von der üblichen Prellerei nur in der Form unterschied. Von 1941 an wurden die Clearing-Schulden des Reiches gegen (1945 wertlose) deutsche Kriegsanleihen eingetauscht. Der Präsident des Sofioter Verbandes der Volksbanken stilisierte diese höhere Form des Diebstahls als »Einbeziehung der Reichsmark in die Deckungsgrundlage

der bulgarischen Währung«. Damit habe man, so erklärte er stolz, »als erstes europäisches Land einen wichtigen Beitrag zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Währungssystems geleistet«. Tatsächlich übernahm die Nationalbank in Sofia bis zum Sommer 1944 deutsche Kriegsanleihen im Wert von 710 Millionen Reichsmark.^[736] Das entsprach 22,4 Milliarden Lewa, die Deutschland dem winzigen, wirtschaftlich extrem schwachen Verbündeten allein auf diesem Weg abzwang.

Wie sehr die bulgarische Politik den Wünschen des Reiches entgegenkam, dokumentiert sich in der Karriere des Finanzministers Dobri Bojiloff. Er wurde im September 1942 Ministerpräsident und blieb es bis Mai 1944. Bei einem Staatsbesuch in der Wolfsschanze erklärte ihm Hitler im Herbst 1943, was Bulgarien alles weiterhin auf Kredit an Deutschland zu liefern hätte – »im Interesse des gemeinsamen Schicksalskampfes« und ohne Aussicht auf einen »völligen Wirtschaftsausgleich«. Stattdessen winkte Hitler – wie gegenüber Finnland, Rumänien und Ungarn – mit der Zeit nach dem Sieg. Dann wolle er »den Freunden alles geben, was sie verlangten«.^[737] Tatsächlich nahmen und nahmen die Deutschen bis zum bitteren Ende.

Das einschlägige deutsch-bulgarische Abkommen verbot, dass sich durchreisende Wehrmachtangehörige mit Waren eindeckten. Faktisch blieb das jedoch bedeutungslos. Erst in höchster militärischer Bedrängnis bequeme sich die deutsche Führung am 6. Januar 1944 zu einem Abkommen, das dem bulgarischen Zoll die Kontrolle des Reisegepäckes, der Feldpostpäckchen und -pakete erlaubte. Zuvor hatten sich die bulgarischen Stellen regelmäßig über

»Masseneinkäufe« beklagt, die in den betroffenen Regionen »eine Warenverknappung, Preissteigerung und als Folge davon eine zunehmende Erbitterung der bulgarischen Einwohnerschaft gegen die deutschen Soldaten« bewirkt hätten.[738]

So erklärt sich, warum der Haushaltsentwurf für das Jahr 1942 erstmals eine Sondersteuer auf das Vermögen von Juden enthielt. Um die Währung zu stabilisieren, sollte sie 1,5 Milliarden Lewa einbringen, während die sonstigen Erhöhungen direkter Steuern lediglich 628 Millionen Lewa ausmachten.[739] Bereits am 21. Januar 1941 war das antisemitische »Gesetz zum Schutz der Nation« verkündet worden. Von Ausnahmen abgesehen, galten die Juden von nun an als Fremdlinge, sie durften bestimmte Berufe nicht länger ausüben und mussten nach Paragraph 26 ihr gesamtes Vermögen bei der Bulgarischen Nationalbank anmelden. Kaum war das geschehen, dekretierte die Regierung am 14. Juli 1941 eine einmalige Vermögensabgabe von »Personen jüdischer Herkunft« an die bulgarische Staatskasse. Sie betrug für Vermögen über 200000 Lewa (das entsprach gut 6000 Reichsmark) 20 Prozent, für Vermögen über drei Millionen Lewa 25 Prozent. Nach veröffentlichten Angaben erhoffte man sich ein Ergebnis von »mindestens 1,8 Mrd.Lewa«.[740]

Hinzu traten andere wirtschaftliche Willkürmaßnahmen gegen Juden. So führte die bulgarische Regierung im Sommer 1941 die Lewa als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel in den annektierten mazedonischen und thrasischen Landesteilen ein. Dabei wurde für jüdische Bürger, die griechische Drachmen und jugoslawische

Dinare umtauschten, der Kurs um 30 bis 50 Prozent schlechter festgesetzt als für »alle übrigen Hinterleger«.

[741] Parallel zur antijüdischen Gesetzgebung erließ Bulgarien Gesetze zur Enteignung von Griechen in den besetzten thrasischen und mazedonischen Gebieten.[742]

De facto erbrachten die staatlichen Einnahmen aus der Sondersteuer für die bulgarischen Juden 1942 weniger als die Hälfte des erwarteten Betrages, nämlich 709 Millionen Lewa. Im Jahr 1943 sollten auf diese Weise weitere 400 Millionen Lewa erwirtschaftet werden und »aus dem Verkauf von Immobilien und anderen Wertobjekten« mehr als 1,5 Milliarden Lewa. »Es dürfte sich hier«, so bemerkte der deutsche Gesandte in seinem regelmäßigen Finanzüberblick, »um den Verkauf beschlagnahmter Immobilien und Wertpapiere aus jüdischem Besitz handeln.« Die fraglichen Werte stammten von den Juden Mazedoniens und Thraziens, die im Frühjahr 1943 deportiert wurden.[743] Im Hinblick auf die Auswanderung oder Deportation bulgarischer Juden hatte die Regierung in Sofia bereits am 2. März 1942 verordnet, das Vermögen aller emigrierten Juden solle dem Staat zufallen.[744]

Ähnlich wie in Deutschland firmierten die Erträge aus dem Staatsraub als »sonstige Einnahmen«.

Am 29. August 1942 erging das Gesetz mit dem Titel »Sämtliche Maßnahmen zur Regelung der Judenfrage und der damit in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten«. Es fasste die schon erlassenen Anordnungen in 59 Artikeln zusammen und schuf die Grundlage für das Judenkommissariat. Für die finanzwirtschaftliche Seite bezeichnend ist, dass sowohl ein Vertreter des

Finanzministeriums als auch einer der Nationalbank im Verwaltungsrat des Kommissariats saßen. Artikel 43 sah die »Beschlagnahme von Aktien und anderen Wertpapieren« zum Vorteil des bulgarischen Staats vor. Artikel 45 verpflichtete sämtliche Juden, ihren darüber hinausgehenden gesamten liquiden Besitz und mögliche Ansprüche bei der Nationalbank zu hinterlegen: Dazu gehörten Versicherungen, Testamente, Schuldurkunden, Wertpapiere usw. Artikel 47 regelte den Verkauf des jüdischen Eigentums »im Wege der öffentlichen Versteigerung«. Formell schrieben die bulgarischen Beamten den Verkaufserlös den einzelnen enteigneten Juden gut – allerdings nur in Höhe des selbst deklarierten Wertes. Wurde jedoch, und das geschah infolge der schnellen Kriegsinflation regelmäßig, ein höherer Verkaufspreis erzielt, dann fiel »der verbleibende Überschuss dem Staate zu«. [745]

Anfang 1943 trug der bulgarische Judenkommissar, Aleksandar Belev, den Wunsch an die Deutschen heran, sie sollten »wirtschaftlich gut gestellte Juden« deportieren. [746] Zwar stoppte die bulgarische Regierung den Vorstoß aus außenpolitischem Kalkül und bewahrte die altbulgarischen Juden vor der Deportation in deutsche Gaskammern, doch bedeutete das kein Ende der Enteignung. [747] So berichtete der Deutsche Wehrwirtschaftsoffizier in Sofia im Juni 1943, »der größere Teil der Sofioter Juden wurde in die Provinz abgeschoben«. [748] Insgesamt liquidierte der bulgarische Judenkommissar jüdisches Eigentum im Wert von etwa 4,5 Milliarden Lewa. [749] Auch von diesem Geld geriet eine

erhebliche Menge in deutsche Hände als Teil der Subsidien, die Bulgarien laufend abgepresst wurden.

Am 22. Februar 1943 trafen Belev und Eichmanns Beauftragter Theodor Dannecker die abschließende, bereits von der bulgarischen Regierung bestätigte Abrede, die Juden »aus den neuen Provinzen Thrazien und Mazedonien in die ostdeutschen Gebiete« zu deportieren.

[750] Das wirkliche Ziel war Treblinka, wo die 11343 Verschleppten sofort und ausnahmslos ermordet wurden. In die freien Wohnungen der Juden zogen nun bulgarische Siedler ein, um das Land zu bulgarisieren. Fast gleichzeitig mussten viele der aus diesen Gegenden vertriebenen Griechen in den griechischen Teil Mazedoniens fliehen; dort standen für sie Wohnungen der soeben aus Saloniki und Umgebung deportierten Juden bereit. So wurde der lange umkämpfte heutige Norden Griechenlands hellenisiert – und so sollten Teile Mazedoniens und Thraziens bulgarisiert werden.

Rumänische Goldpolitik

Auf angeblichen Wunsch aus Bukarest wurde Hermann Neubacher im Dezember 1940 dorthin entsandt. Als Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amtes sollte er dafür sorgen, »dass das Deutsche Reich der rumänischen Regierung technische Berater zur Verfügung stellt«. Dazu gehörten für Außenhandel und Devisenbewirtschaftung der Direktor bei der Reichsbank, Wolf, und diesem zugeteilt die Regierungsräte Dr. Krebs und Gurski.

Letzterer leitete, wie schon erwähnt, wenig später die »Entjudung« in Serbien.^[751] Was der Amtsantritt Neubachers wirklich bedeutete, geht aus einer Gesprächsnotiz vom Oktober 1940 hervor: »Wir wollen vor allem Einfluss auf die Mineralölwirtschaft nehmen. Der Reichsmarschall [Göring] hat angedeutet, dass der Mineralölüberschuss von 3 Mio. t (300 Mio. RM) für das Deutsche Reich gesichert werden soll. Ausgleich durch Gegenlieferung ist vorläufig nicht möglich. Die Nationalbank muss vorschießen. Das kann inflationistische Erscheinungen zur Folge haben. Um diesen zu begegnen, soll die rumänische Regierung durch einen deutschen Beraterstab unterstützt werden.« An dieser Besprechung nahmen neben Neubacher Spitzenbeamte des Wirtschafts- und Finanzministeriums teil; am Ende stellten sie klipp und klar fest: »Eines Tages wird auch die Judenfrage (Arisierung) wie bei uns angepackt werden.«^[752]

Im Sommer 1940 verlor Rumänien die Nordbukowina und Bessarabien an die Sowjetunion, gemäß den deutsch-sowjetischen Absprachen vom August 1939. Wenig später hatte es auf deutschen und italienischen Druck hin Nordsiebenbürgen an Ungarn und die Süddobrußscha an Bulgarien abzutreten. Die territorialen Verluste provozierten einen Flüchtlingsstrom; ad hoc mussten etwa 260000 Menschen versorgt werden. Um die Situation abzufedern, siedelte die Reichsregierung einen Teil der Deutschstämmigen aus dem verbliebenen rumänischen Staatsgebiet aus, nämlich die so genannten Streudeutschen und die kompakt siedelnden deutschen

Minderheiten in der Südbukowina und in der Norddobrudscha – insgesamt 77000 Menschen. Gleichzeitig erließ Rumänien zwischen dem Oktober 1940 und dem Juni 1942 eine Reihe von Enteignungsgesetzen gegen die jüdische Minderheit des Landes. Sie ließen sich zunächst in die unmittelbare Flüchtlingshilfe einordnen, später, als sich Rumänien aktiv am Krieg gegen Russland beteiligte, zunehmend in die Kriegsfinanzierung.

Am 4. Oktober 1940 wurde der gesamte jüdische Grundbesitz auf dem Lande enteignet, am 10. Oktober erfolgte die Beschlagnahme von Pfandbriefen, die von Juden erworben worden waren, und von jüdischen Hospitälern und Wohlfahrtseinrichtungen. Die Gesetze bewirkten einerseits die kurzfristig spürbare Minderung der öffentlichen Schuldenlast. Da der Staat den Flüchtlingen mit Krediten zur Existenzgründung aufhelfen musste, konnte er auf diese Weise neue Schulden aufnehmen, ohne die Balance des Staatshaushalts zu gefährden. Ebenso konnte er damit – wie von Berlin verlangt – Lieferungen an Deutschland finanzieren. Die jüdischen Gemeinde- und Wohlfahrtseinrichtungen wurden deshalb zu diesem Zeitpunkt nationalisiert, um sie in Auffanglager für die Flüchtlinge zu verwandeln.

Am 12. November 1940 nahm die rumänische Regierung den Staatsbürgern jüdischen Glaubens den Waldbesitz entschädigungslos weg, ebenso die mit Land- und Forstwirtschaft verbundenen Verarbeitungsbetriebe. Am 27. März 1941 folgte der städtische Immobilienbesitz, am 2. Mai die Gründung der Zentralstelle für Rumänisierung. »Das materielle Element« für das Unterbringen der rumänischen Heimatvertriebenen bildete, so hieß es

später, »einstweilen 260000 ha Ackerland, die durch Umsiedlung der Volksdeutschen und die Enteignung der Juden in die Staatsdomäne übergegangen sind.« In denselben Zusammenhang fügen sich Gesetze, die Juden um ihre berufliche Position brachten und damit Arbeitsplätze für die »bluts«-rumänischen Flüchtlinge schufen.[753]

Selbstverständlich überließ die Reichsregierung die von den Rumäniendeutschen zurückgelassenen Immobilien und Betriebsvermögen den neuen Eigentümern nicht gratis. Wie jeder andere Staat, aus dem Deutschstämmige »heim ins Reich« geholt wurden, zahlte Rumänien eine pauschale Entschädigung an die Reichskasse. Gemeinsame Schätzkommissionen ermittelten die Einzelbeträge. Sie addierten sich auf 7,7 Milliarden Lei. Das entsprach 130 Millionen Reichsmark. Der Betrag war in Raten zu bezahlen. Der größere Teil floss vom Sommer 1942 an in die Kasse des Wehrmachtintendanten in Rumänien.[754]

Von dort nahm das Geld die üblichen Wege: Lebensmittelbeschaffung für die Truppe, Löhnung der Soldaten, private Aufkäufe auf den Märkten des Landes.

Eigentlich gehörten die Gelder den umgesiedelten Volksdeutschen, die sich damit in Deutschland wieder einrichten sollten. Doch erhielten sie stattdessen ein Äquivalent im Wege der Naturalentschädigung aus dem enteigneten polnischen Besitz. Um die dafür notwendigen Bauernhöfe frei zu bekommen, vertrieben die Männer Eichmanns – nach einiger Zeit – 62000 Polen mit äußerster Gewalt aus dem Warthegau. Die Verjagten hatten sich

westlich von Warschau im Generalgouvernement einzuquartieren, und zwar in solchen Wohnungen, in denen bis dahin Juden gelebt hatten. Diese – insgesamt 72000 Menschen, also 10000 mehr als die einrückenden Polen – mussten nun zu Fuß und vollständig enteignet im Winter 1940/41 in das überfüllte, schon vom Hunger gezeichnete Warschauer Ghetto einziehen.

Ende 1942 berichteten Himmlers Kommissare mit Stolz über die Um- und Ansiedlung von bis dahin etwa 500000 Auslandsdeutschen: »Im Wesentlichen wurde die Wiederansiedlung der Umsiedler durch entschädigungslose Verwertung früher fremdvölkischen Vermögens – also ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln – finanziert.« Das war übertrieben. Immerhin wandte das Finanzministerium 1941 mehr als 300 Millionen Reichsmark für Umsiedlungszwecke auf.^[755] Dennoch verstärkten die pauschalen Kompensationen, die für den einstigen deutschen Besitz von Rumänien aufgebracht wurden – oder von der Sowjetunion, von Italien und Kroatien – den Posten Allgemeine Verwaltungseinnahmen im Reichshaushalt und begründeten den Anspruch auf Warenkäufe in den Staaten, aus denen die Aussiedler kamen. Unmittelbar nachdem die Rumäniendeutschen über die Donau ins Deutsche Reich transportiert worden waren, regte Himmlers Vertrauensmann bei der Reichsbank, Hermann Waldhecker, an, dass bestimmte Schulden an Rumänien »aus der Umsiedlung« bezahlt werden könnten.

[756]

Das derart konstruierte Verfahren nannte sich Naturalrestitution. Am Ende der Umsiedlungskette

bezahlten die Juden die Rechnung, während die deutschen Soldaten ein paar Wochen oder Monate lang in Rumänien das Vermögen der heim ins Reich geholten Deutschen durchbrachten. Da diese aber mit polnischem Eigentum und die vertriebenen Polen mit jüdischem Eigentum entschädigt wurden, konsumierte die Wehrmacht in Rumänien letztlich die Lebensgrundlagen derjenigen Juden, die ins Warschauer Ghetto gepfercht wurden. Sie starben dort infolge von Hunger und Kälte; soweit sie bis zum Sommer 1942 überlebten, fanden sie in der Gaskammer von Treblinka den Tod.^[757]

Nachdem Rumänien zusammen mit Deutschland im Sommer 1941 in den Krieg gegen die Sowjetunion gezogen war, erhielten die Bukarester Gesetze zum weiteren Zugriff auf den jüdischen Besitz neue Akzente. Ende Juli 1941 zwang der rumänische Finanzminister die Jüdische Gemeinde in Bukarest, Kriegsanleihen im Wert von zehn Milliarden Lei zu zeichnen. Im September verlangte die Armee von den Juden Eisenbetten, Matratzen und Bettzeug, um damit Lazarette auszustatten. Im Oktober erklärte ein Gesetz sämtliche hypothekarischen Forderungen jüdischer Gläubiger für nichtig. In die Rechte der Juden trat der Staat ein, um auf diese Weise die Einnahmen zu steigern. Gleichzeitig mussten die rumänischen Juden Gold, Silber, Schmuck und Wertsachen an die Staatskasse abführen, die verschiedensten Geldstrafen und eine um das Vierfache des Normalbetrags erhöhte Sondersteuer aufbringen. Am 3. Januar 1942 erging das Dekret zur Abgabe von Kleidung und Wäsche,

am 16. Mai eines zur Zahlung einer kollektiven Kriegskontribution von vier Milliarden Lei, und im Juni 1942 überschrieb man das Eigentum an jüdischen Friedhöfen den jeweiligen Kommunen. Die Enteignung der Juden verschaffte dem rumänischen Staat Einnahmen und minderte die Lasten des Krieges für die Mehrheit der Rumänen. 25 bis 33 Prozent der rumänischen Kriegsanleihen mussten die Juden des Landes zwangsweise zeichnen.^[758]

Wie schon angedeutet, begannen die Deutschen die Ausplünderung des Landes mit dem Amtsantritt von Hermann Neubacher in Bukarest. Gleichzeitig marschierten deutsche Truppen ein. Doch sollte, wie ein Beamter des Reichsfinanzministeriums bemerkte, »nicht von Besetzung gesprochen werden« und stattdessen von »Lehrtruppen« die Rede sein.^[759] Wie immer die deutschen Regimenter auch bezeichnet wurden, jedenfalls brauchten sie Geld. Deshalb flog Reichsbankdirektor Rudolf Sattler am 31. Dezember 1940 »auf dringenden Wunsch des Auswärtigen Amtes« nach Bukarest, um den »Gesandten Neubacher bei Verhandlungen mit der rumänischen Regierung über die Geldversorgung der deutschen Truppen« zu unterstützen. Sattler residierte in Oslo, von wo aus er sowohl die Norwegische wie die Dänische Nationalbank beaufsichtigte und den laufenden Zufluss der Besatzungsmittel regelte. Nun sollte er seine »in Oslo und Kopenhagen gewonnenen Erfahrungen« in Rumänien einsetzen.^[760] Das gelang offensichtlich, denn wenige Monate später klagte der rumänische Staatschef Antonescu: »Wie lange glaubt man, dass ich noch

Staatschef bleiben kann, wenn alle 10 Tage 1 Milliarde Lei für die deutschen Truppen gefordert werden.«^[761]

Schon zuvor hatte Carl Friedrich Goerdeler bemerkt, kaum seien deutsche Wehrmachtangehörige im Land stationiert worden, seien dessen »öffentliche Finanzen schon in voller Auflösung, weil man Rumänien Besatzungskosten auferlegt, die der Staat nicht tragen kann«.^[762] Auch der für die Wirtschaftsverhandlungen zuständige Gesandte Carl Clodius prognostizierte sofort die »Gefährdung der Währung«, da die – gegenüber dem späteren Verbrauch viel zu niedrig angesetzten – Ansprüche der Wehrmacht von sieben bis acht Milliarden Lei pro Jahr zu einem Staatsetat von »nur ca. 30 Milliarden Lei« in Relation gesetzt werden müssten.^[763]

Im Auftrag Neubachers untersuchte Karl Blessing Ende September 1941 den Zustand der rumänischen Währung. Seinem Gutachten zufolge hatten sich Geldumlauf und Preise seit 1937 annähernd verdreifacht. Der Grund dafür war »ausschließlich auf die Gewährung von Krediten für staatliche Zwecke, insbesondere für Zwecke der militärischen und wirtschaftlichen Aufrüstung, zurückzuführen«. Der Eintritt Rumäniens in den Krieg gegen die Sowjetunion mache einen »verstärkten Rückgriff auf die Nationalbank erforderlich«. Auch hatten »die in Rumänien anwesenden verbündeten deutschen Truppen Lei-Beiträge für ihre sachlichen und personellen Zwecke benötigt, die von der Nationalbank gegen eine entsprechende Gutschrift auf [dem] Clearingkonto in Berlin zur Verfügung gestellt wurden«. Am 13. September 1941 erreichte das Guthaben Rumäniens in Berlin bereits

15,5 Milliarden Lei. Den aus deutschen Forderungen herrührenden Anteil am Anstieg der rumänischen Staatsschuld in den ersten neun Monaten des Jahres 1941 bezifferte Blessing auf 41,4 Prozent. Die weiteren Anforderungen der deutschen Wehrmacht betrugen »bis Februar 1942 etwa 16 Mrd. Lei«. Weil damals sämtliche Erlöse aus der Rumänisierung des Eigentums der Juden in die rumänische Kriegskasse gelenkt wurden, um das Anwachsen der Staatsschuld zu verlangsamen, lässt sich folgern, dass 41,4 Prozent dieser Einnahmen letztlich in deutsche Taschen gelangten. Als der rumänische Staat den Juden im Frühjahr 1942 eine Kontribution von vier Milliarden Lei auferlegte, erlaubte das, die Wünsche der Wehrmacht für einen Monat zu erfüllen, ohne dafür Geld zu drucken.

Blessing beklagte in seiner Expertise verschiedene Unzulänglichkeiten des rumänischen Staatsapparats und nannte im Hinblick auf die schnell ansteigenden Preise als Teilschuldige ausdrücklich »die Juden«. Entwerte sich das Geld weiter »fast ungehemmt«, so warnte er, dann entstehe eine Gefahr, die deshalb sehr ernst genommen werden müsse, »weil sie möglicherweise nicht nur zu sozialen Spannungen, sondern auch zu einem Rückgang der rumänischen Produktion« führe. Schließlich forderte der Gutachter höhere Steuern, Anreize zur Eröffnung von Bankkonten und die Reduktion aller nicht kriegsnotwendigen Ausgaben in Rumänien.^[764]

Umgekehrt wollte die rumänische Regierung die deutschen Anforderungen drücken. So mussten die Wehrmachtintendanten alle zehn Tage aufs Neue mit den

rumänischen Finanzbehörden um den Geldnachschub feilschen. Einzelne Einheiten konnten ihre Rechnungen nicht begleichen, nur weil die rumänische Seite – unterstützt von Neubacher – behauptete, dass der starke Geldverbrauch die »Währung gefährden, ja zu einer Inflation führen« würde. Nach der richtigen Erkenntnis des deutschen Militärattachés wollte die Regierung Antonescu »durch Verweigerung der Leis eine Verringerung der deutschen Truppen erzwingen«. Dem stand aus Hitlers Sicht entgegen, wie er an Antonescu schrieb, dass Rumänien mit dem Krieg gegen die Sowjetunion nicht nur die Nordbukowina und Bessarabien zurückbekommen habe, sondern auch Transnistrien verwalten und ausbeuten dürfe. In Bessarabien und in der Nordbukowina war die sofortige Enteignung der Juden vorgesehen. In dem Abkommen zwischen der deutschen und der rumänischen Wehrmacht heißt es dazu: »Abschub von Juden aus Transnistrien. Abschub über den Bug ist zur Zeit nicht möglich. Sie müssen daher in Konzentrationslagern zusammengefasst und zur Arbeit eingesetzt werden, bis nach Abschluss der Operationen ein Abschub nach Osten möglich ist.«^[765]

Die Verpflegungsstärke des deutschen Kontingents in Rumänien betrug im Sommer 1941 durchschnittlich 50000 bis 60000 Mann. Zudem unternahmen die Deutschen immer wieder im Prinzip verbotene Versuche, »die in Rumänien vorhandenen Überbestände« auf Schiffen und in langen Güterzügen als »Wehrmachtgut« außer Landes zu schleusen. Entweder sollten die Transporte nach Russland oder nach Deutschland gehen. Das gelang jedoch nicht

immer. »Die Rumänen haben Einzelsendungen und ganze Züge von Verpflegungsmitteln, die auf Anordnung des OKH in die Heimat zurückgeführt werden sollten, tage-, ja wochenlang angehalten. Alle Vorstöße, die Transporte, die Wehrmachtsgut enthalten, ungehindert passieren zu lassen, hatten lediglich zur Folge, dass nach wochenlangem Warten einzelne Transporte durchgelassen wurden.« Die Gründe dafür lagen auf der Hand. Selbst der deutsche Intendant stellte eine »nicht zu leugnende Verknappung einzelner Lebensmittel« in Rumänien fest.^[766]

In dieser Situation ließ sich die NS-Führung dazu bewegen, eine infolge der eigenen Politik hoch gefährdete Währung mittels Goldlieferungen notdürftig zu stabilisieren. Seit Juli 1941, und dann immer nachdrücklicher, verlangte die rumänische Regierung, Berlin sollte wenigstens einen Teil der Güter in Gold bezahlen, damit die Nationalbank »eine Verbesserung ihrer Notengolddeckung ausweisen« könne. Manche Berater Hitlers erkannten das Ansinnen als berechtigt an, weil sie die Gefahr sahen, »wenn die Währungsschwierigkeiten sich nicht eindämmen lassen, dass dann nämlich Deutschland schließlich mit der eigenen Währung nach Rumänien hineingehen« müsse.^[767] Deshalb unterstützte auch Neubacher die rumänischen Forderungen. Tatsächlich wurden dann zu Beginn des Jahres 1942 – wie schon einmal im Juni 1940 – größere Mengen Gold an die Rumänische Nationalbank geliefert, um den Lei zu stabilisieren. Beide Tranchen zusammen umfassten 18 Tonnen.^[768]

Mit erheblichem Selbstbewusstsein ausgestattet, erfüllte Antonescu längst nicht alle Forderungen der Wehrmacht, vielmehr stritten die rumänischen Verhandlungsführer mit dem zuständigen Wehrmachtintendanten um jeden Lei. So sah sich der Deutsche General beim Oberkommando der Rumänischen Wehrmacht am 1. Januar 1943 genötigt, sich zur anhaltenden »Lei-Verknappung« zu äußern: »Unser Ziel muss sein, dem deutschen Soldaten in Rumänien eine etwaige nochmalige Kürzung des Wehrsoldes zu ersparen, die sächlichen Ausgaben mit allen Mitteln weiter zu drosseln und Rumäniens Währung nicht zu erschüttern.«^[769]

Zugleich zwang der ungünstige Kriegsverlauf die deutsche Seite, weitere Truppenverbände nach Rumänien zu verlegen und Lazarette sowie Nachschubbasen zu unterhalten. In dieser Lage schlossen Ribbentrop und der rumänische Außenminister Mihai Antonescu am 11. Januar 1943 im Führerhauptquartier Wolfsschanze ein Geheimabkommen über die Lieferung von 30 Tonnen Gold (im Wert von rund 84 Millionen Reichsmark). Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Funk reiste dafür ebenfalls an. Zudem verpflichtete sich die Reichsregierung, binnen sechs Monaten 43 Millionen Schweizer Franken an Rumänien zu zahlen. Der Zweck der Transaktion bestand in der »Vermeidung des Verkaufs für Deutschland kriegswichtiger rumänischer Ausfuhrwaren in die Schweiz«. Mit diesen Mitteln konnte die rumänische Regierung die Währungslage wenigstens für kurze Zeit stabilisieren und für die Franken in der Schweiz Waffen und Material für die eigene Armee kaufen, die an der

Ostfront starke Verluste erlitten hatte und neu formiert werden musste.^[770]

Antonescu war mit großem Gefolge per Bahn in Hitlers sumpfiges Waldversteck bei Rastenburg gereist. Noch während der Zugfahrt meldete der in Bukarest zuständige deutsche Offizier telefonisch »Schwierigkeiten in der Lei-Beschaffung« an den Chef der Deutschen Heeresmission in Bukarest, der die rumänische Delegation begleitete. Gleichzeitig erklärte die Wehrmachtführung, vertreten durch General Reinecke, zur »Lei-Lage«: »Mehrheranziehen der Rumänen im Interesse der gemeinsamen Kriegsführung.« Als die rumänischen Staatsbesucher die Heimreise antraten, hinterließen sie bei dem deutschen Begleitoffizier »einen recht befriedigten Eindruck«.^[771]

Doch in Bukarest angekommen, schwand die Zufriedenheit rasch. Am 2. Februar lehnte Antonescu abermals Zahlungen an die Wehrmacht als »ständige rumänische Vorleistung« ab und verlangte: »Erst wenn bindende Zusagen deutscher Dienststellen über Zeitplan [und] Lieferung abgetretenen Goldes vorlägen und erste Lieferungen tatsächlich eingegangen [seien], könnte rumänischerseits [die] Geldversorgung [der] Truppen wie zugesagt in Gang kommen.« Daher forderten die deutschen Dienststellen in Bukarest, »baldigst wenigstens erst einmal begrenzte Goldteillieferungen wirklich abzusenden«. So verließ der erste Transport am 15. Februar 1943 das Golddepot der Reichsbank mit dem Ziel Bukarest. In letzter Minute war diese Sendung, wie eine Korrektur des Protokolls zeigt, um ein Drittel auf den

Gegenwert von 19998820,57 RM gekürzt worden – auf etwa ein Viertel der versprochenen Menge. Folglich weigerte sich der rumänische Finanzminister einen Monat später abermals, die Zahlungen an die deutsche Wehrmacht in der gewünschten Höhe vorzunehmen. Erst dann – am 15. April, am 18. April und am 2. Mai – lieferte die Reichsbank den Rest.^[772]

Reichsbankvizepräsident Puhl hatte schon vor den Verhandlungen versucht, den rumänischen Anspruch (der neuerdings »in der Forderung von Zahlungen in Gold gipfelt«) zu hintertreiben. Hinterher bemerkte er indigniert, Antonescu sei »es gelungen, Zugeständnisse von deutscher Seite zu erreichen«. Goebbels notierte, Rumänien sei in Anbetracht der militärischen Niederlagen »eifrigst bemüht, sich eine gewisse Goldreserve zu verschaffen«.^[773]

Mit dem Gold stabilisierte die Rumänische Nationalbank die strapazierte Währung. Deshalb und auch wegen der Rumänisierung erheblicher Vermögenswerte der Juden konnte der rumänische Finanzminister im Mai 1943 erklären, der Staat habe »seit dem 1. Oktober 1942 nicht mehr auf die Nationalbank zurückgegriffen«, sprich Geld drucken lassen.^[774] Für die aufgewandten Gold- und Schweizer-Franken-Beträge erhielt das Reich Erdöl und Lebensmittel; der rumänische Finanzminister stellte Lei-Noten bereit, mit denen jeder in Rumänien stationierte deutsche Soldat bezahlt und ernährt wurde. Zweck der Goldtransaktion war es, wie im Vertragsprotokoll vermerkt, die rumänische Währung »für die im deutschen Interesse

erfolgende zusätzliche Notenausgabe« zu stabilisieren. Im Gegenzug sollte die rumänische Mineralölausfuhr an Deutschland und Italien unter deutscher Beratung im Jahr 1943 auf vier Millionen Tonnen erhöht werden, zugleich waren für die Speiseölversorgung der deutschen Hausfrau »mindestens 15000 t. Ölkuchen sowie 90000 t. Ölsaaten zu liefern« und für die Zwecke der deutschen Wehrmacht in Rumänien rückwirkend vom 1. Oktober 1942 an monatlich 525 Millionen Lei zu zahlen, um den Sold deutscher Soldaten zu heben.^[775]

Am 9. Februar 1944 sicherten die Deutschen auf Betreiben Hitlers (»Der Führer muss seine politischen Gründe haben«) zu, dass sie auch künftig »Getreidelieferungen durch Goldhergabe bezahlen« würden. Zu liefern waren 10,3 Tonnen Gold in ein Depot der Rumänischen Nationalbank bei der Schweizer Nationalbank. Noch kurz vor dem Seitenwechsel im August 1944 verlangten die Verantwortlichen in Bukarest »als Gegenwert Devisen oder Gold«, falls die Deutschen neue Zahlungen für ihre nun sehr zahlreich im Land stationierten Soldaten verlangen würden. Das wollte der deutsche Verhandlungsführer verhindern, doch zeigte er sich bereit, »eine weitere Devisenrate von 20 Mill. Schweizer Franken in Gold nach Rumänien abgehen zu lassen«, wenn das Land der deutschen Bevölkerung dafür Getreide und Hülsenfrüchte liefere.^[776]

Obwohl die Goldtransaktionen nach Rumänien höchst geheim gehalten wurden, wusste Reichsverweser Miklós Horthy im benachbarten Ungarn davon. Als die Deutschen am 19. März 1944 Ungarn besetzten, klagte er noch am

selben Tag im Kronrat: »... alles werden sie verschleppen, und werden hierfür nicht mit Gold zahlen, wie den Rumänen, sondern mit ihrem wertlosen Papiergeld.«^[777] So geschah es in Ungarn – fast, denn die Deutschen zahlten nicht mit Mark, sondern mit Pengö. Außerdem halfen sie – wie schon gezeigt – der ungarischen Finanzverwaltung, einen Teil der Besatzungslasten aus dem Vermögen der Juden zu refinanzieren. Dem widersprach Horthy nicht.

Die Spur des Goldes

Inflation in Griechenland

Der Versuch, die etwa 8000 weitgehend assimilierten Juden von Athen nach Auschwitz zu verschleppen, scheiterte Anfang 1944. Auf sich gestellt, konnten die schwachen deutschen Einheiten nur etwa 1200 Menschen verhaften. Demgegenüber gelang die Deportation der wesentlich zahlreicheren Juden von Saloniki zu Beginn des Jahres 1943 fast vollständig. Hier kooperierten griechische Offizielle mit den deutschen Besatzern.

Saloniki war über Jahrhunderte eine türkisch-bulgarisch-griechisch-jüdische Stadt. Noch im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts nutzte man das Ladino der sephardischen Juden als örtliche Lingua franca. Zwischen 1912 und 1941 verlor die Jüdische Gemeinde bereits einige zehntausend Mitglieder, die sich wegen des zunehmenden Nationalismus und der wirtschaftlichen Not zur Emigration entschlossen hatten. Im Jüdischen Lexikon von 1927 heißt es: »Als Saloniki zu Griechenland kam, setzte dort eine Bewegung zur Verdrängung der Juden aus ihren Positionen ein. [...] Auch der Flüchtlingsaustausch mit der Türkei führte zur Abwanderung zahlreicher Juden, die den griechischen Flüchtlingen aus der Türkei Platz machen mussten.« Es schien den ansässigen Juden so, als hätten die »Zuzügler den Antisemitismus mitgebracht«. Bereits 1912 versuchte die neue griechische Stadtverwaltung, die jüdischen Friedhöfe im Zentrum zu enteignen. Das

scheiterte damals und gelang erst 1942/43 unter deutscher Besatzung. Heute steht dort die Universität.

Wie erinnerungsfaul sich griechische Offizielle bis in die Gegenwart verhalten, offenbart eine viele hundert Seiten lange Pseudodokumentation über das Schicksal ihrer jüdischen Landsleute, die das griechische Außenministerium 1998 in englischer Sprache herausgab. Einleitend wird dort die »Judenfreundlichkeit« der Regierung Venizelos gerühmt, weil diese 1917 als erste europäische Regierung einen eigenen jüdischen Staat gefordert habe. Das zitierte Jüdische Lexikon benannte die Motive dafür 1927 klipp und klar. Venizelos war eben jener griechische Ministerpräsident, der »danach strebte, Saloniki zu entjuden und zu hellenisieren«.[778]

Über diese Seite der deutsch-griechischen Kooperation zur Deportation der Juden von Saloniki soll im Folgenden nicht gesprochen werden. Sie ist bekannt. Ein zweites Moment aber wird bis heute in der populären wie in der wissenschaftlichen Literatur zum Holocaust übersehen: die gemeinsame Verwertung des Eigentums der Deportierten. Dabei geht es abermals um den Zusammenhang zwischen den enormen Besatzungskosten, welche die Deutschen dem besiegten Griechenland auferlegten, und dem Versuch, mit Hilfe der Arisierung die hoch inflationäre Drachme zu festigen. Für diesen Zweck wurde das Gold der Juden von Saloniki, insgesamt 12 Tonnen, eingesetzt. Die deutschen und griechischen Beteiligten schwiegen nach dem Krieg über die einvernehmliche Verwertung des Geraubten eisern. Sie legten falsche Spuren und verwischten die richtigen. Deshalb sind im Folgenden

geschichtskriminalistische Kleinarbeit und ein entsprechender Fußnotenaufwand erforderlich.

Griechenland zählte 1941 gut sieben Millionen Einwohner. Die Lebenshaltungskosten stiegen zwischen 1930 und 1940 regelmäßig, aber in erträglichen Grenzen um jährlich fünf Prozent.^[779] Das Volkseinkommen betrug vor dem deutschen Einmarsch 60 Milliarden Drachmen, das entsprach nur etwa einer Milliarde Reichsmark. Das Land war arm und noch stark von den Folgen des griechisch-türkischen Krieges und den damit verbundenen Vertreibungen und Massenumsiedlungen gezeichnet. Nach einem kurzen Feldzug besetzten die Deutschen am 27. April 1941 Athen. Mit ihren italienischen und bulgarischen Verbündeten teilten sie sich das Land in drei Besatzungszonen; die weitaus größere stand unter italienischer Oberhoheit, einige nördliche Gebiete wurden von bulgarischen Truppen besetzt, kleinere, aber wichtige Teile besetzten die Deutschen – die nördliche Region um Saloniki, Attika und Kreta. Allerdings wohnten nur 13000 Juden in der italienischen Zone, während in der deutschen 55000 lebten, die allermeisten davon in Saloniki. Erst als Italien im September 1943 einen Waffenstillstand mit den Alliierten schloss und selbst von der Wehrmacht besetzt wurde, beherrschten die Deutschen – abgesehen von der bulgarischen Zone – ganz Griechenland.^[780]

Bis zum November 1943 fungierte der Karrierediplomat Günther Altenburg als Bevollmächtigter des Reichs für Griechenland. Am 5. Oktober 1942 erhielt Hitlers Sonderbevollmächtigter Südost, Hermann Neubacher,

parallel zu Altenburg, zusätzliche, insbesondere wirtschaftliche und finanzpolitische Kompetenzen. Er trug in dieser Funktion den Titel Sonderbevollmächtigter des Führers für Griechenland. Schließlich wurden beide Behörden vereinigt und von dem Diplomaten Hans Graevenitz, der Altenburg im Herbst 1943 ablöste, geleitet, allerdings unter Neubachers besonderer Kontrolle.

Die Bedeutung Griechenlands lag in der geostrategischen Position. Von hier aus konnte es gelingen, die Royal Navy empfindlich zu treffen. Nachdem Kreta in den letzten Maitagen 1941 von deutschen Luftlandetruppen erobert worden war, erschien die Einnahme Zyperns möglich, womit die britischen See- und Luftstreitkräfte ihre Basis im östlichen Mittelmeer verloren hätten. Das gelang zwar nicht, doch konnte die Wehrmacht Kreta halten. Nach der Wende des Krieges konzentrierte sie sich seit 1942 auf den äußerst kostspieligen, mit griechischen Drachmen bezahlten Ausbau der weit vorgelagerten Insel zur Festung.

In wirtschaftlicher Hinsicht gewann griechischer Tabak als Stimulans für die deutsche Kriegsmoral Bedeutung. Bis zum Frühjahr 1942 gelang es, bereits 270000 Tonnen Tabak nach Deutschland zu schaffen. Weitere 600000 Tonnen kündigten die Tabakakquisiteure des Auswärtigen Amts an. Die Menge überstieg den Jahresbedarf deutscher Raucher deutlich und versprach dem Reichsfiskus Tabaksteuereinnahmen von fast 2,5 Milliarden Reichsmark.

[781] Daneben wurden sämtliche Erze, besonders Chrom, nach Deutschland geschafft, ansonsten Olivenöl und Korinthen sowie Seide für die Fallschirmproduktion. Den

Versand der Waren organisierte die Spedition Schenker, die über das Transportmonopol für Griechenland verfügte und deren Repräsentant in Saloniki, Pfann, praktischerweise im Nebenamt als SD-Spitzel arbeitete.^[782]

Schon in Friedenszeiten musste Griechenland Lebensmittel einführen; der Krieg schnitt es von jeder Zufuhr ab. Da die Deutschen besonders fruchtbare Landesteile im Norden Bulgarien zuschlugen und die Wehrmacht »aus dem Lande« ernährten, erschütterte das den Markt sofort. Schon nach wenigen Monaten geriet die Währung ins Wanken.^[783] Mitte 1942 reagierte das Reichsfinanzministerium alarmiert.

In einem zehn Seiten langen Brief an seine kriegswirtschaftlich tätigen Ministerkollegen zum Thema »Zweckmäßigere Gestaltung der finanzwirtschaftlichen Beziehungen zu den außerdeutschen Gebieten zur Sicherung eines kriegswirtschaftlichen Optimums« erörterte Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk die Gefahren am Beispiel Griechenland. Er schilderte die bedrohlichen Folgen einer Finanz- und Besatzungspolitik, die zu lange auf den Erfolg des Blitzkrieges gesetzt hatte: »Inflation ist die totale Desintegration der Volkswirtschaft. Sie hat auf der einen Seite den stärksten Produktionsrückgang zur Folge, sie zeigt sich auf der anderen in der möglichsten Zurückhaltung aller Sachwerte und Waren (wie beim Getreide durch die rumänischen Bauern), sie lässt für das betroffene Land schließlich eine wirtschaftliche Planung überhaupt nicht mehr zu.«^[784]

Im Juli äußerte Mussolini gegenüber Hitler Besorgnis, da

Griechenland »am Rande einer finanziellen und damit wirtschaftlichen und politischen Katastrophe« stünde.^[785] Im September wies das Reichsfinanzministerium abermals auf den nahenden Zusammenbruch der Währung hin. Lasse man die Situation treiben, werde »nicht nur die griechische Wirtschaft dem Ruin preisgegeben«, sondern auch den Besatzungsmächten jede »normale Möglichkeit eines Einkaufs von Waren oder die Inanspruchnahme von Dienstleistungen« genommen, und somit würde »die Erfüllung der dortigen kriegsbedingten Aufgaben wesentlich erschwert«.^[786] Schließlich führten umfassende Streiks griechischer Arbeiter, Staatsbeamter und -angestellter, in Rom wie in Berlin zu der Einsicht, dass etwas geschehen müsse. In der ersten Septemberhälfte ordnete Hitler wegen der »unerträglichen Folgen des Absinkens der Kaufkraft« in Griechenland an, »dass die hierfür maßgeblichen Ursachen sofort abzustellen sind«.^[787] Der luftige Führerbefehl forderte nichts außer der Phantasie nachgeordneter Fachleute.

Die Gründe für die besonders starke Inflation lagen auch in der allgemeinen wirtschaftlichen Schwäche des Landes, im Fehlen einer routinierten Finanzverwaltung und darin, dass die wichtigste Einnahmequelle, die Handelsschifffahrt, infolge des Krieges darniederlag. Die Hauptursache bestand jedoch in der doppelten, wenig koordinierten Ausplünderung durch die deutschen und (weniger extensiv) durch die italienischen Besatzungstruppen. Nach den Angaben des Wehrwirtschaftsstabs Griechenland beanspruchten sie 1941 »etwa 40% des griechischen Realeinkommens«, ein Jahr später nahmen »die

Besatzungskosten und Staatsausgaben rund 90% des realen Volkseinkommens in Anspruch«.[788]

Mit fortschreitender Geldentwertung verschwanden Agrarprodukte aus dem regulären, der Preiskontrolle unterworfenen Handel, um auf den Schwarzmärkten wieder aufzutauchen. Das beeinträchtigte die landwirtschaftliche Produktion; schon im Winter 1941/42 kam es zu einer Hungersnot unter den ärmeren Bevölkerungsschichten griechischer Städte. Göring kommentierte: »Wir können uns nicht übertrieben um die hungernden Griechen kümmern. Das ist ein Unglück, das noch viele andere Völker treffen wird.«[789] Den Anlass zu derart demonstrativer Gleichgültigkeit bildeten Zeitungsberichte wie dieser: »Die Kinder starben zu tausenden, der Straßengraben wurde ihr Grab. Kinder suchten in den Abfallhaufen der Straßen nach Speiseresten, und Eltern verheimlichten den Tod ihrer Kinder den Behörden, und Mütter warfen nachts heimlich ihr totes Kind über die Mauer des Friedhofs, nur um die Lebensmittelkarte für die Überlebenden weiter beziehen zu können.«[790]

Mochte die deutsche Politik diese Seite ihres Krieges ignorieren, dem »Notstand« der eigenen Truppen musste sie sich stellen. Deren in Drachmen ausgezahlter Wehrsold besaß bald »überhaupt keine Kaufkraft« mehr. Die Soldaten murrten, viele begannen, militärisches Material zu verhöckern, um auf den Schwarzmärkten an Waren zu gelangen.[791] Im Januar 1942 ergab eine Durchsicht der Soldatenpost, dass sich die Schreiber von nahezu »60% aller Briefe« damit beschäftigten, wie sie Waren und

Geldmittel beschaffen könnten, »um mit ihnen Tausch- bzw. Verkaufsgewinne zu erzielen, die ein Vielfaches der Einkaufspreise darstellten«.[792]

Wegen der für die Besatzer bedrohlichen Wirtschaftslage ernannte Hitler Anfang Oktober 1942 Hermann Neubacher zum Reichssonderbeauftragten für Griechenland.

Typischerweise maß die deutsche Führung der Intervention nur kurzfristige Relevanz zu, »da für das Jahr 1943 mit einer neuen militärischen und politischen Lage im Mittelmeerraum gerechnet wurde«, sprich: mit einer weitaus vorteilhafteren.[793]

Mussolini bestellte für den italienisch besetzten Teil ebenfalls einen Sonderbeauftragten, den Gesandten d'Agostino, Bankdirektor und Sanierungsfachmann von hohen Graden. Nach einer Vorbesprechung in Rom trafen dieser und Neubacher am 24. Oktober 1942 gemeinsam in Athen ein. In den folgenden Tagen garantierten sie »die Einschränkungen der Einkäufe durch Achsentruppen auf dem griechischen Markt«, »die zeitweilige Unterbrechung aller Lebensmittelexporte aus Griechenland« und »die Aktivierung von Lebensmitteltransporten nach Griechenland«. Ferner kündigten sie die »rascheste Verbesserung der Speiseölversorgung für die Bevölkerung« an und den – im Folgenden noch wichtigen – temporären Zahlungsstopp an die Besatzungstruppen.[794]

Neubacher versprach, die »Bevölkerung mit dem lebensnotwendigen Bedarf« zu versorgen, und zwar »zu für alle Schichten erschwinglichen Preisen«.[795] Im Sinne deflatorischer Politik folgten Kreditrestriktionen und die

Aufhebung ohnehin wirkungsloser Preisvorschriften, um die Preise auf dem freien Markt wieder einigermaßen ins Lot zu bringen. Außerdem verfügte ein griechisches Gesetz das zwangsweise »Aufstocken des Kapitals« von Aktiengesellschaften um 20 Prozent – das so mobilisierte Geld der Besitzbürger wanderte vollständig in die Staatskasse. Hinzu trat auf der Seite des Produktionsfaktors Arbeit die allgemeine Arbeitspflicht.^[796]

Um seine Versprechen zu erfüllen, ergriff Neubacher die verschiedensten, durchaus ungewöhnlichen Maßnahmen. Aus dem besetzten Serbien ließ er Lebensmittel nachschieben, ebenso gelang es ihm, von Bulgarien und Rumänien Lieferungen zu erzwingen. Ein wichtiger, die deutsche Herrschaft stabilisierender Coup glückte dem neuen Sonderbeauftragten, indem er das Internationale Rote Kreuz dazu bewog, mit britischem Einverständnis und mit schwedischer wie schweizerischer Unterstützung Hilfsgüter an Griechenland zu schicken. Bald liefen regelmäßig schwedische Schiffe voller kanadischem Weizen in griechischen Häfen ein.^[797] Selbst in Deutschland ließ Neubacher Zucker und Kartoffeln im Wert von acht Millionen Reichsmark für Griechenland kaufen; den Drachmen-Erlös überließ er der Wehrmacht. Wenig später erhöhte das Reichsfinanzministerium den Betrag um 3,2 Millionen Reichsmark.^[798] Ferner bewilligte Schwerin von Krosigk 4,3 Millionen Reichsmark für den Ausbau wirtschaftsstrategisch wichtiger Straßen, die also nicht mehr aus dem Lande finanziert werden sollten.^[799] Zwar kürzte Neubacher die Löhnung der deutschen Soldaten nicht, doch durften sie sich kein Geld mehr von zu

Hause schicken lassen; wenig später wurde ihnen das Geld zur Hälfte in Drachmen und zur anderen Hälfte in so genanntem Kantinengeld, also nicht marktfähigen, nur in den Marketendereien gültigen Geldzeichen ausbezahlt.^[800]

Da zu Neubachers Eingreifen in Griechenland die Festlegung gehörte, den Truppenbedarf »so weit wie irgend möglich aus Deutschland, Italien oder dritten Ländern« nachzuschieben, gilt es im Hinblick auf die bald beginnende Deportation der Juden von Saloniki festzuhalten: Damals rollten beladene Güterzüge nach Griechenland und – von gelegentlichen Chromerz- und Tabakladungen abgesehen – leere zurück. Die Transportlage stand der Deportation griechischer Juden nicht entgegen.^[801]

Die Juden von Saloniki

In der Summe trugen die Interventionen Neubachers zur relativen Stabilisierung der Drachme bei. Allerdings gehörte zu dem Maßnahmenbündel auch die Ghettoisierung, Expropriation und Deportation der Juden, die mit dem Eingreifen des Sonderbevollmächtigten in Griechenland begann. Nun sind die erhaltenen Akten der deutschen Besatzungsverwaltung in Griechenland äußerst rar,^[802] doch lässt sich der Zusammenhang zwischen Judendeportation und Inflationsbekämpfung zureichend dicht belegen. Ein erstes Indiz findet sich in den Reisekostenabrechnungen des Legationsrats Eberhard von Thadden, der sich im Auswärtigen Amt mit der »Judenfrage« befasste. Nachdem Neubacher den

»Sonderauftrag des Führers betr. Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Griechenland« erhalten hatte, reiste von Thadden »für einige Wochen« nach Athen. Der Reichsbank teilte das Auswärtige Amt recht geheimnisvoll formuliert mit, »dass ein Legationsrat den Gesandten Neubacher begleiten wird«. ^[803] Es war der Sachbearbeiter für »Judenfragen«.

In den folgenden Monaten flog von Thadden mehrfach zwischen Athen, Bukarest, Rom, Wien und Berlin hin und her: »In den genannten Orten«, so steht es in seiner Reisekostenabrechnung, »wurden Verhandlungen im Interesse der Aktion d. Reichssonderbeauftragten f. Griechenland, dem ich beigegeben war, geführt.« ^[804] Die Verbindung der Aktivitäten des Sondergesandten und des Judenreferenten gehörte also vom ersten Tag an konzeptionell zusammen.

Besonders aufschlussreich erscheinen die Reisedaten von Thaddens. Vom 19. bis 21. Oktober 1942 hielt sich Neubacher zu Gesprächen bei dem italienischen Außenminister in Rom auf, am 23. traf er in Athen ein, am 24. gab er dort das erste öffentliche Statement ab. Von Thadden startete am 18. Oktober in Berlin, flog nach Rom und traf ebenfalls per Flugzeug am 23. in Athen ein. Anschließend blieb er bis zum 30. November in Griechenland, unterbrochen von einem kurzen Romaufenthalt. Am 11. Dezember flog von Thadden von Berlin nach Bukarest, dem gewöhnlichen Dienstsitz Neubachers, von dort nach Athen und am 22. zurück nach Berlin. Vom 4. bis 8. Februar 1943 reiste er per

Schlafwagen ins »Hauptquartier«. Gemeint war Hitlers Wolfsschanze.

Die dort erzielten Gesprächsergebnisse hielt Felix Hartlaub im Kriegstagebuch des OKW fest. Das Treffen drehte sich um den Geldbedarf der Wehrmacht in Griechenland und um die daraus folgenden Probleme zwischen der Generalität einerseits und Neubacher sowie Altenburg andererseits: »Zur Klärung dieser Fragen hat am 5.2. im Sperrkreis 1 [in dem Hitler residierte] eine Besprechung zwischen Vertretern des Ausw. Amtes und der Wehrmacht stattgefunden. Es ist festgestellt worden, dass die 20,3 Milliarden Drachmen monatlich sichergestellt und die Wehrmacht-Schulden in Höhe von 18 Milliarden abgedeckt werden können, ferner, dass die Bauvorhaben sich mit diesen Beträgen durchführen lassen.«^[805]

Neubacher, der wie von Thadden an der Sitzung teilnahm, sagte also zu, die von ihm mäßig gedrückten Wehrmachtausgaben in Drachmen zu bezahlen.^[806] Noch einige Wochen vorher hatte er der griechischen Regierung versichert, die Besatzungskosten »auszusetzen«. Der offensichtliche Widerspruch zwischen den beiden Zusagen Neubachers lässt sich auflösen, wenn man sich klar macht, warum der Judenreferent des Auswärtigen Amtes an wichtigen Unterredungen teilnahm.

Die der Wehrmacht zugesagten 20 Milliarden Drachmen pro Monat entsprachen damals etwa 140000 englischen Goldpfund. Insgesamt wurde den Juden Salonikis, wie noch gezeigt werden wird, Gold im Wert von etwa 1,7 Millionen Goldpfund geraubt. Beginnend mit Neubachers steuernder

Tätigkeit in Griechenland im Oktober 1942 forcierten die Deutschen die Massenenteignungen der Juden von Saloniki. Am 3. Januar 1943 flog Eichmanns Stellvertreter Rolf Günther nach Saloniki, gleichzeitig schrieb Unterstaatssekretär Luther vom Auswärtigen Amt an Altenburg in Athen, »dass Günther selbstverständlich mit ihm tätig werden« dürfe. Am 26. Januar 1943 setzte Altenburg den griechischen Ministerpräsidenten Konstantinos Logothetopoulos von dem Deportationsplan offiziell in Kenntnis. Nach dem Eindruck des erfahrenen Karrierediplomaten reagierte dieser so, »dass Schwierigkeiten nicht zu erwarten« waren.^[807]

Anfang Januar 1943 informierte Eichmann seinen Mitarbeiter Dieter Wisliceny über dessen bevorstehende Aufgabe, »in Verbindung mit der deutschen Militärverwaltung in Mazedonien die Judenfrage in Thessaloniki zu lösen«. Einen Monat später trafen Wisliceny und Alois Brunner als Abgesandte Eichmanns in Saloniki ein. Am 6. Februar 1943 erließ der für die örtliche Militärverwaltung verantwortliche Wehrmachtoffizier Max Merten dort den Befehl zum Tragen des Judensterns, ordnete die Ghettoisierung an und verhängte anschließend Ausgangs- und andere Kommunikationssperren.^[808] Die Deportation der Juden von Saloniki begann am 15. März 1943, und »die ganze Aktion« sollte, was nur fast gelang, »in etwa sechs Wochen beendet sein«.^[809] Insgesamt wurden aus Saloniki damals 43850 Juden abtransportiert, aus der umliegenden, deutsch besetzten Gegend weitere 2134; einige tausend flohen in die italienische Zone.^[810] Am 16. März musste Wisliceny auf Altenburgs Wunsch dem

griechischen Ministerpräsidenten Logothetopoulos »einen Überblick über die antijüdischen Maßnahmen geben«. Er habe ihn dabei, so jedenfalls die deutsche Version des Gesprächs, »vollständig überzeugt und seine Zweifel zerstört«.^[811] Auch während dieser entscheidenden Zeit hielt sich von Thadden vom 2. März bis zum 4. April in Griechenland auf.^[812]

Am 1. März waren alle jüdischen Familien aufgefordert worden, ihr gesamtes Vermögen für angeblich statistische Zwecke zu deklarieren. Die Betroffenen hatten in Deutsch und Griechisch abgefasste Vordrucke zu benutzen und neben allen anderen Sachwerten unter der Rubrik f) »Gold, Edelmetall, Devisen und Schmuck« aufzulisten. Am 8. März errichtete die griechische Regierung eine »Dienststelle zur Verwaltung des Judenvermögens«, die YDIP (Yperesia Diacheiriseos Isrilitikis Periousias), geleitet von dem Juristen Elias Douros. Das Amt unterstand zunächst der deutschen Militärverwaltung, später dem griechischen Finanzministerium. Dort führte Ministerialdirektor Mavraganis die Aufsicht.^[813] Der Kaufpreis für den Erwerb jüdischen Eigentums musste von den neuen griechischen Besitzern auf das Konto Nr. 707 bei der Griechischen Staatsbank, Filiale Saloniki, einbezahlt werden. Von deutscher Seite führte Inspektor Eberhard Kuhn die Aufsicht und sorgte dafür, »dass Griechen und Griechinnen, die auf irgendeine Weise den Deutschen freundlich gesinnt waren oder verschiedene Dienste für Deutsche leisteten, bevorzugt wurden«.^[814]

Einen Teil der Wohnungen und des Inventars wies diese Dienststelle den aus dem bulgarisch besetzten Teil

Nordgriechenlands vertriebenen und geflohenen Griechen zu.^[815] Zur allgemeinen Enteignung der Juden, ihrer Vereine und religiösen Institutionen gehörte auch das Niederreißen des uralten, zentral gelegenen jüdischen Friedhofs von Saloniki. Das 357796 Quadratmeter große Gelände wurde in kürzester Frist in Bauland umgewandelt, parzelliert und verkauft. Auch die Grabsteine wurden vermarktet.^[816]

Wie in anderen besetzten und verbündeten Ländern Hitler-Deutschlands dienten die skizzierten eigentumsrechtlichen Gewaltakte der Wehrmacht nur einem Zweck: Mit der Gutschrift der Verkaufserlöse auf einem zentralen Konto bei der Notenbank gelang es, die wegen der deutschen Geldgier inflationär gewordene Landeswährung zu stützen. Die Sondereinnahmen verringerten den Zwang, Geld zu drucken. Die Verkäufe von jüdischem Eigentum banden wenigstens einen Teil des durch den Warenmangel aufgestauten Kaufkraftüberhangs. Kurzfristig erbrachte diese Form der Vermögensumschichtung zum Nutzen der Käufer wie der Staatskasse jedoch wenig. Dafür war das Verfahren zu schwerfällig. Aber Neubacher brauchte und erreichte den schnellen Erfolg, und den gab es nur mit Gold. An dieser Stelle wird der Zusammenhang zwischen dem Eingreifen Neubachers zur Stabilisierung der griechischen Finanzen und der Deportation von 46000 Menschen nach Auschwitz deutlich sichtbar.

Im Jahre 2000 berichtete Heinz Kounio, Präsident der Jüdischen Versammlung Saloniki, über den einst für die Geschehnisse der Stadt verantwortlichen Wehrmachtoffizier

Max Merten: »Merten war der mächtigste Mann der Stadt. Er sagte zu uns: ›Goldbarren ist der Tarif!«« Einige Tage vor dem Abtransport nach Auschwitz wurden die Juden in einem Zwischenlager gefangen gesetzt. »Dort mussten sie alles abgeben, Schmuck und alle goldenen Gegenstände. Ab dem Moment war der Schmuck weg. Merten und seine Mitarbeiter haben ihn in Säcken gesammelt.«^[817] Ähnliches erzählte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Saloniki, Andreas Sefihas, ebenfalls im Jahre 2000: »Allein ich hatte tausend britische Goldpfund zu bezahlen, in der Hoffnung, meinen Vater so aus einem Arbeitslager der Wehrmacht frei zu bekommen.«^[818]

Insgesamt verlangte Merten bereits am 17. Oktober 1942 von der Jüdischen Kultusgemeinde 10000 Goldpfund für die Entlassung jüdischer Männer aus der Zwangsarbeit.^[819] Das Gold war einige Tage vor dem Eintreffen Neubachers in Griechenland gefordert worden; allerdings erklärte dieser am 21. Oktober in Rom, als der griechische Finanzminister auf die Reduktion der Besatzungskosten drängte, »dass von ihm aus gewisse Maßnahmen sogar schon eingeleitet seien«. Tatsächlich war bereits am 15. Oktober ein von ihm initiiertes Befehl ergangen, der die Ausgaben der Wehrmacht drastisch mindern sollte.^[820] Zwei Tage zuvor hatte sich Neubacher mit dem OKW besprochen.^[821]

Erst im Juli waren von Merten einige tausend jüdische Zwangsarbeiter ausgehoben und im Straßen- und Flugplatzbau, im Feldeisenbahnbetrieb sowie im Erzbergbau eingesetzt worden. Die Arbeiten leitete die Organisation Todt; sie brauchte die zwangsrekrutierten

Juden, weil sie sich wegen der Inflation außerstande sah, reguläre griechische Arbeiter zu bezahlen. Aus Mangel an Unterkünften mussten die Männer »zum größten Teil unter freiem Himmel schlafen«, zudem gab es kein ausreichendes Essen, und so »holte sich ein höherer Prozentsatz Lungenentzündung und starb«. Wegen vollständiger Ineffizienz hob Merten schon am 17. Oktober 1942 die Zwangsarbeitspflicht wieder auf. Stattdessen trieb er Lösegeld ein, und zwar in Form von Gold. Das konnte er inflationsbeständig lagern und erst an dem Tag an der Börse zum aktuellen Kurs verkaufen, an dem er seine Lohnarbeiter ausbezahlen musste.^[822]

Nachdem es ihm einmal gelungen war, Gold abzunötigen, forderte Merten Anfang November vom Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde ultimativ 3,5 Milliarden Drachmen, die direkt an die deutsche Wehrmacht bezahlt werden sollten. Dann senkte er das Quantum auf 2,5 Milliarden; allerdings ließ er es wieder in Gold aufbringen. Es konnte nach dem von Merten unterzeichneten Diktat-Vertrag mit der Jüdischen Gemeinde in Raten zu je 5000 englischen Goldpfund bis zum 15. Dezember 1942 abgeliefert werden.

Insgesamt erpresste die Wehrmacht für ihre nächstliegenden Zahlungspflichten im November und Dezember 1942 von den Juden Salonikis 25000 Goldpfund, das entsprach nach Angaben des Deutschen Kommissars bei der Griechischen Nationalbank, Paul Hahn, 500000 Reichsmark.^[823] Die Goldstücke wurden, wie bereits erwähnt, an der Börse verkauft, also in Papiergeld verwandelt, und dann als Sold an deutsche Soldaten oder

als Lohn an solche griechischen Arbeiter gezahlt, die im Dienst der Wehrmacht standen. So heißt es in einem Baubericht der Organisation Todt vom 11. Januar 1943: »Wie ich bereits mitgeteilt habe, hat der Militärbefehlshaber Saloniki-Ägäis ½ Milliarde Drachmen versprochen, wenn diese Summe von der israelischen Kultusgemeinde aufgebracht ist, ohne jedoch einen Termin angeben zu können.«^[824] Nach eigenen Aussagen nutzte Merten auch die Einnahmen aus dem Verkauf des jüdischen Friedhofs von Saloniki, um Arbeiter in deutschen Diensten zu entlohnen.^[825] Ende 1942 wurden für den Straßenbau rund um die nordgriechischen Chromerzgruben, so vermerkte das Reichswirtschaftsministerium 1943, Lohn Gelder »von damals noch unbekannter Seite bereitgestellt. Wie später bekannt wurde, handelte es sich bei diesen Mitteln um Geld, das von griechischen Juden aufgebracht wurde.«^[826]

Erinnert man sich daran, dass Neubacher am 24. Oktober, sofort nach seiner Ankunft, der griechischen Regierung die drastische Verminderung der Kontributionen versprochen hatte, dann erklärt sich, warum Merten in Saloniki Gold von den Juden beitrug. Auf diese Weise konnten beide Ziele erreicht werden: Der griechische Staat zahlte nur noch einen Bruchteil der Okkupationslast, und die Wehrmacht besorgte sich das fehlende Geld von den Juden. Die Zwangsabgabe entsprach den Judenkontributionen in Deutschland (1938), Frankreich (1941) oder Rumänien (1942), der Judenvermögensabgabe in der Slowakei (1941), in Bulgarien (1942) oder der verdeckten Sonderzahlung im

mit Deutschland noch verbündeten Ungarn, wo 1942 mit einem Schlag sämtliche Anleihen aus dem Ersten Weltkrieg annulliert wurden, sofern sie Juden gehörten. Wegen der besonderen Währungssituation in Griechenland musste die Kontribution dort in Gold aufgebracht werden.

Nach dem ersten Beutezug begann der Raub großen Stils mit der Ghettoisierung im März 1943. Mit Hilfe von Spitzeln und systematischer Folter zwangen die Mitarbeiter Eichmanns – Brunner, Wisliceny und ihre Leute – die Wehrlosen, die Verstecke ihres Schmuckes und Goldes zu nennen. So »füllte sich die Schatzkammer der Vélissarioustraße mit allen Kostbarkeiten Ali Babas«, wie es im Bericht von Michael Molho heißt: »Auf den Tischen lagen wohl geordnet und in verschiedenen Haufen Ringe mit Diamanten und Edelsteinen aller Nuancen und Größen, Broschen, Medaillons, Armreifen, Goldketten, Trauringe, Uhren in jeder Form, Münzen, geordnet nach Bildern und Jahreszahlen, amerikanische und kanadische Dollars, Pfund Sterling, Schweizer Franken etc. Auf der Erde häuften sich an: Vasen, chinesische Porzellangefäße, seltene Objekte, enorme Stapel von Teppichen. Es war, auf diesem Raum relativ zusammengepfercht, ein Überfluss an Reichtümern, den selbst die überschwängliche Phantasie eines Alexandre Dumas nicht sich hätte spiegeln lassen in den Augen seines Monte Christo.«^[827]

Die Jüdische Gemeinde von Saloniki schätzte in den 1950er-Jahren, dass den Juden der Stadt auf diese Weise Gold und Schmuckstücke im Wert von 130 Millionen Mark geraubt wurden. Das wären in Gold umgerechnet etwa 46

Tonnen. Folgt man einer vorsichtigeren und gründlich angelegten Berechnung, die Joseph Nehama am 2. April 1946 anstellte, so erbeuteten die Deutschen von den griechischen Juden insgesamt »die eindrucksvolle Menge von über 12 t. Feingold«.^[828] Dem entsprechen exakt die Angaben des World Jewish Congress von 1948, der den Wert des geraubten Goldes vorsichtig (»most moderate calculation«) auf 1,7 Millionen englische Goldpfund schätzte.^[829]

Da die Schatzkammer in der Vélissarioustraße nicht nur Gold, sondern auch andere Wertsachen enthielt, wird die gesamte Ausbeute sicherlich höher gewesen sein. Mit einiger Wahrscheinlichkeit wurde auch manches davon gegen Gold an Griechen verkauft. Ich werde mich jedoch an die möglicherweise zu niedrige Schätzung von zwölf Tonnen halten. Für sie spricht, wie noch zu zeigen ist, auch eine deutsche Berechnung. Nach einer Liste der Griechischen Nationalbank von 1944 betrugen die Besatzungslasten im Juni 1942 in Goldpfund umgerechnet 250000. Setzt man diesen Betrag als durchschnittlichen Wehrmachtbedarf für die folgenden zwölf Monate an, dann hätte Griechenland in dieser Zeit genau drei Millionen Goldpfund an Besatzungskosten zahlen müssen. Tatsächlich wurden aber laut Griechischer Nationalbank nur Drachmen im Wert von 1,26 Millionen Goldpfund an die Deutschen abgegeben. Das heißt, es blieben 1,74 Millionen Goldpfund offen, um die laufenden Wehrmachtausgaben in Griechenland zu bezahlen. Das ist wiederum fast exakt der Betrag, den der World Jewish Congress 1948 ermittelte.^[830]

Erst Wochen nach den Deportationen erging am 15. Juni 1943 der Befehl Mertens, mit dem »das Eigentum an dem gesamten jüdischen Vermögen, das sich im Befehlsbereich Saloniki-Ägäis befunden hat oder noch befindet, dem griechischen Staat, vertreten durch den Generalgouverneur von Mazedonien, zum Eigentum übertragen« wurde.^[831] Nach Mertens Aussage im Jahr 1964 blieb das Gold jedoch in deutschen Händen. Demnach ordnete der Reichsbevollmächtigte Altenburg an, es nach Athen und dort zur Deutschen Gesandtschaft zu transportieren.^[832] Auch die gewöhnlich recht genauen Aussagen Wislicenys weisen in Richtung Athen. Demnach habe Merten »Geld und Schmuck und Schmuckgegenstände bei der Bank von Griechenland deponiert«. Auch das Bargeld – etwa 280 Millionen Drachmen – ging nach dem Zeugnis von Wisliceny zunächst »auf ein Sammelkonto bei der Bank von Griechenland« und dann an den Militärbefehlshaber.^[833] In beide Nachkriegsaussagen fügt sich das zeitgenössische Zeugnis von Eichmanns Mitarbeiter Hunsche ein. In dem Streit, der sich nach der Deportation von 46000 Menschen um die Erstattung der Transportkosten Saloniki – Auschwitz entspann – es handelte sich um 1938488 Reichsmark –, beharrte Hunsche darauf, dass das »beschlagnahmte Vermögen der Juden« nicht etwa der SS, sondern »dem Militärbefehlshaber Ägais (Militärverwaltung) in Saloniki zur Verfügung stehe«.^[834]

Immerhin erscheint es möglich, das sei einschränkend gesagt, dass die deutschen Verantwortlichen einen kleinen

Teil der Edelmetallbeute nach Wien transportierten. Vielleicht handelte es sich dabei um Platin, das für industrielle Zwecke dringend gebraucht wurde; in Frage kommt auch Silber, das die florierende deutsche Filmindustrie dringlich anforderte. Deutsche Dokumente dafür konnte ich nicht finden, doch berichtet Jacques Stroumsa, der mit seiner Familie am 30. April 1943 die Fahrt nach Auschwitz antreten musste, in seiner Autobiografie: Bei einem Zwischenaufenthalt, »wahrscheinlich auf einem kleinen Bahnhof in der Umgebung von Wien, wurden plötzlich die Türen aufgerissen«. Alois Brunner winkte Stroumsa und dessen Bruder heraus. »An seinem Abteil in einem normalen Eisenbahnwaggon angekommen, befahl er uns, eine schwere Holzkiste zum Haupteingang des Bahnhofs zu transportieren und danach eine zweite Kiste, die genauso schwer war wie die erste.« Unmittelbar danach fuhr der Zug weiter.^[835]

Erklärungsbedürftig bleibt, warum der Hauptteil des Goldes von Saloniki nach Athen transferiert wurde. Das geschah, so meine These, um die inflationäre Drachme – im Einverständnis mit dem griechischen Finanzministerium und der Nationalbank – bis zum August 1943 zu stabilisieren. Dafür sprechen drei Personalien: Zu Beginn der währungspolitischen Intervention wurde der deutsche Kommissar bei der Banque de France, Carl Schaefer, vom Oktober 1942 bis zum Februar 1943 nach Athen entsandt und Hahn zur Seite gestellt.^[836] Der Mann verfügte über einschlägige, in Frankreich gesammelte Erfahrungen, die

Inflation zu dämpfen. Im Januar musste der Gouverneur der Griechischen Nationalbank zurücktreten; er wurde durch kooperationswilligere Männer ersetzt, zu denen insbesondere Vizegouverneur Hadjikyriakos zählte.^[837]

Ebenso wählte sich Neubacher einen Finanz- und Superminister nach seinem Geschmack aus: Hektor Tsironikos, dessen »Deutschfreundlichkeit über jeden Zweifel erhaben war«. Bald übertrug er diesem zudem das Sozial-, Gesundheits-, Wirtschafts-, Arbeits- und Landwirtschaftsministerium. Der Mann »besaß das volle Vertrauen des Sonderbevollmächtigten«. ^[838]

Mit dem Einverständnis von Tsironikos und Hadjikyriakos, so behauptete ich weiter, verkauften griechische Broker das den Juden Salonikis geraubte Gold an der Athener Börse. Dort nahmen sie dafür raue Mengen Papierdrachmen ein, mit denen die Wehrmacht dann ihre Ausgaben beglich. So konnte die Inflation für einige Monate gestoppt oder wenigstens verlangsamt und das Preisniveau gehalten werden.^[839] Mit der Transaktion landete das Gold der ermordeten Juden von Saloniki zum allergrößten Teil in den Händen griechischer Kaufleute und Börsenspekulanten, während die Deutschen mit den zum Tageskurs dafür gezahlten Drachmen griechische Waren und Dienstleistungen sowie die eigenen Soldaten bezahlten. Um diese These zu erhärten, ist die Präsentation einer Indizienkette erforderlich. Begonnen wird mit den Diskussionen und Beschlüssen, die in der zweiten Jahreshälfte 1943 zum Einsatz von Gold führten, das die Reichsbank nach Griechenland lieferte.

Gold an der Athener Börse

Mitte Juni 1943 erklärte der Vertreter Görings, Ministerialdirektor Gramsch, in einer »Ressortbesprechung Griechenland«, er halte den Einsatz von Gold und Devisen »für die Erlangung von Leistungen in Griechenland derzeit nicht [für] zweckmäßig«. Neubacher, der an der Sitzung teilnahm, behielt sich jedoch vor, »im Laufe der weiteren, heute noch nicht abgeschlossenen Entwicklung nötigenfalls auf diese Frage zurückzukommen«. [840] Als sich im September 1943 die seit dem Dezember des Vorjahrs einigermaßen stabile Währungslage rapide verschlechterte, telegrafierte Graevenitz am 5. Oktober an Neubacher unter dem ausdrücklichen Hinweis auf Gold: »Um Intervention wirksam gestalten zu können, wäre vorübergehende Überlassung weiterer Mittel ratsam.« [841] *Weiterer* Mittel, wohlgemerkt, wo doch – späteren Schutzbehauptungen zufolge – noch gar kein Gold eingesetzt worden war. Als vorläufige Stützmaßnahme für eine stabilere Drachme ließ der »Militärbefehlshaber im Einvernehmen mit dem Sonderbevollmächtigten des Auswärtigen Amtes für den Südosten« das gesamte Vermögen der 8000 Athener Juden beschlagnahmen und »dem griechischen Staat zur Verwaltung« überweisen. [842]

Doch schickte Berlin zunächst kein Gold, und die Inflation beschleunigte sich weiter. Den besten Indikator dafür lieferte wieder die Stimmung deutscher Soldaten, deren Wehrsold nicht mehr für die gewünschten Einkäufe ausreichte. Am 13. November 1943 telegrafierte das

Luftwaffenkommando Südost an die Adjutantur Görings:
»Der deutsche Soldat sieht, dass hier mit Lebensmitteln gewuchert wird, die er nicht kaufen kann bzw. für die ihm das Geld zum Einkauf vorenthalten wird. Gelegentliche Wehrsolderhöhungen wie die vom 11.11. werden als völlig sinnlos empfunden. Er möchte die Lebensmittel laufend, mindestens aber zu Weihnachten in den Grenzen seines Verdienstes seinen Angehörigen, die unter dem Krieg in der Heimat mehr leiden als die griechische Bevölkerung, zugute kommen lassen. Da er nicht kaufen kann, müssen Schiebungen übelster Art die notwendige Folge sein.« Der zuständige General forderte »energische Maßnahmen« mit dem Ziel, dass seine Männer wenigstens »Weihnachtsgeschenke nachhause senden können«.[843]

Wenige Tage bevor die Soldatenbeschwerden Göring erreichten, war die Entwicklung am 8. November 1943 bereits in einer Griechenland-Ressortbesprechung in Anwesenheit Neubachers auf höchster Ebene erörtert worden. Der Reichswirtschaftsminister nahm teil, der Reichsfinanzminister, der geschäftsführende Reichsbankpräsident, und Göring schickte seinen Vertrauten Gramsch. Wieder wurden zahlreiche Stabilisierungsmanöver beschlossen. Darunter der schon seit Januar 1943 im Fall Rumänien praktizierte »Einsatz von Reichsgold«. Tatsächlich lieferte die Deutsche Reichsbank von nun an über ihre Zweigstelle Wien regelmäßig per Kurierflugzeug Gold nach Athen, insgesamt mehr als acht Tonnen. Mit dem gezielten Verkauf von Gold stützten die Verantwortlichen die inflationäre Drachme und konnten sie leidlich stabilisieren.[844]

Das begann zehn Tage nach der Besprechung vom 8. November. Schon angekündigte Preiserhöhungen wurden storniert, die Wehrmachtintendanten angewiesen, »nicht unbedingt notwendige Ankäufe befristet zurückzustellen«.^[845] Aus einem Teil der eingesparten Mittel wurde der Wehrsold der unzufriedenen Soldaten noch im Dezember massiv erhöht.^[846] Die Inflation ließ sich so nicht stoppen, wohl aber verlangsamen. Scheinheilig versprach Neubacher, bestimmte Spitzenbeträge müssten zwar von Griechenland vorgestreckt, doch würden sie letztlich »der Besatzungsmacht angelastet« werden. Tatsächlich rühmte er sich wenig später, seine Zusage sei »so allgemein gehalten (kein Termin der Rückzahlung, keine Zinsen)«, dass für das Reich keine »übermäßige Verpflichtung« zu befürchten sei.^[847] Am Ende der deutschen Herrschaft betrug der Teuerungsindex sage und schreibe 550 Millionen Prozent.^[848]

Trotz der Hyperinflation, die im Sommer 1944 zum Zusammenbruch der Drachme führte, stellte der Kommissar zur Überwachung der griechischen Notenbank, Reichsbankdirektor Paul Hahn, in seinem Abschlussbericht fest, ihm sei »die möglichst lange Erhaltung der Zahlungsfunktion der Drachme« gelungen, die »im lebenswichtigen Interesse der deutschen Wehrmacht lag«.^[849]

Mit ihrer Goldaktion brüsteten sich die Verantwortlichen nach 1945 hemmungslos und gaben sich als wahre Menschenfreunde. »Mitte November [1943] startete ich«, so schrieb Neubacher, »auf der Athener Börse die Goldaktion. [...] Die Überraschung der Griechen war

ungeheuer, kein Mensch hätte es für möglich gehalten, dass Deutschland Gold auf den Markt wirft.«^[850] Ähnlich glorifizierte sich Hahn: Die Griechen hätten das »Einströmen von Gold aus dem Besitz der deutschen Besatzungsmacht« als politische Handlung erlebt, die sich günstig »von der Form früherer finanzieller Hilfsmaßnahmen des Auslandes« – gemeint war Großbritannien – abgehoben habe. Das habe »in griechischen Wirtschafts- und Finanzkreisen Beachtung und Würdigung gefunden«.

Die Finanzkreise verdienten mit. Sie vermakelten und kauften die Goldtranchen an den Börsen in Athen und Saloniki, einen kleinen Teil auch in Patras. Sie wurden nach den Angaben Hahns über bestimmte griechische Vertrauensmakler platziert und die Geschäfte »über die Bank von Griechenland« abgewickelt.^[851]

Im Winter 1944/45 schrieb Paul Hahn den Abschlussbericht über seine gut dreijährige Tätigkeit als Deutscher Bankenkommissar bei der Bank von Griechenland. In leicht veränderter Form veröffentlichte er ihn 1957. Der Bericht enthält einen ausführlichen Abschnitt zur Goldaktion. Betrachtet man Hahns auf der nächsten Seite dokumentierte Tabelle über die Goldeingänge, dann fällt auf: Die Eingänge beginnen nicht am 18. November 1943, wie Hahn im erläuternden Text und nach ihm eine Schar von Apologeten behaupteten, sondern am 4. Februar 1943. Zudem unterteilte Hahn die Goldeingänge in seinem Bericht in zwei Zahlenkolonnen. Die zweite umfasst die Zahlungen, die im Wesentlichen seit

dem November getätigt wurden. Dabei handelte es sich ausdrücklich um Gold, das von der Reichsbank nach Athen »abgegangen« war. (Die Reichsbank arbeitete zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich mit Raubgold.)

Wie die erste Zahlenkolonne Hahns ausweist, begannen die systematischen Stützungskäufe mittels Gold am 4. Februar 1943 und wurden bis zum 21. September 1943 fortgeführt – wobei die Monatsbeträge vom Mai an abnahmen. Zu dieser ersten Kolumne gab Hahn vage an, sie stimme mit den »listenmäßigen Aufgaben« in Berlin und Wien überein, und die Goldtransporte seien in Athen »eingegangen«. Es steht hier also nicht, wie über der zweiten Rubrik, die Sendungen seien von der »Reichshauptbank Berlin [...] nach Athen« expediert worden. Das Woher bleibt demnach im Dunkeln. Im ersten Entwurf des Hahn-Berichts fiel einem Gegenleser die scheinbare Unstimmigkeit auf. Er kringelte die Zahlenkolonne vom Februar bis zum September 1943 ein und setzte fragend ein »1944« an den Rand.^[852]

Aber Hahn blieb in seinen späteren Versionen dabei. Seine merkwürdigen Angaben und das sonstige generelle Verschweigen von Goldverkäufen vor dem 18. November lassen zwingend vermuten, dass das in der ersten Aufstellung Hahns dokumentierte Gold aus dem Besitz der Juden von Saloniki stammt. Während sich die Goldlieferungen der Reichsbank seit dem November 1943 auf 324000 Goldpfund und 5112570 Goldfrancs summierten, war die zuvor eingesetzte Goldmenge deutlich höher. Nach der zitierten Aufstellung handelte es sich um 455000 Goldpfund und um 9340290 Goldfrancs, die Hahn

zwischen Februar und September 1943 verbuchte.^[853]
Dem Abschlussbericht zufolge lieferte die Reichsbank
»insgesamt etwa [für] 24 Millionen«^[854] Reichsmark Gold.
Bei einem Goldpreis von 2,8 Millionen Reichsmark pro
Tonne macht das etwa 8,6 Tonnen aus. Rechnet man diese
Angaben auf die zwischen Februar und September 1943
eingesetzte Goldmenge um, dann ergibt sich, dass die
deutschen Finanzfachleute zuvor gut 12 Tonnen Gold für
die Stützung der Drachme einsetzten. Das Gold hatten sie
in Saloniki erbeutet. Die Menge kommt der bereits
zitierten Schätzung Nehamas auffällig nahe. Außerdem
errechnete die Reichsbank, dass von November 1943 an
etwa 66 bis 75 Prozent der Besatzungskosten mit dem Gold
bezahlt wurden. Dieses Gold stammte aus Deutschland,
nicht jedoch die größere Goldmenge, die in den ersten
sechs Monaten des Jahres 1943 aus Saloniki geliefert
wurde.^[855]

Ausweislich der Bücher des Bankenkommisars, dessen Buchungen mit den listenmäßigen Aufgaben der Reichshauptstadt Berlin und der Reichsbankhauptstelle Wien übereinstimmen, sind in Athen folgende Goldtransporte eingegangen:

	<u>Goldpfund</u>	<u>Goldfrancs</u>
4. 2. 1943	48.000	1.250.000
28. 2. "	63.000	---
2. 3. "	33.000	800.000
3. 3. "	-	1.700.000
3. 4. "	50.000	---
13. 4. "	33.000	480.000
14. 4. "	33.000	480.000
8. 5. "	50.000	800.000
9. 6. "	50.000	700.000
3. 7. "	50.000	560.000
5. 7. "	-	640.000
31. 7. "	45.000	640.000
2. 8. "	-	510.290
29. 8. "	-	480.000
21. 9. "	-	300.000
	<u>455.000</u>	<u>9.340.290</u>

Ferner sind nach Aufgabe der Reichshauptbank Berlin folgende Sendungen nach Athen abgegangen, deren Einkünfte im einzelnen mangels vorhandener Unterlagen von der Dienststelle nicht mehr geprüft werden können

x Von Berlin nur im	5. 2. 1943	4.000	22.570
RM-Beträge v. 1 Mio.	15. 11. "	6.000	140.000
angegeben	17. 11. "	50.000 x	1.200.000
x1 Von Berlin nur im	2. 12. "	50.000	-
RM-Beträge v. 1,4 Mio	9. 12. "	70.000 x1	-
angegeben	29. 12. "	48.000	1.250.000
	3. 1. 1944	48.000	1.250.000
	20. 1. "	<u>48.000</u>	<u>1.250.000</u>

Mithin sind für die Dienststelle Athen insgesamt eingegangen: L 779.000 Fr. 14.452.860

Im Ablauf der Aktion sind noch L 5.934 Fr. 11.700 durch Interventionskäufe am Athener Markt dem Bestand zugeführt worden

Auszug aus dem Rechenschaftsbericht von Paul Hahn über seine vierjährige Tätigkeit als Deutscher Bankenkommisars in Griechenland, 12. April 1945 (PA-AA R 27320)

Die Interventionen Neubachers und Hahns mit Hilfe des aus dem jüdischen Besitz gewonnenen Goldes wirkten unmittelbar währungsstabilisierend. Die Volkswirte der

Reichsbank notierten zufrieden: »Die Aufwärtsbewegung der Preise konnte im Wesentlichen abgefangen werden.« Ein Goldpfund kostete am 19. Mai 1943 nur noch 249000 Drachmen und am Ende der sich abschwächenden Interventionen 380000 Drachmen. Von einer kurzen Zwischenspitze abgesehen, überschritt der Drachmenkurs erst Ende August 1943 wieder den Höchstwert, den er im Oktober 1942 erreicht hatte.^[856] Für diese Monate konnte der Wehrmachtintendant berichten, die wirtschaftliche Lage habe sich »weitgehend beruhigt« und schon Ende 1942 sei ein erheblicher Preissturz eingetreten. Parallel dazu drückte Neubacher die Geldforderungen der Wehrmacht regelmäßig um etwa ein Drittel. Als allerdings am 21. September 1943 der letzte Rest des den Juden von Saloniki geraubten Goldes verbraucht, an der Börse an Griechen verkauft und in seinem Drachmengegenwert von der Wehrmacht buchstäblich aufgezehrt war, stieg der Goldkurs zwischen dem 21. September und dem 17. November 1943 von 474000 auf 1900000 Drachmen. Anschließend, nach der ersten Goldlieferung der Reichsbank, konnte er am 24. November kurzfristig auf 900000 Drachmen gedrückt werden.^[857]

Während Hahn immerhin in einer Tabelle über die regelmäßigen Goldinterventionen zwischen Februar und September 1943 berichtete und sie im Gesamtbericht verschwieg, unterschlug sie Neubacher in seinen Memoiren vollständig und legte auch schon zur Zeit des Geschehens Wert auf extreme Diskretion. Das bestätigt ein Schnellbrief, den der im Reichsfinanzministerium

zuständige, offenbar jedoch uninformierte Ministerialdirektor Fritz Berger Ende April 1943 zur »Wehrmachtfinanzierung Griechenland« geschrieben hatte. Er monierte empört, Neubacher habe seit dem 1. Dezember 1942 die griechischen Kontributionen um mehr als sechs Siebtel reduziert. Das müsse »in eine Sackgasse führen« und die Kosten am Ende auf das Reich überwälzen. Interessanter noch als der Brief ist die Antwort, die der am Konflikt beteiligte Chefintendant beim Oberbefehlshaber Südost drei Wochen später telefonisch erhielt und darüber vermerkte: »Der Inhalt des Schnellbriefes ist durch fernmündliche Verhandlung des Sonderbeauftragten mit den zuständigen Berliner Stellen überholt.«^[858] Offenbar war das Reichsfinanzministerium zwischenzeitlich über die Hintergründe von Neubachers zeitweiliger Rücksicht auf die griechische Staatskasse und über dessen – höchst geheime und wohl nur mündlich weitergegebene – Technik unterrichtet worden, die Wehrmacht mit dem Gold der Juden von Saloniki zu finanzieren. Jedenfalls erkannte Berger am 15. Juli 1943 ausdrücklich an, »dass sämtliche wichtigen Anforderungen [der Wehrmacht] von dem Gesandten Neubacher bisher befriedigt worden sind und dass die in dieser Hinsicht laut gewordenen Klagen auf unzutreffenden Voraussetzungen beruhten und unberechtigt waren«.^[859]

Eben diesen Bedarf deckte Neubacher durch Goldverkäufe an der Athener Börse. Im Juli 1943 beobachteten Offiziere des Wirtschaftskommandos Athen: »Der [Gold-] Pfundkurs war bis Ende Juni durch Spekulation auf 540000 Drachmen getrieben worden.

Schon die Tatsache, dass der Gesandte Neubacher in Athen für kurze Zeit eintraf, bewirkte einen Rückgang auf 400000 Drachmen. Durch geringen Goldverkauf wurde der Kurs weiter auf 340000 Drachmen gedrückt.«^[860] Allein die Formulierung, dass die Kurse fielen, weil Hitlers Sonderbeauftragter eintraf, zeigt, wie sehr sich die Börse im Juli 1943 bereits auf derartige Interventionen eingestellt hatte. Tatsächlich hatte es bis dahin bereits neun Goldinterventionen gegeben. Neubacher selbst erzählt die Geschichte in seinen Erinnerungen auch, nur verlegt er sie einfach in die Zeit der offiziellen »Goldaktion«.^[861]

Deutsch-griechisches Schweigen

Nach diesem Indizienbeweis kann man von folgendem Ablauf ausgehen: Vom Oktober 1942 bis zum September 1943 stützten die Deutschen die Drachme insgeheim – unter Beihilfe des griechischen Finanzministers, der Notenbank und gewisser »Vertrauensmakler« – mit dem Gold, das sie den Juden von Saloniki geraubt hatten. Sie finanzierten damit direkt die deutsche Wehrmacht.^[862]

»Der Sinn der Goldaktion war folgender«, erinnerte sich Neubacher: »Die aufgekauften Banknotenumengen wurden für die Deckung der Besatzungskosten verwendet, dadurch wurde die Banknotenpresse entlastet.« So gelang es ihm, die griechische Währung, trotz aller Inflation, als Zahlungsmittel zu bewahren.^[863] Indirekt wurde damit der griechische Staatshaushalt von Besatzungskosten entlastet.^[864]

Die Enteignung der Juden folgte auch in Saloniki den unmittelbaren Finanzinteressen der Wehrmacht. Wie der Deutsche Bankenkommissar Hahn feststellte, bestand das »Hauptziel der Goldaktion« in der »Beschaffung der für die Wehrmachtfinanzierung erforderlichen Barmittel«. Da sich diese Aktion – von den deutschen und griechischen Verantwortlichen bis heute verschwiegen – zumindest zu drei Fünfteln aus dem Gold der griechischen Juden speiste, fand hier eine direkte, durch einfache Börsentransaktionen verschleierte Enteignung von Bürgern eines besetzten Landes zum Nutzen der Besatzer statt.

Die Rechtfertigungsschrift, die Hahn 1957 abfasste, bestätigt den eklatanten Rechtsbruch. Dort heißt es in der Schlussbemerkung: »Die gesamte Goldintervention lag in den Händen des Bankenkommissars, der auch die Goldbestände unter eigenem Verschluss verwaltete« – also auch die der Juden von Saloniki.^[865] Nach Angaben deutscher Militärs konnten die Besatzungskosten während der offiziellen Goldaktion »zu zwei Dritteln bis drei Vierteln aus dem Golderlös gedeckt werden«.^[866] Das war während des inoffiziellen ersten Teils der Goldaktion nicht anders gewesen – nur handelte es sich unmittelbar um die in Gold angelegten Ersparnisse der 46000 nordgriechischen Juden, die fast alle in Auschwitz ermordet wurden.

Später mussten die deutschen und die griechischen Beteiligten ihre Geschäfte zum gegenseitigen Nutzen niemals leugnen, weil sie so geheim blieben, dass nach dem Krieg niemand danach fragte. Stattdessen glaubte die Weltöffentlichkeit noch jahrzehntelang einer Räubergeschichte, die Max Merten 1957, als er kurzzeitig

in einem Athener Gefängnis einsaß, einem Mithäftling aufgeschwatzt hatte. Auch später schwadronierte Merten mehrfach von einem »Nibelungenhort« der Juden von Saloniki, der sich auf dem Grund des Meeres befände. Offenbar konnte er für seine Finte, die den Verteidigungsstrategien Neubachers, Hahns und Altenburgs folgte, auch Simon Wiesenthal gewinnen. Der forderte 1971 vor einem Wiener Gericht eine Provision von 100000 DM »für seine Mithilfe beim Ausfindigmachen eines Gold- und Platinschatzes, der im Zweiten Weltkrieg von den Deutschen aus Griechenland verschleppt worden« sei. Die beklagten, vermutlich besser informierten Vertreter des griechischen Staats machten dagegen geltend, »Wiesenthals Informationen in dieser Sache seien ohne Wert gewesen«.^[867] Selbst noch im Jahr 2000 wurde die von Merten gelegte Irrspur ernst genommen. Damals suchten professionelle Taucher vor dem Südwestzipfel der Peloponnes nach einem angeblich von Merten vorsätzlich versenkten Fischerboot, das den »Judenschatz von Saloniki« an Bord habe. Schon entbrannte ein Streit, wem der Reichtum gehöre, falls er in nationalen oder in internationalen Gewässern gefunden werde. Wie die Story waren auch die im August 2000 gehandelten Wertangaben aus der Luft gegriffen: »Mehr als zwei Milliarden Dollar«, verbreiteten BBC und CNN.^[868]

Noch lange nach dem Krieg dürfte man in Athener Finanzkreisen sehr wohl gewusst haben, wohin das Gold der griechischen Juden 1942 und 1943 verschwunden war. Es wurde weder versenkt noch nach Deutschland verschleppt. Es blieb zum allergrößten Teil im Land und

wechselte – gegen Bezahlung – dort die Besitzer. Das griechische Außenministerium veröffentlichte 1998 die schon genannte Quellenedition »Documents on the History of the Greek Jews«. Die Dokumente stammen aus dem Archiv des Außenministeriums und fangen so richtig erst 1944 an.

Wie wäre es, wenn die Papiere aus den Archiven des Finanzministeriums, der Nationalbank und den Büros der wichtigsten Kollaborateure veröffentlicht würden? Wie wäre es, wenn endlich die zentralen Beschlüsse zur Enteignung der Juden zwischen 1942/43 dokumentiert würden, einschließlich sämtlicher Abreden griechischer Regierungsmitglieder und Spitzenbeamter mit Hahn, Schaefer, Neubacher und Altenburg zur Stabilisierung der Drachme?

Aus Anlass des Todes von Hermann Neubacher veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 18. Juli 1960 den Leserbrief des Historikers Percy Ernst Schramm. Dort hieß es unter der Überschrift »Erinnerung an Dr. Neubacher«, »dass die Welt heute ärmer geworden ist, weil ein Mensch von uns ging, der sich auf die ›Nazis‹ einließ, aber seine Persönlichkeit nicht preisgab, der sie selbst unter furchtbarsten Verhältnissen zu bewahren verstand und zum Schluss noch Gelegenheit fand zu beweisen, dass er tatsächlich ein Könnner war«.

Von Rhodos nach Auschwitz

Wenige Wochen bevor die meisten deutschen Truppen aus Griechenland abzogen, wurden noch 1673 Juden von

Rhodos und 94 von der benachbarten Insel Kos zwangsverschifft und über Piräus deportiert. Die Schreckensreise begann am 24. Juli 1944 und endete am 16. August in Auschwitz-Birkenau. Wer den Leidensweg in den Standardwerken zum Holocaust nachliest, begegnet dort – nicht jedoch bei Raul Hilberg – regelmäßig demselben verallgemeinernden Hinweis: Gerade diese Tat bewaise den blindwütigen Rassenwahn, der sich selbstzerstörerisch noch über das eigene nackte Sicherheits- und Rückzugsinteresse deutscher Soldaten erhoben habe.

»Zu einem Zeitpunkt«, so schreibt zum Beispiel Hagen Fleischer in dem von Wolfgang Benz edierten Band »Dimension des Völkermords«, »als die Rote Armee sich anschickt, die südöstlichen Achsensatelliten wie Dominosteine der Reihe nach umzukippen, während die Heeresgruppe E bereits erste Evakuierungsvorbereitungen trifft, wobei zwangsläufig wertvollstes Heeresgut auf der [griechischen] Halbinsel zurückbleibt, spricht diese Vergeudung von knappstem Transportraum auf der einzigen, ohnehin überlasteten Rückzugslinie jeder strategischen Überlegung Hohn.«^[869] Lea Rosh und Eberhard Jäckel mutmaßen, an diesem äußersten Punkt des deutschen Machtbereichs habe sich im Juli 1944 der »ganze Irrwitz der Nazis« gezeigt.^[870]

Die vorgestellten Urteile können als herrschende Meinung gelten. In den militärischen Tatsachen und Entscheidungen finden sie keinen Halt. Die Deportation von mehr als 1750 Menschen, die zunächst einige kleine Frachtschiffe belegten und dann einen Güterzug,

konkurrierte nicht mit anderen Transportnotwendigkeiten der Wehrmacht. Vielmehr bestand ein militärisches Interesse an der Deportation. Das soll auf den folgenden Seiten dargelegt werden.

Rhodos gehörte zu der staatsrechtlich noch italienischen Inselgruppe des Dodekanes, hatte 45000 Einwohner und war von den Deutschen erst nach dem Seitenwechsel Italiens im September 1943 besetzt worden. Die italienische Lokalverwaltung blieb bestehen; den Geldnachschub für die deutschen Truppen hatte die örtliche Filiale der Banca d'Italia zu organisieren.^[871] Am 10. Mai 1944 erhielt der Kommandeur der schon ziemlich isolierten Sturmdivision Rhodos vom Chef des OKW, Wilhelm Keitel, die hochstaplerische Amtsbezeichnung Kommandant Ost-Ägäis. In der gleichzeitig ergangenen Dienstanweisung hieß es über die Rolle des Insel-Intendanten: »Er ist verantwortlich für die wehrmachtmäßige Verwaltung, insbesondere für die Steuerung der Ausnützung des Landes für den Bedarf der drei Wehrmachtteile einschließlich Anforderung und Verteilung von Geldmitteln. Der Intendant wird fachlich dem Wehrmachtintendanten beim Mil.Befh. in Griechenland unterstellt.«^[872]

Anfang Juni teilte der Kommandant von Kreta Hitler mit, die Inselfestung sei »für vier Monate bevorratet« und bedürfe eines monatlichen Nachschubs von lediglich 1500 Tonnen. Da Hitler Vorräte für sechs Monate wünschte, sollten stattdessen 6000 Tonnen pro Monat von Piräus nach Kreta verschifft werden.^[873] Ähnlich entwickelte sich

die Lage auf Rhodos. Auch diese Insel war zum »festen Platz« ausersehen. Gleichzeitig wurden die meisten anderen deutschen Verbände aus dem Ägäischen Meer abgezogen (vorläufig, wie sich die deutsche Führung einredete).

Schon in der zweiten Junihälfte zeichnete sich ab, dass die Truppen auf Kreta und Rhodos – insgesamt 70000 Mann – bald von jedem Nachschub abgeschnitten sein würden. Ihr militärischer Auftrag bestand darin, »auch nach Isolierung dem Gegner größtmöglichen Widerstand zu leisten, um durch eigene Aufopferung Zeit zu gewinnen und feindliche Kräfte zu binden«.^[874] Selbstverständlich wurde noch mehrere Wochen lang versucht, Lebensmittel, Kraftwagen, Waffen und Munition per Schiff nachzuschieben. Soweit das gelang, fuhren die Schiffe bis zum 28. August weitgehend leer nach Piräus zurück. Allerdings erschwerten der Mangel an Treibstoff, die Überlegenheit britischer Jagdbomber und U-Boote und schwere Luftangriffe auf die Häfen Piräus und Saloniki die Zahl der möglichen Transporte immer mehr. Die kurzen, oft mond hellen Nächte machten die Unternehmen nicht einfacher.^[875] Die etwa 300 Juden von Kreta wurden am 8. Juni Richtung Piräus deportiert und ertranken zusammen mit knapp 200 anderen Häftlingen, da das Schiff unter Feindbeschuss sank.^[876]

Noch in den ersten Juliwochen ließ der Seetransportchef Ägäis Schiffe aus der Westgriechenlandfahrt herausnehmen, »zur Beförderung des vordringlichen Nachschubs« nach dem Dodekanes.^[877] Immerhin wurden von Mitte Juni bis zum 10. Juli noch 4000 Tonnen nach

Kreta verschifft und 5000 nach Rhodos; auch danach
fuhren noch einigermaßen regelmäßig Transporte zu den
Vorposten.^[878] Für den Zeitraum vom 16. bis zum 31. Juli,
in dem auch die Juden von Rhodos und Kos nach Piräus
abtransportiert wurden, meldete der Chef der zuständigen
Seetransporthauptstelle Portolago (auf der benachbarten
Insel Leros) unter dem Stichwort »Gesamtumschlag«: »1.)
Festlandnachschieb: 1599 to., 4 LKW, 14,7 cm. Pak, 2
Soldaten« und »2.) Nach dem Festland: 216 to., 1750
Juden«.^[879] (Die Angaben über die genaue Zahl der
Deportierten weisen hier wie in den folgenden
Dokumenten immer wieder kleine Variationen auf, die sich
aus den Todesfällen während des Transports erklären und
aus den Ungenauigkeiten der jeweiligen Zählungen.)

Noch am 31. Juli forderte der Chefintendant in
Griechenland, Dr. Werner Kersten, in einem Notprogramm
die Reparatur der »für [die] Inselversorgung
unerlässlichen Schiffe«^[880]; im August gelangten 3626
Tonnen Nachschub auf den Dodekanes^[881], also
hauptsächlich nach Rhodos; noch am 6. September 1944
lief die »Pelikan«, von Piräus kommend, mit Nachschub im
Hafen der Stadt Rhodos ein.^[882] Alle diese Schiffe fuhren
fast leer zum Festland zurück.

Erst wenige Tage nach dem Seitenwechsel Rumäniens
und Bulgariens, Ende August 1944 und mehr als einen
Monat nach der Deportation der Juden von Rhodos befahl
Hitler den Rückzug der Truppen, die das griechische
Festland besetzt hielten. Sie sollten den Süden räumen
und die Linie Korfu – Joannina – Klabaka – Olympos halten.
^[883] Bis dahin gab es nicht das Problem, möglichst viele

Waffen und Materialien von Griechenland wegzubefördern, wie Hagen Fleischer behauptet. Im Gegenteil: Infolge der schwachen, von Norden nach Süden verlaufenden Eisenbahn- und Straßenverbindung, die noch dazu ständig von Partisanen überfallen und an neuralgischen Punkten gesprengt wurde, bestand auch auf dem griechischen Festland ein massives Nachschubproblem aus dem Norden in den Süden. Erst nachdem Hitler seinen Befehl gegeben hatte und dieser am 27. August als »Geheime Kommandosache – Chefsache« an die verschiedenen Wehrmachtteile in Griechenland weitergeleitet worden war, begann der Rückzug. Erst jetzt, mehr als einen Monat nach der Deportation der Juden von Rhodos, hieß es: »Leerzüge nach Norden ausnutzen für Güter der Räumungsstufe 1.« Leerzüge, wohlgemerkt. Im Abschlussbericht des Sonderbevollmächtigten für Griechenland heißt es über die »Transporte in Richtung Deutschland«: Wegen ihres relativ geringen Umfangs ergaben sich dabei »nie Schwierigkeiten«.^[884] Der später von nicht wenigen Historikern behauptete Mangel an Transportraum bestand nicht.

Im Hinblick auf Rhodos und Kreta befahl der Admiral Ägäis am 28. August ausdrücklich: »Laufende Versorgung [der] Inseln läuft weiter.« Allerdings blieb der Befehl Papier, wie die Dokumente zeigen. Es dauerte noch einige Tage, bis Hitler Anfang September den Teilabzug der Festungsbesatzungen von Rhodos und Kreta erlaubte. Er wurde aus Sicherheitsgründen weitgehend mit Flugzeugen durchgeführt und zog sich bis in die ersten Oktobertage

hin. Auf dem Hinflug transportierten die Maschinen Nachschub für die noch verbleibenden knapp 12000 Mann auf Kreta und 6300 auf Rhodos.^[885] Deren Auftrag lautete, im militärischen Stakkato telegraphiert, weiterhin: Falls »Abholung nicht mehr möglich, Kampf bis zur letzten Patrone«, um so »für die Operationen auf dem Festland und Verteidigung Heimat Entlastung zu schaffen«.^[886]

Nach der Besetzung von Rhodos im September 1943 ordneten die Deutschen keine speziell antijüdischen Maßnahmen an. Erst am 13. Juli 1944 befahl Generalleutnant Ulrich Kleemann, der auf Rhodos stationierte Kommandant Ost-Ägäis, die Festsetzung der Juden. Sie sollte binnen vier Tagen abgeschlossen sein.^[887] Ebenfalls am 13. Juli liefen in Portolago auf der eine Nachtreise entfernten Insel Leros jene drei Schiffe aus, mit denen die Ghettoisierten abtransportiert werden sollten. Sie mussten jedoch »wegen Feindlage« umkehren, bis ihnen in der Nacht vom 20. zum 21. Juli die Überfahrt mit ihren militärischen Nachschubgütern gelang.^[888] Nach dem Befehl vom 13. Juli regte sich unter den deutschen Soldaten deutlicher Protest. Wie er sich genau artikuliert ist unbekannt, doch sah sich Kleemann am 16. Juli gezwungen, einen erklärend gehaltenen Befehl nachzuschieben, um »Zweifeln« entgegenzutreten. Damit versuchte er seine Truppe von der Notwendigkeit einer »radikalen Lösung der Judenfrage« zu überzeugen, die vom begrenzten soldatischen Standpunkt aus nicht ohne weiteres beurteilt werden könne.^[889] Tatsächlich wurden fast alle Juden der Insel binnen weniger Tage gefangen

gesetzt. Am 24. Juli begann die Deportation.

Über den Abtransport berichtete die Seetransporthauptstelle Portolago, die als Zwischenstation diente und den Schiffskonvoi organisierte. Am 24. Juli trafen demnach von der nahen Insel Kos 96 Juden ein, in der folgenden Nacht die Juden von Rhodos. Im Kriegstagebuch steht dazu: »25.7.; Wind NW, Stärke: 6; Seegang 4-5.« Es herrschte Alarmstufe zwei, bis schließlich um »04 Uhr 00 Judentransport auf M.S. ›Störtebeker‹, ›Horst‹, ›Merkur‹ von Rhodos eingelaufen« war. Weiter heißt es: »Erforderliche Verproviantierung und Wasserversorgung für 1750 Juden sofort für die bevorstehende Reise durchgeführt.« Wegen der Wetterlage verzögerte sich die Abreise bis zum 28. Juli. Erst dann lief der um zwei Transportschiffe verstärkte und mit militärischem Geleitschutz versehene Konvoi aus: »20 Uhr 30 M.S. ›Horst‹, ›Störtebeker‹, ›Merkur‹, ›Seeadler‹, ›Seestern‹ nach Piräus ausgelaufen. Ldg. 51 to. Schrott, Wirtsch.-Leergut und 1700 Juden.«^[890] In Samos erfolgte ein Zwischenstopp.

In der Darstellung von Michael Molho lässt sich dasselbe Geschehen aus der Perspektive der Deportierten nachlesen: »Am 24. Juli werden die Gefangenen in drei Transportbarken hineingepfercht, die von einem Schoner geschleppt werden. Nach einer Reise, die dem Danteschen Inferno gleicht, gelangen sie nach Piräus, wo sie aufs roheste behandelt werden. Wer nach Ansicht der Wachleute das Schiff nicht schnell genug verlässt, wird grausam misshandelt. Eine alte Frau wird mit dem Revolver

niedergeschlagen, ihr zerschmettertes Gehirn bespritzt die Umstehenden. Sieben Häftlinge sterben während des Transports, zwölf weitere liegen im Sterben – die übrigen ausgehungert, durstig, ohnmächtig und zu Tode erschöpft. In Piräus werden sie vollständig beraubt. Ihre Gürtel und Schuhsohlen werden durchsucht und das Verborgene eingezogen. Die rohen Kerle gehen sogar so weit, hilflose, fassungslose Frauen in entehrender Weise zu untersuchen. Künstliche Gebisse, Brücken und Kronen werden grausam aus dem Mund gerissen. Das alles wird als Beute zusammen in vier Kisten geworfen, die man gewöhnlich für den Transport von Petroleumkannen benutzt. Diese Kisten, die unversehens als Schmuckschreine dienen, sind bis zum Rand mit Schmuckstücken, Goldbarren, Goldmünzen und allen möglichen anderen Wertgegenständen gefüllt.«^[891]

Der Chef der Transporthauptstelle Piräus meldete in seinem Vierzehntagesüberblick das Eintreffen von insgesamt 14 Motorschiffen mit folgender (extrem geringer) Ladung: »8 to Korinthen, 37 to Muni, 82 to Kohlen, 37 to Gerät, 14 to W.Gt., 298 to Leergut und Schrott, 33 Soldaten und 1733 Juden.« Am 1. August wurde noch »1 Jüdin« auf dem Schiff »Pelikan« hinterherdeportiert.^[892] Wenig später mussten die Verschleppten die Bahnfahrt nach Auschwitz antreten. Nach den Untersuchungen der Überlebenden wurden insgesamt 1673 Juden von Rhodos und 94 von Kos deportiert. 21 starben auf dem Transport, 1145 in Auschwitz, 437 in Arbeitslagern. Von den Deportierten überlebten 151 von Rhodos und 12 von Kos. Auf Rhodos

entgingen der Deportation 54 Juden, auf Kos 6.^[893] 1947 zählte Rhodos noch 60 Einwohner jüdischen Glaubens, Kos einen.^[894]

Als die Juden von Rhodos in Piräus eintrafen, hatte die Wehrmacht bereits die Möglichkeit eingebüßt, mit den auf Rhodos gültigen italienischen Lire nennenswerte Einkäufe zu tätigen. Dasselbe galt für das benachbarte Gebiet der griechischen Drachme. So erklärt sich die Gier nach Gold, die Deutsche nun dazu veranlasste, den noch Lebenden die Goldzähne aus dem Mund zu reißen. Gold war damals neben Tauschwaren das einzig brauchbare Zahlungsmittel in Griechenland, genauso wie auf Rhodos. Anfang Juli hatte der Kommandierende Admiral Ägäis die »Erstattung der Differenz [zu den Besatzungskosten] in Gold« verlangt, da sonst »katastrophale Rückwirkungen auf die Verteidigungskraft« zu fürchten seien.^[895] Im Oktober 1944 stellte die Zentrale der Reichskreditkassen rückblickend fest: Insgesamt hätten »die Wehrmachtdienststellen in der letzten Zeit vor ihrem Abrücken [aus Griechenland] ihre Zahlungen mit gutem Erfolg direkt mit Gold geleistet«.^[896]

Diejenigen Wertgegenstände, die sich die deutsche Besatzungsmacht am 31. Juli in Piräus gewaltsam aneignete, bildeten den kleinen Rest des Eigentums der Juden von Rhodos. Der weitaus größere Teil blieb auf der Insel. Sie wurde bis zum 8. Mai 1945 gehalten – richtiger gesagt: von den britischen Streitkräften ignoriert.

Zu Beginn ihrer Ghettoisierung überredete der aus Saloniki stammende griechisch-jüdische SD-

Vertrauensmann Recanati die Juden, »sich mit viel Verpflegung zu versehen und alle Wertgegenstände mitzunehmen: Schmuck, Gold, Wertpapiere etc.« Anschließend beschlagnahmte die Wehrmacht alle jüdischen Besitztümer. »Von erfahrenen Denunzianten begleitet, durchsuchten Schupos überall sämtliche verlassenen Häuser, um versteckte Schätze aufzuspüren. Was transportabel war, Waren, Wäsche, Möbel, Glas, Bücher, alles wurde sorgfältig verpackt ...«^[897] Unmittelbar nach dem Abtransport der Juden setzte Kleemann eine »Erfassungskommission für den Judennachlass« ein.^[898] In dem Sammellager auf dem Flughafengelände von Rhodos, in das die Juden eingeliefert wurden, nahm ihnen am Morgen des 20. Juli ein deutscher Offizier in weißem Hemd die leicht greifbaren Wertgegenstände ab. Er hatte nach dem Bericht von Violette Fintz einen Übersetzer dabei, der das Ladino der sephardischen Juden sprach (wahrscheinlich Recanati). Bei dieser Gelegenheit füllten die Deutschen vier Säcke mit Schmuck.^[899] Zweck der Maßnahme war es angeblich, »für die Ernährung der jüdischen Bevölkerung zu sorgen«.^[900] (Der Goldraub auf Rhodos findet eine Parallele im tunesischen Djerba, wo etwa 4500 Juden in zwei uralten Ghettos lebten. In äußerster militärischer Bedrängnis forderte der Wehrmachtkommandant dort vom örtlichen Oberrabbiner 50 Kilogramm Gold. Er drohte mit der Bombardierung der jüdischen Wohnviertel und erreichte schließlich die Übergabe von 47 Kilogramm Gold.^[901])

Der Entschluss zur Enteignung wurde nicht spontan

getroffen, vielmehr hatten die für die Kriegsfinanzen verantwortlichen Offiziere über eine solche Möglichkeit schon seit längerem gesprochen. Nachdem das Geraubte in die Gewalt der deutschen Inselbesatzer übergegangen war, fasste Chefintendant Kersten am 31. Juli 1944 die Diskussionen zusammen. In seiner Geheimen Kommandosache über den Wehrmachtbedarf in Griechenland heißt es: »Das OKM [Oberkommando der Kriegsmarine] berichtete Ende Juni 44, Nachschubverkehr nach Kreta und Ägäischen Inseln bedrohlich beeinträchtigt, und forderte im Interesse der Verteidigung der Inseln rücksichtslosen Einsatz von Gold und Devisen sowie grundlegende Neuregelung der Währung.«^[902] Auch wenn hier nicht direkt von den Juden die Rede ist, so ergibt der gesamte Kontext doch zwingend, dass auch deren Vermögen gemeint war. Schon in Saloniki hatte sich die Wehrmacht 1942/43 des Goldes der dortigen Juden bemächtigt, um die laufenden Zahlungspflichten zu erfüllen. Im Sommer 1944 griffen die Intendanten auf diese bewährte Möglichkeit zurück.

Angesichts der immer schnelleren Inflation schlug der auch für Rhodos zuständige Wehrmachtbefehlshaber Griechenland damals vor, »Tauschartikel aus im Lande beschlagnahmten Beständen (Judenvermögen u.a.)« für die Wehrmachtversorgung einzusetzen.^[903] Zum Zeitpunkt dieses Vorschlags kam dafür nur noch das Eigentum der Juden von Korfu, Joannina, Kreta und Rhodos in Frage. In dieselbe Richtung weist der schon zitierte Geheimbefehl Kleemanns vom 16. Juli, der die Deportation der Juden von Rhodos vor seinen Soldaten ausdrücklich »mit den

politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Befehlsbereichs« rechtfertigte.[904]

Das immobile Eigentum wurde der italienischen Inselverwaltung übertragen,[905] gewiss mit dem Ziel, im Wege des Verkaufs Papiergeld für die Wehrmachtsoldaten hereinzuwirtschaften. Der leicht bewegliche Teil des Geraubten blieb jedoch in deutschen Händen. Nach der Zeugenaussage des Soldaten Erwin Lenz, der auf Rhodos in einem Strafbataillon diente, setzte im Herbst 1944 eine Hungersnot ein. Sie betraf auch »die noch auf der Insel verbliebenen deutschen Truppen«. Damals sah Lenz im Zimmer des Ordonnanz- und nationalsozialistischen Führungsoffiziers seiner Einheit, Oberleutnant Prunsch (Jena), ein Geheimschreiben des neu eingesetzten Inselkommandanten Generalmajor Wagner: »In diesem Schreiben teilte Wagner u.a. mit, dass er dem Kapitänleutnant Günther den Befehl gegeben habe, das bei den vor einigen Monaten abtransportierten Juden beschlagnahmte und sichergestellte Eigentum zum Eintauschen von Lebensmitteln bei einheimischen Geschäftsleuten zu verwenden.« Das müsse allerdings »mit sehr viel Geschick abgewickelt werden«, weil sonst Schwierigkeiten von Seiten des Internationalen Roten Kreuzes zu befürchten seien, das Hilfsgüter für die Inselbewohner schickte. »Außerdem«, so schloss Lenz seine Aussage, verpflichtete Wagner »jeden Beteiligten zu strengstem Stillschweigen über die Herkunft der Tauschartikel. Trotzdem habe ich durch die Erzählung von deutschen Soldaten erfahren, dass derartige Geschäfte stattgefunden haben.«[906]

Nur auf den ersten Blick kann die Deportation der Juden von Rhodos als allein vom Vernichtungswahn bestimmtes Verbrechen angesehen werden. Nimmt man sich die Quellen vor, dann zeigt sich: Die Wehrmacht organisierte die Deportation, weil sie sich in ihre militärischen Absichten einfügte, und zog den unmittelbaren Nutzen daraus. Fragt man, wo das Vermögen der Verschleppten und Ermordeten blieb, dann lautet die Antwort: Ihr Schmuck, ihre Uhren, ihr Gold und ihre Wertpapiere, ihre Kleidung, ihr Hausrat, ihre Werkstatt- und Ladeneinrichtungen gelangten auf dem Wege des Tausches weitgehend in die Hände der einheimischen Bevölkerung von Rhodos – die eingetauschten Gegenwerte in die Mägen deutscher Soldaten.

Teil IV

Verbrechen zum Wohle des Volkes

Die Früchte des Bösen

Der Raubmord an den Juden

Vordergründig erscheint es richtig, wenn die deutsche Treuhandverwaltung in Serbien in ihrem Abschlussbericht feststellte, der Verkauf jüdischen Vermögens sei »wirksam als Preisregulativ«^[907] benutzt worden. Im Kern aber ist die Behauptung infam. Indem jüdischer Hausrat und konfiszierte Waren jüdischer Geschäftsleute überall in Europa vermarktet wurden, konnten die durch den Krieg und die ausgeprägte Raublust der Deutschen verursachten Versorgungslücken zwar keinesfalls geschlossen, aber während kurzer Zeiträume und in bestimmten Regionen merklich verkleinert werden. Also sanken die Preise oder sie blieben wenigstens kurzzeitig stabil. Darin zeigt sich ein simpler Grundmechanismus der Marktwirtschaft, den die Deutschen regelmäßig in die Propagandaphrase verkehrten, mit der Ghettoisierung und erst recht mit der Deportation sei der »jüdische Schleich- und Schwarzhandel« unterbunden worden.

Die marktwirtschaftlichen Effekte des Mordens folgten zum einen aus der vollständigen Expropriation der Opfer. Sie führte zum Angebot von Konsumgütern, insbesondere von Kleidern, Möbeln und Küchengeräten, die dringend gebraucht wurden. Der plötzliche Schub auf der

Angebotsseite – nicht der angeblich unterbundene Schwarzhandel – stabilisierte die Preise. Hinzu kam ein zweiter, ebenfalls einfacher ökonomischer Mechanismus: Der Abtransport eines oft erheblichen Teils der städtischen Einwohner verringerte den Kreis der Käufer; daher entstanden parallel zu den verstärkten Angeboten Nachfrageeinbrüche.

Tatsächlich trieben nicht die Juden Schwarz- und Schleichhandel, sondern deutsche Soldaten und die Kaufagenten deutscher Militär- und Zivildienststellen. Sie zerstörten überall in Europa das Preisgefüge. Sie entwickelten ein lebhaftes, eigennütziges Interesse daran, die Schuld anderen in die Schuhe zu schieben.

In den vorangegangenen Abschnitten war immer wieder von den Offizieren und Beamten der deutschen Militärverwaltungen die Rede. Sie organisierten die Raubzüge vielerorts direkt, etwa in Belgien, in Saloniki, in Tunesien oder auf Rhodos. In anderen besetzten Regionen drängten sie die lokalen Behörden, die Juden zugunsten der Wehrmacht zu enteignen. Das ließ sich für Serbien, für Frankreich und Italien zeigen. Die Auftritte des Generals Kleemann, des Kriegsverwaltungsrats Merten oder des Oberbefehlshabers des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, der im Jahr 1940 »größten Wert auf die völlige Ausschaltung der Juden« legte, zerstreuen jeden Zweifel. Diese Männer handelten überall nach dem gegen die Juden gerichteten Motto: »Goldbarren ist der Tarif«.

Um die Beraubten anschließend aus den besetzten Ländern zu deportieren, mussten die Militärs zustimmen und in aller Regel die Transportmittel bereitstellen. Sie

taten das ohne Widerspruch. Aber nicht einfach deshalb, weil sie die Juden hassten oder ihre letzten Gewissensregungen an den angeblich deutschen Kadavergehorsam verloren hatten. Vielmehr entwickelten sie ein professionelles Interesse an der Deportation.

In der Frage, in welchem Ausmaß die Wehrmacht am Holocaust mitwirkte, kann der Streit darüber, wie viele beziehungsweise wie wenige Soldaten wohl an einzelnen Mordaktionen teilgenommen haben oder davon wussten, allenfalls einen Teilaspekt klären. Lehrreicher ist es, sich die strukturellen Momente zu vergegenwärtigen, die über das allgemeine völkische Rassendenken hinaus innerhalb der Wehrmacht den Wunsch nach einem Verschwinden der Juden verstärkten. Es ist erwiesen, dass die Politik der »ethnischen Entflechtung« und der Lebensmittelraub die »Endlösung« beschleunigten. Daneben förderte die propagandistisch ständig geschürte Vorstellung, die Juden seien die Fünfte Kolonne des Feindes, zumindest die Passivität gegenüber den Massenmorden. Den drei in der Fachliteratur schon beschriebenen Vernichtungsmotiven kann nun ein viertes hinzugefügt werden: das Interesse der Feldintendanten an möglichst hohen Kontributionen. Es entstand nicht aus privater Habsucht, sondern aus der – professionell begründeten – Absicht der militärischen Intelligenz, den Krieg so zu führen, dass finanzielle Engpässe möglichst selten die strategischen Pläne und die Moral der Truppen beeinträchtigten.

Auf den ersten Blick mag der Anteil der aus der »Entjudung« gewonnenen materiellen Hilfsmittel gering erscheinen. Gemessen an den Gesamteinnahmen, die zwischen 1939 und 1945 in die deutsche Kriegskasse

flossen, werden es nicht mehr als fünf Prozent gewesen sein. Doch führt eine solche Quantifizierung leicht dazu, das wahre Gewicht zu unterschätzen, das den Arisierungserlösen zukam. Erstens dreht sich jede Haushaltsdebatte – gleichgültig ob sie in einer Demokratie, in einem Sportverein oder zwischen den Machthabern einer Diktatur geführt wird – immer um Spitzenlasten. Stets geht es um die Frage, bis zu welcher äußersten Grenze man finanzwirtschaftlich gerade noch gehen kann. Da die deutschen Kriegsfinanzfachleute maximal 50 Prozent der laufenden Kriegskosten aus Krediten bezahlen wollten, erweiterte jede Einnahme auch den Kreditrahmen um denselben Betrag. Der Effekt verdoppelte sich also. Vor diesem Hintergrund waren wenige Prozentpunkte viel. Sie entspannten die permanente Geldkrise ungemein und bewirkten, dass zum Beispiel die deutschen Getränkesteuern nicht erhöht oder Soldzahlungen nicht gesenkt werden mussten.

Wichtiger aber ist ein zweiter Gesichtspunkt. Die wesentlichen Geldströme aus den liquidierten jüdischen Vermögen speisten die deutsche Kriegsmaschine im Krisenjahr 1942/43: das heißt in der Phase zwischen dem Beginn der Sommeroffensive 1942 und der Schlacht am Kursker Bogen 1943. Die Offensiven sollten 1942 zunächst über den Kaukasus in den Irak führen und England den Suezkanal abschneiden; 1943 sollten sie die Sowjetunion entscheidend treffen und damit die schon ziemlich aussichtslose Kriegslage noch einmal zum Besseren wenden. Dafür mussten alle Reserven mobilisiert werden. In Serbien, Griechenland, Frankreich, Holland, Belgien,

Polen und nicht zuletzt in Deutschland konnten damals erhebliche Beträge aus jüdischen Vermögen der deutschen Kriegsfinanzierung nutzbar gemacht werden. In Griechenland gelang es für einige Monate, 70 Prozent der Besatzungskosten auf solche Weise zu decken. Ähnliches vollzog sich in den Jahren 1941/42 in den verbündeten Staaten Slowakei, Kroatien, Bulgarien und Rumänien. Betrachtet man die Arierisierung aus diesem Blickwinkel, dann lässt sie sich als Bestandteil einer riesenhaften Mobilisierung einordnen.

Im Kriegshaushaltsjahr 1942/43 zahlten die deutschen Hausbesitzer – wie gezeigt – 18 Prozent der inländischen Kriegseinnahmen; für die ausländischen Kontributionen lässt sich in diesem Haushaltsjahr ein ähnlich hoher Anteil annehmen, der sich aus den Erlösen der »Entjudung« speiste. Solche zusätzlichen Finanzquellen erlaubten es, die große Mehrheit der deutschen Steuerzahler zu schonen; sie erlaubten es auch, die flächendeckende Ausbeutung der besetzten Länder teilweise zu verlangsamen (wie in Griechenland) und dennoch die deutschen Soldaten gut zu bezahlen, militärische Bauten und Waffenwünsche zu finanzieren. In einem prekären Abschnitt des Krieges brachte die Enteignung der europäischen Juden erhebliche Geldmittel in die deutschen Kassen, mit denen sich Spitzenlasten vermeiden ließen. Das förderte die innere Stabilität in Deutschland und die Kollaborationsbereitschaft in den besetzten Ländern. So konnten die Rückwirkungen der militärischen Krise gemindert werden.

Sofern deutsche und nichtdeutsche Finanzfachleute die Vermögenswerte von Juden in Kriegsanleihen

verwandelten, verstießen sie formal nicht gegen die Enteignungsverbote etwa der französischen Verfassung oder der Haager Landkriegsordnung. Vordergründig schichteten sie die Werte einfach um und machten die Juden zu Gläubigern kriegführender und besetzter Staaten. Doch ermordeten die Deutschen diese Gläubiger in ihren Gaskammern. Was immer sich die Finanzfachleute unter der Deportation von Juden »zum Arbeitseinsatz im Ostraum« vorgestellt haben mögen, jedenfalls kalkulierten sie ein, dass die Menschen, die sie zwangsweise zu Kreditgebern gemacht hatten, auf Nimmerwiedersehen verschwanden. Damit wurden sie zu Interessenten und Nutznießern des Mordens. Betrachtet man die konkrete Politik der »Entjudung« in einzelnen Regionen Europas, dann ging – wie die Beispiele Frankreich, Rumänien oder Bulgarien zeigen – die konsequente Enteignung nicht zwingend mit der weitgehenden Ermordung einher. Politische Bedenken, der Kriegsverlauf und die Bereitschaft der nationalen oder örtlichen Gesellschaften oder auch nur Einzelner, den Verfolgten zu helfen, brachen die Vernichtungslogik verhältnismäßig leicht.

Die schon 1938 in Deutschland angewandte Technik der Kriegsfinanzierung mittels der staatlich verfügbaren Transformation von Privatvermögen in Staatsanleihen ist von denjenigen, die sich juristisch, moralisch oder historiographisch mit der Arierisierung beschäftigten, ignoriert worden. Das entsprach dem Willen der deutschen Führung, die den materiellen Nutzen des Raubes mit Stillschweigen übergehen wollte. Über die zwangsweise Umwandlung jüdischer Vermögenswerte in Kriegsanleihen

durfte nicht berichtet werden, konkrete Zahlen über die Erlöse blieben geheim. Stattdessen sollte die Judenverfolgung als rein ideologische Frage propagiert und aufgefasst werden. Die wehrlosen Opfer eines heimtückischen Massenraubmords sollten als nichtswürdige Feinde erscheinen. Auf einer vom Oberkommando der Wehrmacht verfassten Liste von 19 politischen und militärischen Problemen, die unter den Soldaten Unruhe auslösten und von den Offizieren mit möglichst einheitlichen Antworten pariert werden sollten, stand 1943 die Frage: »Haben wir uns in der Judenfrage nicht zu weit vorgewagt?« Die Antwort lautete: »Falsche Fragestellung! Nationalsozialistischer und weltanschaulicher Grundsatz – keine Diskussion!«^[908] Es besteht kein Grund, die Argumentationshilfe für nazistische Indoktrinatoren mit der geschichtlichen Faktenlage zu verwechseln.

Wie gezeigt werden konnte, wurde der Großteil des Geraubten in seiner materiellen Gestalt an Ort und Stelle übereignet. Erst dann floss der zu Geld gewordene Gegenwert auf kleineren oder größeren Umwegen in die deutschen Kriegskassen. Insofern ist es richtig und falsch zugleich, wenn sich durch die Akten der deutschen Wiedergutmachungskammern folgender roter Argumentationsfaden zieht: Nicht die deutsche Besatzungsmacht, sondern die jeweilige Regierung oder Verwaltung der besetzten oder verbündeten Länder habe die Juden enteignet. Auf der Grundlage dieses für sich genommen fast immer zutreffenden Faktums erging

regelmäßig und in Zehntausenden von Fällen der Gerichtsbeschluss: »Die Rückerstattungsansprüche werden zurückgewiesen. Die Entscheidung ergeht gerichtsgebühren- und auslagenfrei. Außergerichtliche Kosten werden nicht erstattet.«

Da die jüdischen Vermögen verkauft wurden, befriedigte die Prozedur zweierlei Bedürfnisse: Einmal konnten auf den Kapital-, Immobilien- und Trödelmärkten wie im Einzelhandel zusätzliche Waren angeboten und das überall stark angewachsene Bedürfnis nach Dingen des täglichen Bedarfs und nach Sachwerten befriedigt werden. Die dabei erzielten Einnahmen verbesserten die Kassenlage der besetzten und abhängigen Länder. Über verschiedene Umwege flossen die Gelder dann ganz oder teilweise in den deutschen Kriegshaushalt. Die Vermögenstransformation nutzte vielen: Oft wurden die Güter unter dem Preis verkauft, doch selbst wenn sie zu Marktpreisen den Besitzer wechselten, so wusste der Erwerber, wie wichtig es für seine materielle Zukunft war, in unsicheren Zeiten möglichst viel von dem inflationsgefährdeten Geld in nützliche Dinge des Alltags und in dauerhafte Sachwerte zu verwandeln.

In den besetzten Ländern fielen den Deutschen jene Verkaufserlöse, die in die Staatskassen flossen, vollständig zu. Das kann deshalb uneingeschränkt gesagt werden, weil sämtliche Zusatzeinnahmen dieser Staaten in den Besatzungskostenhaushalt gingen. In den verbündeten Ländern, die sich selbst am Krieg beteiligten, war es nur der Prozentsatz, den der von den Deutschen erzwungene Kriegskostenbeitrag an der Neuverschuldung des Landes ausmachte. In Rumänien handelte es sich nach dem

Ergebnis des zitierten Blessing-Gutachtens im September 1941 um gut 41 Prozent . Dieser Anteil des in Rumänien enteigneten jüdischen Eigentums floss in deutsche Kassen und Taschen.

Dennoch war das Verfahren auch für die Politiker der besetzten Länder – etwa in Griechenland, in Frankreich oder zuletzt in Ungarn – attraktiv. Die Deutschen verlangten erdrückende und letztlich ruinöse Besatzungskosten. Im Gegenzug boten sie an, gemeinsam einen Dritten zu berauben und verschwinden zu lassen – nämlich die Juden –, um die Last zu mindern. Dieser Zusammenhang wird selbst in der neueren Literatur zur Arisierung und auch in den oft sehr detaillierten Berichten nationaler Historikerkommissionen zur Expropriation der Juden regelmäßig übersehen. Den Zeitgenossen war er durchaus geläufig. So analysierte die Neue Zürcher Zeitung am 3. August 1944: »Bei der Arisierung jüdischer Unternehmen [in Ungarn] ist der behördlich festgesetzte Kaufpreis sofort in bar zu bezahlen, was zeigt, dass die Aktion wie seinerzeit in Deutschland eine gewisse fiskalische Bedeutung (Erleichterung der Kriegsfinanzierung) besitzt.«^[909]

Die Frage, wie hoch die deutsche Ausbeute aus der Liquidierung jüdischer Vermögen während des Zweiten Weltkriegs insgesamt gewesen ist, lässt sich derzeit nur unbefriedigend grob beantworten. Es empfiehlt sich, eine später anzustellende genauere Kalkulation auf den von Helen B. Junz (Where did all the money go? Pre-Nazi Era Wealth of European Jewry) erarbeiteten methodischen Grundlagen fortzuführen. Das dort im Hinblick auf die

Arisierung für einige Länder Europas begonnene Rechenwerk müsste mit den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung konfrontiert und entsprechend ausgebaut werden. Vorläufig lässt sich nur sagen: Einschließlich der im Deutschen Reich noch nach dem 1. September 1939 erzielten Arisierungserlöse werden es zwischen 15 und 20 Milliarden Reichsmark gewesen sein, die aus Besitztümern der europäischen Juden stammten und in Form von Geld in die deutsche Kriegskasse gelenkt wurden.

Da in die Löhnung deutscher Soldaten überall im besetzten Ausland mal kleine, mal größere Geldströme aus verwertetem jüdischem Vermögen einfließen, wurde die nach Köln versandte Butter oder der ärmellose Pulli aus Antwerpen und jede einzelne Zigarette zu einem mehr oder weniger geringen Anteil auch mit den Hinterlassenschaften der enteigneten und ermordeten Juden bezahlt. Dasselbe gilt für Lebensmittellieferungen aus den besetzten und abhängigen Ländern. Auch sie wurden anteilig mit dem Geld bezahlt, das im Herkunftsland – Frankreich, Holland, Rumänien, Serbien oder Polen – aus der Verwertung jüdischer Vermögen erwirtschaftet wurde. Kam die Butter für deutsche Familien aus der Schweiz, dann war sie ebenfalls zu einem Bruchteil aus der Gold- und Devisenbeute bezahlt worden, die aus den Vernichtungslagern stammte. Betrachtet man die Ausbeutung der jüdischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, dann fließen seit 1940 an die 50 Prozent ihres Lohnes in die Staatskasse und von dort als kleiner Bestandteil in die Unterhaltszahlung an deutsche Frauen und Kinder, selbstverständlich auch in die

Waffenproduktion. Das System war zum allgemeinen deutschen Vorteil angelegt. Am Ende hatte jeder Herrenmensch – und das waren nicht allein irgendwelche NS-Funktionäre, sondern 95 Prozent der Deutschen – Anteile von dem Geraubten in Form von Geld in der Tasche oder als importierte, im besetzten Ausland mit geraubtem Geld und Gold bezahlte Lebensmittel auf dem Teller. Bombenopfer trugen Kleider der Ermordeten und atmeten in deren Betten auf, dankbar, noch einmal davongekommen zu sein, dankbar auch dafür, dass Staat und Partei so schnell geholfen hatten.

Der Holocaust bleibt unverstanden, sofern er nicht als der konsequenteste Massenraubmord der modernen Geschichte analysiert wird.

Kriegseinnahmen 1939–1945

In den vorangegangenen Kapiteln mussten viele Haushaltszahlen dargelegt werden, ebenso Beträge, die für einzelne Ausbeutungsschritte stehen, Bilanzen, Quoten, Steuersätze und ähnliches. Nach allem interessiert das Gesamtergebnis. Deshalb soll auf den folgenden Seiten versucht werden, die Struktur der deutschen Kriegseinnahmen zu skizzieren und zwei Fragen zu beantworten:

1. Wie verhielt sich der Anteil der laufenden Kriegseinnahmen, die von Deutschen aufgebracht wurden, zu dem Anteil, der aus dem besetzten und verbündeten Europa herausgeholt wurde? 2. Wie verteilte sich die von den Deutschen aufgebrachte Restlast zwischen den

einzelnen Kategorien der Steuerzahler?

Die folgende, überschlägige Gesamtrechnung der von den Deutschen erzwungenen Kriegskontributionen aus dem europäischen Ausland stützt sich im Wesentlichen auf vier verhältnismäßig spät entstandene – von Beamten der Reichsbank und des Reichsfinanzministeriums verfasste – Dokumente. Sie dienen als Grundlage für die wichtigsten Daten, die dann aus anderen Quellen oder mittels plausibler Schätzungen – etwa für die letzten Kriegsmonate – ergänzt werden. Am Ende steht eine Gesamtkalkulation der extern erzielten Kriegseinnahmen, die sich mit den von Willi Boelcke errechneten Grunddaten weitgehend deckt.

Da die deutsche Seite beabsichtigte, die so genannten Clearingvorschüsse der besetzten (und verbündeten) Länder nicht zurückzuzahlen, sondern mit fiktiven äußeren Besatzungskosten zu verrechnen, verbuchten schon die Berater Görings diesen Teil der Kriegsschulden ohne Umschweife als Einnahmen. Das entsprach insofern der Realität, als das Deutsche Reich in Höhe der Clearing-»Vorschüsse« bereits Waren und Dienstleistungen aus den fraglichen Ländern bezogen hatte. Ferner machten die Haushälter des Reiches keinen Unterschied zwischen den Kontributionen unterworfenen und den Kriegskostenbeiträgen verbündeter Länder, sondern verbuchten sie generell als Einnahmen aus Besatzungskosten. Auch dieses Prinzip wird für die folgende Tabelle übernommen. Die Erläuterungen dazu und die Charakteristik der Quellen finden sich in der

Fußnote.^[910]

Um übertriebene Angaben zu vermeiden, werden die einzelnen Positionen so angesetzt, dass dem jeweiligen Minimalbetrag der Vorrang gegeben wird. Bei der Lektüre der folgenden Tabelle muss man sich stets in Erinnerung rufen, dass die Zahlen über die finanzielle Ausbeute nur einen Teil der Kriegsschäden enthalten, die das Deutsche Reich dem besetzten und abhängigen Europa zufügte.

Einnahmen aus dem besetzten und abhängigen Ausland 1939-1945

	Besatzungskosten 31. 3./31. 8. 44	Clearing 31. 8. 44	Insges. 30. 4. 45	
Belgien	5,31	4,99	11,00	Mrd.RM
Bulgarien	0,35	0,82	1,17	
Dänemark	2,40	1,41	3,50	
Frankreich	31,60	8,54	40,14	
Generalgouv.	1,49	4,12	5,50	
Griechenland	0,50	0,24	1,00	
Italien	5,19	0,15	10,00	
Kroatien	0,19	1,05	1,20	
Niederlande	9,29	5,59	14,50	
Norwegen	5,04	0,14	7,00	
Protektorat	2,31	2,43	5,00	
Rumänien		1,13	3,00	
Schweiz		0,65	0,65	
Serbien	0,31	0,51	1,00	
Slowakei	0,03	0,80	0,80	
Spanien		0,11	0,11	
Sowjetunion	4,50	0,54	5,40	
Ungarn	1,00	1,35	2,50	
Beute	1,00		1,00	
Zwischensumme			114,47	
+ Donner-Faktor			17,16	
Gesamtleistung			131,63	

Der Begriff Donner-Faktor in der vorletzten Zeile der Tabelle muss erklärt werden. Betrachtet man die Aufstellung, so zeigt sich auf den ersten Blick, dass die Positionen »Sowjetunion« und »Beute« deutlich zu niedrig angesetzt sein müssen. Das sah 1944 auch Otto Donner so, der finanzpolitische Berater Görings. Deshalb schlug er »für statistisch nicht messbare Leistungen« einen Faktor vor, den er auf 9 bis 18 Prozent der Gesamtsumme schätzte. In Anbetracht des in den vorangehenden Kapiteln Dargelegten setze ich die nicht erfassten Lieferungen und Dienste des deutsch beherrschten Europa mit 15 Prozent der errechneten Gesamtsumme an. Das bewegt sich im Rahmen, wenn auch im oberen Drittel, der Annahme von 1944. Daher spreche ich vom – meiner Meinung nach niedrig gegriffenen – Donner-Faktor.

Der so errechnete Gesamtbetrag ist immerhin neunmal höher als das reguläre Steueraufkommen des Großdeutschen Reichs im letzten Vorkriegsjahr. Doch bildet er nur einen Teil – wenn auch den größeren – der zwischen 1939 und 1945 auf räuberischer Basis erlangten externen Einnahmen. Dazu zählen zumindest noch die unmittelbaren Lohnsteuerzahlungen der Zwangsarbeiter, ebenso deren Beiträge zu den Sozialversicherungen und die Subventionierung der Landwirtschaft mit Hilfe von Zwangsarbeit. Die aus dem Ostarbeiter-Sparen und den vorgetäuschten Lohntransfers an die Familienangehörigen gewonnenen Allgemeinen Verwaltungseinnahmen sind, wie zahlreiche ähnliche Zuflüsse^[911], ebenfalls zu den auf Kosten fremder Länder akquirierten Haushaltsmitteln zu addieren.

Eine einigermaßen genaue Aufgliederung des Haushaltspostens Allgemeine Verwaltungseinnahmen konnte ich nicht finden. Doch lassen sich überschlägige Aussagen anhand einer Bilanz treffen, die das Statistische Büro des Reichsfinanzministeriums im Jahr 1944 erarbeitete. Von den Rohdaten müssen erstens die dort verbuchten Kontributionen des Generalgouvernements und des Protektorats Böhmen und Mähren abgezogen werden, da ich sie in der vorherigen Tabelle schon als ausländische Kontributionen angeführt habe. (Demgegenüber betrachten die NS-Statistiker die polnischen und tschechischen Gebiete als inländische Einnahmequellen.) Zweitens werden die an das Reich abgeführten, im Krieg deutlich gestiegenen Gewinne der Reichspost, der Reichsbahn und der Reichsbank vollständig als innere Einnahmen eingestuft.^[912] Nicht als zusätzliche Kriegseinnahme wird der Kriegsbeitrag der deutschen Länder und Gemeinden an die Reichskasse gewertet. Insgesamt handelte es sich dabei um etwas mehr als zehn Milliarden Reichsmark, die, da im Krieg nicht in kommunale Bauten investiert werden konnte, in die Reichskasse umgeleitet wurden. Als zusätzliche, die öffentliche Stimmung beeinflussende Kriegslast fiel dieser Betrag nicht ins Gewicht.

Zieht man die genannten Positionen von den Allgemeinen Verwaltungseinnahmen ab, ergibt sich ein Betrag, den die Statistiker des Finanzministeriums nebulös genug als »übrige Einnahmen« führten. Es fragt sich nun, welcher Teil davon als einigermaßen redlich vereinnahmt gekennzeichnet werden kann. Da mir dafür keinerlei

Angaben vorliegen, gehe ich von den »übrigen Einnahmen« in den ordentlichen Haushalten von 1938 und 1939 aus. Infolge der Arisierung, der »Judenbuße« und der Einmärsche in Österreich, in Böhmen und Mähren wie schließlich in Polen fielen die Zusatzeinnahmen, die mit systematischem Raub in Zusammenhang standen, in beiden Jahren schon relativ hoch aus. Allenfalls stammten 1,5 Milliarden Reichsmark pro Jahr aus Quellen, die als redlich eingestuft werden können. Schreibt man den Betrag für 5 ½ Kriegsjahre fort, dann kann angenommen werden: In der Haushaltsposition Allgemeine Verwaltungseinnahmen/Übrige Einnahmen stammten etwa 8,25 Milliarden Reichsmark aus regulären innerdeutschen und der Rest aus externen – also mit räuberischer Gewalt herbeigeschafften – Einnahmen. Die in die folgende Tabelle aufgenommene Schätzung für 1944/45 ist wegen der Gebietsverluste niedrig gehalten, vermutlich aber deutlich zu niedrig.

Allgemeine Verwaltungseinnahmen/Übrige Einnahmen

	ordentlicher Haushalt	außerordentlicher Haushalt	Summe	
1938	2927,5	-	2927,5	Mio. RM
1939	3410,7	310,8	3721,5	
1940	2980,1	1480,2	4460,3	
1941	3939,8	1928,2	5868,0	
1942	4169,5	2443,0	6612,5	
1943	4744,1	3222,6	7966,7	
1944 und 1945			<u>4000,0</u>	
Summe ohne 1938			32629,0	
»redliche Einnahmen« 1939-1945			<u>- 8250,0</u>	

Einnahmen aus Geraubtem	24379,0
-------------------------	---------

Aufgerundet kann man also extern gewonnene, auf Raub beruhende Zuflüsse von etwa 24,5 Milliarden Reichsmark in Rechnung stellen, die der Reichsfinanzminister als Allgemeine Verwaltungseinnahmen verbuchte. Darin enthalten sind die Gutschriften für die Überweisungen ausländischer Zwangsarbeiter an ihre Familien, ebenso die etwa vier Milliarden Reichsmark, die den deutschen Juden nach 1939 weggenommen wurden, außerdem die Beträge, die der Militärbefehlshaber in Belgien aus Arierisierungserlösen abführte, die in Reichsmark bezahlten Einkäufe deutscher Firmen im deutsch beherrschten Ausland und vieles mehr.

Addiert man die Einnahmen aus der Zwangsarbeit und den Allgemeinen Verwaltungseinnahmen zu den Einnahmen aus direkten Kontributionen, Clearing-»Vorschüssen« und den Kriegskostenbeiträgen der Verbündeten, ergibt sich folgendes Gesamtbild:

Externe Kriegseinnahmen

Besatzungskosten plus Clearing (Übertrag)	131,50	Mrd. RM
Erträge aus Zwangsarbeit, soweit nicht unter Allg. Verwaltungseinnahmen erfasst (einschließlich Sozial-Versicherung und indirekte Agrarsubvention)	12,00	
Allg. Verwaltungseinnahmen (Übertrag)	<u>24,50</u>	
Summe der externen Kriegseinnahmen	168,00	

Für einige Milliarden Reichsmark enthält die Bilanz des Raubes Doppelbuchungen, die auf die zeitgenössischen Haushaltsrechnungen zurückgehen. Sie entstanden, weil die Ergebnisse des sorgsam organisierten Staatsraubes in

bestimmten Fällen zweifach bezahlt wurden: Im Einkauf wurden die Güter aus den Besatzungskostenhaushalten bezahlt, dazu mussten diese entsprechend erhöht werden – also flossen dem Reichsfiskus beispielsweise französische Francs zu. Beim Verkauf der so erworbenen Produkte entstanden abermals Einnahmen, da die deutschen Verbraucher und Weihnachtseinkäufer wieder bezahlten. Dasselbe gilt auch für Unternehmer, die ausländische Rohstoffe, Maschinen und Halbfabrikate erwarben, um daraus Kanonen, Flugzeuge oder Lastwagen zu fertigen. Da die deutschen Käufer keinerlei Nachteil erlitten, sondern zu den Profiteuren solcher Schwindelgeschäfte gehörten, werden die fiskalischen Ergebnisse insgesamt den »externen Einnahmen« zugerechnet.

Andererseits enthält die hier errechnete Summe der externen Kriegseinnahmen einige Positionen nicht. Zum einen werden aus den deutschen Unternehmen- und Unternehmersteuern – mangels statistischer Grundlage – nicht diejenigen Steueranteile herausgerechnet, die auf dem Produktionsfaktor Zwangsarbeit beruhten, auf geraubten Fabriken, Rohstoffen und Halbfabrikaten. Darüber und über Einwände gegen einzelne der vorstehenden Zahlen und Schätzungen lässt sich diskutieren, doch verändert sich deswegen das Gesamtbild nicht.

Fest steht, dass das Deutsche Reich von den laufenden Kriegseinnahmen, konservativ gerechnet, rund 170 Milliarden Reichsmark aus ausländischen Quellen hereinholte. Das entsprach dem Zehnfachen der Reichseinnahmen im Jahre 1938 und würde heute etwa 1,7 bis 2 Billionen Euro ausmachen. Diese Politik der

Ausplünderung bildete die Grundlage für das Wohlergehen und die in erster Linie materiell begründete politische Loyalität der Deutschen. Die Einheit zwischen Volk und Führung bezog ihre verhängnisvolle Stabilität nicht hauptsächlich aus einer raffinierten ideologischen Propaganda; vielmehr wurde sie mit den Mitteln des Raubes hergestellt und mit der sozialpolitisch »gerechten« Umverteilung der Beute zwischen den deutschen Volksgenossen.

Ermittelt man das Verhältnis von inneren und äußeren Kriegseinnahmen, dann muss die Grundlast ziviler Normalausgaben selbstverständlich unbeachtet bleiben. Sie zählt in keiner Weise zu den Kriegslasten, um die es hier ausschließlich geht, wird mit jährlich 20 Milliarden Reichsmark für das Großdeutsche Reich angesetzt und schließt den normalen Staatsbetrieb, die sozialpolitischen Grundlasten und eine Verteidigungsarmee ein. Auf diesem Weg gelangt man zu dem bemerkenswert geringen Betrag von rund 77 Milliarden Reichsmark, den der Reichsfiskus als innere Kriegseinnahme ansah und die ihm aus direkten wie indirekten Steuern im Verlauf des Zweiten Weltkriegs zufließen. Davon müssen die bereits diskutierten Beträge abgezogen werden: die Lohnsteuereinnahmen aus Zwangsarbeit, die Kontributionen des Generalgouvernements und des Protektorats Böhmen und Mähren, sowie der räuberisch erworbene Anteil in dem Haushaltsposten Allgemeine Verwaltungseinnahme. Das führt zu folgendem Ergebnis:

Gesamte Kriegseinnahmen im Reich

Ohne Lohnsteuereinnahmen aus Zwangsarbeit	70,50 ^[913]	Mrd. RM
Allg. Verwaltungseinnahmen (redlicher Anteil)	8,25	
Gewinne von Reichssbank, -post und -bahn	<u>4,25</u>	
Summe	84,00	

In der vorstehenden Aufstellung wurde für die im Ausland erbeuteten und inkorporierten Werte stets das Minimum angenommen, für den genuin deutschen Teil der Kriegsteuereinnahmen stets das Maximum. Folglich lässt sich feststellen, dass der deutsche Anteil an den laufend zu bezahlenden Kriegslasten höchstens ein Drittel, der ausländische mindestens zwei Drittel ausmachte.

Vom inländischen Steueraufkommen zahlten die schlecht und mäßig Verdienenden (zwei Drittel der Einkommensbezieher) den Anteil, der auf den Kriegszuschlag für Tabak, Bier und Schaumwein entfiel: Das waren insgesamt etwa 12 Milliarden Reichsmark, also 16 Prozent des inländischen Aufkommens an Kriegssteuern. Hinzu lassen sich die Einnahmen rechnen, die aus der Extensivierung der Lohnarbeit entstanden und sich in einem nicht aus Zwangsarbeit resultierenden Plus der Haushaltszuflüsse aus Lohnsteuern niederschlugen. Andererseits sank die Lohnsteuerlast für den einzelnen Lohn- und Gehaltsbezieher, da die Zuschläge für Überstunden, wie für Nacht- und Feiertagsarbeit vom Herbst 1940 an steuerfrei gestellt waren. Demgegenüber stiegen die Einnahmen aus der Einkommen-, Körperschaft- und Gewinnsteuer dramatisch an. Im Jahr 1939 betrugen die Staatseinnahmen aus der Lohnsteuer 2,6 Milliarden Reichsmark, die aus der veranlagten Einkommensteuer der

Selbständigen 4,4 Milliarden. Nimmt man von der letztgenannten Zahl an, dass die Einnahmen aus der Einkommensteuer im Jahr 1939 etwa vier Milliarden betragen hätten, falls es sich noch um ein volles Friedensjahr gehandelt hätte, dann ergibt sich: Zwischen September 1939 und Anfang 1945 bezog die deutsche Kriegskasse mindestens 16 Milliarden Reichsmark aus der zusätzlichen Besteuerung der persönlichen Einkünfte von Selbständigen. Die Kriegszuschläge auf die Körperschaftsteuer können mit etwa 12 Milliarden Reichsmark angesetzt werden. Hinzuzurechnen sind Einnahmen aus den Steuern für Kriegsgewinne, zumindest vier Milliarden Reichsmark, und die Einnahmen aus der Hauszinssteuer von acht Milliarden Reichsmark. Insgesamt geht es um einen Betrag von mindestens 40 Milliarden, den die wohlhabenden Deutschen im Zweiten Weltkrieg aufzubringen hatten.[914]

Von den laufenden Kriegseinnahmen des Reiches brachten die deutschen Klein- und Durchschnittsverdiener – das waren einschließlich der Familien etwa 60 Millionen Menschen – allenfalls zehn Prozent auf. Die besserverdienenden Deutschen trugen etwa 20 Prozent, während Ausländer, Zwangsarbeiter und Juden rund 70 Prozent der Haushaltseinnahmen aufzubringen hatten, die der Krieg auf deutscher Seite täglich verschlang. Auf dem Boden einer solchen doppelten, rassen- wie klassenbewusst organisierten Vorteilsnahme ließen sich die Masse der Deutschen bis weit in die zweite Kriegshälfte hinein bei Laune halten. Die verbrecherische Kehrseite ihres sozial- wie rassenimperialistisch gespeisten und zudem

kriegssozialistisch versüßten Wohllebens verdrängten sie dauerhaft.

Am Ende bleiben zwei klare Einsichten: Erstens wurden mindestens zwei Drittel der deutschen Kriegseinnahmen aus ausländischen und »fremdrassigen« Ressourcen aufgebracht; zweitens teilte sich das verbliebene Drittel in Deutschland zwischen den sozialen Schichten extrem unterschiedlich auf: Ein Drittel der Steuerpflichtigen trugen mehr als zwei Drittel der von deutschen Staatsbürgern aufgebrauchten laufenden Kriegseinnahmen, während sich die große Mehrheit den kleinen Rest teilte.

Stellte man die Kriegssteuerlasten gegenüber, die einerseits auf klassische Lohnarbeiter und andererseits auf die Unternehmer entfielen, wäre der Unterschied noch wesentlich deutlicher. Wie in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt wurde, hatte die durchschnittliche deutsche Arbeiterfamilie bis zum 8. Mai 1945 keine direkten Kriegsteuern zu bezahlen. Die indirekten, auf Bier und Tabakwaren erhobenen Konsumsteuern wurden mit Hilfe der ungewöhnlich reichlichen Zahlungen für den Unterhalt der Soldatenfamilien und den Soldzahlungen an die Soldaten selbst über die Maßen kompensiert. Im allgemeinen verfügte die übergroße, damals noch ziemlich knapp bemittelte Mehrheit der Deutschen im Krieg über mehr Geld als in den letzten Friedensjahren.

Im vorstehenden Abschnitt war von den laufenden Kriegseinnahmen die Rede. Sie deckten bis zum August etwa die Hälfte der tatsächlichen Kriegsausgaben. Der Rest wurde im wesentlichen auf der Basis von Krediten finanziert. Wie diese Kredite auf dem deutschen Kapitalmarkt beschafft wurden und wie die Rückzahlung

dieser Schulden nach einem Siegfrieden auf die unterworfenen Völker abgewälzt werden sollte, wird im folgenden Kapitel erklärt.

Spekulative Politik

Geräuschlos und illusionär

Auch wenn das Verhältnis zwischen Einnahmen und Kreditaufnahme im Zweiten Weltkrieg um vieles günstiger stand als im Ersten, so musste der Reichsfinanzminister doch erhebliche Kriegskredite im Inland aufnehmen. Das geschah in einer Weise, die man in Fachkreisen »geräuschlose«, manchmal auch »unsichtbare« Finanzierung nannte. Anders als 1914/18 bedeutete sie den Verzicht, im Volke für langfristige Kriegsanleihen zu werben. Stattdessen wurden die kurzfristig fälligen Sparguthaben mit Hilfe der Kreditinstitute direkt beliehen, und zwar ohne konkreten Rechts- und Zustimmungsakt – hinter dem Rücken der Sparer.

Die Sparkassen, Bausparkassen und Genossenschaftsbanken, die Lebensversicherungsanstalten wie die Geschäftsbanken verwandelten sich unter der Hand, und übrigens schon seit 1936, in Kapitalsammelstellen des Staates. Dasselbe galt für die Rentenversicherungsträger, die damals noch über erhebliche Rücklagen verfügten. Ohne sichtbare Gegenwehr ließen sich Banker dafür einspannen, die Schuldpapiere des Reiches in ihre Portefeuilles zu nehmen. De facto legten sie die – zumeist kurzfristig fälligen – Gelder ihrer Sparer auf diese Weise langfristig an. Der Erfolg der geräuschlosen Finanzierungstechnik hing vom Schein der Freiwilligkeit ab. Folglich war der Presse schon

im Januar 1940 untersagt worden, die Möglichkeit des Zwangs- und Kriegssparens zu erörtern.^[915] Eine solche Gesetzesvorschrift wurde deshalb als »völlig verkehrt und politisch untragbar« angesehen, weil »dem Arbeiter zumindest der Eindruck erhalten« bleiben sollte, »dass er hinsichtlich der Verfügungsgewalt über sein Lohneinkommen unbeschränkt« sei, und der Staat nicht beabsichtige, »ihm in irgendeiner Form noch etwas abzunehmen«.^[916] Görings finanzpolitischer Berater, Otto Donner, feierte das System als geschlossenen Kapitalkreislauf, der darauf beruhe, dass »die Einkommensempfänger die legal nicht verwendbaren Einkommensbeiträge zur Bank tragen und die Kreditinstitute dieses Geld gegen die Hereinnahme von Schatzwechseln an den Finanzminister weiterreichen«.^[917]

Mit der »geräuschlosen« Umwandlung der etwa 40 Millionen deutschen Sparbücher und vieler Millionen andersartiger Sparguthaben in Schuldpapiere des Reiches flossen die Gelder kontinuierlich in die Reichshauptkasse und wurden dort buchstäblich verpulvert.^[918] Im Vorangegangenen wurde beschrieben, wie vorhandenes Geld vor allem von Wehrmachtsoldaten in den besetzten Gebieten in Waren und Güter getauscht wurde; so konnte das in Deutschland gestörte Gleichgewicht von Warenangebot und flüssigem Geld partiell ausgeglichen werden. Dennoch verblieb ein erheblicher Rest, der gespart werden sollte. Um den Sparwillen aufrechtzuerhalten, bedurfte es rigider Lohn- und Preiskontrollen. Außerdem musste der Schwarzmarkt im Inland möglichst effizient unterbunden werden.

Das Verfahren betraf im Übrigen nicht nur deutsche Klein- und Großsparer. Wo es nur ging, zwangen die Bankkommissare des Reichs den Kreditapparaten einzelner besetzter Länder deutsche Staatspapiere auf, die der Finanzierung des Krieges dienten. So hatten am Ende auch die tschechischen Geldinstitute mehr als 70 Prozent ihrer Einlagen in deutschen Kriegsanleihen angelegt.^[919] In Frankreich wurden, wie dargestellt, Bankeinlagen, die als Feindvermögen galten, in Schatzanweisungen umgewandelt, die der französische Staat auflegen musste, um die deutschen Besatzungskosten zu decken.^[920] Da die riesigen Kontributionen der besetzten Länder zum erheblichen Teil in Gestalt von landeseigenen Staatspapieren aufgebracht werden mussten, unterlagen die Zentralbanken und Finanzverwaltungen dem Zwang, den nationalen Geldmarkt sehr weitgehend der deutschen Kriegsfinanzierung dienstbar zu machen. Das zu organisieren, gehörte zu den wichtigsten Aufgaben des deutschen Kommissars bei der jeweiligen Nationalbank.

Diese Art der Finanzwirtschaft begann am 12. September 1939 noch mit einer förmlichen Verordnung über einen Nachtragshaushalt für das Rechnungsjahr 1939. Damit wurde der Reichsfinanzminister ermächtigt, für Kriegszwecke »einen Betrag bis zu 15 Milliarden Reichsmark im Wege des Kredits zu beschaffen«.^[921] 1945 war das Reich bei den deutschen Banken mit 110 Milliarden verschuldet, bei den Sparkassen mit 54 und bei den Versicherungen mit 25 Milliarden Reichsmark.^[922] Daneben bestanden

buchhalterisch 33 Milliarden schönfärberisch als Clearingschulden bezeichnete Verbindlichkeiten. In Wirklichkeit handelte es sich dabei um längst verlorene Lieferkredite, die im Fall eines deutschen Sieges auf die besetzten und verbündeten Staaten abgewälzt worden wären und im Fall der deutschen Niederlage ohnehin als verloren angesehen werden mussten. Die restliche Reichsschuld bestand – gegen Kriegsende rapide zunehmend – als ungedeckte Schuld bei der Reichsbank, wie sich das haltlose Gelddrucken fachmännisch umschreiben lässt.

Das System funktionierte tatsächlich lautlos, das war sein Vorzug. Doch ließ es die Staatsfinanzen in einen prekären Zustand rutschen, da der Anteil, der sich aus einer »schwebenden« – nicht in langfristigen Anleihen fundierten – Staatsschuld zusammensetzte, ständig wuchs. Schließlich verfügten »die breiten Schichten der Bevölkerung«, wie ein Finanzexperte 1944 bedrohlich ausmalte, »über hohe Milliardenbeträge täglich fälliger Guthaben oder gar Banknoten, die sie gewissermaßen zu jeder Stunde auf den Markt loslassen« konnten.[923]

Im Gegensatz dazu finanzierten Großbritannien und die Vereinigten Staaten den Krieg weitgehend mit langfristigen Kriegsanleihen. Das geschah mit volkstümlichen »robusten Propaganda-Methoden«, zum Beispiel mit den Wings-for-Victory-Weeks in Großbritannien, mit glänzenden Plakataktionen für die sieben großen Kriegsanleihen in den USA: »And now all together«. Sie sprachen jeden an, propagierten den Kampf

für die Freiheit, forderten den materiellen Rückhalt für die Soldaten. Das berühmte War-Bond-Concert, das Arturo Toscanini, Vladimir Horowitz und das NBC-Symphonie-Orchester am 25. April 1943 gaben und das die New Yorker Carnegie Hall bis zum letzten Stehplatz füllte, brachte binnen zwei Stunden elf Millionen Dollar. Man spielte Tschaikowskys Klavierkonzert Nr. 1.

Ende 1942 entfielen in Großbritannien von 4,6 Milliarden Pfund, die in den Anleihenkampagnen bis dahin aufgebracht worden waren, stattliche 1,7 Milliarden auf kleine Sparer.^[924] Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl, hätten die deutschen Kleinverdiener bis dahin Reichskriegsanleihen im Wert von 23,5 Milliarden Reichsmark zeichnen und die NS-Führer insgesamt langfristige Anleihen im Wert von 61 Milliarden auf dem deutschen Effektenmarkt unterbringen müssen. Von einer solchen – materialisierten – Massenzustimmung konnte Hitler nicht einmal träumen. Unvorstellbar, dass Wilhelm Furtwängler, Edwin Fischer und die Berliner Philharmoniker im April 1943 Beethovens Fünftes Klavierkonzert aufgeführt hätten, um damit Reichskriegsanleihen für Nachtjäger, Sturmgewehre und schwere Artilleriegeschütze einzuwerben.

Der Krieg wie die Siegesgewissheit ruhten in Großbritannien und in den USA auf einer breiten, bewusst aktivierten gesellschaftlichen Basis. Nicht so in Deutschland. Entgeistert fragte sich Anfang 1943 der Wirtschaftswissenschaftler Bernhard Benning: »Warum sind wir nun in Deutschland, wo wir, was Propaganda anlangt, doch nicht zurückzustecken brauchen, so

abstinent geblieben?«^[925] Dasselbe lässt sich für die breitenwirksamen Steuern konstatieren, die in Großbritannien schnell und deutlich anstiegen, gepaart mit einer kontrollierten, die Finanzprobleme erleichternden Kriegsinflation. Während in Großbritannien die Einnahmen aus Steuern und Abgaben im Zweiten Weltkrieg um 336 Prozent anstiegen, stiegen sie in Deutschland um 196 Prozent.

Bedenkt man, dass die Steigerung im Reich zu einem erheblichen Teil aus annektierten Gebieten, aus der Ausbeutung von Zwangsarbeit und aus Allgemeinen Verwaltungseinnahmen stammten, die auf der Basis von Enteignung, betrügerischen Finanzmanipulationen und Völkermord erwirtschaftet wurden, dann kann man ohne weiteres annehmen, dass die Steuerlast in Großbritannien im Vergleich zu Deutschland um mehr als das Doppelte stieg. Dazu gehört – im scharfen Gegensatz zu Deutschland – auch, dass die Einnahmen aus Steuern und Abgaben in Großbritannien zu 85 Prozent von denjenigen stammten, die 500 Pfund und weniger pro Jahr verdienten.

^[926]

Im Oktober 1942 erregte sich ein leitender Reichsbankbeamter über die Tatenlosigkeit der deutschen Regierung, weil er den »hoffnungslosen Verfall« der Reichsmark befürchtete. Nicht ohne Respekt verwies er auf die Engländer, die »den Inflationsgefahren durch allmähliches, aber konsequentes Anziehen der Steuerschraube mit beachtlichem Erfolg entgegengetreten sind, ohne dass ihre Wirtschaft dadurch geschädigt wurde oder sonstige Nachteile aufgetreten sind«.^[927]

Die deutsche Finanztechnik entsprach der Strategie des Blitzkriegs. Sie stand und fiel mit dem schnellen Erfolg. Im Vergleich zum Ersten Weltkrieg, so räsionierte Reichsbank-Vizepräsident Puhl Ende 1942, führe das derzeitige Vorgehen zu einem sehr ernsten »Gefahrenpunkt«, weil es »mit einer Verlagerung des Währungsproblems der Kaufkraftabschöpfung auf das Kriegsende« buchstäblich »erkauft« werde.^[928] Zum Zeitpunkt dieses Statements zeichnete sich in Stalingrad die Niederlage ab. Ein derartiges Ereignis musste die Methode der geräuschlosen Kriegsfinanzierung erschüttern. Die NS-Regierung hatte sie unter tätiger Mithilfe des gesamten öffentlichen und privaten Kreditmanagements als betrügerischen Schwindel angelegt, der nur dann nicht auffliegen würde, wenn er rechtzeitig mit einem lukrativen Siegfrieden gedeckt würde. Der Sieg musste zu einem Ergebnis führen, mit dem sich die schwebenden Konsumansprüche im Inland befriedigen und die Kriegsschulden tilgen lassen konnten. Je länger der Krieg dauerte, je mehr Geld er fraß, desto gewaltiger musste die Beute ausfallen, desto unmenschlicher mussten nach dieser Logik die Unterworfenen behandelt werden.

Innenpolitisch betrachtet, offenbart sich in der Technik der geräuschlosen Kriegsfinanzierung ein machttaktisches Charakteristikum. Die nationalsozialistischen Führer vermieden die offene Abstimmung über den Krieg, denn nichts anderes hätte die Emission langfristiger Kriegsanleihen und deren möglicherweise zögerliche oder gar stockende Zeichnung bedeutet. »Da Hitler nicht

wünschte«, so schrieb ein aktiv beteiligter Wissenschaftler später, »dass die Finanzierung des Reiches in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, untersagte er sowohl in der Aufrüstungsperiode als auch im Kriege die öffentliche Auflegung von Anleihen.« Ihm fehlte, um es mit den 1944 von Ludwig Erhard zwar vorsichtig, doch eindeutig gemünzten Worten zu sagen, die Statur, »dem Volk die Schwere des erforderlichen Opfers« bewusst zu machen, und »der Mut zur Verantwortung«. Hitler neigte zum »Versteckspielen« und »Verschleiernwollen«.[929] Seine Furcht vor einer ernsthaften materiellen Zumutung an die Deutschen entsprach dem Verhalten seines Verbündeten Mussolini. Auch der Duce hatte sich, so urteilten 1944 ausgerechnet die deutschen Besatzer, »niemals entschließen können, durch eine Anleihe das Vertrauen der Bevölkerung zu erproben«.[930]

Die NS-Regierung scheute das Risiko, die Deutschen auch nur annähernd über die Kosten des Krieges aufzuklären. Sie verknüpfte das früh mit der nicht ungewöhnlichen, in Deutschland habituell gewordenen Bereitschaft der Geführten, im schönen Schein finanzieller Schonung zu leben. Anders als Churchill konnte Hitler zu keinem Zeitpunkt eine Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede riskieren. Niemals sah sich der bejubelte, scheinbar omnipotente Diktator in der Lage, von seinem Volk offen zu fordern, ihm das Ersparte auf fünf, zehn oder gar 20 Jahre als Anleihe für eine angeblich glänzende Zukunft anzuvertrauen. So betrachtet stellt sich die Einheit zwischen Volk und Führung als wirkungsmächtige Illusion dar, der jede realpolitische Grundlage, jede praktische

Belastungsprobe fehlte. Der von mir geprägte Begriff der jederzeit mehrheitsfähigen Zustimmungsdiktatur muss daher konkreter gefasst werden: Die Zustimmung entsprang mehrheitlich keiner ideologischen Überzeugung; vielmehr wurde sie durch systematische Bestechung mittels sozialer Wohltaten immer neu erkaufte. Das ging zum überwiegenden Teil zu Lasten so genannter Volksfremder, doch am Ende auch zu Lasten der Bestochenen.

Sparen und Vertrauen

Wie in der Lebensmittelfrage ging es in der Steuer- und Währungspolitik darum, das keineswegs dauerhaft stabile Vertrauen der Deutschen in ihre Führung zu wahren. Heute würde man von Glaubwürdigkeit sprechen. Sie musste jeden Tag neu gewonnen werden, das zeigt sich regelmäßig in den Tagebuchnotizen Goebbels' und in vielen politischen Entscheidungsprozeduren Hitlers. Üblicherweise greifen Historiker auf die Berichte der SD-Spitzel (besonders auf die Meldungen aus dem Reich) zurück, auf Briefdokumente, auf Bemerkungen von NS-Funktionären auf einzelne Tagebücher und ähnliche Quellen, um das öffentliche Klima des Dritten Reiches darzustellen.

Genauer ließe sich die so genannte Stimmung am Auf und Ab, beispielsweise am steilen oder flachen Anwachsen der Sparquoten messen. Ein solcher sozialhistorischer Parameter ist für diese Frage noch nicht als Hilfsmittel benutzt worden. Die Daten dafür zu sammeln wäre nicht

besonders schwer, und ohne weiteres ließen sich damit zeitlich und regional differenzierte Ergebnisse gewinnen. Verlockend erscheint zudem die Möglichkeit, ein nach sozialen Schichten konturiertes Bild von den Veränderungen der public morale während der NS-Zeit zu rekonstruieren. Das könnte anhand des unterschiedlichen Verhaltens der Sparer bei Postsparkassen, Raiffeisenbanken, Großbanken und Lebensversicherungen gelingen. Historisch verbunden mit Hitlerreden, politischen und militärischen Ereignissen, könnte daraus ein politisches Meinungsbild entstehen, das ausreichend komplex und methodisch gut gestützt wäre. (Beispielsweise stieg die allgemein schon absinkende Sparrate nach dem 20. Juli 1944 für einige Tage signifikant an; aber schon am 1. August hatte sich das Wunder von der Wolfsschanze verbraucht.)

So wie die NS-Führung die Statistik über Kirchenaustritte als guten Indikator für die wachsende, stagnierende oder begrenzte Zustimmung zur Regierungspolitik nutzte, so lieferte ihr auch der Blick auf die Sparquote demoskopische Momentaufnahmen. Im Dezember 1943 veranstaltete der SD eine spezielle Untersuchung dazu, allerdings anhand von Meinungsbildern, nicht auf der Basis harter Daten über die faktische Spartätigkeit.^[931] Eine genauere Recherche zu den tatsächlichen Sparquoten im Zweiten Weltkrieg würde hier den Rahmen sprengen. Jedoch können einige generelle Aussagen getroffen und es kann der Zeitpunkt markiert werden, zu dem der öffentliche Zuspruch zur Regierung Hitler endete.

Insgesamt belief sich die deutsche Sparrate in den Jahren 1940 und 1941 auf rund eine Milliarde pro Monat, 1942 auf etwas mehr als 1,5 Milliarden Reichsmark.^[932] Das erklärt sich als Folge der Konsumeinschränkungen im Krieg, aber auch als Folge des Grundvertrauens in die Führungskraft Hitlers. Binnen weniger Jahre stieg die Sparsumme der Deutschen auf mehr als das Dreifache. In den öffentlichen Sparkassen erhöhten sich die Einlagen im Jahr 1942 um 15,2 Milliarden auf insgesamt 51,2 Milliarden RM. Das war »der weitaus größte Zuwachsbetrag, den die deutschen Sparkassen jemals in ihrer Geschichte aufzuweisen hatten«.^[933] Nimmt man zudem die Neuabschlüsse von Lebensversicherungen als Indikator für das Zukunftsvertrauen der besser Verdienenden, dann findet sich eine Parallele: Die jährlichen Einzahlungen steigerten sich von 1,7 (1939) auf 4,2 (1941) Milliarden Mark.^[934]

Das freiwillige Sparen, mit dem ein beachtlicher Teil der täglichen Kriegslasten bezahlt wurde, sollte – zumindest aus der Sicht mancher Nazistrategen – nach dem Sieg der »künftig besser ausgewogenen Vermögensstruktur« dienen und die »Verwirklichung einer wahrhaft sozialistischen Vermögensordnung« befördern.^[935] Auch darin bestätigt sich die Tendenz des NS-Staats zum sozialen Ausgleich innerhalb der deutschen Gesellschaft. Daneben stand gewiss das Motiv – für nicht wenige Wirtschaftsfachleute sicherlich das Hauptmotiv –, die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand nach dem Krieg voranzutreiben, um so viel Kaufkraft wie nur möglich für

Investitionen stillzulegen. Dabei zahlten die Leute ihr Geld selbstverständlich für eigene Zwecke ein, sei es in Bausparverträge, Alterszusatzrenten oder Volkswagen-Sparverträge. Die vielen Einzelnen versuchten so, genügend Geld zurückzulegen, um sich nach dem Krieg verschiedene Lebensträume erfüllen zu können.

Jenseits aller Zukunftsprojektionen zeigt die Sparquote, in welchem Ausmaß auch die Bezieher kleiner Einkommen über flüssiges Geld verfügten und es – wenigstens halb bewusst – dem NS-Staat anvertrauten. Fritz Reinhardt meinte 1942 zufrieden: »Es kann keinen eindeutigeren Vertrauensbeweis der Volksgenossen und Volksgenossinnen in die nationalsozialistische Staatsführung und die Sicherheit der Währung geben, als diese große Zunahme der Spartätigkeit.«^[936] Die Repräsentanten des Sparkassenwesens diagnostizierten den Willen der Millionen, »im Krieg noch mehr zu sparen, zu sparen für den Sieg«.^[937] Die deutschen Banken gaben die Devise aus: »Kämpfen, arbeiten und – sparen!«^[938] Der große Erfolg der Kampagnen zum freiwilligen Sparen verdient umso mehr Beachtung, als die Zinsen im Interesse des Schuldendienstes ständig gesenkt wurden.^[939] Wer sein Geld so anlegte, musste, auch wenn er die geräuschlose Umwandlung des Ersparten in Kanonen nicht genau durchschaute, in zumindest diffuser Weise auf den Sieg hoffen.

Und doch entwickelte sich Misstrauen. Im zweiten Kalendervierteljahr 1943 sank der Spareinlagenzuwachs erstmals gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahrs.

Das Reichsfinanzministerium erklärte den Vertrauenseinbruch als Folge des Luftkriegs, da die Sparquote in den nordwestdeutschen Städten stark zurückgegangen war, sich in den östlichen Landesteilen hingegen gehalten hatte.^[940] Der Vorgang erschien alarmierend. Statt zu fallen, hätte die Spartätigkeit steiler wachsen können als im Vorjahr, da sich infolge der militärischen Rückschläge die Möglichkeiten verschlechtert hatten, das Geld auszugeben.

Während das Finanzministerium im Dezember 1943 anhand der laufenden Statistik das Bröckeln des Vertrauens feststellte, beschäftigte sich der SD – möglicherweise auf Wunsch des Finanzministers – mit demselben Thema unter der Überschrift »Vertrauen der Bevölkerung und Flucht in die Sachwerte«. Die SD-Leute lokalisierten das Misstrauen »nach wie vor« und »in erster Linie« in »finanziell gut gestellten Bevölkerungsschichten«. Spitzel beobachteten, viele der wohlhabenden Volksgenossen würden »ihre kapitalistische Gesinnung skrupellos verlauten lassen«. Da man ein solches Verhalten in den weniger bemittelten Kreisen genau verfolge, werde »der *Kapitalist* in der Vertrauensfrage des Geldwertes für *die breite Masse* zum ›bösen Beispiel‹.« Abschließend zog der SD folgende ernüchternde Bilanz: »Ein Absinken des Vertrauens zum Wert des Geldes ist in einzelnen Schichten unverkennbar eingetreten und hat sich in Wort und Tat überall bemerkbar gemacht. Dennoch kann der Sparwillen als Ausdruck des Vertrauens zum Geldwert im Allgemeinen noch als bestehend angesehen werden; der Umfang der in

den letzten Monaten getätigten Spareinlagen steht indessen keineswegs im Verhältnis zu dem gestiegenen und weiter wachsenden Einkommen insgesamt und insbesondere bestimmter Bevölkerungsteile.«^[941]

Im März 1944 musste Wirtschaftsminister Funk die deutschen Kleinsparer beruhigen und öffentlich versichern, das Reich werde »die Sparguthaben nie zur Tilgung der Kriegsschulden in Anspruch nehmen«.^[942] Trotz der schon beginnenden Nervosität hielt sich der Spareinlagenzuwachs auch im ersten Halbjahr 1944 – je nach Banktyp und Region verschieden – auf einem beachtlichen Niveau. Danach aber verlangsamte sich »das Wachstumstempo gegen das Jahresende hin wesentlich«. Vom August 1944 an horteten die deutschen Durchschnittsverdiener Bargeld. Die Wohlhabenden hatten etwas früher reagiert: Die Neuabschlüsse von Lebensversicherungen gingen bereits im März 1944 drastisch zurück.

Am 15. September beklagte die Reichsbank »größere Barabhebungen der Bevölkerung«.^[943] Otto Ohlendorf, damals auch Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, bemerkte dazu im Januar 1945, das »Bargeld im Volk« habe sich »gewaltig vermehrt«, und das Reich müsse »immer stärker auf die Notenpresse zurückgreifen«. Allein zwischen September und Dezember 1944 war der Notenumlauf von 38,6 auf 48,5 Milliarden Reichsmark angewachsen. Der Anstieg hatte sich gegenüber dem Durchschnitt der zwölf Vormonate ruckartig mehr als verdreifacht.^[944] Ein Finanzfachmann kommentierte professionell trocken:

»Bedingt durch die Zuspitzung der politisch-militärischen Lage« entstehe ein »allgemeines Liquiditätsbedürfnis«. [945]

Das Kundenverhalten beeinflusste die Geschäftspolitik der Banken unmittelbar. Der Reichsfinanzminister klagte: »Die Bereitschaft der Kreditinstitute, langfristige Reichsschatzanweisungen aufzunehmen, ist wider Erwarten zurückgegangen.« Daher müsse seit August 1944 ständig mehr auf die Reichsbank zurückgegriffen und »ein erheblicher Betrag zur Stützung des Kurses der Reichsanleihen aufgewendet« werden. [946] Tatsächlich beschloss zum Beispiel der bis dahin regierungskonforme Verwaltungsausschuss der Salzburger Sparkasse am 3. August 1944, »im Interesse erhöhter Liquidität« vorläufig »vom Ankauf von Reichsanleihen abzusehen«. [947] Das entsprach, wie die Reichsbank sofort bemerkte, einer allgemeinen Vorsicht gegenüber den Schuldpapieren des deutschen Staats. [948] Die Banken reagierten damit auf die Kunden, die jetzt – erst jetzt – an den Schaltern in aller Deutlichkeit gegen den Krieg stimmten und der Staatsführung den Kredit entzogen.

Im August 1944 – nachdem die Alliierten in der Normandie gelandet waren, die Rote Armee die Heeresgruppe Mitte an der Ostfront zerschlagen hatte und nach dem fehlgeschlagenen Umsturzversuch vom 20. Juli – zerbrach das Vertrauen in Macht und Mark binnen weniger Tage. Sukzessive abgefallen war es – nimmt man die Sparquote als Indikator – bereits seit dem Frühjahr 1943. Der Prozess verlief in den begüterten Schichten des Volkes insgesamt schneller als in den weniger bemittelten. Was die allgemeine Skepsis gegenüber der politischen Führung

und die mögliche allgemeine Resonanz anging, war der Putschversuch gegen Hitler am 20. Juli 1944 offenbar doch nicht so aussichtslos, wie manchmal behauptet wird.

Wie im Vorherigen entwickelt, hatte der allgemeine Zuspruch auf wechselseitigen Illusionen beruht, doch war es der politischen Klasse des NS-Staats immer wieder gelungen, den Glauben in die eigene Führungskraft neu zu beleben. In historisch beispielloser Weise entfaltete sie dafür die Mittel des modernen Sozialstaats. Davon nicht zu trennen, aber auch nicht überzubewerten ist der exemplarische Terror, der sich – in der zweiten Kriegshälfte stark zunehmend – gegen einzelne Volksgenossen richtete. Von den 16000 Todesurteilen gegen deutsche Zivilisten wurden 15000 nach der Winterkrise 1941/42 gefällt. Ähnliches zeigt sich in der Statistik der Kriegsgerichtsbarkeit. So wurden beispielsweise an Soldaten der 253. Infanteriedivision während des Krieges 18 Todesurteile vollstreckt: Auf die Jahre 1939 bis 1942 entfielen null, auf 1943 acht, auf 1944 sechs und auf 1945 vier Hinrichtungen. Insgesamt wurden während des Krieges etwa 20000 Todesurteile an deutschen Soldaten vollzogen.^[949]

In der Kombination von genereller Fürsorglichkeit und exemplarischer Gewalt gegen so bezeichnete Volksschädlinge wurden die Deutschen nicht mehrheitlich zu Jubelnazis, eher schon zu Angepassten, die sich an den alltäglichen Mitnahmemöglichkeiten erfreuten, die das System ihnen bot. Doch reichte die so erzeugte passive Loyalität aus, um die innere Handlungsfähigkeit des NS-

Staats bis zum Sommer 1944 zu gewährleisten.

Virtuelle Kriegsschulden

Aus der rein spekulativen Technik der Kriegsfinanzierung folgte der Zwang zum Siegfrieden. Die Regierung Hitler konnte sich keinen Kompromiss leisten, sie musste die Niederlage ausschließen. Deshalb setzte sie vom ersten Kriegstag an auf die »ungeheuren Kapazitäten, die Deutschland in den von ihm besetzten Gebieten – also ohne Rückgriff auf das eigene Volksvermögen – noch zusätzlich auswerten« könne. Bereits nach dem Sieg über Frankreich hieß es selbstgewiss: In dem »Machtbereich vom Nordkap bis zur Biskaya« stünden dem hoch verschuldeten Deutschland nun »die Reichtümer fast ganz Europas zur Verfügung«.^[950]

Auf solche Weise ließen sich die Deutschen mit den Mitteln opulenter Staatsfürsorge ruhig und nicht selten bei Laune halten. Um solcher Stimmungsgewinne willen wurden im Herbst 1940 die Renten erhöht und Steuergeschenke an die deutschen Arbeiter gemacht, im Herbst 1941 auf jede breitenwirksame direkte Kriegsteuern in den folgenden Jahren verzichtet. Erst recht mit dem Einmarsch in die Sowjetunion gewann jene Lesart die Oberhand, nach der die innerdeutschen Aufrüstungs- und Kriegsschulden nur virtuell bestünden. In seiner für das allgemeine Publikum abgefassten Schrift »Was geschieht mit unserem Geld?« beruhigte Staatssekretär Fritz Reinhardt 1942 die Öffentlichkeit. Er wies auf »die Neuordnung der Dinge im Osten« hin und

sprach von den Früchten des Endsieges. Den Kriegsschulden stünde, so gaukelte er dem Publikum vor, »auf der Aktivseite ein Zugang an Werten und Ertragsquellen gegenüber, die ein Mehrfaches der gestiegenen Reichsschuld betragen« würden.^[951]

Die führenden deutschen Ökonomen sahen das ebenso. In seinem Schlusswort auf der Arbeitstagung zur Kriegsfinanzierung im Herbst 1941 warf Rudolf Stucken die rhetorischen Fragen in den Raum: »Sind wirklich nach dem Krieg die Schulden noch ein Problem? Werden nicht auch irgendwelche Feinde, die wirklich lieferungsfähig sind, uns dann in wesentlichen Punkten durch Reparationen und dergl. unterstützen?«^[952]

(Selbstverständlich tat Stucken nach 1945 so, als habe er in steter Gegnerschaft zur NS-Finanzpolitik gestanden.) Der Finanzwissenschaftler Hero Moeller wies auf den »Verkauf von hinzugewonnenen frei gewordenen Böden und sonstigem unentgeltlich anfallenden neuen Staatseigentum« hin, das eine »beträchtliche Entlastung schaffen« könne.^[953]

Sein Kollege Bernhard Benning sprach sich im Sommer 1942 ebenfalls dafür aus, die »Reprivatisierung von Reichsbesitz in den eingegliederten Ostgebieten« und die »laufenden Reichseinnahmen aus ›Schleusengewinnen‹ auf Grund der Einfuhr verbilligter Waren aus den besetzten Ostgebieten u.Ä.« als »zusätzliche Tilgungsquellen einzuschalten«.^[954] In dem Vortrag, der dem hier zitierten Aufsatz zugrunde lag, wurde er unter dem Gesichtspunkt »Rückgriff auf ausländische Volkswirtschaften« noch deutlicher: »Dazu kommen die bedeutenden

Sachwertkomplexe, die durch die Besetzung feindlicher Länder – insbesondere im ehemaligen Polen und in Russland – in das Eigentum des Reiches übergegangen sind.«^[955]

Unter Schleusengewinn verstand man die Differenz zwischen dem Einkaufspreis etwa von russischem Getreide und dem Verkaufspreis in Deutschland. »Wenn beispielsweise der innerrussische Verkaufspreis je Tonne Roggen«, so erklärte Reinhardt die Sache vor den obersten Raubtechnokraten des Reiches, »gegenwärtig 80 Reichsmark betragen würde, so würde je Tonne Roggen der Unterschied zwischen 180 Reichsmark deutschem Verkaufspreis und 80 Reichsmark innerrussischem Verkaufspreis zuzüglich Beförderungskosten und Lagerkosten als Schleusengewinn in die Kasse des Reiches fließen.« Laut Protokoll waren Reinhardts Zuhörer aus den Führungsetagen von Wehrmacht, Ernährungs-, Wirtschafts- und Ostministerium »einstimmig der Meinung, dass so verfahren werden muss«.^[956]

Anders als Heinrich Himmler (als Siedlungskommissar des Reiches) wünschte, beharrte der Staatssekretär im Innenministerium mit Erfolg darauf, das erbeutete Feindvermögen an die Reichskasse abzuliefern und nicht etwa für die Ansiedlung Volksdeutscher zu reservieren. Schließlich seien die fraglichen »Gebiete in den Feldzügen dieses Krieges von dem ganzen Volke mit dem Schwert erobert worden [..., so] dass die Früchte dieser Siege daher auch dem ganzen deutschen Volke zugute kommen müssen«.^[957] Dem schloss sich das Finanzministerium gerne an. In den Augen der dort tätigen Beamten hatte

»das Reich durch die Besetzung der feindlichen Gebiete das Eigentum an diesen Vermögensmassen originär erworben«.[958] Mit ähnlichen Argumenten ließen sie gemeinsam mit den Kollegen von der Vierjahresplanbehörde die durchaus volksnahen Begehrlichkeiten örtlicher Funktionsträger im besetzten Polen ins Leere laufen. Für die Haushälter in Berlin stand fest, »dass der Gegenwert der eroberten polnischen Vermögen dem Deutschen Reiche gehört«.[959]

Aus wirtschaftlichem Realismus betonten die Ministerialbeamten stets, dem Reich stünden nicht etwa die erbeuteten Wirtschaftsgüter selbst auf Dauer zu, sondern allein der Gegenwert. Es ging also von Anfang an um die (Re-)Privatisierung des Gewonnenen. Ein Mann wie Reinhardt dachte bereits an den Verkauf von Volksaktien, um das Ersparte der Durchschnittsdeutschen nach dem Endsieg rasch zu binden und den Konsumgütermarkt vor einem unkontrollierbaren Kaufansturm zu schützen. So gesehen erschienen die Rüstungsausgaben nicht als unproduktiv, vielmehr sei ihnen »das gewaltige Sachvermögen gegenüberzustellen, das durch das deutsche Schwert gewonnen« werde. Deshalb solle »ein Teil des neuen Reichsbesitzes den Sparern zur Verfügung gestellt werden – Beispiel: Anteile an Industriewerken oder Gruben im besetzten Ostraum«.[960]

Die am 8. November 1941 unter Görings Vorsitz verabschiedeten und vermutlich von dem Finanzwissenschaftler Otto Donner ausgearbeiteten »Allgemeinen Grundsätze für die Wirtschaftspolitik in den

neu besetzten Ostgebieten« verdichteten das Gesamtkonzept zum Zweck des exekutiven Gebrauchs: »Durch billige [agrарische] Produktion unter Aufrechterhaltung des niedrigen Lebensstandards der einheimischen Bevölkerung sind möglichst hohe Produktionsüberschüsse zur Versorgung des Reiches und der übrigen europäischen Länder zu erzielen. Auf diese Weise soll neben möglichst weitgehender Deckung des europäischen Nahrungsmittel- und Rohstoffbedarfs gleichzeitig für das Reich eine Einnahmequelle erschlossen werden, die es ermöglicht, den wesentlichen Teil der zur Führung des Krieges aufgenommenen Schulden unter möglicher Schonung des deutschen Steuerzahlers abzudecken.«^[961]

Ein paar Wochen darauf erklärte Görings Staatssekretär Paul Körner: »Die neu gewonnenen Gebiete im Osten müssen dazu beitragen, die Kriegsschulden abzudecken. Aus diesem Grund müssen die Löhne und Preise in den Ostgebieten so niedrig wie möglich bleiben.« Offenbar ließ der Redner dabei eine Art Erfinderstolz durchblicken, jedenfalls vermerkte das Reichsfinanzministerium dazu kühl: Damit habe Körner das als Programm Görings verkauft, was Staatssekretär Reinhardt »schon immer vertreten« habe.^[962]

Tatsächlich legte auch Finanzminister Schwerin von Krosigk deutlich vor Göring dar, wie er sich die finanzwirtschaftliche Seite der Ostexpansion vorstellte. Seinen mit Russland befassten Mitarbeitern setzte er Anfang September 1941 auseinander, »das ehemalige russische Staatseigentum« – dank des Kommunismus mehr

oder weniger alles – solle »als Eigentum des Reiches der Verfügung des Reiches überlassen« werden. Im Jahr 1942 drängte er darauf, dass durch die »Preisunterschiede zwischen Reich und Osten ein wesentlicher Teil der Kriegslasten, insbesondere der Zins- und Tilgungslast des Reiches gedeckt werden« sollte.^[963] Staatssekretär Reinhardt sekundierte einige Zeit danach: »Die Reichsschuld ist durch Aufrüstung und Kriegsführung entstanden. Die Verzinsung und Tilgung dieser Schuld kann, wenn unser bisheriger Lebenshaltungsstand aufrechterhalten werden soll, nicht der deutschen Bevölkerung aufgebürdet werden. [...] Wehe dem, der die entsprechende Lohn- und Preispolitik in den Ostgebieten gefährdet.« Den Gesamterlös, der sich später aus dem Verkauf der eroberten Felder und Wälder, der Bodenschätze und Betriebe in der Sowjetunion zugunsten der Reichskasse erzielen lasse, veranschlagte er auf »einige hundert Milliarden Reichsmark«.^[964]

Im Januar 1942 erklärte Reichslandwirtschaftsrat Hanns Deetjen nach einer mehrmonatigen Reise durch die besetzte Ukraine vor dem ausgesuchten Publikum des Deutschen Herrenclubs in Berlin: »Die Ukraine soll nach den Äußerungen von höchster Stelle ›den Krieg bezahlen‹. Auf diese Zielsetzung hin ist die Bevölkerungspolitik auszurichten. Die Ukraine soll billige Arbeitskräfte sowohl für das Reich als auch für die landwirtschaftliche und rohstoffwirtschaftliche Auswertung der Ukraine selbst zur Verfügung stellen. [...] Das Land muss auf einem niedrigen Lebensstandard gehalten werden; denn nur unter diesen

Umständen kann es die für Europa notwendigen Überschüsse liefern.«^[965]

In seiner Rede vor den Gauleitern sprach Hitler am 12. Dezember 1941 nicht nur von der »Endlösung«,^[966] sondern auch von den Kriegsschulden und von der sozialen Frage. Für die Zeit nach dem Sieg kündigte er an, »resolut an die Durchführung eines ganz großzügigen und erschöpfenden Sozialprogramms heran[zu]treten, und zwar eines Sozialprogramms, das sowohl den deutschen Arbeiter wie auch den deutschen Bauern umfasst«. Als Ausführende dachte er sich Millionen von slawischen Sklavenarbeitern. Nur so ließen sich die sozialpolitischen Ziele verwirklichen und die für den Krieg aufgenommenen Kredite abtragen. Verzichte man auf »solche neuen Wege«, so würde sich »eine Inflation und damit eine Wirtschaftskatastrophe ganz unvermeidlich« wiederholen.

Im März 1942 wies Hitler auf »unsere ungeheure Rüstung« hin, die »bisher völlig ungedeckte Beträge verschlungen« habe. Für den Schuldenabbau sah er zwei entgegengesetzte Möglichkeiten: »Entweder wird diese Steuerschuld doch im Laufe der Zeit auf die deutschen Volksgenossen im Reich abgewälzt, oder aber sie wird aus den möglichen Gewinnen der besetzten Ostgebiete bezahlt. Das Letztere müsste selbstverständlich sein.«^[967]

Im August 1942 schärfte der Reichskommissar Ukraine, Gauleiter Koch, »direkt« nach einem Besuch in Hitlers Hauptquartier seinen Mitarbeitern ein: »Wenn dieses Volk [der Ukrainer] 10 Stunden am Tag arbeitet, dann muss es 8 Stunden für uns arbeiten. Alle sentimentalen Anwandlungen haben zu unterbleiben.«^[968] Die Beamten

des Finanzministeriums, die eine solche imperialistische Form der Schuldentilgung zum sozialen Nutzen des deutschen Jedermann bereits früh konzipiert hatten, sprachen nun – autoritativ gestärkt – vom »finanzpolitischen Fernziel des Führers« und meinten, die Ukraine sei »in diesem Sinne ein ›Ausbeutungsobjekt‹«. [969]

In den zitierten Äußerungen deutscher Spitzenwissenschaftler und -politiker lässt sich immer wieder ein einziges zentrales Motiv erkennen: Das besonders unmenschliche, auf Hunger, Armut, Zwangsarbeit und Tod ausgerichtete Besatzungsregime in den besetzten Gebieten der Sowjetunion war von der Sorge um den künftigen Lebensstandard der Deutschen bestimmt. Das damit verbundene praktische Vorgehen erwies sich – auf längere Sicht gesehen – als untauglich. Die Erträge blieben hinter den Erwartungen zurück. Der Widerstand der angegriffenen Völker versteifte sich tagtäglich. Er wurde unbeherrschbar. Im Januar 1943 stellte Goebbels beunruhigt fest, dass »deutsche Geheimparolen von der Minderwertigkeit des slawischen Volkstums und der Notwendigkeit seiner Ausrottung in die weite russische Öffentlichkeit gelangt« seien. Das gäbe Stalin Rückhalt, wenn er verkünde: »Lieber stehend sterben als kniend leben!«. [970]

Die deutschen Pläne von einer unbegrenzten und gründlichen Ausbeutung Osteuropas zerbrachen an der Gegenwehr sowjetischer Soldaten und Partisanen. Auf mittlere Sicht sollte der Krieg mit den fremden Ressourcen refinanziert und der Lebensstandard aller Deutschen sprunghaft gehoben werden. Kurzfristig galt es, den

Lebensmittelbedarf im Krieg so reichlich wie möglich abzudecken. Verwirklichen ließ sich nur das letztgenannte Teilziel, und auch das nur bedingt. Doch ändert das am Ergebnis der historischen Analyse nichts: Die Sorge um das Volkswohl der Deutschen bildete die entscheidende Triebkraft für die Politik des Terrorisierens, Versklavens und Ausrottens.

Nationaler Sozialismus

Sachverstand und Politik

Lange vor dem 1. September 1939 verwandelte die Reichsregierung die öffentlichen Finanzen in einen Wechsel, der sich allein aus der Beute des noch zu bestehenden imperialistischen Raubkriegs decken ließ. Ein wesentlicher Teil der Fachwelt, der Reichsbank und Ministerialbeamten stützte diesen Kurs. Sie ölten die deutsche Raubmaschine ohne Unterlass. In seiner politischen Haltung empfand sich der nationalkonservative Reichsfinanzminister schon Ende 1935 als einer, der »mutig und gläubig« arbeite und sich seinen »Blick für die gewaltige Größe dieser Zeit« nicht von den kleinen Misslichkeiten des Alltags trüben lasse.^[971] Getrost vergessen kann man die in der älteren Literatur getroffene Unterscheidung zwischen »den Parteiideologen«, die sich enthemmt auf die Juden und deren Eigentum gestürzt hätten, und dem angeblich auf »Abwehr« bedachten Edelman Schwerin von Krosigk mitsamt seinen Beamten.

[972]

Die in den vorangegangenen Kapiteln nachgezeichneten Enteignungspraktiken sind gewiss unvollständig und zum Teil nur skizzenhaft rekonstruiert worden. Doch gibt das Gesamtbild eine zureichende Vorstellung von den Techniken des staatlich organisierten Großraubs und dem damit verbundenen politischen Ertrag. Das Reichsfinanzministerium unterhielt eine Fülle von Konten,

um Gelder hin- und herzuschieben, sie mit anderen Geldern zu mischen, um die Herkunft, so gut es ging, zu verbergen. Permanente Geldbeschaffung und Geldwäsche mit völkerrechtswidrigen Methoden im Interesse einer verbrecherischen Staatsführung sind das Mindeste, was Graf Schwerin von Krosigk und seinen Spitzenbeamten zuzurechnen ist. Ebenso ist über die Führungs- und Fachkräfte der Deutschen Reichsbank, der Reichskreditkassen und der Wehrmachtintendanturen zu urteilen.

In Deutschland setzte die Regierung ein strenges, als gerecht empfundenenes Zuteilungsregime einschließlich Preisstopp durch. Doch im Ausland sollten und wollten sich die deutschen Soldaten bereichern. Aus der Sicht des Reichsfinanzministers war es das Beste, wenn sie dort einen Teil des Kaufkraftüberhangs aus dem Inland in fremde Währungen verwandelten und buchstäblich verbutterten. »Schickt mir bitte das Geld, das Ihr noch habt«, hatte Heinrich Böll am Anfang des Krieges seinen Eltern geschrieben. Auf diese Weise konnte das nutzlos vagabundierende Geld, das sich in der deutschen Zuteilungswirtschaft nicht in Waren umsetzen ließ, tatsächlich in vielen Familien reduziert, manchmal sogar vollständig verbraucht werden. Den Kriegsfinanzpolitikern eröffnete das Verfahren den Weg, »nur relativ wenige Milliarden, die in besonderer Weise böse« seien, also Unzufriedenheit stiften konnten, mit Hilfe von Warenangeboten im Ausland abzuschöpfen.^[973] Daraus zog die NS-Regierung einen Gewinn an durchschnittlicher

Zufriedenheit der Reichsbürger, gleichgültig ob sie als Einzelne dem Regime eher nah oder – wie im Fall von Heinrich Böll und Wolf Goette – fern standen.

In den Praktiken der deutschen Kriegsfinanzierung offenbarte sich das Verhältnis zwischen den Fachleuten und den politischen Führern. Es bestand im spannungsreichen Zusammenspiel von radikalisiertem, in sich schlüssigem Sachverstand einerseits und politischer Grenzsetzung andererseits. Manchmal arbeiteten die Beteiligten gleichen Sinnes an demselben Vorhaben. Man denke an die Enteignung der Juden in Saloniki, in Belgien, Frankreich oder sonstwo. Die Wehrmachtintendanten und die Beamten des Reichsfinanzministeriums freuten sich auf die Zusatzeinnahmen, die ihnen auf diese Weise zufließen würden – direkt, wie in Belgien, oder weitgehend indirekt über den Besatzungskostenhaushalt wie in Frankreich. Zusammen mit den Reichsbankdirektoren versprachen sie sich davon, die selbst verursachte Inflation in den besetzten Ländern kurzfristig zu dämpfen und damit sekundär die Reichsmark zu stabilisieren.

Ebenso herrschte zwischen den Experten und den politischen Führern ein klarer Konsens darüber, den unterworfenen Völkern wesentliche Teile der laufenden Kriegsausgaben aufzubürden. Einig wussten sie sich in der Absicht, die zusätzlich erforderlichen Kriegskredite später von den Besiegten tilgen zu lassen. Um es in der gediegenen Ausdrucksweise der deutschen Währungshüter zu sagen: »Zur Gesunderhaltung der deutschen Währung hielt die Reichsbank an dem Grundsatz fest, [...] den Geldbedarf deutscher Stellen in

den besetzten Gebieten nach Möglichkeit durch Verwendung von Zahlungsmitteln der betreffenden Länder [...] zu befriedigen.«^[974]

Während in den Debatten um Kriegszuschläge auf die Lohnsteuer und die allgemeinen Verbrauchsteuern seit dem Herbst 1941 jeder Vorschlag zur Erhöhung an der politischen Führung scheiterte, galt das für die Besteuerung der Wohlhabenden nicht. Im Fall der Hauszinssteuer wirkten der parteinahe Reichskommissar für Preisbindung mit der NS-Massenorganisation Deutsche Arbeitsfront, der Parteikanzlei Hitlers und dem konservativ geführten Preußischen Finanzministerium zusammen, um die ursprünglich vorgesehene, schon hohe Last der Hausbesitzer zu verdoppeln. Das geschah vonseiten der NS-Funktionäre aus dem Kalkül, die Massenloyalität zu wahren; einzelne Fachleute stimmten zu, um wenigstens auf diesem – politisch immerhin gangbaren – Weg das Anwachsen der Kriegsschulden zu bändigen.

In anderen Fällen lag die Initiative eindeutig bei den Fachleuten, und das führte auf der psychologischen Seite zu einer sich immer neu einpendelnden Balance zwischen den Vorgaben der NS-Politiker und dem, was die Experten für wünschenswert hielten. So erfanden die Beamten des Reichsfinanzministeriums und der Reichsbank das System der Reichskreditkassenscheine in völliger Autonomie. Getreu dem Brecht-Wort »Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?« bildeten die Reichskreditkassen das Rückgrat der bemerkenswert elegant organisierten Ausplünderung Europas. Deren Beamte, die sich fast vollständig aus dem Stammpersonal

der Reichsbank rekrutierten, betrieben die Milliardenengeschäfte prinzipiell mit nicht-deutschem Geld. Der Raub vollzog sich in den diskreten Formen der Währungspolitik. (Eine Ausnahme bildeten die besetzten Landesteile der Sowjetunion, hier spielte das Geld eine zwar nicht unwichtige, doch sekundäre Rolle gegenüber den Methoden des Zwangs und des Terrors.)

Ebenso bedurfte der Finanzminister keiner politischen Vorgabe, um die Überweisungen von Zwangsarbeitern an deren Familien im Ausland einzubehalten und den entsprechenden Betrag jeweils mit dem Geld des besetzten Landes an die Adressaten zu leiten. Niemand musste ihm befehlen, dasselbe Verfahren auf Geldinstitute und Unternehmen zu übertragen, die Aktien oder Waren im Ausland kauften. Auch die dafür in Reichsmark bezahlten marktüblichen Beträge verschwanden in der Deutschen Verrechnungskasse, flossen von dort zum Nutzen der deutschen Allgemeinheit in den Reichshaushalt – während die Allgemeinheit der besetzten Länder das schmutzige Staatsgeschäft zu bezahlen hatte. Hitler hätte von sich aus niemals derart konkrete Führerweisungen erlassen können. Er musste nicht mehr tun, als dem Sachverstand freie Bahn zu verschaffen, verbunden mit der Vorgabe: Gut sei, was den Deutschen nützt; nach den Methoden werde er niemanden fragen. Nicht umsonst zierte die Reichsbank einen Teil ihrer Briefbögen mit einem dezenten Prägestempel mit Hakenkreuz und dem Ehrentitel »Nationalsozialistischer Musterbetrieb«.[975]

Differenzen traten gelegentlich hinsichtlich der Frage auf,

wie schnell und in welcher Weise Europa leer geraubt werden sollte. Die Fachleute orientierten sich eher am mittelfristig maximalen Ausbeutungsgewinn. Sie sahen sich dem Gedanken einer gewissen Nachhaltigkeit verpflichtet, wollten die Kuh noch eine Weile melken, sie Kälber gebären lassen, bevor sie zur Schlachtbank geführt werden sollte. In diesem Sinn drang Schwerin von Krosigk auf das von ihm so bezeichnete »kriegswirtschaftliche Optimum«. Er wollte »verhindern, dass die Länder, deren Potenzial wir in Anspruch nehmen, vorzeitig absacken«.^[976] Doch im klaren Gegensatz zu den visionären Momenten ihrer Ideologie dachten die NS-Führer ausschließlich in den Kategorien des politischen Überlebens. Sie trafen ihre Entscheidungen – koste es, was es wolle –, um in den nächsten Wochen, allenfalls in den nächsten paar Monaten über die Runden zu kommen.

Die Abschnitte über Hitlers zufriedene Räuber und über die Großkorruption deutscher Zivilisten in der Ukraine lassen derartige Gegensätze zwischen professionellen und tagespolitischen Prioritäten gut erkennen. Ähnlich gelagert war der permanente Konflikt um die Besteuerung der Masseneinkommen in Deutschland. In beiden Fällen setzte sich der politische Opportunismus fortwährend gegen fachliche Einsicht durch.

Doch im Sinne der zu Anfang gestellten Frage – wie konnte sich die NS-Herrschaft so lange innenpolitisch stabilisieren? – erwies sich die spannungsgeladene Koalition zwischen hoch entwickeltem Sachverstand und der auf das Volkswohl fixierten Stimmungspolitik als

nützlich. Im Ergebnis streuten die NS-Führer ihre Gefälligkeiten unter die Deutschen, fütterten sie regelrecht an. Komplementär dazu glätteten die Experten des finanzwirtschaftlichen Know-hows die negativen Folgen, so gut sie konnten. Sie besteuerten in Deutschland vermehrt die Reichen, nicht weil sie das für richtig hielten, doch ließen sich solche Steueraufschläge wenigstens durchsetzen. Sie forcierten in den besetzten Ländern den bargeldlosen Zahlungsverkehr, um das Anwachsen der Geldmenge zu bremsen, und führten neue Steuern ein. Aus professionellen Gründen, um die inflatorischen Tendenzen zu bremsen, beförderten sie auch die Enteignung der Juden in Europa.

Ähnliche komplementäre Entscheidungsprozesse bestimmten die Politik der Lebensmittelrationierung. In eroberten Ländern wie Norwegen oder Griechenland, ja selbst in Holland fehlte es plötzlich an Lebensmitteln, zumal aus Übersee nichts mehr geliefert werden konnte. Eine kämpfende Armee zu versorgen erfordert eine wesentlich höhere Nahrungsmittelzufuhr, als sie für dieselbe Zahl von Zivilisten erforderlich ist. Plötzlich waren Millionen von Zwangsarbeitern zu verpflegen, während die Erträge in weiten Teilen Europas unter den Einwirkungen des Kriegs – und bald auch der Inflation – zurückgingen.

Die Sachverständigen rationierten die Lebensmittel und veränderten deren Bestandteile in Deutschland. Zudem entschieden sie, welche Menschengruppen nicht oder nur sehr gering versorgt werden sollten. Die Hauptbetroffenen waren Juden, gefangene Sowjetsoldaten und Psychiatriepatienten, gefolgt von Menschen in bestimmten

abgeriegelten Großstädten. Man orientierte sich pragmatisch am politisch und militärisch Durchsetzbaren.

Den generellen Mechanismus mag ein in den Auswirkungen eher unbedeutendes Beispiel verdeutlichen. 1940 wollten die für die zivile Lebensmittelversorgung zuständigen Beamten des Reichsernährungsministeriums das Halten von Haustieren – sofern sie nicht, wie Katzen auf einem Bauernhof, unbedingt gebraucht wurden – in ganz Deutschland verbieten, um Getreide und Fleisch einzusparen. Damit wäre ohne weiteres der Lebensmittelbedarf für mehrere hunderttausend Menschen frei geworden. Das Vorhaben scheiterte an Hitler, der den Deutschen solche emotionalen Verluste nicht zumuten wollte. Doch gegen die Juden ließ sich das Verbot durchsetzen. So entstand die viel zitierte Verordnung, die den Juden das Halten von Kanarienvögeln, Katzen oder Dackeln untersagte.

Die Beamten des Ernährungsministeriums unterbanden die Versorgung jüdischer Kinder mit Milch, führten spezielle, sehr viel schlechtere Lebensmittelkarten für Juden ein und achteten im Gegenzug darauf, den Rassedeutschen möglichst hohe Rationen zukommen zu lassen. Im Massenmord an den Juden sahen sie eine Möglichkeit, die Lebensmittelausbeute im besetzten Polen zu erhöhen. 1942 weigerte sich der faktische Reichsernährungsminister Backe mit Rücksicht auf die deutsche Zivilbevölkerung und deren Kriegslaune, die deutschen Armeen in Russland mit bestimmten Zusatznahrungsmitteln zu beliefern. Er entschied den Interessenkonflikt um die Lebensmittelreserven zwischen Ost- und Heimatfront zum Vorteil der deutschen Zivilisten –

mit der sofortigen Konsequenz, dass Göring den in den besetzten sowjetischen Gebieten tätigen deutschen Landwirtschaftskommissaren einhämmerte: »Der Krieg ernährt den Krieg! Das wird jetzt ganz großgeschrieben.«^[977]

Herbert Backe und seine Mitarbeiter verhielten sich skrupellos; sie propagierten den Massenmord in Wort und Schrift. Ob Schwerin von Krosigk Gleiches befürwortete, wissen wir nicht. Einiges spricht dagegen. In einem modernen, arbeitsteilig organisierten Staatswesen braucht sich ein ausgezeichneter Fachmann nicht mit derartigen Angelegenheiten zu befassen. Unzweifelhaft aber ist, dass der Reichsfinanzminister höchst persönlich und mit ausgesuchter Sorgfalt darauf achtete, alles zu verstaatlichen, was den Ermordeten weggenommen wurde – einschließlich der Goldzähne und dem letzten Hemd. Anschließend ließ er die größeren Reichtümer ebenso verkaufen wie die ärmlichsten, nur noch für die Spinnstoffsammlung geeigneten Hinterlassenschaften. Sodann stellte er die Erträge als Allgemeine Verwaltungseinnahmen in den Reichshaushalt ein.

Was immer Schwerin von Krosigk über Juden im Allgemeinen gedacht haben mag, er kalkulierte das Verschwinden der Enteigneten auf Nimmerwiedersehen ein. Mehr noch: Lange bevor die Entscheidungen über den Mord an den europäischen Juden getroffen worden waren, erfanden Schwerin von Krosigk, Fritz Reinhardt und die Spitzenbeamten des Finanzministeriums immer neue Wege, die Juden bis zu dem Punkt zu enteignen, an dem sie

schließlich zu Habenichtsen wurden und »dem Staat zur Last fallen« mussten. Die Fachbeamten im Finanz- und Wirtschaftsministerium waren es, die mit ihren fortwährend verschärften Devisenvorschriften und Enteignungstechniken die Flucht vieler unmöglich machten. Sie untersagten es – gegen den Willen der SS –, dass die ins Generalgouvernement abgeschobenen Juden Bargeld in nennenswertem Umfang mitnehmen durften, um sich dort wenigstens notdürftig einzurichten.

Die Fachleute balancierten die in ihrer Grundkonstruktion haltlose NS-Herrschaft an zentralen Punkten aus – jeweils nur notdürftig und improvisiert, doch ausreichend für fast zwölf Jahre des Aufrüstens, Zerstörens und Vernichtens. Ihre Tätigkeit nutzte dem stets gefährdeten Gleichgewicht zwischen Volk und Führung auch dann noch, wenn sie offen gegen das politisch Gewünschte opponierten, etwa im Fall des Schlepperlasses. Insofern bezog der Nationalsozialismus seine Stärke nicht allein und nicht vor allem aus der so bezeichneten Gleichschaltung.

Das Bild vom autoritär durchgeformten Führerstaat ist falsch. Innerhalb politisch und gewaltsam gezogener Grenzen bewahrte das NS-System eine bemerkenswert lebendige Differenz der Ansichten und politisch-fachlicher Vorschläge. Das erzeugte Spannung und – im Wortsinn – Geistesgegenwart. Die Politiker wären ohne fortlaufende Korrektur durch die Fachleute sofort im Währungs- und Schuldenchaos versunken. Hätten jedoch die Politiker die Fachleute nicht gezügelt und von Fall zu Fall den Primat der Politik durchgesetzt, wäre die Massenloyalität schnell

ruiniert worden.

Erst das kontroverse Zusammenwirken beider Kräfte sicherte die stets gefährdete Balance. Der auf rationalistische Selbstverwirklichung drängende, politisch nicht festgelegte Sachverstand der Experten verband sich mit der völkisch-sozialstaatlichen Beglückungsideologie für die kleinen Leute. Aus der reaktiven Verbindung dieser zwei für sich genommen nur mäßig gefährlichen Elemente gewann der nationale Sozialismus seine zerstörerische Potenz.

Leben wie im Kino

Innenpolitisch erkaufte sich die NS-Regierung ihren Rückhalt zunächst mit unseriösen, bald mit kriminellen Techniken der Haushaltspolitik. Schon 1935 verbot Hitler die Bekanntgabe des Staatsetats, eben weil seine Politik ständig und seit 1936 zunehmend vom Vorgriff auf die Zukunft lebte. Daraus ergab sich der immanente Zwang zu Krieg und Raub. Das konstante Gerede vom Volk ohne Raum, von Kolonien und Weltgeltung, von Ostexpansion, wirtschaftlichen Ergänzungsräumen und so genannter Entjudung bezweckte am Ende immer das Eine: die Aussicht auf ein nicht selbst zu erarbeitendes Wachstum des allgemeinen deutschen Wohlstands, und das innerhalb kurzer Zeit.

In ihrer Propaganda prahlten die NS-Führer, sie würden das Fundament für das Tausendjährige Reich legen, im Alltag wussten sie nicht, wie sie am nächsten Morgen ihre Rechnungen begleichen sollten. Nach der Lektüre eines

Memorandums des Reichsfinanzministeriums stellte Goebbels im Januar 1938 in burschikosem Tonfall fest: »Danach sieht's doch schlimmer aus, als ich gedacht. Aber an Schulden ist noch nie ein Volk zugrunde gegangen. Wohl aber an Mangel von Waffen.« Zwei Monate später notierte er zum Entwurf des Reichshaushalts: »Wir haben einen bedeutenden Fehlbetrag. Dafür aber Österreich.«^[978] Im Dezember 1939 wurde die zentrale strategische Leitlinie Hitlers von einem Ohrenzeugen so wiedergegeben: »Der Führer sieht, dass man den Krieg nicht auf lange Sicht durchhalten kann [...] Es muss alles auf diese eine Karte gesetzt werden.«^[979]

Aber nach jedem der anfangs schnell und verlustarm errungenen Siege stellten sich in der Finanz- wie in der Ernährungsfrage die alten Probleme. So groß die Beute und die eroberten Territorien auch gewesen sein mochten, die Ergebnisse blieben stets hinter den Erwartungen zurück. Deshalb konnte sich der NS-Staat niemals auf die Pflege und den inneren Ausbau des einmal Gewonnenen beschränken.^[980] Die Politik der ungedeckten Schecks, der kurzfristig fälligen Reichsschatzanweisungen und der »schwebenden Reichsschuld«, einer Finanzwirtschaft also, die als betrügerisches Schneeballsystem funktionierte, machte die deutschen Politiker strukturell unfähig, nach Verständigung zu suchen. Die NS-Führer mussten die Expansion vorantreiben. Jedes Innehalten hätte das sofortige Ende ihres Regimes bedeutet. Sie konnten sich den Stillstand nicht leisten, auch nicht nach einem Siegfrieden im Jahr 1940, mit dem der »deutsche Volksboden« von Metz bis Lodz – einschließlich aller

strittigen Randgebiete, Kohlevorkommen und westpolnischen Kornkammern – zum Reich geschlagen worden wäre.

Selbst ein solcher Sieg hätte nur bedeutet, dass die auf eine solche Weise staatlich vereinte deutsche Nation für jene Kredite selbst hätte eintreten müssen, die für Arbeitsbeschaffung und Aufrüstung, für Protzbauten und territoriale Expansion aufgetürmt worden waren. Mit der Enteignung der Juden, dem Verkauf von »Feindeigentum« und schließlich mit dem Mord an einigen Hunderttausend »nutzlosen Essern« hätten sich in einem solchen kulturnational saturierten, doch weiterhin begrenzten Großdeutschland einige finanzielle Engpässe überbrücken, nicht jedoch die enormen Schulden tilgen lassen. Nach der Prognose, die Carl Friedrich Goerdeler im Sommer 1940 – nach dem triumphalen Sieg über Frankreich – stellte, musste sich das Reich auch unter solchen Umständen den harten Naturgesetzen der Haushaltskonsolidierung beugen. Dies aber werde nicht geschehen, prognostizierte Goerdeler, weil die deutschen Verantwortlichen – und an deren Spitze der Stimmungspolitiker Hitler – entschlossen seien, »den bequemen Weg der Selbsttäuschung weiter zu gehen«.[981]

Unter den gegebenen politischen Umständen war der Krieg nicht nur der bequeme Weg, sondern die einzige Richtung, in die sich die deutsche Regierung im Sommer 1940 überhaupt noch bewegen konnte. Nachdem Churchill im Herbst 1940 das Projekt Deutsches Kolonialreich Mittelfrika versperrt hatte, blieb nur noch der Überfall auf die Sowjetunion. Wenige Tage vor dem Beginn dieses

Raubzuges notierte Goebbels zum Zusammenhang von Volk, Verbrechen und Führung: »Der Führer sagt, ob recht oder unrecht, wir müssen siegen. Das ist der einzige Weg. Und er ist recht, moralisch und notwendig. Und haben wir gesiegt, wer fragt uns nach der Methode. Wir haben sowieso so viel auf dem Kerbholz, dass wir siegen müssen, weil sonst unser Volk, wir an der Spitze mit allem, was uns lieb ist, ausradiert würde. Also ans Werk!«^[982] Seit dem Winter 1941/42 gelang es der politischen Führung, das Gefühl der abgebrochenen Brücken auf die Mehrheit der Volksgenossen zu übertragen. Gleichgültig wie sie zu einzelnen Maßnahmen standen, betrachteten sie es zunehmend als unmöglich, die einmal eingeschlagene Richtung zu ändern. Das führte 1944/45 dazu, dass so viele den selbstbestimmten, aktiven Untergang der Kapitulation vorzogen.

Ohne Frage gab es in Deutschland Skeptiker en masse. Die meisten, die sich auf den Nationalsozialismus einließen, taten das wegen eines der verwaschenen Programmpunkte. Die einen folgten der NSDAP, weil es gegen den Erbfeind Frankreich ging, die anderen, weil die Staatsjugend massiv mit den überkommenen Moralvorstellungen brach; katholische Geistliche segneten die Waffen für den Kreuzzug gegen den gottlosen Bolschewismus und wehrten sich gegen die Beschlagnahme von Klöstern wie gegen die Euthanasie-Verbrechen; dagegen begeisterten sich sozialistisch vorgeprägte Volksgenossen für die antiklerikalen und antielitären Züge des nationalen Sozialismus. Das

folgenschwere, punktuell begründete Mitläufertum von Millionen Deutschen ließ sich, eben weil es auf wechselnden Teilaffinitäten beruhte, hinterher spielend in – historisch wirkungslosen – »Widerstand« umformulieren.

Der in dem Kapitel über Hitlers zufriedene Räuber zitierte Schauspieler Wolf Goette stand der Naziideologie ebenso fern wie Heinrich Böll. Goette war es, betrachtete er die deutsche Politik, immer wieder »zum Kotzen«, er verspürte das »Gefühl entsetzlicher Scham«, wenn er den »Gelbgezeichneten« begegnete. Im Gegensatz zu Böll empfand Goette den Film »Ich klage an«, in dem die Euthanasie propagiert wurde, zunächst als Dokument einer »sauberen und anständigen Gesinnung«, als erschütterndes Kunstwerk, in dem die »Notwendigkeit« der Euthanasie »in bestimmten Fällen hoffnungslosen Siechtums [...] filmisch großartig demonstriert wird«. Später regten sich leise Zweifel, »wenn ein Willkürstaat diese Idee proklamiert«. Doch wie immer Goette zu einzelnen politischen Aktionen stand, in jedem Fall schätzte er die beruflichen und konsumtiven Möglichkeiten, die ihm die deutsche Gewaltherrschaft in der »Schlaraffenstadt« Prag verschaffte. Er war mit dem kleinen individuellen Vorteil beschäftigt und damit politisch neutralisiert.^[983]

Daneben hielt Hitler das zu jedem Zeitpunkt labile Gemenge aus den unterschiedlichsten Interessen und politischen Haltungen allein im Tempo des Handelns stabil. Darin bestand die politische Alchemie seiner Herrschaft. Er verhinderte den Zerfall durch die schiere Dichte der Entscheidungs- und Ereignisabfolge. Er pflegte die

NSDAP als Bewegung. Er stärkte die alten Kämpfer, die Gau- und Reichsleiter weit engagierter als die Minister. Sein herrschaftsorganisatorischer Erfolg bewies sich nach 1933 darin, die allein herrschende Partei nicht zum Staatsanhängsel verkümmern zu lassen. Vielmehr gelang es ihm – im Gegensatz zu den Versuchen der späteren SED –, den Staatsapparat in einer nie gekannten Weise zu mobilisieren, ihn für die Ziele der »nationalen Erhebung« kreativ werden zu lassen, die Kräfte des Landes bis zum Kollaps zu überdehnen. In ihrer Mehrheit gerieten die Deutschen zuerst in einen Taumel, dann in den Rausch historischer Hochgeschwindigkeit, später – mit Stalingrad, unterstützt von Flächenbombardements und nun merklichem exemplarischen Terror im Inneren – in einen ebenfalls betäubenden Schüttelzustand. Die Luftangriffe bewirkten eher Gleichgültigkeit als Angst, sie führten in »eine gewisse fatalistische Wurstigkeit«; das Sterben an der Ostfront potenzierte die Reduktion der Menschen in der Heimat auf die täglichen Sorgen, auf den Wunsch nach dem nächsten Lebenszeichen des Sohns, Ehemanns oder Geliebten.^[984]

Die zwölf kurzen Jahre zwischen 1933 und 1945 erlebten die Deutschen als permanenten Ausnahmezustand. Im Karussell der Ereignisse verloren sie Gleichgewicht und Augenmaß. »Es kommt mir immer alles wie Kino vor«, bemerkt Victor Klemperers Kaufmann Vogel mitten in der Sudetenkrise 1938.^[985] Ein Jahr später, neun Tage nach dem Beginn des Feldzuges gegen Polen, versicherte Göring den Arbeitern der Rheinmetall-Borsigwerke in

Berlin, sie könnten sich auf eine Führung verlassen, »die selber vor Energie, ich möchte sagen, rast«. [986] In seinem Tagebuch sekundierte Goebbels im Frühjahr 1941: »Am ganzen Tag ein tolles Tempo«; »Jetzt fängt das rasende Offensivleben wieder an« oder – im antibritischen Siegesrausch – »ich verlebe den ganzen Tag in einem fiebernden Glücksgefühl«. [987]

Oft deutete Hitler im engeren Kreis die Möglichkeit seines baldigen Todes an, um damit das für die politische Balance erforderliche überdrehte Tempo seines Regierens zu wahren. Er bewegte sich ähnlich einem dilettierenden Seiltänzer, der sein Gleichgewicht nur mit Hilfe immer weiterer, immer schnellerer, schließlich hastig-zielloser Ausgleichsbewegungen halten kann – und zuletzt notwendigerweise stürzt. Daher lassen sich die politischen und militärischen Entscheidungen Hitlers am ehesten dann zutreffend analysieren, wenn sie – aller dröhnenden Zukunftspropaganda zum Trotz – auf ihre kurzfristig entstandenen Motive und auf die für die nahe Zukunft beabsichtigten Effekte hin untersucht und eingeordnet werden.

Rassen- und klassenbewusst

Neben der einleitend skizzierten radikalen Revision des Friedensdiktats von Versailles bildete die bis dahin unbekannte, jugendhaft-bedenkenlose Beschleunigung politischer Beschlüsse und Aktionen die zweite wichtige Stütze für den Erfolg der NSDAP. Der Krieg potenzierte

beide Momente. Er rundete die territorialen Revisionen militärisch ab und schien sie für einen Moment unumkehrbar zu machen. So dachten deutsche Historiker 1941 bereits an die »Rückgewinnung der Freigrafschaft Burgund« und der »Niederer Lande«, die einst »aus dem Reichsverband herausgeglitten« seien. Auch das einmal eingeschlagene Tempo konnte in den knapp zwei Jahren der Blitzkriege jedes Mal übertroffen werden, jede militärische Großaktion weiter ausgreifen: Auf Warschau folgten Narvik und Rotterdam; auf Frankreich folgten Kreta, der Kaukasus und Nordafrika.

Das dritte wichtige Moment für Hitlers Rückhalt bildete das völkische Gleichheitsversprechen. In dem mit dem 1. September 1939 verfügten Kriegssozialismus sahen viele Deutsche die glaubhafte, gewissermaßen negative Vorform einer gerechteren Gesellschaftsordnung. Der Krieg beschleunigte den Rückbau der Klassenschränken in Deutschland. Für die NS-Führung kam es darauf an zu gewährleisten, dass »in diesen Zeiten der Knappheit die Versorgung jedes einzelnen Volksgenossen mit lebenswichtigen Gütern unabhängig von seiner Stellung und seinem Einkommen die Gleiche ist«. Ausnahmen waren nur im Fall besonders anstrengender Arbeit oder besonderer Bedürftigkeit zugelassen. Aus Berlin meldete Anfang 1940 ein Beobachter der Sozialdemokratischen Partei: »Die Arbeiterschaft begrüßt es durchaus, dass die ›besseren Leute‹ praktisch aufhören, welche zu sein.«^[988] Die Rationierung ließ die Sympathiewerte des Regimes steigen.^[989]

Immer und immer wieder propagierte Hitler, was er für sich selbst in Anspruch nahm – den sozialen Aufstieg des befähigten Einzelnen, sei er in noch so ärmliche und bildungsferne Verhältnisse hineingeboren worden. »Die Strangulierung des dauernden Emporsteigens muss man verhindern«, lautete sein Credo. Die Nationalpolitischen Erziehungs-Anstalten und die Adolf-Hitler-Schulen förderte er als Institutionen, die in materieller und pädagogischer Hinsicht soziale Defizite ausgleichen sollten, »damit auch der ärmste Junge zu jeder Stellung emporsteigen kann, falls er die Voraussetzungen dazu in sich hat«. [990] Nicht wenige Führungskräfte der späteren Bundesrepublik waren Absolventen solcher höheren Lehranstalten, die – für damalige Verhältnisse ungewöhnlich – keinerlei Schulgeld kosteten. In Anlehnung an die berühmte Köchin Lenins malte Hitler 1938 aus: »Es muss in diesem neuen Deutschland von jetzt ab jedes Arbeiter- und Bauernkind, wenn es von Gott begnadet und gesegnet ist, durch die Art und die Hilfe unserer Organisationen und dank der bewussten Führungsauslese emporsteigen können bis zur höchsten Führung der ganzen Nation.« [991] Nachdem das Sterben an der Ostfront auch die Spitzen der Wehrmacht im Oktober 1942 dazu bewog, jungen Männern die Offizierslaufbahn unabhängig vom Schulabschluss zu öffnen, reagierten die Deutschen »mit Begeisterung«. Sie sahen darin die »Verwirklichung eines wesentlichen Punktes des Parteiprogramms«. [992] Demselben Programm entsprechend, durfte ein so genannter Arier bald nach 1933 keine Beziehung mehr mit einer so genannten Jüdin eingehen – doch erstmals in der

deutschen Geschichte konnte ein Offizier ein Mädchen aus einer Arbeiterfamilie heiraten, vorausgesetzt beide Partner erwiesen sich nach erbhygienischen Kriterien als ehetauglich.

Als das Dritte Reich endlich von den alliierten Armeen niedergeworfen wurde und in Trümmern versank, gab Fritz Reinhardt am 16. Januar 1945 noch einen letzten Ausblick auf die fast verlorene Zukunft. Die Regierung wende gegenwärtig mehr als eine Milliarde Reichsmark jährlich für Kinder- und Ausbildungsbeihilfen auf, erklärte er seinem Publikum. Der Betrag war für damalige Begriffe außerordentlich hoch. »Der nächste Schritt auf dem Weg zum Familienlastenausgleich«, so fuhr er fort, werde »bald nach Beendigung des Krieges darin bestehen, dass Schulgeld, Lehrgebühren und Lernmittelkosten für alle Schularten und alle Kinder, auch für den Besuch von Fachschulen und Hochschulen, beseitigt werden«. Auf solche Weise werde dann ein »starkes, politisch, wirtschaftlich und finanziell gesundes Großdeutschland als erster Sozialstaat der Erde« entstehen.^[993]

In den Methoden unterschiedlich, doch nicht selten zu Lasten Dritter, zählt die soziale Aufwärtsmobilisierung der Massen zum Kernbestand der politischen Ideen des 20. Jahrhunderts. Der nationale Sozialismus der NSDAP gehört in dieses Kontinuum. Man mag die rassistisch formulierte Gleichheitsidee als pervertiert bezeichnen. Doch erstens zeichnete die Geringschätzung der individuellen Freiheit und das Missachten der persönlichen Integrität viele Formen des Egalitarismus aus. Zweitens

vertrat die NS-Bewegung das nicht nur in Deutschland wirkungsvolle Konzept, die soziale mit der nationalen Homogenisierung zu verknüpfen. So erklärt sich, aus welcher innen- und gesellschaftspolitischen Konstellation Hitlers Volksstaat seine verbrecherische Energie bezog.

Eben weil die Deutschen nicht ein zweites Mal aus purem Patriotismus in den Krieg ziehen wollten, weil sie sich im Herbst 1939 skeptisch zeigten, kam es politisch darauf an, sie am wirtschaftlichen Ertrag der verschiedenen Raubzüge sofort und spürbar zu beteiligen. Die Einheit von Sozial- und Rassenpolitik, das im zeitgenössischen Vergleich beispiellose sozialpolitische Appeasement, festigte das Massenvertrauen immer wieder neu. Deshalb konnte die politische Spekulationsblase Drittes Reich so lange Bestand haben; deshalb konnten die Akteure das Glück und das Leben so vieler Menschen zerstören.

Die mannigfaltigen, auf den vorangegangenen Seiten beschriebenen Formen öffentlicher Habgier und nationalsozialer Bereicherung ermöglichten es, die Masse des Volkes mit einer Mischung aus milder Steuerpolitik, guter Versorgung und punktuell Terror an den Rändern der Gesellschaft wenigstens ruhig zu stellen. Das stimmungspolitische Optimum, das die NS-Führer anstrebten, bildete allerdings die gute Laune der Deutschen. Von ihr pflegte Goebbels zu sagen, sie »ist ein Kriegsartikel, unter Umständen kann sie nicht nur kriegswichtig, sondern kriegsentscheidend sein«.^[994] Die materielle Stimulierung einer gehobenen deutschen

Massenlaune auf Kosten anderer bildete das wesentliche – stets kurzfristig verstandene – Ziel des Regierens.

So betrachtet, verwandelte die NS-Führung die Deutschen mehrheitlich weder in Fanatiker noch in überzeugte Herrenmenschen. Vielmehr gelang es ihr, sie zu Nutznießern und Nutznießerchen zu machen. Nicht wenige steigerten sich in eine Goldgräberstimmung, in das Gefühl von einer nahen Zukunft, in der das Geld auf der Straße liegen würde. Wie sich der Staat im Großen in eine gewaltige Raubmaschinerie transformierte, wandelten sich gewöhnliche Leute in Vorteilsnehmer und passiv Bestochene. Aus Soldaten wurden bewaffnete Butterfahrer.^[995]

Einfache Männer brachten Dinge in ihren Besitz, von denen sie wenige Jahre zuvor kaum gewusst hatten, dass es sie gab. Sie beteiligten sich an einem Großkampf, der angeblich im Sinne einer deutschen Zukunft geführt wurde, in der Milch und Honig fließen würden. Das war für sich genommen kein überzeugendes Motiv. Doch eröffnete der Krieg selbst einen Vorgeschmack darauf, wie angenehm das Leben danach sein, welche Genüsse es dann bieten würde – frei nach dem Motto: Wie wir heute erobern, werden wir morgen leben. Daraus folgte ein schattenhaft schlechtes Gewissen, das unbestimmte Gefühl, man könne nur siegen oder untergehen. Ende 1943 verallgemeinerte der SD die Kommentare von Deutschen, die, wie Millionen andere, ihr Geld noch immer regelmäßig zur Sparkasse trugen: »Gewinnen wir den Krieg, so werden wir das Geld einmal gut gebrauchen können [...]. Verlieren wir den Krieg, dann ist es gleich, ob wir nun

gespart oder Waren und Grundstücke erworben haben, dann ist alles verloren.«[996]

Im April 1945 kehrte der britische Offizier Julius Posener in seine deutsche Heimat zurück. Er kam vom Niederrhein in das zerstörte Köln. Zuvor war er an der italienischen Front gewesen, »wo im harten Winter 1944/45 die Neapolitaner zu Hunderten in den Straßen verhungert waren«, die Menschen »bis in höhere Schichten der Gesellschaft hinein, so abgerissen, bleich und hoffnungslos«. In Frankreich hatte der Krieg nicht ganz so verheerend gewirkt. »Aber was war das gegen die Ketten netter, weiß gekleideter Mädels« in Deutschland, »die vor den Trümmern der Stadt ihren Abendspaziergang machten«.

Die Zerstörung der Städte hatte Posener, der im Zivilberuf Bauingenieur war, erwartet, auch wenn das Ausmaß seine Vorstellungen übertraf. Der Anblick der Menschen überraschte ihn: »Die Leute entsprachen der Zerstörung nicht. Sie sahen gut aus, rosig, munter, gepflegt und recht gut gekleidet. Ein ökonomisches System, das von Millionen fremder Hände und mit dem Raube des ganzen Erdteiles bis zum Ende aufrechterhalten wurde, zeigte hier seine Ergebnisse.«[997]

Wer von den Vorteilen für die Millionen einfacher Deutscher nicht reden will, der sollte vom Nationalsozialismus und vom Holocaust schweigen.

Nachwort zur Taschenbuchausgabe

Antwort auf die Kritik^[2]

Vergessene Normalität

Das vorliegende, zuerst im März 2005 erschienene Buch »Hitlers Volksstaat« fand ein unerwartet starkes Echo. Der Grund dafür liegt im Perspektivwechsel von der Elitenverantwortung zum Nutznießertum des Volkes. Erst so konnte der Blick auf ein Missing link gelenkt werden, mit dessen Hilfe sich die stets prekäre, augenscheinlich jedoch hohe innenpolitische Zufriedenheit besser erklären ließ als mit den bisherigen Interpretationsansätzen: Eben weil so viele Deutsche von den Raubzügen des nationalsozialistischen Deutschland profitierten, entwickelte sich nur marginaler Widerstand. Betrachtet man dieses politische Spannungsverhältnis, dann lässt sich erkennen, warum die NS-Verbrechen von innen heraus kaum gebremst wurden. Diese Sicht auf die politische Dynamik des Nazi-Staates ermöglichte es offensichtlich vielen deutschen Lesern, die privaten, oft harmlos erscheinenden Geschichten und Geschichtchen aus der Kriegszeit, die sie aus ihren Familien kennen und in den Nachlässen lesen, mit der Politik des Völkermords in Beziehung zu setzen.

In den Jahren 1933 bis 1935 hatte die NS-Führung ihre innere Machtbasis dank des äußerlich effizienten Kampfes

gegen die Arbeitslosigkeit gefestigt – gelungen war ihr das mit Hilfe einer verantwortungslosen Staatsverschuldung. Später brauchte sie den nicht besonders populären Krieg auch, um den Staatskonkurs hinaus zu zögern. In einem dritten Schritt konnte Hitler die öffentliche Moral stabilisieren, und zwar weil er diesen Krieg in eine beispiellose Serie unterschiedlicher, einander ergänzender Raub- und Vernichtungsfeldzüge verwandelte. Auf Kosten der Volkswirtschaften sämtlicher besetzter und abhängiger Länder, der Arbeitskraft von Millionen Zwangsarbeitern, des arisierten Eigentums der ermordeten Juden und des Hungertodes von Millionen Menschen, namentlich in der Sowjetunion, schuf die NS-Führung die Grundlage dafür, die Masse der Deutschen an den materiellen Früchten der weit ausgreifenden Feldzüge unmittelbar teilhaben zu lassen. Das machte die Empfänger jenseits aller ideologischen Propaganda interessiert und gefügig.

Obwohl präzedenzlos, rechtfertigen die NS-Verbrechen nicht die Annahme, dass die Bedingungen dafür ungewöhnlich hätten sein müssen. Wohl aber entspricht es dem verständlichen Distanzstreben der Nachgeborenen und ihrer Historiker, ein derartiges Regime ins Abnorme zu verbannen. Meine Befunde entziehen dem in der NS-Historiographie populären, auch von meinen Kritikern in unterschiedlichen Spielarten praktizierten Schuldreduktionismus den Boden. In der Folge geht die geschichtsoptimistische Fiktion verloren, die meisten heute lebenden Menschen befänden sich auf der besseren, gewissermaßen sicheren Seite. Gustav Seibt benennt in seiner Rezension das Verstörende des »Volksstaats«: »Die Aly-Deutschen kennen wir nämlich: Sie gleichen uns selbst

fast aufs Haar. Sie suchen Wohlstand, materielle Sicherheit für die Kinder und fürs Alter, sie wollen das Haus im Grünen, das eigene Auto, den Urlaub. Die Kosten für Nachbarn und Nachfahren kümmern sie wenig.«

Ich verstehe »Hitlers Volksstaat« nicht als Gesamterklärung der NS-Zeit. Vielmehr betrachte ich sie ausdrücklich »aus einem Blickwinkel, der sie als Gefälligkeitsdiktatur zeigt« (S. 36). Deshalb geht es in dem Buch nicht um das Widerlegen älterer Interpretationen, die die angeblich wundersamen politischen Kräfte des »charismatischen Führers«, den angeblich besonderen deutschen Antisemitismus oder den aus exkulpatorischen Gründen stets überbetonten diktatorischen Terror ins Zentrum des historischen Argumentierens stellen. Solche schon häufig formulierten Faktoren sind zu bedenken, doch verlieren sie dank der im »Volksstaat« gewonnenen Einsichten an Gewicht.

Auf den vorangegangenen Seiten wurden die Techniken gezeigt, mit denen die NS-Führung ihre Macht im Inneren immer wieder stabilisierte. So breitete sich im Herbst 1940 eine merkwürdige Spannung in Deutschland aus. Wie Carl Friedrich Goerdeler damals so zutreffend feststellte, waren die NS-Machthaber selbst nach dem Sieg über Frankreich nicht der Lage, Frieden zu schließen und die Finanzen zu konsolidieren. Stattdessen setzten sie die zur Systemerhaltung zwingend erforderliche kriegerische Expansion fort. Sie vertrauten nicht hauptsächlich auf Propaganda, vielmehr beschenkten sie die deutschen Arbeiter mit einer deutlichen Lohnerhöhung in Gestalt der Steuer- und Sozialabgabenfreiheit für die Zuschläge auf Feiertags- und Nachtarbeit; zudem verwöhnten sie die

Soldaten und deren Familien mit dem Schlepperlass. Als die deutschen Armeen im Herbst 1941 vor Moskau scheiterten und die Alten in Deutschland düster vom Ersten Weltkrieg sprachen, verfügte Hitler die Rentenerhöhung, um diesen Skeptikern den Mund zu stopfen. Schließlich wurde um Weihnachten 1942 absehbar, dass die Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag der so genannten Machtergreifung mit der endgültigen Niederlage bei Stalingrad zusammenfallen würden. Hitler dachte angesichts dieser unvorteilhaften Lage keinesfalls an eine rassenideologische Großrede, sondern meinte kleinlaut zu Bormann: »Das Wirkungsvollste wäre, wenn wir dem deutschen Volk an diesem Tag erneut eine Erhöhung seiner Lebensmittelrationen und sonstigen Zuteilungen mitteilen könnten.« Bezeichnend erscheint eben, wie Goebbels reagierte, als Italien im Sommer 1943 die Seite wechselte: »Noch sozialistischer als früher haben wir uns an das Volk anzuschließen.«

Die Befunde dokumentieren die hohe und erfolgreiche sozialtaktische Geistesgegenwart der NS-Führer. Ein Verschieben der Verantwortung von einer sozialen Klasse auf die andere bedeuten sie nicht. Schon gar nicht geht es um die These von der Kollektivschuld, wie einige Rezensenten befürchten,^[3] oder um das Vernebeln der graduell sehr verschiedenen Verantwortung Einzelner. Dem unmittelbaren Organisator und Exekutor eines Verbrechens kommt ein größerer Tatanteil zu als demjenigen, der in wenig durchschaubarer Weise – vermittelt über den Staatshaushalt und Geldkreisläufe – davon profitierte und dem nahegelegt wurde, sich über das

Woher seiner kleinen Vorteile keine Gedanken zu machen. Doch muss, um die Genesis der deutschen Massenverbrechen zu verstehen, auch die millionenfache, weithin passive Mittäterschaft in den Blick genommen werden.

Hitler verbot die Veröffentlichung des Staatsetats bereits 1933 für das Jahr 1934. Dabei blieb es. Soweit die totalitäre Politik mit dem Mittel »geheime Reichssache« operierte, bezweckte sie nur selten, jegliches Bekanntwerden zu unterdrücken. Die List der diktatorischen Geheimnistuerei bestand in der schlichten, aber wirksamen Offerte an die deutsche Mehrheit: Was ihr, liebe Volksgenossinnen und Volksgenossen, nicht wissen dürft, das müsst ihr nicht wissen! So konnten sich die vielen Nutznießer und Nutznießerchen des nationalsozialistischen Volksstaats aus der persönlichen Verantwortung für die vielen kleinen Vorteile stehlen, die sie aus der Politik des Verbrechens zogen, und eine uneingestandene, passive Komplizenschaft mit den aktiven Mördern eingehen. So einfach ließ sich das Gewissen, das Wissenwollen und später das Erinnern so vieler Deutscher nachhaltig narkotisieren.

Weil das Buch »Hitlers Volksstaat« manche gewohnte Sichtweisen auf den Nationalsozialismus in Frage stellt, fielen auch die kritischen Reaktionen heftig aus. Die Zeitschrift Sozial.Geschichte verschaffte der Debatte im Oktober 2005 ein Forum; ferner organisierten die Internetforen sehpunkte und hsozkult^[4] die Kritik. Auch sollen an dieser Stelle weitere wissenschaftliche Rezensionen berücksichtigt werden, soweit sie mir

zugeschickt oder bis zum Abschluss dieses Textes im Februar 2006 bekannt wurden. Die fraglichen Rezensionen oder auch Essays und meine schon gegebenen Antworten auf einzelne Kritiken finden sich, alphabetisch gereiht, in der Fußnote.^[5] Da sie nicht übertrieben lang sind, erfolgt der Quellenverweis im laufenden Text in Gestalt des Autorennamens. Notwendigerweise wiederholen sich einige Gegenargumente, folglich reicht es aus, exemplarisch zu antworten und nicht jeden Rezensenten einzeln zu nennen.

Mich interessiert die Kritik der Faktenlage, wie sie zum Beispiel Wolfgang Seibel geleistet hat. Sofern mir dessen, insgesamt gesehen geringfügige, faktische Einwände berechtigt erscheinen, sind sie neben anderen schon selbst entdeckten Versehen in den aktuellen Ausgaben des »Volksstaats« berücksichtigt und in meiner Antwort auf Seibel im Einzelnen genannt. Für die vorliegende Ausgabe musste eine Zahl im Bulgarien-Abschnitt geändert werden, der drei Nullen fehlten, wie Thomas Kuczynski entdeckte. Ihm gebührt ferner Dank für den Hinweis auf eine während der redaktionellen Arbeiten untergegangene Quellenangabe, die in der nachstehenden Fußnote ergänzt sei.^[6] Auch kann man die in Frankreich getätigten privaten Einkäufe deutscher Soldaten, die ich für den August 1943 angebe, in der von Christoph Buchheim vorgeschlagenen, vorsichtigeren Weise in heutige Euros umrechnen. Aufgrund der Intervention desselben Kritikers habe ich einen missverständlichen Satz in dem Kapitel über die Reichskreditkassenscheine gestrichen.^[7] Sonstige Korrekturen ergeben sich aus der bisherigen Kritik nicht.

Gedankenpolizeiliche Einwände, die einen »Subtext« erfinden oder dem »Volksstaat« Begriffe zuschreiben, die dort nicht vorkommen, entziehen sich der systematischen Diskussion. Dasselbe gilt für die missgelaunten Vorhaltungen, die dem Buch die Originalität und den einigermaßen flüssigen Schreibstil als »flapsig« oder »griffig« verübeln. Wenn Michael Wildt das Buch als »Produkt einer grassierenden Medialisierung« ansieht, das »eher auf geschäftlichen Erfolg als wissenschaftliche Argumente« baue, dann sagt das einiges über den geistig behäbig gewordenen Kritiker, wenig über das kritisierte Werk.

Auch lässt sich mit dem Vorwurf desselben Rezensenten leben, ich hätte den »forschenden Verbund« der »Netzwerke« in den Fußnoten ungenügend berücksichtigt. gesteigert zu dem freilich verwunderlichen Vorwurf: »... entzieht er sich dem wissenschaftlichen Disput.« Wahr ist, dass ich gerne auf das Bewandern ausgetrampelter Pfade verzichte. Den in Deutschland vielfach überalimentierten zeithistorischen Netzwerken lässt sich manches nachsagen, nur nicht die Freude an gedanklicher Frische. In den Riten des eigenen Diskurses gefangen, verwechseln sie ihr wenig inspiriertes Um-selbst-Kreisen mit dem Beantworten historisch relevanter Fragen und merken es nicht – ein Unglück, dem sich niemand freiwillig auszusetzen braucht.^[8]

Aus derselben Haltung heraus sträuben sich die Netzwerker gegen das Bilden diskussionsfähiger, klarer Begriffe und Thesen. Derartige Vorwürfe begleiten meine Schriften schon lange: seien es die ersten acht Bände der

»Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« (1985ff.), das gemeinsam mit Susanne Heim verfasste Buch »Vordenker der Vernichtung« (1991), das Buch »Endlösung. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden« (1995) oder der Aufsatz über die NS-Vergangenheit der Historiker Werner Conze und Theodor Schieder (1993). Doch setzten sich die Ergebnisse nach einiger Zeit stets durch, von den emsigen Netzwerknern mal mehr, mal weniger oder gar nicht zitiert. So wird es auch diesmal kommen.

Der Widerstand gegen meine These hängt damit zusammen, dass ich in der Struktur der nationalsozialistischen Steuer- und Sozialpolitik ein Grundmuster sichtbar werden lasse, das auch die sozialdemokratische und die christlich-soziale Politik prägte. Im Unterschied zur Programmatik der Sozialdemokratie, nicht jedoch zu jeder sozialistisch-revolutionären Praxis, bezog der NS-Staat seine Ressourcen für die interne Umverteilungspolitik aus der systematischen Enteignung, der Versklavung und aus dem Mord an Millionen von Menschen. Inzwischen spricht selbst Thomas Kuczynski, den man als linken Flügelmann in der Phalanx der »Volksstaat«-Kritiker ansehen darf, »von ›großen Massen gefügigen Personals‹, eingekauft auf der Basis fremder Tribute«. Der »Volksstaat« soll dazu anregen, auf den dort zum Teil nur skizzierten Wegen weiterzuforschen.

Angelika Ebbinghaus moniert den nicht-affirmativen Gebrauch des Begriffs »sozialrevolutionär« und meint, die NS-Führer hätten ihre sozialen Wohltaten nicht aus freien Stücken, sondern infolge des November-Traumas von 1918

aus »Furcht« vor der eigenen Bevölkerung gewährt. Na und? Man besticht und korrumpiert Menschen, sofern das notwendig erscheint und Erfolg verspricht. Ob das aus Furcht, aus gestalterischem Anspruch oder aus einer Mixtur beider Motive geschieht, kann zunächst dahingestellt bleiben.

Die Novemberrevolution von 1918 fand ihren Ausgangspunkt im Unvermögen der kaiserlichen Bürokraten, sich den sozialen Erfordernissen des modernen Massenkriegs zu stellen. Allerdings muss zu deren Entlastung gesagt werden, dass es ihnen trotz der massiven Hungersnot in Deutschland fern lag, die immerhin 1,4 Millionen russischen Kriegsgefangenen des Ersten Weltkriegs zugunsten des Volkswohls verhungern zu lassen. Im Zweiten Weltkrieg begründete sich der vorsätzliche Hungermord an mehr als zwei Millionen sowjetischen Gefangenen und an den europäischen Zivilisten aus dem bewusst gefassten Entschluss, die eigenen Soldaten wie die deutsche Stadtbevölkerung in dem Ausmaß zu versorgen, das sie hinlänglich zufrieden hielt.

Fraglos lag der Lebensstandard der Deutschen infolge des Ersten Weltkriegs, des Friedensvertrags von Versailles, der Weltwirtschaftskrise und der Rüstungspolitik Hitlers 1939 signifikant unter dem der westeuropäischen Nachbarn und Großbritanniens. Dafür sprechen sämtliche Indikatoren. Das erleichterte die soziale Massenbestechung im Zweiten Weltkrieg. Ein Argument gegen den »Volksstaat« lässt sich daraus nicht gewinnen, wie es Christoph Buchheim unter Hinweis auf die Arbeiten von Richard J. Overy versucht.

Wie der Nationalsozialismus den Normalegoismus der Deutschen und deren gewöhnliches Streben nach dem kleinen Glück bediente, fand selbst noch im Denken und Handeln von Ausnahmegestalten wie Sophie Scholl und deren Freund, dem Offizier Fritz Hartnagel, seinen Niederschlag. »Wieder reicht es nur zu einem nur kurzen, aber herzlichen Dank«, schrieb sie ihm im Dezember 1940 nach Belgien, »für die vielen guten Sachen, mit denen du mich u. die anderen immer bedenkst. Die Pralinenpackungen sind, rein äußerlich, ganz wunderbar! Und wie gut wir Seife u. Strümpfe u. den Kakao brauchen können, weißt Du ja. Wir kommen uns vor wie Krösusse.« Einen Tag später sandte Hartnagel, der erklärtermaßen kein großer Päckchenpacker war, die Nachricht: »Vergangene Woche hatte ich Gelegenheit, in Gent Schuhe für Deine Mutter und für Dich zu kaufen.« Sophie Scholl zeigte sich »goldfroh«. Geld spielte keine Rolle, denn Hartnagel verdiente »gerade jetzt im Kriege [...] mehr als genug«.^[9]

Die Kritiker betrachten solche Quellen mal als »farbig«, »impressionistisch« oder »bedrückend«. Der beispielsweise von Sophie Scholl gebrauchten Selbstbeschreibung »Krösus« setzt Buchheim statistische »Gedankenspiele« entgegen, die jeder Grundlage entbehren. Davon abgesehen, ist Wohlstand immer relativ.

Unter den vielen zustimmenden Reaktionen vor allem älterer Leserinnen, die ich im ersten Jahr nach dem Erscheinen des »Volksstaats« erhielt, können die folgenden allgemeine Bedeutung beanspruchen: »Ich bin Jahrgang 1930«, berichtete eine Berliner, »von den Eltern gegen

die Nazis erzogen, und habe dank der Lektüre von ›Hitlers Volksstaat‹ gelernt, darüber nachzudenken, dass ich als Teenager einen ›Beutepullover‹ bekam, und dass es 1942 südliches Obst wie Khakifrüchte gab, das man noch nie gesehen hatte.« Nach einem Vortrag in Frankfurt (Oder) sprach mich ein Rentner an: »Wir waren sieben Kinder und bettelarm. Das erste Spielzeug überhaupt bekamen wir, als unser Vater zu Weihnachten 1940 aus Frankreich zurückkehrte.«^[10]

Die typische Soldatenpost aus Paris endet eben so: »Ich will nun schließen mit dem Wunsch, dass es Euch allen gut geht und dass in dem nächsten Brief wieder Geld liegt!« Was der Empfänger mit dem Geld anstellte, erschließt sich aus fast jedem Brief: »Heute bin ich dazu gekommen, das Paket abzuschicken. Was drin ist, habe ich Euch ja schon geschrieben. Dann habe ich heute noch ein Paket fertig gemacht, in dem sind 3,50 m Stoff, der Meter für 8,20, das sind 28,70 RM. Dann habe ich hier für Karl einen Füllhalter mit Goldfeder für 14,40 RM, eine Krawatte für 1,25 RM, Gummiband für 75 [Pf], Kamm und Zahnpaste zusammen 80 Pf. Das sind zusammen 45,90 RM. Dann habe ich mir ein paar Handschuhe gekauft für 14,00 RM. Sie sind aus Leder und mit Wolle gefüttert.«^[11]

Der junge Soldat berichtet, er habe an einem Tag 59,90 Reichsmark ausgegeben. Der Monatslohn eines deutschen Arbeiters betrug damals im Durchschnitt knapp 200 Reichsmark netto. Der Soldat hatte also an einem Tag den in Deutschland entstandenen kriegsbedingten monatlichen Kaufkraftüberhang seiner Eltern im Ausland in Waren umgesetzt und nach Hause gesandt. Weil die von den

Familien nachgeschickten Reichsmarkbeträge, nachdem sie bei den Feldkassen umgetauscht worden waren, in den Reichshaushalt gelangten, entstanden erhebliche Zusatzeinnahmen für das Reich, während die Soldaten, ausgestattet mit der jeweiligen Landeswährung, auf Einkaufstour gingen.

Akademische Netzwerke

Nicht selten wird von Historikern erwartet, das geschichtlich Gute vom geschichtlich Bösen eindeutig zu trennen. Im Sinne heutiger Wertscheiden erscheint es wünschenswert, klare Entwicklungslinien herauszupräparieren. Die Konzentrations- und Vernichtungslager, der Antisemitismus und die deutschen Aggressionskriege waren böse. Doch lässt sich am Beispiel des Nationalsozialismus (und auch des Kommunismus) ebenso klar erkennen, in welchem Ausmaß staatliche und gesellschaftliche Ziele, die mit Recht als geschichtlicher Fortschritt gelten, in bestimmten historischen Konstellationen Verbrecherisches bewirken. Besonders deutlich wird das am Prinzip der sozial ausgleichenden Gerechtigkeit.

Nachgetragen sei eine diesen Zusammenhang erhellende Passage aus jener Rede, die Göring am Mittag des 4. Oktober 1942, dem Erntedanksonntag, im Berliner Sportpalast für viele Zehnmillionen deutsche Rundfunkhörer in ganz Europa gehalten hat. Sie scheint mir als Quelle auch deshalb geeignet, weil meine 1923 geborene Mutter die Rede seinerzeit gehört hat und auf

Befragen, worum es denn gegangen sei, im Jahr 2004 ohne Zögern antwortete: »Dass wir mehr zu essen bekommen und die Rationen zu Weihnachten erhöht werden; und die wurden dann auch erhöht.« Nach der im Deutschen Rundfunkarchiv verwahrten Tonaufnahme breitete Göring fast eine Stunde lang vor allem dieses vor seinen Volksgenossinnen und Volksgenossen aus:

»Zuerst und vor allem in der Stillung des Hungers und der Ernährung kommt das deutsche Volk. [Beifall] Ich bin sehr dafür, dass die von uns in Obhut genommenen Gebiete und eroberten Gebiete, dass die Bevölkerung dort nicht Hunger leidet. Wenn aber durch Maßnahmen des Gegners Schwierigkeiten in der Ernährung auftreten, dann sollen es alle wissen: Wenn gehungert wird, in Deutschland auf keinen Fall. [Beifall] Von jetzt ab muss es unerschütterlich feststehen und festgehalten werden, dass der deutsche Arbeiter und der, der in Deutschland arbeitet, am besten ernährungsmäßig versorgt wird von allen. Nachdem ich jetzt klarer die Ernte überblicke, habe ich den Staatssekretär Backe gebeten, in Zukunft dafür zu sorgen, dass in den luftbedrohten Gebieten das Fleisch um weitere 50 Gramm erhöht wird. [Beifall] Heute schon wird fleißig daran gearbeitet, am Weihnachtsfest dem deutschen Volke eine ganz besondere Zulage an Fleisch, Mehl und hoffentlich auch anderen schönen Dingen geben zu können. [Beifall]

Aber noch eine kleine, weitere Sache kommt hinzu. Wenn sie auch klein ist, so wird sie immerhin manchem Haushalt helfen können. Von jetzt ab bekommt jeder deutsche Soldat, vom einfachen Mann bis zum Feldmarschall, der Urlaub hat, bei Überschreiten der

Grenze im Auftrag des Führers ein Paket geschenkt, in dem sich ein Kilo Mehl, ein Kilo Erbsen oder Bohnen, ein Kilo Zucker, ein Pfund Butter und 'ne große Dauerwurst befinden. [Tosender Beifall] [...] Wo immer er ausreist, bekommt er dieses Paket. Nicht für sich, denn er braucht es nicht. Darüber könnt Ihr beruhigt sein, meine deutschen Volksgenossen. Unsere Kämpfer draußen, sie bekommen voll und satt zu essen. [Tosender Beifall] Und die Hoffnung, die deutsche Stoß- und Kampfeskraft dadurch zum Erliegen zu bringen, dass durch Hunger der deutsche Soldat – wie einst 1918 – ausgemergelt wird, die Hoffnung kann unser Gegner sausen lassen. [Beifall] Es soll dieses Paket dazu dienen, dass er den Seinen zu Hause, wenn er auf Urlaub kommt und damit schon ein freudiger Tag beginnt, auch noch die Freude etwas durch den Magen gehen lässt. [Beifall] [...] Von heute ab wird es dauernd besser werden, denn die Gebiete haben wir, die fruchtbare Erde besitzen wir. [...] Und ich hoffe, dass dann im nächsten Jahr eine weitere starke Erhöhung kommt und sie endlich mal dann die Pakete bekommen. Hier, das verdankt ihr euren deutschen Soldaten! [Beifall]«^[12]

Das Auswerten solcher Quellen kritisiert Hans-Ulrich Wehler als »engstirnigen Materialismus« und erhebt den Vorwurf, der »Volksstaat« vernachlässige den »radikalisierten Antisemitismus«. Nun ist der Antisemitismus nicht Thema des Buches. Es beschäftigt sich mit dem Problem, warum sich die Deutschen immer wieder neu für die Nazipolitik mobilisieren ließen, obwohl sie in ihrer übergroßen Mehrheit keine aktiven Antisemiten gewesen sind. Das stellt neben Ian Kershaw in

seinem »Hitler-Mythos« im Übrigen auch Wehler in seiner »Deutschen Gesellschaftsgeschichte« zutreffend fest. Auch lässt sich das Fehlen eines prononcierten Massenantisemitismus in den Feldpostbriefsammlungen der Stuttgarter Bibliothek für Zeitgeschichte oder im Brief- und Tagebucharchiv von Walter Kempowski leicht verifizieren.^[13]

Betont man den aktiv-kämpferischen Antisemitismus weniger stark als den passiven, ändert sich das Bild. Als passiven Antisemitismus bezeichne ich eine schleichende Imprägnierung im Sinne weit verbreiteter Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Juden. Das setzte die jahrhundertealte Distanz zwischen Juden und Christen voraus, jedoch nicht den individuellen Judenhass, der angeblich so speziell deutsch gewesen sein soll.

Wenn also die Integrationskraft des Nationalsozialismus nicht überwiegend auf der radikalisierten antisemitischen Ideologie beruhte, worauf gründete sie sich dann, und sei es nur im Sinne einer zweiten Säule? Wer sich für eine Antwort interessiert, sollte sich in der Analyse der nationalsozialistischen Judenpolitik den politischen Faktoren zuwenden, die Wehler auf jenen immerhin 300 der NS-Zeit gewidmeten Seiten seiner Gesellschaftsgeschichte auslöst. Gegen alle von ihm sonst mit Erfolg genutzten und im Fall des Nationalsozialismus beiseite gelegten sozialhistorischen Erkenntnismöglichkeiten erklärt er die »charismatische Herrschaft« Hitlers zum wichtigsten Integrationsfaktor. Das mag sich dem einstigen Hitler-Jungen Wehler so eingeprägt haben; mit der Wirklichkeit hat seine Analyse

wenig zu tun.

Wie bislang fast alle Holocaust-Historiker will er nichts davon wissen, dass die staatlichen Zusatzeinnahmen aus der Arierisierung im Haushaltsjahr 1938/39 knapp zehn Prozent der laufenden Reichseinnahmen betrugen. Da er sich, einer Mode entsprechend, lieber auf den gewiss kritikwürdigen Arierisierungsvorteil der Deutschen Bank kapriziert, entgeht ihm, wie wenig sich der deutsche Geldmarkt 1938 bereit fand, die ständig wachsende Flut der staatlichen Rüstungsanleihen aufzunehmen. Eben deshalb wurde ein erheblicher Teil des Vermögens, das die deutschen Juden im Sommer 1938 bei den Finanzämtern anmelden mussten, von 1939 an zwangsweise in Rüstungs- und Kriegsanleihen umgewandelt.^[14]

All das steht, auch wenn es mehrere Kritiker behaupten, weder bei Avraham Barkai noch bei Frank Bajohr. Deshalb müssen deren Arbeiten ebenso wenig zitiert werden wie der knappe, für die im »Volksstaat« gestellten Fragen unergiebig und aus meiner Sicht ungenügende Abschnitt zur Hauszinssteuer bei Karl-Christian Führer. Dasselbe gilt für die wenigen Sätze, die Mark Spoerer der Körperschaftsteuer widmet oder für die aus meiner Sicht falschen kriegswirtschaftlichen Bilanzen von Richard J. Overby.^[15] Ich halte die mit der negativen Zitierweise verbundenen rechthaberischen Fußnoten für vertane Zeit. Nur in seltenen Ausnahmen sind Anmerkungen wirklich notwendig, die mit Formeln beginnen wie »XY erkennt ..., irrt ..., bleibt grob unterkomplex ...« Stattdessen nenne ich zunehmend nur solche Autoren, auf die ich mich positiv beziehe. Dazu

gehört beispielsweise der niederländische Gelehrte A. J. van der Leeuw, der früh in die von mir weiterentwickelte Richtung dachte.

Ihn hätte Bajohr lesen sollen, statt in seiner Kritik zu behaupten, der Begriff Arisierung bezeichne »historisch wie im gegenwärtigen Sprachgebrauch der Historiker einen Besitztransfer zwischen ›Juden‹ und ›Ariern‹«. Das ist falsch, weil Göring den Enteignungsakt 1938 mehrfach wie folgt definierte: »Der Jude wird aus der Wirtschaft ausgeschieden und tritt seine Wirtschaftsgüter an den Staat ab.« Wenn heutige Historiker den Begriff – nicht zuletzt unter dem Einfluss Bajohrs und Wehlers – ahistorisch benutzen und auf die unmittelbaren Vorteile von Privaten reduzieren, dann sollten sie das angesichts der Ergebnisse des »Volksstaats« überdenken.

Die Arisierung von Vermögen und Habseligkeiten der europäischen Juden gehört in die säkulare Kette der Eigentumsrevolutionen. Wer genau hinsieht, erkennt die innere Verwandtschaft von Begriffen wie Arisierung, Polonisierung, Magyarisierung, Nationalisierung oder eben Sozialisierung. Es ist leichtfertig, die Judenenteignung – sei es in Deutschland und später in vielen Ländern Europas – hauptsächlich auf die antisemitische Vorprägung der Beteiligten zurückzuführen. Zu denken geben sollte eine geschichtliche Parallele, die man unter dem Datum vom 15. August 1968 in den »Jahrestagen« von Uwe Johnson zu einer für die DDR nicht untypischen Szene liest: »Nun musste ich noch ansehen, wie in Gneez die Möbel von Elise Bocks Schlafzimmer versteigert wurden. Sie waren Volkseigentum, seit Elise umgezogen war nach Westberlin. Da drängten Leute einander in einem

schmalen, schmutzigen Hof vor den offenen Flügeln von Elises Fenstern. Darin trat auf ein Mann in abgewetztem Anzug, am Revers das Abzeichen der Einheitspartei, und hielt der Versammlung Bilder hin, einen Sessel, Lampen. Die Bieter, Alfred Fretwurst voran, johlten ihre humorigen Anmerkungen, als seien sie jugendlich, oder angetrunken. Nun fing ich an wegzugehen.«^[16]

Hier vollzogen sich Enteignungsakte, die in der Chiffre Antisemitismus nicht aufgehen und doch der Volksfestlaune während der Arisierung bis ins Detail gleichen. Generell gesprochen, nimmt sich ein Teil der Gesellschaft das Recht, fremdes Eigentum zu verstaatlichen, und begründet das mit der Ideologie, ein zugleich homogener, großer und bis dahin unterprivilegierter Teil des »Volkes« und damit das »Volk« selbst zu sein. Darin manifestiert sich ein wesentliches Element der Gewaltgeschichte des vergangenen Jahrhunderts. Angelika Ebbinghaus macht sich geschichtsblind, wenn sie meint, die sozialrevolutionäre Umwälzung der Eigentumsverhältnisse sei in der Vergangenheit nicht regelmäßig mit »allen erdenklichen Spielarten der Korruption« einhergegangen.

Was Bajohr betrifft, hätte er bereits aus dem von Christian Gerlach und mir verfassten Buch »Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1944/1945« (2002) ersehen können, wie sehr der Begriff Arisierung mit der Vergesellschaftung von Raubgut verbunden war. In diesem Buch ist übrigens auch beschrieben, wie die Magyarisierung jüdischer Vermögenswerte bruchlos in die Magyarisierung des Besitzes der anschließend enteigneten Deutschungarn

übergang. Sofern Bajohr zu bedenken gibt, im »Volksstaat« bleibe die »zigtausendfache Liquidierung jüdischer Unternehmen« und die damit bewirkte Minderung des »Konkurrenzdrucks für den ›arischen‹ gewerblichen Mittelstand« unerwähnt, hat er Recht. Allerdings sind die grundlegenden Einsichten dazu in dem von Susanne Heim und mir verfassten Buch »Vordenker der Vernichtung« ausgiebig formuliert worden, lange bevor Bajohr dazu auch nur einen Satz geschrieben hat.

Im »Volksstaat« wird gezeigt, in welchem Ausmaß das Eigentum der europäischen Juden zu Gunsten der deutschen Mehrheitsbevölkerung verstaatlicht wurde. Wehler tut den offensichtlichen Massenraubmord als »sekundäre Folge« ab, als »schauerliche Geschichte«, und weist empirisch ertragreiche Forschungen als »Hyperrealismus« und »anachronistischen Vulgärmaterialismus« zurück, um sein eindimensionales Paradigma vom Führer-Charisma zu bewahren. Wildt entzieht sich dem Erkenntnisfortschritt abwechselnd mit den Verdikten »positivistisch« und »materialistisch«.

Nebenbei erklärt Wehler in seiner Kritik, ich hätte Dinge herausgefunden, die »bisher noch kein Historiker gewagt und geschafft« habe; was die Quellen angehe, verfügte ich über »ein Midas-Händchen«. Aber warum haben sich so wenige an die systematische Ausplünderung Europas und an die materiellen Seiten der Judenverfolgung »gewagt«? Eben weil einflussreiche Leute wie Wehler solche Arbeitsvorhaben für irrelevant erklärten, Bajohr die Begriffe reduzierte und Wildt in der Nachfolge von Eberhard Jäckel die Weltanschauung als wichtigsten Schlüssel zur Erkenntnis präsentierte. Andere arbeiten mit

extrem verengten Fragestellungen an Unternehmens- und Institutionsgeschichten, die für das Verständnis der politischen Dynamik des nationalsozialistischen Deutschlands nachrangig sind. Wieder andere verharren in mal hart, mal weich präsentierten Erklärungen, die letztlich auf die mit »Hitlers Volksstaat« nachhaltig erschütterte These vom staatsmonopolistisch-kapitalistischen Charakter des Nationalsozialismus zurückgehen. Derart in den eigenen »Netzwerken« eingesponnen, kam niemand auf die Idee, auch im Fall des Nationalsozialismus das Kernstück jedes modernen Staates, nämlich das Budget, zu untersuchen.

Erst so ließ sich erkennen, dass nicht nur die deutschen, sondern auch die europäischen Juden für den unmittelbaren Nutzen der Reichskasse enteignet wurden. Dafür bedurfte es selbstverständlich einer Propaganda, die die Juden als Parasiten, Verräter und Untermenschen darstellte und sie als soziale Fremdlinge isolierte. Auch basierte jedes alteuropäische Judenpogrom nicht allein auf religiösen Ressentiments, sondern auch auf räuberischer Barbarei. Das kann jeder, der sich dafür interessiert, in Graetz' »Geschichte der Juden« auf vielen Seiten nachlesen. Dort heißt es beispielsweise über die Pogrome im ausgehenden 14. Jahrhundert: »In Nördlingen wurde die ganze Gemeinde mit Weibern und Kindern erschlagen (1384). In ganz Schwaben wurden die Juden gequält und in Augsburg so lange im Kerker gehalten, bis sie 20000 Gulden bezahlt« hatten. Kaiser Wenzel verfügte damals: »Daß sämtliche Schuldforderungen der Juden an Christen erlöschen, nicht nur die Zinsen, sondern auch das Kapital, und dass sämtliche Pfänder ausgeliefert werden sollen. [...]

Von allen Kanzeln wurde des Kaisers Erlaß (vom September 1390) wie ein Jubeljahr mit Schuldenerlaß verkündet.« Er »erklärte geradezu den Besitzstand der Juden als sein Eigentum und verbot ihnen, ihn zu verschreiben oder zu vergeben«. Die Begleitideologie für Raub und Raubmord folgte seiner Zeit christlich-antijüdischen Mustern: Die Juden hätten das Geschick verdient, so hieß es, »weil sie sich am Ostersonntage außer ihren Häusern hätten blicken lassen«.[17]

Nachdem Göring am 4. Oktober 1942 ausführlich zu »Herz und Magen« gesprochen hatte, redete er kurz und aufschlussreich über die Juden. Er wendete den stillschweigend begonnenen, dennoch schemenhaft bekannten Massenmord in eine Gefahr für den Fall der Niederlage: »Unsere Frauen würden dann eine Beute des wollüstigen, hasserfüllten Juden werden. Deutsches Volk, du mußt wissen, wird der Krieg verloren, bist du vernichtet. Der Jude steht mit seinem unendlichen Hass hinter diesem Vernichtungsgedanken.«[18] Implizit enthielten diese Sätze den später von Himmler unter Ausschluss der Öffentlichkeit deutlicher formulierten Gedanken: Nachdem der Staat, nicht zuletzt zum Vorteil der Deutschen, mit dem Mord an den Juden begonnen hat, gibt es kein Zurück; das Vernichtungswerk muss beendet werden, schon um die Möglichkeit der Rache auszuschließen.[19]

Der Antisemitismus gehört neben anderen Faktoren zum Bild der Nazi-Epoche. Doch kann die Historiographie dieser Zeit nicht so betrieben werden, als gelte es, ein Wachsfigurenkabinett auszuleuchten. Alle Beteiligten

handelten fortgesetzt und reagierten aus unterschiedlichen, komplexen und wechselhaften Motiven ununterbrochen aufeinander. Deshalb ist es für die innere Stabilität des Jahres 1942 wenig interessant, wie die Deutschen zehn Jahre zuvor wählten. Die von Wehler behauptete konstante, allein ideologisch fundierte »freiwillige Loyalität« findet sich in den Quellen nicht, aber das Gegenstück bildet nicht das terroristisch erzwungene Sich-Fügen. Vielmehr musste sich die NS-Führung unter ständigem Schielen auf das innenpolitische Politbarometer immer wieder neu um eine gesellschaftliche Mehrheit bemühen.^[20]

Die Scheinwelt der Statistik

Irreführend ist es in soweit auch, wie sich die Lage der Deutschen in der militärischen Niederlage gestaltete, eine Betrachtungsweise, die der britische Wirtschaftshistoriker J. Adam Tooze in seinen Kritiken am »Volksstaat« pflegt, und die andere Rezensenten mit Vorliebe zitieren. Tooze folgt einer Perspektive, die ihren Fluchtpunkt nicht an den Massengräbern der Ermordeten, sondern, wie er in seiner ersten Kritik schreibt, im »blutigen Opfergang« der Deutschen findet. Über Geschmacksfragen muss hier nicht gestritten werden; seine auf die Fakten bezogenen Einwände richten sich auf die deutschen Kriegsschulden. Ich sage, die laufenden Einnahmen – wohlgemerkt: Einnahmen – für den außerordentlichen Kriegshaushalt des Reiches seien zu zwei Dritteln aus den Kontributionen der eroberten Länder, den konfiszierten Löhnen der

Zwangsarbeiter und dem Eigentum der europäischen Juden bezahlt worden. Demgegenüber insistiert Tooze auf den (nach der Niederlage) faktisch fälligen Kriegsausgaben – wohlgemerkt: Ausgaben –, die zu rund 50 Prozent auf Kreditbasis finanziert worden waren. So gerechnet, steigt der deutsche Anteil deutlich.

Was die Zahlen betrifft, besteht zwischen uns keine wesentliche Differenz. Allerdings kassiert Tooze stillschweigend die alte, auf deutsche Nachkriegsinteressen zurückgehende Behauptung Overys, der ausländische Anteil am deutschen Kriegskostenetat habe lediglich zwölf Prozent betragen. Im Übrigen werden neuere Forschungen meine Berechnungen stützen und den auf externer Ausbeutung beruhenden Anteil der deutschen Kriegseinnahmen eher höher als niedriger ansetzen.^[21] Doch sofern man die Erfolge des Stimmungspolitikers Hitler erklären und nicht politikblinde Buchhalterei betreiben will, ist es falsch, die 1948 infolge der Niederlage fällige Reichsschuld einzubeziehen. Tooze gehört wie Buchheim zu den Historikern, die vom Endergebnis her auf die deutsche Kriegswirtschaft blicken und zählen. Ihre Zahlenreihen sind rechnerisch richtig, aber historiographisch unerheblich, weil sie die politischen Prozesse nicht angemessen erfassen.

Ich frage dagegen, wie und mit welchen Mitteln es Hitler, seinen Ministern, Gauleitern und Beratern in den Jahren 1940, '41, '42, '43 gelang, die von allen Ecken her bedrohte innere Stabilität zu wahren. Damals wie heute interessieren sich die gewöhnlichen Bürger für Staatsschulden nur am Rande. Sie protestieren, sobald

ihnen der Fiskus die Steuern erhöht, ihnen Sozialleistungen und Privilegien kürzt oder nimmt. Umgekehrt entsteht Wohlgefühl, wenn der Staat sich spendabel zeigt – zumal in schwierigen Zeiten. Darauf kommt es mir an. Meine Analyse handelt vom spekulativen Zusammenspiel zwischen Volk und Führung und nicht von den nach der Niederlage fälligen Kriegskosten.^[22]

Gegen Tooze lässt sich im Übrigen gut mit Wehler argumentieren. In dessen Gesellschaftsgeschichte steht: Die deutsche Politik sei seit 1939 »ohne jede verantwortungsbewusste Kalkulation auf die fixe Idee fixiert« gewesen, »später die Lasten auf die besiegten Staaten abwälzen zu können«.^[23] Genau deshalb spreche ich von den Reichsschulden unter der Kapitelüberschrift »Virtuelle Kriegsschulden«, schließlich erklärte die Staatsführung ihrem Volk immer wieder: Die Kriegskredite seien durch das »gewaltige Sachvermögen« gedeckt, das in Osteuropa erobert worden sei.

Nach meiner Erwiderung auf seine Kritik argumentierte Tooze im Gegenzug, gestützt auf Hitlers Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk, man könne mit Staatskrediten die Belastung der Schuldenmacher im Krieg nicht »verzögern«. Prima vista erscheint das plausibel. Anders als ein privater Schuldenmacher, der etwa ein Auto auf einen niedrig verzinsten Kredit kauft und so sein gewohntes Konsumniveau kaum geschmälert aufrechterhalten kann, muss der Krieg führende Staat für seinen auf Schuldenbasis finanzierten Militärkonsum den Zivilkonsum einschränken. Doch ließen sich die Härten des Krieges mit den Hinterlassenschaften der enteigneten und

ermordeten Juden, der deportierten Polen und Franzosen deutlich mildern. In dieselbe Richtung wirkte Görings Schlepp- und Feldpostpäckchenerlass vom Oktober 1940: In dem Maße, wie deutsche Soldaten den Kaufkraftüberhang aus dem Inland im besetzten Ausland in Waren umsetzten und diese nach Deutschland transferierten, hob sich der reale Lebensstandard deutscher Familien deutlich.

Nicht umsonst schrieb der Zeitgenosse Siegfried Lenz 1966 in seinem Essay »Ich zum Beispiel. Kennzeichen eines Jahrgangs«: »Jeder hatte einen Vater, einen Bruder, einen Schwager im Krieg – aus Paris kamen Pakete mit betörender Seife, aus Polen trafen Schmalzkonserven ein, aus Norwegen dunkelroter Rentierschinken und aus Griechenland Korinthen; der Krieg war fern und ging gut und verlief allem Anschein nach rentabel. Wir schmeckten den Krieg zunächst aus Paketen.«^[24] All das erkennt der allein auf die deutsche Binnenwirtschaft fixierte Tooze genauso wenig wie Overy. Beide behandeln die volkswirtschaftlichen Daten im Deutschland des Zweiten Weltkriegs so, als ginge es um eine mehr oder weniger normale, nicht jedoch um eine auf kollektiven Raub gegründete Volkswirtschaft.

Die deutsche Bezugskarte für Kleidungsstücke bestand aus 100 Punkten pro Jahr, dafür waren ein Paar Schuhe und ein Kleid zu haben. Das war nicht viel und zweifellos weniger als in Großbritannien. Doch schickten die im »Volksstaat« beschriebenen Soldaten oft ein Vielfaches der Jahreszuteilung an ihre Lieben in der Heimat. Deshalb ist es irreführend, wenn Overy seine Betrachtung zum

Lebensstandard in Deutschland allein auf die nominelle Zuteilung der Kleidermarken stützt und Buchheim sich darauf beruft. Anhand der Einzelhandelsstatistik rechnet Overy aus, der Index des realen Pro-Kopf-Konsums sei in Deutschland von 1938 bis 1944 um 30 Punkte, in Großbritannien jedoch nur um 12 Punkte gefallen. Mag sein, doch ein einziger Heimatbesuch eines schwer gepackten Wehrmachtsoldaten, eine Serie von Feldpostpäckchen von der Front in die Heimat, das staatliche Verschern eines arisierten Hausstandes glich diese Differenz für mehrere Wochen aus oder stellte deutsche Soldaten und deren Familien sogar besser als im Frieden. Solche Faktoren erschließen sich aus der offiziellen Statistik nicht.

Es kommt darauf an, den extrem räuberischen Mechanismus, den kleptokratischen Charakter der nationalsozialistischen Volkswirtschaft offenzulegen. Erst so gewinnt man den historischen Schlüssel zur Erklärung, wie sich – auf der Basis von Massenmord, staatlich organisiertem Raub und Terror – zugleich die Staatseinnahmen, der binnendeutsche Konsum und die Volksstimmung Meinung stabilisieren ließen.

Die bei Overy genannten Konsumdaten stimmen mit der Lebenswirklichkeit der NS-Raubgemeinschaft nicht überein.^[25] Alle Einwände, die sich auf diese Arbeit stützen, sind gegenstandslos. Weil Overy, Tooze, Buchheim und auch Spoerer sich für ihre Zahlen, nicht jedoch für das reale Versorgungsniveau der deutschen Raubgemeinschaft interessieren, verdunkeln ihre Statistiken die deutschen Lebensverhältnisse im Krieg, anstatt sie zu erhellen.

Wie wenig manche Historiker mit der stimmungspolitischen Praxis des NS-Staates anzufangen wissen, lässt sich an einem Einwand von Buchheim demonstrieren. Er schreibt, es überrasche ihn sehr, wenn in der im »Volksstaat« abgedruckten »Tabelle über die Einnahmen aus dem besetzten und abhängigen Ausland auch die Schweiz auftaucht«. Dagegen hält er das Argument, die Schweiz habe 1952 als einziges Land überhaupt »erhebliche Rückzahlungen durchsetzen können«. Gewiss, aber doch nur deshalb, weil Deutschland den Krieg verloren hat. Aus der Perspektive der Jahre 1939 bis 1944 bildeten die Clearingkredite der Schweiz definitive Einnahmen. Sie entlasteten die deutsche Bevölkerung während des Krieges real und halfen, die Stimmung zu stabilisieren. Deshalb verbuchten die Haushälter der deutschen Kriegskasse die Schweizer Kredite als »Leistung des Auslands« an das Reich.

Der Kritiker Johannes Bähr verfasste eine Studie über den Goldhandel der Dresdner Bank. Dabei ging es, ähnlich wie im Fall der Deutschen Bank, um einige Tonnen deutschen Beutegoldes, das die Bank in die neutrale Türkei transferierte, damit dort – im Auftrag des Reiches und nachdem der Gegenwert des Goldes zuvor an den Reichshaushalt abgeführt worden war – kriegswichtige Güter eingekauft werden konnten. Von den rund 60 Tonnen Beutegold und den vielen Millionen – ebenfalls geraubten – Schweizer Franken, die das Deutsche Reich während des Krieges dem verbündeten Rumänien zugestehen musste, will Bähr nichts wissen. Dasselbe gilt für den wissenschaftlichen Fachberater des Projekts, Christoph Buchheim. Auch ignorieren beide jene zwölf

Tonnen Gold, die den wohlhabenden Juden von Saloniki geraubt wurden. um damit die für die Wehrmacht wichtigen Papierdrachmen zu kaufen. Damit konnte die Inflation in Griechenland so erfolgreich verlangsamt werden, dass die Reichsbank später noch acht Tonnen – anderswo erbeutetem – Gold aus ihrem Depot nach Athen lieferte.

Insgesamt handelt es sich also um mindestens 80 Tonnen, die im besetzten Griechenland und im verbündeten Rumänien zum Vorteil der deutschen Volksgemeinschaft eingesetzt wurden – sei es für den Kauf von Lebensmitteln, Rohstoffen, für den Betrieb von Lazaretten, für den Sold deutscher Soldaten oder für andere Kriegszwecke.

Während die Deutsche und die Dresdner Bank zusammengekommen an den Türkei-Transaktionen rund 2,5 Millionen Reichsmark verdienten, kamen den deutschen Steuerzahlern allein aus den Raubgoldlieferungen an Rumänien, Griechenland und die Türkei mehr als eine viertel Milliarde Reichsmark zugute. [26] Gemessen am Profit zweier Banken betrug der Vorteil, den alle Deutschen aus diesen Goldtransaktionen zogen, das Hundertfache. Letzteres interessiert die Bank-Historiker nicht. Für sich genommen sind die Ergebnisse der emsigen Bank-Forscher nicht falsch. Doch bleiben sie nebensächlich für die Frage, wer eigentlich die Hauptnutznießer solcher Goldgeschäfte gewesen sind. Solche Forschungen müssen nämlich einer Frage folgen, nicht dem warmen Strom der Drittmittel aus den Etats derjenigen Unternehmen, die infolge ihrer NS-Vergangenheit Imageeinbußen befürchten. Bähr und

andere widmen sich mit Fleiß der Banalität, dass eine Bank für ihre Dienste Geld nimmt und, falls das Geschäft gelingt, auch Profit macht.

Im »Volksstaat« geht es darum, die Dimensionen zurechtzurücken. Dort finden sich auf gut 40 Seiten erstmals Angaben zu jenen Goldtransaktionen, die nach dem Willen des Diktators zum materiellen Nutzen der Mehrheitsdeutschen eingesetzt wurden, hinsichtlich der laufenden Steuerlasten und auch, um »Getreidelieferungen durch Goldhergabe [zu] bezahlen«.

Wo es um die eigene Arbeit geht, weichen Bähr und Buchheim aus. Stattdessen verlegen sie sich auf das Allgemeine, und Bähr behauptet: »Alys Modell steht und fällt mit der Frage, ob sich der Lebensstandard der deutschen ›Normalverbraucher‹ durch die nationalsozialistische Herrschaft signifikant verbessert hat.« Als Maßstab gilt den Kritikern gemeinhin das ökonomisch beste Jahr der Weimarer Republik, das Jahr 1928/29. Hachtmann erfindet, im »Volksstaat« werde gesagt, man könne das Wohlergehen der deutschen Arbeiter daran ablesen, dass »die Gesamtheit der Arbeitseinkommen« 1938 das Niveau von 1929 überstiegen habe. Stattdessen heißt es bei mir: »Löhne und Renten stagnierten auf dem tiefen Niveau der Weltwirtschaftskrise. 1928, im besten Jahr der Weimarer Republik, hatte sich die Gesamtheit aller Arbeitseinkommen auf 42,6 Milliarden Reichsmark addiert, 1935 betrug sie 31,8 Milliarden. Erst drei Jahre später stieg die Lohnsumme auf jene Höhe, die sie zehn Jahre zuvor erreicht hatte. Die Stundenlöhne, Gehälter, Renten und Pensionen lagen noch immer deutlich darunter.

Gemessen an der verkauften Menge blieben die Erlöse der Landwirtschaft bis 1945 erheblich unter dem Ergebnis von 1928/29.« Dann folgt die These: »Doch genügte das Gefühl von ökonomischer Erholung und autoritärer Entschlossenheit, um die Loyalität der großen Mehrheit für den nationalsozialistischen Staat zu wahren.« (S. 49)

Für eine Politik, die eine stets prekäre Massenlaune im positiven Bereich halten will, ist es bis heute gleichgültig, ob etwa ein Anstieg der Sozialleistungen oder Löhne im langfristigen Trend ein absolutes Plus bedeutet oder nur ein relatives. Wenn sich zum Beispiel in Deutschland vor der nächsten Bundestagswahl im Jahr 2009 die Renten um nur fünf Prozent steigern ließen und dafür – wie das unter Hitler dank der Millionen Zwangsarbeiter der Fall war – die Abgabenlast der deutschen Arbeitnehmer nicht erhöht werden müsste, würde ein solches Kunststück die Wahlchancen der Regierungsparteien deutlich steigern. Der faktisch richtige Einwand, ein solcher Rentenbonus gleiche den realen Kaufkraftverlust deutscher Seniorenhaushalte zwischen 1995 und 2008 nicht annähernd aus, würde den politischen Effekt nicht im Geringsten schmälern.

Deshalb ist es wirklichkeitsfremd, wenn Winfried Süß den Abschnitt des »Volksstaats«, der von der demonstrativen Rentenerhöhung im November 1941 handelt, mit dem Hinweis auf die unstrittige Tatsache widerlegen will, die Rentenerhöhung von 1941 hätte »nur einen Teil dieser Kürzungen« korrigiert und sei im Übrigen auch wegen des »kriegsbedingten Anstiegs der Lebenshaltungskosten« für das Regime ratsam gewesen. Geschichtsleere Statistik ersetzt auch hier die Analyse

politischer Prozesse. So als hätte Süß dort abgeschrieben, heißt es im »Volksstaat« zur Rentenerhöhung von 15 Prozent im November 1941: »Das glich zum einen den geringfügigen Anstieg der Lebenshaltungskosten im Krieg aus und korrigierte zum anderen die Kürzungen aus der Notverordnungszeit 1930/32, ohne sie vollständig auszugleichen.« (S. 71)

Interessant ist, womit sich der Kritiker mit keinem Wort befasst: die großzügigere Bemessung der Anwartschaften für die Renten und die Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung für Rentner im Jahr 1941. Der Grund für das betretene Schweigen ist rasch gefunden, denn Süß verbreitete in einem jüngst erschienenen Lexikonartikel zum Stichwort Sozialpolitik, »nur wenige ausgewählte Bevölkerungsgruppen [...] profitierten von der Sozialpolitik des Dritten Reiches.« Begriffe wie Kindergeld, Ehegattensplitting, Steuerklassen und Steuern überhaupt bleiben nicht nur ihm, sondern dem gesamten Lexikon fremd, an dem sich mehrere meiner Kritiker beteiligt haben.^[27]

Nimmt man die von Rüdiger Hachtmann erarbeitete und von anderen Kontrahenten zitierte Studie »Industriearbeit im ›Dritten Reich‹«^[28] zur Hand, dann fällt zunächst auf, wie ausführlich Hachtmann von jenen Lasten spricht, die deutsche Arbeiter hätten tragen müssen. Mit keinem Wort erwähnt er, dass seit Dezember 1940 jegliches Einkommen, das aus den Zuschlägen für Überstunden-, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit herrührte, von Steuern und Sozialabgaben freigestellt war. Damit stiegen die Löhne deutlich, zumal anderenfalls auch die Steuer-

und Sozialabgabenanteile des Grundlohns einer stärkeren Progression unterworfen worden wären.

Nicht einmal in seiner Kritik bemerkt Hachtmann den für ein Standardwerk zur Lohnpolitik des Nationalsozialismus bemerkenswerten blinden Fleck. Ihm fehlt die Souveränität, den Erkenntnisgewinn dort anzumerken, wo er von »den interessanten Ergebnissen der Arbeit Alys« spricht. Mehr noch: Hachtmanns Statistiken für die Lohnentwicklung während des Krieges sind, wie sich aus einer kleinen Fußnote erschließt, wenig aussagekräftig. Seine Angaben zur durchschnittlichen Lohnhöhe schließen nämlich seit 1940 »ausländische Zivilarbeiter« ein. Wenn auch offenbar die späteren Ostarbeiter nicht dazu gezählt wurden, so doch die vielen Millionen zwangsdeportierten und die zum Teil auch auf freiwilliger Basis angeworbenen Industriearbeiter aus Polen, Westeuropa und dem Protektorat Böhmen und Mähren. Da diese deutlich schlechter bezahlt wurden als ihre deutschen Kollegen, verzerrt das Einbeziehen ihrer Löhne die allgemeine Lohnstatistik massiv. Ferner integrierte das Statistische Reichsamt seit Dezember 1940 die so bezeichneten eingegliederten Ostgebiete und damit etwa zwei Millionen dort sesshafte polnische Arbeitskräfte in die amtliche, von Hachtmann unkritisch übernommene Lohnstatistik. Da diese Arbeitskräfte ebenfalls deutlich geringere Löhne erhielten, entsteht ein verfälschtes Bild vom tatsächlichen Verdienst eines reichsdeutschen Arbeiters. Einzukalkulieren wäre weiterhin, in welchem beachtlichen Ausmaß das in den annektierten Landesteilen Österreich, [29] Sudetenland, Oberschlesien und Westpolen deutlich

niedrigere Lohnniveau den Durchschnittslohn jener reichsdeutschen Arbeiter in der Reichsstatistik nach unten drückte, die in den Grenzen von 1937 wohnten.^[30]

Wie sehr Hachtmann Opfer seiner Prämissen wird, zeigt sich daran, mit welchem akribischen Aufwand er die vom Statistischen Reichsamt festgestellte Senkung der allgemeinen Lebenshaltungskosten in der Zeit des Nationalsozialismus quellenkritisch auseinandernimmt. Sie belief sich nach einer von ihm benutzten Statistik offiziell auf stolze 18 Prozent. Er korrigiert sie – sicherlich zu Recht – auf neun Prozent. Das bleibt, gemessen an den Lohnverhältnissen der Zeit, noch immer eine erhebliche indirekte Lohnerhöhung. Aber was er auf der einen Seite im Hinblick auf die Lebenshaltungskosten an Quellenkritik leistet, spart er auf der Seite der Lohnentwicklung ein. Anders als die fallenden Lebenshaltungskosten passt ihm die infolge von Zwangsarbeit, Ausländerarbeit und riesiger Gebietsannexionen stark abgeflachte Bruttolohnkurve ins ideologische Konzept.

Dennoch weist seine Statistik der Bruttostundenverdienste in einigen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie zwischen 1936 und 1941 massiv nach oben. Auch hier bringt der Rekurs auf das Lohnniveau von 1928 für die Frage nach der relativen Zufriedenheit der Arbeiter nichts. Immerhin stieg selbst nach Hachtmanns Angaben, die im Hinblick auf den reichsdeutschen Durchschnittsarbeiter jedenfalls nach oben korrigiert werden müssten, der wöchentliche Arbeitsverdienst eines Arbeiters zwischen 1934 und 1944 um 30 Prozent. Nimmt man die Senkung der

Lebenshaltungskosten dazu, dann sind es an die 40 Prozent.^[31]

Ferner verzichtet Hachtmann darauf, die Auswirkungen der familienfreundlichen Steuerreform von 1934 zu untersuchen. Neben den zweifellos vorhandenen Motiven der deutschen Führung, die Geburten zu fördern und einem Teil der weiblichen Arbeitskräfte das Dasein als Mütter und Hausfrauen schmackhaft zu machen, wäre zunächst einmal festzustellen, wie viel mehr ein Familienvater infolge dieser Steuerreform in der Lohntüte hatte. Das ist keine Marginalie – schließlich bildete die Ehe mit Kindern die vorherrschende Lebensform. Hachtmann hätte Aussagen zum Nettolohn zu treffen, den ein von Statistikern so bezeichneter »Eckarbeiter« in den Reichsgrenzen von 1937 mit zwei bis drei Kindern in den Jahren 1934 bis 1945 bezog. Immerhin war der Lohnsteuerabzug für einen ledigen, kinderlosen Metallarbeiter mit einem Monatsverdienst von 230 Reichsmark seit der Finanzreform von 1934 doppelt so hoch wie der eines verheirateten Arbeiters mit einem Kind.

Dazu wären die Sozialleistungen zu rechnen, die eine solche Familie im Krieg bezog. Ausweislich des Reichshaushalts stiegen diese Transferzahlungen zwischen 1939 und 1942 von 250 Millionen auf eine Milliarde Reichsmark. Wegen des Stopps dieser Zahlungen im Jahr 1945 konnte zum Beispiel ein fränkischer Landpfarrer mit acht Kindern die jüngeren dann nicht mehr zum Besuch der höheren Schule in ein Internat schicken.^[32]

Das ideologische Abrakadabra der

Kritik

Das Ausrauben besetzter Länder, so meint Thomas Kuczynski, sei seit dem Dreißigjährigen Krieg üblich und der Unterschied der nazistischen Kriegsführung zu sonstigen Kriegsbräuchen »nicht so groß«. Wildt argumentiert in seiner, wie er es nennt, »epistemologischen Neugier« ähnlich, wenn er einwendet, Soldaten hätten schon immer »gestohlen, geraubt, Beute gemacht und requiriert«. Es mag sich zwar dem ideologisch gusseisernen Abrakadabra dieser Kritiker entziehen, doch hätten sich die alliierten Besatzungsarmeen 1945 nur annähernd so verhalten wie die Deutschen zuvor, wäre von den Besiegten nicht viel übrig geblieben. (Als ehemaliger DDR-Bürger wird sich Kuczynski daran erinnern, welches Missfallen schon die vergleichsweise harmlosen Einkaufstouren sowjetischer Offiziere und deren Gattinnen erregten.)

Kuczynskis zweite kritische Anmerkung richtet sich gegen die von mir genannte Faustregel zur Umrechnung damaliger Reichsmarkbeträge in heutige Euro nach einem Kurs 1:10. Stattdessen schlägt er 1:5 vor. Allerdings verrät er in seiner Kritik nicht, was er selbst in einer früheren Studie zu den Entschädigungsansprüchen ehemaliger Zwangsarbeiter schrieb. Dort kalkulierte er die deutschen Löhne des Jahres 1999 im Vergleich zu denen der Jahre 1940–44 (in Euro ausgedrückt) auf das Elffache.^[33] Ähnliches gilt für die Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Das bedeutet jedoch keinen um das Elffache höheren Lebensstandard. Dieser Binsenweisheit lässt sich leicht zustimmen, und deshalb wählte Kuczynski in der

genannten Arbeit einen niedrigeren Multiplikator.

Im »Volksstaat« geht es jedoch nicht um Restitution, sondern um das Veranschaulichen geschichtlicher Differenzen und Größenordnungen: Ein durchschnittlicher deutscher Arbeiter verdiente damals eben nicht mehr als 200 Reichsmark brutto im Monat; die Reichseinnahmen betrugen im Haushaltsjahr 1938/39 17 Milliarden Reichsmark, dementsprechend machte das 1938 erfasste und später verstaatlichte Vermögen der Juden von knapp acht Milliarden Reichsmark fast die Hälfte der Jahreseinnahmen des letzten deutschen Friedenshaushaltes aus – heute betragen die jährlichen Bundeseinnahmen gut 200 Milliarden Euro. Um solche Unterschiede ungefähr in heutige Geldgrößen zu transponieren, ist die Faustregel zweckmäßig, nach der eine Reichsmark etwa zehn heutigen Euro entsprach.

Die Annahme Kuczynskis, nach der »Zwangsarbeitskräfte faktisch die gleichen Lohnsteuern wie deutsche Arbeitskräfte« gezahlt hätten, ist aus der Luft gegriffen. Wie im »Volksstaat« am Beispiel des Zwangsarbeiters Ernst Samuel bei Daimler-Benz gezeigt wird, verdiente er stattliche 234 Reichsmark im Monat. Aber davon hatte er 108 Reichsmark an Steuern und Sozialversicherung abzuführen – mehr als das Dreifache dessen, was ein arischer verheirateter Kollege mit einem Kind zu entrichten hatte. Der Lohnsteuertarif für sich genommen lag mehr als doppelt so hoch. Die mit den Steuer- und Sozialabgaben abgeführte zusätzliche 15-prozentige »Sozialausgleichsabgabe«, die Zwangsarbeiter wie zivile polnische Arbeitskräfte im annektierten Teil Polens entrichten mussten, floss offensichtlich in die

deutschen Sozialkassen. Nur so lässt sich erklären, warum der Reichszuschuss für die sozialen Sicherungssysteme im Jahr 1941 um 42 Prozent stieg und im Jahr 1942 um 31 Prozent fiel. Das wurde erreicht, obwohl Ende 1941 die Renten um 15 Prozent erhöht, die Rentner in die Krankenkassen aufgenommen, nicht jedoch die Sozialabgaben erhöht worden waren, und der Krieg die Kassen zusätzlich belastete.

Auch in diesem Fall gibt es einen Grund, warum sich Kuczynski so massiv gegen den von mir vorgenommenen Perspektivwechsel von der Elite zum Volk wehrt. Er findet sich in seinem Buch »Brosamen vom Herrentisch«, entstanden aus einem Gutachten, das Kuczynski 1999 zur Zwangsarbeiterentschädigung geschrieben hatte – und zwar im Auftrag der Bremer Stiftung für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts.

Darin geht er von der zu niedrig gegriffenen Annahme aus, den Zwangsarbeitern seien lediglich »im Schnitt 25% an überhöhten Steuern und Abgaben abgezogen« worden. Das waren, wie er am Beispiel eines Daimler-Benz-Arbeiters vorrechnet, 474,96 Reichsmark, die an die deutschen Staats- und Sozialversicherungskassen flossen. Der verbleibende Jahresnettolohn betrug durchschnittlich 1424,88 Reichsmark. Gemessen an einem arischen Arbeiter zahlte der Betrieb nach Kuczynskis plausibler Rechnung einem Zwangsarbeiter 942,36 Reichsmark weniger Bruttolohn. Demnach flossen nach Kuczynski angeblich zwei Drittel des Ertrags aus der Zwangsarbeiterausbeutung ins Portefeuille der Kapitalisten, und ein Drittel (474,96 Reichsmark) wurde zugunsten der Staatskasse und damit zugunsten der

deutschen Steuerzahler sozialisiert.[34]

Obwohl die Rechnung in sich stimmt, ist sie falsch, weil Kuczynski die Fiktion bedient, sein Musterzwangsarbeiter habe über seinen Nettolohn (abzüglich einem Betrag für Essen und Unterkunft) einigermaßen frei verfügen können. Tatsächlich hatten sowohl die freiwillig wie die zwangsweise eingesetzten ausländischen Arbeiter einen möglichst großen Teil ihrer Löhne an ihre Familien im Ausland zu überweisen. Bei dieser Gelegenheit vereinnahmte eine Deutsche Verrechnungskasse genannte Abteilung der Reichsbank die überwiesenen Beträge und verwandelte die Milliardensummen in Kriegsanleihen des Deutschen Reiches oder überwies sie – was faktisch keinen Unterschied bedeutete – direkt an die Reichskasse. Den Familien der ausländischen Arbeiter wurden sie entweder überhaupt nicht oder aus den Besatzungskostenhaushalten der jeweiligen Länder ausbezahlt.[35]

Mit diesem Trick sicherte sich das Reich den Löwenanteil an den Einnahmen aus der Zwangsarbeit. Rechnet man im Licht dieser Tatsache noch einmal nach, wer die Nutznießer der Zwangsarbeit waren, vereinnahmte der deutsche Staat – selbst dann, wenn man die in mancher Hinsicht schönfärberischen Prämissen Kuczynskis akzeptiert – deutlich mehr als das private Kapital.

Damit sind die Gesamtzahlen, die Kuczynski für die Exploitation der Fremdarbeiter angibt, deutlich zu niedrig. Er verkleinert und verharmlost die Ausbeutung der ausländischen (Zwangs-) Arbeiter, weil er auf einem Auge blind ist. Folglich ist auch seine prozentuale Aufschlüsselung der Gewinne falsch, die einerseits der

Staat und andererseits das Kapital daraus zogen. Die im »Volkstaat« gewonnenen Einsichten zum gemeinnützigen Staatsraub an den Zwangsarbeitern entziehen dem Gutachten Kuczynskis die Grundlage.

Eine offene Forschungsfrage berührt Buchheim mit der Bemerkung, meine »Addition eines großen Teils der Allgemeinen Verwaltungseinnahmen« im Reichshaushalt zu den Erträgen aus den besetzten Ländern Europas führe »zu erheblichen Doppelzählungen«. Unter dem Haushaltstitel Allgemeine Verwaltungseinnahmen wurden auch die unterschlagenen Lohnüberweisungen ins Ausland subsumiert und – sofern sie dann aus den Besatzungskostenhaushalten bezahlt wurden – zweimal als Einnahmen gebucht. Ich habe das Problem aber nicht unerwähnt gelassen, wie Buchheim suggeriert, sondern es ausdrücklich benannt: »Für einige Milliarden Reichsmark enthält die Bilanz des Raubes Doppelbuchungen, die auf die zeitgenössischen Haushaltsrechnungen zurückgehen.« (S. 323f.)

Diesen mit Gewissheit zu viel kalkulierten Milliarden stehen jedoch Beträge gegenüber, die ich, wie es dort heißt, »mangels statistischer Grundlage« nicht in die Kalkulation der externen Einnahmen einbeziehe. Dazu gehört der Teil des Steueraufkommens, den deutsche Unternehmen und Unternehmer zu entrichten hatten, die aus dem Produktionsfaktor Zwangsarbeit herrührten, auf geraubten Fabriken, Rohstoffen und Halbfabrikaten. Ich unterstelle, kann es jedoch nicht beweisen, dass sich die insgesamt gesehen geringfügigen Doppelbuchungen damit zumindest ausgleichen, und sage dann: »Darüber und über Einwände gegen einzelne der vorstehenden Zahlen und

Annahmen lässt sich diskutieren.«

Die detaillierte Rekonstruktion des Kriegshaushaltes des Deutschen Reiches steht noch aus, aber vermutlich wird eine solche Untersuchung das von mir gewonnene Bild eher schärfer konturieren als abschwächen. Für die Stabilität ihrer Herrschaft bedurften die Machthaber nicht vieler Zehnmillionen begeisterter Heil-Schreier. Ihnen reichte ein Volk, das in seiner Mehrheit einigermaßen zufrieden mit sich selbst beschäftigt blieb und folglich Ruhe gab.

Gefreut hat mich eine Bemerkung Wehlers über meine Bücher: Alys »Interpretation des Massenmords schwankt freilich«. Wehler hingegen behauptet, über *eine* »erklärungskräftige Interpretation« zu verfügen. Schön für ihn. Jenseits solcher Gewissheit gehe ich gerne ins Archiv, lasse mich von den Quellen überraschen und ändere – je nach Gegenstand – die Blickrichtung. Mal konzentriere ich mich auf die Vordenker der Vernichtung, dann auf das Schicksal eines ermordeten jüdischen Mädchens, dann wieder auf die Politik der ethnischen Säuberung, die Deportation der ungarischen Juden oder eben auf die Gefälligkeitsdiktatur und als nächstes auf die doppelte Enteignung des jüdischen Unternehmers Julius Fromm. Das so schon entstehende Gesamtbild ist fassettenreich. Weitere Perspektivwechsel werden folgen, weil man sich nur so der realen Vielfalt des Geschehenen annähern kann.

Anhang

Umrechnungskurse

Von Deutschland 1939–1945 festgesetzte Wechselkurse^[36]

		RM
Albanien	100 alb. Franken	81,00
Belgien	100 Belga (= 500 belg. Francs)	40,00
von 1943 an:	25,00	
Bulgarien	100 Lewa	3,10
Dänemark	100 Kronen	52,30 ^[37]
Finnland	100 Finnmark	5,10
Frankreich	100 Francs	5,00
Generalgouvernement	100 Złoty	50,00
Griechenland	100 Drachmen (lfd. erhöhter Teuerungsindex)	1,67
Großbritannien	100 Pfund	991,00
Italien	100 Lire	13,20
von Sept. 1943 an:	10,00	
Kroatien	100 Kuna	5,00
Luxemburg	100 Francs	10,00 ^[38]
Niederlande	100 Gulden (holländ. Florint)	132,70
Norwegen	100 Kronen	56,90 ^[39]
Protektorat		
Böhmen und Mähren	100 Kronen	10,00
Rumänien	100 Lei	1,67 ^[40]
Schweiz	100 Franken	58,00
Serbien	100 Dinare	5,00
Slowakei	100 Kronen	8,60
Ungarn	100 Pengö	60,90
Ukraine	100 Karbowane	10,00

UDSSR	100 Rubel 47,20 RM (bis 22. 6. 1941)	10,00
USA	100 Dollar	250,20

Amtlicher Goldkurs während des Zweiten Weltkriegs

Gold	35 \$ pro Feinunze = 1125,00 \$ pro kgf = 4869,80 SFr pro kgf = 2784,00 RM ^[41]
1 Goldpfund	10 \$ = 25 RM (nach einem anderen Umrechnungskurs 20 RM)

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt, Berlin
AAN	Archiwum Akt Nowych, Warschau
AB	Abschlussbericht
ABdF	Archive de la Banque de France, Paris
A.B.P.	Abwehrstelle Briefpost
Abt.	Abteilung
Adm.	Admiral
AG	Arbeitsgemeinschaft, Aktiengesellschaft
AGR	Amtsgerichtsrat
AN	Archives Nationales, Paris
Anh.	Anhang
Anl.	Anlage
AOK	Armeeoberkommando
AR	Amtsrat
ASBI	Archivio Storico Banca d'Italia, Rom
Aufn.	(Mikrofilm-)Aufnahme
AWA	Allgemeines Wehrmachtamt
AWI	Arbeitswissenschaftliches Institut der DAF
B-A	Bank-Archiv (Zeitschrift)
BA	Bundesarchiv (Berlin-Lichterfelde und

	Koblenz)
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg i.Br.
BA-D	Bundesarchiv, Dahlwitz-Hoppegarten
BDDA	Bank der Deutschen Arbeit
BdF	Banque de France
BdS	Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
Bearb.	Bearbeiter
Befh.	Befehlshaber
Bev.	Bevollmächtigter, bevollmächtigt
bfrs	Belgische Francs
Bhf.	Bahnhof
Bl.	Blatt
B/NF	(MB, WB, MV) Belgien und Nordfrankreich
B.T.	Brüsseler Treuhandgesellschaft m.b.H.
Bü.	(Akten-)Bündel
BW	Bankwirtschaft (Zeitschrift)
CAEF	Centre des Archives Économiques et Financières (Savigny-le-Temple)
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DHM	Deutsche Heeresmission
Dir, -dir	Direktor, Direktorium

Div.	Division
dkr	Dänische Kronen
DSK	Devisenschutzkommando
Dt., dt.	Deutsch, deutsch
DVO	Durchführungsverordnung
DW	Dienststelle Westen des RMfbdO
ET	Eichmann Trial, Protokolle und Dokumente
EF	Einsatz-Familienunterhalt
EFUG	Einsatz-Familienunterhaltsgesetz
F	(Lese-) Film
F-A	Finanzarchiv (Zeitschrift)
FA, FÄ	Finanzamt (-ämter)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ffrs	Französische Francs
FfW	Forschungsstelle für Wehrwirtschaft
F.H.Q.	Führerhauptquartier
fl.	siehe hfl
franz.	französisch
FS	Fernschreiben
FU	Familienunterhalt
GBW	Der Generalbev. für die Kriegswirtschaft (in Deutschland), Der Generalbev. für die Wirtschaft (in Serbien)
geh.	geheim

geh. RS.	geheime Reichssache
Gen.	General
GenQu	Generalquartiermeister
Gen.St.	Generalstab
Ges.	Gesandtschaft
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Generalgouvernement
Gsta	Generalstaatsanwaltschaft
GStA	Geheimes Preußisches Staatsarchiv, Berlin
GV	Gerichtsvollzieher
H.	Heft
HA	Hauptabteilung
ha	Hektar
HAdDB	Historisches Archiv der Deutschen Bundesbank, Frankfurt a.M.
HaPol	Handelspolitische Abteilung des AA
hfl	Holländische Florint (Gulden)
HfL	Hochschule für Lehrerbildung
Hg., hg.	Herausgeber, herausgegeben
H. Gr.	Heeresgruppe
hl	Hektoliter
Hptm.	Hauptmann
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer

HV	Hauptverwaltung (der Reichskreditkassen)
H.V.Bl.	Heeresverordnungsblatt
HZA, HZÄ	Hauptzollamt, -ämter
IDO	Institut für Deutsche Ostarbeit, Krakau
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
IMG	Internationaler Militärgerichtshof, Nürnberg (siehe Literaturverzeichnis)
Int.	Intendant
JB	Jahrbuch, Jahresbericht
Kdo	Kommando(sache)
Kdt.	Kommandant
kg	Kilogramm
kgf	Kilogramm Feingold
Kgf	Kriegsgefangener
K.L.	Konzentrationslager
KLV	Kinderlandverschickung
Kom.	Kommandantur
Kr.Gef.	Kriegsgefangener
KTB	Kriegstagebuch
Kto.	Konto
KVR	Kriegsverwaltungsrat
KVVChef	Kriegsverwaltungsvizechef
KWVO	Kriegswirtschaftsverordnung

LArch	Landesarchiv
LB	Lagebericht
LG	Landgericht
LR	Legationsrat
Lt.	Leitender, Leutnant
Lw	Luftwaffe
LZB	Landeszentralbank
Mar.Gr.Süd	Marinegruppe Süd
MB, MBfh, Mil.Befh.	Militärbefehlshaber
MBiF	Militärbefehlshaber in Frankreich
MBB/NF	Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich
MBIRKO	Mitteilungsblatt des Reichskommissars für das Ostland
Mill., Mio.	Millionen
MinDir	Ministerialdirektor
MinDirig	Ministerialdirigent
Mk	Mark
MoB	Monatsbericht
MOL	Magyar Országos Levéltár, Budapest (Ungarisches Staatsarchiv)
MR	Ministerialrat
Mrd.	Milliarden

MS	Manuskript
MV	Militärverwaltung
MVB/NF	Militärverwaltung Belgien und Nordfrankreich
MVR	Militärverwaltungsrat
MVAChef	Militärverwaltung, Amtschef
MVOR	Militärverwaltungsoberrat
NA	National Archives (and Records Administration), College Park, MD
N.F.	Neue Folge
niederl.	niederländisch
nkr	Norwegische Krone
Nl	Nachlass
NSB	Nationaal-Socialistische Beweging (in den Niederlanden)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSG	Nationalsozialistische Gewaltverbrechen
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OB	Oberbefehlshaber
o.D.	ohne Datum
OFP	Oberfinanzpräsident
ÖGZ	Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte, Wien

Okdo	Oberkommando
OKH	Oberkommando des Heeres
OKM	Oberkommando der Kriegsmarine
OKVR	Oberkriegsverwaltungsrat
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OLG	Oberlandesgericht
OMGUS	Office of Military Government for Germany, United States
OQu	Oberquartiermeister
Org.	Organisation
ORR	Oberregierungsrat
o.U.	ohne Unterschrift
OZI	Oberzollinspektor
PA	Personalakte
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin
PA AA (BA)	Aus dem BA entlehene Bestände des PA AA
Pak	Panzerabwehrkanone
Pfd.	Pfund
Pg.	Parteigenosse (der NSDAP)
PK	Parteikanzlei Hitlers
Präs.	Präsident
PRMI	Preußisches Ministerium des Innern

RAM	Reichsarbeitsministerium
RB	(Deutsche) Reichsbank
RBev.	Reichsbevollmächtigter
Ref.	Referat
Regr.	Regierungsrat
Reichsk.	Reichskanzlei
RFM	Reichsfinanzministerium, Reichsminister der Finanzen
RFSS	Reichsführer SS
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RH	Rechnungshof des Deutschen Reichs
RHK	Reichshauptkasse
RK	Reichskommissar, Reichskommissariat, Reichskanzlei, Reichskanzler
RKF	Reichskommissar für die Festigung Deutschen Volkstums
RKG	Reichskredit Gesellschaft AG
RKK	Reichskreditkasse
RKO	Reichskommissariat Ostland
RKU	Reichskommissariat Ukraine
RL	Richtlinien
RLR	Reichslandwirtschaftsrat
RM	Reichsmark
RMEL	Reichsministerium für Ernährung und

	Landwirtschaft
RMfdbO	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
RMI	Reichsministerium des Inneren, Reichsminister des Inneren
Roges	Rohstoff-Handelsgesellschaft mbH
Rpf	Reichspfennig
RR	Regierungsrat
RRDir	Regierungsrechnungsdirektor
RS	Rundschreiben
RS.	(Geheime) Reichsache
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RStBl.	Reichssteuerblatt
RTO	Reichstarifordnung
RVM	Reichsverkehrsministerium
RVR	Reichsverteidigungsrat
RWM	Reichswirtschaftsministerium
SA	Sturmabteilung (Massenorganisation der NSDAP)
SAdK	Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin
SAEF	Le Service des archives économiques et financières, Savigny-le-Temple
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands

SBev.	Sonderbevollmächtigter
SD	Sicherheitsdienst der SS
S.d.C.	Service du contrôle (des Administrateurs provisoires)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Seetra	Seetransport (-stelle)
SFr	Schweizer Franken
Sipo	Sicherheitspolizei
SKL	Seekriegsleitung
SS-HA	SS-Hauptamt
St	Steuer
StA	Staatsarchiv
StS	Staatssekretär
STVO	Steuerverordnung
TB	Tätigkeitsbericht(e)
TDT	Treuverkehr Deutsche Treuhand AG, Berlin
Tgb.	Tagebuch
uk	unabkömmlich
URO	United Restitution Organization
VB	Völkischer Beobachter
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
v.H.	von Hundert
VJP	Vierjahresplan

VO	Verordnung
VOBlF	Verordnungsblatt des Militärbefehlshabers in Frankreich
VOBlRProt	Verordnungsblatt des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren
Vowi	Volkswirtschaftliche (Abteilung)
VR	Verwaltungsrat
W	Wirtschafts-
WaKo	Waffenstillstandskommission
WB, WBfh.	Wehrmachtbefehlshaber
WFStb	Wehrmachtführungsstab
Wi	Wirtschafts-
WiStb	Wirtschaftsstab
WO	Wirtschaftsoffizier
WoB	Wochenbericht
WVA	Wehrmachtverwaltungsamt
WVHA	Wirtschafts-Verwaltungshauptamt der SS
WWA	Weltwirtschaftliches Archiv (Zeitschrift)
WwiStb	Wehrwirtschaftsstab
ZFA, ZFÄ	Zollfahndungsamt, -ämter
z.b.V.	zur besonderen Verfügung
ZF	Zollfahndung
ZFS	Zollfahndungsstelle

ZgS	Zeitgeschichtliche Sammlung
ZNU	Zentralnotenbank Ukraine
Ztg.	Zeitung

Literatur

- Aalders, Gerhard: Geraubt! Die Enteignung jüdischen Besitzes im Zweiten Weltkrieg, Köln 2000.
- Abelshauser, Werner: Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 503–538.
- Abschöpfungsprobleme auch in der Slowakei, in: Bank-Archiv, 1943, S. 114f.
- Adler, H. G.: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.
- Albrecht, G.: Bericht über die deutsche Kriegsfinanzierung, in: Finanzarchiv N.F. 7 (1940), S. 517–532.
- Albrecht, G.: Die Unterstützung der Familien Einberufener. Entwicklung und gesetzliche Grundlagen, in: Jahrbücher der Nationalökonomie und Statistik 151 (1940), S. 66–84.
- Aly, Götz (Hg.): Das Posener Tagebuch des Hermann Voss, in: Biedermann und Schreibtischtäter (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 4), Berlin 1987, S. 15–66.
- Aly, Götz/Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991.
- Aly, Götz: »Endlösung«. Völkerverschiebung und der

- Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a.M. 1995.
- Aly, Götz: Macht, Geist, Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997.
- Aly, Götz: Rasse und Klasse. Nachforschungen zum deutschen Wesen, Frankfurt a.M. 2003.
- Aly, Götz: Im Tunnel. Das kurze Leben der Marion Samuel 1931-1943, Frankfurt a.M. 2004.
- Ancel, Jean: Seizure of Jewish Property in Romania, in: Confiscation of Jewish Property in Europe, 1933-1945. New Sources and Perspectives (United States Holocaust Memorial Museum, Symposium Proceedings), Washington, DC 2003, S. 43-56.
- Angel, Marc D.: The Jews of Rhodes. The History of a Sephardic Community, New York 1980.
- Apostolou, Andrew: »The Exception of Saloniki«: Bystanders and Collaborators in Northern Greece, in: Holocaust and Genocide Studies, 14 (2000), S. 165-196.
- Arnoult, Pierre u.a.: La France sous l'occupation, Paris 1959.
- Arnoult, Pierre: Les finances de la France sous l'occupation, in: Arnoult u.a., La France, S. 39-56.
- Assa, Aaron: Macedonia and the Jewish People, Skopje 1994.
- Azzolini, Vincenzo: Die Technik der Finanzierung der italienischen Kriegswirtschaft, in: Bankarchiv, Jg. 1942, S. 44-47.
- Bajohr, Frank: »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer

- 1933-1945, Hamburg 1997.
- Bajohr, Frank: »... dann bitte keine Gefühlsduseleien.«
Die Hamburger und die Deportationen, in: Die
Deportation der Hamburger Juden 1941-1945,
Hamburg 2002.
- Banken, Ralf: Die deutsche Goldreserven- und
Devisenpolitik 1933-1939, in: Jahrbuch für
Wirtschaftsgeschichte, 2003/1, S. 49-78.
- Bankier, David: Die öffentliche Meinung im Hitler-
Staat. Die »Endlösung« und die Deutschen. Eine
Berichterstattung, Berlin 1995.
- Bark, Harry: Quellen und Methoden der Deutschen
Kriegsfinanzierung im Weltkrieg und heute,
Wirtschaftswiss. Diss., Göttingen 1941.
- Bayrhofer, Walther: Die alte und die neue Reichsbank,
in: Deutsche Geldpolitik (= Schriften der Akademie
für Deutsches Recht. Gruppe
Wirtschaftswissenschaft, Nr. 4), hg. vom Präsidenten
der Akademie für Deutsches Recht, Reichsminister
Dr. Hans Frank, Berlin 1941, S. 88-102.
- Beer, Wilfried: Kriegsalltag an der Heimatfront.
Alliierter Luftkrieg und deutsche Gegenmaßnahmen
zur Abwehr und Schadensbegrenzung, dargestellt
für den Raum Münster, Bremen 1990.
- Benning, Bernhard: Der Anstieg von Besteuerung und
öffentlicher Verschuldung im Ausland und in
Deutschland, in: Bank-Archiv, Jg. 1940, S. 39-41.
- Benning, Bernhard: Abschöpfung durch
Anleihebegebung, in: Bankwirtschaft, Jg. 1943,
S. 117-121.
- Benning, Bernhard: Expansion und Kontraktion der

- Geldmenge, in: Weltwirtschaftliches Archiv 58 (1943,2), S. 205–244.
- Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1989.
- Bisky, Jens: Wenn Jungen Weltgeschichte spielen, haben Mädchen stumme Rollen, Süddeutsche Zeitung, 24. 9. 2003.
- Bissinger, Edgar (Hg., Zentralbüro der DAF): Das musst du wissen! Arbeitsrecht, Sozialversicherung, Familienunterhalt usw. im Kriege (2., vollst. umgearb. Aufl.), Berlin 1941.
- Blank, Ralf: Ersatzbeschaffung durch »Beutemachen«. Die »M-Aktion« – ein Beispiel nationalsozialistischer Ausplünderungspolitik, in: Kenkmann, Alfons/Rusinek, Bernd-A. (Hg.): Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden, Münster 1999, S. 87–101.
- Blümich, Walter: Körperschaftsteuer-Gesetz vom 16. Oktober 1934 in der Fassung der Änderungsgesetze von 1936 und 1938, mit Durchführungsverordnungen und Verwaltungsanweisungen, Berlin 1939.
- Blümich, Walter: Einkommensteuergesetz. Mit Durchführungsverordnungen und Verwaltungsanweisungen, 5. Aufl., Berlin 1943.
- Boberach, Heinz (Hg.): Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Herrsching 1984.
- Böhler, Jochen: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die

- Wehrmacht in Polen 1939, Phil. Diss., Köln 2004
(Fischer Taschenbuch Verlag 2005).
- Boelcke, Willi A. (Hg.): Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–43, Stuttgart 1967, hier: Herrsching 1989.
- Boelcke, Willi A.: Kriegsfinanzierung im internationalen Vergleich. Globale Wesenszüge der Kriegsfinanzierung unter theoretischen Aspekten, in: Forstmeier, Friedrich/Volkman, Hans-Erich (Hg.): Kriegswirtschaft und Rüstung 1939–1945, Düsseldorf 1977, S. 14–72.
- Boelcke, Willi A.: Die Kosten von Hitlers Krieg. Kriegsfinanzierung und finanzielles Kriegserbe in Deutschland 1933–1948, Paderborn 1985.
- Boelcke, Willi A.: Die Finanzpolitik des Dritten Reiches. Eine Darstellung in Grundzügen, in: Bracher u.a. (Hg.), Deutschland, Düsseldorf 1992, S. 95–117.
- Boelcke, Willi A.: Veränderungen im Aktivgeschäft der Sparkassen während der Zeit des Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für bayerische Sparkassengeschichte 13 (1999), S. 29–51.
- Böll, Heinrich, Werke, Bd. 7: Essayistische Schriften und Reden 1, 1952–1963, hg. von Bernd Balzer, Köln 1978.
- Böll, Heinrich: Briefe aus dem Krieg 1939–1945, 2 Bde., hg. und kommentiert von Jochen Schubert, mit einem Vorwort von Annemarie Böll und einem Nachwort von James H. Reid, Köln 2001.
- Bohn, Robert: Reichskommissariat Norwegen. »Nationalsozialistische Neuordnung« und Kriegswirtschaft, München 2000.

- Bongs, Rolf: Harte herrliche Straße nach Westen, Berlin 1942.
- Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 1992.
- Bräutigam, Otto: Überblick über die besetzten Ostgebiete während des Zweiten Weltkrieges, Tübingen 1954.
- Buchheim, Christoph: Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 34 (1986), S. 117–145.
- Bundesarchiv: Der Verbleib der Unterlagen der Deutschen Reichsbank. Ein Recherchebericht, MS, [Berlin], August 1998.
- Burkert, Hans-Norbert (Hg.): 900 Tage Blockade Leningrad. Leiden und Widerstand der Zivilbevölkerung im Krieg, Teil II, Text, Quellen, Dokumente, Berlin 1991.
- Burkheiser, Karl: Quellen und Methoden der Kriegsfinanzierung, in: Finanzarchiv N.F. 8 (1941), S. 29–69.
- Busch, Alfred: Finanzaufgaben der Banken im Kriege, in: Bankwirtschaft, Jg. 1944, S. 4–8.
- Carpi, Daniel: Between Mussolini and Hitler. The Jews and the Italian Authorities in France and Tunesia, Hanover, NH 1994.
- Chary, Frederick B.: The Bulgarian Jews and the Final Solution, 1940–1944, Pittsburgh 1972.

- Chemnitz, Walter: Frauenarbeit im Kriege, Berlin 1926.
- Ciano, Count Galeazzo: The Ciano Diaries 1939-1943, hg. von Hugh Gibson, New York 1946.
- Clausen: Deutsches Vollstreckungswesen im Dritten Reich, in: Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung 54 (1934), S. 360-362.
- Correspondentie van M.M. Rost van Tonningen, deel I: 1921-mei 1942 (= Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie. Bronnenpublicaties Documenten; Nr. 1), ingeleid en uitg. door E. Fraenkel-Verkade in samenwerking met A. J. van der Leeuw, 's-Gravenhage 1967.
- Correspondentie van M. M. Rost van Tonningen, deel II: Mei 1942-mei 1945 (= Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie. Bronnenpublicaties Documenten; Nr. 1), ingeleid en uitg. door E. Fraenkel-Verkade in samenwerking met A.J. van der Leeuw, 's-Gravenhage 1993.
- Dennler, Wilhelm: Die böhmische Passion, Freiburg i.Br. 1953.
- Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), Bd. 7 (1940), Frankfurt a.M. 1980.
- Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1976-1975, hg. von der Deutschen Bundesbank, Frankfurt a.M. 1976.
- Dietrich, Hugo: Zur Verordnung über den Aktienbesitz und ihre Durchführungsverordnungen, in: Soziale Praxis, Jg. 1942, S. 519-531.

- Documents on the History of the Greek Jews. Records from the Historical Archives of the Ministry of Foreign Affairs. Hg.: Ministry of Foreign Affairs of Greece, Univ. of Athens, Dep. of Political Science and Public Administration, researched & edited by Photini Constantopoulou & Thanos Veremis, Athens 1998.
- Dörner, Bernward: »Heimtücke«. Das Gesetz als Waffe. Kontrolle, Abschreckung und Verfolgung in Deutschland 1933–1945, Paderborn 1998.
- Donner, Otto: Grenzen der Staatsverschuldung, in: Weltwirtschaftliches Archiv 56 (1942), S. 183–266.
- Donner, Otto: Staatsform und Staatsverschuldung, in: Bankwirtschaft, Jg. 1943, H. 1 (1. 4. 1943), S. 1–5.
- Donner, Otto: Valutapolitik im Kriege. Ein Beitrag zur außenwirtschaftlichen Problematik fester Wechselkurse bei unstabilen Kaufkraftparitäten, in: Weltwirtschaftliches Archiv 58 (1943), S. 27–50.
- Donner, Otto: Die deutsche Kriegswirtschaft, in: Nauticus, Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen 27 (1944), S. 397–431.
- Doorslaer, Rudi van: Raub und Rückerstattung jüdischen Eigentums in Belgien, in: Goschler/Ther (Hg.): Raub und Restitution, Frankfurt a.M. 2003, S. 134–153.
- Dreßen, Wolfgang (Hg.): Betrifft: »Aktion 3«. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Dokumente zur Arisierung, Berlin 1998.
- Dreyfus, Jean-Marc: Pillages sur ordonnances. Aryanisation et restitution des banques en France 1940–1943, Paris 2003.

- Dreyfus, Jean-Marc: Die Enteignung der Juden in Westeuropa, in: Goschler/Ther (Hg.), Raub und Restitution, Frankfurt a.M. 2003, S. 41–57.
- Dreyfus, Jean-Marc/Gensburger, Sarah: Des camps dans Paris. Austerlitz, Léviatan, Bassano, juillet 1943-août 1944, Paris 2003.
- Drißner, Ulrike: Die Deportation der Thessaloniker Juden während der Zeit der deutschen Besatzung von April 1941 bis August 1943, Geschichtswiss. Magisterarbeit (MS), Universität Stuttgart 1990.
- Ebbinghaus, Angelika/Kaupen-Haas, Heidrun/Roth, Karl Heinz (Hg.): Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984.
- Eckert, Rainer: Die wirtschaftliche Ausplünderung Griechenlands durch seine deutschen Okkupanten vom Beginn der Besetzung im April 1941 bis zur Kriegswende im Winter 1942/43, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Bd. 36 (1988), S. 233–266.
- Eckert, Rainer: Vom »Fall Marita« zur »wirtschaftlichen Sonderaktion«. Die deutsche Besatzungspolitik in Griechenland vom 6. April 1941 bis zur Kriegswende im Februar/März 1943, Frankfurt a.M. 1992.
- Eggenkämper, Barbara/Rappel, Marian/Reichel, Anna: Der Bestand Reichswirtschaftsministerium im »Zentrum für die Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen« (»Sonderarchiv«) in Moskau, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 43 (1998), S. 227–236.
- Eheberg, Karl: Finanzen im Weltkrieg, in:

Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl.,
Bd. 4, S. 75–86.

Eichholtz, Dietrich (Hg.): Die Richtlinien Görings für
die Wirtschaftspolitik auf dem besetzten
sowjetischen Territorium vom 8. November 1941, in:
Bulletin des Arbeitskreises »Zweiter Weltkrieg«, Nr.
1-2/1977, S. 73–111.

Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen
Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. 1, Berlin 1984.

Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen
Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. 2, Berlin 1985.

Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen
Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. 3, München 1999.

Epmeier, Ernst: Das finanzielle Kriegspotential
Deutschlands und Englands. Ein Vergleich und seine
Problematik, Diss., Innsbruck 1942.

Erhard, Ludwig: Kriegsfinanzierung und
Schuldenkonsolidierung; Faksimiledruck der
Denkschrift von 1943/44, Frankfurt a.M. 1977.

Etmektsoglou-Koehn, Gabriella: Axis Exploitation of
Wartime Greece, 1941–1943, Ann Arbor, Mich.
1995.

Der »Fall Köppen« und seine Lehren, in: Deutsche
Gerichtsvollzieher-Zeitung 54 (1934), S. 341–343.

Familienunterhalt, hg. vom Oberbürgermeister der
Stadt der Reichsparteitage Nürnberg, Abt. für
Familienunterhalt, Mai 1940.

Das Familienunterhaltswesen und seine praktische
Handhabung. Systematische, erläuternde
Darstellung, hg. vom Deutschen Verein für

- öffentliche und private Fürsorge, Leipzig, Berlin 1943.
- Fasse, Norbert u.a.: Nationalsozialistische Herrschaft und Besatzungszeit. Historische Erfahrung und Verarbeitung aus niederländischer und deutscher Sicht, Münster 2000.
- Faulstich, Heinz: Hungersterben in der Psychiatrie 1914-1949. Mit einer Topographie der NS-Psychiatrie, Freiburg i.Br. 1998.
- Federau, Fritz: Kriegsfinanzierung aus dem Geldmarkt, in: Der Deutsche Volkswirt 14 (1939/40), S. 1912f.
- Federau, Fritz: Die deutsche Geldwirtschaft in der Jahreswende 1940/41, in: Deutsche Sparkassen-Zeitung, Jg. 1941 (20. 2.), S. 1f.
- Federau, Fritz: Die deutsche Geldwirtschaft, Berlin 1949.
- Federau, Fritz: Der Zweite Weltkrieg. Seine Finanzierung in Deutschland, Tübingen 1962.
- Fleischer, Adolf: Kriegsfinanzierung unter Einschluss des totalen Krieges, Berlin 1939.
- Fleischer, Hagen: Im Kreuzschatten der Mächte. Griechenland 1941-1944 (Okkupation, Résistance, Kollaboration), Frankfurt a.M. 1986.
- Fleischer, Hagen: Griechenland, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991, S. 241-274.
- Franco, Hizkia M.: The Jewish Martyrs of Rhodes and Cos, Harare 1994.
- Friedenberger, Martin/Gössel, Klaus-Dieter/Schönknecht Eberhard (Hg.): Die

- Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus.
Darstellung und Dokumente, Bremen 2002.
- Friedrich, Jörg: Der Brand. Deutschland im
Bombenkrieg 1940–1945, München 2002.
- Gedanken zur Neugestaltung des
Vollstreckungsrechts, in: Deutsche
Gerichtsvollzieher-Zeitung 54 (1934), S. 147–153.
- Ein offenes Geheimnis. »Arisierung« in Alltag und
Wirtschaft in Oldenburg zwischen 1933 und 1945,
hg. von Werkstattfilm e.V., Oldenburg 2001.
- Genschel, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der
Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966.
- Gericke, Bodo: Die deutsche Feldpost im Zweiten
Weltkrieg. Eine Dokumentation über Einrichtung,
Aufbau, Einsatz und Dienste (= Archiv für deutsche
Postgeschichte, Heft 1, 1971).
- Gerlach, Christian: Krieg, Ernährung, Völkermord.
Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im
Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998.
- Gerlach, Christian: Kalkulierte Morde. Die deutsche
Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in
Weißrussland 1941 bis 1944, Hamburg 1999.
- Gerlach, Christian/Aly, Götz: Das letzte Kapitel.
Ideologie, Realpolitik und der Mord an den
ungarischen Juden 1944–1945, Stuttgart 2002.
- Gilbert, Martin: The Holocaust. A History of the Jews of
Europe during the Second World War, New York
1987.
- Gillingham, John: The »Deproletarianization« of
German Society: Vocational Training in the Third

- Reich, in: Journal of Social History 19/3 (1986), S. 423–432.
- Goebbels-Tgb. = Goebbels, Joseph: Die Tagebücher, hg. von Fröhlich, Elke, Teil I und II, München 1996ff.
- Goerdeler, Carl Friedrich: Politische Schriften und Briefe, 2 Bde., hg. von Gillmann, Sabine/Mommsen, Hans, München 2003.
- Göttel, Heinrich: Steuerrecht, Leipzig 1939.
- Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg:
Kommentierte statistische Übersicht. Ein Beitrag zur Goldkonferenz in London, 2.–4. Dezember 1997, ausgearbeitet von der unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Bern, Dezember 1997.
- Goschler, Constantin/Ther, Philipp (Hg.): Raub und Restitution. »Arisierung« und Rückerstattung des jüdischen Eigentums in Europa, Frankfurt a.M. 2003.
- Grimm, Jacob/Grimm, Wilhelm: Deutsches Wörterbuch. Erster Band, Leipzig 1854.
- Grosa, Karl: Die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der deutschen Steuergesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung ihrer betriebswirtschaftlichen Auswirkungen, Wien 1942.
- Guillebaud, Claude W.: The Social Policy of Nazi Germany. Cambridge 1941, New York 1971.
- Handbuch über die Beamten der Deutschen Reichsbank 1941, abgeschlossen mit den Personalveränderungen vom 12. Juni 1941, Berlin

1941.

Hachmeister, Lutz: Schleyer. Eine deutsche Geschichte, München 2004.

Hahn, Paul: Die griechische Währung und währungspolitische Maßnahmen unter der Besetzung 1941–1944 (= Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg, Nr. 10), Tübingen 1957.

Halder, Franz: Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, bearb. von Jacobsen, Hans-Adolf, 3 Bde., Stuttgart 1962–1964.

Hamann, Brigitte: Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 1996.

Hansen: Nationalsozialistische Rechtsgestaltung in der Zwangsvollstreckung, in: Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung 55 (1935), S. 262–265.

Hansmeyer, Heinrich-Karl/Caesar, Rolf: Kriegswirtschaft und Inflation (1936 bis 1948), in: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1976–1975, hg. von der Deutschen Bundesbank, Frankfurt a.M. 1976.

Hartlaub, Felix: In den eigenen Umriss gebannt. Kriegsaufzeichnungen, literarische Fragmente und Briefe aus den Jahren 1939 bis 1945, 2 Bde., hg. von Gabriele Liselotte Ewenz, Frankfurt a.M. 2002.

Hassell, Ulrich von: The Von Hassell Diaries 1938–1944, Garden City, N.Y. 1947.

Hauser, Josef: Einsatz-Familienunterhaltsgesetz vom 26. Juni 1940, München 1942.

- Heiber, Beatrice/Heiber, Helmut (Hg.): Die Rückseite des Hakenkreuzes. Absonderliches aus den Akten des Dritten Reiches, München 1993.
- Heilmann, H.D. (Hg.): Aus dem Kriegstagebuch des Diplomaten Otto Bräutigam, in: Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täter-Biographie (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 4), Berlin 1987, S. 123-187.
- Heim, Susanne: »Deutschland muss ihnen ein Land ohne Zukunft sein.« Die Zwangsmigration der Juden 1933 bis 1938, in: Arbeitsmigration und Flucht. Vertreibung und Arbeitskräfteregulierung im Zwischenkriegseuropa (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 11), Berlin 1993, S. 48-81.
- Heim, Susanne/Aly, Götz (Hg.): Bevölkerungsstruktur und Massenmord. Neue Dokumente zur deutschen Politik der Jahre 1938-1945 (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 9), Berlin 1991.
- Heim, Susanne/Aly, Götz: Staatliche Ordnung und »organische Lösung«. Die Rede Hermann Görings »Über die Judenfrage« vom 6. Dezember 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1993, S. 378-405.
- Henning, Friedrich Wilhelm: Die nationalsozialistische Steuerpolitik. Programm, Ziele und Wirklichkeit, in: Schremmer (Hg.), Steuern, 1994, S. 197-211.
- Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des

- Dritten Reiches, Berlin 1985.
- Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, Bonn 1996.
- Hillgruber, Andreas: Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940–1941, Frankfurt a.M. 1965.
- Hillgruber, Andreas (Hg.): Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1942–1944, Frankfurt a.M. 1970.
- Hillgruber, Andreas/Hümmelchen, Gerhard: Chronik des Zweiten Weltkriegs. Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939–1945, Bindlach 1989.
- Hirschfeld, Gerhard/Krumeich, Gerd/Renz, Irina (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2003.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf, München 1934.
- Hitler, Adolf: Rede am 10. Dezember 1940 in Berlin vor Rüstungsarbeitern, in: Ders.: Der großdeutsche Freiheitskampf. Reden Adolf Hitlers, Bd. 2, vom März 1940 bis 16. März 1941, hg. von Bouhler, Philipp, München 1941, S. 333–362.
- Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, aufgez. von Henry Picker, hg.v. Ritter, Gerhard, Bonn 1951.
- Hitler, Adolf: Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, hrsg.v. Jochmann, Werner, Hamburg 1980.
- Höffinghoff, Hellmuth: Die griechische Wirtschaft im Kriege, in: Deutsch-Griechische Wirtschaftsnachrichten. Mitteilungen der Deutschen

- Handelskammer in Griechenland 1 (1943), H. 1 (Juni), S. 4-6.
- Hoffmann, Walter: Probleme der englischen Kriegsfinanzierung, in Weltwirtschaftliches Archiv, 51 (1940), 570-594.
- Hohrmann, Johannes/Lenski, Edgar: Die Körperschaftsteuer (= Bücherei des Steuerrechts, Bd. 24), 2. Aufl., Berlin 1941.
- Holzhauer, Georg: Barzahlung und Zahlungsmittelversorgung in militärisch besetzten Gebieten, mit einer Einf. von H. Rittershausen, Jena 1939.
- IMG = Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945-1. Oktober 1946, 42 Bde., Nürnberg 1948.
- Ioanid, Radu: The Holocaust in Romania. The Destruction of Jews and Gypsies under the Antonescu Regime, 1940-1944, Chicago 2000.
- Janssen, Hauke: Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren, Marburg 1998.
- Jecht, Horst: Kriegsfinanzen, Jena 1938.
- Jecht, Horst: Stand und Probleme der deutschen Kriegsfinanzierung, in: Weltwirtschaftliches Archiv 51 (1940), S. 464-489.
- Jecht, Horst: Über einige grundsätzliche Fragen der deutschen Kriegswirtschaft und Kriegsfinanzierung, in: Analele economice si statistice, Bukaresti 25

- (1942), S. 293–232.
- Jessen, Jens: Kriegsfinanzen, in: Wörterbuch der Volkswirtschaft, 4. Aufl., Jena 1932, S. 674–682.
- Jessen, Jens: Deutsche Finanzwirtschaft, Hamburg 1938.
- Jessen, Jens: Die Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939. Erläuterungen, Berlin 1939.
- Jüdisches Lexikon, 4 Bde., Berlin 1927 [Reprint, Frankfurt a.M. 1987].
- Junz, Helen B.: Where did all the money go? Pre-Nazi Era Wealth of European Jewry, Berne [Bern] 2002.
- Kaemmel, Ernst/Bacciocco, Eduard:
Einkommensteuergesetz vom 16. Oktober 1934 unter Berücksichtigung aller einschlägigen Vorschriften, Veranlagungsrichtlinien und Verwaltungserlasse, München, Berlin 1936.
- Kaiser, Johann: Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der Slowakei 1939–1945. Ein Beitrag zur Erforschung der nationalsozialistischen Satellitenpolitik in Südosteuropa, Phil. Diss., Bochum 1969.
- Kaiser, Johann: Die Eingliederung der Slowakei in die deutsche Kriegswirtschaft, in: Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei, hg. von Bosl, Carl, München 1971, S. 115–138.
- Kasten, Helmut: Die Neuordnung der Währung in den besetzten Gebieten und die Tätigkeit der Reichskreditkassen während des Krieges 1939/40, Rechts- und staatswiss. Diss., Berlin 1941.
- Keiser, Günter: Spareinlagen der Banken, in:

- Bankwirtschaft, 1943, S. 77-79.
- Keiser, Günter: Das fünfte Kriegsjahr der Banken, in: Bankwirtschaft, 1945, S. 29-33.
- Keller, Robert v.: Von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft, Stuttgart 1940.
- Klein, Thomas (Hg.): Die Lageberichte der Justiz aus Hessen 1940-1945, Darmstadt 1999.
- Klemperer, Victor: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941, Berlin 1995.
- Klingemann, Hellmuth: Die Biersteuer (= Bücherei des Steuerrechts, Bd. 46), 2. Aufl., Berlin 1943.
- Klinkhammer, Lutz: Zwischen Bündnis und Besatzung. Das nationalsozialistische Deutschland und die Republik von Salò 1943-1945, Tübingen 1993.
- Kolonomos, Zhamila/Veskovich-Vangeli, Vera: The Jews in Macedonia during the Second World War (1941-1945). Collection of Documents, 2 Bde., Skopje 1986.
- Kretzschmann, Max: Reichskreditkassenscheine als Truppengeld, in: Die Bank 33 (1940), S. 584-587.
- Kretzschmann, Max: Deutsche Währungshilfe in den besetzten Gebieten, in: Bank-Archiv, 1941, S. 1-3.
- Kretzschmann, Max: Die Reichskreditkassen, in: Deutsche Geldpolitik (= Schriften der Akademie für Deutsches Recht. Gruppe Wirtschaftswissenschaft, Nr. 4), hg. vom Präsidenten der Akademie für Deutsches Recht, Reichsminister Dr. Hans Frank, Berlin 1941, S. 113-139.
- Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940-1945, geführt von Helmuth Greiner und Percy Ernst Schramm, hg. von

- Schramm, Percy Ernst, Frankfurt a.M. 1961–1965.
- Krüger, Alf: Die Lösung der Judenfrage in der deutschen Wirtschaft. Kommentar zur Judengesetzgebung, Berlin 1940.
- Krug von Nidda, Carl Ludwig: Familienunterhalt der Angehörigen der Einberufenen, Berlin 1941.
- Krumme, F.: Der Spareinlagenzuwachs im Kriege, in: Deutsche Sparkassen-Zeitung, Jg. 1940 (12. 9.), S. 1.
- KTB, siehe Kriegstagebuch.
- Kundrus, Birthe: Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnis im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1995.
- Kwiet, Konrad: Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung, in: Benz (Hg.), Juden, München 1989, S. 545–659.
- Lanter, Max: Die Finanzierung des Krieges. Quellen, Methoden und Lösungen seit dem Mittelalter bis Ende des Zweiten Weltkrieges 1939 bis 1945, Luzern 1950.
- Laskier, Michael M.: North African Jewry in the Twentieth Century. The Jews of Morocco, Tunisia, and Algeria, New York 1995.
- Latzel, Klaus: Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg. Kriegserlebnis – Kriegserfahrung 1939–1945, Paderborn 1998.
- Leeuw, A. J. van der: Der Griff des Reiches nach dem Judenvermögen, in: Paape (Hg.), Studys, 's-Gravenhage 1972, S. 211–236.
- Leeuw, A. J. van der: Reichskommissariat und

- Judenvermögen in den Niederlanden, in: Paape (Hg.), Studys, 's-Gravenhage 1972, S. 237–249.
- Lemkin, Raphael: Axis Rule in Occupied Europe. Laws of Occupation. Analysis of Government. Proposals for Redress, Washington, D.C. 1944.
- Lindner, Stephan H.: Das Reichskommissariat für die Behandlung feindlichen Vermögens im Zweiten Weltkrieg, Eine Studie zur Verwaltungs-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des nationalsozialistischen Deutschlands, Stuttgart 1991.
- Lipscher, Ladislav: Die Juden im slowakischen Staat 1939–1945, München 1980.
- Longerich, Peter: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998.
- Lütge, Friedrich: Die deutsche Kriegsfinanzierung im ersten und zweiten Weltkrieg, in: Voigt, Fritz (Hg.): Beiträge zur Finanzwissenschaft und Geldtheorie. Festschrift für Rolf Stucken, Göttingen 1953, S. 243–257.
- Maedel, Walter: Das Reichsbewertungsgesetz, 3. Aufl., Berlin 1941.
- Margairaz, Michel (Hg.): Banques, Banque de France et seconde guerre mondiale, Paris 2002.
- Mason, Timothy W. (Hg.): Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975.
- Matkowski, Alexandar: The History of the Jews in Macedonia, Skopje 1982.

- Mazower, Mark: Inside Hitler's Greece. The Experience of Occupation, 1941–1944, New Haven 2001.
- Meimberg, Rudolf: Kaufkraftüberhang und Kriegsfinanzpolitik, in: Weltwirtschaftliches Archiv 58 (1943), S. 98–132.
- Meimberg, Rudolf: Die Gewinnabführung in Deutschland als Kriegsgewinnsteuer, in: Weltwirtschaftliches Archiv 60 (1944), S. 349–364.
- Meinen, Insa: Wehrmacht und Prostitution während des Zweiten Weltkriegs im besetzten Frankreich, Bremen 2002.
- Meyer, Fritz: Die finanzielle Neuordnung in Serbien, in: Bank-Archiv, Jg. 1942, S. 310–312.
- Michel, Henri: Paris Allemand, Paris 1981.
- Milward, Allan S.: Der Zweite Weltkrieg. Krieg, Wirtschaft und Gesellschaft 1939–1945, München 1977.
- Mischaikov, D.: Bulgariens Wirtschafts-, Finanz- und Kreditsystem unter dem Einfluss des Krieges, in: Bank-Archiv, Jg. 1942, S. 49–52.
- Moellenhoff, Gisela/Schlautmann-Overmeyer, Rita: Jüdische Familien in Münster 1918–1945, T.1: Biographisches Lexikon, Münster 1995.
- Moellenhoff, Gisela/Schlautmann-Overmeyer, Rita: Jüdische Familien in Münster 1918–1945, T.2,2: Abhandlungen und Dokumente 1935–1945, Münster 2001.
- Moeller, Hero: Aktuelle Grenzprobleme kreditärer Mittelaufbringung in der Staatswirtschaft, in: Finanzarchiv, N.F. 9 (1943), S. 95–116.

- Molho, Michael (Hg.): In Memoriam. Hommage aux victimes juives des nazis en Grèce, Tessalonique 1948.
- Molho, Michael (Hg.): In Memoriam, gewidmet dem Andenken an die jüdischen Opfer der Nazierrschaft in Griechenland, Essen 1981.
- Moll, Martin (Hg.): »Führer-Erlasse« 1939–1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, Stuttgart 1997.
- Neubacher, Hermann: Sonderauftrag Südost 1940–1945. Bericht eines fliegenden Diplomaten, 2. Aufl., Göttingen 1957.
- Oberleitner, Gerhard: Geschichte der Deutschen Feldpost 1937–1945, Innsbruck 1993.
- Oermann, Josef/Meuschel, Hans: Die Kriegssteuern (= Bücherei des Steuerrechts, Bd. 22), 2. Aufl., Berlin 1939.
- Oermann, Josef: Die arbeitsrechtliche und steuerrechtliche Behandlung der Ostarbeiter mit den ab 1. April 1944 gültigen Lohnsteuertabellen, Berlin 1944.
- Oermann, Josef: Die Sozialausgleichsabgabe (= Bücherei des Steuerrechts, Bd. 47), 2. Aufl., Berlin 1944.
- Oertel, Manfred: Über die Deutsche Reichsbank im zweiten Weltkrieg (MS), Gesellschaftswiss. Diss.,

- Rostock 1979.
- Oertel, Manfred: Besteuerung von Zwangsarbeitern als Mittel der Kriegsfinanzierung, in: Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus, Heft 19, 1988, S. 71-73.
- Oertel, Manfred: Die Kriegsfinanzierung, in: Eichholtz, Geschichte, Bd. III, München 1999, S. 681-737.
- Ostermann, Josef/Meuschel, Hans: Die Kriegssteuern (= Bücherei des Steuerrechts, Bd. 22), 2. erg.Aufl., Berlin, Wien 1939.
- Paape, Abraham H. (Hg.): Studies over Nederland in oorlogstijd, deel 1, 's-Gravenhage 1972.
- Pätzold, Kurt/Schwarz, Erika: »Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof«. Franz Novak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994.
- Palairat, Michael R.: The four ends of Greek hyperinflation of 1941-1946, Copenhagen 2000.
- Pantlen, Hermann: Krieg und Finanzen, Hamburg 1936.
- Petrick, Fritz (Hg.): Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen (1940-1945) (= Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 7), Berlin 1992.
- Petrov, Vladimir: Money and Conquest. Allied Occupation Currencies in World War II, Baltimore 1967.
- Petzina, Dietmar: Soziale Lage der deutschen Arbeiter und Probleme des Arbeitseinsatzes während des Zweiten Weltkrieges, in: Dlugoborski, Waclaw (Hg.): Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel.

- Achsenmächte und besetzte Länder, Göttingen 1981, S. 65–86.
- Pichler, Walter: Zur Rolle der Sparkassen, Sitzungsprotokolle des Verwaltungsausschusses der Sparkasse Salzburg 1941–44.
- Pfleiderer, Otto: Reichskreditkassen und Wehrmachtsbedarfsgeld, in: Bank-Archiv, Jg. 1942, S. 385–387.
- Posener, Julius: In Deutschland 1945 bis 1946, Berlin 2001.
- Präg, Werner/Jacobmeyer, Wolfgang (Hg.): Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen. 1939–1945, Stuttgart 1975.
- Prion, Willi: Das deutsche Finanzwunder. Die Geldbeschaffung für den deutschen Wirtschaftsaufschwung, Berlin-Wilmersdorf 1938.
- Probleme der Kriegsfinanzierung. Vorträge, gehalten auf der ersten Arbeitstagung des Vereines deutscher Wirtschaftswissenschaftler, Jena 1940.
- Puhl, Emil: Reichsbankarbeit im Kriege, in: Die Staatsbank 10 (1941), S. 13–19.
- Puhl, Emil: Währungsaufbau in Serbien, in: Der Vierjahresplan 58 (1941), S. 643–646.
- Ranetsberger: Der Gerichtsvollzieher im Dritten Reich, in: Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung 54 (1934), S. 115–117.
- Rass, Christoph: »Menschenmaterial«: Deutsche Soldaten an der Ostfront. Innenansichten einer Infanteriedivision 1939–1945, Paderborn 2003.
- Rath, Klaus: Schöpferische Kriegsfinanzierung, in:

- Wirtschaftsdienst 25 (1940), S. 6–9.
- Rath, Klaus: Sozialistische Kriegsfinanzierung, in:
National-Zeitung, Ausg. A (Groß-Essen), Nr. 47,
16. 2. 1940.
- Ray, Roland: Annäherung an Frankreich im Dienste
Hitlers. Otto Abetz und die deutsche
Frankreichpolitik 1930–1942, München 2000.
- Die Rechtsstellung der Juden in Frankreich, in:
Deutsch-Französische Wirtschaftszeitschrift (La
revue économique Franco-Allemande) 1 (1942), Nr.
2 (Juni), S. 12–14.
- Recker, Marie-Luise: Nationalsozialistische
Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1985.
- Reinhardt, Fritz: Grundsätze nationalsozialistischer
Steuerpolitik, in: Reichssteuerblatt 1934, S. 1229.
- Reinhardt, Fritz: Die neuen Steuergesetze. Einführung
in die neuen Steuergesetze, Übersichten über die
wesentlichen Änderungen gegenüber dem
bisherigen Recht, Wortlaut der neuen Gesetze,
Berlin 1934.
- Reinhardt, Fritz: Gemeinschaftsbedarf und seine
Finanzierung nach nationalsozialistischen
Grundsätzen, in: Die Deutsche Volkswirtschaft 10
(1941), S. 985–992.
- Reinhardt, Fritz: Passauer Vorträge, Teil II:
Körperschaftsteuer, Berlin 1941.
- Reinhardt, Fritz: Passauer Vorträge 1942, Teil I:
Einkommensteuer (= Bücherei des Steuerrechts,
Bd. 49), Berlin 1942.
- Reinhardt, Fritz: Was geschieht mit unserem Geld?
Finanzen, Kaufkraft, Währung, Nürnberg 1942.

- Reisel, Berit/Bruland, Bjarte: The Reisel/Bruland Report on the Confiscation of Jewish Property in Norway during World War II. Part of Official Norwegian Report 1997: 22, (Oslo), June 1997. (Minderheitenbericht der am 29. 3. 1996 vom norwegischen Justizministerium eingesetzten Kommission.)
- République Française: La spoliation financière, vol. II (Ouvrages de Mission d'étude sur la spoliation des juifs de France), Paris 2000.
- Ritter, Harry R.: Hermann Neubacher and the German Occupation of the Balkans, 1940-1945, (MS) Ph.D., Univ. of Virginia 1969.
- Roediger, Conrad: Die internationale Hilfsaktion für die Bevölkerung Griechenlands im zweiten Weltkrieg, in: VfZ 11 (1963), S. 49-71.
- Roesle: Die Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse, in: Bumm, Franz (Hg.): Deutschlands Gesundheitsverhältnisse unter dem Einfluss des Weltkrieges, 2 Bde., Stuttgart 1928, Bd. 1, S. 3-61.
- Rondholz, Eberhard: Eine längst vergessene Geschichte. Warum Johannes Rau um die Jüdische Gemeinde von Thessaloniki einen so großen Bogen gemacht hat, in: konkret, H. 8/2000.
- Rosh, Lea/Jäckel, Eberhard: »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland«. Deportation und Ermordung der Juden, Kollaboration und Verweigerung in Europa, Hamburg 1990.
- Royal Institute of International Affairs: Occupied Europe. German Exploitation and its Post-War Consequences, London 1944.

- Rüther, Martin: Köln, 31. Mai 1942: Der 1000-Bomber-Angriff (Kapitel »Reaktionen und Folgen«), Köln 1992.
- Rummel, Walter/Rath, Jochen: »Dem Reich verfallen« – »den Berechtigten zurückerstattet«. Enteignung und Rückerstattung jüdischen Vermögens im Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz 1938–1953, Koblenz 2001.
- Safrian, Hans: Die Eichmann-Männer, Wien 1993.
- Schachtschnabel, Hans G.: Frankreichs Finanzwirtschaft, in: Bankwirtschaft, 1 (1943), S. 74–77.
- Schielin, Irma: Der Familienunterhalt. Anwendung und Bewährung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 157 (1943), S. 435–459.
- Schlarp, Karl-Heinz: Wirtschaft und Besatzung in Serbien 1941–1944. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in Südosteuropa, Stuttgart 1986.
- Schmid, Heinz: Kriegsgewinne und Wirtschaft. Die Aufgabe einer deutschen Kriegswirtschaftspolitik im Hinblick auf den Kriegsgewinn, Oldenburg i.O. 1934.
- Schmidt, E.W.: Bilanz der Hauszinssteuerablösung, in: Bankwirtschaft, 1 (1943), S. 72–74.
- Schmitt, Bruno/Gericke, Bodo: Die deutsche Feldpost im Osten und der Luftpostdienst Osten im Zweiten Weltkrieg (= Archiv für deutsche Postgeschichte, Heft 1, 1969).
- Schmitt-Degenhardt, Hubert: Die Vermögensteuer (=

- Bücherei des Steuerrechts, Bd. 26), 2. Aufl., Berlin 1941.
- Schmölders, Günter: Probleme der Kriegsfinanzierung (Literaturbericht), in: Finanzarchiv N.F. 8 (1941), S. 203-209.
- Schöllgen, Gregor: Willy Brandt. Die Biographie, Berlin 2001.
- Schönknecht, Eberhard: Die Ausbildung in der Reichsfinanzverwaltung 1933 bis 1945, in: Friedenberger u.a. (Hg.): Die Reichsfinanzverwaltung, Bremen 2002, S. 186-243.
- Schöpf, Andreas: Fritz Reinhardt, in: Friedenberger u.a. (Hg.): Reichsfinanzverwaltung, Bremen 2002, S. 253-259.
- Schremmer, Eckart (Hg.): Geld und Währung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Referate der 14. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 9. bis 13. April 1991 in Dortmund, Stuttgart 1993.
- Schremmer, Eckart (Hg.): Steuern, Abgaben und Dienste vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Referate der 15. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 14. bis 17. April 1993 in Dortmund, Stuttgart 1994.
- Schwerin von Krosigk, Lutz: Nationalsozialistische Finanzpolitik (= Kieler Vorträge, gehalten im Inst. für Weltwirtschaft an der Univ. Kiel, Bd. 41), Jena 1936.
- Schwerin von Krosigk, Lutz: Wie wurde der Zweite Weltkrieg finanziert? in: Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Erkenntnisse und Verpflichtungen für

- die Zukunft, Oldenburg 1953, S. 313–328.
- Schwerin von Krosigk, Lutz: Staatsbankrott. Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1920 bis 1945, geschrieben vom letzten Reichsfinanzminister, Göttingen 1974.
- Sebode, Dr. (AGR): Einheitliche Regelung des Pfändungsschutzes für Arbeitseinkommen ab 1. 12. 1940 auf Grund der Lohnpfändungsverordnung vom 30. 10. 1940 (RGBl. I, S. 1451f.), in: Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung, Jg. 1940, S. 185–192.
- Seckendorf, Martin (Hg.): Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941–1945) (= Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6), Berlin 1992.
- Seydelmann, Gertrud: Gefährdete Balance. Ein Leben in Hamburg 1936–1945, Hamburg 1995.
- Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, hg. vom Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets, München 1949.
- Steinberg, Jonathan: Die Deutsche Bank und ihre Goldtransaktionen während des Zweiten Weltkrieges, München 1999.
- Steur, Claudia: Theodor Dannecker. Ein Funktionär der »Endlösung«, Essen 1997.
- Stöber, Rudolf: Die erfolgverführte Nation. Deutschlands öffentliche Stimmung 1866 bis 1945, Stuttgart 1998.
- Stroumsa, Jaques: Geiger in Auschwitz. Ein jüdisches Überlebensschicksal aus Saloniki 1941–1967, hg. von Wiehn, Erhard Roy, Konstanz 1993.

- Stucken, Rudolf: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 bis 1963, Tübingen 1964 (2. Aufl.; die 1. Aufl. erschien unter dem Titel »Deutsche Geld- und Kreditpolitik« 1937 in Hamburg).
- Terhalle, Fritz: Geschichte der deutschen Finanzwissenschaft vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Schlusse des Zweiten Weltkrieges, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, hg. von Gerloff, Wilhelm/Neumark, Fritz, 2. Aufl., Bd. 1, Tübingen 1952, S. 273–326.
- Tönsmeier, Tatjana: Das Dritte Reich und die Slowakei 1939–1945. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn, Paderborn 2003.
- Tönsmeier, Tatjana: Der Raub des jüdischen Eigentums in Ungarn, Rumänien und der Slowakei, in: Goschler/Ther (Hg.): Raub, Frankfurt a.M. 2003, S. 71–91.
- Umbreit, Hans: Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944 (= Militärgeschichtliche Studien, Bd. 7), Boppard 1968.
- Umbreit, Hans: Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: Kroener, Bernhard R./Müller, Rolf-Dieter/Umbreit, Hans: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–41 [= Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5,1], Stuttgart 1988, S. 3–345.
- URO [United Restitution Organization] (Hg.): M-

Aktion. Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg 1940–1944, MS (Kurt May), 2. erg.Aufl., 30. 10. 1958.

Varon, Laura: The Juderia. A Holocaust Survivor's Tribute to the Jewish Community of Rhodes, Westport, London 1999.

Verwaltungsbericht der Deutschen Reichsbank für das Jahr 1942, Berlin 1943.

Völkl, Ekkehard: Der Westbanat 1941–1944. Die deutsche, die ungarische und andere Volksgruppen, München 1991.

Voß, Reimer: Steuern im Dritten Reich. Vom Recht zum Unrecht unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, München 1995.

Wandel, Eckhard: Die Rolle der Banken bei der Finanzierung der Aufrüstung und des Krieges 1933 bis 1945, in: Schremmer (Hg.), Geld, Stuttgart 1993, S. 275–288.

Wappler, Anke: Grundzüge der Okkupationspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus gegenüber Griechenland vom März 1943 bis zum Oktober 1944, Phil. Diss., Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1986.

Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 2002.

Wette, Wolfram/Bremer, Ricarda/Vogel, Detlev (Hg.): Das letzte halbe Jahr. Stimmungsberichte der Wehrmachtpropaganda 1944/45, Essen 2001.

Wiel, Paul: Krieg und Wirtschaft, Berlin 1938.

Peter Witte: »... zusammen 1274 166«. Der

- Funkspruch des SS-Sturmbannführers Hermann Höfle liefert ein Schlüsseldokument des Holocaust, in: Die Zeit Nr. 3 vom 10. Januar 2002.
- Woitkowski, Hans-Peter: Graf Schwerin von Krosigk, in: Friedenberger u.a. (Hg.), Reichsfinanzverwaltung, Bremen 2002, S. 246–252.
- Xydis, Stephen G.: The Economy and Finances of Greece under Axis Occupation in 1941–1942, Pittsburgh 1943.
- Xydis, Stephen G.: The Economy and Finances of Greece under Occupation, New York 1945.
- Yahil, Leni: Die Shoa. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden, München 1998.
- Zeidler, Manfred: Die deutsche Kriegsfinanzierung 1914 bis 1918 und ihre Folgen, in: Michalka, Wolfgang (Hg.): Der Erste Weltkrieg, München 1994, S. 415–433.
- Ziegler, Karl: Erinnerungen an die Feldpost im Kriege 1939–1945, MS, Bonn 1950 (BA-MA Bibliothek, N II c/4).
- Ziehe, R.: Das neue Zwangsvollstreckungsrecht seit Kriegsbeginn, in: Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung, 60 (1940), S. 33–35.
- Zimmermann, Michael: Die Deportation der Juden aus Essen und dem Regierungsbezirk Düsseldorf, in: Borsdorf, Ulrich/Jamin, Mathilde (Hg.): Über Leben im Krieg. Kriegserfahrungen in einer Industrieregion 1939–1945, Reinbek bei Hamburg

- 1989, S. 126-131,
- Zitelmann, Rainer: Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg 1987.
- Zuckmayer, Carl: Geheimreport, Göttingen 2002.
- Zülow, Kurt/Gaus, Hermann/Henze, Max: Die Mehreinkommensteuer (Bücherei des Steuerrechts, Bd. 17), Berlin 1939.
- Zumach, Ernst-Günther: Die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen Deutschlands im II. Weltkrieg in völkerrechtlicher Betrachtung, Jur.Diss., Erlangen 1955.
- Zumpe, Lotte: Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945, Vaduz 1980.

Personenregister

Aalders, Gerhard
Abetz, Otto
Adamy (Hauptmann)
Adlon, Louis
Agostino, d'
Altenburg, Günther
Aly, Ernst
Aly, Hermann
Antonescu, Ion
Antonescu, Mihai
Apel, Hans
Arlt, Werner
Arnoult, Pierre
Backe, Herbert
Bänfer, Ludwig
Bargatzky, Walter
Bayrhofer, Walther
Beauvoir, Simone de
Becher, Johannes R.
Beck, Ludwig
Becker, Hellmut
Becker, Hans von
Beckerle, Adolf
Beethoven, Ludwig van
Behr, Kurt von
Belatiny, István
Belev, Aleksandar
Bender, Wilhelm
Benkert, Ulrich
Benning, Bernhard
Benz, Wolfgang
Benzler, Felix 398,
Berger, Fritz
Bernhuber, Maximilian
Bersch, Georg
Best, Werner
Biehler, Franz
Bismarck, Otto von
Blanke, Kurt
Blessing, Karl
Blohm, Georg
Boas, Fritz
Boelcke, Willi
Bohn, Robert

Boisanger, Yves Bréart de
Bojiloff, Dobri
Böll, Annemarie, geb. Czech
Böll, Heinrich
Bonnafous, Max
Borgel, Moïse
Bormann, Martin
Bosnjak (Blühweiss), Hermann
Bost, Jacques-Laurent
Brandt, Rudolf
Brandt, Willy
Brauchitsch, Walther von
Braun, Rudolf
Bräutigam, Otto
Brecht, Bert
Brehmer, Rudolf
Breyhan, Christian
Brinkmann, Rudolf
Bronnen, Arnolt
Brunner, Alois
Buchheim, Christoph
Bühler, Albert
Burmeister, Hermann
Bußmann, Walter
Buzzi, Richard
Churchill, Winston
Clodius, Carl
Coblitz, Wilhelm
Coquelin (BdF)
Craushaar, Georg Harry von
Czech, siehe Böll, Annemarie
Dannecker, Theodor
Deetjen, Hanns
Dietl, Eduard
Dolderer, Bernhard
Donandt, Walther
Dönitz, Karl
Donner, Otto
Douros, Elias
Dreßen, Wolfgang
Dreyfus, Jean-Marc
Drueke (MbiF)
Dumas, Alexandre
Eckhardt, Walther
Eichholtz, Dietrich
Eichmann, Adolf
Eicke, Rudolf
Enepekidis, Polychronis
Engel, Ludvik
Engelbrechten, von (Leutnant)
Erhard, Ludwig

Erzberger, Matthias
Fachmann, Kurt
Falkenhausen, Alexander von
Federau, Fritz
Filitz (Intendanturrat)
Fintz, Violette
Fischböck, Hans
Fischer, Edwin
Fleischer, Hagen
Fleischmann, Paul
Frank, August
Frank, Karl Hermann
Frank, Hans
Frick, Wilhelm
Friedrich (RFM)
Fritsch (MBB/NF)
Funk, Walther
Furtwängler, Wilhelm
Galleiske (RFM)
Gelich, Fernando
Gerlach, Christian
Gerstner, Karl-Heinz
Ginzkey (Enteignete)
Goebbels, Joseph
Goerdeler, Carl Friedrich
Goette, Wolf
Göring, Hermann
Gossel, Karl
Gotthardt, Hermann
Graevenitz, Hans
Gramsch, Friedrich
Graupner, Karl
Grimm, Jacob
Grohé, Josef
Guillaume (Reichspost)
Gündel, Herbert
Günther, Rolf
Gunzburg, de (enteign. Familie)
Gurski, Hans
Gutwerth (Enteigneter)
Haberstock, Karl
Hadjikyriakos (Gouverneur der Griech. Nationalbank)
Hahn, Paul
Hanneken, Hermann
Hansen, Erik
Hansen, Harald
Hartlaub, Felix
Hartlieb, Heinrich
Hartmann (RFM, DSK)
Hauffe, Arthur
Haupt, Thea

Hedding, Otto
Heim, Susanne
Hemmen, Hans-Richard
Hencke, Fritz
Herzog (DHM, Slowakei)
Herzog, Herbert
Heydrich, Reinhard
Hilberg, Raul
Hillers, Wolfgang
Himmler, Heinrich
Hitler, Adolf
Hoffmann (WiStb Ost)
Hoffmann, Alfred
Höll, Hans
Holtz, Wolfgang
Holzhauer, Georg
Horowitz, Vladimir
Horthy, Miklós
Hudeczek, Karl
Hunsche, Otto
Hupfauer, Theo
Ingram, von (PG)
Jacobmeyer, Wolfgang
Javal (enteign. Familie)
Jessen, Jens
Joerges, Harald
Junz, Helen B.
Kadelbach, Hans
Kadgien, Friedrich
Kagan, Saul
Kaltenegger, Hellmut
Kambartel (OZI, RFM)
Kasche, Siegfried
Kasten, Helmut
Kaufmann, Karl
Keitel, Wilhelm
Keppler, Wilhelm
Kersten, Werner
Kinkel, Gottfried
Klare, Fritz
Kleemann, Ulrich
Klemperer, Victor
Klesper, Fritz
Klinkhammer, Lutz
Klopfer, Gerhard
Klumm, Friedrich
Koch, Erich
Könning, Richard
Köppen, Werner
Korff, Hans Clausen
Körner, Paul

Korvas, Imrich
Kössler (Intendanturrat)
Kossoy, Edward
Kozuszek, Kurt
Krebs, Dr. (RFM)
Kretzschmann, Max
Krogmann, Carl Vincent
Krüger, Alf
Kuhn, Eberhard
Kühne (RFM)
Kühne, Walther
Kundrus, Birthe
Labbé, A.
Lammers, Hans Heinrich
Lampe (MBB/NF)
Landfried, Fritz
Landwehr, Hermann
Lange, Kurt
Lange, Dr. (MBB/NF)
Laskier, Michael
Laval, Pierre
Leeuw, A. J. van der
Legler, Friedrich
Leibl (Enteigneter)
Leibowitz (Enteigneter)
Lemkin, Rafael
Lenin, Vladimir Ilich
Lenz, Erwin
Léontard, Lucien
Lepercq, Aimé
Ley, Robert
Lichtenstern (Enteigneter)
Lipscher, Ladislav
Litter, Fritz
Logothetopoulos, Konstantinos
Löhr, Alexander
Lohse, Hinrich
Ludwig (RFM)
Luther, Martin
Maaß (RFM)
Mach, Alexander
Mackensen, Hans Georg von
Maedel, Walter
Malitzky (OKH)
Maltzan, Vollrath von
Mangold, Dr. (MbiF)
Manteuffel (RFM)
Martini, Herbert
Matthaeus, Georg
Mau, Ilse
Mavraganis (griech. Beamter)

Mayer, Josef
Megerle, Karl
Melmer, Bruno
Mengele, Josef
Merten, Max
Meyer, Alfred
Michel, Elmar
Michel, Henri
Moeller, Hero
Molho, Michael
Möllenhoff, Gisela
Mommsen, Hans
Morett
Moritz, Alfons
Mozart, Wolfgang Amadeus
Müller, Jürgen
Müller, Heinrich
Müller, Rolf-Dieter
Müller (WO, Saloniki)
Mussolini, Benito
Narr, Wolf-Dieter
Naumann, Karl
Nedić, Milan
Nehama, Joseph
Nehlsen, Werner
Neubacher, Hermann
Neumann, Erich
Niedermeyer, Ferdinand
Ninnemann (Hauptmann)
Nonnenbruch, Fritz
Oertel, Manfred
Ohlendorf, Otto
Orgera, Giovanni
Ottolescu, Al.
Paersch, Fritz
Pamperrien, Rudolf
Pape (RFM)
Papen, Franz von
Parpatt, Friedrich
Pasel(RWM)
Patzner (RFM)
Pelligrini, Giampietro Domenico
Pichler, Dr. (MBB/NF)
Plick, Cilika
Plodeck, Oskar Friedrich
Polic, Anica
Popitz, Johannes
Posener, Julius
Posse, Hans
Präg, Werner
Prunsch (Oberleutnant)

Prüßmann, Ilse
Puhl, Emil
Quisling, Vidkun
Radebach, Paul
Rademacher, Franz
Raeder, Erich
Rahn, Rudolf
Rasmeritza, Nicolae
Rass, Christoph
Rau, Werner
Rauter, Hanns Albin
Recanati, Pepo
Recker, Marie-Luise
Reichenau, Walter von
Reinecke, Hermann
Reinel (dt. Beamter)
Reinhardt, Fritz
Reinhardt (RWM)
Rettig, Hermann
Ribbentrop, Joachim von
Richthofen, Herbert von
Riecke, Hans-Joachim
Rilke, Rainer Maria
Rinke (MBiF)
Rinkefeil (dt. Beamter)
Rintelen, Emil von
Rommel, Erwin
Rosh, Lea
Rosenberg, Alfred
Roethe, Eberhard
Röthke, Heinz
Rothschild (enteignete Familie)
Rottky, Hugo
Sartre, Jean-Paul
Sattler, Rudolf
Schacht, Hjalmar
Schaefer, Carl
Scheffler, Leopold
Scheplitz, Bodo
Schiedlausky, Lothar
Schlarp, Karl-Heinz
Schlautmann-Overmeyer, Rita
Schleicher, Kurt von
Schleier, Rudolf
Schleyer, Hanns Martin
Schlotterer, Gustav
Schlüter, Walter (RFM) MDir
Schmidt, Eberhard W.
Schmidt, Helmut
Schmidt, Hubert
Schmidt (RFM)

Schmidt-Stähler, Albert
Schmölders, Günter
Schnitker (Bürgermeister)
Schnurre, Karl
Scholz, Ernst
Schomaker, Hans
Schönberg, Fritz
Schörner, Ferdinand
Schramm, Percy Ernst
Schulte, Hubert
Schulte
Schultz, Franz
Schumburg, Hans-Emil
Schurz, Carl
Schuster, Hans
Schwager, Josef
Schwerin von Krosigk, Lutz Graf
Sefihas, Andreas
Seiffert, Alfred
Senkowsky, Hermann
Seydelmann, Gertrud
Seyß-Inquart, Alfred
Siegert, Dr.
Siegert, Rudolf
Speer, Albert
Spindler, Alfred
Stalin, Josef
Steinberg, Jonathan
Stenger (MBiF)
Sternfeld (Enteigneter)
Stiller (Bankangestellte)
Strangmann (Gastwirt)
Streit, Herbert von
Stroumsa, Jacques
Stuckart, Wilhelm
Stucken, Rudolf
Stülpnagel, Otto
Süßkind-Schwendi, Alexander von
Tataranu, Nicolae
Terboven, Josef
Thadden, Eberhard von
Thomas, Georg
Thoms, Albert
Tischbein, Friedrich
Todt, Fritz
Toscanini, Arturo
Trapp, Dr. (RFM)
Tribius, Erich
Trier (RB)
Tron, Walter
Tschaikowsky, Peter Iljitsch

Tsironikos, Hektor
Tychsen (Obersturmführer)
Tzavaras, Nikolaos
Uhlmann, Emil
Uhlmann, Henny
Uhlich, Martin
Ullrich, Dr. (OKW)
Utikal, Gerhard
Vallat, Xavier
Vasek, Anton
Veltjens, Josef
Venizelos, Eleftherios Kyriakos
Voss, Hermann
Wagner, Eduard
Wagner, Karola
Waldhecker, Hermann
Weizsäcker, Ernst von
Wetter (MBB/NF)
Wiehl, Emil
Wiesenthal, Simon
Wiesner (Schauspieler)
Wilhelm, Karl Friedrich
Windisch-Graetz, Alois
Winter, Max
Wisliceny, Dieter
Woermann, Emil
Woermann, Ernst
Wohlthat, Helmut C.
Wolf, Louis
Wucher, Theodor
Ziegelmayr, Wilhelm
Ziegler, Karl
Zölffel (RmfbO)
Zschimmer, Gerhard
Zülow, Kurt
Zwicker, Julius

Fußnoten

1 Statistische Übersichten zu den Reichshaushaltsrechnungen 1938–1943, Anlagen 1 und 2, erstellt vom Statistischen Büro des RFM, Nov. 1944, BA R 2/24250.

2 Leicht veränderte Fassung meines Aufsatzes »Antworten auf meine Kritiker«, in: Sozial. Geschichte, H.1/2006, S. 79–103. Die hier zitierte Literatur und die Personennamen wurden nicht ins Literaturverzeichnis beziehungsweise ins Personenregister aufgenommen.

3 Dazu anregend das Kapitel »Von deutscher Erfindungskraft. Oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit«, in: Norbert Frei, 1945 und Wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 145–155.

4 <http://www.sehepunkte.historicum.net>;
<http://www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>

5 *Götz Aly*, Nicht falsch, sondern anders gerechnet. Eine Antwort auf J. Adam Tooze, in: die tageszeitung vom 15. 3. 2005; *Götz Aly*, Wie die Nazis ihr Volk kauften, in: Die Zeit vom 6. 4. 2005; *Götz Aly*, Wohin floss das Geld. Ein Fall offensiver Unkenntnis. Wolfgang Seibels Kritik an »Hitlers Volksstaat«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. 8. 2005; *Johannes Bähr*, Die Legende von der »Wohlfühldiktatur«. Zu Götz Alys Deutung von Wirtschaft und Lebensstandard im »Dritten Reich«, in: sehepunkte 5 (2005); *Frank Bajohr*, Die Beraubung der Juden [Rezension zu »Hitlers Volksstaat«], in: sehepunkte 5 (2005); *Ralf Banken*, Hitlers Volksstaat? Zur kontroversen Diskussion um Götz Alys Thesen, in: Forschung Frankfurt, H. 3, 23 (2005), S. 52–55; *Barbarei aus Gefälligkeit?* Götz Aly im Streitgespräch mit Hans-Ulrich Wehler, Hans Mommsen und Micha Brumlik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, 2005, S. 796–810; *Yehuda Bauer*, Volk und Vorteilsnahme. Erst raubten die Deutschen alle Juden aus, dann haben sie sie ermordet. Warum Götz Alys Forschung die Wissenschaft weiterbringt, in: Die Zeit vom 4. 8. 2005; *Christoph Buchheim*, Die vielen Rechenfehler in der Abrechnung Götz Alys mit den Deutschen unter dem NS-Regime, in: Sozial.Geschichte, H. 3/2005, S. 67–76; *Jane Caplan*,

Cui bono? In: Sozial.Geschichte H. 3/2005, S. 86–90; *Angelika Ebbinghaus*, Fakten oder Fiktionen: Wie ist Götz Aly zu seinen weitreichenden Schlussfolgerungen gekommen? in: Sozial.Geschichte, H. 3/2005, S. 29–45; *Rüdiger Hachtmann*, Eine klassenbewusste »Gefälligkeitsdiktatur«? In: sehepunkte 5 (2005); *Rüdiger Hachtmann*, Öffentlichkeitswirksame Knallfrösche – Anmerkungen zu Götz Alys »Volksstaat«, in: Sozial.Geschichte, H. 3/2005, S. 46–66; *Thomas Kuczynski*, Die Legende vom nationalen Sozialismus, in: Sozial.Geschichte H. 3/2005, S. 77–85; *Per Leo*, Der Narr von eigenen Gnaden. Götz Aly und die deutsche Geschichtswissenschaft, in: Ästhetik & Kommunikation, H. 129/130, 36 (2005), S. 185–193; *Armin Nolzen*, »Stimmungspolitiker in Aktion« – Zum Verhältnis von Regime und Bevölkerung, in: sehepunkte 5 (2005); *Armin Nolzen*, Hitler und die Deutschen: Eine neue Interpretation zum Verhältnis zwischen NS-Regime und Bevölkerung? In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 28 (2005), H. 50, S. 15–24; *Kurt Pätzold*, Eine hochwillkommene Offerte zur »Lösung der Faschismusfrage«. Zu Götz Alys Buch »Hitlers Volksstaat«, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53 (2005), S. 637–640; *Wolfgang Seibel*, Rechnung ohne Belege. Götz Alys scheingenauer Bestseller, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 7. 2005; *Gustav Seibt*, Wohlstand für alle, in: Internationale Politik 5/2005, S. 90–93; *Natan Sznaider*, National-Socialism as national socialism: A Dictatorship of Benefits, Book Review: Götz Aly »Hitlers Volksstaat«, in: http://www.typoskript.net/english/english_0001/0001e_web.htm; *Winfried Süß*, Ein nationalsozialistischer Sozialstaat? In: sehepunkte 5 (2005); *J. Adam Tooze*, Einfach verkalkuliert, in: die tageszeitung vom 12./13. 3. 2005; *J. Adam Tooze*, Doch falsch gerechnet – weil falsch gedacht, in: die tageszeitung vom 16. 3. 2005; *J. Adam Tooze*, Stramme junge Männer in braunen Uniformen, in: Die Zeit vom 28. 4. 2005; *Hans-Ulrich Wehler*, Engstirniger Materialismus, in: Der Spiegel vom 4. 4. 2005; *Michael Wildt*, Vertrautes Ressentiment. Der moderne Sozialstaat hat mit dem »Volksgemeinschafts«-Konzept des Nationalsozialismus nichts zu tun. Eine Antwort auf Götz Aly, in: Die Zeit vom 4. 5. 2005; *Michael Wildt*, Alys Volksstaat. Hybris und Simplizität einer Wissenschaft, in: Mittelweg 36, H. Juni/Juli, 14 (2005), S. 69–80; *Michael Wildt*, Alys Volksstaat. Hybris und Simplizität einer Wissenschaft, in: Sozial.Geschichte, H. 3/2005, S. 91–97.

6 Auf S. 190 ist die fehlende Fußnote eingefügt.

7 Auf S. 105 den letzten Satz des ersten Absatzes.

8 Neben solchen Einwänden mutmaßen Ebbinghaus und – in mehreren Varianten – auch Wildt, ich käme »aus der rigiden Tradition der K-Gruppen«. Davon kann keine Rede sein. Vielmehr schloss ich mich 1969/70 den – aus meiner heutigen Sicht nicht besseren, dankenswerterweise jedoch kurzlebigeren – spontaneistischen Gruppierungen der späten 68er-Bewegung an. Dort verachtete man die stalinisierten K-Gruppen-Leute als »zwanghaft« und die Protestgefährten von der DKP als »kleinbürgerlich«. Letzteres mag Wildts Empfindlichkeit erklären. Die mit Abstand rigideste antilibérale Gruppe, die ich je kennengelernt habe, war der Herausgeber-Verein, der für die ersten beiden Hefte der »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« verantwortlich zeichnete. Unter tätiger Beihilfe von Angelika Ebbinghaus flog ich – von Karl Heinz Roth als »wertkonservativ« eingestuft – 1985 mit einigen Mitherausgebern und samt der Zeitschrift aus diesem Verein hinaus und bin bis heute froh darüber.

9 Sophie Scholl, Fritz Hartnagel, Damit wir uns nicht verlieren. Briefwechsel 1937–1943, Frankfurt a.M. 2005, S. 240ff.

10 Brief von Cornelia S., Berlin vom 8. 4. 2005 an G. Aly; Vortrag am 4. 5. 2005 in Frankfurt (Oder). Von all diesen Dingen steht in dem überaus voluminösen zweiteiligen Band 9 »Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg« (Stuttgart 2005) nichts, der angeblich »Die Deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945« darstellen soll. Obwohl das Militärgeschichtliche Forschungsamt dafür einen Millionenetat verausgabte, fehlen dem Doppelband genau die historischen wichtigen Fakten, die sich im »Volksstaat« finden.

11 Brief des Panzersoldaten Hermann P. vom 24. 1. 1942; Feldpostbriefe von Hermann Pflüger, Panzersoldat aus Dransfeld, vermisst in Stalingrad, im Familiendruck ediert von Albert Pflüger, Frankfurt a.M. 2000. In dem in der vorherigen Fußnote genannten zweibändigen Werk »Die Deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945« vermeidet Katrin A. Kilian, die Autorin des den Feldpostbriefen gewidmeten Kapitels, jeden Hinweis auf derartige, massenhaft vorhandene Briefe.

12 Der Text entspricht der Tonaufzeichnung des Großdeutschen Rundfunks und wurde mit der partiell veränderten Version im Völkischen Beobachter verglichen. Völkischer Beobachter vom 6. 10. 1942; Deutsches Rundfunkarchiv Wiesbaden, Nr. 2733160;

vollständig abgedruckt in: Götz Aly (Hg.), Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 2006.

13 Ian Kershaw, Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung, Stuttgart 1999, S. 278ff.; Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. IV: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten. 1914–1949, München 2003, S. 652f.

14 Ein gutes Beispiel für ähnliche Unwissenheit bietet der hauptsächlich von Dieter Ziegler verfasste Abschnitt »Die Enteignung privaten jüdischen Vermögens« im Bd. 2 (S. 335ff.) der 2006 erschienenen Studie über die Dresdner Bank: Klaus Dietmar Henke (Hg.), Die Dresdner Bank im Dritten Reich, 4 Bde., München 2006; zur Kritik: Götz Aly: Moderner Ablasshandel. Die Studie über die Dresdner Bank im Dritten Reich versackt im eigenen Fett, in: Berliner Zeitung vom 27. 2. 2006.

15 Karl-Christian Führer, Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmarkt und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914–1960, Stuttgart 1995; Mark Spoerer, Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925–1941, Stuttgart 1996; Richard J. Overy, »Blitzkriegswirtschaft«. Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeitseinsatz in Deutschland 1939–1942, in: VfZ 36 (1988), S. 396–435.

16 Uwe Johnson, Jahrestage. Aus dem Leben von Gesine Cresspahl, Frankfurt a.M. 1983, S. 1844; für den Hinweis Dank an Silke Rossow, Rostock.

17 Heinrich Graetz, Geschichte der Juden, Leipzig 1890, Bd. 8,2, S. 49ff.

18 Wie Anm. 11.

19 In seiner Posener Rede vor den Reichs- und Gauleitern sagte Heinrich Himmler am 6. 10. 1943: »Es trat an mich die Frage heran: Wie ist es mit den [jüdischen] Frauen und Kindern? – Ich habe mich entschlossen, auch hier eine ganz klare Lösung zu finden. Ich hielt mich nämlich nicht für berechtigt, die Männer auszurotten – sprich also, umzubringen oder umbringen zu lassen – und die Rächer in Gestalt der Kinder für unsere Söhne und Enkel groß werden zu lassen.«

Heinrich Himmler, Geheimreden 1933 bis 1945, hrsg. von Bradley F. Smith und Agnes Peterson, Frankfurt a.M. 1974, S. 169.

20 Dazu neuerdings: Götz Aly (Hg.), Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 2006.

21 Z.B. die noch unveröffentlichte Untersuchung von Filippo Occhino, Kim Oosterlinck und Eugene N. White, »How Occupied France Financed its own Exploitation in World War II«, Diskussionspapier, Okt. 2005, (http://emlab.berkeley.edu/users/webfac/eichengreen/e211_fa05/white.pdf) für den Hinweis Dank an Dorothea Hauser, Paris. Die amerikanische National Archives haben dem Bundesarchiv neuerdings eine Reihe recht umfangreicher Dokumente in Kopie überlassen, die im Reichsfinanzministerium, in der Reichsbank, im Reichswirtschaftsministerium und in einigen anderen NS-Institutionen zu Fragen der Kriegsfinanzierung, der Besatzungskosten und der Judenenteignung entstanden waren. Für den »Volksstaat« konnte ich sie noch nicht verwenden, doch bestätigen sie meine Befunde und machen keinerlei Veränderungen am Text erforderlich. Die Signaturen lauten: 2150-PS, 2251-PS, 2216-PS, 2265-PS, 2266-PS, 2267-PS, 2268-PS, 2287-PS, 2850-PS, 3562-PS, 3948-PS, 3949-PS, 3915-PS.

22 Auch Buchheim unterscheidet nicht zwischen laufenden Kriegseinnahmen, auf die ich mich beziehe, und Kriegskosten.

23 Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 927 (wie Anm. 12).

24 Siegfried Lenz, Essays 1, 1955–1982 (Werkausgabe, Bd. 19), Hamburg 1997, S. 23; für den Hinweis Dank an Markus Barth, Berlin.

25 Overy, »Blitzkriegswirtschaft« (wie Anm. 14).

26 Dazu gehören auch die Erträge aus den Goldtransaktionen in Istanbul, geschmälert um den Gewinn, den die beteiligten Geschäftsbanken dabei erzielten.

27 Axel Schildt (Hg.), Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon, München 2005.

28 Rüdiger Hachtmann, Industriearbeit im »Dritten Reich«. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989.

29 Emmerich Tálos, Sozialpolitik 1938 bis 1945, in: Derselbe u.a. (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien 1988, S. 115–140.

30 Hachtmann, Industriearbeit (wie Anm. 25), S. 108, Anm. zu Tabelle 6. Dort heißt es ohne jede Spezifizierung und Konsequenz für die weiteren Berechnungen: »Seit März 1939 einschließlich Österreich, seit Dez. 1941 einschließlich Sudetenland und der eingegliederten Ostgebiete. Bis 1939 nur Arbeiter deutscher Staatsangehörigkeit, seit 1940 einschließlich ausländischer Zivilarbeiter ohne ›Ostarbeiter‹.«

31 Ebd., S. 127, 159. Möglicherweise entwickelte sich der Anstieg der Lebenshaltungskosten zwischen 1933 und 1944 sogar etwas ungünstiger als bei Hachtmann angegeben. Doch ändert das nichts am relativen, gleichsam gefühlten Aufschwung. Nach den von Hachtmann nicht zitierten Angaben in der Geheim-Broschüre »Finanz- und wirtschaftsstatistische Zahlen. Stand vom 31. Mai 1944« (S. 15) entwickelte sich der Lebenshaltungskostenindex, das Jahr 1913/14 = 100 gesetzt, wie folgt: 151,7 (1928), 118,0 (1933), 126,2 (1939), 138 (1943). (BA R 2/24250.)

32 Mitteilung von Martin Schmidt, Hamburg, vom 22. 12. 2005.

33 Thomas Kuczynski, Brosamen vom Herrentisch. Hintergründe der Entschädigungszahlungen an die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitskräfte, Berlin 2004, S. 131ff.

34 Ebd., S. 131ff. Rätselhaft bleibt, warum Kuczynski nicht die frühe Dokumentation von K. H. Roth, einem der Auftraggeber seines Gutachtens, beizog. Dort ist der Staatsraub auf dem Weg des angeblichen Lohntransfers immerhin genannt, wenn auch falsch gewichtet. Karl Heinz Roth, Dreifache Ausbeutung der Fremdarbeiter: Eine Dokumentation über Ökonomie und Politik des Lohntransfers in der »europäischen Großraumwirtschaft« 1940–1944, in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik 1 (1985), H. 7/8, S. 69–100.

35 Aly, Volksstaat, S. 181–190. Im Fall der verbündeten Länder wurde genauso verfahren. Dort waren die im Reich vorenthaltenen Löhne aus dem Kriegskostenbeitrag zu ersetzen.

36 Kretzschmann, Reichskreditkassen, S. 116f.; Reichszollblatt 27 (1942), Nr. 32, Ausg.A., S. 56; Zahlungsregelungen für die Wehrmacht in

den außerdeutschen Ländern von 1941 und 1944, BA R 2501/7101.

37 Am Anfang der Besetzung entsprachen 100 dkr 50 RM, dann für einige Zeit 49,00 und schließlich 52,30; zu den Diskussionen darum BA R 2/60244.

38 Zeitweilig 12,50.

39 Ursprünglich 60,00 RM, dann 56,90 RM.

40 In der Vereinbarung zwischen der HV der RKK und der Casa Autonoma de Finantare si Amortizare in Bukarest vom Januar 1941 wurde ein interner Wechselkurs 100 Lei = 2 RM festgelegt, BA R 2/30703.

41 Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg, S. 4.

Endnoten

- 1** Rede Hitlers vor den Arbeitern der Rheinmetall-Borsig-Werke in Berlin, 10. 12. 1940, VB, 11. 10. 1940; Hitler, Rede am 10. 12. 1940, S. 361; Boelcke (Hg.), Krieg, S. 122; Goebbels-Tgb., I/9, S. 45.
- 2** Goebbels-Tgb., II/8, S. 131 (19. 4. 1943).
- 3** Gästebuch der Aly-Hütte (Südschwarzwald), Eintragungen von Ernst Aly (*1912) und Hermann Aly (*1910).
- 4** Bongs, Straße, S. 7.
- 5** Ilse Prüßmann, HfL Hamburg, Bericht über den Lehrereinsatz Sommer 1940, BA R 49/Anh.I/20, Bl. 8-10.
- 6** Hachmeister, Schleyer, S. 86.
- 7** Schuster an Hellmut Becker, 28. 1. 1942 u. 23. 3. 1943, NI Becker, priv. Teil, Nicolas Becker, Berlin; zu Schusters Dissertation Aly, Rasse, S. 14.
- 8** Aly, Macht, S. 149; mündliche Mitteilung von Harald Hansen (Riederau) an G. Aly, August 1983.
- 9** Goebbels-Tgb., I/9, S. 356, 383 (6. u. 17. 6. 1941).
- 10** Aly, Rasse, S. 141-151.
- 11** Hillers, Skizze meines Lebens [1935], BA R 55/20176.
- 12** Zum behändigen Gesinnungswandel sozialistisch vorgeprägter Intellektueller: Bisky, Jungen; Zuckmayer, Geheimreport.
- 13** Woitkowski, Graf Schwerin von Krosigk.
- 14** Reinhardt aus Bad Mergentheim an Schwerin v.K., 18. 6. 1940, NA T 178/15, Aufn. 041.
- 15** Hitler zu den Oberbefehlshabern der Wehrmacht, 23. 11. 1939, PS-

789 (NA Rg 238/case XI/F. 33).

16 Zu Belgrad siehe S. 399, Anm. 591; die Überprüfung der Lager Westerbork und Vught durch den RH, BA R 2/30666.

17 Aly/Heim, Vordenker, S. 300–330, 383 u. passim.

18 Grimm, Wörterbuch, Bd. 1, S. LIII.

19 Dt. Arbeitsfront/NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude«, Gau Berlin: Dein Urlaub 1938, Berlin [1938]; Hitler, Rede vom 10. 12. 1940, S. 343.

20 DAF/AWI, Kriegsfinanzierung über die Altersversorgung? (Nov. 1939), NA T 178/15, Aufn. 650–673, hier: 668.

21 Hansen, Rechtsgestaltung.

22 Gedanken zur Neugestaltung.

23 Ranetsberger, Gerichtsvollzieher.

24 Fall Köppen.

25 Deutsches Vollstreckungswesen; Kundrus, Kriegerfrauen, S. 316ff.

26 Ziehe, Zwangsvollstreckungsrecht.

27 Bissinger (Hg.), Du, S. 26; Dt. Gerichtsvollzieher-Zeitung, 60 (1940), S. 173f.; Sebode, Regelung.

28 RFM, Ideensammlung zur steuerlichen Behandlung von Nichtariern, 21. 8. 1935, BA R 2/56009, H. 1, Bl. 2–39, passim.

29 RFM (Zülow, Kühne), 25. 4. 1938, Friedenberger u.a. (Hg.), Reichsfinanzverwaltung, S. 53f.

30 Goebbels-Tgb., II/9, S. 267 (10. 8. 1943); II/11, S. 581 (30. 3. 1944).

31 RFM (Ludwig), 18. 3. 1939, BA R 2/9398, Bl. 308.

32 Woitkowski, Schwerin von Krosigk.

33 RAM (Zschimmer) an PK, 11. 9. 1941, BA R 2/31093, Bl. 60ff.

- 34** Schöpf, Reinhardt; Schönknecht, Ausbildung.
- 35** Goebbels-Tgb., II/3, S. 371 (15. 2. 1942).
- 36** Hamann, Wien, S. 160–168; Sturm des Jubels und der Freude. Die alte Kaiserstadt huldigt dem Gründer des neuen Reiches, VB, 2. 4. 1938; Zitelmann, Hitler, S. 80.
- 37** Hitler, Kampf, S. 712.
- 38** Hitler zu den Oberbfbh. der Wehrmacht, 23. 11. 1939, PS-789.
- 39** Aly, Voss, S. 28.
- 40** Für 1937/38: Abelshauser, Kriegswirtschaft, S. 526.
- 41** Wolfgang Aly: Das Leben eines deutschen Professors 1881–19?? [1962]. Erinnerungen und Erfahrungen (MS, Freiburg i.Br. 1961).
- 42** Notat Köppens, 18. 9. 1941, BA R 6/34a.
- 43** Aly/Heim, Vordenker, S. 398–401.
- 44** Eines der Kinder war mein Doktorvater Wolf-Dieter Narr; Böll, Briefe, S. 972.
- 45** Haupt an IDO (Coblitz), 27. 6. 1944, Mau, Exposee »Vom neuen Land im Osten«, 13. 1. 1944, National Anthropological Archives, Smithsonian Institution, Washington, DC, Institut für Dt. Ostarbeit, Box 1 (Dank an Margit Berner).
- 46** Rösle, Sterblichkeitsverhältnisse, S. 28.
- 47** Benning, Expansion und Kontraktion der Geldmenge (MS, 25. 3. 1943), S. 32, BA R 8136/3810; Bayrhofer, Reichsbank, S. 99; Hirschfeld u.a. (Hg.), Enzyklopädie, S. 579ff.
- 48** Krüger, Lösung, S. 30ff.
- 49** RFM (Hedding) an Reinhardt, 16. 6. 1937, BA R 2/31097. (Am 4. 12. 1939 wurde der Gesetzentwurf mit der Bemerkung »überholt durch jüdische Vermögensabgabe« zu den Akten gelegt.)
- 50** Kampf dem Weltjudentum, Deutscher Wochendienst, 21. 5. 1943.

- 51** Banken, Goldreserven, S. 51.
- 52** RKG, Die deutsche Inflation (MS, 28. 7. 1937), BA R 8136/3803; Bayrhofer, Reichsbank, S. 99; Hoffmann, Probleme, S. 574; Bark, Kriegsfinanzierung, S. 74ff.
- 53** Lütge, Kriegsfinanzierung, S. 248; Terhalle, Geschichte, S. 282.
- 54** Epmeier, Kriegspotential, S. 49; Jecht, Kriegsfinanzen, S. 59.
- 55** Bark, Kriegsfinanzierung, S. 37f.
- 56** Goebbels-Tgb., II/1, S. 475 (23. 9. 1941).
- 57** Bundesarchiv, Verbleib.
- 58** Guter Einblick bei Eggenkämper u.a., Bestand.
- 59** Steinberg, Bank, S. 16.
- 60** Boberach (Hg.), Meldungen, S. 4331.
- 61** RKG, Vowi. Abt., Die dt. Wirtschaft im ersten Quartal 1937 (MS), BA R 8136/3802, Bl. 15.
- 62** Benning (RKG), Die öffentliche Finanzlage, S. 16f. (MS, 2. 4. 1936), BA R 8136/3804; RKG, Deutschlands wirtschaftliche Lage (MS, Juli 1939), S. 23, ebd.; DAF/AWI, Die lohnpolitische Lage (Okt. 1939), Mason (Hg.), Arbeiterklasse, S. 1266.
- 63** Finanz- und wirtschaftsstatistische Zahlen. Stand 31. 5. 1944 (Nur für den Dienstgebrauch!) [Berlin], BA R 2/24250, S. 23; allgemein Christoph Buchheim, Der Keim des Zusammenbruchs, Frankfurter Allgemeine Ztg., 8. 2. 2003.
- 64** Aly, Voss, S. 24f.
- 65** Schöllgen, Brandt, S. 54.
- 66** Prion, Finanzwunder, passim.
- 67** Bankarchiv, 1939; Europäische Revue, 1940; Schmölders trat schon 1933 der NSDAP bei, der SS gehörte er als Schulungsleiter von 1933 bis 1937 an, BA PK/965, Aufn. 1628ff.

- 68** Benning, Die öffentliche Finanzlage, S. 4, 10 und 13f. (MS, 2. 4. 1936), BA R 8136/3804.
- 69** Reinhardt, Geld, S. 27; Stucken, Geld- und Kreditpolitik, S. 149; RGBL. I/1936, S. 701 u. I/1938, S. 952. Die Erhöhung der Körperschaftsteuer von 1938 sollte ursprünglich nur bis 1940 gelten, Voß, Steuern, S. 106; Blümich, Körperschaftsteuer-Gesetz, S. XVI.
- 70** Hohrmann/Lenski, Körperschaftssteuer, S. 19.
- 71** Boberach (Hg.), Meldungen, Bd. 2, S. 193.
- 72** Reinhardt, Gemeinschaftsbedarf, S. 987.
- 73** Reinhardt, Steuergesetze, S. 92f.
- 74** Denselben Vorkriegsschuldenstand gab Reinhardt 1942 an, Goebbels-Tgb., II/3, S. 370f. (25. 2. 1942); häufig findet sich die übertriebene Angabe, es seien 60 Mrd. RM bis Kriegsbeginn für die Aufrüstung aufgewandt worden, Benning (RKG), Reichsschuld (MS, 24. 10. 1940), BA R 8136/3795, Bl. 4.; zu den Kosten der Aufrüstung Oertel, Kriegsfinanzierung, S. 685; Abelshauser, Kriegswirtschaft, S. 515f.
- 75** Goebbels-Tgb., I/5, S. 69 (24. 12. 1937), I/6, S. 273 (2. 3. 1939).
- 76** RB (Direktorium), 7. 1. 1939, Hansmeyer/Caesar, Kriegswirtschaft, S. 380ff.
- 77** RFM, 7. 7. 1939, NG-4062; Goerdeler, Denkschrift vom 10. 9. 1938, Goerdeler, Schriften, S. 755.
- 78** Ebd., S. 773, 784f.
- 79** VJP, Reinhardt zu Backe, Riecke, Schlotterer, Meyer und Hanneken [1942], BA R 2/30675 (Hervorh.i.Orig.).
- 80** Goerdeler, Schriften, S. 789.
- 81** Ernennungsurkunde (Frick, Göring), 19. 3. 1938; Göring an Keppler, 19. 3. 1938, NG-2503.
- 82** Zu den Einzelheiten Stucken, Geldpolitik, S. 149ff.

- 83** RFM (Schwerin v.K.), Richtlinien für die künftige Rüstungsfinanzierung, 10. 3. 1938, NG-5553.
- 84** Krüger, Lösung, S. 211.
- 85** RWM an AA, 21. 11. 1938, PA AA Inland II A/B 26, Leeuw, Griff, S. 221; Krüger, Lösung, S. 70.
- 86** VO über die Anmeldung des Vermögens von Juden, 26. 4. 1938, RGBL I, S. 414; VO auf Grund der VO über die Anmeldung des Vermögens von Juden, 26. 4. 1938, RGBL I, S. 415. Der in Großdeutschland 1938 geschaffenen Rechtslage entsprach die VO des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über das jüdische Vermögen, 21. 6. 1939, VBIRProt 1939, S. 45; ähnliche VOs folgten in fast allen besetzten Ländern.
- 87** Erlass des RWM, 14. 5. 1938.
- 88** Leeuw, Griff, S. 216f.
- 89** RMI (Frick), 14. 6. 1938, NG-3937; RWM (Brinkmann), 27. 12. 1938, BA R 2/3847, Bl. 188.
- 90** Schwerin v.K. an Hitler, 1. 9. 1938, IMG, Bd. 36, S. 492ff.
- 91** Besprechung über die Judenfrage (Vorsitz: Göring), 12. 11. 1938, IMG, Bd. 28, S. 501; Besprechung im RMI, 16. 12. 1938, zur Judenfrage, Heim/Aly (Hg.), Bevölkerungsstruktur, S. 15-21.
- 92** AA (Schumburg), 25. 1. 1939, PS-3358.
- 93** Heim/Aly, Ordnung, S. 392, 398; Heim/Aly (Hg.), Bevölkerungsstruktur, S. 15-21.
- 94** Erlass Görings, 10. 12. 1938, Leeuw, Griff, S. 219.
- 95** Besprechung über die Judenfrage (Vorsitz: Göring), 12. 11. 1938, IMG, Bd. 28, S. 539.
- 96** RWM (III Jd. 29/38), 25. 7. 1938, PA AA Inland II A/B 26.
- 97** PA Richard Buzzi, BA-DH ZA ZE 6175.
- 98** RFM, RS (Schwerin v.K.), 5. 7., 1. 9., 8. 12. 1938; RBDirektorium,

29. 12. 1938 an RFM (Bayrhofer), BA R 2/3847, Bl. 139ff., 180f., 190ff.

99 RWM, Statistik und Begleitbericht [Ende 1938], BA R 7/4740, Bl. 36ff.

100 AA (Woermann), 18. 11. 1938, über die Rede Görings vom Vortag, IMG, Bd. 32, S. 411ff.

101 VO über die Sühneleistung der dt. Juden, 12. 11. 1938, RGBl. I, S. 1579; DVO, 21. 11. 1938, ebd., S. 1638-1640.

102 Friedenberger u.a. (Hg.), Reichsfinanzverwaltung, S. 30.

103 Regierungsrat W. Donandt, Berlin, RFM: Die Judenvermögensabgabe, 28. 1. 1939, ebd., S. 67f.

104 Gestapo Bielefeld an Gestapo Berlin, 26. 11. 1938, Stöber, Nation, S. 209.

105 Schwerin v.K., Staatsbankrott, S. 279.

106 RGBl., I/1939, S. 2059; Friedenberger u.a. (Hg.): Reichsfinanzverwaltung, S. 21; Nachprüfung der gegen die jüdische Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet auf Wunsch von Mr. Kagan durch das Archiv des Bundesministers der Finanzen (Siegert), 14. 8. 1951, BA R 2/Anh./52, Bl. 9-11.

107 Ebd.

108 Sämtliche Zitate über das antijüdische Zusammenwirken von Privatbanken und Reichsregierung finden sich in der RKG-Akte BA R 8136/3692 (21 Bl.).

109 VO, 3. 12. 1938, RGBl. I, S. 1710, §§ 11, 12; Schwerin v.K. an die FÄ des Reiches, 10. 12. 1938, NG-4902.

110 RS der Dt. Bank an ihre Filialen, 13. 12. 1938, BA R 8119/10563, Bl. 99, 180.

111 RFM, 13. 12. 1941, NG-5067; RFM, 1. 9. 1942, NG-5040, RFM, 14. 9. 1942, NG-5000; Krüger, Lösung, S. 371ff.; selbst noch für das Jahr 1944 finden sich umfängliche Abrechnungen der Preußischen Staatsbank zur »Inzahlungnahme von Wertpapieren für die

Judenvermögensabgabe«, BA R 2/31802, für 1938/39: 14695, 14696, 14697 (bis dahin Formulare, Vermerke, RS zum Verfahren usw.), 14698; für 1940: 14700; für 1941: 14710, 14711; für 1942: 31801; zeitlich und inhaltlich gemischt: 14701, 14702, 14699. Gut informiert ist der Zeitungsartikel »Ein ›circulus‹« in der Berliner Börsen-Ztg., 9. 2. 1939.

112 Preußische Staatsbank an RFM (Bußmann), 6. 3. 1942, BA R 2/31800, Bl. 99; R 2/31800.

113 RB, Wertpapierabrechnungen 2721941, 10. 4. 1942, NA AJ 40/1125B.

114 Erklärung Bayrhofer, 5. 2. 1948, NID-14444.

115 GBW (Wohlthat), wirtschaftliche Mobilmachung, Dez. 1937, NA Rg 238/case XI/F 32.

116 RAM (Rettig) an RB, 29. 8. 1936, Mason (Hg.), Arbeiterklasse, S. 986ff.

117 GBW (Posse, Reinhardt, Kretzschmann, Michel, Tischbein, Neumann, Kadgien u.a.), Kriegsfinanzen, 30. 5. 1939, PS-3562.

118 Boelcke, Kriegsfinanzierung, S. 37.

119 Zu dieser Unklarheit das Urteil des Reichsgerichts, 22. 9. 1941 (5 D 355/41), Deutsches Recht, 1941, S. 2441; VO zur Ergänzung der KWVO, 25. 3. 1942, RGBl. I, S. 147.

120 RGBl. 1939/I, S. 1609ff.; Recker, Sozialpolitik, S. 43f. Dort Verweis auf Mason (Hg.), Arbeiterklasse. Zur Freigrenze bestehen in der Literatur leicht differierende Angaben. Recker spricht von 2500, andere Autoren von 3000 RM. Die Differenzen erklären sich aus der äußerst geringen Belastung für Monatseinkommen zwischen 220 und 245 RM und aus der Steuerfreiheit bestimmter Zuschläge. Oermann/Meuschel, Kriegssteuern, Steuertabelle, S. 146.

121 Begründung zur VO über Kriegszuschläge [1943], NA T 178/15, Aufn. 098.

122 Vowi. Abt. der RKG, Probleme der Kriegsfinanzierung, (MS, 3. 10. 1939, S. 13), BA R 8136/3809. 1936 verdienten 90% aller Einkommensbezieher weniger als 3000 RM pro Jahr, Donner, Grenzen, S. 205.

- 123** RVR, Arbeitsausschuss, 26. 6. 1935, NA RG 238/case XI/F28; Boelcke, Kosten, S. 99.
- 124** Bayrhofer, Reichsbank, S. 100.
- 125** Jessen, Kriegswirtschaftsverordnung, S. 26.
- 126** Bark, Kriegsfinanzierung, S. 55; Hitler, Rede vom 10. 12. 1940, S. 348f.
- 127** Recker, Sozialpolitik, S. 34f.
- 128** RFM, Haushaltsabt., 8. 12. 1943, BA R 2/56205, Bl. 1.
- 129** Grosa, Zielsetzungen, S. 38; Recker, Sozialpolitik, S. 34.
- 130** VO zur Lenkung der Kaufkraft, RGBL. 1941/I, S. 664. Nach Grosa gaben für den zweiten Erhöhungsschritt nicht fiskalische, sondern ordnungspolitische Erwägungen den Ausschlag. Demnach bestand die »Notwendigkeit der Eindämmung der übermäßigen Nachfrage nach diesen Genussmitteln« (S. 40).
- 131** Oermann/Meuschel, Kriegssteuern, S. 123ff., 101.
- 132** RGBL. I/1939, S. 2254; Ressortbesprechung, 10. 11. 1939, Mason (Hg.), Arbeiterklasse, S. 1183ff.
- 133** RGBL. I/1939, S. 2403, VO, 12. 12. 1939, wirksam 1. 1. 1940.
- 134** Recker, Sozialpolitik, S. 51ff.
- 135** Schwerin v.K., Staatsbankrott, S. 299; Originalzitat, NA T 178/15, Aufn. 898.
- 136** Goebbels-Tgb., I/7, S. 351 (15. 3. 1940).
- 137** Alle Zitate Recker, Sozialpolitik, S. 53–56.
- 138** Bissinger (Hg.), Du, S. 22; RFM, Schwerin v.K. an RK (Lammers), 28. 6. 1943, BA R 2/32096; zur lohnsteuerfreien Obergrenze der Mehrarbeitszuschläge und zur mäßigen Verschlechterung für einen Teil der Arbeiter in den letzten Kriegsmonaten Recker, Sozialpolitik, S. 275f.

- 139** Reinhardt an Schwerin v.K., 18. 6. 1940, NA T 178/15, Aufn. 041-044.
- 140** Benning, Expansion und Kontraktion der Geldmenge, Vortrag (MS, 25. 3. 1943), BA R 8136/3810.
- 141** FA Grevenbroich, Vorsteher (»Träger des goldenen Parteiabzeichens und Staatsrat«), an OFP Düsseldorf, 1. 12. 1939, BA R 2/56917.
- 142** Gauleitg. Magdeburg-Anhalt an PK, 15. 8. 1941, BA R 2/31093, Bl. 103.
- 143** Wirtschaftspressekonferenz, geh. Mitteilung, 29. 7. 1941, BA R 8136/3990. Dem Gesetz vom 24. 7. 1941 (RGBl. I, S. 443f.) war das Gesetz über Verbesserung der Leistungen in der Rentenversicherung vom 21. 12. 1937 vorausgegangen (RGBl. I, S. 1393), das die Not der Sozialrentner etwas linderte.
- 144** Recker, Sozialpolitik, S. 206ff. 282f.
- 145** Schwerin v.K. an Göring, 20. 1. 1940, NA T 178/15, Aufn. 896-902. Zur Diskussion um das Projekt, den darin vorgetragenen Argumenten zur Kriegsfinanzierung und zum »deutschen Sozialismus der Tat«: DAF (Ley) an RFM, RWM usw., 19. 1. 1940, Ley an Hitler, 28. 12. 1939, NA T 178/15, Aufn. 735ff.; Recker, Sozialpolitik, S. 115. Auf niedrigerem Niveau wurde in Ungarn unter deutscher Besatzung noch 1944 ein solches Projekt begonnen, Gerlach/Aly, Kapitel, S. 198f., 228.
- 146** Recker, Sozialpolitik, S. 283f.
- 147** Hupfauer (DAF) nach einem Treffen mit Ley an Gündel (RFM), 15. 4. 1943, BA R 2/31092.
- 148** Schwerin v.K., Staatsbankrott, S. 300f.; Recker, Sozialpolitik, S. 217-223.
- 149** PK (Bormann), 3. 3. 1943, BA R 2/20405a (Hervorh. im Orig.).
- 150** Klein (Hg.) Lageberichte, S. 249.
- 151** Benning, Expansion und Kontraktion der Geldmenge, Vortrag (MS, 25. 3. 1943), BA R 8136/3810.

- 152** Schwerin v.K. an Göring, 6. 5. 1943, BA R 2/20405a.
- 153** Benning, Expansion und Kontraktion, S. 15f.
- 154** Goebbels-Tgb., II/8, S. 222 (7. 5. 1943).
- 155** Goebbels an Bormann, 14. 7. 1943; Gesprächsnotiz, 30. 6. 1943; NSDAP (Gündel) an Bormann, 25. 6. 1943, hier: handschr. Notiz Reinhardts; PK (Bormann), 3. u. 7. 7. 1943, BA R 2/20405a.
- 156** Goebbels-Tgb., II/9, S. 58, 468 (7. 7. u. 10. 9. 1943).
- 157** Lammers an Schwerin v.K., 29. 9. 1944, BA R 2/14553, Bl. 256.
- 158** Schwerin v.K. an Lammers, 22. 12. 1943, NA T 178/15, Aufn. 078ff.
- 159** Recker, Sozialpolitik, S. 218ff.
- 160** Goebbels-Tgb., II/14, S. 158 (5. 11. 1944).
- 161** Goebbels-Tgb., II/15, S. 407, 631 (3. u. 28. 3. 1945); zu Goebbels' Rolle als Schutzpatron der Unter- und Mittelschichten Federau, Weltkrieg, S. 27f.
- 162** E.W. Schmidt (Vowi Abt. der Dt. Bank), Die Entwicklung des dt. Bankwesens im Kriege (MS, 1944); ders., Gewinnabführung und Preissenkung (MS, 1941), BA R 8119/10883/10935; Oertel, Kriegsfinanzierung, S. 699f.
- 163** GewinnabführungsDVO, 31. 3. 1942, RGBl. I, S. 162; Zweite VO zur Durchführung der GewinnabführungsVO, 24. 8. 1942, RGBl. L, S. 536; RFM, VO über die Gewinnabführung 1943 (Entwurf), Begründung, BA R 2/32104; Meimberg, Gewinnabführung.
- 164** Gewinnabführungserklärung 1943, RStBl., 27. 9. 1944, S. 585.
- 165** RGBl. I/1941, S. 510 (SteueränderungsVO).
- 166** Hohrmann/Lenski, Körperschaftsteuer, Nachtr.v. 1942, Tabelle, S. 2f.; RGBl. I/1941, S. 510 u. 515, I/1942, S. 162.
- 167** Benning, Expansion, S. 212.
- 168** Oertel, Kriegsfinanzen, Tabelle, S. 735.

169 Die Verlagsleiter des J.F. Lehmanns Verlags, München an die Mitarbeiter im Felde (»Heil unserer Wehrmacht, Heil unserem Führer«), 2. 4. 1942, ZgS G. Aly, Nl W. Lehmann.

170 Louis Adlon/RFM/OFP Berlin-Brandenburg, BA R 2/56903; zum allgemeinen Verhältnis von Ertrag und Risiko Erhard, Kriegsfinanzierung, S. 51f.

171 Donner, Staatsform.

172 Benning, Der Versuch des Wiederaufbaus der deutschen Volkswirtschaft und sein Scheitern 1929/31 (MS, 30. 1. 1945), BA R 8136/3797; E.W. Schmidt, Bilanz.

173 RGBl. I/1931, S. 706, I/1936, S. 992.

174 Der mögliche Erfolg einer Ablösung der Industrieumlage, in: BW, 1943, S. 38–39; Das Ergebnis der Hauszinssteuerablösung, in: B-A, 1943, 32f.; RFM, Beseitigung der Hauszinssteuer, 28. 11. 1941, BA R 2/57964, Bl. 5–8; Entwurf zu einer entsprechenden VO, Bl. 90f.

175 Begründung zur VO über Kriegszuschläge [Frühjahr 1943], NA T 178/15, Aufn. 96.

176 Tribius (Reichsbund der Haus- und Grundbesitzer) im Gespräch mit Uhlich (RFM), 7. 3. 1942, BA R 2/57964, Bl. 166.

177 Benning, Kriegsfinanzierung (MS, 1944), BA R 8136/3809, S. 17; Erhard, Kriegsfinanzierung, S. 104, 104a-104i.

178 Klein (Hg.), Lageberichte, S. 81f. (Ähnliche Artikel finden sich am 19. und 26. 11. 1942 im Schwarzen Korps.)

179 Preiskommissar (Fischböck) an die Gauleiter, Entwurf einer MietsenkungsVO, Frühjahr 1942, Schwerin v.K. an Fischböck [Mai 1942], BA R 2/31681. Zur Agitation der NSDAP »Bevorzugung des Hausbesitzes«, VB, 15. 5. 1942, Berliner Börsenztg., 14. 5. 1942. Das RFM schlug die Kampagne mit Goebbels' Hilfe nieder, Klopfer an Bormann, 22. 5. 1942, ebd.

180 Bespr., 11. 12. 1941, ebd., Bl. 39ff.; RFM (Uhlich), 31. 1. 1942, ebd., Bl. 82f.; Popitz an Schwerin v.K., 26. 3. 1942, Bl. 219.; Chefbespr., 17. 4. 1942, Bl. 248ff.; Bespr., 11. 2. 1942, Bl. 106ff.; ferner R 2/14017,

passim.

181 Göring im Reichsverteidigungsrat, 18. 11. 1938, Aufzeichnung Woermann (AA), IMG, Bd. 32, S. 411–415 (PS-3575).

182 Wieder Spekulationssteuer für Aktiengewinne, in: Sparkasse, 61 (1941), S. 9.

183 Schwerin v.K. an Funk, 25. 2. 1941, BA R 2/14007, Bl. 84–86.

184 Börsenfragen, Besprechung bei RBVizepräsident Lange, 22. 7. 1941, BA R 2/14685, Bl. 22ff., 55.

185 Die andere Seite der Aktienkäufe, Rheinisch-Westfälische Ztg., 21. 9. 1942.

186 RFM, Bespr. (RWM), 29. 9. 1942, BA R 2/14686, Bl. 154ff.

187 Oertel, Reichsbank, S. 38.

188 RWM (Martini) an RB, RFM, 28. 1. 1943, BA R 2/14688, Bl. 12.

189 RFM, 13. 8. 1941, BA R 2/14685, Bl. 39; RWM (Martini) an Reichsprotektor, 16. 11. 1942, LArch Berlin B Rep. 039–01/313, Bl. 153, 252.

190 Dietrich, Verordnung, S. 519–531; Börsenwesen; Steuerung der Aktienkurse, Wirtschaftsblatt der Berliner Börsenztg., 31. 12. 1942; BA R 2/14688, Bl. 60; RFM, Schriftwechsel zu den genannten VO, BA R 2/14689, Bl. 153ff., R 2/14687 passim.

191 RB (Lange), Börse, 16. 9. 1941, BA R 2/14685, Bl. 47ff.

192 Stucken, Geldpolitik, S. 184f.; ähnliche Tendenzen zeigten sich auch in den besetzten Ländern, für Warschau, Bankaufsichtsstelle des GG an RWM (Martini), 23. 1. 1943, AAN Reg.GG/1297, Bl. 26.

193 Boberach (Hg.), Meldungen, S. 4556 (7. 12. 1942).

194 Friedenberger u.a. (Hg.), Reichsfinanzverwaltung, S. 88f.; verschärfter Erlass, 16. 2. 1943, BA R 1501/1838, Bl. 21.

195 Kursstopp und Dividendenzuwachs, in: BW, Jg. 1943, S. 85; RB, Verwaltungsbericht 1941, Berlin 1942, S. 7f.

- 196** Reichsbankausweis, 31. 5. 1944, BA R 2/13480, Bl. 204; Funk, Wirtschaftspolitik der stabilen Währung, Berliner Börsen Ztg., 13. 2. 1943.
- 197** Funk an Schwerin v.K., 16. 4. 1943, NA T 178/15, Aufn. 116.
- 198** F-A, Jg. 1943, S. 246-272; RKG, Schmölders zum »Steuerumbau als Aufgabe für heute«, BA R 8136/3804; ähnliche Befürchtungen Boberach (Hg.), Meldungen, S. 2297ff., 2555ff.
- 199** Die Gewinnabführung 1943, in BW, 1944, S. 234-236; Steuerung der Überfülle, in: Sparkasse 62 (1942), S. 1-4; GewinnabführungsVO, 31. 3. 1942, und Erste DVO vom selben Tag, RGBL. I/1942, S. 162; Dritte VO zur Durchführung der GewinnabführungsVO, 28. 3. 1943, RGBL. I/1943, S. 160; Die verschärfte Gewinnabführung 1942, in: BW, 1943, S. 37f.
- 200** Wicküler-Küpper-Brauerei AG, Wuppertal an RFM, Reduktion der Gewinnsteuer, 14. 5. 1943, BA R 2/14689, Bl. 24ff.
- 201** Franz Schultz (früherer Bürgermeister von Altona) an RFM, 7. 2. 1945, BA R 2/14690.
- 202** Albrecht, Unterstützung.
- 203** Pressechef RK an PrMI, 13. 9. 1918, Stöber, Nation, S. 284; grundlegend Kundrus, Kriegerfrauen.
- 204** RGBL. I/1939, S. 1531; Familienunterhaltswesen, S. 99ff.
- 205** Familienunterhaltswesen, S. 10f.
- 206** Familienunterhalt, Vorwort.
- 207** Familienunterhaltswesen, S. 61.
- 208** Presseauschnitte »Sicherung des Familienunterhalts«, »Vorbildliche Fürsorge«, 20./21. 10. 1939, BA R 2/29986, Bl. 24f.
- 209** Rass, »Menschenmaterial«, S. 249.
- 210** RGBL. I/1940, S. 911.
- 211** Familienunterhaltswesen, S. 13.

- 212** Bissinger (Hg.), Das musst Du wissen! S. 33.
- 213** Hauser, Einsatz-Familienunterhalt, S. 48.
- 214** Familienunterhaltswesen, S. 75.
- 215** Kundrus, Kriegerfrauen S. 434; Rass, »Menschenmaterial«, S. 238ff.
- 216** Schielin, Familienunterhalt, S. 458; Eichholtz interpretiert den FU doktrinär-abwehrend, als »Zugeständnis der herrschenden Kreise an die Bevölkerung«, Kriegswirtschaft, Bd. 1, S. 83f.
- 217** Oertel, Kriegsfinanzierung, S. 689.
- 218** Kundrus, Kriegerfrauen, S. 434.
- 219** RFM, Statistisches Büro, Haushaltsausgaben 1938–1943, Nov. 1944, BA R 2/24250, Bl. 182.
- 220** Funk an Lammers, 16. 4. 1943, BA R 2/20405a; Funk über Kriegssteuerzuschläge, 2. 7. 1943, NA T 175/15, Aufn. 083f.
- 221** Recker, Sozialpolitik, S. 53.
- 222** Donner, Grenzen, S. 205.
- 223** RFM (Berger), Debatte um den Kurs der dän. Krone mit Vertretern von RB, VJP, AA und RWM, 22. 11. 1941, BA R 2/60244.
- 224** RFM (Rottky) an RKU, Finanzabt. (Arlt), 22. 5. 1944, BA R 2/14592, Bl. 21.
- 225** RB, Dienstreise (Lange, Kretzschmann) nach Athen, Saloniki, Sofia, Bukarest, Belgrad und Budapest, 24.–30. 5. 1941, BA R 29/1, Bl. 215–220; Schlarp, Wirtschaft, S. 185.
- 226** Ebd., S. 381ff.; BA R 2/14138/14570.
- 227** Spindler zu Frank, 28. 2. 1940, Frank-Tagebuch, S. 137; Frank an Reinecke (WVA), 15. 7. 1942, BA-MA RW 7/1710/a, Bl 69f.; Paersch zu Frank, 23. 3. 1942, Frank-Tagebuch, S. 235.
- 228** Senkowsky zu Frank, 17. u. 25. 3. 1942, Frank-Tagebuch, S. 180,

234f.; RFM (Bußmann), Erhöhung des Kriegsbeitrags im Generalgouvernement, 22. 3. 1943, BA R 2/14580, Bl. 133f.; RFM (Schwerin v.K.) an Frank, 23. 7. 1943, ebd., Bl. 191ff.; generell »Gen. Gouvernement Polen, Wehrbeitrag«, BA 2/5085.

229 RFM, Matrikularbeitrag des GG, 11. 10. 1941, BA R 2/30511.

230 Paersch zu Frank, 10. 3. 1942, Frank-Tagebuch, S. 155.

231 Emissionsbank in Polen. Geschäftsbericht und Jahresabschluss für 1942, BA R 2/14552, Bl. 258–269.

232 RFM (Bußmann), Kriegsbeitrag des GG, 22. 3. 1943, BA R 2/14580, Bl. 133f.; RFM (Burmeister), 3. 10. 1941, BA R 2/5085, Bl. 41f.

233 Frank, Senkowsky, Bühler, 19. 1. 1943, Haushaltsbesprechung, GG, 26. 1. 1943, Frank-Tagebuch.

234 Besprechung im RWM, Rüstungsfinanzierung im GG, 4. 3. 1944, AAN Reg. des GG/1351.

235 Der Kriegshaushalt des Reiches, in: BW, 1944, S. 15.

236 Devisen für Zahnersatz, 1943, BA-MA RW 7/1710b, Bl. 20.

237 Lemkin, Axis, S. 50–65.

238 Boisanger an Hemmen, 4. 11. 1941, PS-1741.

239 RFM, Steuerung der Geldmittel und Waren, Bewirtschaftung der Dt. Wehrmacht in Dänemark (Litter), 2. 10. 1944, PA AA, R 105210.

240 Zu den sächlichen Ausgaben gehörten Wehrsold, Verpflegungsgeld, Bekleidungsentschädigung, Transfer- und Reisekosten. Int.B.Bfh. der dt. Truppen in Dänemark, TB Nr. 2 (1. 7.–31. 12. 1941, Intendanturrat Dr. Filitz), BA-MA RW 38/146, S. 14ff.; TB Nr. 3 u. 4 (1942), ebd., 147, 148.

241 TB Nr. 3 und 4, ebd., S. 36 u.S. 22.

242 RBev. in Dänemark, Verbindungsstelle der HV der RKK (Kopenhagen), 1. 10. 1944, PA AA R 105211.

243 AA, Besprechung bei Schnurre, 14. 5. 1941, PA AA R 105298.

- 244** RB an Emissionsbank, 19. 7. 1940ff., verschiedene ähnliche Vorgänge, ANN Emissionsbank/154.
- 245** Senkowsky gegenüber Frank, 9. 3. u. 21. 4. 1942, Frank-Tagebuch, S. 152, 394.
- 246** RKf.d. besetzt. niederl. Gebiete (Rinkefeil) an RFM (Breyhan), Besatzungskosten, 21. 11. 1940, BA R 2/11433, Bl. 3f.; RFM (Breyhan), Finanzpolitik des Reiches, Juni 1944, BA R 2/267, Bl. 25ff.; auch: R 2/30602.
- 247** Handakte Bayrhofer, BA R 2/24250 passim.
- 248** Benning, Kriegsfinanzierung; zur »goldenen Deckungsregel« Boelcke, Kriegsfinanzierung, S. 31; Jecht, Kriegsfinanzen, S. 29; Wiel, Krieg, S. 115.
- 249** Der Kriegshaushalt des Reiches, in: BW 1944/1, S. 15.
- 250** Chmelda-Bericht, S. 18, NID-14615; Der Druck auf die französische Währung, in: B-A, Jg. 1942, S. 484f.; Rass, »Menschenmaterial«, S. 240.
- 251** Benning, Die sogen. »Stabilität« der Währungsrelationen in Europa (MS, 12. 2. 1944), BA R 8136/3773, Bl. 68f.
- 252** RBVizepräsident Puhl, 22. 11. 1941, BA R 2/60244.
- 253** Platow-Rundbrief, 25. 2. 1943, BA R 2/30703.
- 254** HV der RKK über die dt. Clearingverschuldung, 11. 9. 1944, BA R 2/14553.
- 255** RFM (Litter), Vorbereitung für die Friedensverträge, 2. 10. 1942, BA R 2/12158, Bl. 99.
- 256** Mahnung an die Clearingpartner, in: Die Bank 36 (1943), S. 106f.
- 257** VR der RKK, 13. 11. 1941, Bl. 231-234; OKH Gen.St. (IntendandurR Kössler) an GenQu (Waldhecker), 5. 2. 1942, BA R 29/111.
- 258** VJP (Roethe) in der Besprechung mit OKW/WV (Kersten), 8. 9. 1943, BA R 2/14553, Bl. 69-74.
- 259** Meinen, Wehrmacht, S. 76f.; zum Bordellwesen auch Böll, Werke,

Bd. 7, S. 260–276 (Brief an einen jungen Katholiken).

260 Kasten, Reichskreditkassen, S. 10.

261 Pfeleiderer, Reichskreditkassen, S. 385.

262 VR der RKK, 10. 8. 1942, BA R 29/4, Bl. 121.

263 VO des OB des Heeres, 18. 5. 1940, VOBIF 1 (1940), S. 23; der Präsident der Dt. Zentralgenossenschaftskassen an RFM (Bayrhofer), 18. 9. 1939, BA R 2/30915.

264 Arnoult, La France, S. 39.

265 Der Reichskreditkassenschein, in: Dt. Reichsanzeiger, 15. 1. 1944, BA R 2/56045, Bl. 69.

266 Kretzschmann, Reichskreditkassen, S. 586; Kasten, Reichskreditkassen, S. 134.

267 OKW, Zurückziehung der RKK-Scheine in Frankreich, 8. 9. 1943, BA R 2/14553, Bl. 69–74; ähnlich Lt.Int. beim MBiF (Lenz) an OKW usw., 27. 7. 1943, BA R 2/267, Bl. 6ff.

268 »Reichskreditkassenscheine in Frankreich aus dem Verkehr gezogen«, National-Ztg., 1. 12. 1943, BA R 2/56059, Bl. 165; MBiF (Michel) an die Association professionnelle des banques, 25. 11. 1943, ABdF 1067199401/15. Allerdings waren damals nur noch RKK-Scheine im Wert von fünf Mrd. ffms im Umlauf (Échanges des billets des Reichskreditkassen pendant la periode du 1er au 20 décembre 1943, ebd.); Margairaz, Banques, S. 39ff.

269 Holzhauer, Barzahlung, S. 44, 108, 110.

270 Kasten, Reichskreditkassen, S. 10f.

271 Petrov, Money, S. 15f.

272 Holzhauer, Barzahlung, S. 44ff.

273 Kasten, Reichskreditkassen, S. 14, 30–34. Kasten verweist auf zwei Studien: Georg Süß, Das Geldwesen im besetzten Frankreich, München 1920; Walter Wiese, Geld und Notenbankpolitik im Generalgouvernement Warschau während der deutschen Besetzung,

Rechts- und staatswiss. Diss., Breslau 1922.

274 Holzhauer, Barzahlung, S. 66ff.

275 Dt. WaKo, Paris an AA, 4. 8. 1942, BA R 29/4, Bl. 93–96;
Materialsammlung für eine Chronik der RKK, BA R 29/113.

276 Oertel, Reichsbank, S. 69; Kasten, Reichskreditkassen, S. 28;
Kretzschmann, Reichskreditkassen, S. 113f., 120ff. Die dt. Kupfer- und
Aluminiumbronzemünzen (1, 2, 5, 10 Rpf.) wurden 1941 aus dem
Verkehr gezogen und durch Zinkmünzen ersetzt, RFM (Bayrhoffer),
7. 5. 1941, BA R 29/2, Bl. 79.

277 RB (Kretzschmann, Bayrhoffer) an RFM, 2. 12. 1939, BA R 2/13499,
Bl. 89.

278 Zur Gründung und zu anfänglichen Unsicherheiten RFM
(Bayrhoffer) an RWM (Holtz), 19. 9. 1939, NA T 1139/53, NG-5326.

279 Kasten, Reichskreditkassen, S. 37–41; Kretzschmann,
Währungshilfe, S. 1; zu den Aufbaukrediten, die die HV der RKK im dt.
Interesse in den eroberten Teilen der Sowjetunion vergab BA R
2/14631; extrem fehlerhaft und affirmativ Petrov, Money, S. 32–40,
richtig allerdings das Urteil, »that Reich officials were not uniformly the
madmen they were depicted to be by wartime propaganda«.

280 VR der RKK, 10. 6. 1941, BA R 29/1, Bl. 208–214; Vermerk
(Waldhecker) v. selben Tag, Bl. 221.

281 Kretzschmann, Reichskreditkassen, S. 118f.

282 Kasten, Reichskreditkassen, S. 26.

283 Holzhauer, Barzahlung, S. 89.

284 Kasten, Reichskreditkassen, S. 113f.

285 Kasten, Reichskreditkassen, S. 49.

286 Rundschreiben, 14. 6. 1940, ABdF, 1065199801/46; allgemeine
BeschlagnahmeVO, 20. 5. 1940, spezielle DevisenVO, 1. 8. 1942, VOBlF,
Nr. 73/1942, 10. 8. 1942, S. 425–430. Das DSK Frankreich leitete
Zolloberrat Hartmann.

- 287** Belege zum Verwahrungsbruch, AN AJ 40/1027.
- 288** DSK Frankreich, Erfolgsübersicht (15. 6. 1940–30. 4. 1941), AN AJ 40/1027 (Mappe »Entwürfe«).
- 289** Goldaufkommen bei der RB aus ehemals einverleibten und vorübergehend von deutschen Truppen besetzten Gebieten, o.D., HAdDB B 331-BAY/678, Bl. 29.
- 290** MBlRKO, Ausg. B, 2 (1942), 20. 11. 1942, S. 225.
- 291** Steinberg, Bank, S. 37f., 101ff.
- 292** Deportation vom 22. 4. 1942, Pätzold/Schwarz, Auschwitz, S. 129.
- 293** VR der RKK, 13. 8. 1941, BA R 29/2, Bl. 54–60.
- 294** VR der RKK, 19. 1. 1942, BA R 29/3, Bl. 69–74; VR der RKK, 16. 2. 1942, BA R 2/13502, Bl. 39ff.
- 295** VR der RKK (Puhl), 27. 4. 1942, BA R 2/13502, Bl. 54ff.
- 296** Puhl, Der Arbeitseinsatz für die Reichskreditkassen, 28. 2. 1941, Oertel, Reichsbank, S. 101.
- 297** Kasten, Reichskreditkassen, S. 88ff., S. 121ff.
- 298** VR der RKK, 11. 4. 1942, BA R 29/3, Bl. 151–154.
- 299** Apologetisch Bohn, Reichskommissariat, S. 154f.
- 300** Kretzschmann, Reichskreditkassenscheine; Kretzschmann, Reichskreditkassen, S. 138, 113.

- 301** Der StS des franz. Finanzministeriums an den Präsidenten der franz. Delegation bei der WaKo, 1. 2. 1941, SAEF B 0060937.
- 302** Konzept eines neuen Staatsaufbaus, Herbst 1941, Goerdeler, Schriften, S. 790f., 1006f.
- 303** Böll, Briefe, S. 14f., S. 90, 102, 111. Die folgenden Zitate sind aus dem dort gedruckten Fundus entnommen, der mehr als 300 einschlägige Stellen umfasst. Die Editorin Annemarie Böll hat Kürzungen vorgenommen und gekennzeichnet; aus der Lektüre ergibt sich der Eindruck, dass dabei auch solche Stellen gekürzt wurden, die von weiteren Mitbringseln und Gabensendungen von der Front in die Heimat handeln.
- 304** Feldpostamt 405, BA-MA RH 24/5/181; TB Nr. 1 des Int. beim MBB/NF (1. 7.-31. 12. 1940, Fritsch), BA-MA RW 36/118, S. 88.
- 305** Dt. Kommissar b.d. Niederl. Staatsbank (Wohlthat), Material für den Januarbericht an Hitler, 10. 2. 1941, BA R 2/30701.
- 306** RFM (Breyhan) an MBB/NF (Wetter), 9. 8. 1941, BA R 2/274, Bl. 142f.
- 307** RBDirektorium an RFM, 21. 11. 1940, BA R 2/56061, Bl. 469.
- 308** RBStelle Rostock über die Devisenkontrolle in Warnemünde-Fährbhf. an RBDirektorium, 16. 5. 1941, BA R 2/56058, Bl. 48.
- 309** MBB/NF an OKH, Währungslage in Belgien, 1. 12. 1941, BA R 29/3, Bl. 36-62.
- 310** VR der RKK, 21. 7. 1942, BA R 29/4, Bl. 59f.
- 311** Lt.Int. beim MBB/NF, TB Nr. 6 (1. 7.-31. 12. 1942), BA-MA RW 36/127, S. 16; AB der MVB/NF, 13. Teil, Währung und Finanzen, Winter 1944/45, S. 13f., 18, BA-MA RW 36/225 (im Folgenden: Währung und Finanzen).
- 312** Armeefeldpostmeister B/NF, TB, 6. 7. 1942, BA-MA RW 36/95.
- 313** Umfrage des Autors unter älteren Damen des weiteren Verwandten- und Bekanntenkreises.
- 314** Adelheid B. an G. Aly, 20. 5. 2003.

- 315** Dennler, Passion, S. 31 (Oktober 1940); Chmela-Bericht, NID-14615.
- 316** Wolf Goette (1909–1995) an seine Familie und an A., 6. 7., 20. 12. 1940, 13. 6., 5. 10., 31. 10., 17. 11. 1941, 28. 4. 1942, SAdK, Wolf-Goette-Archiv, Prag 1939/42, WOGOs Briefe/I, Bl. 157; WOGOs Briefe/II, Bl. 192, 210, 316; WOGOs Briefe/III, Bl. 23, 51, 65; 2./Familienbriefe Prag, Bd. 4, Bl. 213ff. Für den Hinweis Dank an Gisela Riff-Eimermacher.
- 317** Umbreit, Kontinentalherrschaft, S. 236; Latzel, Soldaten, S. 135–138.
- 318** Böll, Briefe, S. 845, 874, 902f.
- 319** Ebd., S. 619, 663, 694, 765, 833.
- 320** Ebd., S. 738, 798.
- 321** Michel, Paris, S. 298f.
- 322** Liselotte S. an G. Aly, 25. 5. 2003.
- 323** ZF, beschlagnahmte Briefe des Soldaten Schwabe (2. 12. 1939 bis 16. 6. 1940), BA R 2/56100, Bl. 54–61. Zum Massendiebstahl dt. Soldaten 1939 in Polen Böhler, Auftakt.
- 324** VR der RKK, 16. 12. 1941, BA R 29/3, Bl. 18–23.
- 325** RWM, Besprechung über Devisenvorschriften für die besetzten sowjetischen Gebiete, 8. 9. 1941, BA R 2/56060, Bl. 18–30. Die Regelung erging am 16. 9. 1941, ebd., Bl. 102.
- 326** RBDirektorium an RMF, 17. 8. 1942, ebd. Bl. 118, 143ff.
- 327** Bräutigam, Überblick, S. 53f.; Oertel, Reichsbank, S. 159; Heilmann (Hg.), Kriegstagebuch, S. 140.
- 328** Marlene F. an G. Aly, 14. 11. 2003; zu den entsprechenden Verhältnissen in Weißrussland Gerlach, Morde, S. 260–265.
- 329** Böll, Briefe, S. 924, 975, 986ff., 999f.
- 330** Schmitt/Gericke, Feldpost, S. 62; Ziegler, Erinnerungen, S. 48; zur

günstigen Versorgungslage im zweiten und dritten Winter an der Ostfront, Rass, »Menschenmaterial«, S. 246.

331 Zollbestimmungen für Wehrmachtang. in Norwegen, BA R 2/58094.

332 WBfh. Norwegen, Versand und Mitnahme von Waren, 14. 7. 1941, BA R 2/58094, Bl. 155f.

333 Grund der Maßnahme war die Intervention des schwedischen Zolls, da die Urlaubertransporte durch schwedisches Gebiet fuhren, WFSt, 9. 1. 1943, BA R 2/58094, Bl. 260.

334 TB des Chefint. Norwegen (1. 1.-31. 3. 1944), BA-MA RW 7/1711b, Bl. 87.

335 Dass. (1. 4.-30. 6. 1944), 1944, ebd., Bl. 243.

336 Dass. (1. 10.-31. 12. 1943), ebd., Bl. 6.

337 VR der RKK, 1. 7. 1942, BA R 29/3, Bl. 223f.; SS-HA (Klumm) an RFSS (Brandt), 9. 11. 1944, Petrik (Hg.): Okkupationspolitik, S. 215f.

338 Schmitt/Gericke, Feldpost, S. 3f.

339 Oberleitner, Feldpost, S. 190f.

340 RFM (Schwerin v.K.) an Chef OKW, 24. 10. 1944, BA R 2/14554, Bl. 2; R 2/323; zu Beginn der dt. Besatzung in Italien hatte Rommel einen restriktiven Befehl zur »Verbringung von Waren« nach Deutschland erlassen, 21. 9. 1943, BA R 2/30601.

341 MBiF, Lt.Int. an OKH, 27. 8. 1943, BA R 2/14553, Bl. 46-53.

342 RFM an OFP Würzburg, 12. 6. 1940, BA R 2/56059, Bl. 33.

343 RFM, Zolldirektion (Siegert), Kontrolle der Wehrmachtangehörigen (durch die Hand des Herrn Staatssekretärs dem Herrn Minister), 13. 6. 1942, BA R 2/56061, Bl. 28.

344 Feldpostamt 406, Juli 1940, BA-MA RH 24/6/319; Gericke, Feldpost, S. 61f.

345 OKW, 10. 10. 1940; Besprechung unter Vorsitz Görings zur

wirtschaftlichen Ausnutzung der besetzten Gebiete, 7. 10. 1940, LArch Berlin A Rep. 92/105, Bl. 106–108; verschämt angedeutet bei Umbreit, Kontinentalherrschaft, S. 236.

346 OKW (Reinecke), Über den Versand und die Beschlagnahme von Feldpostpäckchen, 14. 7. 1942, LArch Berlin A Rep. 92/105, Bl. 115.

347 Hitler Monologe, S. 363f. (25./26. 8. 1942).

348 Ebd., S. 346 (16. 8. 1942).

349 Hitlers Tischgespräche, S. 182 (17. 7. 1942).

350 Keitel, 16. 8. 1942, LArch Berlin A Rep. 92/105, Bl. 116; am 17. 9. 1942 verfügte das RFM, der Führerbefehl gelte auch für die Einreise aus verbündeten und befreundeten Staaten, ebd.

351 Göring vor den StS, RK und MbFh., 6. 8. 1942, IMG, Bd. 39, S. 388, 391.

352 Seydelmann, Balance, S. 105, 130, 182.

353 ZFS Kiel, TB, 1. 8 1942–31. 1. 1943, BA R 2/56104, Bl. 53.

354 Reinhardt an die für die ostdt. Grenzen zuständigen OFP, 28. 1. 1942, erweitert für die nord-, west- und süddt. Außengrenzen, 7. 10. 1942, BA R 2/31099.

355 AA (Wiehl) an RFM, Hamsterkäufe in Dänemark, 27. 4. 1940, BA R 2/56058, Bl. 13.

356 HV der RKK an RBDirektorium, 5. 10. 1940, BA R 2/56045, Bl. 14.

357 MBiF, TB, Armeefeldpostmeister (1. 7.–31. 12. 1940 u. 1. 1.–30. 6. 1941), BA-MA RW 35/1390, S. 26, ebd., 1391, S. 18.

358 H.V.Bl., 4. 11. 1940; Frank an Keitel, 25. 11. 1940, BA-MA RW 7/1710a, Bl. 85f.; VR der RKK, 16. 2. 1942, BA R 29/2, Bl. 234.

359 Böll, Briefe, S. 108, 114 (4. u. 15. 9. 1940), 264, 372, 526.

360 Böll, Werke, Bd. 7, S. 261–276.

361 OKW, 21. 1. 1942, BA-MA RW 36/126; wortgleicher Entwurf des

OKW/AWA, 6. 10. 1941, BA R 2/58094, Bl. 411.

362 RFM (Wucher), 25. 7. 1942, LArch Berlin A Rep. 092/105; Reichszollblatt, Ausgabe B, 37 (1942), S. 309.

363 Göring vor den StS, RK und MbFh., Zusammenfassung der Ergebnisse (Klare), 6. 8. 1942, IMG, Bd. 39, S. 391, 410.

364 Göring an Schwerin v.K., 24. 8. 1942, BA R 2/58091.

365 RFM (Reinhardt) an die OFP, 7. 10. 1942, BA R 2/31099 passim; RFM (Reinhardt), 28. 9. 1942, R 2/58094, Bl. 476; OFP Hamburg an die HZÄ, 8. 10. 1942, BA R 2/58088, Bl. 277.

366 Göring an MBiF, 3. 11. 1943, BA R 2/14553, Bl. 56.

367 RFM (Litter), Geldmittel in Dänemark, 2. 10. 1944, PA AA R 105210.

368 Böll, Briefe, S. 407, 363, 406, 816, 417, 738, 908.

369 ZFS Nürnberg an RFM (Galleiske), 3. 9. 1943, TB der ZFS (1943/44), BA R 2/56045/56105, Bl. 56, Bl. 111, 127.

370 Die genannten Beispiele und viele Hundert mehr finden sich in den Berichten der ZFÄ an die OFP, BA R 2/56103-6.

371 AB der MV Belgien, BA-MA RW 36/257, S. 155.

372 NA Rg 242 T 454/92, Aufn. 973-978 (BA R 6/81), Hervorh.i.Orig. (für den Hinweis Dank an Wendy Lower); Gerlach, Morde, S. 212.

373 Hitler, Monologe, S. 63 (17./18. 9. 1941).

374 Hillgruber (Hg.), Staatsmänner, Bd. 2 (Gespräch mit dem kroatischen Botschafter Budak, 14. 2. 1942).

375 Hitler, Monologe, S. 331 (6. 8. 1942).

376 Vermerk, Tagung in Rowno (Lt.v. Engelbrechten), 26.-28. 8. 1942, BA R 6/243, Bl. 20-22.

377 Kaufmann rückblickend an Göring, 4. 9. 1942, Bajohr, »Gefühlsduseleien«, S. 13.

- 378** OFP Köln (Kühne) an OLGPräs. Köln, 4. 11. 1941, Rummel/Rath, Reich, S. 356ff.
- 379** Longerich, Politik, S. 705f.
- 380** OFP Köln and OLGPräs., 4. 11. 1941, Rummel/Rath, Reich, S. 189.
- 381** OFP Westfalen an FÄ über die beginnende Abschiebung der Juden, 8. 12. 1941, Dreßen, Betrifft, S. 78ff.; Beer, Kriegsalltag, S. 157.
- 382** Schwerin v.K. an Rosenberg, 14. 3. 1942, Woitkowski, Schwerin v.K., S. 51 (LArch Berlin A Rep. 093-03/54611).
- 383** RFM (Maaß) an die OFP, 14. 8. 1942, Rummel/Rath, Reich, S. 423.
- 384** Dreßen, Betrifft, S. 149ff.
- 385** FS (Rosenberg) an MBiF, 29. 1. 1942, BA R 2/14567, Bl. 197.
- 386** Bericht über die M-Aktion, 7. 8. 1944, LArch Berlin, B Rep. 039-01/358, Bl. 244ff.
- 387** RFM (Litter), Maßnahmen gegen Juden in Frankreich, 13. 2. 1942, BA R 2/14867, Bl. 200f.
- 388** Rosenberg an Hitler, 18. 12. 1941; Lammers an Keitel, 31. 12. 1941; Rosenberg an Utikal, 14. 1. 1942; Einsatzstab an MBiF, 4. 2. 1942; DW, Zwischenbericht [Herbst 1942], NG 3058; Dt. Botschaft Paris (Schleier) an AA, 30. 1. 1942, NG-5018.
- 389** Utikal an Adjutant Görings (Major v. Brauchitsch), 21. 4. 1943, NA Rg 238/case XI/45, Aufn. 1017.
- 390** Dt. Botschaft Paris (Abetz) an AA (Rademacher), 31. 1. 1942, NG-5018.
- 391** Göring-Besprechung (Berchtesgaden), 28. 4. 1943, NA RG 238/case XI/F. 28 (NG 3392).
- 392** WB der WaKo, Besatzungskosten, 18. 4. 1943, PA AA R 107415.
- 393** Rosenberg zu Hitler, 17. 11. 1943, NA Rg 238/case XI/45, Aufn. 964-67.

- 394** Geschäftsprüfung der DW, Paris («... in ordnungsgemäßen Bahnen»), 15. 9. 1943, Dreßen, Betrifft, S. 54ff.; Dreyfus/Gensburger, Camps, passim.
- 395** Rummel/Rath, Reich, S. 192.
- 396** Abschlussbericht über den Großangriff auf Köln 30./31. 5. 1942 (Grohé), Rüther, Köln, S. 198–214.
- 397** DW, Gesamtbericht, 8. 6. 1944, Dreßen, Betrifft, S. 50ff.
- 398** DW, 7. 8. 1944, LArch Berlin B Rep. 039-01/358, Bl. 244–246; RMfbO, Koeppen an Zölffel, 16. 7. 1943, Dreßen, Betrifft, S. 205; zum Ruhrgebiet Blank, Ersatzbeschaffung.
- 399** Kanzlei des Führers an OFP, Wien, Veräußerung des dem Dt. Reich zugefallenen jüdischen Vermögens, 21. 8. 1942, BA R 2/31096, Bl. 156ff.
- 400** URO (Hg.), M-Aktion, S. 140, 148, 156.
- 401** PK der NSDAP, 5. 6. 1942; OFP Köln (Kühne) an RFM (Gündel), 9. 6. 1942, BA R 2/31096, Bl. 41ff.
- 402** Rüther, Köln, S. 93ff.
- 403** A.J. van der Leeuw, Die Behandlung des in den Niederlanden lagernden Umzugsgutes ausgewanderter Juden, 20. 7. 1959, LArch Berlin B Rep. 039-01/321; URO (Hg.), M-Aktion, S. 4.
- 404** Ebbinghaus u.a. (Hg.), Heilen, S. 68.
- 405** Rummel/Rath, Reich, S. 193.
- 406** Offenes Geheimnis, S. 125f.
- 407** Aalders, Geraubt, S. 360.
- 408** TB der Treuhandstelle Prag [ca. März 1943], LArch Berlin B Rep. 039-01/314; Eidesstattliche Erklärung v. Luvik Engel, Praha d. 4. 10. 1963, LArch Berlin B Rep. 039-01/313, Bl. 162f.; zum Ruhrgebiet Blank, Ersatzbeschaffung; zu Köln Dreßen, Betrifft, S. 201; Adler, Mensch, S. 597f.

- 409** Zu Königsberg Aly, Tunnel, S. 137; zu Düsseldorf Pätzold/Schwarz, Auschwitz, S. 129f.; Zimmermann, Deportation, S. 134f.
- 410** Bajohr, Arisierung, S. 331ff.
- 411** Seydelmann, Balance, S. 105f., Bajohr, Arisierung, S. 335.
- 412** Aalders, Geraubt, S. 364.
- 413** Erläuterungen zum Leistungsbericht der DW für 1943, 8. 1. 1944, URO (Hg.), M-Aktion, S. 185.
- 414** RMfdbO (Meyer) an RKU, 9. 11. 1942; RFM (Eckhardt), 1. 12. 1942, BA R 2/30585.
- 415** AA (Maltzan), Schwarzkäufe in Frankreich, 26. 11. 1941, PA AA R 107060; MBiF, 22. 4. 1943, BA R 2/14552, Bl. 292.
- 416** A.W. (Morett), 15. 6. 1946, CAEF B 5701,5.
- 417** VJP (Veltjens), 2. Erfahrungsbericht des Bev. für Sonderaufgaben (1. 7. bis 30. 11. 1942), PS-1765.
- 418** Aalders, Geraubt, S. 44.
- 419** MBiF, Int. (Lenz) an OKH, 22. 7. 1942, BA R 29/4, Bl. 118f.; ders. an RKK Paris, 22. 8.-27. 10 1942, Bl. 130-171; OKW, Geh. Kdosache (Biehler), 20. 11. 1942, BA R 2/14552, Bl. 70.
- 420** RFM (v. Manteuffel) an VJP (Legler), 22. 2. 1943, NA Rg 238/case XI/44, Aufn. 435.
- 421** TB des Delegierten der Reichsregierung für Wirtschafts- und Finanzfragen bei der Französischen Regierung (Hartlieb), Feb. 1945, HAdDB B 330/4600, Bl. 9. Da die Güter angeblich zu um das Fünffache überhöhten Schwarzmarktpreisen gekauft wurden, sah Hartlieb darin einen »Verzicht« auf 80 Prozent des Gesamtbetrags, weil sich »diese Beträge als Kriegsgewinne in der französischen Wirtschaft niederschlugen«.
- 422** Göring, 6. 8. 1942, IMG, Bd. 39, S. 390f., 395.
- 423** Boberach (Hg.), Meldungen, 5., 8., 12. 10., 9. 11. 1942, S. 4279ff., 4483, ähnlich S. 4355.

- 424** Goebbels-Tgb., II/6, S. 505.
- 425** F.H.Q. (Bormann), 25. 12. 1942, BA R 2/31093, Bl. 44f.
- 426** Göring-Sitzung in Berchtesgaden zur »Durchführung des Führererlasses vom 13. 1. 1943 über den umfassenden Einsatz von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung in den besetzten Gebieten«, 28. 4. 1943, NG-3392.
- 427** VJP (Gramsch) an RFM (Breyhan), 28. 8. 1943, BA R 2/67, Bl. 16ff.; RFM (Bußmann), 8. 10. 1943, BA R 2/14552, Bl. 324f.; weithin apologetisch zur dt. Feindvermögensverwaltung Lindner, Reichskommissariat.
- 428** Böll, Briefe, S. 264, 250f., 502.
- 429** AB Wirtschaftslenkung in Belgien (MVAChef Lampe), BA-MA RW 36/257, S. 157.
- 430** Göring-Besprechung (Berchtesgaden), 28. 4. 1943, NA RG 238/case XI/F. 28 (NG-3392).
- 431** TB Nr. 1 des Int. beim MBB/NF (1. 7.-31. 12. 1940), BA-MA RW 36/118, S. 92f.
- 432** RS des MBB/NF, Der Int. (gez.v. Falkenhausen), 2. 10. 1941, BA-MA RW 36/123. Alexander v. Falkenhausen (* 1878), General der Infanterie, v. Mai 1940 bis 18. 7. 1944 MB in Belgien. Am 29. 7. im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 verhaftet.
- 433** RB, Vowi Abt. zum TB der MVB/NF (1. 6.-1. 9. 1942), 24. 10. 1942, BA R 2/14552, Bl. 66f.; Elastische Staatsfinanzierung in Belgien, in: B-A, 1942, S. 68.
- 434** TB Nr. 2 des Int. beim MBB/NF (1. 1.-31. 3. 1941), BA-MA RW 36/119, S. 111; AA (Maltzan), Besatzungskosten Belgien [März 1942], PA AA R 105284.
- 435** VR der RKK, 3. 7. 1941, BA R 29/1, Bl. 247-252.
- 436** Währung und Finanzen, S. 1.
- 437** Das Flugblatt wurde am 6. 2. 1941 in Brüssel aufgefunden, dt. Militärübersetzung, BA R 2/274, Bl. 46ff.

- 438** RFM (Eckardt), Besatzungskosten in Belgien, 16. 5. 1941, BA R 2/274, Bl. 109ff.
- 439** Konferenz der Befh. aller drei Waffengattungen und der Wirtschaftsfachleute in Belgien, 29./30. 10. 1941, TB Nr. 4 des Int. beim MBB/NF (1. 7.-31. 12. 1941), BA-MA RW 36/123, S. 96.
- 440** VR der RKK, 13. 8. 1941, BA R 29/2, Bl. 54-60; RKK Brüssel (Schulte), 3. 11. 1941, ebd., Bl. 84f.; MBB/NF an OKH, Währungslage in Belgien, 1. 12. 1941, BA R 29/3, Bl. 36-62; MBB/NF, belg. Besatzungskosten (Juni 1941- Sept. 1942), Anl. 3, 28. 10. 1942, BA R 29/4, Bl. 197.
- 441** MBB/NF (MVChef), Belgiens Leistungen für die deutsche Kriegswirtschaft, 1. 3. 1942, BA-MA RW 36/250, Bl. 2-23.
- 442** Lt.Int. beim MBB/NF, TB Nr. 5 (1. 1. 1942-30. 6. 1942), BA-MA RW 36/125, S. 53, Anl. 5.
- 443** Währung und Finanzen, S. 7.
- 444** Wirtschaftslenkung und Wirtschaftskontrolle in Belgien (MVAChef Dr. Lange), BA-MA RW 36/257, S. 149f.; TB Nr. 6 u. 7 des Lt.Int. beim MBB/NF (1. 7. 1942-30. 6. 1943), BA-MA RW 36/127 u. 129, S. 32ff. u. 37f.
- 445** VR der RKK, 3. 3. 1941, BA R 29/1, Bl. 104-108; das Abkommen über den Transport, Bl. 6-19.
- 446** Bespr. StS Neumann/KVVChef v. Craushaar in Brüssel, 16. 2. 1941, BA R 29/1, Bl. 202.
- 447** VR der RKK, 3. 7. 1941, BA R 29/1, Bl. 247-252.
- 448** VR der RKK an HV der RKK, 1. und 12. 6. 1942, BA R 29/3, Bl. 192ff. 202; VJP (Neumann) an OKW (Tischbein, Thomas), Anl., 8. 7. 1942, NA Rg 328/case XI/44, Aufn. 546-50.
- 449** Währung und Finanzen, S. 3; MBB/NF (v. Falkenhausen) an VJP (Neumann), 14. 5. 1942, BA R 2/14552, Bl. 20ff.
- 450** RFM an den Dt. Kommissar bei der Nationalbank v. Belgien (v. Becker), 9. 10. 1942, BA R 2/14552, Bl. 26.

- 451** Wiehl (AA) an Minister und StS, NG-2181.
- 452** So z.B. 21,6 Tonnen Gold am 27. 5. 1943, Kommandostelle des Zollgrenzschutzes Frankreich (Mangold) an den Dt. Devisenkommissar in Frankreich (Michel), AN AJ 40/1012, Bd. 2, Bl. 296.
- 453** VJP (Gramsch) an den Dt. Devisenkommissar in Frankreich (Michel), 15. 9. 1942, AN AJ 40/1012, Bd. 1, Bl. 311.
- 454** Währung und Finanzen, S. 5ff.
- 455** RFM (Breyhan), Besatzungskosten, 13. 10. 1942, BA R 2/14552, Bl. 52f.
- 456** TB Chefint. Niederl. (1. 10.-31. 12. 1943), BA-MA RW 7/1710, Bl. 125.
- 457** Einkommensteuer erhöht, Wirtschaftlicher Pressespiegel, 23.-29. 11. 1942, PA AA R 107904.
- 458** Die niederl. Staatsschuld, Wirtschaftliche Tageschronik, 15. 5. 1942, PA AA R 107903. Den hektographierten Informationsdienst gab die Presseabt. des RK heraus. Seit 21. 6. 1942 trug er die Bezeichnung Wirtschaftlicher Pressespiegel.
- 459** Die niederl. Staatsschulden, Wirtschaftlicher Pressespiegel, 28. 9.-3. 10. 1942, 25.-31. 1. 1943, PA AA R 107904, 106869.
- 460** VR der RKK, 15. 1. 1941, BA R 29/1, Bl. 38-46.
- 461** Rinkefeil an RFM (Breyhan), 21. 5. 1942, BA R 2/30666.
- 462** RB, Vowi Abt. (Kretzschmann), Besatzungskosten in den nord- u. westeurop. Ländern, 26. 8. 1941, BA R 29/2, Bl. 71-77.
- 463** RWM, monatl. LB über die allgemeine und wirtschaftliche Lage im Ausland (März 1944), NA T 71/59, Aufn. 785-799.
- 464** RWM, monatl. LB für die Niederl. (Hoffmann), 10. 3 1944, NA T 71/59, Aufn. 761f.
- 465** RFM (Litter), Gefährdung der Guldenwährung, 6. 4. 1944, BA R 2/56059, Bl. 205.

- 466** Wirtschaftsprüfstelle, Tägl. Wirtschaftsbeobachtung, 19. 9. 1940, PA AA R 107901.
- 467** Steuerdruck auf das Wirtschaftsleben, Wirtschaftliche Tageschronik, 6. 5. 1942, PA AA R 107903.
- 468** Correspondentie, Bd. I, S. 816–828.
- 469** Die neuen Wirtschaftssteuern, Nieuwe Rotterdamsche Courant, 8. u. 11. 5. 1942.
- 470** RFM (Breyhan), Besprechung bei Schwerin v.K., 6. 2. 1942, BA R 2/14552, Bl. 165ff. RK, 9. 2. 1942, die Niederlande würden den »Beitrag zur Kriegsführung gegen den Bolschewismus« nun rückwirkend vom 1. 7. 1941 an bezahlen, ebd., Bl. 168; Göring an Schwerin v.K., 20. 4. 1942, ebd., Bl. 176. Die RB nahm die Goldbarren aus den Niederlanden entgegen und überwies der RHK 2784 RM für ein Kgf. Am 16. 5. 1942 teilte das RBDirektorium dem Reichsfinanzminister »ergebenst mit, dass von der Nederlandschen Bank N.V., Amsterdam, wegen eines Beitrages der Niederländischen Regierung zum Ostfeldzug als 1. Goldpartie Stück 767 Goldbarren bei der Hauptkasse der Deutschen Reichsbank eingegangen« seien, die 9420 Kilogramm wögen und für die gut 26 Mill. RM an den Fiskus des Deutschen Reiches abgeführt worden seien (Ebd., Bl. 178, 182f.). In der Akte finden sich Unterlagen über weitere Transaktionen.
- 471** Herbert, Best, S. 251–322.
- 472** Zu Michels Engagement für das Rabattgesetz von 1933 Aly, Rasse, S. 61–63; 1938 besorgte Michel in Zusammenarbeit mit Gestapo und NSDAP die Ernennung von Wehrwirtschaftsführern, RWM (Michel) an die Ober- und Regierungspräsidenten, 7. 12. 1938, NI-12513 (NA Rg 238/case XI/F.32)
- 473** RWM (Funk) an AA, 10. 10. 1940, AN AJ 40/1019 (Der Dt. Devisenkommissar in Frankreich, Bl. 27).
- 474** Zur Biographie Schefflers Gerlach/Aly, Kapitel, S. 215ff.
- 475** RFM (Berger) an AA, 9. 9. 1940, NA Rg 338/case XI/F44, Aufn. 884f.
- 476** VR der RKK, 27. 2. 1943, BA R 2/13502, Bl. 110.

477 Besprechung (Vorsitz Göring), 28. 4. 1943, NA 238/case XI/F.28 (NG-3392); zu den Teilnehmern gehörte Michel.

478 Franz. Note über das dt.-französische Verhältnis [April 1941], PA AA (BA) 613136; Dt. Botschaft Paris (Gerstner) an AA HaPol, 3. 7. 1941, AN AJ 40/1021, Bl. 49f.

479 Schachtschnabel, Finanzwirtschaft; Der französische Staatshaushalt, in: B-A, Jg. 1943, S. 76.; RWM, monatl. LB für Frankreich, 10. 2. 1944, NA T 71/59, Bl. 750-752. 1942 wurden nach dt. Berichten insgesamt 157,5 Mrd. ffrs Besatzungsleistungen und Clearingvorschüsse aus dem franz. Haushalt abgezogen. Das war mehr als die Gesamtheit der »Ausgaben für französische Zwecke« (153,9 Mrd. ffrs). 1943 fielen diese Ausgaben auf 143,4, während die Besatzungsleistungen und Clearingvorschüsse auf 281,6 Mrd. ffrs. anstiegen, also auf knapp 200% der franz. Staatsausgaben. TB (Schaefer), 5. 4. 1944, PA AA R 106959, S. 2f.; Aide-Memoire (Hartlieb/Hemmen), Franz. Finanzlage und Vorschläge zur Deckung der Ausgaben, 7. 5. 1943, ABdF 1397199501/12.

480 Ebd., S. 1; TB (Hartlieb), Feb. 1945, HAdDB B 330/4600, Bl. 7, 15.

481 Franz. Finanzlage (Dt. Botschaft Madrid), 21. 1. 1945, PA AA R 106959.

482 TB (Hartlieb), Feb. 1945, HAdDB B 330/4600, Bl. 65, 76ff.

483 Ebd., Bl. 5; Évolution de la trésorerie et des dépenses publiques 1938-1945, SAEF B 0060911/1.

484 Arnoult, Finances, S. 39.

485 AA HaPol (Vermerk Reinel), 7. 11. 1942, BA R 2/14552, Bl. 68; OKW (Kersten) an AA, 6. 11. 1942, PS-1741.

486 RFM (Berger) an VJP (Gramsch), 15. 1. 1941, BA R 29/1, Bl. 25f.; zur realen Verwendung der Gelder HV der RKK an RFM, 21. 2. 1941, ebd., Bl. 89; Umbuchungen 1941, BA R 29/2, Bl. 82, 163ff.; RFM (Bayrhofer) an RVM, 10. 12. 1940, AN AJ 40/1124 (Besatzungskosten A IV); Feindvermögen, AN AJ 40/589, Bl. 42.

487 RFM (Mayer), Rechnungsergebnis 1941, 6. 8. 1942, R 2/24250.

- 488** Konto AVI der RKK Paris, 1941, AN AJ 40/1124; WaKo, 24. 5. 1941, NG-3630.
- 489** RFM, 14. 10. 1942, geh.RS., BA R 2/14552, Bl. 15; MBiF, Ltr.Int. an OKW, 18. 1. 1943, Bl. 114ff.
- 490** TB (Hartlieb), Feb. 1945, HAdDB B 330/4600, Bl. 6, 11.
- 491** RFM, Primetex, 30. 11. 1942, BA R 2/14553, Bl. 35f.
- 492** Papiers ›Monange‹, Nachkriegsuntersuchungen, SAEF B 57045.
- 493** Aufbau, Aufgaben und bisherige Tätigkeit der Roges [Feb. 1942], BA R 2/30536, Bl. 3f.
- 494** RFM (Bußmann) an RHK, 24. 10. 1940, AN AJ 40/1124. (In der unpaginierten Akte finden sich Hunderte von Beispielen.) Heinz Schmid-Lossberg, Rüstungskontor GmbH usw., 8. 6. 1945, SAEF B 57045, S. 12.
- 495** DSK Frankreich an sämtliche Bankprüfer, Ankauf von ausländischen Wertpapieren durch deutsche Interessengruppen, 18. 10. 1941, AN AJ 40/1027 (DSK 2. 5); RWM (Schlotterer) an die BdDA u.a. Banken, 24. 10. 1940, ebd. (OZI Kambartel).
- 496** DSK Frankreich, Aktien der Compagnie Française des Mines de Bor, 21. 2. 1941, AN AJ 40/1027 (OZI Kambartel).
- 497** DSK Frankreich (Hartmann) an die Banque de Paris et des Pays Bas, 1. 12. 1941, AN AJ 40/1027 (DSK 2. 5).
- 498** RFM an RHK, 6.u. 9. 12. 1940, AN AJ 40/1124.
- 499** Besatzungskosten-Kto. Frankreich A I. Benachrichtigungen des RFM (15. 10. 1940–5. 4. 1943), AN AJ 40/1124. (Die Beispiele lassen sich dort leicht ergänzen.)
- 500** RFM an RHK, 17. 10. 1940, NA AJ 40/1124.
- 501** Umbreit, Kontinentalherrschaft, S. 239.
- 502** TB (Hartlieb), Feb. 1945, HAdDB B 330/4600, Bl. 17.
- 503** AA (Dienststelle Rahn), Vorschläge zum dt.-ital. Clearingverkehr,

1. 11. 1943, BA R 2/30601.

504 Zum weiteren Zusammenhang Klinkhammer, Bündnis; Das neofaschistische Sozialisierungsprogramm, NZZ, 31. 10. 1944, BA R 8119F/10883.

505 Bev.Gen. der Dt. Wehrmacht in Italien, Gruppe Finanzen, Kriegslasten Italiens, 27. 1. 1944, BA R 2/30597, Bl. 104.

506 RFM, dt.-ital. Finanzfragen, BA R 2/30597, Bl. 143f.

507 RFM, Wirtschaftsbeziehungen zu Italien, 20. 11. 1943, BA R 2/30601.

508 Bernhuber/Orgera, ASBI BdI Arch. Azzolini, Ufficio speciale di coordinamento, 00520010155ff.; BdI, Conto No 5019 intestato al ministero Dr. Rodolfo Rahn, 2. 11. 1943–4. 6. 1946, ASBI BdI Segreteria particolare 493/5, Bl. 17ff.

509 Dt. Botschaft in Italien, Finanzabt. (Schmidt) an RFM (Berger), 29. 6. 1944; Bev.Gen.d.Dt. Wehrmacht in Italien, LB (16. 7.–15. 8. 1944), BA R 2/30598, Bl. 94ff., 135ff.

510 MoB des dt. Kommissars bei der Nationalbank v. Belgien, 9. 3. 1943, Anlage, S. 1, BA-MA RW 36/363.

511 Lemkin, Axis, S. 62; MBiF an OKH GenQu, 7. 12. 1940, BA R 2/14601, Bl. 5ff.; RFM (Breyhan), Lohntransfer der in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeiter, Mai 1944, BA R 2/30909.

512 TB des Delegierten der Reichsregierung für Wirtschafts- und Finanzfragen bei der Französischen Regierung (Hartlieb), Feb. 1945, HAdDB B 330/4600, Bl. 9.

513 RFM (Breyhan), Lohntransfer ausländischer Arbeiter, Mai 1944, BA R 2/30909.

514 AA (Dienststelle Rahn), Vorschläge zum dt.-italienischen Clearingverkehr, 1. 11. 1943; RWM (Süßkind-Schwendi), Stellungnahme, 10. 11. 1943, BA R 2/30601.

515 AOK 16, OQu an die Ortskom., 21. 1. 1942, BA R 29/111.

516 BA R 2/31097.

- 517** VO zur Sozialausgleichsabgabe, RGBL. I/1940, S. 1077.
- 518** RTO für poln. Landwirt. Arbeiter, 8. 1. 1940, Oertel, Kriegsfinanzierung, S. 702; fehlerhaft Herbert, Fremdarbeiter, S. 107.
- 519** Diskussion der VO, GStA Rep. 77/307/4, 141, Bl. 148-153.
- 520** Gesetze zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, RGBL. I/1938, S. 99, RGBL. I/1939, S. 283ff.
- 521** Aly, Tunnel, S. 64f.; Kaemmel/Bacciocco, Einkommensteuergesetz, S. 498.
- 522** Frank-Tgb. (Präg/Jacobmeyer), S. 293, 297; Abt. Finanzen des GG (v. Streit), Besprechung beim Generalgouverneur, 4. 10. 1940, AAN Reg.GG/796, Bl. 292ff.
- 523** PK der NSDAP an Reinhardt, 26. 5. 1942, BA R 2/56926.
- 524** RFM, Einkommensteuerliche Sonderbehandlung der Juden, Polen und Zigeuner, 11. 6. 1943, Diskussionsbeitrag Hunsche (RSHA), BA R 2/56926.
- 525** Nach den VO zur Besteuerung und zur arbeitsrechtlichen Behandlung der Ost-Arbeiter (RGBL. I/1942, S. 42, 86, 419f., RStBl. 1942, S. 265, S. 705) konnte maximal ein Wochenlohn von 17 RM übrig bleiben. Doch verdiente praktisch kein einziger Ostarbeiter den dafür erforderlichen Wochenlohn von 70 RM. Abzügetabelle für Ostarbeiter (RAM), Juni 1942, NG-1952.
- 526** §§ 8, 13 der VO über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter, 30. 6. 1942.
- 527** Das Sparsystem für Ostarbeiter, in: B-A, Jg. 1942, S. 339f.; HV der RKK, Ostarbeiter-Sparen, 21. 6. 1942, BA R 29/112 (Der Autor erinnert sich an das so genannte Schulsparen in der Bundesrepublik der 1950-er Jahre mit den gleichen Marken.); Oertel, Kriegsfinanzierung, S. 702f.
- 528** Oertel, Kriegsfinanzierung, S. 702f.; Eichholtz, Geschichte, Bd. 2, S. 217ff.
- 529** RFM (Breyhan), Gehalts- und Lohntransfer der in Deutschland

beschäftigten ausländischen Angestellten und Arbeiter (1941-1943), Mai 1944, BA R 2/30909. Da darin nur für einen Teil der ausländischen Arbeiter und Zwangsarbeiter Angaben gemacht werden, lässt sich aus der Tabelle kein Ergebnis, wohl aber eine Steigerungstendenz ablesen.

530 Wirtschaftliches Merkblatt (zur Unterrichtung der Truppe) [20. 5. 1942], BA-MA RW 7/1711a, 241f.

531 Buchheim, Länder; Gerlach, Morde, S. 240ff.

532 VR der RKK, 10. 6. 1941, BA R 29/1, Bl. 208-214.

533 VR der RKK an RFM (Bayrhofer), BA R 29/1, Bl. 195f.

534 VR der RKK an RFM, 20. 8. u. 29. 8. 1941, BA R 29/2, Bl. 52, 62; Oertel, Reichsbank, S. 187.

535 RWM, WiStb Ost, 28. 8. 1941, BA R 29/2, Bl. 68r.

536 VR der RKK, 10. 6. 1941, BA R 29/1, Bl. 208-214.

537 RFM (Bußmann), 16. 6. 1941, über die Besprechung, 10. 6. u. den Vermerk (RBDi. Winter), 9. 6., über ein Gespräch mit Schlotterer, BA R 2/14588, Bl. 119ff.

538 VR der RKK, 16. 12. 1941, BA R 29/3, Bl. 18-23; RB, Bernhuber an Wilhelm, 20. 10. 1941, BA-DA ZA Z-E 10237, Bd. 1, Bl. 315; Schwerin v.K., Ostland-Währung, 17. 2. 1942, BA R 2/30915.

539 VR der RKK, 14. 5. 1942, BA R 29/3, Bl. 180-182.

540 VR der RKK, 15. 8. 1942, BA R 29/4, Bl. 120-123.

541 Frank an Schwerin v.K. und umgekehrt, Juli 1942, BA R 2/14588, Bl. 175ff.; Oertel, Reichsbank, S. 175.

542 VR der RKK, 3. 3. 1941, BA R 29/1, Bl. 104-108.

543 Schwerin v.K. an Frank, 16. 4. 1940, Frank zustimmend an Schwerin v.K., 31. 5. 1940, RFM (Bußmann) an Emissionsbank, Krakau, 25. 7. 1940, BA R 2/5102, Bl. 95ff., 122, 136.

544 Eine Notenbank für die Ukraine, B-A, Jg. 1942, S. 123f.

- 545** RFM (Eckhardt), Umtausch von Rubeln in Karbowane, 30. 4. 1942, BA R 2/14591, Bl. 96. (Die Akte handelt insgesamt von der Gründung und Arbeitsweise der ZNU.)
- 546** Wehrmachtkosten in der Ukraine, R 2/30586; VR der RKK, 27. 2. 1943, BA R 2/13502, Bl. 112.
- 547** RKU, HA Finanzen, 16. 2. 1943, BA R 2/30585.
- 548** Verwaltungsbericht der ZNU für 1942 (S. 3), ebd.
- 549** Göring an Backe, 29. 10. 1938, NG-235.
- 550** RMEL (Moritz), Getreidelagerräume, 28. 10. 1938, BA R 2/18157.
- 551** Eidesstattliche Erklärung von Kurt Kozuszek, 25. 2. 1947, NA Rg 238/case XI/F34, Aufn. 211–214 (NID 14478).
- 552** Beauvoir an J.-L. Bost, 28. 8. 1939, FAZ, 3. 7. 2004.
- 553** Göring, 6. 8. 1942, IMG, Bd. 39, S. 385.
- 554** Wirtschaftspol. RL f.d. Wirtschaftsorg. Ost, Gr. Landwirt., 23. 5. 1941, IMG, Bd. 36, S. 135–157.
- 555** Gerlach, Morde, S. 258.
- 556** Alle Zitate, soweit nicht anders angegeben, aus Aly/Heim, Vordenker, S. 381 bis 383.
- 557** Wehrmacht, Dimensionen, S. 311.
- 558** Ebd., zit. nach Aly, Rasse, S. 132.
- 559** OKW, Rücksendung eigener Winterbekleidung durch die im Osten eingesetzten Truppen, 30. 4. 1942, LArch Berlin A Rep. 92/105, Bl. 110.
- 560** OFP Hamburg an RFM, 5. 6. 1942, BA R 2/58094, Bl. 486f.
- 561** RMfdbO an OKW, 9. 12. 1942, BA R 2/30585.
- 562** RFM, Haushalt der Ukraine für 1942, BA R 2/30585; zu den Schwierigkeiten der Paket-Aktion Goebbels-Tgb. (Okt. 1942).

- 563** Göring, 6. 8. 1942, IMG, Bd. 39, S. 385f.
- 564** Benzler (Belgrad) an AA, 13. 9. 1942, NA T 120/1174, Aufn. 70ff.
- 565** Verhandlungen Backe/Bonnafous, 1. 3. 1943, Statistiken über die dt. Forderungen, 1943/44, SAEF B 49478/1; MBiF, 19. 7. 1944 über den Warenverkehr zwischen Deutschland und Frankreich, ebd., 57046 (Rapports allemands).
- 566** Tagung in Rowno (Lt.v. Engelbrechten), 26.-28. 8. 1942, NA 242/24, Bl. 13 (DW files, Foreign Office).
- 567** Besprechung (Backe), 23. 6. 1942, Gerlach, Krieg, S. 192.
- 568** Ebd., S. 220.
- 569** Witte, Funkspruch.
- 570** Gerlach, Morde, S. 796-813.
- 571** Goebbels-Tgb., II/6, S. 72, 127 (5. und 15. 10. 1942); Boberach (Hg.), Meldungen, S. 4309; Boelcke (Hg.), Krieg, S. 288.
- 572** RFM, Bedeutung der besetzten Ostgebiete nach der dt. Ein- und Ausfuhrstatistik (Ostbilanz), 30. 7. 1943, BA R 2/30675.
- 573** Statistisches Handbuch, S. 124ff., 231.
- 574** Finanz- und Wirtschaftsstatistische Zahlen (Geheim), 31. 5. 1944. BA R 2/24250.
- 575** Aly/Heim, Vordenker, S. 372.
- 576** Brief eines Angestellten des IG-Farben-Werks Premnitz an seinen Direktor, 14. 6. 1942, Kundrus, Kriegerfrauen, S. 318f.
- 577** Wette u.a. (Hg.), Jahr, S. 241ff.
- 578** Burkert, Tage, S. 47.
- 579** Für Juden nur ein Konto. Maßnahmen zur Sicherung des jüdischen Vermögens, Krakauer Zeitung, 26./27. 11. 1939.
- 580** Tätigkeit der Treuhandstelle für das Generalgouvernement, in:

Die Ostwirtschaft, Jg. 1941, Nr. 1, BA R 2/5100, Bl. 8.

581 GG, Abt. Finanzen (Spindler) an Abt. Innere Verwaltung, 15. 1. 1941, BA R 2/5100, Bl. 5.

582 Plodeck gegenüber Frank, 19. 1. 1942, Frank-Tagebuch, S. 74ff.

583 HA Finanzen des GG (Spindler) an die Leiter der anderen HA des GG, 24. 4. 1941, AAN Reg.GG/574, Bl. 22, 33; HA Finanzen des GG, RS (Spindler), 15. 1. 1941, AAN, Reg.GG/1257, Bl. 1; treuhänderisch verwaltete Vermögensobjekte (Plodeck), 3. 8. 1940, ebd., Bl. 21ff.; Treuhandstelle GG, Runderlass Nr. 11 (Plodeck), 8. 11. 1940, ebd., Bl. 17ff., 86; Einzelfälle, ebd./1255.

584 RFM (Litter) an AA, 7. 10. 1942, PA AA R 111208.

585 RB Vowi Abt., Besatzungskosten in den nord- und westeuropäischen Gebieten, 26. 8. 1941, BA R 29/2, Bl. 71-77.

586 VR der RKK, 16. 10. 1941, BA R 29/2, Bl. 199-203.

587 TB Nr. 3 des Int. beim WBB/NF (1. 4.-30. 6. 1941), BA-MA RW 36/121, S. 97.

588 RFM (Eckardt), Besatzungskosten in Belgien, 16. 5. 1941, BA R 2/274, Bl. 89ff., 109ff.

589 Bernhuber an Orgera, 23. 11. 1944, ASBI, Archivio Azzolini, Ufficio speciale di coordinamento, corr. Bernhuber e Nehlsen, 520010263; ASBI Vigilanza sulle aziende di credito 669/1/1, Bl. 26.

590 Aalders, Raub, S. 182.

591 Übersicht über Maßnahmen gegen Juden in den besetzten Gebieten (Rademacher), 23. 5. 1942, PA AA R 103285, Bl. 1. Aus einer Anlage vom 17. 9. 1942, die zum Prüfbericht des Rechnungshofs erstellt wurde, geht hervor, dass die Ghettoisierung und Ermordung der serbischen Juden insgesamt 33500000 Dinar kostete, BA R 26/VI/602, Bl. 23; Bericht über die Verwaltung des Judenvermögens in Serbien (Gurski), 1. 12. 1944, (im Folgenden: Gurski-Bericht) BA R 26/VI/470, Bl. 51.

592 Ebd. und RH (Müller) an GBW, Verwaltung des Judenvermögens, 3. 6. 1942, BA R 26/VI/602, Bl. 2-9.

- 593** Vermerk Rademachers, PA AA Pol.Abt. Judenfragen 36/1 (Serbien), Bl. 629-632.
- 594** Schlussbericht der Kommissarischen Verwaltung des jüdischen Haus- und Grundbesitzes, 22. 6. 1943, BA R 26/VI/359, Bl. 87.
- 595** GBW (Gurski) an RH, 8. 9. 1942, BA R 26/VI/602, Bl. 12-20.
- 596** RFM (Breyhan), 22. 5. 1942, BA R 2/30132.
- 597** AA, HaPol (Pamperrien), 20. 6. 1942, PA AA R 111255; die Besprechung betraf auch das bewegl. Judenvermögen, RFM (Breyhan), 1. 7. 1942, BA R 2/330, Bl. 33.
- 598** Treuhandverwaltung und Judenvermögen, 23. 3. 1945, S. 14f., BA F 627 P.
- 599** VJP (Gramsch) an AA, 20. 6. 1942, ebd.
- 600** Gurski-Bericht, Bl. 51f.

- 601** Der Bev. des AA beim MB in Serbien an AA, 13. 9. 1941, ähnlich am 5. 11. 1942, PA AA R 111208.
- 602** Gurski, 16. 10. 1944, BA R 26/VI/470, Bl. 68; Gurski an Gramsch (VJP), 30. 4. 1943, ebd., Bd. 364, Bl. 345–357; Schlarp, Wirtschaft, S. 294f. Der reale Ertrag wird geringer gewesen sein, ebd., S. 297ff. Wie sich Besatzungskosten und Inflation in Serbien weiterentwickelten, zeigt der Bericht von Gotthardt (RWM), 15. 1. 1944, BA R 2/14553, Bl. 204–206; das RFM (Breyhan) schätzte das jüdische Vermögen in Serbien auf 150 Mill. RM (= 3 Mrd. Dinar), 22. 5. 1942, BA R 2/30132.
- 603** Schlarp, Wirtschaft, S. 302.
- 604** Woermann (AA) an v. Rintelen (AA), Lage in Serbien, 24. 9. 1942, auf der Basis des Telegramms von Benzler (Belgrad), 19. 9. 1942, NA T 120/1174, Aufn. 093ff.
- 605** Zu den Einzelheiten siehe Gerlach/Aly, Kapitel, passim.
- 606** IfZ-Gutachten (Fauck), 28. 11. 1960, LArch Berlin B Rep. 039–01, Bl. 17ff.
- 607** Gerlach/Aly, Kapitel, S. 227f.; RFM (Patzner) an den Reichsprotector, Prag, 8. 7. 1942, LArch Berlin B Rep. 039–01/313, 232f.
- 608** Dt. Bundesbank an LG Berlin, 11. 2. 1963, LArch Berlin B Rep. 039–01/313, Bl. 169.
- 609** Protokoll v. Jüterbog »über Versorgung der Truppen und Dienststellen der Deutschen Wehrmacht in Ungarn«, BA-MA RW 7/171 1b, Bl. 40–47.
- 610** Schwerin v.K. an Keitel, 4. 4. 1944, BA R 2/14553, Bl. 107f.
- 611** Besprechung Belatiny/Scheffler, 29. 4. 1944, MOL Z 9 (Ung. Nationalbank, geh. Präsidialschriften), Schachtel 39.
- 612** RWM HA III (Leitung Schlotterer), 23. 5. 1944, Protokoll (Schomaker), 31. 5., Gerlach/Aly, Kapitel, S. 230.
- 613** RWM (Schomaker), MB für Ungarn, 13. 6. 1944, NA T 71/59, Aufn. 237–240.
- 614** Otto Donner (FfW), zur gegenwärtigen Finanzlage und den

Möglichkeiten einer strafferen Steuerpolitik in Ungarn, Anfang Okt. 1944, BA R 2/30679.

615 NA Rg 238/case XI/F24, Aufn. 308.

616 RFM (Trapp), 17. 3. 1941, BA R 2/59888, Bl. 67–71. Im endgültigen Text stand: »Das verfallene Vermögen soll zur Förderung aller mit der Lösung der Judenfrage im Zusammenhang stehenden Zwecke dienen.« (RGI. I/1941, S. 722)

617 Z.B. Preußische Staatsbank an RFM (Radebach), 24. 9. 1942, BA R 2/3180; RFM, Aufzeichnung (Parpatt), 31. 8. 1945, NA T 1139/53, NG-5294.

618 Erlass Hitlers über die Verwertung des eingezogenen Vermögens von Reichsfeinden, 29. 5. 1941, RGI. I/1941, S. 303; Verfahrensordnungen und zahlreiche Einzelfälle BA R 1501/1838 (RMI); RFM (Büro des StS), 1942, BA R 2/31098, Bl. 53–65.

619 RFM (Burmeister) an HA Fin. des GG (Streit), 22. 5. 1942, BA R 2/5056, Bl. 7.

620 RFM (Bayrhofer) an die Finanzverwalt. der Landesregierungen, 26. 9. 1942, NA T 1139/50, NG-4997. Die Verbuchung enteigneter jüdischer Vermögen wurde im Januar 1942 geändert. Bis dahin waren die eingezogenen Vermögen im Einzelplan XV, Kapitel 3, Titel 10 verbucht worden. RFM (Maedel), 6. 1. 1942, Bespr. (Maedel, Patzer, Matthaeus, Pape), 23. 12. 1941, NA T 1139/50, NG 5001; RFM, Vereinfachung des Rechnungswesens (Maedel), 26. 1. 1945, BA R 2/56201, Bl. 51, 62; dt. Aktien, Kuxe und Staatsanteile waren an die Preußische Staatsbank, alle anderen Wertpapiere an die Reichshauptkasse abzuliefern, RFM (Patzner) an OFP Köln, 11. 5. 1942, NA T 1139/51, NG-5059; RFM (Schwerin v.K.) Haushaltsführung im Reich im Rechnungsj. 1945, 2. 1. 1945, BA R 2/56201, Bl. 14.

621 RFM (Maedel), 17. 1. 1944, über den Besuch des Ministers in der Ausweichstelle Sigmaringen, NG-5338.

622 RS an den Leiter der SS-Standortverwaltung Lublin und den Verwaltungsleiter des KL. Auschwitz (Frank), 26. 9. 1942, NO-724 (NA Rg 238/case XI/39, Aufn. 548f.); die Abrechnungen für Gold, Devisen Füllfederhalter, Uhren und »sonstige Werte«, die bis zum 3. 2. 1943 in den Vernichtungslagern anfielen, finden sich in IMG, Bd. 33, S. 60ff.

(PS-4024).

623 Erklärung Thoms, 8. 5. 1946, NA Rg. 238/case XI/39, Aufn. 551-56; Vernehmung Thoms, IMG, Bd. 13, S. 661-678; RB zur Verwertung von Schmucksachen etc., 31. 3. 1944, PS-3947; WVHA (Frank) an RFM, 24. 7. 1944, NA Rg 238/case XI/44, Aufn. 383f.; Patzer (RFM) an Gossel (RHK), 16. 11. 1944, NG-5544; IMG, Bd. 33, S. 577-581.

624 Erklärung des Emil Puhl, 3. 5. 1946, in Baden-Baden, NA Rg 238/case XI/39, Aufn. 594f.

625 RHK (Gossel) an RFM (Patzer), 7. 9. 1944, NG-4094; Patzer an Gossel, 16. 11. 1944, NG-5544.

626 Chef der Sipo und des SD an AOK 11, 12. 2. 1942, NOKW-631.

627 ZFS (Scheplitz, Dolderer) an OFP Berlin, 1. 4. 1941, Verwertung von Juwelen und Edelmetall, BA R 2/Anh./80, Bl. 11-18; ZuständigkeitsVO, RGBL. I/1939, S. 37; Leeuw, Griff, S. 226.

628 VJP, Geschäftsgruppe Devisen, 24. 6. 1943, LArch Berlin B Rep. 039-01/304, Bl. 17; BA R 2/56240, Bl. 265ff.

629 RFM, 26. 3. 1941, NG-4063.

630 Kwiet, Pogrom, S. 564f.

631 Möllenhoff/Schlautmann-Overmeyer, Familien, Bd. 2,2, S. 793f.

632 Ebd., Bd. 1, S. 669ff.

633 Einziehung jüdischen Vermögens (Quisling), 28. 10. 1942, an den Chef der norweg. Staatspolizei, Kopie an das Finanzdepartement, LArch Berlin B Rep. 039-01/381, Bl. 3aff.; dem Brief ging ein Kabinettsbeschluss voraus, Hilberg, Vernichtung, S. 583f.; Reisel/Bruland, Report, S. 10.

634 Übersichtsbericht u.a. zur Beschlagnahme jüdischen Eigentums in Norwegen, LArch Berlin B Rep. 039-01/381.

635 Das RFM (Maedel) mischte sich am 29. 1. u. 26. 5. 1943 in die Angelegenheit »Judenvermögen in Norwegen« ein, BA R 2/30513.

636 RH (Müller) an RK Norwegen und RFM, 18. 11. 1943, BA R

2/11444, Bl. 62ff.

637 Liquidationsamt an die Verwalter von Wohnungen, o.D., LArch B Rep. 039-01/381, Bl. 54a.

638 RK Norwegen, Abt. Finanzen (Korff) an RFM, 3. 11. 1943, BA R 2/357, Bl. 55ff.; Bohn, Reichskommissar, verzichtet auf jede Erwähnung des Liquidationsamts.

639 Offensichtlich wurde der Befehl gelegentlich des Treffens im Pariser Hotel Ritz gleichzeitig für Frankreich und Belgien erteilt . Die Darstellung stützt sich auf den AB der MVB/NF, 16. Teil, Treuhandvermögen, III Abschnitt: Judenvermögen (MVOR Dr. Pichier), S. 108f., BA-MA RW 36/227 (im Folgenden: Treuhandvermögen).

640 Treuhandvermögen, S. 128f., 164f.; Doorslaer, Raub, S. 137f.

641 Treuhandvermögen, S. 119f.

642 Auszug des RFM aus dem TB des MBB/NF, Feb. 1941, BA R 2/274, Bl. 129ff.

643 Doorslaer, Raub, S. 135f.

644 Treuhandvermögen, S. 119ff.

645 Währung und Finanzen, S. 15f.

646 Doorslaer, Raub, S. 140.

647 RFM, 27. 9. 1944, BA R 2/305, Bl. 37.

648 BdS Niederlande, 21. 6. 1941, Leeuw, Reichskommissariat, S. 239.

649 Verwaltung des Judenvermögens in den Niederlanden (Friedrich), 11. 12. 1943, BA R 2/11443b, Bl. 74-97.

650 Aalders, Geraubt, S. 311.

651 Wie korrupt die dort tätigen dt. Beamten waren, dokumentierte die ZFS Lübeck 1943/44, BA R 2/56101, Bl. 82-95.

652 Insoweit unterkomplex Dreyfus, Enteignung, S. 50-54.

653 Aalders, Geraubt, S. 272, 189, 244, 191.

- 654** HSSPF (Rauter) an Himmler, 24. 9. 1942, LArch Berlin B Rep 039-01/320, Bl. 174ff. Noch am 2. Februar, also vor den abschließenden Enteignungsverfügungen, hatte der Leiter des Einsatzstabes Rosenberg in Amsterdam, SS-Sturmbannführer Schmidt-Stähler, »zur Judenfrage« berichtet: »Die deutschen Behörden halten die Zeit für eine zwangsweise Evakuierung nach Osten noch nicht für reif.« Ebd., Bl. 168.
- 655** Arisierung des niederländischen Wirtschaftslebens, Wirtschaftliche Tageschronik, 21. 4. 1942, PA AA R 107903.
- 656** Verwaltung des Judenvermögens in den Niederlanden (Friedrich), 11. 12. 1943, BA R 2/11443b, Bl. 74-97.
- 657** Die Größenordnungen, die Aalders, Geraubt, S. 393, angibt, halte ich hinsichtlich der Besatzungslasten für zu niedrig und folglich hinsichtlich des Anteils der Juden für zu hoch.
- 658** MBiF, Bericht der Gruppe Wi I/2 über die Behandlung feindlichen Vermögens im Geschäftsbereich des Militärbefehlshabers in Frankreich (20. 10. 1940 bis 15. 8. 1944), AN AJ 40/589, Bl. 6 (im Folgenden: Feindvermögen).
- 659** Ebd., Bl. 10.
- 660** Ebd., Bl. 24, 28.
- 661** Ebd., Bl. 71f., 100. (Franz. Wertpapiere, Schmuck, Tafelgerät, Kunstgegenstände blieben im Fall der Feindvermögen unangetastet.)
- 662** Ebd., Bl. 35, 41.
- 663** Luftgaukom. Westfr., unbarer Zahlungsverkehr, 21. 1. 1941, AN AJ 40/1106 (Luftwaffen-Überweisungen).
- 664** Hartlieb/Coquelin, 9. 9. 1943, Aide-mémoire, 7. 5. 1943, ABdF 1397199801/12.
- 665** DSK Frankreich an Association professionnelle des banques, 14. 11. 1941, AN AJ 40/1027 (DSK 2. 5, Verfügungen).
- 666** Memorandum (Hemmen) an Laval, 15. 12. 1942, PS-1741.
- 667** Laskier, Jewry, S. 74.

- 668** Besprechungen, 11./12. 12. 1942 u.a. mit Lt.Int. Pichier (MBB/NF) und Maedel (RFM), NG-5369.
- 669** Frl. Stiller (Privatbank in Wien) über ein Gespräch mit Maedel (RFM), 28. 1. 1943, ET T 37/218.
- 670** Besprechung, 16. 10. 1940, BA-MA RW 35/772.
- 671** Herbert, Best, S. 262f.
- 672** MBiF, Wirtschaftsabt. zur VO, 14. 10. 1940, BA-MA RW 35/772.
- 673** Darstellung der Abt. Wi I/1 (Fragment), AN AJ 40/614 (5).
- 674** Briefwechsel MbiF/Sipo, AN AJ 40/616; Steur, Dannecker, S. 81.
- 675** MBiF (Michel), Wirtschaftsbericht, Okt. 1940, BA R 2/265, Bl. 73f.; ähnlich für Nov. 1940, R 2/14566, Bl. 270ff.; MBiF (Michel) an RWM (Klesper, Joerges), 22. 9. 1941, AN AJ 40/615 (Dt. Beteiligungen. Allgemeines).
- 676** Compte-rendu de la réunion de liaison finances-production, 25. 2. 1942, SAEF, B 0060936
- 677** MBiF (Michel) an RWM, 22. 9. 1941, SAEF 57046.
- 678** Abetz zu Gelich (ital. WaKo), 3./4. 7. 1942, Carpi, Between, S. 220.
- 679** Niedermeyer (MBiF) an MBiF (Drueke), 4. 7. 1942, BA-MA RW 35/1188; MBiF, Niedermeyer, Bericht Nr. 1, 20. 11. 1944, BA-MA RW 35/1191, Bl. 14.
- 680** MBiF (Bargatzky), 26. 8. 1940, Herbert, Best, S. 263.
- 681** AN AJ 40/619, Mappe 1941; ebd., 621, Bd. 2; zu Gerstner Aly, Rasse, S. 210-215.
- 682** VOBlF, Nr. 49 (20. 12. 1941).
- 683** »Grundsätze Judenfrage«, Vermerke 1943, AN AJ 40/591; vier Briefentwürfe (Michel) zur »Einziehung der Judenbuße« an Zentralabteilung im Hause, Union des Israélites, Generalkommissar für Judenfragen (Vallat), franz. Finanzministerium, 15. 12. 1941, AN AJ 40/615 (Mappe 12, Bl. 116f.); VO über eine Geldbuße der Juden,

17. 12. 1941, VOBIF, Nr. 49 (20. 12. 1941), S. 325f.; MBiF (Stülpnagel) an OKH, 5. 12. 1941, NG-117.

684 RFM (Litter), Maßnahmen gegen die Juden in Frankreich, 13. 2. 1942, Haushalts- und kassenmäßige Behandlung der Judengeldbuße in Frankreich, 24. 4. 1942, BA R 2/14567, Bl. 200ff.; OKW an RFM, Sicherstellung der Mittel aus der vom MBiF auferlegten Judenbuße usw., 8. 4. 1943, Bl. 311; MBiF, LB, Anf. 1943, BA-MA RH 2/592, S. 52f.

685 NG-4882, NA Rg 238/case XI/38, Aufn. 734-737.

686 Rahn an Megerle (AA), 6. 4. 1943, NG-2737, NA Rg 238/case XI/38, Aufn. 741.

687 Artikel 15 des Decreto legislativo del Duce »Nuove disposizioni concernenti i beni posseduti dai cittadini di razza ebraica«, 4. 1. 1944, Gazzetta Ufficiale, N. 6, S. 7-12, handelt ausdrücklich davon; für Ungarn Gerlach/Aly, Kapitel, S. 235f.

688 Wehrmacht, Dimensionen, S. 155.

689 Zur antijüdischen Gesetzgebung des MBiF und der franz. Regierung, Rechtsstellung; Tables des textes concernant la situation des biens juifs, SAEF B 47361.

690 Darstellung der Abt. Wi I/1 (Fragment), AN AJ 40/614 (5). Michel unterstanden für die »Entjudung« OKVR Dr. Blanke, KVR Stenger, Dr. Mangold.

691 VOBIF, Nr. 79 (9. 12. 1942), S. 451f.; ebd., Nr. 97 (27. 9. 1943), S. 553f.; Dreyfus, Pillages, S. 107ff.

692 MBiF, Abt. Wirtschaft an den Beauftragten des MBiF für das dt. Vermögen in den besetzten franz. Gebieten, 4. 6. 1942, AN AJ 40/616 (Feindvermögen).

693 Niedermeyer, 4. 7. 1942, BA-MA RW 35/1188.

694 Siehe z.B. die Benachrichtigungen der Aero-Bank, Paris (Filiale der Bank der Deutschen Luftfahrt A.G. Berlin), bei der Niedermeyer seine Sammelkonten und Depots eingerichtet hatte, AN AJ 40/621, Bd. 5. Auch Niedermeyer arbeitete in erster Linie mit franz. Verwaltern, überwiegend ließ er die enteigneten Unternehmen liquidieren, ebd.,

Bd. 4.

695 RFM (Litter), Maßnahmen gegen die Juden in Frankreich, 13. 2. 1942, BA R 2/14567, Bl. 200ff.

696 RFM an MBiF, Abwicklungsstab Potsdam, 11. 10. 1944, BA R 2/305, Bl. 9ff.

697 Zur Entstehung, AN AJ 40/591 (Treuhandstelle Organisation); zur Gründung VOBIF, S. 166 (9. 1. 1941); Feindvermögen, AN AJ 40/589, Bl. 89.

698 Ebd., Bl. 90.

699 MBiF, Verwaltungsstab, Abt. Wirtschaft (Michel) an TDT, 21. 5. 1942, AN AJ 40/591, (Treuhandstelle Org., Bl. 37).

700 MBiF, Abt. Wirtschaft für den Chef der MV, 25. 2. 1944, AN AJ 40/591 (Treuhandstelle Org., Bl. 44). Die Funktion des Beauftragten des MB für die Entjudung beim Generalkommissar für Judenfragen übte zumindest zeitweise KVR Stenger aus. Ebd., Grundsätzliche Judenfragen, Bl. 77.

701 AB der TDT, Geschäftsstelle Paris, 1941, 1. Bd., AN AJ 40/591 (Rapports de la Treuhand sur sa propre activité).

702 TDT, Geschäftsstelle Paris, Bericht für 1941, Vorbericht, 14. 3. 1942, AN AJ 40/591.

703 Stenger an Generalkommissariat für Judenfragen, 4. 12. 1942, AN AJ 40/617, Bü. 4; ähnlich, 31. 3. 1943, ebd., 618A, Bü. 2.

704 Scheffler an Union syndicale des banquiers de Paris et de la province, 21. 6. 1941, AN AJ 40/1027 (Mappe 5).

705 Feindvermögen, Bl. 16 (siehe Anm. 658).

706 Abgedruckt in République Française, Spoliation.

707 Feindvermögen, Bl. 400; Dreyfus, Pillages, S. 91ff. erkennt das eindeutige finanzwirtschaftliche Ziel der deutschen »Entjudungs«-Politik.

708 AB/TDT, Geschäftsstelle Paris, 1942 u. 1943, AN AJ 40/591.

- 709** Feindvermögen, Bl. 93f.
- 710** Anlegung Treuhandgelder, AN AJ 40/595A; (franz.) Revision der Treuhand und Revisionsstelle des MBiF, 16. 10. 1944 (Gerichtsübersetzung), LArch Berlin B Rep. 039-01/355.
- 711** Rede v. 5. 2. 1939, Lipscher, Juden, S. 25; zu Mach Tönsmeyer, Slowakei, S. 114ff.
- 712** Kaiser, Politik, S. 402.
- 713** Lipscher, Juden, S. 33f.
- 714** Ebd., S. 40ff.; Tönsmeyer, Raub, S. 77.
- 715** Kaiser, Politik, S. 409.
- 716** Aly/Heim, Vordenker, S. 253ff.
- 717** Lipscher, Juden, S. 65f.
- 718** AB der DHM Slowakei (Herzog), 10. 5. 1941, BA-MA RH 31/IV/11.
- 719** Kaiser, Politik, S. 522; Lipscher, Juden, S. 77f.; Tönsmeyer, Raub, S. 78.
- 720** JB des Gouverneurs der Slow. Nationalbank (Korvas), 27. 2. 1943, BA R 2/13492, Bl. 356ff.
- 721** RFM, Nov. 1942, o.U., BA R 2/30703.
- 722** Lipscher, Juden, S. 119.
- 723** Abschöpfungsprobleme, S. 114f.
- 724** RFM, Nov. 1942, o.U., BA R 2/30703; Boelcke, Kosten, S. 120; A.J. van der Leeuw, Gutachten, 8. 11. 1962, zur Enteignung der beim »Bankhause« Lippmann, Rosenthal & Co. abgelieferten Wertpapiere (Fortsetzung I), LArch B Rep. 039-01/322, S. 10.
- 725** Bescheinigung der kroatischen Juden-Abteilung, 17. 5. 1941, für Hermann Bosnjak (Blühweiss) und Cilika Pick über die Beschlagnahme verschiedener Wertgegenstände, LArch Berlin B Rep. 039-01/294, Bl. 37ff., Bl. 59, 59a; Rückerstattungssachen Sternfeld und Anica Polic,

verw. Ehrenfreund und weitere Fälle, Bl. 67ff.

726 IfZ (Auerbach) an Wiedergutmachungskammer Berlin, 3. 10. 1962, LArch Berlin B Rep. 039-01/294, Bl. 2f.

727 Frankfurter Zeitung, 5. 1. 1943, BA R 2/60251.

728 Hilberg, Vernichtung, S. 764.

729 Neubacher, Sonderauftrag, S. 58, 66; Aufstellung der Dt. Gesandtschaft Sofia, 3. 2. 1941, über Reisekostenvorschüsse »an die Mitglieder der Sonderdelegation Gesandter Dr. Neubacher« (geh.RS.). Dazu gehörten neben Neubacher Dr. Reinhard Koenning (RFM), Dr. Reinhardt (RWM), RBDi. Rudolf Sattler, Intendanturrat Kaltenegger (OKW), Dr. Biehler (OKW) und Intendanturrat Dr. Ullrich (OKW), PA AA 10565 (PA Neubacher), Bl. 57f., BA-DH, ZA/ZE/6900 (PA Sattler), Bl. 203-205.

730 VR an HV der RKK (Scholz), 17. 2. 1941, BA R 29/1, Bl. 90.

731 VR der RKK (Kretzschmann), 3. 3. 1941, BA R 29/1, Bl. 108ff.

732 VR der RKK, 9. 4. 1941, BA R 29/1, Bl. 138-147; RKK Sofia an RB (Waldhecker), 15. 4. 1941, Bl. 151-178.

733 RKK Sofia an VR der RKK, 5. 6. 1941. Am 2. April 1942 betrug das »Kredit«-Limit nach Angaben der RKK Sofia bereits 3,4 Mill. Lewa, BA R 29/3, Bl. 168.

734 Dt. Ges. Sofia (Richthofen) an AA, 31. 5. 1940, 18. 2. 1941, PA AAR 110010.

735 Dt. Ges. Sofia (Beckerle) an AA, 12. 11. 1942, PA AA R 110010; VR der RKK, 16. 12. 1941, BA R 29/3, Bl. 18-23.

736 VR der RKK, 16. 12. 1941, BA R 29/3, Bl. 18-23; Mischaikov, Bulgarien, S. 52; MoB Bulgarien, Febr. 1944, NA T 71/59, Aufn. 748f.; RB, Vowi Abt. (Eicke), 8. 7. 1944, BA R 2/13502, Bl. 175.

737 Hillgruber (Hg.), Staatsmänner, S. 338ff. (Hitler und Bojiloff, 5. 11. 1943).

738 Von dt. Seite dilatorisch geführter Schriftwechsel, BA-MA RW 7/1709a, Bl. 77-156; Kontrolle der Ausfuhr von Waren aus Bulgarien

ebd., 1710b, Bl. 213–221; KTB Int. bei der DHM in Rumänien, 31. 10. 1941, BA-MA RH 31/I/v.156, Bl. 6.

739 Dt. Ges. Sofia (Beckerle) an AA, 12. 3. 1942, PA AA R 110010.

740 Assa, Macedonia, S. 109; Matkowski, History, S. 117ff.; Mischaikov, Bulgarien, S. 51; Chary, Jews, S. 62.

741 Anordnung des Bulg. Ministerrats, 4. 7. 1941, RKK Sofia, 5. 7. 1941, PA AA R 110030.

742 Lemkin, Axis, S. 189f.

743 Chary, Jews, S. 62, schätzt das Vermögen der Juden, die in den bulgarisch besetzten Gebieten lebten, auf 1,5 Mrd. Lewa.

744 Kolonomos/Veskovich-Vangeli, Jews, Bd. 1, S. 125.

745 Bulgarisches Amtsblatt, No. 192, 29. 8. 1942; Übersetzung ins Deutsche, LArch Berlin B Rep. 039-01/318.

746 Dannecker an Eichmann, 23. 2. 1943 (gesehen Beckerle), ET T 37/54.

747 Hilberg, Vernichtung, S. 804f..

748 KTB WO Sofia (1.–30. 6. 1943, Überblick), BA-MA, RW 29/81.

749 Chary, Jews, S. 64 (Würde man die Kriegsinflation herausrechnen, halbierte sich der Betrag. Für die hier angestellten Überlegungen ist das bedeutungslos.)

750 Dt. Fassung, LArch Berlin, B Rep. 039-01/342, Bl. 87.

751 Für das rumänische Finanzministerium wurde ORR Dr. Bersch abgeordnet, für Fragen der Preiskontrolle ORR Schulte. Zudem wurde, offenbar im Hinblick auf den möglichen Krieg gegen die Sowjetunion, ein Fachmann für Straßenbau nach Rumänien beordert und ein landwirtschaftlicher Sachverständiger namens Fachmann. Clodius an AA (Schwager), 13. 12. 1940, Clodius an Neubacher, 19. 10. 1940, PA AA PA Neubacher 10565, Bl. 28–30.

752 RFM (Breyhan), Rumänien-Sitzung, 12. 10. 1940, mit Schlotterer, Landwehr, Reinhardt (RWM) und Neubacher, BA R 2/30703.

753 Das Siedlungswerk von 1942 in Rumänien, in: Raumforschung und Raumordnung 7 (1943), S. 62ff.; Ancel, Seizure, S. 46.

754 RFM, Truppenausgaben in Rumänien, Juni 1942, BA R 2/60196.

755 RFM (Mayer), Rechnungsergebnis 1941, 6. 8. 1942, BA R 2/24250; zur Anfangsphase der »Abfindung durch Sachleistung« RFM (Bänfer), Ansprüche der umzusiedelnden Volksdeutschen, 20. 10. 1939, BA R 2/30011, Bl. 15ff.

756 RB (Waldhecker), 16. 1. 1941, BA R 2/30703.

757 Aly, »Endlösung«, S. 130, 257f. und passim.

758 Gutachten des IfZ (S. Fauck) zur Judenverfolgung in Rumänien an Wiedergutmachungskammer Berlin, 20. 9. 1961, LArch Berlin B Rep. 039-01/298, Bl. 14ff.; Ancel, Seizure, S. 47ff.

759 RFM (Breyhan) über die Rumänien-Sitzung im RWM, 12. 10. 1940, BA R 2/30703.

760 PA Sattler, BA-DH, ZA/ZE/6900, Bl. 203ff.; RB (Waldhecker), dt.-rumänische Verhandlungen, Jan. 1942, BA R 2/30703.

761 Dienstreise des RBVizepräsidenten Lange und des RBDire. Kretzschmann nach Athen, Saloniki, Sofia, Bukarest, Belgrad und Budapest, 24.-30. 5. 1941, BA R 29/1, Bl. 215-220.

762 Denkschrift, Nov. 1940, Goerdeler, Schriften, S. 824.

763 RB (Waldhecker, Trier), 13. 12. 1940, BA R 2/30703.

764 Währungslage in Rumänien (Blessing), Bukarest, 8. 10. 1941, abgefasst im Auftrag Neubachers, dem Gouverneur der Rumänischen Nationalbank vorgelegt, BA-MA RH 31/I/v.66.

765 Der Militärattaché und Chef der Dt. Wehrwirtschaftsmission in Rumänien, Lei-Beschaffung, Nov. 1941; Hitler an Antonescu, 14. 8. 1941; Vereinbarung über die Sicherung, Verwaltung und Wirtschaftsauswertung der Gebiete zwischen Dnjestr und Bug (Transnistrien) und Bug und Dnjepr (Bug-Dnjepr-Gebiet) geschlossen am 30. 8. 1941 in Tighina zwischen dem Königlich Rumänischen Großen Generalstab (Tataranu) und dem OKH (Hauffe), BA-MA RH 31/I/v.66).

(Hervorh. im Orig.)

766 KTB des Int. bei der DHM in Rumänien, 30. 11. 1941, BA-MA RH 31/I/v.156, Bl. 15ff.; Chefint. in Rumänien zur Ausnutzung des Landes, April 1941, ebd., 233, Bl. 148-159.

767 Besuch des Generaldirektors im rum. Finanzministerium, Nicolae Rasmeritza bei RBDire. Wilhelm, 2. 7. 1941, BA R 2/14585, Bl. 52; VR der RKK, 16. 12. 1941, BA R 29/3, Bl. 18-23.

768 Graupner schätzt, dass an Rumänien insgesamt Gold im Wert von 200 Mill. RM (~ 70 t Gold) geliefert wurde. Vermerk über Goldabgaben der Reichsbank v. 20. 8. 1945, Anlage 2, HAdDB B 331-BAY/678, Bl. 48. Demgegenüber geht die Unabhängige Expertenkommission Schweiz Zweiter Weltkrieg, und diese Zahlen werden hier zugrunde gelegt, von Gold im Wert von 134,4 Mill. RM aus, S. 55; zu den Lieferungszeitpunkten, S. 64. Zu weiteren Einzelheiten des Goldgeschäfts Stellungnahme der RB (Wilhelm) über Puhl an Funk, 8. 12. 1941, BA R 2/30703.

769 W-Verfügung Nr. 1/1943 v. 1. 1. (Hauffe), BA-MA RH 31/I/v.134.

770 Goebbels-Tgb., II/12, S. 88 (10. 1. 1943); Protokoll M. Antonescu/Ribbentrop, 11. 1. 1943 (geh.RS.), BA-MA RW 7/1711a, Bl. 176f.

771 Hauffe, Reise der rum. Delegation ins F.H.Q., 8. 1.-14. 1. 1943, BA-MA RH 31/I/v.134.

772 DHM Bukarest (Hansen) an OKW/AWA (Reinecke), 3. 2. 1943, BA-MA RH 31/I/v.134; Dt. General beim Okdo d.Rum. Wehrmacht (Hansen) an OKW (WFStb), 5. 3. 1943, ebd. Die Goldbewegungen sind im Ausgangsbuch für die Goldkammer der Deutschen Reichsbank unter den angegebenen Daten verzeichnet, HAdDB, BSG 10/62. Etwas andere Daten ergeben sich aus der Dokumentation über das im Kriege nach Deutschland verbrachte Münzgold Italiens, zusammengestellt von Herbert Herzog, Wien, im April 1957. Der Annex III enthält eine Aufstellung der von der RB in den letzten Kriegsjahren ins Ausland überstellten Goldmengen. Zu Rumänien werden dort für 1943 Lieferungen am 23. 2., am 14. 4., am 3. 5., 15. 5. und 27. 5. genannt, die insgesamt 30 Tonnen ausmachten. HAdDB, B 330/7083, S. 89f.

773 VR der RKK, 5. 12. 1942 u. 27. 2. 1943, BA R 2/13502; Goebbels-

Tgb., II/12, S. 261f. (5. 2. 1943).

774 Türkische Post, 11. 5. 1943, BA R 2/60198.

775 Protokoll M. Antonescu/Ribbentrop (geh.RS.), 11. 1. 1943, BA-MA RW 7/1711a, Bl. 176f. Natürlich schraubten die Deutschen ihre Forderungen bald deutlich in die Höhe, Ergänzungsprotokoll (Clodius/M. Antonescu), 17. 7. 1943, Bl. 178f. In den Gesprächen Hitler/Ion Antonescu am 10. 1. 1943 im F.H.Q. wurden die Finanzprobleme lediglich gestreift. Hillgruber (Hg.), Staatsmänner, S. 201. Nach deutschem Urteil galt der Gouverneur der Rumänischen Nationalbank, Al. Ottolescu, als »ausgesprochener Goldpolitiker«, der im Falle ausreichender Goldreserven den sprunghaften Anstieg des Notenumlaufs hinnehmen werde. RKK Bukarest (Seiffert) an HV der RKK, 7. 12. 1941, BA R 29/3, Bl. 14-17. Wegen seiner »orthodoxen Goldwährungspolitik« wollte das RWM Ottolescu schon Anfang 1940 durch einen geschmeidigeren Partner ersetzen. Das gelang erst im Februar 1944, MoB April 1940 Rumänien, NA T 71/59, Aufn. 962-967.

776 RFM (Breyhan), Wehrmachtfinanzierung in Rumänien 1944, BA R 2/30916 passim; RWM, MoB Rumänien, Juli 1944, NA T 71/59, Aufn. 287-290.

777 Protokoll des Kronrats, 19. 3. 1944 (Gerichtsübersetzung), LArch Berlin B Rep. 039-01/281, Bl. 42.

778 Documents, Einleitung; Jüdisches Lexikon, Stichwörter »Saloniki« und »Griechenland«.

779 Statistisches Reichsamt, Griechenland. Öffentliche Verwaltung und Finanzen (Stand 6. 4. 1941), PA AA R 110262.

780 Allgemein Hilberg, Vernichtung, 737-755.

781 RBev. (Schiedlausky) an RWM (Landfried), 21. 3. 1942, PA AAR 110306. Tabak machte 1942 hinsichtlich des Wertes mehr als zwei Drittel des griechischen (Zwangs-) Exports nach Deutschland aus. RBev. (Altenburg) an AA, 4. 5. 1942, PA AA R 110264.

782 Merten, Eidesstattliche Erklärung, 2. 5. 1970, LArch Berlin B Rep. 039-01/342, Bl. 267ff.

783 RBev. (Schulte), Preisproblem Griechenland, 27. 11. 1942, an AA

durch Neubacher, PA AA R 110321.

784 RFM, 15. 7. 1942, BA R 2/30936.

785 Mackensen (Rom) an AA, 26. 9. 1942, NA T 120/1174, Aufn. 801f.

786 RFM an AA/HaPol, OKW, RWM, RMEL und VJP (Abschrift, 23. 9. 1942), BA R 2/014552, Bl. 30f.; Stellungnahme der RB, Vowi Abt., 12. 9. 1942, ebd., Bl. 33f.

787 OKW an HV der RKK, 14. 9. 1942, BA R 29/4, Bl. 149.

788 WwiStb Griechenland, Finanzierung der Wehrmachtbeschaffungen, 10. 6. 1944, BA-MA RW 29/116, Bl. 3.

789 Fleischer, Kreuzschatten, S. 116.

790 Das Kinderelend in Griechenland (Bildbericht), Neue Zürcher Zeitung, 30. 5. 1942; zur Sterberate in Griechenland 1940-41-42 Apostolou, Exception, S. 169.

791 Währungspläne für Kreta, 8. 3. 1942, PA AA R 110283.

792 OB im Südosten u. OB der 12. Armee, Feldpostprüfung, 2. 1. 1942, BA-MA RW 40/198.

793 Hahn, Währung (1957), S. 27.

794 RBev. (Altenburg) an AA, 29. 10. 1942, PA AA R 110263; KTB des WO Athen, 24. u. 27. 10. 1942, BA-MA RW 29/98.

795 Preisproblem, 27. 11. 1942, S. 14, PA AA R 110321.

796 VO des OB Südost v. 30. 1. 1943, BA-MA RW 29/100; RB, Zeitungsausschnittslg. zu Griechenland, BA R 2501/4795. Die zwangsweise Erhöhung des Aktienkapitals zugunsten des Staates wurde Anfang 1943 auch in Deutschland erwogen, E.W. Schmidt (Dt. Bank) an Walter Tron (Creditanstalt-Bankverein, Wien), 24. 2. 1943, BA R 8119/10880, Bl. 266-269.

797 Paul Hahn, Direktor bei der Reichsbank und von 1941-1944 deutscher Bankenkommissar in Griechenland: Die griechische Währung und währungspolitische Maßnahmen während der Besatzungszeit 1941-1944 (im Folgenden Hahn, Währung), PA AA R 27320, auch BA R

2/30680; Neubacher, Sonderauftrag, S. 85; WO Athen, KTB 1942, Anlg. 10, BA-MA RW 29/98.

798 OKW Chefint. (Kersten) an AA, 10. u. 23. 3. 1943, BA-MA RW 7/1710b, Bl. 165ff.; AB des MB Südost, B: Griechenland (Entwurf, Anf. 1945), NA T 501/258, Aufn. 97; Palairer, Ends, S. 33f.; Höffinghoff, Wirtschaft; RFM, 17. 7. 1943, BA R 2/14580, Bl. 182ff.; zur schwedischen Hilfsaktion: BA-MA RM 7/1909; RB, Vowi Abt., Inflation in Griechenland, 12. 9. 1942, BA R 2/14552, Bl. 33f.; Roediger, Hilfsaktion.

799 Wappler, Grundzüge, S. 56.

800 RFM, Besatzungskosten Griechenland, 26. 11. 1942; RBDirektorium an RFM (Bußmann), 3. 3. 1943, BA R 2/14569, Bl. 174, 184, 190.

801 Clodius und Mackensen (Rom) an AA, 5. 10. 1942, NA T 120/1174, Aufn. 785ff.

802 Nach Angaben Hahns »musste« das gesamte Aktenmaterial seiner Dienststelle vernichtet werden. Hahn, Währung (1957), S. 50. Ähnlich der Chef der MV Südost: »Schon in den letzten Monaten der Besatzung« sei »eine weitgehende Aussonderung und Vernichtung der Akten angeordnet« worden. Der Chef der MV Südost an OKH GenQu (Malitzky), April 1945, (Fragment), BA-MA RW 40/115, Bl. 5; generell zur Aktenvernichtung Hartlaub, Umriss, Bd. 1, S. 199.

803 RB (Wilhelm), 21. 10. 1942, BA R 2/14552, Bl. 32.

804 Reisekostenabrechnung, 4. 8. 1943, gemäß Anordnung v. 17. 10. 1942, PA AA PA v. Thadden, Geldakte, Bl. 129f.; Vermerk, 18. 11. 1942, ebd., Bl. 121. Am 15. 3. 1943 wird v. Thadden als Angehöriger des Stabes Neubacher genannt, Bl. 126. Später redete sich v. Thadden auf den reinen »Wirtschaftsauftrag« heraus, z.B. Vernehmung in Düsseldorf, 7. 5. 1961, <http://www.nitzkor.org/hweb> (1. 9. 2002).

805 Ritter, Neubacher, S. 125f.; Mazower, Greece, S. 71f.

806 KTB OKW, Bd. III, S. 109.

807 Altenburg an AA, 26. 1. 1944, PA AA Inl. Ig 190, Bl. 60; zum »Widerstand« Logothetopoulos' Apostolu, Exception, S. 180f.

- 808** Faksimile in Malho (Hg.), Memoriam (1948). Sechs Tage später verfügte Wisliceny Einzelheiten: »Das Judenkennzeichen besteht aus einem 6 zackigen Stern von 10 cm Durchmesser.«
- 809** Dt. Generalkonsul (Schönberg) an AA, 15. 3. 1943, Seckendorf (Hg.), Okkupationspolitik, S. 226f.
- 810** Hilberg, Vernichtung, S. 745.
- 811** Vom brit. Geheimdienst dechiffriertes Telegramm Wislicenys an Eichmann, Apostolou, Exception, S. 182.
- 812** Reisekosten, 4. 8. 1943, PA AA PA v. Thadden, Geldakte, Bl. 130.
- 813** BdS Griechenland an SBev. Südost, 2. 8. 1944, PA AA R 27318, Bl. 3. Das griechische Gesetz erging am 29. 5. 1943. Im Juli 1944 meldete die Zeitschrift Deutsch-Griechische Wirtschaftsnachrichten (H. 2, S. 67) im Hinblick auf das Eigentum der Athener Juden: »Das griechische Finanzministerium teilt mit, dass die Verwaltungsstelle für jüdische Vermögen in der Thiseosstrasse Nr. 10 untergebracht wurde, an welche Adresse sich alle Interessenten jetzt wenden müssen.«
- 814** Aussage Nikolaos Tzavaras, 11. 9. 1945, LArch Berlin B Rep. 039-01/342, Bl. 237ff.
- 815** Elias Douros, (apologetischer) Bericht über die Verwaltung der israelitischen Vermögen von Nord-Griechenland (Gerichtsübersetzung), 1. 7. 1945, LArch Berlin B Rep. 039-01/344.
- 816** Mazower, Greece, S. 248.
- 817** Österreichischer Rundfunk, report international, 9. 8. 2000, http://magazine.orf.at/report/int/sendungen/000823/000823_3.htm (31. 8. 2002). Auch Enepekidis hält Merten für die zentrale Figur der Judenverfolgung (»Alle gewichtigen Dokumente, die die Zivilabteilung der Militärverwaltung verließen, tragen die Unterschrift ›DR. MERTEN.«), Polychronis Enepekidis, Die »Endlösung« in Griechenland zum ersten Male ins Licht gerückt. Die Ausrottung von 70000 Juden, (Übersetzung, MS), S. 23, LArch Berlin B Rep. 039-01/345.
- 818** Rush is on for Nazi gold in Greek sea, New York Times, 31. 7. 2000.

- 819** Fleischer, Kreuzschatten, S. 365.
- 820** Mackensen (Rom) an AA, 21. 10. 1941, AA (Hudeczek), Wirtschaftsprogramm, 16. 10. 1942, NA T 120/1174, Aufn. 752ff.
- 821** KTB OKW, Bd. IV, 1, S. 665, Bd. III, S. 109.
- 822** WO Saloniki (Müller), Beschäftigung von Juden, 30. 10. u. 14. 11. 1942, BA-MA RW 29/109, Bl. 25 u. 75.
- 823** Yahil, Shoah, S. 560; Safrian, Eichmann-Männer, S. 238ff.; Molho (Hg.), Memoriam, Bd. 1, S. 48; Athener LG im Prozess gegen Merten, 24. 3. 1958, S. 28ff., LArch Berlin, B Rep. O58/839, Bde. 15–18.
- 824** BA-MA RW 29/110, Anl. 12, Drißner, Deportation, S. 69.
- 825** Aussage Merten, 27. 2. 1959, LArch Berlin B Rep. 039-01/347.
- 826** RWM (Pasel) an RFM, 9. 8. 1943, BA R 2/310, Bl. 117.
- 827** Molho (Hg.), Memoriam (franz. Ausg., 1948), S. 79.
- 828** LArch Berlin B Rep. 039-01/346, Bl. 124ff.
- 829** Responsible Declaration des Central Board of the Jewish Communities of Greece, 12. 5. 1948, NA RG 59 (1945–49), box 4255 (Dank an Martin Dean). Nach Hahn entsprachen fünf Goldpfund 100 RM. Das ergibt ebenfalls 12 Tonnen.
- 830** SBev. (Graevenitz) an AA, 26. 3. 1944, BA R 2/30674.
- 831** Befh. Saloniki-Ägäis (Merten), jüdisches Vermögen, 15. 6. 1943, LArch Berlin, B Rep. 039-01/342, Bl. 92.
- 832** Merten gegenüber dem Entschädigungsamt Berlin, 3. 2. 1964, LArch Berlin B Rep. 039-01/346, Bl. 94ff.; ungläubwürdige Gegenaussagen, Bd. 347.
- 833** Eidesstattliche Erklärung Wislicenys, 27. 6. 1947, LArch Berlin B Rep. 039-01/247, Bl. 243–248; Zeugenaussage Wislicenys (Nürnberg), 3. 1. 1946, ET T 37; Mazower, Greece, S. 243.
- 834** RVM (Rau) an OKH, Chef Transportwesen, 1. 3. 1944, PA AA R 110285; sämtliche Angaben im AB des MB Südost (Anf. 1945) zum

»Judenvermögen« sind falsch, NA T 501/358, Aufn. 546ff.

835 Stroumsa, Geiger, S. 38f.

836 VR der RKK, 5. 11. 1942, BA R 29/4, Bl. 174-177; Schaefer an Vorstand der LZB Bayern, 17. 10. 1948, HAdDB Pers 101/20335; RB (Wilhelm), 21. 10. 1942, BA R 2/14552, Bl. 32.

837 Berliner Börsenztg., 1. 2. 1943, BA R 2501/7098, Bl. 25; Hahn, Währung, S. 5.

838 AB des MB Südost, (Anf. 1945), NA T 501/358, Aufn. 503; Mazower, Greece, S. 357.

839 Eine solche Verwendung des Goldes wird auch in den instruktiven Arbeiten von Wappler, Grundzüge, S. 56f., und Rondholz, Geschichte, verkannt.

840 Protokoll o.D., Anschr. (OKW an Chefint. beim WB Südost Saloniki), 15. 6. 1943, BA-MA RW 7/1710b, Bl. 176ff.

841 Telegr., 5. 10. 1943, LArch Berlin B Rep. 039-01/343, Bl. 390.

842 Lagebericht des MB Griechenland für MB Südost für November 1943, BA-MA RH 2/685, Bl. 53.

843 Der Beauftragte des AA beim WB in Serbien an AA (für Gesandten Neubacher), 13. 11. 1943, PA AA R 110358; MB Griechenland an MB Südost, 10. 12. 1943, BA-MA RW 7/1711a, Bl. 3-41.

844 RBDirektorium, Gold für Griechenland, 1. 12. 1943-25. 5. 1944, BA R 2/14553, Bl. 131-143; AA (Fischer) an SBev. Südost, 1. 3. 1944, PA AA R 110358; RFM, Währungsfragen Balkan, 8. 11. 1942, PA AA R 110285; RFM, Protokolle (Bayrhofer u. Hahn), 8. 11. 1943, BA R 2/14569, Bl. 194-196; Hahn, Währung; Hahn, Währung (1957), S. 28-35. Nach Hahn genehmigte Göring am 20. 1. 1944 Neubacher rückwirkend für Griechenland, Albanien und Serbien »die Freigabe von Goldbeträgen bis zu 4 Millionen RM monatlich auf die Dauer von 6 Monaten« (S. 29); Goldtransaktionen, S. 55, 64. (Die Lieferungen nach Griechenland finden sich in der Position VI/3 »Zweigstellen der Dt. Reichsbank«.)

845 SBev. (Graevenitz) an AA, 17. 11. 1942, PA AA R 110358.

846 Telegr. (Graevenitz), 9. u. 10. 12. 1943, PA AA R 110285.

- 847** Gotthardt/Neubacher, 15. 1. 1944, BA R 2/14553, Bl. 204ff.
- 848** Graevenitz an AA für RFM (Breyhan), 4. 10. 1944, PA AA R 110357.
- 849** Hahn, Währung, S. 41; Hahn, Währung (1957), S. 30.
- 850** Neubacher, Sonderauftrag, S. 87.
- 851** Hahn, Währung (1957), S. 40, 52f.
- 852** Die kleineren Eingänge, 5. 2. u. 15. 11. 1943, dürften Spezialzwecken, etwa der militärischen Spionage, gedient haben. Hahn, Währung, S. 55, Anlage 5, S. 2.
- 853** Hahn, Währung (1957), S. 51; irrig Palairet, Ends, S. 36, der ohne jeden Beleg behauptet, das Gold sei von der Reichsbank in den Monaten zuvor geliefert und in Athen bis zum November thesauriert worden. Apologetisch (»fast unglaubliche Methode«) Oertel, Reichsbank, S. 224; ohne genaue Kenntnis der realen Entwicklung Masower, Greece, S. 72.
- 854** AB der MV in Griechenland (S. 73) [Anf. 1945], BA-MA RW 40/116b. Die Angaben zum Thema »Judenvermögen« (S. 81ff.) sind samt und sonders gelogen.
- 855** RB, Vowi Abt., Zur Frage der Einführung einer Goldrechnung in Griechenland, Aug. 1944, BA R 2/14569, Bl. 224-228.
- 856** Palairet, Ends, S. 125f.; SBev. in Athen (Graevenitz), 26. 3. 1944, BA R 2/30674.
- 857** Kurse des Goldpfundes in Athen (19. 5. 1943-31. 8. 1944), BA R 2501/7098, Bl. 4-8; RB, Vowi Abt., 23. 3. 1943, BA R 29/105, Bl. 19; MB Griechenland, LB der MV für Nov. 1943, NOKW-1794; TB des Chefint.b. OB Südost (16. 1. bis 4. 9. 1943), BA-MA RW 7/1709b, Bl. 155-162; Fleischer, Kreuzschatten, S. 452ff. mit extrem apologetischer Tendenz; falsch Eckert, Ausplünderung, S. 265, der quellenfern erfindet, die Inflationsrate sei vom März 1943 an »wieder steil angestiegen«; auch Xydis, Economy, verfehlt das Wesentliche; ebenso Boelcke, Kriegsfinanzierung, S. 23f.
- 858** RFM (Berger), 24. 4. 1943 an Chefint. beim OB Südost, BA-MA RW

7/1710b, Bl. 170f.; RFM (Berger) an AA (Wiehl), 12. 5. 1943, BA R 2/30674.

859 OKW an Chefint.b. WB Südost, Ressortbesprechung Griechenland, 15. 6. 1943, BA-MA RW 7/1710b, Bl. 176ff.; ähnlich ein Disput mit Göring, Neubacher, Sonderauftrag, S. 93.

860 WO Athen, 16. 7. 1943, BA-MA RW 29/103, Bl. 15; nach Hahn waren am 3. und 7. 7. 1943 »Goldtransporte eingegangen«.

861 Neubacher, Sonderauftrag, S. 89.

862 Palairat, Ends, nimmt nicht einmal wahr, dass das Vermögen der griechischen Juden liquidiert wurde.

863 Neubacher, Sonderauftrag, S. 88ff. (S. 80).

864 Geh. Kdosache für Chef OKW, Wirtschaftslage und Wehrmachtfinanzierung in Griechenland, 20. 6. 1944, BA-MA RW 7/1712, Bl. 105f. AB des MB Südost, NA T 501/358, Aufn. 538.

865 Hahn, Währung (1957), S. 52ff.

866 AB des MB Südost, NA T 501/358, Aufn. 538f.

867 Simon Wiesenthal verklagt den griechischen Staat, Tagesspiegel, 13. 11. 1970; Merten an LG Berlin, 13. 11. 1970, LArch Berlin B Rep. 039-01/342, Bl. 275.

868 Hunt for sunken Jewish treasure (11. 8. 2000), <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/europe/875376.stm> (1. 9. 2002); Divers end search for Greek Jewish gold (15. 8. 2002), <http://www.cnn.com/2000/WORLD/briefs/08/12/europe.1208> (1. 9. 2002).

869 Fleischer, Griechenland, S. 267.

870 Rosh/Jäckel, Tod, S. 82.

871 Bernhuber an Oregera, Bernhuber an Pelligrini, 9. 8. 1944, ASBI Arch. Azzolini, Ufficio speciale di coordinamento/00520010114/005200101160.

872 Der Chef des OKW, Einsetzung eines Kommandanten Ost-Ägäis und Dienstanweisung, 10. 5. 1944, BA-MA RM 7/239, Bl. 341ff.

873 SKL an Mar.Gr.Süd, 9. 6. 1944; Mar.Gr.Süd an OKM, 10. 6. 1944, BA-MA RM 7/239, Bl. 320f.; Führererlass an den Kdt. der Festung Kreta u. an den Kdt. Ost-Ägäis über deren Befugnisse als Gerichtsherren »für den Fall der Isolierung«, 6. 6. 1944, Moll (Hg.), Führer, S. 417f.

874 SKL, Mar.Gr.Süd, Lagebeurteilungen, 20. 6. u. 3. 7. 1944, BA-MA RM 7/239, Bl. 365–372.

875 Mar.Gr.Süd an OKW/WFStb, 26. 6. 1944, BA-MA RM 7/239, Bl. 382ff.

876 Fleischer, Griechenland, S. 265.

877 KTB Seetra/Chef Ägäis (1.–15. 7. 1944), NA T 1022/2543.

878 Mar.Gr.Süd an SKL, 9. 7. 1944, BA-MA RM 7/239, Bl. 393; Mar.Gr.Süd an OKM/SKL, 24. 9. 1944 (Bl. 542); Rücktransportleistung Ägäis, 23. 8.–21. 10. 1944 (Bl. 656f.); Kriegsschauplatz Ägäis, o.D., o.U., o. Briefkopf (Ende Sept. 1944, geh. Kdosache, Entwurf), BA-MA RM 7/1418, Bl. 42–49.

879 KTB Seetra/Hauptst. Portolago (16.–31. 7. 1944), NA T 1022/2527. Auch zuvor bestand allein ein Nachschubproblem. KTB ders. Dienstst. (1. 4.–30. 6. 1944), NA T 1022/2511.

880 Wehrmachtbedarf in Griechenland, geh. Kdosache (Kersten), 31. 7. 1944, BA-MA RW 7/1712, Bl. 108f.

881 KTB Seetra/Chef Ägäis (1. 8.–31. 8. 1944), NA T 1022/2543.

882 KTB Seetra/St. Rhodos (1.–30. 9. 1944), NA T 1022/2528.

883 Wappler, Grundzüge, S. 165ff.

884 Die Verkehrslage Griechenlands während der deutschen Besatzungszeit 1941–1944 (Winter 1944/45), R 2/30680; Zur günstigen Transportlage auf dem Nordabschnitt der Strecke nach Auschwitz Gerlach/Aly, Kapitel, S. 271–274.

885 Blitz-Telegr. der SKL an Mar.Gr.Süd und, 27. 8. 1944; OKW/WFStb an Mar.Gr.Süd, 27. 8. 1944; Befehl Adm. Ägäis, 28. 8. 1944, NA T 1022/2635; SKL an Adm. Ägäis, 13. 9. 1944, BA-MA RM 7/239, Bl. 515; Wappler, Grundzüge, S. 175.

- 886** Befehl des Okdo H Gr E (Löhr) für Kreta und Dodekanes, 24. 11. 1944, BA-MA RM 7/239, Bl. 542; wortgleich OKdo H Gr E Ia (Löhr), 22./23. 9. 1944, an die Kdt. Kreta und Sturmdiv. Rhodos, NA T 1022/2635.
- 887** VO Nr. 30 (Kleemann), 13. 7. 1944 (Kleemann), der gemäß die rhodischen Juden bis zum 17. 7. in den Orten Rodi-Stadt, Trianda, Cremasto und Villanova zu konzentrieren waren, NOKW-1802. Ulrich Kleemann (1892-1963), General der Panzertruppe, Sept. 1943 bis 31. 8. 1944 auf Rhodos verwendet.
- 888** KTB Seetrahauptst. Portolago (1.-31. 7. 1944), NA T 1022/2527.
- 889** Sturmdiv. Rhodos, Geheimbefehl vom 16. 7. 1944 (Kleemann), NOKW-1801; Hilberg, Vernichtung, S. 754.
- 890** KTB Seetrahauptst. Portolago (16.7.-30. 7. 1944, Kapitänlt. Probst), NA T 1022/2527. »Störtebeker« hatte nur 200 Ladetonnen, »Horst« 300, ebenso »Merkur«. Sie waren im Mai 1944 zusammen mit 21 leichten Transportschiffen vom Schwarzen Meer in die Ägäis verlegt worden. KTB Seetrachef Ägäis (1. 5-30. 6. 1944), NA T 1022/2543.
- 891** Molho (Hg.), Memoriam, Bd. 2, S. 75f.; eine genaue Beschreibung der Deportation gibt Varon, Juderia, S. 36-58.
- 892** KTB Seetrahauptst. Piräus (16.-31. 7. 1944), NA T 1022/2527; KTB Seetrahauptst. Portolago (1. 8-15. 8. 1944), ebd.
- 893** Angel, Jews, S. 152; Franco, Martyrs. (Beide Quellen differieren um eine Person.)
- 894** Documents, S. 363.
- 895** KTB Kom.Adm. Ägäis (1.-15. 7. 1944, Quartiermeisterangelegenheiten, NA T 1022/3955.
- 896** VR der RKK, 9. 10. 1944, BA R 2/13502, Bl. 184-186.
- 897** Molho (Hg.), Memoriam, S. 288. Der Autor irrt, wenn er den zuletzt zitierten Satz mit der Behauptung beendet, »... um nach Deutschland gebracht zu werden«. Die Aussage von Pepo Recanati (alias Konstantin, »Costas«, Rekanatis), 20. 11. 1967, der aus Saloniki stammte, fließend Ladino sprach und 1942/44 für den SD als Übersetzer arbeitete, ist

unglaublich (LArch Berlin B Rep. 039-01/342, Bl. 104ff.). Zu den Unwahrheiten Recanatis, der später Deutscher wurde, Edward Kossoy an LG Berlin, 3. 3. 1968, ebd., Bl. 111; Franco, Martyrs, S. 57.

898 Kreiskom. Rhodos-Stadt an Sturmdiv. Rhodos/Ic, 4. 8. 1944, NOKW-1795.

899 Gilbert, Holocaust, S. 707.

900 Rosh/Jäckel, Tod, S. 85.

901 Hilberg, Vernichtung, S. 687.

902 Geh. Kdosache. Wehrmachtbedarf in Griechenland (Kersten), 31. 7. 1944, BA-MA RW 7/1712, Bl. 108f.

903 MB Griechenland, 17. 6. 1944, Wappler, Grundzüge, S. 146.

904 Sturmdiv. Rhodos (Kleemann), 16. 7. 1944, NOKW-1801.

905 TB der Kreiskom. Rhodos (Aug. 1944), 3. 9. 1944, NOKW-1795.

906 Aussage von Erwin Lenz, 10. 5. 1947, NOKW-1715; IfZ-Gutachten (I. Arndt), 21. 3. 1967 unter Hinweis auf NOKW-1715, LArch Berlin B Rep. 039-01/342, Bl. 101f.

907 Treuhandverwaltung und Judenvermögen, Verwaltungsbericht, 23. 3. 1945, S. 4, BA F 627 P (= NA T 175/410).

908 WVA, Besprechungspunkte [Mai 1943], NA RG 238, Box 26 (Reinecke-Files).

909 Gerlach/Aly, Kapitel, S. 212f.

910 Boelcke, Kosten, S. 110f.

Das erste Dokument ist der Bericht der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft (FfW) zum Thema »Die finanziellen Leistungen der besetzten Gebiete bis Ende März 1944«. Er wurde 1986 von Christoph Buchheim veröffentlicht (Buchheim, Besetzte Länder, S. 123-145; ähnliche Zahlenwerke hatte die FfW bereits für das Jahr 1940/41 erarbeitet und laufend aktualisiert, BA R 2/3847, Bl. 285-294). Die FfW gehörte zum Braintrust von Görings Vierjahresplanbehörde, von 1939 bis 1945 leitete sie der Finanzwissenschaftler Otto Donner (Aly/Heim, Vordenker, S. 54ff.). Der hier benutzte Bericht vom April 1944 ist einigermaßen transparent angelegt. Die Autoren versuchten, etwa im Fall von Griechenland, Besatzungskostenzahlen, die infolge der Inflation in bizarre Höhen gestiegen waren, zu bereinigen, um sie vergleichbar und aussagekräftig zu machen. Die methodischen Probleme ihrer Rechenschritte und Annahmen benannten sie offen. Die Clearingvorschüsse rechneten Görings Berater aus tatsächlichen Gründen zu den Reichseinnahmen.

Das zweite Dokument stammt aus dem Generalbüro des Reichsfinanzministeriums. Die Verfasser leiteten es am 6. November

1944 sowohl dem Minister als auch dem Staatssekretär als Geheimschreiben zu. Das Papier bilanziert die Einnahmen, Ausgaben und Staatsschulden der vorangegangenen fünf Kriegsjahre. Es schließt mit dem 31. August 1944 ab und reicht um fünf Monate über die FfW-Studie hinaus. Im Unterschied zu dieser nahmen die Autoren des Generalbüros die einzelnen Zahlen – jenseits aller inflationären Entwicklungen – im

Rohzustand in die Gesamtrechnung auf. Die Clearingvorschüsse summierten sie unter die Reichsschulden, während sie die Kriegskostenbeiträge der verbündeten Länder – einschließlich Spanien! – einfach unter der Rubrik »Besatzungskosten« aufführten. Dort gehörten sie faktisch auch hin. Da in der FfW-Studie zum Beispiel die Kriegskostenbeiträge Kroatiens und der formal verbündeten Mussolini-Republik von Salò als Leistungen der besetzten Länder fehlen, werden diese Zahlen aus dem vom Generalbüro des Reichsfinanzministers erstellten Zahlenwerk ergänzt. (Das Dokument findet sich unter der Signatur BA R 2/24250. Die Akte ist ungebunden und unpaginiert, deshalb habe ich meine Gesamtkopie der Akte selbst paginiert, demnach umfasst die Tabelle des Statistischen Büros einschließlich aller Anlagen die Blätter 152–178.)

Die dritte hier verwendete Urkunde stammt ebenfalls aus dem Reichsfinanzministerium, allerdings vom Statistischen Büro. Auch sie wurde im November 1944 erstellt und trägt gleichfalls den Zusatz »geheime Reichssache«. Der Titel lautet: »Statistische Übersichten zu den Reichshaushaltsrechnungen 1938 bis 1943« (BA R 2/24250, Bl. 179–192 [eigene Paginierung]). Anders als die Ausarbeitung des Generalbüros, die sich auf Kriegshaushaltsjahre – vom 1. September bis 31. August – bezieht, legte das Statistische Büro Rechnungsjahre zugrunde, sprich: die Zeit zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember. Da sich im deutschen Steueraufkommen in der ersten Jahreshälfte 1944 nichts Wesentliches änderte, können die Zahlen bis zum 31. August 1944 fortgeschrieben werden. Danach begann ohnehin die chaotische Endphase, die auch von den zeitgenössischen Statistikern nur noch bedingt dokumentiert werden konnte. Mit dieser Quelle lassen sich einigermaßen genaue Antworten auf die Frage geben, wie sich die Kriegslasten zwischen den sozialen Schichten verteilten.

Das vierte Dokument wurde in der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichsbank erarbeitet. Es handelt von den Clearingsalden zum Stichtag 30. Juni 1944. Zwar bestätigen sich darin sämtliche entsprechenden Angaben aus den drei anderen Dokumenten, doch

besteht der Vorteil in einer speziellen Aufstellung, in der angegeben wird, in welchem Umfang Holland, das Generalgouvernement und das Protektorat Böhmen und Mähren Reichspapiere kaufen mussten, und wie viele Bulgarien freiwillig kaufte. Aufgenommen werden auch die Clearingschulden des Reiches von mehr als einer halben Milliarde Reichsmark an die Schweiz. Das erklärt sich aus der Umklammerung des Landes durch die Wehrmacht, die es unmöglich machte, sämtliche deutschen Ansprüche zurückzuweisen oder auf der sofortigen Zahlung in Gold und Devisen zu bestehen. Da es sich in allen genannten Fällen um faktische Einnahmen handelte, werden die entsprechenden Daten in der Rubrik Clearing aufgeführt. (Die Quelle lautet: Vowi Abt. [Eicke], 8. 7. 1944, BA R 2/13502, Bl. 175f.; vgl. auch dt. Clearingverschuldung nach der Saldenausweisung der Dt. Verrechnungskasse, 7. 9. 1944, BA R 2/267, Bl. 59.)

911 In der Haushaltsposition Allgemeine Verwaltungseinlagen verbuchte das RFM auch die Reichsmarkzuflüsse, die aus den unzähligen Geldumtauschakten deutscher Soldaten im Ausland herrührten. Desgleichen entstanden – wie im Kapitel »In Frankreich stark belastet« beschrieben – Reichsmarkeneinnahmen infolge der Einkäufe deutscher Firmen im Ausland: Sie bezahlten die mit dem ausländischen Partner vereinbarten Preise in Reichsmark an die Deutsche Verrechnungskasse, die diese Beträge direkt an die Reichskasse abführte, während die ausländischen Gläubiger mit Geldern aus den jeweiligen Besatzungskostenhaushalten oder Clearingkassen bezahlt wurden. In den Allgemeinen Verwaltungseinnahmen verbergen sich zudem die Gewinne aus Warenlieferungen, mit denen die Sowjetunion, Italien und Rumänien die Hinterlassenschaften volksdeutscher Umsiedler bezahlten. Ähnliche Einnahmen entstanden, wenn Vertreter deutscher Dienststellen im Ausland mit fremder Währung einkauften und die dort erworbenen Güter im Inland zugunsten der Reichskasse veräußerten: Seien es Konsumartikel, die zur Weihnachtszeit die Auslagen füllten und von den Käufern bezahlt wurden, seien es Rohstoffe für Rüstungsgüter oder Lebensmittel. Sämtliche Beträge dieser Art wurden unter dem Rubrum Allgemeine Verwaltungseinnahmen verbucht. Schließlich fanden dort auch die Geldeingänge aus der Möbel-Aktion ihren Niederschlag (siehe S. 150), ebenso die Erträge, die deutsche Finanzbeamte aus dem Verkauf jüdischer Besitztümer in Deutschland und in den annektierten Gebieten in die Staatskasse lenkten.

- 912** Das geschieht aus kalkulatorischer Vorsicht, obwohl sich die fraglichen Beträge, die zwischen 1939 und 1945 gut 4 Mrd. RM ausmachten, zum größeren Teil dem Krieg und der damit verbundenen weiträumigen und gewinnbringenden Geschäftstätigkeit dieser Institutionen verdankten.
- 913** Der Zeitraum vom 1. 9. 1944 bis zum 8. 5. 1945 wird mit 50 Prozent des vorangegangenen Haushaltsjahrs geschätzt.
- 914** RFM (Statistisches Büro), Einkommenbesteuerung 1938-1943, Nov. 1944, BA R 2/242500, Bl. 187; Milward, Zweiter Weltkrieg, S. 138.
- 915** Geh.RL aus der Pressekonferenz der Reichsregierung, 26. 1. 1940, BA R 8136/3990.
- 916** FS, NSDAP Hamburg (Kaufmann) an Reichsleiter Bormann, 10. 2. 1942, BA, R 2/31681.
- 917** Donner (FfW), Finanzlage in Ungarn, Anf.Okt. 1944, BA R 2/30679; Busch, Finanzaufgaben.
- 918** Federau, Weltkrieg, S. 19.
- 919** Chmela-Bericht, S. 89, NID-14615.
- 920** MBiF, Abt. Wirtschaft (Rinke), 20. 1. 1944, BA R 2/14552, Bl. 317ff.; LB (Rinke), 5. 7. 1943, BA R 2/30123.
- 921** RGBL. I, S. 963.
- 922** Währung und Wirtschaft, S. 405.
- 923** Benning, Kriegsfinanzierung (1944), BA R 8136/3809.
- 924** Benning, Expansion und Kontraktion der Geldmenge (MS, 25. 3. 1943), BA R 8136/3810, S. 18.
- 925** Ebd.
- 926** Boelcke, Kriegsfinanzierung, S. 34, 36.
- 927** BA R 2501/7007, Bl. 330ff.; Oertel, Reichsbank, S. 191.
- 928** VR der RKK, 21. 12. 1942, BA R 2/13502, Bl. 102; Ludwig Erhard

sprach 1944 vom Erfordernis der »nachträglichen Konsolidierung der zunächst unsichtbaren Vorgänge und Bewegungen auf dem Kapitalmarkt«; Erhard, Kriegsfinanzierung, S. 11ff., 44; apologetisch Boelcke, Kosten, S. 94.

929 Federau, Weltkrieg, S. 16; Erhard, Kriegsfinanzierung, S. 13, 212.

930 LB des Bev.Gen.d.Dt.Wehrm.i. Italien (16. 7.-15. 8. 1944), BA R 2/30598, Bl. 128f.

931 BA R 2/24250.

932 Für 1940: Die Sparleistung des Jahres 1940, in: Sparkasse, 61 (1941), S. 109-111 (»insgesamt fast 11 Mrd. Reichsmark«); für 1941/42 Reinhardt, Geld, S. 48f.; RFM, Generalbüro, Spareinlagenentwicklung, 9. 12. 1943, BA R 2/24250. Besonders beeindruckend der Einlagenzuwachs bei der Postsparkasse: 1939: 100 Mill. RM, 1941: 1,3 Mrd. RM, 1942: 2,8 Mrd. RM, Dr. Benning], Das Zinsproblem in der Kriegsfinanzierung (MS, 10. 6. 1943), S. 3, BA R 8136/3809.

933 Benning, Expansion, S. 214.

934 Der Sparinhalt der Lebensversicherung, in: Sparkasse 63 (1943), S. 4-6.

935 Rath, Aufgaben, S. 514; Bark, Kriegsfinanzierung, S. 109.

936 Reinhardt, Geld, S. 49.

937 Zum 30. Januar 1943, in: Sparkasse 63 (1943), H. 2, S. 15.

938 Die Bank 33 (1940), S. 17f.

939 Dr. F., Die Deutsche Girozentrale berichtet, in: Sparkasse, 61 (1941), S. 68-69; Zinsproblematik, ebd., S. 87.

940 RFM, Generalbüro, Spareinlagenentwicklung, 9. 12. 1943, BA R 2/24250.

941 SD-Bericht zu Inlandsfragen, Wirtschaft (»Auf Anforderung des [ungenannten] Empfängers«), 13. 12. 1943, (Hervorh.i. Orig.), BA R 2/24250.

942 Tilgung der Kriegsschulden, in: BW 1944, S. 135f.

- 943** Reichsbankausweis, 15. 9. 1944, BA R 2/13480, Bl. 213.
- 944** RWM, Kriegsfinanzierung (Vorlage f. Ohlendorf), 3. 1. 1945, BA R 26/36, Bl. 19.
- 945** Keiser, Das fünfte Kriegsjahr; Vorlage, 3. 1. 1945, BA R 25/36, Bl. 27f.
- 946** Schwerin v.K. an K.H. Frank, 30. 11. 1944, NA Rg 238/case XI/F.33.
- 947** Seminar, Die Finanzierung des Zweiten Weltkriegs (G. Aly, Uni Salzburg 2002/3): Walter Pichler, Zur Rolle der Sparkassen, Sitzungsprotokolle des Verwaltungsausschusses der Sparkasse Salzburg 1941-44.
- 948** Reichsbankausweis, 31. 8. 1944, BA R 2/13480, Bl. 210.
- 949** Friedrich, Brand, S. 449ff.; Rass, »Menschenmaterial«, S. 293ff.
- 950** Bark, Kriegsfinanzierung, S. 23, 28.
- 951** Reinhardt, Geld, S. 38.
- 952** Akademie für Dt. Recht, AG Geld und Kredit, 17./18. 10. 1941, Janssen, Nationalökonomie, S. 493.
- 953** Möller, Grenzprobleme, S. 116.
- 954** Benning, Expansion, S. 227f. (Er revidierte damit ausdrücklich seine bis dahin gewahrte Ablehnung einer solchen auf den militärischen Sieg spekulierenden Schuldentilgung.)
- 955** Benning, Aufbringung der Kriegskosten, Kapitalfreisetzung und Geldüberfluss (MS, 9. 6. 1942), S. 1, 36, BA R 8136/3809.
- 956** VJP, Vortrag Reinhardt vor Backe, Riecke, Schlotterer, Meyer und Hanneken [1942], BA R 2/30675.
- 957** RMI (Stuckart), Einziehung reichsfeindlichen Vermögens in Slowenien, 11. 9. 1941, NG-4764; RFM, 30. 7. 1942, NG-4919.
- 958** RFM (Schlüter) an RMI, 9. 4. 1942, NG-4766.
- 959** VJP (Körner) an RFM, 17. 6. 1941, NG-4912.

- 960** Arbeitstagung der Gauwirtschaftsberater (Braun, Kurhessen), 19. 2. 1942, BA R 2/31681.
- 961** Eichholtz (Hg.), Richtlinien.
- 962** RFM/NSDAP (Gündel) an Reinhardt, 17. 4. 1942, BA R 2/31681.
- 963** RFM (Breyhan), Besprechung bei Schwerin v.K., 6. 9. 1941, BA R 2/14586, Bl. 23f. Schwerin v.K. an seine Ministerkollegen, 4. 9. 1942, R 2/352, Bl. 31-40.
- 964** VJP, Vortrag Reinhardt vor Backe, Riecke, Schlotterer, Meyer und Hanneken [1942], BA R 2/30675.
- 965** RKG (Benning), 18. 1. 1943, Vortrag (RLR Deetjen), 15. 1. 1943, BA R 8136/3734, Bl. 2f.; Aly, Rasse, S. 114-120.
- 966** Zur Bedeutung der Rede Gerlach, Krieg, S. 85-166; Goebbels-Tgb., II/2, S. 494ff.
- 967** Hitlers Tischgespräche (Bormann), S. 136 (25. 3. 1942).
- 968** Tagung in Rowno (v. Engelbrechten), 26.-28. 8. 1942, NA 242/24, Bl. 13.
- 969** RKU, Finanzabt. (Höll) an RFM (Eckardt), 21. 2. 1942, BA R 2/30584.
- 970** Goebbels-Tgb., II/7, S. 84 (10. 1. 1943).
- 971** Schwerin v.K., Finanzpolitik, S. 16 (Vortrag, 27. 11. 1935).
- 972** Exemplarisch Genschel, Verdrängung.
- 973** Abgabenpolitik im Kriege, in: BW, Jg. 1944, S. 74.
- 974** Verwaltungsbericht der RB, 1942, Berlin 1943, S. 6.
- 975** AAN Emissionsbank/145.
- 976** RFM (Schwerin v.K.), 15. 7. 1942, BA R 2/30909; Keitel an die Chef- und Wehrmachtintendanten, 6. 3. 1942, BA-MA RW 7/1711b. Bl. 158f.
- 977** Bespr. bei Göring zur Ernährungslage, 6. 8. 1942, IMG, Bd. 39,

S. 397.

978 Goebbels-Tgb., I/5, S. 96, 233 (14. 1. u. 27. 3. 1938).

979 KTB WwiStb, 4. u. 6. 12. 1939, BA-MA RW 19/164.

980 Die Logik des NS-Systems drängte, wie ich am Beispiel der Umsiedlungspraxis gezeigt habe, auf die projektive Konfliktüberwindung. Je größer die materiellen Schwierigkeiten für den NS-Staat wurden, desto radikaler formulierten dessen Führer und Ideengeber, die sich selbst um die Möglichkeit von Kompromissen gebracht hatten, die Ziele des Ausplünderns, den Mord eingeschlossen. Für die Ethnokraten der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik konnte ich 1995 denselben handlungsleitenden Gedanken feststellen, der sich nun auch für die Finanz-, Währungs- und Ernährungsfachleute belegen lässt. Es ist das wesentliche Merkmal der NS-Politik: »Auch wenn die Repräsentanten einzelner Institutionen gegensätzliche, einander ausschließende Interessen verfochten, so waren sie doch gemeinsam dazu bereit, die Gegensätze, die ihre divergenten Konzeptionen – und insbesondere das intendierte Tempo der Umsetzung – produzieren mussten, mit Hilfe von Raub, Sklavenarbeit und Vernichtung zu überwinden.« Das Konzept verband sich mit der verführerisch formulierten Hoffnung, die Deutschen könnten nach dem nächsten großen Sieg die chronische Knappheit der Ressourcen hinter sich lassen und den nationalen Sozialismus frei von jeder Beengung und Rücksichtnahme auf den Knochen von »Feinden« und »Minderwertigen« aufbauen. (Aly, »Endlösung«, Kapitel: Rasche Lösung – nach dem Sieg, S. 250–255; Projektive Konfliktüberwindung, S. 394–400.)

981 Goerdeler, Schriften, S. 785ff.

982 Goebbels-Tgb., I/9, S. 379 (16. 6. 1941).

983 Zu den Briefstellen siehe Anmerkung 316 in diesem Buch.

984 Kundrus, Kriegerfrauen, S. 315.

985 Klemperer, Zeugnis, S. 410 (25. 5. 1938).

986 VB, 11. 9. 1939, im Orig. »von Energie«.

987 Goebbels-Tgb., I/9, S. 171, 229, 247 (5. 3., 6. 4., 14. 4. 1941).

- 988** Deutschland-Berichte, Bd. 7, S. 176 (7. 3. 1940).
- 989** Bark, Kriegsfinanzierung, S. 48f.
- 990** Hitlers Tischgespräche, S. 201f. (27. 1. 1942); Hitler, Rede am 10. 12. 1940, S. 350.
- 991** Zitelmann, Hitler, S. 135.
- 992** Boberach (Hg.), Meldungen, S. 4331.
- 993** Inflation völlig ausgeschlossen. Reinhardt sprach über wichtige Finanzierungsprobleme, Der Angriff, 17. 1. 1945.
- 994** Goebbels-Tgb., II/1, S. 373, 439 (17. 9. u. 7. 9. 1941) und viele andere Stellen.
- 995** Den Begriff verdanke ich einer brieflichen Anmerkung von Michael Naumann zu meinem Artikel »Hitlers zufriedene Räuber«, Die Zeit, 8. 5. 2003.
- 996** SD-Bericht zu Inlandsfragen, 13. 12. 1943, BA R 2/24250; Kundrus, Kriegerfrauen, S. 314-321.
- 997** Posener, Deutschland, S. 18.

Über Götz Aly

Götz Aly, 1947 in Heidelberg geboren, studierte Politische Wissenschaft und Geschichte. Er arbeitete für die »taz«, die »Berliner Zeitung« und als Gastprofessor. Seine Bücher werden in viele Sprachen übersetzt. 2002 erhielt er den Heinrich-Mann-Preis, 2003 den Marion-Samuel-Preis, 2012 den Ludwig-Börne-Preis. Zuletzt veröffentlichte er in den Fischer Verlagen ›Warum die Juden? Warum die Deutschen? Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800–1933‹ (2011); ›Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück‹ (2008); ›Fromms. Wie der jüdische Kondomfabrikant Julius F. unter die deutschen Räuber fiel‹ (mit Michael Sontheimer, 2007); ›Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus‹ (mit Frankfurter Studenten, 2006) ›Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus‹ (2005). Er gehörte 2004–2010 zu den Begründern und Herausgebern der Quellenedition ›Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945‹.

Über dieses Buch

Das erfolgreichste Buch von Götz Aly stand wochenlang auf der Spiegel-Bestsellerliste und war bei seinem Erscheinen 2005 das mestdiskutierte Buch des Jahres. Wieder deckt der für seine provokanten Zuspitzungen bekannte NS-Historiker einen verdrängten Aspekt der deutschen Geschichte auf: Millionen einfache Deutsche profitierten vom Nationalsozialismus und vom beispiellosen Raubzug der Wehrmacht in Europa. Die Regierung Hitler stellte die Mehrheit der Deutschen mit sozialpolitischen Wohltaten, guter Versorgung und Steuergeschenken ruhig. Die Kosten dieser »Gefälligkeitsdiktatur« hatten die Millionen von Europäern zu tragen, deren Besitz und Existenzgrundlagen zum Wohl der deutschen Volks- und Raubgemeinschaft enteignet wurden. Der Autor weist nach, wie die Erlöse aus dem Verkauf von jüdischen Vermögen überall in Europa in die deutschen Kriegskasse flossen und damit auch in die Taschen der Soldaten. Lange beschwiegen, werden hier endlich die Vorteile, die der Großteil der Deutschen aus den Verbrechen des Nationalsozialismus, aus dem Krieg und der Ermordung der Juden zog, schonungslos dargestellt.

»Diese Buch gehört zu jenen seltenen Werken, die unseren Blick auf die düsterste und folgenreichste Periode der

deutschen Geschichte neu schärfen.«
Volker Ullrich, ›Die Zeit‹

Impressum

Die Zeit des Nationalsozialismus

Eine Buchreihe

Herausgegeben von Walter H. Pehle

Dieses Buch wurde mit Stipendien der Köhler-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wirtschaft und der S. Fischer Stiftung gefördert. Der J. B. und Maurice C. Shapiro Award des Center for Advanced Holocaust Studies des U. S. Holocaust Memorial Museum ermöglichte die Forschungen in den Archiven und Bibliotheken von Washington D. C. und Umgebung. Die Förderer entschieden sich mit Bedacht für die Idee dieses Vorhabens. Ihnen gilt mein herzlicher Dank, ebenso den Vielen, die meine Arbeit anregten und provozierten, mich ermutigten, Einzelfragen klären halfen und kritisch intervenierten. G. A.

Covergestaltung: heißmann, heilmann, hamburg

Erschienen bei FISCHER E-Books

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2005

Für das Nachwort des Autors »Antwort auf die Kritik«:

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2006

Abhängig vom eingesetzten Lesegerät kann es zu unterschiedlichen Darstellungen des vom Verlag freigegebenen Textes kommen.

Dieses E-Book ist urheberrechtlich geschützt.

ISBN 978-3-10-402606-0

Abonnieren Sie Ihren persönlichen Newsletter der Fischer Verlage

Ihre Vorteile:

Wir informieren Sie jederzeit über

- unsere Neuerscheinungen
- Lesungen und Veranstaltungen in Ihrer Nähe
- Neuigkeiten von unseren Autorinnen und Autoren
- Gewinnspiele u. v. m.

Unter allen
Neu-Abonnenten
verlosen wir
monatlich
ein Buchpaket

Melden Sie sich jetzt online an auf
www.fischerverlage.de/newsletter

Inhaltsverzeichnis

[Haupttitel]	2
[Inhaltsübersicht]	3
Teil I Stimmungspolitiker in Aktion	5
Der Traum vom Volksreich	6
Gigantische Zeiten	6
Der große Ruck	14
Nationale Integration	27
Das Trauma von 1918	33
Hinweise zur Lektüre	40
Fragestellungen	40
Historisches Material	46
Die Gefälligkeitsdiktatur	60
Im Schein des Aufschwungs	60
Arisierung für den Krieg	67
Steuermilde für die Massen	85
Steuerhärte gegen die Bourgeoisie	100
Geldfülle für die Wehrfreude	113
Teil II Unterwerfen und ausnutzen	120
Mit straffer Zweckmäßigkeit	121
Kontributionen an die Deutschen	121
Individuelles Bezahlen	135
Kollektives Enteignen	141
Kriegsgewinne für das Volk	152
Hitlers zufriedene Räuber	152
Der Trödelmarkt des Reiches	178
Unbürokratische Soforthilfe	188
Hauptstütze West	215
Schlemmerlokale in Belgien	215
Holland ohne Grenzen	225
In Frankreich stark belastet	229
Italien: Bezahlt wird nicht	241

Ergänzungsraum Ost	246
Sklavenarbeit für das Reich	246
Emissionsbank in Moskau	259
Otto Normalverbraucher	266
Teil III Die Enteignung der Juden	283
Das Prinzip Staatsraub	284
Inflation und Arisierung	284
Finanzhilfe für Serbien	290
Anforderungen in Ungarn	294
Emil und Henny Uhlmann	301
Geldwäsche für die Wehrmacht	312
Quisling hier, Verfassung dort	312
Enteignen ohne Enteignungsakt	318
Räuberisch vereint in Frankreich	324
Subsidien der Verbündeten	346
Slowakische Gerechtigkeit	346
Bulgariens Kriegshaushalt	353
Rumänische Goldpolitik	360
Die Spur des Goldes	376
Inflation in Griechenland	376
Die Juden von Saloniki	385
Gold an der Athener Börse	399
Deutsch-griechisches Schweigen	408
Von Rhodos nach Auschwitz	411
Teil IV Verbrechen zum Wohle des Volkes	425
Die Früchte des Bösen	426
Der Raubmord an den Juden	426
Kriegseinnahmen 1939–1945	436
Spekulative Politik	449
Geräuschlos und illusionär	449
Sparen und Vertrauen	457
Virtuelle Kriegsschulden	465
Nationaler Sozialismus	474
Sachverstand und Politik	474

Leben wie im Kino	484
Rassen- und klassenbewusst	490
Nachwort zur Taschenbuchausgabe	498
Antwort auf die Kritik	499
Vergessene Normalität	499
Akademische Netzwerke	510
Die Scheinwelt der Statistik	520
Das ideologische Abrakadabra der Kritik	532
Anhang	539
Umrechnungskurse	540
Abkürzungen	542
Literatur	555
Personenregister	589
[Anmerkungen]	598
Über Götz Aly	679
[Über dieses Buch]	680
[Impressum]	682
[www.fischerverlage.de]	683